

Armin Hermann
Und trotzdem Brüder
Die deutsch-deutsche Geschichte
der Firma Carl Zeiss



SERIE

PIPER

Wie aus dem einen Deutschland zwei deutsche Staaten hervorgingen, so entstanden aus dem berühmten Zeiss-Werk in Jena zwei Firmen, die in der ganzen Welt gegeneinander Prozesse um den großen Namen führten. Nach 20 Jahren Konfrontation und 20 Jahren Koexistenz fühlten sich die Zeissianer in Ost und West noch immer als Brüder. Nach der Wende übernahm die Firma im württembergischen Oberkochen die Verantwortung für den optischen Kernbereich des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena. Um ein Haar wäre Carl Zeiss Oberkochen an der Sanierung selbst zugrunde gegangen. Wie das Beispiel zeigt, konnte die Voraussage von Bundeskanzler Helmut Kohl gar nicht in Erfüllung gehen, daß nämlich im Osten Deutschlands innerhalb von wenigen Jahren »blühende Landschaften« entstehen würden.

»Mit viel Sinn für die Dramatik der Ereignisse erzählt Armin Hermann die deutsch-deutsche Geschichte des Hauses Zeiss und bestätigt das Wort: Die Politik ist das Schicksal.«
Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Thüringen

ISBN 3-492-23821-1

€ 9.90 [D]



9 783492 238212

Zu diesem Buch

«In wenigen Werken von Weltsichtbarkeit ist so das deutsche Schicksal markiert wie in diesem Zeiss-Werk», hat Bundespräsident Theodor Heuss gesagt. Mit der Teilung Deutschlands waren aus dem weltberühmten Zeiss-Werk in Jena zwei Firmen dieses Namens, das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und Carl Zeiss West Germany im württembergischen Oberkochen, entstanden. In der ganzen Welt führten die beiden Unternehmen Prozesse gegeneinander um die wertvollen Namens- und Warenzeichenrechte. Nach der Konfrontation folgte die Koexistenz der «feindlichen Brüder» und schliesslich die Wiedervereinigung, die – wie die Trennung in der unmittelbaren Nachkriegszeit – abermals in Schmerzen verlief. Die westliche Firma übernahm die Verantwortung für den optischen Kernbereich des aufgeblähten Kombinats. «Wenn wir das nicht hinkriegen», erklärte der Zeiss-Vorstandssprecher, «dann schaffen es andere noch weniger.» Der Optimismus war, wie der des Bundeskanzlers, verfrüht. Die Firma geriet in die schwerste Existenzkrise ihrer Geschichte. Die Sanierung erforderte einen massiven Stellenabbau in Ost und West und belastete erneut die Solidarität zwischen den Brüdern in Jena und Oberkochen.



Armin Hermann, geboren 1933 in Vernon, B.C., Kanada, war bis zu seiner Emeritierung 33 Jahre Professor für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Universität Stuttgart. Bekannt wurde er durch seine literarisch anspruchsvollen Sachbücher, insbesondere Physiker-Biographien (Planck, Heisenberg, Einstein) und Monographien über Wissenschaft und Gesellschaft («Weltreich der Physik», «Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor», «Die Jahrhundertwissenschaft», «Die neue Physik»).

Armin Hermann

Und trotzdem Brüder

Die deutsch-deutsche Geschichte
der Firma Carl Zeiss

Mit 63 Abbildungen



Piper München Zürich

Von Armin Hermann liegt in der Serie Piper ausserdem vor:
Einstein – Der Weltweise und sein Jahrhundert (2303)

Von Armin Hermann als Herausgeber der deutschen Ausgabe liegt vor:
Albert Einstein/Mileva Maric, Am Sonntag küsst' ich Dich mündlich
(2652)

Originalausgabe

ISBN 3-492-23821-1

© Piper Verlag GmbH, München 2002

Umschlag: R.M.E. Roland Eschlbeck, München

Abbildung: nach einer Idee von Andreas Schwab, Oberkochen

www.piper.de

Eingelesen mit **ABBYY Fine Reader 16**

Uns ist nicht bange, dass die wirkende Zeit nicht ein geeintes Europa bringen wird mit einem wiedervereinten Deutschland in seiner Mitte. Wir wissen nicht, wie es geschehen, wie das unnatürlich zweigeteilte Deutschland wieder eins werden soll. Es ist uns dunkel, und wir sind auf den Glauben angewiesen, dass die Geschichte schon Mittel und Wege finden wird, das Unnatürliche aufzuheben und das Natürliche herzustellen: *ein* Deutschland als selbstbewusst dienendes Glied eines in Selbstbewusstsein geeinten Europa.

Thomas Mann
vor Hamburger Studenten
am 8. Juni 1953

Inhalt

<i>Vorwort</i>	9
Kapitel 1	
Zeitenwende	11
Kapitel 2	
We take the brain	31
Kapitel 3	
100 Jahre Zeiss	61
Kapitel 4	
«Grundstürzende Ereignisse»	81
Kapitel 5	
Zwei deutsche Staaten	107
Kapitel 6	
Westorientierung	141
Kapitel 7	
Das Wirtschaftswunder	169
Kapitel 8	
Das Jahr 1955	185
Kapitel 9	
Die Zeiss-Treuen	205
Kapitel 10	
Die Mauer	223
Kapitel 11	
Der englische und der amerikanische Prozess	255
Kapitel 12	
Die Londoner Vereinbarung	275

Kapitel 13	
Heinz Kuppenbender und die Olympischen Spiele 1972	293
Kapitel 14	
Koexistenz	309
Kapitel 15	
Die Staatssicherheit	333
Kapitel 16	
Die Ära Biermann	355
Kapitel 17	
Die Wende	387
Kapitel 18	
Die Wiedervereinigung	421
Kapitel 19	
Blühende Landschaften	459
Kapitel 20	
Ein weites Feld	491
Kapitel 21	
Fit für das 21. Jahrhundert	521
<i>Nachwort und Dank</i>	537
<i>Anmerkungen</i>	541
<i>Personenregister</i>	561
<i>Abbildungsnachweis</i>	569

Vorwort

Es gibt grössere deutsche Firmen, aber keine mit einer interessanteren Geschichte. Das ist die etwas zugespitzte Grundthese dieses Buches.

Im Auftrag des Firmengründers Carl Zeiss erarbeitete der Physiker Ernst Abbe eine Theorie der optischen Abbildung im Mikroskop und wandte sie auf den Bau der optischen Instrumente an. Die Synthese von Wissenschaft und technischer Optik brachte der kleinen, 1846 in Jena gegründeten Optischen Werkstätte einen technischen Vorsprung. Am Ende des 19. Jahrhunderts wuchs der Handwerksbetrieb zur Fabrik, und Ernst Abbe hätte als Mitinhaber ein reicher Mann werden können. Stattdessen übertrug er seine Besitzanteile an der Firma Carl Zeiss und an dem 1884 gegründeten Glaswerk Schott & Genossen auf eine Stiftung, die er nach Carl Zeiss benannte, obwohl sie allein sein Werk war, und erreichte, dass die anderen Mitinhaber seinem Beispiel (wenn auch zu anderen Konditionen) folgten.

Die Optischen Werke Carl Zeiss und das Glaswerk Schott & Genossen besaßen einen grossen Ruf durch die Qualität ihrer Erzeugnisse. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurden sie berühmt durch ihre vorbildliche Unternehmens- und Sozialverfassung.

Erzählt wird in diesem Buch die Geschichte von Carl Zeiss seit 1945, als es in Folge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse sowohl im württembergischen Oberkochen wie in Jena eine Firma dieses Namens gab. Auch für diese Epoche gilt, dass sie – durchaus gegen den Willen der Zeissianer – interessanter ist als die anderer deutscher Unternehmen. Schon 1954 hatte Bundespräsident Theodor Heuss gesagt: «In wenigen Werken von Weltsichtbarkeit ist so das deutsche Schicksal markiert wie in diesem Zeiss-Werk.» Auch andere Zeitgenossen haben das empfunden. In einem Aufsatz im *International*

Lawyer sprach der amerikanische Anwalt, der die Oberkochener vor dem District Court of New York gegen den Volkseigenen Betrieb in Jena vertrat, vom «Cold War in a Microcosm». Was sich in Deutschland abspielte, fand sich bei Carl Zeiss wieder: Die schmerzvolle Trennung in zwei Teile, die Konfrontation, die Koexistenz und die Rivalität der beiden verfeindeten Brüder bis zur – wieder in Schmerzen verlaufenden – Wiedervereinigung.

Aus diesem Grund geht die Geschichte der Firma Carl Zeiss nicht nur die Mitarbeiter etwas an, sondern jeden Zeitgenossen, der Anteil nimmt am Schicksal der Deutschen in Ost und West.

Oberstarz, 31. Mai 2002 Prof. Dr. Armin Hermann

KAPITEL 1

Zeitenwende

Sein grosses Lebenswerk konnte er selbst nicht mehr vollenden. Kurz vor dem Sieg über die Achsenmächte und der Gründung der Vereinten Nationen starb Franklin Delano Roosevelt. Am Nachmittag des 12. April 1945 ging die Nachricht vom Tode des amerikanischen Präsidenten um die Welt. «Selten ist es», sagte Albert Einstein in Princeton, «dass einem, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, auch das politische Genie und die Willensstärke zuteil wird.» Im amerikanischen Kernforschungszentrum Los Alamos hielt J. Robert Oppenheimer, der wissenschaftliche Leiter, eine Traueransprache vor den Physikern und Ingenieuren, die an der Entwicklung der Atombombe arbeiteten: «Roosevelt war unser Präsident, unser Oberbefehlshaber und in einem alten und unverdorbenen Sinne unser Führer.»

Der in Kalifornien lebende Thomas Mann sandte ein Telegramm an die Witwe und hörte am Abend im Radio die vielen Huldigungen und Trauerkundgebungen aus aller Welt. Am folgenden Tage schrieb er seinen Nachruf: «Dass die Demokratie sich fähig erwies, auch den Mann hervorzubringen, den Starken, Zähen und Schlaunen, den grossen Politiker des Guten, das war ihre Rettung, die Rettung des Menschen und seiner Freiheit.»

Der berühmte Schriftsteller sprach regelmässig über *BBC London* zu seinen ehemaligen Landsleuten. Jetzt wandte er sich polemisch direkt an den Diktator in Berlin:

Schande genug, du stupider Völkermörder, dass Der gehen musste und du noch lebst. Wie kommst du dazu, noch zu leben? Deine Ta-

ge sind gezählt; sie waren es, als dir dieser Gegner entstand, und noch im Tode wird er dir furchtbar sein.¹

Im Führerbunker unter der Reichskanzlei in Berlin hofften Hitler und seine «alten Kämpfer» immer noch auf ein Wunder. Robert Ley setzte auf einen Erfinder, der angeblich «Todesstrahlen» erzeugen konnte und nur noch ein paar elektrotechnische Apparate benötigte. Joseph Goebbels holte sich Trost bei den Astrologen. Zwei Horoskope sagten eine baldige Schicksalswende voraus.

Im Wohnraum des «Führers» hing ein Porträt Friedrichs des Grossen. Auch der Preussenkönig hatte eine verzweifelte Situation erlebt und gemeistert. Der Propagandaminister las Hitler aus der «Geschichte Friedrichs des Grossen» von Thomas Carlyle vor. Im Februar 1762 schien der Dritte Schlesische Krieg gegen die Alliierten endgültig verloren. Friedrich war bereits entschlossen, Gift zu nehmen. Da starb die Zarin, und Russland schied aus der Allianz aus.

Als Goebbels bei der Rückkehr von einem Frontbesuch vom Tode Roosevelts hörte, geriet er in Ekstase und telefonierte sofort mit der Reichskanzlei: «Mein Führer, ich gratuliere Ihnen! Es steht in den Sternen geschrieben, dass die zweite Aprilhälfte für uns den Wendepunkt bringen wird. Heute ist Freitag, der 13. April. Es ist der Wendepunkt.» Albert Speer erhielt einen Anruf des Führer-Adjutanten: «Wo waren Sie denn? Der Führer wartet schon auf Sie.» Der Rüstungsminister berichtete:

Hitler sah mich und stürzte mit einer bei ihm seltenen Lebhaftigkeit wie besessen auf mich zu, mit einer Zeitungsnachricht in der Hand: «Hier, lesen Sie! Hier! Sie wollten es nie glauben. Hier!» Seine Worte überstürzten sich: «Hier haben wir das grosse Wunder, das ich immer vorhergesagt habe. Wer hat nun recht? Der Krieg ist nicht verloren. Lesen Sie! Roosevelt ist tot!» Er konnte sich gar nicht beruhigen.²

Inzwischen hatte schon Harry S. Truman im Sitzungssaal des Weissen Hauses seinen Amtseid geleistet und die erste Kabinettsitzung abgehalten. Der neue Präsident erklärte, die Politik des grossen Vorgängers werde unverändert fortgesetzt. Hauptziel sei, durch koordinierte militärische und wirtschaftliche Massnahmen gemeinsam mit den Verbündeten den Krieg vollends zu gewinnen. Im Anschluss an die Sitzung informierte Kriegsminister Harry L. Stimson den neuen Präsidenten über das Atombombenprojekt.

Die amerikanischen Truppen waren bereits bis nach Thüringen, in das «grüne Herz Deutschlands», vorgedrungen. Am 12. April hatten sie Weimar genommen und die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald befreit. Unmittelbar darauf besichtigte der kommandierende General George S. Patton das Lager. Was er sah, übertraf alle Vorstellung. Noch selbigen Tages ordnete er an, die Bevölkerung Weimars an den Verbrennungsöfen und Leichenbergen vorbeizuführen.

Die 80. amerikanische Infanteriedivision bezog Stellungen auf den Hügeln im Westen Jenas. Jagdbomber rasten im Tiefflug über die Stadt und schossen mit Bordkanonen und Maschinengewehren. Auf dem Wege zu seiner Kompanie in Gross-Löbichau musste der Volkssturmmann Adolf Hofern immer wieder im Strassengraben Schutz suchen. Links und rechts der Strasse und in den Feldern lagen Tote. Am Vortage hatte hier die SS lange Kolonnen von ausgemergelten KZ-Insassen vorbeigetrieben. Von Heinrich Himmler war der Befehl gekommen, den Häftlingsbestand «auf die Mindestzahl zu verringern».

Kurz vor Gross-Löbichau sah Hofern einige Männer aus seiner Kompanie, die eine Gruppe entfloherer und wieder eingefangener Häftlinge zur Exekution trieben. Der Anführer forderte ihn auf, sich anzuschliessen. Das lehnte er ab. Er müsse sich zuallererst bei seiner Kompanie zurückmelden. Kurze Zeit später hörte er die Salve des Erschiessungskommandos. In Gross-Löbichau machte ihm der Kompanieführer wegen seiner Befehlsverweigerung die heftigsten Vorwürfe.



*April 1945: Das durch die Luftangriffe zerstörte Hauptwerk in Jena:
Die Produktionskapazität betrug noch immer 60 Prozent.*

Im Heu eines Bauernhauses verbrachten die Männer eine unruhige Nacht. Am nächsten Vormittag kamen die Amerikaner. Kampflos zogen sie in Jena ein, in die «Stadt der Gelehrsamkeit und Industrie». Die *New York Times* meldete, die berühmte optische Fabrik Carl Zeiss sei fast vollständig zerstört. Aber die Amerikaner überschätzten die Wirkung der Luftangriffe. Die Fabrik mit ihren 13'500 Beschäftigten hatte zuletzt noch mit mehr als 60 Prozent ihrer früheren Kapazität produziert.

Die sowjetischen Truppen konzentrierten ihre Kraft auf die Eroberung Berlins. Am 1. Mai meldete der deutsche Rundfunk, «dass unser Führer Adolf Hitler in seinem Befehlsstand in der Reichskanzlei, bis zum letzten Atemzug gegen den Bolschewismus kämpfend, für

Deutschland gefallen ist». Das war eine der letzten Propaganda-Lügen des Regimes. Hitler hatte am Tag zuvor Selbstmord begangen.

Alfred Kantorowicz, der spätere Professor für neueste deutsche Literatur an der Humboldt-Universität, der als Redakteur des Senders CBS in New York die Sendungen des Reichsrundfunks verfolgte, notierte in seinem Tagebuch:

Heute Nachmittag kam die Meldung von Hitlers «Heldentod» in der Reichskanzlei über das Hamburger Radio (das Berliner ist seit Tagen verstummt). Sie kündigten mit dumpfem Trommelwirbel eine ernste Nachricht an. Dann spielten sie «Götterdämmerung». Ich sagte im Newsroom: «It's a good guess they will announce that their beloved Führer has gone to Walhall.»... Der abnorme Kriminelle hat's hinter sich. Deutschland, ein von erbitterten Truppen der überfallenen Völker besetztes Rumpfdeutschland, wird zwanzig Jahre brauchen, allein um materiell aufzubauen, was durch seiner Clique Schuld zerstört wurde – von den unwägbaren moralischen Verwüstungen zu schweigen.³

Auf dem Reichstagsgebäude hissten Rotarmisten die Fahne mit Hammer und Sichel. Das am 2. Mai nachgestellte Photo eines TASS-Photographen wurde zum Symbol des Sieges über das Dritte Reich.

Auch in den folgenden Jahren blickte die Welt nach Berlin. Die siegreichen Alliierten übernahmen gemeinsam die Verwaltung der Stadt. Als der «Eiserne Vorhang» niederging, wurde Berlin geteilt und, wie Willy Brandt sagte, «auseinandergerissen, was doch zusammengehört». Hier zeigte sich besonders augenfällig das deutsche Schicksal, und hier blieb eine Wunde, die nicht heilen konnte.

Die Teilung Deutschlands führte zu vielen Absurditäten. An der Grenze zwischen Bayern und Thüringen gab es den kleinen Ort Mödlareuth, der ohne Rücksicht auf die dort lebenden Menschen getrennt wurde wie die Hauptstadt. Eine drei Meter hohe und 700 Me-

ter lange Betonmauer teilte das Dorf. Voll getroffen vom deutschen Schicksal wurden auch die Optischen Werke Carl Zeiss. Hier ging es weniger um die Produktionsanlagen in der Stadt Jena, sondern hauptsächlich um die Menschen, ihre Seelen und ihr Know-how.

Wie der Widerstand der Berliner gegen den sowjetischen Druck von den Westalliierten anerkennend vermerkt wurde, müssen auch die tapferen Zeissianer gerühmt werden, die sich mit allen Kräften gegen die Kollektivierung gewehrt haben. Ihre Haltung war nicht minder eindeutig, ihr Kampf nicht minder bewunderungswürdig, obwohl er sich nicht im Lichte der Weltöffentlichkeit abspielte.

Am 12. April 1945 hatte die Firma die Produktion eingestellt, am 13. April kamen die Amerikaner. «Ich sass in meinem Büro im Zeiss-Verwaltungshochhaus», berichtete Hugo Schrade, «und schaute aus dem Fenster in Richtung Westen.» Es war am Vormittag etwa um zehn Uhr:

Ich sah ein kleines Flugzeug, das sich langsam näherte, einen Typ, den wir «Fieseler Storch» nennen, und dachte: «Jetzt ist es soweit.» Vom 11. Stock ging ich auf die Strasse hinunter. Einige Mitarbeiter standen herum. Plötzlich tauchte in einer Entfernung von etwa 200 Metern ein amerikanischer Offizier auf. Er war allein und kam rasch näher. Ich dachte: «Jetzt muss etwas geschehen» und ging ihm entgegen. Ich fragte ihn, ob er zu Zeiss kommen wolle. Er sagte «yes». Darauf begleitete ich ihn zur Geschäftsleitung im 9. Stock.⁴

Hugo Schrade war der Leiter der Planungsabteilung und der engste Mitarbeiter von Heinz Küppenbender, dem für die Produktion verantwortlichen Geschäftsleiter. Auch Küppenbender ist nach dem 13. April 1945 gefragt worden:

Ich stand oben auf dem Verwaltungshochhaus und beobachtete durch ein Fernrohr die anrollenden amerikanischen Panzer ... Als ich den ersten Infanteristen durch mein Fernrohr sah, ging ich in

mein Zimmer im 9. Stockwerk. Die Fenster waren kaputt durch den letzten Luftangriff ... Ich beschäftigte mich damit, meinen Schreibtisch und meinen Stuhl von Staub und Glasscherben zu reinigen. Dann zündete ich mir meine letzte Zigarre an und wartete. Dann rief mich der Pförtner an und sagte, es wäre ein amerikanischer Offizier unten, der den Boss zu sprechen wünsche. Da die Aufzüge abgestellt waren, sagte ich, ich würde ihn oben erwarten ... Ich sah einen athletischen jungen amerikanischen Offizier die Treppen herauflaufen. Er nahm immer zwei Stufen auf einmal. Einige Stockwerke hinter ihm keuchte Dr. Hugo Schrade die Treppen herauf. Als der Leutnant oben ankam, war auch er etwas außer Atem und setzte sich auf einen Paternoster, der gerade in Sitzhöhe stehengeblieben war. Dann hörte ich die ersten englischen Worte: «Are you the boss?»⁵

Es stellte sich heraus, dass der Leutnant einem ungewöhnlichen und höchst gefährlichen Hobby frönte. Er sei, erklärte er, der erste Amerikaner in Erfurt und in Weimar gewesen und wolle jetzt bestätigt haben, auch der erste Amerikaner in Jena zu sein. Küppenbender erklärte, bei Carl Zeiss seien sie an Genauigkeit gewöhnt. Er könne ihm nur bestätigen, der erste Amerikaner im Zeiss-Werk zu sein. Der junge Offizier änderte den Eintrag in seinem Notizbuch, und Küppenbender unterschrieb. Daraufhin wollte der Leutnant zum Polizeikommandanten gebracht werden. Schrades Erinnerung zufolge wies ihm Küppenbenders Vorstandskollege Paul Henrichs den Weg. Henrichs hatte zehn Jahre lang die Verkaufsniederlassung in London geleitet und sprach perfekt Englisch.

Etwa eine halbe Stunde später wurde Küppenbender nach unten in den Empfangsraum gerufen. Inzwischen war eine grosse Zahl von amerikanischen Offizieren und Soldaten eingetroffen.

Ich begrüßte die Herren ... Wenn ich nicht fehl gehe in meiner Erinnerung, befand sich ein General bei ihnen. Sie wollten Zeiss

sehen. So führte ich sie durch das Werk. Da einige Tage vorher ein schwerer Luftangriff stattgefunden hatte, war das Werk natürlich nicht in einer ausgezeichneten Verfassung.⁶

An der Militäroptik waren die amerikanischen Herren nicht sonderlich interessiert, umso mehr aber an den Ferngläsern. Jeder der Offiziere erhielt eines der wertvollen «binoculars» zum Geschenk. Später sind Küppenbender und Schrade nach den Namen dieser Amerikaner gefragt worden: «Ich kann Ihnen die Namen nicht nennen», sagte Hugo Schrade: «Von einem General, der mit seinen Truppen als Sieger kommt, wird man nicht erwarten dürfen, dass er sich vorstellt.»



13. April 1945: Die 80. amerikanische Infanteriedivision rückt in Jena ein. Zu sehen ist der Bau 29 des Zeiss-Hauptwerkes, heute Kaufhaus Sinnleffers.

Wohl kein Mitarbeiter bei Zeiss hatte an diesem aufregenden Tag die Musse, über die vergangenen zwölf Jahre nachzudenken. Dankbarkeit aber empfanden sie alle, Dankbarkeit, noch am Leben zu sein, und Dankbarkeit, dass auch das Zeiss-Werk, beschädigt zwar, aber doch vergleichsweise glimpflich, durch den Krieg gekommen war. Es hatte zuletzt noch einen Befehl des Führers gegeben, alle Industrie- und Versorgungsanlagen, «die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann», zu zerstören.

Heinz Küppenbender war deswegen bei dem deutschen General Hermann Hoth vorstellig geworden und hatte erreicht, dass die ursprüngliche Absicht, das Werk zu sprengen, nicht verwirklicht wurde. Küppenbender konnte sich auf Albert Speer berufen. Mit allen Kräften arbeitete der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion dem Führerbefehl entgegen. Ihm gelang es sogar, einige Gauleiter auf seine Seite zu ziehen, die für die Zerstörung der Industrie- und Versorgungsanlagen verantwortlich waren.

Was die Zukunft bringen würde, wusste niemand. Die Zeissianer nahmen sich vor, noch fester zusammenzuhalten. Aber die besten Vorsätze blieben vergebens. Die Welt wurde in zwei Hemisphären geteilt, und das Schicksal wollte es, dass die Trennungslinie die Mitarbeiter der Firma in zwei Gruppen spaltete. Die einen lebten fortan auf der westlichen Seite, auf der Seite der Demokratie, die anderen auf der Seite des «Sozialismus», wie sie sagten, der kommunistischen Diktatur, wie wir es sehen.

Hugo Schrade fühlte sich Heinz Küppenbender dankbar verbunden. Im Dritten Reich hatte der Geschäftsleiter seine Hand über ihn gehalten und eigens die Planungsabteilung geschaffen, um ihn immer in seiner Nähe zu haben. Schrade war mit einer Jüdin verheiratet. Dies galt als «Verbrechen gegen Volk und Rasse».

Als Küppenbender im August 1941 in die Geschäftsleitung berufen wurde, musste er beim Gauleiter und Reichsstatthalter Fritz Sau-

ckel in Weimar einen Antrittsbesuch machen. Dabei forderte Sauckel die Entlassung Schrades. Küppenbender sagte zu, sich «um die Angelegenheit zu kümmern», war aber in Wahrheit entschlossen, den Mitarbeiter nicht fallenzulassen. Obwohl Schrade doch noch in ein Arbeitslager gebracht wurde und seine Frau nach Theresienstadt kam, überlebten beide die schreckliche Zeit. Auch ihrem Sohn geschah nichts.

Nach Loyalität fragten die Siegermächte nicht. Den einen, Küppenbender, verschlug es auf die westliche Seite und Schrade auf die östliche. Bald gab es zwei deutsche Staaten und zwei deutsche Firmen, die den Namen Carl Zeiss trugen.

Heinz Küppenbender war Geschäftsleiter und die dominierende Persönlichkeit bei Carl Zeiss (West) im württembergischen Oberkochen, Hugo Schrade Hauptdirektor des Volkseigenen Betriebes Carl Zeiss in Jena. Beide Firmen führten einen erbitterten Rechtsstreit um die Frage, wer von ihnen im juristischen Sinne als Nachfolger des 1846 von dem Mechaniker und Optiker Carl Zeiss gegründeten weltberühmten Unternehmens anzusehen sei und den grossen Namen und die wertvollen Warenzeichen benutzen dürfe.

Ihr hohes Ansehen verdankte die Firma vor allem dem genialen Physiker und Philantropen Ernst Abbe. Der «rationalistische Heilige», wie ihn Theodor Heuss nannte, wurde zuerst Mitarbeiter und dann Miteigentümer. Es gelang ihm, die Herstellung der Mikroskope und die gesamten Aktivitäten der Firma auf eine exakt-wissenschaftliche Grundlage zu stellen, womit das Unternehmen am Ende des 19. Jahrhunderts eine dominierende Stellung auf dem Gebiet der technischen Optik errang. Den wirtschaftlichen Erfolg nutzte Abbe zu einer vorbildlichen Sozialpolitik. Nach dem Tode des Firmengründers schuf er zu dessen Andenken die Carl-Zeiss-Stiftung. Abbe übertrug seine Besitzanteile auf die Stiftung und erreichte, dass die Erben von Carl Zeiss ihre Anteile verkauften. Wie die Optischen Werke Carl Zeiss ging auch das 1884 gegründete Glaswerk Schott & Genossen

in den alleinigen Besitz der Carl-Zeiss-Stiftung über. Das Glaswerk hatte ursprünglich die Aufgabe, die für die Objektive benötigten Spezialgläser zu erschmelzen, erweiterte aber dann seine Aktivitäten. Jede der beiden Firmen hatte ihr eigenes Management; sie betrachteten sich aber als Schwestern und waren im Falle der Not zur gegenseitigen Hilfe verpflichtet.

Sein Lebenswerk krönte Abbe 1896 mit dem Stiftungsstatut. Wie im Staat die Verfassung regelt bei den Optischen Werken Carl Zeiss und dem Glaswerk Schott & Genossen das Stiftungsstatut die Rechte und Pflichten aller Mitarbeiter. Zur Jahrhundertwende führte Abbe dann auch noch den Acht-Stunden-Tag ein.

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches trafen Küppenbender und Schrade einander vor Gericht als Prozessgegner wieder. Beide behaupteten, sie hätten sich, den veränderten Umständen und Zeiten entsprechend, an Geist und Buchstaben des Stiftungsstatuts gehalten. Daraufhin beschäftigten sich Anwälte und Richter, insbesondere im amerikanischen Verfahren, um das «Finding of Facts» oder die Tatsachenfeststellung. Bei den sogenannten «Examinations» im September 1965 musste Schrade vier Mal um Unterbrechung bitten. Er hatte «seelisch schwer mit sich zu kämpfen» und war «zeitweise am Ende», wie die Oberkochener beobachteten.

Die akribisch protokollierten und hunderte von Seiten umfassenden Aussagen der Prozessgegner bilden heute eine wertvolle Dokumentation über alle relevanten Ereignisse seit 1945. Aber es gibt noch viele andere Zeugnisse. Kurz bevor er Ende 1973 in den Ruhestand trat, bat der Oberkochener Geschäftsleiter Gerhard Kühn die Mitarbeiter, ihre Erinnerungen aufzuschreiben. Einige Zeissianer hatten das bereits aus freien Stücken getan, weil sie die Ereignisse in der unmittelbaren Nachkriegszeit als denkwürdig empfanden. Dazu gehörte der schon erwähnte Adolf Hofern, ein promovierter Betriebswirt, der seit 1937 bei Carl Zeiss im Rechnungswesen tätig war. Deshalb wissen wir recht genau, was damals am 13. April, dem Tag

der Zeitenwende, in Jena geschah. Die deutschen Truppen hatten die Saalebrücken gesprengt und sich nach Osten zurückgezogen. Gegen Mittag wurden die Männer in Gross-Löbichau von der Auflösung des Volkssturms unterrichtet.

Mit einem Kameraden machte ich mich auf den Weg nach Jena ... Unterhalb des Jenzig beschossen uns amerikanische Soldaten mit Granatwerfern, deren Geschosse mit einem dumpfen «Puff» einschlugen, worauf wir im Wald verschwanden ... Über die Reste des Stegs, die aus der Saale ragten, konnten wir uns aufs Westufer retten.⁷

Auf dem Umweg über den Landgrafenhang kam Hofern durch die menschenleeren Strassen der Stadt. In der Schilbachstrasse, ganz in der Nähe seines Hauses, fiel er einem Kommando farbiger US-Soldaten in die Hände. Sie durchsuchten ihn nach Waffen, liessen ihn aber wieder laufen. Einige Minuten später lag er in den Armen seiner Frau.

Einen anderen Zeissianer, Henry Simon, hielt es nicht in seiner Wohnung in der Westendstrasse. Er wollte die Soldaten willkommen heissen. Simon war amerikanischer Staatsbürger und durch merkwürdige Umstände in Deutschland geblieben, als der Krieg ausbrach. Das erste, was er sah, war eine Gruppe von Volkssturmmännern, die von zwei jungen G.I.s in Khaki-Uniform abgeführt wurden. Dann kamen andere Amerikaner zu Fuss und in Jeeps. Scharfschützen hielten ihre Gewehre im Anschlag und beobachteten Fenster und Dächer. Schwere Panzer ratterten durch die engen Gassen. Mit ihnen und auf ihnen kamen Pioniere, die mit affenartiger Behendigkeit Telefonleitungen verlegten.

Nach den ersten Panzern kam ein Jeep mit einer kugelsicheren Windschutzscheibe. Der Fahrer sprach in sein Walkie-Talkie. Ich hörte, wie er das Wort J-e-n-a buchstabierte und zweimal wiederholte. Auf der rechten Seite sass ein zweiter G.I. in lässiger Hal-

tung. Das eine Bein liess er aus dem Jeep baumeln, das andere hatte er an den Körper gezogen. Auf dem Knie lag ein Schreibblock, und er machte sich eifrig Notizen. Trotz meiner Aufregung musste ich lachen. Amerikanische Reporter erkennt man, auch wenn sie Uniform tragen.⁸

Simon kam mit einer Panzerbesatzung ins Gespräch, die das schöne Frühlingswetter zu einer kleinen Atempause nutzte. Er fragte nach Präsident Roosevelt, und die Animosität, mit der die Männer antworteten, schockierte ihn. Es schien, als hätte der Sergeant am liebsten ausgespuckt, bevor er den Namen des Präsidenten nannte.

Anderen Amerikanern konnte Simon mit Auskünften helfen. Für die Soldaten war es eine Sensation, dass eine amerikanische Familie in der Stadt lebte. In den kommenden Tagen und Wochen hatten die Simons fast jeden Abend Besuch. Mit dem Stadtkommandanten und dem Captain der Militärpolizei besprach er, wen man an Stelle der bisherigen Nationalsozialisten an die Spitze der Stadtverwaltung stellen sollte. Kommissarischer Oberbürgermeister wurde Otto Wagner, der 68jährige Leiter der Stiftungsparkasse. Er war bis 1933 Oberbürgermeister von Breslau gewesen und nach seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten in seine thüringische Heimat zurückgekehrt.

Bald kamen die Simons mit dem Major und dem Captain in ernsthafte Diskussionen über die, wie die Offiziere sagten, «unglaublich dumme Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion». Der in der ganzen Welt verehrte amerikanische Präsident wurde von der Opposition im eigenen Lande mit unglaublicher Schärfe kritisiert. Die Simons erfuhren zum ersten Mal Einzelheiten über das Abkommen von Jalta, das die beiden Amerikaner als «feigen Ausverkauf an Stalin» bezeichneten. Immerhin hatte Roosevelt erreicht, dass sich die Sowjetunion an der Gründung der Vereinten Nationen beteiligte. Hauptsächlich ging es um Polen. Stalin weigerte sich, das

nach seinem skandalösen Abkommen mit Hitler annektierte Ostpolen wieder herauszugeben, weshalb Polen mit deutschem Gebiet entschädigt wurde. Die Westgrenze der sowjetischen Besatzungszone, die spätere «innerdeutsche Grenze», war bereits Ende 1944 gezogen worden. Nach der Billigung durch die Vereinigten Staaten und Grossbritannien erklärte auch die Sowjetunion auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis.

Simon war Fachmann auf dem Gebiet des Planetariums. Es handelte sich um eine bei Carl Zeiss gemachte Erfindung, die 1925 als «Wunder von Jena» grosses Aufsehen erregt hatte. Das Planetarium ermöglichte es, Vorgänge am Sternenhimmel wie den Lauf der Planeten im Zeitraffertempo dem Betrachter zu demonstrieren.

Der kommandierende amerikanische General bat Simon, Vorführungen für die Soldaten zu veranstalten. Hunderte von G.I.s kamen, um das Sternentheater zu erleben. Wenn ihm Soldaten Ort und Datum ihrer Geburt angaben, zeigte er ihnen den Sternenhimmel, wie er damals zu sehen war.

Bei Carl Zeiss erschienen immer neue Kommissionen. «Ich war niemals in der Lage herauszufinden», berichtete Küppenbender, «welche Autorität und Machtbefugnis diese hatten.» Meist besaßen sie erstaunliche Kenntnisse über das Werk und seine Produktionsziffern. Was sich an Beständen noch im Werk befand, wurde beschlagnahmt. Über die Entnahmen gab es ordnungsgemässe Requisitionscheine mit genauen Angaben über den Warenwert. Die Verpackung übernahm die Versandabteilung der Firma. Die Adresse war durchweg das «Francfort Arsenal». Es handelte sich aber nicht, wie die Mitarbeiter des Versandes glaubten, um Frankfurt am Main, sondern um ein Armeedepot in Dayton, Ohio. Der Wert der Requisitionscheine erreichte schliesslich über 13 Millionen Reichsmark. Sie wurden später eingelöst und spielten beim Neuaufbau im Westen eine wichtige Rolle.

Besonders gut informiert waren die fünf hohen Offiziere, die im Auftrage des «Combined Intelligence Objectives Sub-Committee»

kamen. Insgesamt 3'000 alliierte Wissenschaftler und Ingenieure arbeiteten für diese Organisation. CIOS, wie es abgekürzt hiess, hatte die Aufgabe, genau festzustellen, wie weit die Deutschen mit ihrer Rüstung gekommen waren. Vor allem ging es um die neuesten Entwicklungen, die für die Vereinigten Staaten und Grossbritannien nutzbar gemacht werden sollten. Noch immer tobte der Krieg im Pazifik.

Von vornherein erwarteten die fünf Offiziere, dass – «in view of the eminence and prestige of Carl Zeiss» – die Firma auch eine führende Rolle auf dem Rüstungssektor gespielt hatte. Sie erarbeiteten einen umfangreichen «Report on the Firm of Carl Zeiss, Jena» von 188 Seiten mit vielen relevanten Einzelheiten, zum Beispiel über die Zusammenarbeit mit Japan auf dem Gebiet der Militäroptik. In den letzten sieben Jahren hatten 43 (namentlich genannte) hohe japanische Offiziere und Militärattachés das Werk besucht, viele von ihnen mehrfach.

Die anglo-amerikanische Kommission hatte die Mühe nicht gescheut, das Stiftungsstatut mit seinen 122 Paragraphen zu übersetzen und damit die Intentionen des grossen Idealisten Ernst Abbe deutlich zu machen. Dem «Report» konnte man entnehmen, dass die Zeiss-Geschäftsleitung aus vier Mitgliedern bestand: Paul Henrichs für den kaufmännischen Bereich, Georg Joos für Forschung und Entwicklung, Walther Bauersfeld für die Konstruktion der Instrumente und Heinz Küppenbender für die Produktion.

Ein grosses Lob von den britischen und amerikanischen Offizieren erhielten auch die Arbeiter der Firma:

Welche Faktoren den Erfolg des Zeiss-Konzerns auch im Einzelnen bestimmen mögen, sicher ist, dass die Geschicklichkeit der Arbeiter ein besonders wichtiger, wenn nicht überhaupt der entscheidende Punkt ist. Die Firma hat über viele Generationen den grössten Wert auf die richtige Ausbildung der Mitarbeiter gelegt.⁹

Mitte Mai erhielt die Firma eine Order der amerikanischen Luftwaffe. «To further the prosecution of the war against Japan» sollte Carl Zeiss 3'400 Luftbildobjektive produzieren. Die Amerikaner hatten festgestellt, dass die Jenaer Objektive besser waren als die von der Air Force gebrauchten. Küppenbender musste die Objektive umkonstruieren, damit sie in die amerikanischen Fairchild-Kameras passten. Doch der mündlich übermittelte und schriftlich bestätigte Auftrag wurde zurückgezogen, allerdings mit dem Bemerkung, dass er voraussichtlich später erneut erteilt werden würde.

Eines Tages [gegen Ende Mai] öffnete sich die Tür, und davor stand ein amerikanischer Offizier und zwei Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten. Er fragte mich, ob ich Dr. Küppenbender sei. Als ich bejahte, antwortete er: «Kommen Sie mit.» So ging ich mit und wurde in das Gefängnis in Jena eingeliefert. Dort verbrachte ich mit Unterbrechungen zwei oder drei Wochen ... Mir wurde niemals gesagt, warum ich dort war.¹⁰

Bei den Verhören ging es um Küppenbenders Tätigkeit während des Krieges. Der Geschäftsleiter war ein genialer Konstrukteur und hatte ein Bombenzielgerät für die Sturzkampfbomber entwickelt. Es ermöglichte, wie er selbst erläuterte, «den Bombenabwurf bei jeder Höhe und bei jeder Geschwindigkeit ohne Rücksicht auf die Wetterbedingungen». Als Albert Speer die Rüstungsproduktion koordinierte und die deutsche Industrie Höchstleistungen erbrachte, übernahm Küppenbender die Leitung des Hauptausschusses Feinmechanik und Optik. Für seine erfolgreiche Arbeit wurde er 1944 mit dem Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern ausgezeichnet. Im CIOS-Report heisst es:

Dr. Ing. Küppenbender, the Production Director of Zeiss, is a man of great executive ability and engineering experience. He was transferred from Zeiss Ikon at Dresden to Jena at the end of 1941

... Judging by the output of the firm in the years 1942/44, he would appear to have justified his appointment.¹¹

Küppenbender steigerte die Produktion wertmässig von 114 Millionen 1939 auf 236 Millionen im Jahre 1944. Die Zahl der Beschäftigten erreichte 1941 das Maximum mit 13'700. Gegen Ende des Krieges gab es kaum ein deutsches Unternehmen des produzierenden Gewerbes, das keine KZ-Häftlinge und keine ausländischen Zwangsarbeiter beschäftigte. Küppenbender ist es gelungen, den Einsatz von KZ-Häftlingen zu verhindern. Sich gegen die Zuweisung von ausländischen Zwangsarbeitern zu wehren, war unmöglich. Die festgesetzten hohen Produktionszahlen mussten erfüllt werden, und deutsche Arbeiter gab es nicht. Im Jahre 1944 beschäftigte die Firma 3'900 Ausländer.

Ihre Behandlung war, wie explizit im CIOS-Report angegeben, der Grund für die Verhaftung Küppenbenders. Inzwischen wissen wir, dass er in den Kriegsjahren seine Mitarbeiter dazu angehalten hat, «alles zu tun, um nach dem Gebot der Menschlichkeit das Los dieser Verschleppten zu erleichtern». So ist es von Hugo Schrade festgehalten worden, dem Mann, der Küppenbender damals am besten kannte. Durch regelmässige Besuche überzeugte sich der Geschäftsleiter vom Zustand der Wohnbaracken.

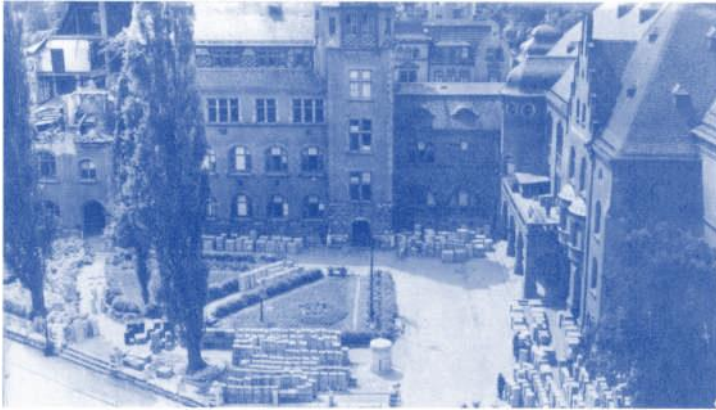
In den letzten Kriegstagen wollte Fritz Sauckel, der Gauleiter und Reichsstatthalter von Thüringen, der für den Arbeitseinsatz verantwortlich war, die Zwangsarbeiter in die Höhlen bei Kahla bringen und dort in die Luft sprengen. Nach dem Gespräch mit Sauckel kam Küppenbender noch spät in der Nacht zu Schrade. Mit Bewunderung hat dieser registriert, dass der Geschäftsleiter nicht nur, wie viele, die Opfer bedauerte, sondern dass er gehandelt hat ohne Rücksicht auf die persönlichen Folgen. Um die Wahnsinnstat zu verhindern, flog Küppenbender in das bereits eingeschlossene Berlin und veranlasste Speer zu entsprechenden Gegenbefehlen.

Küppenbenders Gefängnisaufenthalt wurde durch zwei Dienstreisen im Auftrage der Amerikaner unterbrochen. Einmal ging es im Flugzeug nach München, das andere Mal mit dem Jeep nach Stuttgart. Die Amerikaner planten, einen Teil des Zeiss-Werkes in den Westen zu verlagern, um Militäroptik für den Krieg gegen Japan zu produzieren. Küppenbender sollte prüfen, ob eine der bombengeschädigten Fabriken in München-Mittersendling oder das Contessa-Werk von Zeiss-Ikon in Stuttgart für eine Fertigung in Frage kamen. Obwohl das Contessa-Werk unzerstört war, verweigerten die Franzosen, die Stuttgart besetzt hatten, ihre Zustimmung. Bei der Unterredung zwischen einem hohen französischen Offizier und dem amerikanischen Leutnant, der ihn nach Stuttgart gebracht hatte, war Küppenbender anwesend. Hier erfuhr er, «dass Herr de Gaulle auf seinen Sieg sehr stolz war». Zum ersten Mal erlebte Küppenbender eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen den Alliierten.

Ende Mai erhielt der Geschäftsleiter den Befehl, Pläne für den Aufbau einer Zweigfertigung im Westen auszuarbeiten. Er schaltete Schrade ein und übergab die Unterlagen am 9. Juni. Den Vorgaben entsprechend sollten tausend produktive Arbeitskräfte und weitere tausend wissenschaftliche, technische und kaufmännische Mitarbeiter in den Westen gebracht werden, um dort «ein geschlossenes, leistungsfähiges feinmechanisch-optisches Unternehmen» aufzubauen.

Um den Umzug schnell durchführen zu können und den Wiederanlauf der Fertigung nicht unnötig zu verzögern, muss am Verlagerungsort eine baulich geeignete, günstig gelegene, betriebsfähige Fabrik gewählt werden ... Hierfür könnte z.B. die ... optisch-mechanische Fabrik von Steinheil in München ... bestimmt werden.¹²

Küppenbender und Schrade ermittelten einen Maschinenbedarf von 2'465 Einheiten, davon 490 Drehbänke, 290 Fräsmaschinen, 500



Juni 1945: Kisten mit den requirierten Geräten und Werkszeichnungen vor dem Volkshaus in Jena zum Abtransport in das Francfort Arsenal (Dayton, Ohio).

Bohr- und Gewindeschneidmaschinen, 210 Schleifmaschinen und 30 Spezialmaschinen eigener Konstruktion. Das erforderte 600 Eisenbahnwaggons und eine Beladungszeit von zwei Wochen. Für die 2'000 Mitarbeiter mit ihren rund 4'000 Familienangehörigen kamen noch weitere 50 Waggons hinzu.

Dieses gigantische Vorhaben hat sich bis zum Rückzug der Amerikaner aus Thüringen Ende Juni 1945 nicht mehr realisieren lassen. Evakuiert wurden von den beiden Stiftungsbetrieben Zeiss und Schott jedoch 125 führende Manager, Wissenschaftler und Ingenieure einschliesslich der beiden Geschäftsleitungen, 84 von Zeiss und 41 von Schott. Ihr Know-how genügte, um im Westen ein Zweigwerk der Firma Zeiss und ein Zweigwerk der Firma Schott aufbauen zu können.

Die Verantwortung für die Aktion trug der amerikanische Fliegeroberst Hubert Zemke. Mit seinen zwanzig Abschüssen gehörte der Group Commander zu den Fliegerhelden der Vereinigten Staaten.

KAPITEL 2

We take the brain

Colonel Hubert Zemke sass im Frankfurter Hauptquartier der alliierten Streitkräfte, im Gebäudekomplex der ehemaligen IG-Farben, und langweilte sich. Die Büroarbeit ödete den Draufgänger an. Er überlegte, wie er sich eine deutsche Kamera verschaffen könnte. Bei einem Besuch der Ernst Leitz GmbH in Wetzlar wies ihn die Militärpolizei schroff ab. Schon zu viele Amerikaner waren vor ihm dagewesen.

Am 6. Juni 1945 flog Zemke mit seiner Thunderbolt vom Rhein-Main-Flughafen nach Thüringen. Er liebte diesen schweren Langs treckenjäger, mit dem er im Kriege die Me 109 vom Himmel geholt hatte. In Weimar besuchte er einen alten Fliegerkameraden. Zemke musste erzählen. Die Deutschen hatten ihn Ende Oktober 1944 über der Lüneburger Heide abgeschossen, als er einen Bomberverband eskortierte. Die letzten Kriegsmonate verbrachte er als Kriegsgefangener im Stalag Luft I in Vorpommern.

Der Freund berichtete von Carl Zeiss im benachbarten Jena. Die Kerle dort besaßen sagenhaft gute Luftbildkameras und Bombenzielgeräte, besser als alles, was die Air Force hatte. Übrigens trage jetzt ein gemeinsamer junger Freund dort die Verantwortung, ein Lieutenant namens Irving Brayer. Der «fairly high powered boy from Arizona» war früher Zemkes Photo Officer gewesen. Mit seiner Aufgabe sei «Irv» überfordert. Ständig rufe er an und wolle Unterstützung.

Der Colonel sah sich am Ziel seiner Wünsche. Mit einem breiten Lächeln sagte er: «I'll see him.» Ich werde ihn besuchen.

Am nächsten Morgen fuhr Zemke mit einem Wagen der Air Force

nach Jena. Der Leutnant sass in einem kleinen Büro im Hochhaus am Carl-Zeiss-Platz. Er war unglücklich, weil er «Hub», wie er den Colonel nannte, nicht helfen konnte. Die Contax und die anderen berühmten Kameras wurden nicht bei Carl Zeiss produziert, sondern bei Zeiss-Ikon in Dresden. Und dort sass die Russen. Natürlich gebe es in Jena ein grosses Fabriklager, erklärte der Leutnant: Die Kameras und Ferngläser aber hatten längst ihre Liebhaber gefunden. Auch das Lager mit einigen hundert Mikroskopen war geräumt. Nur U-Boot-Sehrohre gab es noch.

Der Leutnant hatte sich durch sein forsches Auftreten bei Carl Zeiss Respekt verschafft. Jetzt aber bat er den Colonel händeringend um Hilfe. Noch immer fehlte eine klare Entscheidung, was mit dem Werk geschehen sollte. Nach den interalliierten Vereinbarungen war Thüringen Teil der sowjetischen Besatzungszone. Churchill gab dem neuen amerikanischen Präsidenten den Rat, die im April 1945 in Mitteldeutschland eroberten Gebiete, die die Städte Halle, Leipzig und Chemnitz einschlossen, als Faustpfand gegen weitere Vertragsverletzungen zu behalten. Harry S. Truman aber wollte den offenen Konflikt mit Stalin vermeiden und bestätigte den Räumungsbefehl. Bis Ende Juni 1945 musste der Rückzug abgeschlossen sein.

Wie sollte man in der kurzen Zeit, die bis zum Abzug aus Thüringen verblieb, 650 Eisenbahnwaggons requirieren und beladen? Kein Mensch wusste, ob die Strecken nach Süden nicht irgendwo unterbrochen waren. Zemke war zornig auf den Vorgesetzten von Brayer, der durch Abwesenheit glänzte und diesem boy eine Aufgabe überliess, die die Umsicht und die Autorität eines gestandenen Mannes erforderte. Als Zemke ein paar Tage später Colonel George W. Goddard kennenlernte, empfand er ihn als einen «insignificant oldtimer» und «blundering baffoon», einen undifferenzierten Quatschkopf.

Am 13. Juni erhielt Küppenbender einen neuen Auftrag. Das Transportvolumen müsse auf fünfzig «box-cars» reduziert werden, was Eisenbahnwaggons oder Schwerlastwagen bedeuten konnte.

Was über diesen Umfang hinausgehe, solle nach Priorität aufgelistet werden, «so dass die wichtigsten Maschinen zuerst abtransportiert werden und die zusätzlichen Ausrüstungen in der Reihe ihrer Priorität folgen».

Im Hauptquartier in Paris stellte Colonel Zemke die beiden Pläne zur Diskussion. Die «big shots» waren in höchstem Masse interessiert, äusserten aber auch starke Bedenken. Eine Demontage des Zeiss-Werkes sei ein klarer Verstoss gegen die interalliierten Vereinbarungen.

Schliesslich wurde Zemke an die Oberkommandierenden der Dritten und Siebten Armee verwiesen. Die Herren sprachen sich entschieden für eine Verlagerung in den Westen aus. Die Vereinigten Staaten bräuchten das Know-how der Deutschen für den Krieg gegen Japan. Ebenso eindeutig erklärten die Offiziere jedoch, dass sie ohne schriftliche Befehle nichts tun könnten. Die Zeit drängte. Endlich kam es am 18. Juni zu einer Sitzung im alliierten Hauptquartier in Paris.

Colonel Zemke wartete draussen, während die Konferenz im Gange war. Von Zeit zu Zeit wurde er hineingerufen, um Auskunft zu geben. Auf der Sitzung ging es nicht nur um das Zeisswerk, sondern auch um andere Fabriken.¹

Unmittelbar danach flog Zemke mit seiner Thunderbolt von Paris-Orly nach Jena und landete auf dem im Kriege angelegten Feldflughafen oberhalb der Stadt. Nun war entschieden, dass überhaupt keine Maschinen abtransportiert werden sollten, jedoch eine grössere Anzahl von Managern, Wissenschaftlern und Ingenieuren.

Am Abend rief Lieutenant Brayer in Küppenbenders Wohnung an. Der Geschäftsleiter solle seine Vorstandskollegen von Zeiss und Schott zu einer Besprechung zusammenrufen. Die Sitzung begann um 22.30 Uhr im Konferenzzimmer im 9. Stock neben dem Büro Küppenbenders. Auf der einen Seite des langen Tisches nahmen die amerikanischen Offiziere Platz, auf der anderen die Vorstandsmit-

glieder. Das waren von Zeiss die Herren Bauersfeld, Henrichs, Joos und Küppenbender. Mehrere Stühle blieben leer. Schliesslich erschienen noch zwei britische Offiziere und baten, zuhören zu dürfen. Sie setzten sich nicht an den Tisch, sondern auf Stühle, die an der Wand standen. Dann kam mit festen Schritten Colonel Zemke herein und übernahm den Vorsitz. Er erklärte kurz, dass er vom Hauptquartier in Paris käme und einen Befehl zu überbringen habe. Alle bisherigen Verlagerungspläne könnten nicht mehr ausgeführt werden. Thüringen sei zum sowjetischen Besatzungsgebiet bestimmt. Die Übergabe stehe unmittelbar bevor. In den Westen gebracht würden jedoch die wichtigsten Mitarbeiter der Firmen Zeiss und Schott sowie die Konstruktionszeichnungen. Die Aufgabe sei, in der amerikanischen Besatzungszone eine neue Fertigung aufzubauen.

Zemke hatte einige Papiere in der Hand. Er las sechs oder sieben Namen vom Blatt und sagte: «First priority.» Neben den Vorstandsmitgliedern von Zeiss und Schott standen noch Hermann Pistor, August Kotthaus und Rudolf Straubel auf der Liste. Heinz Küppenbender meldete sich: «Kotthaus und Straubel sind nicht mehr am Leben.» Colonel Zemke stutzte einen Augenblick: «In that case, we must take the corpses.» In diesem Fall müssen wir die Leichen mitnehmen. Das war rauher Fliegerhumor. Paul Henrichs bat, Professor Hermann Pistor von der Liste zu streichen. Er gehöre weder zu Zeiss noch zu Schott, sondern sei Direktor der Staatlichen Meisterschule für Optik und im Übrigen bereits 70 Jahre alt.

Dann hatte Colonel Zemke eine zweite Liste, die aus mehreren Blättern bestand, die er ebenfalls als «first priority» beschrieb. Diese Blätter enthielten die Namen von etwa 35 führenden Wissenschaftlern, Physikern und Laborleitern und die Namen von etwa zwanzig hervorragenden Konstrukteuren.²

So erinnerte sich Heinz Küppenbender, als er zwanzig Jahre später in New York als Zeuge vor dem District Court stand. Der Geschäfts-

leiter hat seine Aussagen unter Eid abgelegt, und doch sind ihm (gegen seine Absicht) einige Irrtümer unterlaufen. Juristen und Historiker kennen die Problematik von Zeugenaussagen, vor allem, wenn es sich um lange zurückliegende Ereignisse handelt. Im vorliegenden Fall gibt es glücklicherweise neben den Berichten von anderen Zeitzeugen auch noch eine recht zuverlässige Quelle. Einer der beteiligten amerikanischen Offiziere, der damalige Major (und spätere Oberst) Carl E. Nelson, hat Tagebuch geführt. Aus Nelsons Diary geht hervor, dass Zemke nur eine kurze Liste mitgebracht hatte. Die Geschäftsleiter mussten selbst die Mitarbeiter für den Abtransport benennen.

Die Diskussion führte zur Vorlage bestimmter Listen von Spitzenkräften. Zuerst von Professor Joos. Er hat seine dreissig besten Leute herausgesucht, wurde aber von Colonel Zemke aufgefordert, noch zehn hinzuzufügen und die Liste bis 9.30 Uhr am nächsten Morgen Leutnant Brayer auszuhändigen. Dann wurde Professor Bauersfeld nach seiner Liste gefragt. Er leitet die Abteilung, die mit den Forschern kooperiert und neue Ideen in funktionierende Instrumente umsetzt. Seine Liste enthielt 28 Namen.³

Dann gab es einen Zwischenfall. Walther Bauersfeld stand von seinem Platz auf. Mit seinen 66 Jahren war er der Senior der Geschäftsleiter. Als Erfinder des Projektionsplanetariums genoss er Weltruf. Einer der Amerikaner meinte, er sehe gar nicht wie ein Gelehrter aus, eher wie ein Schullehrer. Bauersfeld hatte seine Hände hinter dem Rücken verschränkt. Er ging drei Schritte zurück und dann wieder drei Schritte nach vorn: «Ich kann meine Mitarbeiter nicht im Stich lassen.» Bauersfeld sprach deutsch. Mit dem Mute der Verzweiflung hielt er Zemke vor: «Was Sie vorhaben, ist eine Amputation, ist das Abtrennen des Kopfes vom Rumpf eines Weltunternehmens.» Bei diesen Worten sprang Professor Georg Joos auf, setzte sich aber wieder, ohne etwas zu sagen. Der amerikanische Major Nelson, ein Phy-

siker wie Joos, spürte die ungeheure Spannung, unter der die Geschäftsleiter standen: «Küppenbender war der Einzige, der ruhig auf seinem Stuhl sitzen blieb.»

Colonel Zemke hatte Sympathie für die Deutschen, auch wenn sie zuletzt auf Abwege geraten waren. Er war selbst deutscher Abstammung. Beide Eltern waren vor dem Ersten Weltkrieg aus Deutschland eingewandert. Mit ihnen hatte er in seiner Jugend deutsch gesprochen. Die Sprachkenntnisse kamen ihm jetzt zugute. Er hatte aufmerksam zugehört, und fast freundlich bestätigte er: «We take the brain.» Das wurde später zum geflügelten Wort bei Zeiss. Zemke liess keinen Zweifel, dass sich niemand entziehen könne: «This is a command.» Es handle sich um einen militärischen Befehl: «You have no choice.»

Über den historischen Augenblick gibt es auch ein offizielles Firmenprotokoll. In der üblichen nüchternen Ausdrucksweise heisst es:

Die Geschäftsleitung hat bei dieser Gelegenheit erneut mit Deutlichkeit auf die Folgen einer solchen Aktion hingewiesen ... Sie hat klar zum Ausdruck gebracht, dass der von den Amerikanern geforderte Schritt ... einer Trennung des Kopfes vom Rumpf gleichkomme ... Unsere Ausführungen wurden keineswegs unfreundlich zur Kenntnis genommen, aber erneut mit dem Hinweis beantwortet, dass dieser Befehl aus dem Hauptquartier ... durchgeführt werden müsse und würde.⁴

Es wurde eine lange Nacht. Eine ausführliche Diskussion gab es über die Zusammensetzung der Gruppe aus Wissenschaftlern, Konstrukteuren und Produktionsingenieuren. Einer der Amerikaner empfahl, auch einen Stamm von Facharbeitern mitzunehmen. Dieser Gedanke wurde aber nicht weiterverfolgt, und tatsächlich machte sich beim Aufbau in Oberkochen das Fehlen von Werkmeistern hemmend bemerkbar.

Paul Henrichs meldete sich mit dem Hinweis, er sei Kaufmann und kein Ingenieur. Er könne gar nicht begreifen, was man von ihm wolle. Von seinen Argumenten liess sich Zemke aber nicht beeindrucken. Befehl ist Befehl. Bis um halb drei morgens dauerte die Sitzung. Als jüngster Geschäftsleiter bat Küppenbender, erst nach den Mitarbeitern abtransportiert zu werden. Wie der Kapitän eines Schiffes wollte er der letzte sein, der die Brücke verliess. Zemke versprach, ihn im Flugzeug mitzunehmen, konnte seine Zusage aber dann nicht einhalten.

Am nächsten Vormittag wurden die betroffenen Mitarbeiter zusammengerufen. Küppenbender lehnte es ab, die Entscheidung vor den Mitarbeitern zu vertreten. Das müssten die Amerikaner schon selbst tun. Colonel Zemke war nicht anwesend. Also trat Colonel Stone vor die Versammlung. Er gehörte zur «Technical Intelligence» der Air Force.

Sigmund Meyer übersetzte. Sie alle, die hier sässen, würden aus Jena evakuiert und zwar 84 Mitarbeiter von Zeiss und 41 von Schott. Keiner könne sich entziehen. Es handle sich um einen Befehl des alliierten Hauptquartiers. Jedem Mitarbeiter stünde für sich und seine Familie ein eigener Lastwagen zur Verfügung. Mitgenommen werden könne alle persönliche Habe, soweit im Wagen Platz sei. Um Möbel und Haushaltsgegenstände bräuchten sie sich nicht zu kümmern. Am Bestimmungsort würden den Evakuierten voll eingerichtete Wohnungen zur Verfügung gestellt. Arbeitsunterlagen und Laboreinrichtungen müssten abgegeben werden. Sie würden separat transportiert und ihnen wieder ausgehändigt werden. Die meisten dieser Versprechungen wurden nicht eingehalten. Sie erhielten keine möblierten Wohnungen, sondern nach einigen Wochen im Massquartier bestenfalls möblierte Zimmer zur Untermiete. Auch ihre Konstruktionszeichnungen und Laboreinrichtungen sahen sie nie wieder.

Zwei Zeissianer protestierten gegen den Abtransport. Jena sei ihre Heimat, und hier wollten sie bleiben. Colonel Stone sagte nochmals, dass es sich um einen militärischen Befehl handle, gegen den ein

Einspruch nicht möglich sei. Heinz Küppenbender erinnerte sich an die Worte: «Wir werden Sie mitnehmen, und wenn wir Sie im Nachthemd auf den Lastwagen laden müssen.»

Dann fragte einer nach dem Ziel der Reise. «Sie kommen in einen Ort in der amerikanischen Zone im Süden Deutschlands. Vielleicht nach München.» Auch er kenne den Ort nicht.

In den folgenden Tagen wurden die amerikanischen Offiziere noch häufig um Rat angegangen. Einer wollte seine Grossmutter mitnehmen. Colonel Zemke sagte: «Mir ist es gleich, was die Grossmutter macht. Hauptsache, Sie sind dabei!» Bei einem anderen war die Frau schwanger. «Sie können Ihre Frau auch bei den Russen lassen», antwortete Zemke: «Sie werden selbst wissen, wo sie sicherer ist.» Viele kamen in sein Büro und beklagten sich, dass ihre Konten gesperrt waren. Zemke gab den Banken die Liste der Betroffenen und wies sie an, die Guthaben auszuzahlen.

Zemke half, wo er konnte. Die wichtigste Frage aber mussten die Deutschen selbst klären. Wer sollte in Zukunft das Unternehmen führen? Zwar rechneten die scheidenden Geschäftsleiter mit ihrer Rückkehr in absehbarer Zeit; sie hatten aber keine Vorstellung, wann dieser glückliche Tag kommen würde. Auf alle Fälle wollten sie Friedrich Schomerus an die Spitze des Zeisswerkes stellen. Für ihn sprach seine untadelige Haltung während des Dritten Reiches und seine lange Dienstzeit. Es war sicher, dass er im Sinne des Stiftungsstatuts handeln würde. Paul Henrichs schlug noch Victor Sandmann vor, und Heinz Küppenbender benannte seinen engsten Mitarbeiter Hugo Schrade.

Am 22. Juni wurden die drei Herren, die «drei S», wie man bald sagte, zu Prokuristen ernannt. Sie sollten «die Geschäfte der Geschäftsleitung einstweilen wahrnehmen, solange sämtliche Mitglieder von Jena abwesend sein müssen und an der Erfüllung ihrer Aufgaben verhindert sind.»

Das war am Freitag. Am Sonnabend, ihrem vorletzten Tag in Jena, überstürzten sich die Ereignisse. Walther Bauersfeld erlitt einen

Leistenbruch und lag nach einer Notoperation zu Hause im Bett. Unter den vielen Besuchern, die zu ihm kamen, war auch ein Mann, der sich als «Agricola» vorstellte. Bauersfeld hielt ihn für einen Kommunisten. Er wollte den Geschäftsleiter überreden, sich zu verstecken und in Jena zu bleiben. Als Bauersfeld die Amerikaner über den Vorgang informierte, wurde sein sofortiger Abtransport angeordnet. Seiner Frau blieb gerade noch eine halbe Stunde Zeit, um ein paar Kleider und Mäntel zusammenzusuchen.

Professor Georg Joos, der bedeutende Physiker, erlitt einen Nervenzusammenbruch und war nicht mehr ansprechbar. Die Verantwortung ruhte allein auf Henrichs und Küppenbender. Beide Geschäftsleiter waren den ganzen Tag im Werk und kümmerten sich um das Verpacken der Laboreinrichtungen und der Konstruktionszeichnungen. Als Küppenbender um die Mittagszeit in sein Büro kam, erfuhr er von der Sekretärin, dass Landgerichtspräsident Dr. Arno Barth dagewesen sei. Er habe sich als der neue Stiftungskommissar vorgestellt und sei dann mit Henrichs zu Schott gegangen. *

Küppenbender folgte den beiden. Das Glaswerk war nur ein paar hundert Meter entfernt. Im Büro von Erich Schott hatte die Besprechung bereits begonnen. Er war der Sohn des Firmengründers und Mitglied des Schott-Vorstandes. Zugegen waren neben Dr. Barth und den Geschäftsleitern auch die Betriebsratsvorsitzenden der beiden Firmen. Arno Barth erklärte, ihm scheine die Bestellung der Herren Sandmann, Schomerus und Schrade zu Prokuristen nicht ausreichend. Für die Firma Carl Zeiss mit ihren vielfältigen Interessen sei zur Führung der Geschäfte eine funktionsfähige Geschäftsleitung durchaus nötig, zumal bei den gegenwärtigen schwierigen und verworrenen Zeitverhältnissen. Er schlage vor, dass die Herren Sandmann, Schomerus und Schrade nicht als Kollektivprokuristen, sondern als Geschäftsleitung bestellt würden.

* Seit August 1945 war Arno Barth Oberlandesgerichtspräsident in Gera.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch. Wie sich Schomerus erinnerte, waren jedoch alle der Auffassung, dass die Bestellung der Herren Sandmann, Schomerus und Schrade nur so lange gelten sollte, als die bisherige Geschäftsleitung zwangsweise von Jena entfernt sein würde. Bei der Rückkehr sollten die «drei S» ihre Ämter wieder zur Verfügung stellen. Ähnliche Regelungen wurden für das Glaswerk getroffen.

Gestört wurde die Sitzung durch laute Stimmen aus dem Vorzimmer. Küppenbender ging hinaus, um für Ruhe zu sorgen. Er traf einen Mitarbeiter, der sich aufregte, dass er nicht mit den Amerikanern abtransportiert werden sollte. Er war bei Schott Abwehrbeauftragter gewesen. Von den Flüchtlingen wusste man, dass die Russen ohne weitere Untersuchung die Abwehrbeauftragten vor den Werkstoren aufhängen. Küppenbender sagte dem Mitarbeiter, dass er keine Sorge zu haben brauche. Es sei Pflicht der Geschäftsleitung, die Mitarbeiter zu schützen. Er würde in den Westen mitgenommen.

Kurz darauf war die Sitzung beendet. Paul Henrichs und Heinz Küppenbender verabschiedeten sich herzlich von den «drei S», und Henrichs sagte: «Es wird schon alles gut gehen!»

Der 24. Juni war ein herrlicher Frühsommertag. Die zum Abtransport bestimmten achtzig Mitarbeiter versammelten sich um acht Uhr morgens ein letztes Mal im Vortragssaal des Hochhauses am Carl-Zeiss-Platz. Der Befehl wurde verlesen; ein Betriebsrat sprach Abschiedsworte.

Dann kehrten die Zeissianer in ihre Wohnungen zurück. Die Lastwagen waren schon vorgefahren. Wie die anderen Mitarbeiter lud Küppenbender Kleidung, Koffer und Kisten auf den Wagen. Nicht fehlen durften sein Ohrensessel und die Stehlampe. Ohne sie konnte er nicht existieren. Seine Frau, die Haushälterin und die beiden Kinder halfen und kletterten dann auf die Ladefläche. Küppenbender stieg in den kleinen Personenwagen, den ihm die Firma zur Verfügung gestellt hatte. Er fuhr hinter dem Armeelastwagen bis in die Humboldtstrasse. Dort sammelten sich die Zeissianer. Küppenben-

der kümmerte sich um seinen Kollegen Joos und ein paar andere Problemfälle.

Zusammen mit Hugo Schrade ging Küppenbender zum Transportoffizier. Könne ihnen der Captain sagen, wohin sie gebracht würden? Der Amerikaner lachte. Für ihn war das Ganze ein grossartiges Abenteuer. Er wolle ihnen den Ort schon nennen, aber sie dürften ihn vor der Abfahrt nicht weitersagen. Der Offizier griff in seine Tasche und nahm den Marschbefehl heraus. Dann buchstabierte er das schwere Wort: Heidenheim/Brenz. Küppenbender kannte den Ort nicht und wollte schon fragen, als Schrade neben ihm in Lachen ausbrach: «Das ist dort, wo ich zur Schule ging.» Schrade hatte in Heidenheim das neusprachliche Gymnasium besucht. Dort war er auch ein Jahr bei der Maschinenfabrik J. M. Voith als Praktikant tätig gewesen: «Das ist schon komisch. Sie fahren nach Heidenheim, und ich bleibe hier.»

Für alles, was Küppenbender für ihn getan hatte, wollte Schrade immer dankbar bleiben. In der Folge aber waren die Bedingungen in Deutschland nicht günstig für solche Gefühle. Die von den Siegern geschaffenen «Zonen» entwickelten sich in verschiedene Richtungen, und die beiden Männer arbeiteten nicht mehr miteinander, sondern jeder für seine Seite.

Die Zeissianer, die damals ins Ungewisse abtransportiert wurden, fühlten sich unsicher und unglücklich. Zwei schlimme Jahre standen ihnen bevor. Doch dann ging es schnell aufwärts, und es zeigte sich, dass sie doch das bessere Los gezogen hatten. Am 24. Juni 1945 aber war ihnen das Herz schwer. Ihre scheinbar glücklicheren Kollegen, die in Jena bleiben durften, sprachen ihnen Mut zu. Friedrich Schomerus ging von Mitarbeiter zu Mitarbeiter. Mit ein paar freundlichen Worten weckte er Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen.

Alle paar Minuten kam ein weiterer Lastwagen. Schliesslich mochten es etwa fünfzig Trucks sein, die in einer langen Kolonne in der Humboldt- und Wörthstrasse standen. Am nächsten Tag sollte ein zweiter Konvoi die restlichen Mitarbeiter von Zeiss und ihre Kol-

legen von Schott in den Westen bringen. Hugo Schrade informierte Paul Henrichs über das Ziel der Reise. Um ihm den Abschied zu erleichtern, beschrieb er die Vorzüge Heidenheims in leuchtenden Farben.

Im letzten Augenblick kam Küppenbenders Gemüsehändler gelaufen. Der Geschäftsleiter hatte ihm seine Möbel versprochen, und dafür wollte er eine schriftliche Bestätigung. Das war seine letzte Unterschrift in Jena. Um 13 Uhr gab der Transportoffizier den Befehl zur Abfahrt.

Verglichen mit den Ereignissen des Krieges war die zwangsweise Evakuierung nur «a rather quiet event», ein ziemlich harmloser Vorgang. Die Amerikaner hatten trotzdem Mitgefühl für die Deutschen, die ihre Heimat verlassen mussten. Betroffen waren nicht nur Mitarbeiter von Zeiss und Schott, sondern auch Physiker und Chemiker der Universität Jena und Angehörige anderer Industriebetriebe. Auch sie wurden in diesen letzten Junitagen unter ähnlichen Bedingungen abtransportiert. Insgesamt handelte es sich um 430 Wissenschaftler und technische Fachkräfte aus ganz Thüringen. Mit den Familienangehörigen waren es insgesamt 1'300 Personen.

Später gehörten die im Westen neu aufgebauten Firmen Zeiss und Schott zu den angesehensten Unternehmen in der Bundesrepublik. Mit dem wachsenden Stolz der Zeissianer verklärte sich auch die Vergangenheit. Die Evakuierten selbst hatten sich als Opfer gesehen. Später galten sie – nicht zu Unrecht – als Helden. Ihrer Tatkraft und ihrem Know-how war der schwere Anfang aus dem Nichts zu danken.

Das Ansehen dieser «Gründerväter» bei Zeiss hat seine Parallele in den Vereinigten Staaten mit den «Pilgrim Fathers», die 1620 auf der «Mayflower» in die Neue Welt gekommen waren. In den USA kennt jeder Schüler diese ersten Einwanderer. Auch bei Zeiss sind die Namen der Evakuierten mit einem besonderen Nimbus umgeben, und die Personalabteilung hat eine Liste zusammengestellt. In den achtziger Jahren bemühte sich ein historisch interessierter Firmensionär einige offensichtliche Irrtümer zu korrigieren und die Zahl

der Evakuierten genau festzustellen. Danach waren es 84 Zeissianer und 41 «Glasmacher».

Fast elf Stunden dauerte die Fahrt von Jena nach Heidenheim. Gesprengte Brücken nötigten zu weiten Umwegen. Als die Lastwagen einmal auf einer solchen Umleitung eine Steilstrecke befuhren, sah Wolfgang Roos eine von der Militärpolizei aufgestellte Mahnung: «Drive carefully. Death is so permanent.»

Um Mitternacht erreichten sie ihr Ziel, die Polizeischule in Heidenheim. In der ersten Baracke fand Küppenbender seinen Kollegen Bauersfeld. Der Professor lag auf seinem Mantel am Boden und neben ihm auf einer Holzpritsche seine Frau. Als er Küppenbender erkannte, war er höchst erfreut und gerührt. Am nächsten Morgen sorgte Küppenbender dafür, dass Bauersfeld ins Krankenhaus gebracht wurde. Natürlich war die Klinik überbelegt und nur noch die Gummi-Zelle frei. Das Leben schreibt doch die besten Geschichten. Die Mitarbeiter kannten und fürchteten seine Zornesausbrüche, und obwohl sie sich um ihn sorgten, musste jeder, als er von der Gummi-Zelle hörte, herzlich lachen. Später hat Bauersfeld selbst die Story mit viel Behagen erzählt: «Die Heidenheimer haben mich gleich richtig eingeschätzt.»

Die Stadt war im Krieg unzerstört geblieben und jetzt mit Evakuierten und Flüchtlingen überbelegt. Die Einwohnerzahl hatte sich von 25'000 auf 36'000 erhöht. Der grösste Betrieb am Ort war die Maschinenfabrik J.M. Voith. Natürlich hatte es Geschäftsverbindungen zu Zeiss gegeben. Schon am ersten oder zweiten Tag wurde Dr. Walter Kinder von den Ingenieuren nach dem Mach-Zehnder-Interferometer gefragt, das Voith in Jena bestellt hatte. «Es ist fertig», sagte Kinder: «Wenn ich gewusst hätte, dass wir nach Heidenheim kommen, hätte ich es mitgebracht.»

Am 1. Juli unternahmen die Amerikaner noch einmal mit 17 Lastwagen eine Fahrt nach Jena. Die Zeissianer staunten, als Walter Kinder im Werk auftauchte. Die Organisation klappte hervorragend. Am nächsten Morgen stand das wertvolle Interferometer in Einzelteile

verpackt auf dem Werkshof. Aber Kinder durfte es nicht mitnehmen. Vom alliierten Hauptquartier in Paris war ein striktes Verbot ergangen, die Fabriken weiter auszuräumen. Einige bereits abtransportierte Produktionsmaschinen mussten wieder ins Werk zurückgebracht werden.

Kinder kam trotzdem nicht mit leeren Händen zurück. Als die Evakuierten von der bevorstehenden Reise gehört hatten, war er mit Wünschen bestürmt worden. Der eine hatte seine Geige in Jena gelassen, der zweite brauchte seine Schreibmaschine, der dritte seinen Sonntagsanzug und der vierte sein Sofa. Kinder selbst holte sich aus der alten Wohnung das Meissner Porzellan.

Wenn er in späteren Jahren, als er wieder ein eigenes Haus in Heidenheim besass, Gäste zum Tee einlud und die Besucher das schöne Porzellan sahen, erzählte er ihnen die Geschichte. Die beiden amerikanischen Soldaten, die den Lastwagen fuhren, wohnten im «Schwarzen Bären». Dort luden sie ihn zum Frühstück und Mittagessen ein: «Mahlzeiten wie im Frieden.» Bei der Rückfahrt am 2. Juli sahen sie Jeeps mit den ersten Russen. An der Aktion war auch Professor Helmuth Kühlenkampfbeteiligt, der sich aus seinem Physikalischen Institut die Bibliothek mit den unentbehrlichen Zeitschriften holte. Die dreissig Kisten wurden zunächst im Hause eines Heidenheimer Arztes und Bücherfreundes gelagert, bis sie in die Obhut der Firma Zeiss kamen.

Neben Papiermaschinen war die Maschinenfabrik J.M. Voith auf den Bau von Wasserturbinen spezialisiert. Auf diesem Gebiet besass Professor Bauersfeld internationales Ansehen. 1905 hatte er an der Technischen Hochschule Berlin über die Regelung von Turbinen promoviert und war auch später immer wieder auf das Thema zurückgekommen. Nach der Einführung der Kaplan-Turbine veröffentlichte Bauersfeld in der VDI-Zeitschrift einen richtungsweisenden Aufsatz, mit dem er den Erfinder in der theoretischen Durchdringung überholte. Im Hause Voith kannten ihn noch einige ältere

Ingenieure als schlanken blonden Jüngling. Von Dr. Hanns Voith, dem Mitinhaber der Maschinenfabrik, wurde Bauersfeld wie ein alter verehrter Freund aufgenommen.

Die Unterbringung der Zeiss- und Schott-Mitarbeiter in der verdrehten und verwanzten Polizeischule war eine Zumutung. Sieben Familien konnten bei Voith einquartiert werden, andere erhielten Zimmer zur Untermiete in der Stadt. Später stellte Voith auch Arbeitsräume zur Verfügung. Es handelte sich zunächst um einen grossen Saal im Dachgeschoss des neuen Verwaltungsgebäudes. Davon übernahm die Firma Schott & Genossen eine Teilfläche von 33 qm. Als es nach ein paar Monaten zu einer Neuaufteilung kam, bat Schott um eine zusätzliche Fensterbreite.

Carl Zeiss mietete eine Fläche von 60 qm für zwölf Konstrukteure, die neue Optik-Bearbeitungsmaschinen entwarfen. Diese Maschinen waren schon immer von Zeiss selbst konstruiert und gebaut worden. Die Reissbretter stammten von Voith. Untergebracht in diesem Saal wurden schliesslich auch noch einige Mitarbeiter vom Wernerwerk der Firma Siemens & Halske und zwei Jenenser Professoren mit ihren Schreibtischen.

Carl Zeiss erhielt von J.M. Voith noch einen zweiten Raum, der dem kaufmännischen Geschäftsführer Paul Henrichs als sogenanntes «Heidenheimer Büro» zur Verfügung stand. Im Sommer 1945 leitete hier Bauersfeld eine Sitzung, bei der es um die Neuberechnung von Brillengläsern ging. Die Rechnungen wurden dann von Dr. Wolfgang Roos in seiner Wohnung in Nattheim unter primitivsten äusseren Bedingungen durchgeführt. Sie erbrachten gegenüber den Jenaer Gläsern eine Radienersparnis von 60% und eine Laufzeitersparnis von 30%. Von Anfang an war es ihr Ehrgeiz, die berühmte «Zeiss-Qualität» von früher noch zu übertreffen. Wofür hatten sie sonst die vielen Wissenschaftler?

Am 17. Juli 1945 sollte die Konferenz von Potsdam beginnen. Die Deutschen machten sich Sorgen, ob der vom amerikanischen Schatzkanzler Henri Morgenthau ausgearbeitete Plan Richtlinie der alliierten

ten Nachkriegspolitik werden würde. Der Plan sah vor, Deutschland in einen Agrarstaat umzuwandeln und die Industrieproduktion weitgehend zu unterbinden. Der Vorschlag führte zu erregten Diskussionen unter den Emigranten. Albert Einstein hielt es für notwendig, «eine bedeutende industrielle Macht in Deutschland dauernd zu verhindern». Der aus Wien stammende Physiker Erwin Schrödinger war leidenschaftlich gegen den Plan: «Deutschland soll eine ackerbaureibende Nation werden? Ausgezeichnete Idee. Man lebt so viel glücklicher. Man wird bloss 5/6 von ihnen umbringen müssen. Es ist ja toll.»

Am 5. Juli suchte Schatzkanzler Morgenthau Präsident Truman im Weissen Haus auf. Er wollte als Mitglied der amerikanischen Delegation an der Potsdamer Konferenz teilnehmen. Truman erklärte, der Schatzkanzler werde weit dringender im eigenen Lande gebraucht:

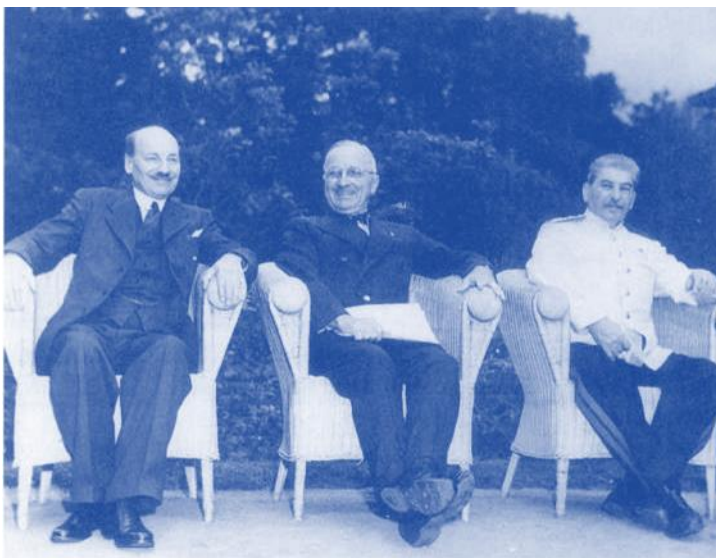
Morgenthau entgegnete, seine Anwesenheit in Potsdam sei unerlässlich, andernfalls müsse er demissionieren. «Schön, wenn das Ihre Auffassung ist, nehme ich Ihre Demission an.» Das war das Ende unserer Unterhaltung und das Ende des Morgenthau-Planes.⁵

Noch lange danach haben sich die Deutschen über den Morgenthau-Plan empört. Es ist ihnen nicht bewusst geworden, dass schon Adolf Hitler den Bauernstand geistig und wirtschaftlich zum «Fundament der gesamten Nation» machen wollte. Es sei falsch, schrieb er in «Mein Kampf», Industrieprodukte zu exportieren und vom Erlös Nahrungsmittel zu kaufen. Man müsse die Nahrungsmittel, die man zum Leben benötige, selbst produzieren. Weil die vorhandenen Flächen dafür aber nicht ausreichten, müsse man einen Krieg nach Osten führen und sich das Land mit der Faust nehmen.

Die verbreitete politische Unbildung der Deutschen, die die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 mit 37 Prozent der Stimmen gewählt haben, hat diesen Demagogen an die Macht ge-

bracht. Im Jenaer Zeisswerk gehörte Siegfried Czapski, der Freund und Nachfolger Ernst Abbes, zu den wenigen, die sich der Gefahr bewusst waren. An der deutschen Universität könne man, klagte er, «ein guter Mathematiker, Naturforscher und Philologe werden», was aber die staatsbürgerliche Erziehung betreffe, so verlasse man nach einem Studium von vier Jahren die *aima mater* «ebenso ungebildet, unwissend und unfähig wie der gewöhnlichste Philister».

So lag eine gewisse Zwangsläufigkeit in der politischen Entwicklung. Mit der Machtergreifung war der Krieg programmiert, und mit dem «totalen Krieg» gegen die Grossmächte die totale Niederlage. Zwei Wochen lang, vom 17. Juli bis 2. August 1945 berieten die



Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945): Clement Attlee, Harry S. Truman und Josef Stalin: Grossbritannien wurde in der ersten Konferenzwoche durch Winston Churchill, in der zweiten durch den neu gewählten Premierminister Attlee (Labour) vertreten.

«Grossen Drei» auf Schloss Cecilienhof in Potsdam über die Nachkriegsordnung. «Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn», meinte schon damals George F. Kennan. Der amerikanische Diplomat kannte Deutschland. Viele Jahre hatte er im Lande gelebt und dachte und schrieb deutsch. Er kannte aber auch die Sowjetunion und sprach russisch. Im Jahr zuvor hatte er in London zusammen mit Briten und Russen über die Grenzen der künftigen Besatzungszonen verhandelt.

Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland – den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben – zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die eine befriedigende, eine gesicherte, eine überlegene ist, dass der Osten sie nicht gefährden kann.⁶

Ein Hauptthema der Potsdamer Konferenz war die materielle Wiedergutmachung. Die Sowjetunion forderte für die Alliierten zusammengekommen Reparationen in Höhe von zwanzig Milliarden Dollar. Angesichts der von den Deutschen angerichteten Verwüstungen war dies keine übertriebene Forderung. Trotzdem lehnten die Briten und (weniger heftig) die Amerikaner ab, weil sie befürchteten, nach der Wegnahme des Industriepotentials die deutsche Bevölkerung in ihren Zonen aus eigenen Mitteln ernähren zu müssen.

So erzielten die Alliierten nur über die Verteilung der Reparationen Einverständnis. Die Sowjetunion und Polen sollten fünfzig Prozent erhalten, diese aber im Wesentlichen aus der Ostzone decken. Stalin hielt an seiner Gesamtforderung fest, woraus sich für die Sowjetunion zehn Milliarden Dollar ergaben. Damit war die Ausplünderung Ostdeutschlands beschlossene Sache.

Gleich am ersten Konferenztag besichtigte Churchill die zerstörte deutsche Hauptstadt. Als er vor der Reichskanzlei aus dem Wagen

stieg, liess ihn die dort stehende Menschenmenge hochleben: «Seit Deutschland den Kampf aufgegeben hatte, war mein Hass verfliegen, und diese Demonstration bewegte mich ebenso sehr wie die abgezehrten Züge und die abgetragene Kleidung der Bevölkerung.»

Anschliessend wanderten wir eine gute Weile durch die zerstörten Korridore und Säle der Reichskanzlei. Unsere russischen Führer brachten uns in Hitlers Luftschutzkeller, wo ich mich bis ins unterste Stockwerk begab und den Raum besichtigte, in dem sich Hitler und seine Geliebte das Leben genommen hatten.⁷

Die Delegationen wurden in unzerstörten Villen in Babelsberg untergebracht. Hier erhielt Churchill Besuch des amerikanischen Kriegsministers. Henry L. Stimson legte ihm eine Nachricht aus dem Pentagon vor: «Babies satisfactorily born.» Der Atombombentest in der Wüste von New Mexico war erfolgreich verlaufen. Die Experten schätzten die Sprengwirkung auf 15'000 bis 20'000 TNT. Mit einer einzigen Bombe konnte man eine grosse Stadt zerstören.

Am 24. Juli informierte Truman den sowjetischen Verbündeten. Churchill stand etwa fünf Meter entfernt und sah den Präsidenten im Beisein der Dolmetscher mit Stalin sprechen: «Stalin schien hocherfreut. Eine neue Bombe! Von unerhörter Sprengkraft! Vermutlich kriegsentscheidend gegen Japan! Welcher Glücksfall!» Der Premierminister gewann den Eindruck, dass Stalin die Bedeutung der Mitteilung nicht aufgefasst habe. Inzwischen wissen wir es besser. Die sowjetische Führung war über das amerikanische Atombombenprojekt und über den erfolgreichen Test am 16. Juli genau im Bilde.

Am 6. August 1945 explodierte eine Uranbombe über Hiroshima, am 8. August eine Plutoniumbombe über Nagasaki. Zwei Tage später übermittelte die japanische Regierung ihre Bereitschaft zur Kapitulation. Unverzüglich gab das Pentagon einen Bericht über das bis-

her streng geheime «Manhattan Project» heraus. Der sogenannte «Smyth-Report» konstatierte den «erfolgreichen Übertritt der Menschheit in ein neues Zeitalter, das Zeitalter des Atoms». Die revolutionäre Waffe werde den Krieg, so wie wir ihn kennen, ändern, oder «aller Kriege Ende herbeiführen».

Im Frühjahr 1945 hatten sich die Amerikaner beträchtliche Mühe gegeben, die Sowjetunion zum Kriegseintritt gegen Japan zu bewegen. Jetzt war es umgekehrt das Ziel der amerikanischen Politik, den sowjetischen Verbündeten so weit als möglich herauszuhalten. Auch im Verhältnis zu den Deutschen schuf die Atombombe eine neue Situation.

Man kann nicht sagen, dass die Amerikaner das Interesse an den Experten verloren. Zwar besaßen sie einen grossen Vorsprung in der Kernphysik, und hier konnten sie gewiss nichts von den Deutschen erfahren, was sie nicht schon längst wussten. Aber es gab andere Gebiete, wozu neben der Raketentechnik auch die Optik gehörte. Hier besaßen die Deutschen einen Vorsprung von Jahren.

Die Vereinigten Staaten und Grossbritannien hatten keine territorialen Forderungen an das besiegte Deutschland. Aber das Know-how der deutschen Experten betrachteten sie als eine ihnen zustehende Kriegsbeute. Mehr als 170 Interrogators kamen nach Heidenheim, und 25 Wissenschaftler und Ingenieure wurden nach England gebracht, um dort noch eingehender über die Entwicklungsarbeiten bei Zeiss in den letzten Jahren vernommen zu werden.

Gar nicht mehr wichtig aber war den Amerikanern, dass die Männer, die sie in den Westen gebracht hatten, eine neue Produktion aufbauten. Von den Amerikanern aber hing alles ab. Vorerst waren die Zeissianer zur Untätigkeit verurteilt.

Bei einer Besprechung mit der Militärregierung in München am 14. August 1945 brachten Henrichs und Küppenbender ihre Hauptsorge zur Sprache. Nach der fast zweimonatigen Zwangspause hätten sie das Bedürfnis, wieder aktiv zu werden. Brillengläser, Mikroskope und optische Instrumente würden dringend benötigt. Der Co-

lonel zeigte Verständnis, konnte aber nicht helfen. Henrichs resümierte: «Wir müssen weiter warten, vielleicht vier Wochen, vielleicht länger.»

Ein Schlag war am 24. Oktober der Abtransport von Küppenbender und Joos auf die Burg Kransberg im Taunus. Das ehemalige Hauptquartier der Luftwaffe diente jetzt als «interrogation camp» für vierzig bis fünfzig deutsche Ingenieure und Wirtschaftsführer. Amerikaner und Briten wollten wissen, wie die Deutschen ihre Kriegswirtschaft organisiert hatten. Noch einen Monat zuvor waren hier Albert Speer und Hjalmar Schacht interniert gewesen. Inzwischen hatte man die beiden früheren Reichsminister nach Nürnberg gebracht, wo die Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher begannen.

Bei einer Besprechung mit der amerikanischen Militärregierung in München erhielten die Zeissianer den Rat, in Sachen Küppenbender und Joos keine aktiven Schritte zu unternehmen und «höchstens nachzufragen, wann die Herren wohl zurückerwartet werden können».

Verhaftungen waren auch in Jena an der Tagesordnung. Zeitgenossen registrierten eine «allgemeine Lähmung in der Bevölkerung und im Betrieb». Am 8. Oktober traf es Oskar Bihlmaier, den Leiter der Optikfertigung. Den Abend zuvor hatte er mit Oberbürgermeister Heinrich Troeger im Hause des Werksdirektors Hugo Schrade verbracht. Im Guten wie im Bösen wurde das Schicksal der Stadt von den beiden Stiftungsbetrieben Zeiss und Schott bestimmt.

Bihlmaier erzählte dem Oberbürgermeister, dass er um ein Haar mit nach Heidenheim gegangen wäre. Er hätte sich besonders gut mit dem amerikanischen Luftwaffenobersten George W. Goddard verstanden, wahrscheinlich, weil dieser schwäbische Vorfahren besass. Als Goddard erfuhr, dass er, Bihlmaier, aus Schwäbisch Gmünd stammte und Student an der Technischen Hochschule in Stuttgart gewesen war, habe er gesagt: «Sie müssen mit, Bihlmaier!» Er habe dann einen entsprechenden Ausweis erhalten.

Seine Frau und er seien tatsächlich entschlossen gewesen, Jena zu verlassen. Umgestimmt habe sie Frau Grete Unrein.

Die alte Dame war die Tochter des grossen Ernst Abbe und hatte – ganz in seinem Sinne – als entschiedene Regimegegnerin während des Dritten Reiches ein Beispiel gegeben. Die bei den Abbes selbstverständliche politische Toleranz und ihr Philosemitismus vertrugen sich nicht mit der Rassenideologie der Nationalsozialisten. «Ich kann mir nicht vorstellen», hatte Frau Unrein zu Bihlmaier gesagt, «dass Sie das Erbe meines Vaters freiwillig im Stich lassen.»

Am 8. Oktober sass Bihlmaier wie gewohnt in seinem Büro im 1. Stock von Bau X am Teichgraben direkt über der Einfahrt. Um zehn Uhr kam ein Anruf: Bitte zum Personalleiter kommen. «Es geht um die zusätzlichen Arbeitskräfte», dachte er sich. Die Russen wollten die Produktion weiter erhöhen. Im Werk hatte sich eine aus zehn Mann bestehende sowjetische Kommission etabliert. Die Offiziere forderten ein Maximum an Leistung. Hugo Schrade musste ihnen versprechen, alle Wünsche der Besatzungsmacht zu erfüllen und pünktlich und in gewohnter Zeiss-Qualität zu liefern. Die Sowjetunion hatte einen gewaltigen Bedarf an optischen Geräten für zivile und militärische Zwecke. Für die deutsche Bevölkerung durften Brillengläser hergestellt werden. Jede Woche mussten sie die Produktionszahlen vorlegen.

Im Flur vor der Personalabteilung kam ihm ein Mitarbeiter entgegen, den er als Dolmetscher für die Russen kannte. Der Kollege blieb einen Augenblick stehen: «Geh'n Sie nicht rein.» Ehe Bihlmaier begriff, hatte er schon die Klinke gedrückt. Im Zimmer sass ein sowjetischer Offizier, und der neue Personalchef sagte: «Das ist Herr Bihlmaier.» Der Offizier deutete auf die Tür ins Besprechungszimmer. Um den grossen Tisch sassenzehn bis zwölf Zeissianer, dazwischen sechs sowjetische Soldaten mit Maschinenpistolen. Das war die Verhaftung.

Als sie mit ihren Bewachern das Werk verliessen, reichte Bihlmaier dem Pförtner im Vorübergehen seine Uhr, seinen Ehering und seinen Siegelring. Damit rettete er die Wertsachen, und gleichzeitig erfuhr seine Frau, was geschehen war.

Die Gefangenen wurden in die Weinbergstrasse gebracht und landeten im Keller eines grossen Mehrfamilienhauses. Das war das NKWD-Gefängnis. Bihlmaier wohnte gleich um die Ecke, Beethovenstrasse 10, wo jetzt seine Frau vergeblich auf ihn wartete.

Mitgefangen war der Direktor der Staatsbank in Weimar. Von ihm wollten die Russen wissen, wo Fritz Sauckel, der nationalsozialistische Gauleiter und Reichsstatthalter von Thüringen, den Staatsschatz versteckt hatte. Warum er selbst verhaftet war, konnte Bihlmaier nicht erfahren. Um ihn kümmerte sich niemand. Es gab auch kein Verhör. Um etwas zu tun zu haben, meldete er sich: Er könne die Heizung in Ordnung bringen. «Das hat mir das Leben gerettet», sagte er: «In der Waschküche wurde für die Gefangenen gekocht. Dort standen ein paar Säcke mit Knoblauch. Ich habe mir ein paar Zwiebeln in die Tasche gesteckt und hatte etwas zu kauen.»

Bihlmaier kam mit einigen Gefangenen ins Gespräch, die in den letzten Kriegstagen zum Volkssturm in Jena gehört hatten und an der Exekution der KZ-Häftlinge beteiligt waren. Die Volkssturmmänner wurden vom sowjetischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Freunde Bihlmaier und Hofern haben später noch oft über das Schicksal dieser Männer gesprochen. Hofern meinte, es sei unmöglich gewesen, sich dem erteilten Befehl zu entziehen, wenn man nicht selbst sein Leben riskieren wollte.

Nach fünf Wochen wurde Bihlmaier mit anderen Gefangenen nach Zella-Mehlis gebracht. 21 Männer sassen auf der Ladefläche des Lastwagens. Inzwischen war es Mitte November geworden und klirrend kalt. Nach ein paar Kilometern hielt der Wagen vor einem Gasthaus. Die Russen verschwanden. Zwei Häftlinge sprangen vom Wagen und flohen. Nach einer halben Stunde kamen die Russen zurück und zählten die Gefangenen. Nitschewo. Zwei zufällig des Weges kommende Männer mussten mit. Jetzt waren es wieder 21.

In Zella-Mehlis landeten sie erneut im Keller. Erst jetzt wurden Bihlmaiers Personalien aufgenommen. Nachts um elf begann das

Verhör und dauerte bis drei Uhr früh. Es ging um einen tschechischen Zwangsarbeiter. Bihlmaier erinnerte sich an den Fall, der sich im letzten Kriegsjahr zugetragen hatte. Angeblich sollte der Tscheche die Produktion sabotiert haben. In Bihlmaiers Bericht aber stand, dass der Mann unschuldig war.

Endlich eröffnete ihm der sowjetische Prokurator, der Staatsanwalt: «Sie sind frei.» Er fügte hinzu: «Ich habe einen Wunsch. Ich will Ihnen Ihren Wagen abkaufen. Sie kriegen 15'000 Mark.» Bihlmaier besass ein gelbes DKW-Cabrio, das er über alles liebte. «Mein Auto verkaufe ich nicht», sagte er spontan. Ein paar Minuten später sass er wieder im Keller. «Mein Kollege Trostmann war klüger», erzählte Oskar Bihlmaier, «der hat seinen Opel-Laubfrosch verkauft und kam frei.»

Bihlmaier wurde nach Weimar verlegt. Wieder begannen die Verhöre mitten in der Nacht. Nach zehn Tagen kam es zur Verhandlung vor dem Militärtribunal. Er wurde beschuldigt, ausländische Zwangsarbeiter bei der Gestapo denunziert zu haben. Inzwischen hatte er sich seine Aussage gründlich überlegt. Er sei nicht in der Partei gewesen. Mit der Gestapo habe er nichts zu tun gehabt und nichts zu tun haben wollen. Was den Vorfall mit dem tschechischen Arbeiter betreffe, gebe es von ihm einen Bericht, und der müsse bei der Personalabteilung liegen. Dann setzte Bihlmaier alles auf eine Karte und erzählte vom «Angebot» des Staatsanwaltes in Zella-Mehlis. Bihlmaier beobachtete, wie die Offiziere miteinander tuschelten. Dann liessen sie ihn abführen.

Es gab noch zwei Verhandlungen. Die Militärrichter wurden immer freundlicher. Wahrscheinlich war sein Bericht gefunden worden, in dem er den tschechischen Arbeiter entlastet hatte. Endlich kam der Freispruch. Die Herren griffen in ihre Taschen und schenkten ihm Zigaretten und Bonbons. Beim letzten Gang in die Zelle musste er seine Hose festhalten. Gürtel und Schuhbänder hatte man den Gefangenen abgenommen. Als er mit seinem kahlgeschorenen

Kopf auf die Strasse kam, sagte ein Passant: «Nur Mut. Es wird wieder anders.» Auf der Post meldete er ein Blitzgespräch mit der Geschäftsleitung in Jena an. Hugo Schrade sagte: «Bleib, wo du bist. Ich schicke einen Wagen.»

Sieben Wochen war er in der Hand der NKWD gewesen. Jetzt erfuhr er, dass Frau Grete Unrein Anfang November verstorben war. Die Trauerrede hatte Geschäftsleiter Friedrich Schomerus gehalten, der im Dritten Reich selbst politisch verfolgt war und am Grabe ihre Gesinnungstreue und Charakterfestigkeit rühmte.

Der erste Weg in Jena führte Bihlmaier in die Entlausungsstation. Dann ging er ins Werk. Zu seinen Mitarbeitern sagte er: «Zurück aus dem Erholungsurlaub.» Er wollte nicht bemitleidet werden. Andere hatten im Krieg Schlimmeres erlebt. Ausser Horst Trostmann und ihm war noch kein anderer Zeissianer wieder freigekommen. Besondere Sorgen machten sie sich um Ernst Opitz, den früheren Abwehrbeauftragten, den die NKWD schon Anfang August verhaftet hatte. Über seinen Verbleib konnte später nicht einmal das Ministerium für Staatssicherheit etwas in Erfahrung bringen.

General Dobrowolski, der Chef der sowjetischen Werkskommission, entschuldigte sich bei Bihlmaier für das «Missgeschick» und liess Kohlen und Fleisch in seine Wohnung bringen. «Das kann doch mal passieren», sagte Hugo Schrade. Erst sehr viel später begriffen sie, dass die Verhaftungen zum System gehörten. Die NKWD holte sich nicht nur Deutsche, sondern auch die eigenen Leute. Zu den Opfern gehörten viele Offiziere der Roten Armee. Lew Kopelew und Alexander Solschenizyn haben später ihren Leidensweg durch die sowjetischen Gefängnisse erzählt. Ein besonderer Skandal war, dass die Sowjets wie vorher die Nationalsozialisten das Lager Buchenwald zur Einkerkelung von politischen Gegnern nutzten. Im Oktober 1945, ein halbes Jahr nach der Befreiung, gab es dort schon wieder 4'400 Gefangene.

Davon erfuhren die Zeissianer im Westen zunächst nichts. Sie waren zur Untätigkeit verurteilt und hatten Heimweh. Anfang des Jah-

res 1946 verliessen Dr. Herbert Kortum und Artur Pulz, zwei begabte Konstrukteure, die Gruppe und gingen zurück nach Jena. Von dort kamen optimistische Berichte. «Die Lebensverhältnisse sind tragbar», schrieb Oskar Bihlmaier, «im Betrieb wird mit Hochdruck gearbeitet. Sie werden staunen, wenn Sie zurückkommen, was alles in der Zwischenzeit geleistet worden ist.»

Seine Loyalität mit dem Jenaer Werk brachte ihm nur Unglück. Ein halbes Jahr später wurde Bihlmaier als Optikspezialist in die Sowjetunion deportiert, wo er nicht mit sieben Wochen davonkam, sondern sieben Jahre bleiben musste. Schliesslich ging auch er in den Westen und arbeitete für Carl Zeiss in Oberkochen und für Zeiss Ikon in Braunschweig.

Das alles konnte man nicht vorhersehen. In den ersten Monaten des Jahres 1946 herrschte Optimismus in Jena und Niedergeschlagenheit in Heidenheim. Die Gruppe der Evakuierten drohte auseinanderzufallen. Einige bewarben sich für den Höheren Schuldienst, andere gingen in die Vereinigten Staaten. Zwei Mitarbeiter sahen keine Aussichten mehr und schieden freiwillig aus dem Leben. Mit dem Mute der Verzweiflung hielten die Geschäftsleiter diese Fälle der Militärregierung vor und drängten auf Erteilung der Fertigungsgenehmigung.

Die Entscheidung, wo sie produzieren wollten, war ihnen überlassen. Bei einer Besprechung im Landesplanungsamt Bayern erklärte der Referent, aus Gründen der Landesentwicklung schienen ihm die Städte Landshut, Ingolstadt oder Bamberg für die Ingangsetzung einer feinmechanisch-optischen Fertigung am besten geeignet. Die Militärregierung in Stuttgart aber legte Wert auf einen Standort in Württemberg. Eine kleine Kommission besichtigte leerstehende Fabriken in Immenstadt, Tübingen, Esslingen, Schwäbisch-Gmünd, Aalen und Oberkochen.

Als geeignet erwies sich nur Oberkochen. Hier war mitten im Kriege von der kleinen Werkzeugfirma Fritz Leitz eine (nun leerstehende) Fabrik zur Produktion von Fahrwerken des Jagdflugzeuges

Me 109 und des Zerstörers Me no errichtet worden. Das Werk bestand aus zwei nebeneinander stehenden dreistöckigen Gebäuden, die durch einen Quertrakt verbunden waren. Dazu kam ein Verwaltungsgebäude. Der Ort lag nur 14 Kilometer von Heidenheim entfernt und es gab eine Eisenbahnverbindung. Damit kam man (jedenfalls für's erste) ohne erneute Umsiedlung der Mitarbeiter aus, die bei der allgemeinen Wohnungsnot die grössten Schwierigkeiten bereitet hätte.

Zunächst waren das aber nicht mehr als vage Aussichten. Der Ingenieur Henry Gulbrandsen war unschlüssig, ob er nach Jena zurückgehen sollte. In einem langen Brief wandte er sich am 18. April 1946 hilfesuchend an Friedrich Schomerus: «Ich bin mit dem Werk in Jena verwurzelt und 33 Jahre dort tätig gewesen. Meine Seele habe ich in Jena gelassen.»

Wie schwer sind wir enttäuscht worden. Von all dem, was uns die Amerikaner versprochen hatten, ist nichts gehalten worden. Hinzu kommt noch Heimweh bei vielen Männern und Frauen.⁸

Auf diesen Brief hat der Zeiss-Ingenieur zwei ganz verschiedene Antworten erhalten. Die beiden im Abstand von einem Monat geschriebenen Briefe zeigen den fundamentalen Stimmungsumschwung, der sich damals abgespielt hat. Am 29. April ermutigte Schomerus den Mitarbeiter, nach Jena zurückzukehren: «Wir haben hier Arbeit in Hülle und Fülle, und jeder von Ihnen, auch Sie selbst, würde befriedigende Aufgaben zugewiesen erhalten.»

Einen Monat später kam Schomerus mit seinem Jenaer Vorstandskollegen Victor Sandmann zu einer Besprechung mit den Heidenheimer Herren nach Untertürkheim bei Stuttgart. Es war seine erste Reise in die amerikanische Zone. Die Heidenheimer überzeugten Schomerus von der «Notwendigkeit der Errichtung einer Fertigungsstätte im Westen».



Oberkochen 1946: In dieser im Zweiten Weltkrieg errichteten Rüstungsfabrik bauten die aus Jena evakuierten Zeissianer ihre neue Fertigung auf.

Im Hotel Krone in Untertürkheim schrieb Schomerus am 24. Mai seinen zweiten Brief an den Mitarbeiter Henry Gulbrandsen: Sandmann und er seien «zu einer wesentlich anderen Auffassung und Beurteilung der Lage in der amerikanischen Zone ... gelangt».

Alle Vorbereitungen sind so weit gediehen, dass nur noch die letzten sanktionierenden Beschlüsse zur Gründung einer Fabrik gefasst zu werden brauchen. Jetzt wäre es allerdings nicht zu verantworten, wenn von irgendeiner Seite quergeschossen und ein Einzelner eigene Wege gehen würde, was gleichbedeutend wäre mit: dem Gros in den Rücken zu fallen ... Deshalb möchte ich Ihnen hiermit zum Ausdruck bringen, dass ich die früher Ihnen gegenüber geäußerte Parole zurückziehe und im Gegenteil sage: Nachdem Sie alle so lange ausgehalten und Not und Gefahr gemeinsam

ertragen haben, nun, wo sich die Lage zum besseren klärt, auch weiter auszuhalten und zusammenzubleiben.⁹

Paul Henrichs und Heinz Küppenbender wurden ermächtigt, diesen Brief bei der nächsten Betriebsversammlung in Heidenheim allen Mitarbeitern vorzulesen. Etwa 60 Mitarbeiter kamen am 1. Juni 1946 in die Gaststätte «Harmonie». Henrichs gab bekannt, dass die Fertigungsgenehmigung in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Nach den amerikanischen Richtlinien werde das Programm Mikroskope, Brillengläser, medizinische Geräte und Photooptik umfassen.

Küppenbender begründete die Entscheidung für Oberkochen. Mit Genugtuung habe er die Zustimmung der Jenaer Geschäftsleitung registriert. Dann las er den Mitarbeitern den Brief vor, den Schomerus Ende Mai an Gulbrandsen gerichtet hatte. «Dem Brief braucht nichts hinzugefügt zu werden», sagte er. «Ihm kommt für das Zeiss werk geschichtliche Bedeutung zu.»

Dieser Brief unterstreicht ... die Einigkeit zwischen Jena und Heidenheim.¹⁰

KAPITEL 3

100 Jahre Zeiss

In Jena-West und am Saalbahnhof sollten uniformierte Geschäftsangehörige vom Werkwachdienst stehen, um die Festgäste abzuholen und zu ihren Quartieren zu bringen. Vorgesehen war auch, an den Bahnhöfen je zwei Fahnenmasten aufzustellen und durch ein Spruchband zu verbinden: «100 Jahre Zeiss».

Für die Gäste und die Belegschaft musste Verpflegung beschafft werden. Dafür wollte Friedrich Wönne sorgen, der Leiter des Ein- und Verkaufs. «Wie aber wird überwacht», fragte er sich, «dass die Gaststätten die ihnen zugewiesenen Nahrungsmittel auch restlos für unsere Gäste verwenden?»

Seit den Zeiten des alten Carl Zeiss war die Firma nicht nur berühmt für ihre Mikroskope, sondern auch für ihre Betriebsfeste, die die Mitarbeiter nach Jenaer Art mit Bratwürsten und Bier feierten. Jetzt, im Herbst 1946, erklärte sich Dr. Wönne ausserstande, für jeden der 13'000 Mitarbeiter eine Bratwurst zu beschaffen. In einem Aufruf sollten die Mitarbeiter animiert werden, «auch ohne die schmerzlich entbehrten Leckerbissen vom Roste» das Jubiläumsfest ihres Werkes freudig zu feiern:

Generationen haben in diesen 100 Jahren ihre Kraft in den Dienst unseres Werkes gestellt und durch ihre Arbeit zu seinem Aufstieg beigetragen. Auf ihr Schaffen blicken wir ... mit Dankbarkeit und Bewunderung zurück.¹

Die Werksleitung hoffte, dass die zahlreichen Jubiläumsveranstaltungen, die wissenschaftlichen Vorträge, Konzerte, Theatervorstellungen,

lungen und Varietévorführungen das ihre tun würden, «um eine festliche Stimmung zu bereiten». Zehn Tage sollte gefeiert werden.

Es kam dann ganz anders. Alle Jubelveranstaltungen wurden abgesagt. Nur ein kleiner Kreis von «Zeiss-Treuen» versammelte sich in der Wohnung des Geschäftsleiters Friedrich Schomerus zum stillen Gedenken. Kein Zeissianer, der die Zeit miterlebt hat, wird die Monate vor dem Jubiläum vergessen. In die Hochstimmung mischte sich die Sorge vor dem grossen Vernichtungsschlag.

Unabhängig von den schwarzen Gedanken nahm das Programm Gestalt an. Zwei Mal sollte der grosse Freuden-Hymnus, die Neunte Symphonie von Beethoven, auf geführt werden: nach dem Festakt am 16. November 1946 und noch einmal am folgenden Tag. Am 17. November 1846 hatte der damals dreissigjährige Carl Zeiss seine kleine optische Werkstätte in Jena eröffnet, die grossherzogliche Konzession datiert vom 19. November. Aus dem Ein-Mann-Betrieb war durch die Arbeit von Generationen das weltberühmte Zeisswerk hervorgegangen, die «Nährmutter der Stadt und der Universität».

Die grosse Festrede war Friedrich Schomerus anvertraut. «Seit langem vergeht kein Jahr», wollte er beginnen, «in dem nicht unter freudiger Anteilnahme der engeren Mitarbeiter 100 bis 200 Zeissianer ihr 25-, 40- oder 50-jähriges Dienstjubiläum feiern.» Jetzt aber handle es sich «nicht um Einzelmitglieder unserer Gemeinschaft, sondern das grosse Werk selbst», das «auf ein ganzes Jahrhundert des Werdens und Wachsens» zurückblicke, «auf einhundert Jahre wunderbarer Entfaltung technischer, geistiger und moralischer Kräfte».

In seiner Rede musste er auch auf den Krieg eingehen und auf die Verbrechen der Nationalsozialisten. Er wollte Schiller zitieren, der zehn Jahre als Professor der Geschichte in Jena gewirkt und hier seinen Wallenstein geschrieben hatte:

Liebe Freunde, es gab schönre Zeiten als die unsern – das ist nicht zu streiten! Und ein edler Volk hat einst gelebt.²

Bei aller «Schwere der äusseren Umstände» aber dürften sie nicht ganz ohne Hoffnung die Schwelle zum zweiten Jahrhundert überschreiten. Gewiss werde sich «unser liebes Zeiss-Werk, im Sturm arg mitgenommen», auch in Zukunft «nach den Ideen und dem Vorbild unserer grossen Meister ... Anerkennung erringen».

An den Festakt anschliessen sollten sich an den folgenden Tagen Fachvorträge aus dem Arbeitsgebiet der Firma, über Mikroskopie, Astronomie, Mikrobiologie und Feinmesstechnik, sowie weitere Festvorträge von allgemeinerer Bedeutung. Professor Hermann Pistor hatte es übernommen, über «Die Brille als Kulturfaktor» zu sprechen, Professor Friedrich Hund über «Astronomie und Physik» und Dr. Fritz Löwe über die «Begegnung mit Zeiss-Instrumenten in aller Welt».

Aus allen Besetzungszonen wurden Ehrengäste erwartet. Ihnen sollte eine von Geheimrat Hans Harting herausgegebene Festschrift mit vierzig Beiträgen technisch-wissenschaftlichen Inhalts überreicht werden, die Firmenmitarbeiter und befreundete Gelehrte verfasst hatten. Noch mehr am Herzen lag Friedrich Schomerus eine zweite Publikation, die ebenfalls zum Jubiläum vorgelegt werden sollte. Es handelte sich um die von ihm während der Kriegszeit verfasste Jahrhundertgeschichte der Firma.

Die letzten vierzig Jahre hatte er selbst miterlebt. Eingetreten war er am 1. Juli 1906. Den im Jahr zuvor verstorbenen Ernst Abbe hatte er nicht mehr kennengelernt, aber dessen Schüler und Freund Siegfried Czapski. Von ihm und von der Witwe, Frau Elise Abbe, war er mit der Gedankenwelt des grossen Sozialreformers vertraut gemacht worden. Mit den Jahren war Schomerus selbst zum grossen Vorbild und Wächter über den rechten «Zeiss-Geist» herangewachsen.

Als politisch aktiver Demokrat hatte er in den zwanziger Jahren den Nationalsozialismus «in schärfster Weise bekämpft», wie ihm die Nazis selbst bescheinigten. Auf Verlangen der neuen Machthaber musste er seine Stellung als Personalchef aufgeben. Er besass aber

weiter das Vertrauen der Geschäftsleitung, und zu den Sonderaufgaben, die ihm übertragen wurden, gehörte auch das grosse Geschichtswerk.

Besonders gern erinnerte sich Schomerus an die Erfindung und den Bau des ersten Projektionsplanetariums durch Walther Bauersfeld. Unvergesslich blieb ihm die Stunde, als «im Sommer 1924 der Erfinder ... den Sternenhimmel und die Bewegungen der Gestirne täuschend ähnlich vorführte und den Apparat erklärte»:

In einer Zeit, in der alle Werte zerrannen und ein hoffnungsloser Geldschwund die Menschen teils berauschte, teils verwirrte und zermürbte, ... befreite sich Bauersfeld innerlich von den äusseren Vorgängen der Umwelt ... und richtete sein Denken und Sinnen darauf, etwas Beständiges, dauernd Wertvolles, die Menschen Aufrichtendes zu schaffen.³

Jetzt stand Schomerus mit seinen Kollegen Sandmann und Schrade an der Spitze des Zeiss-Werkes. Der Geschäftsleiter entwickelte Riesenkräfte. Der Zweite Weltkrieg hatte seine Familie schwer getroffen. Alle drei Söhne waren gefallen. In den letzten Kriegstagen verlor er auch noch einen Schwiegersohn. Sieben Enkeln musste er den Vater ersetzen.

Auch viele Firmenmitarbeiter waren im Krieg geblieben. Und dann hatten die Amerikaner die besten Wissenschaftler und Ingenieure einschliesslich der kompletten Geschäftsleitung in den Westen «entführt», wie er das nannte. Daraufhin war ihm, der Jahrzehnte zur «zweiten Garnitur» gehört hatte, die oberste Verantwortung zugefallen.

99 Jahre existierte die Firma. Jetzt, im 100. Jahr, drohte der Untergang. Alle fürchteten die Demontage, aber keiner kannte die Pläne der Sowjetischen Militäradministration. Noch schlimmer schien Schomerus eine andere Gefahr: die Verstaatlichung. Dann würde das Zeiss-Werk seine Seele verlieren und eine Fabrik werden wie tausend andere. Nicht ausschliessen konnte man die Umwandlung in

einen sogenannten «SU-Betrieb», in eine sowjetische Aktiengesellschaft, wie im Falle des benachbarten Zementwerkes Göschwitz geschehen.

Friedrich Schomerus war am 2. Januar 1876 geboren und somit drei Tage älter als Konrad Adenauer. «Wir Alten müssen es machen», meinte Adenauer damals und erlaubte sich keine Resignation. Auch Schomerus war ein Kämpfer. Im Jahre 1933 hatte er die geplante Gleichschaltung des Zeiss-Werkes verhindert. Er war entschlossen, auch jetzt die ideologischen Scharfmacher abzuwehren.

Sie lebten in einer verrückten Zeit. Während sich Schomerus die grössten Sorgen machte, war der für Forschung und Entwicklung verantwortliche alte Geheimrat Hans Harting ganz euphorisch. «Es hat sich Grosses vollzogen», erzählte er überall, «ein Riesenauftrag der russischen Akademie der Wissenschaften auf Astro-Geräte.» Solange die Erde um die Sonne laufe, habe «noch niemals ein optisch-feinmechanisches Unternehmen etwas derartiges erlebt». Die vorhandenen Werkstätten und Maschinen reichten für diesen Auftrag nicht aus. «Es muss alles von Grund auf neu errichtet werden.»

Triumphierend schrieb Geheimrat Harting an die «Gruppe West» in Heidenheim. Eines sei sicher: «Einen solchen Auftrag gibt man nicht einer Werkstätte, die man verlagern will.» Die Heidenheimer sollten also um Gottes Willen nicht den Gerüchten glauben, dass in Jena «Schlimmes gegen Zeiss geplant sei»:

Es mag ja sein, dass einiges, aber nur wenig, das mit rein militärischen Dingen zusammenhängt, weggebracht wird. Dazu geben wir unseren vollen Segen, denn wir wünschen in Zukunft, uns nur mit Friedenssachen zu beschäftigen.⁴

Die Geschäftsleiter in Jena wussten nicht, wo ihnen der Kopf stand. Und dabei nahte das grosse Jubiläum. Die Heidenheimer fragten nach dem Festprogramm. Sie wollten auch wissen, ob Schomerus

inzwischen mit dem Manuskript seiner Firmengeschichte fertig geworden sei. «An diese bin ich seit dem Einmarsch der Amerikaner nicht mehr gekommen», musste er mitteilen. «Hoffentlich habe ich Musse, um in Kürze den Rest der Arbeit fertigzustellen.»

Die Zensur hatte noch ein Wort mitzureden. Von den sowjetischen Offizieren im Werk erfuhr er, dass «die ganze Arbeit nach Berlin» gesandt werden müsse, vielleicht sogar in russischer Übersetzung. Es handle sich um Wirtschaftsgeschichte, bei der es auf die Feinheit der Ausdrucksweise ankomme:

Ich beabsichtige, nach Fertigstellung des Textes selbst nach Berlin zu fahren, um zu erreichen, dass wenigstens der deutsche Text genügt. Wenn die Zensur es nicht zulassen sollte, dass der deutsche Standpunkt zum Ausdruck kommt, dann scheint es mir besser zu sein, ... eine günstigere Zeit abzuwarten. Oder sollte es möglich sein, dass das Buch im nicht russisch besetzten Gebiet erscheint, wenn die Russen zu kleinlich sind?⁵

Tatsächlich wurde die Publikation nicht genehmigt. Das Manuskript offenbare eine höchst gefährliche Geisteshaltung, die zwischen Kapitalismus und Sozialismus stehe. So hatte es Schomerus aber nur indirekt gehört. Offiziell wurde Papiermangel als Ablehnungsgrund angegeben. Auch die Festschrift von Harting durfte nicht erscheinen. Die kapitalistischen Länder bräuchten «den wissenschaftlichen Fortschritt in der Ostzone nicht im Einzelnen kennenzulernen». Es war schon richtig, was Churchill im Jahr zuvor in einem Telegramm an Truman konstatiert hatte: Ein «eiserner Vorhang» war an den Grenzen des sowjetischen Machtbereiches niedergegangen.

Der Jenenser Oberbürgermeister Heinrich Troeger führte damals ein Gespräch mit Otto Grotewohl. Der Vorsitzende der SED und spätere Ministerpräsident wohnte für ein paar Tage im Hause Troegers: «Wir haben von Mitternacht bis drei Uhr geplaudert und gezecht.»

Der Kriminalbeamte, der Grotewohl begleitete und nicht von seiner Seite wich, war im Lehnstuhl eingeschlafen. Deutlich sah man die drei grossen Pistolen in den Rocktaschen.

Troeger: «Wir werden doch in einiger Zeit zu einer Reichsregierung und zu einem Friedensvertrag für Deutschland kommen?»

Grotewohl: «Das kann noch lange dauern.»

Troeger: «Ich dachte drei bis vier Jahre, dann sind die Zonengrenzen beseitigt.»

Grotewohl: «Oh, wenigstens zehn Jahre dürften vergehen.»

Troeger: «Das wäre ja schrecklich. Dann fiel Deutschland auseinander.»

Grotewohl: «Troeger! Was wäre schon dabei, wenn es zwanzig oder gar dreissig Jahre dauerte?»

Troeger: «Nach fünfzig Jahren ist alles vorbei! Dann würde ich die Einheit Deutschlands nicht mehr erleben.»⁶

Am 8. September 1946 fanden in Thüringen Kommunalwahlen statt. Friedrich Schomerus hatte vor 1933 der Deutschen Demokratischen Partei angehört, wo er übrigens auch mit Theodor Heuss bekannt geworden war. Gemeinsam fühlten sie sich Friedrich Naumann und Ernst Abbe verpflichtet. Als Nachfolger der DDP entstand in der Sowjetischen Besatzungszone die Liberaldemokratische Partei, der sich auch Schomerus anschloss. Wie in Weimar, Erfurt, Gotha und Eisenach wurde die LDP in Jena stärkste Partei vor der SED. Kenner führten das darauf zurück, dass viele alte Sozialdemokraten nicht SED wählten, sondern LDP. Schomerus kam wieder in den Stadtrat. Bereits von 1914 bis 1933 war er Stadtverordneter gewesen.

Es gab manchen Mitarbeiter bei Zeiss, der politische Betätigung missbilligte. Dabei kann Demokratie nur gedeihen, wenn sich die Bürger für die res publica engagieren. Im Westen haben das Heinz Martin in Heidenheim und später Gert Littmann in Oberkochen getan.

Im Dritten Reich war Schomerus vielen Anfeindungen ausgesetzt gewesen. Vom nationalsozialistischen Oberbürgermeister und Kreisleiter hatte er sich sagen lassen müssen, dass er sich als Anhänger des demokratisch-parlamentarischen Systems an der «Verarmung und Ver lumpung» Deutschlands mitschuldig gemacht habe. Mit Aufmerksamkeit verfolgte Schomerus jetzt den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg, der viele unbekannte Einzelheiten an's Licht brachte. Aus den vorgelegten Dokumenten ergab sich eindeutig, dass Hitler den Überfall auf Polen, aus dem sich der Zweite Weltkrieg entwickelte, den Befehlshabern von Heer, Luftwaffe und Marine bereits im Mai 1939 angekündigt hatte.

Am 1. Oktober 1946 wurden die Urteile verkündet. Elf der anwesenden Angeklagten erhielten die Todesstrafe. Darunter war der für die Massendeportationen ausländischer Arbeitskräfte verantwortliche Fritz Sauckel. Die Zeissianer kannten ihn als Gauleiter und Reichsstatthalter in Thüringen, der im Dritten Reich die Stiftungsverwaltung repräsentiert hatte. Der amerikanische Chefankläger nannte ihn den «schlimmsten Sklaventreiber seit Pharao». Freigesprochen wurden Hans Fritsche, Franz von Papen und Hjalmar Schacht. Bei einer Betriebsversammlung in Jena forderten die Redner die Aburteilung dieser Männer durch deutsche Gerichte.

Albert Speer erhielt zwanzig Jahre Haft. Das Zeiss-Werk war gut mit ihm ausgekommen, freilich unter der Bedingung, dass die Firma ihre Produktion weitgehend auf Kriegsrüstung umstellte. Mit der Rüstungsproduktion im Zeiss-Werk befasste sich ein damals in den «Frankfurter Heften» erschienener Aufsatz. Als Verfasser zeichnete Clemens Münster, einer der 84 in den Westen evakuierten Zeissianer, der inzwischen zur Publizistik übergegangen war. Später brachte er es zum Fernsehdirektor des *Bayerischen Rundfunks*. Schomerus las den Aufsatz mit «steigendem Unbehagen» (um «mich milde auszudrücken», wie es in seinem Brief an Clemens Münster heisst):

Ihre Behauptung, dass das Zeiss-Werk während des Krieges ausschliesslich für die Rüstung gearbeitet habe, trifft nicht zu. In unseren Jenaer Betrieben haben wir eine Gesamtproduktion im Werte von 120 Millionen RM gehabt. Davon entfielen immerhin noch 40 Millionen RM nachweislich auf Friedensartikel, also ein ganzes Drittel.⁷

Schomerus hielt dem Verfasser vor, dass er mit seinem Aufsatz «den alliierten Mächten direkt Material gegen uns in die Hände gespielt» habe: «Ihr Artikel konnte zu keiner ungünstigeren Zeit erscheinen.»

Am 20. Oktober gab es in der Sowjetischen Zone Kreistags- und Landtagswahlen. Die Militäradministration hatte in 15 Landkreisen die Kandidaten der CDU und in 31 Landkreisen die der LDP nicht zugelassen. Trotzdem erreichten die Liberalen in Thüringen 28% der Stimmen. Schomerus wurde in den Landtag gewählt.

Den folgenden Abend verbrachte Schomerus bei der «Montagsgesellschaft» im Schwarzen Bären. Auf dem Wege nach Hause begleitete ihn der bei Schott tätige Glaschemiker Helmut Rötger mit seiner Frau. Schomerus fielen die durch die Stadt marschierenden Soldaten auf. Ganze Kolonnen von fabrikneuen Lastwagen parkten auf den Gehwegen. Andere rumpelten durch die gepflasterten Strassen. Der Geschäftsleiter blieb einige Male stehen: «Das sieht ja beinahe wie Mobilmachung aus.» Dann beruhigte er sich. Ministerpräsident Otto Grotewohl hatte versichert, dass eine Demontage des Zeiss-Werkes nicht zu befürchten sei.

Ganz früh am nächsten Morgen verschafften sich sowjetische Offiziere, begleitet von Soldaten mit Maschinenpistolen, Einlass in die Wohnungen von Zeiss- und Schottmitarbeitern. Die Dolmetscherin las ihnen den Befehl der Sowjetischen Militäradministration vor. Die beiden Firmen würden in die Sowjetunion verlegt. Deshalb müssten sie dort für fünf Jahre tätig sein. Die Familie und den Hausrat könnten sie mitnehmen. Betroffen waren 274 Mitarbeiter von Zeiss und

15 von Schott. Jetzt plötzlich verstand Frau Margarete Rötger, warum vor einer Woche drei sowjetische Offiziere in ihr Haus gekommen waren. Wie Möbelspediteure hatten sie sich in der Wohnung umgesehen.

Wie ernst die Situation war, wurde mir klar, als Vati sich endlich anziehen und rasieren wollte. Der Offizier liess ihn nicht einen Augenblick aus den Augen. Er ging mit ihm bis zum Klo, – er stand beim Rasieren neben ihm. Und als Vati sagte, er müsse noch einmal ins Werk, nahmen ihn der Offizier und die Dolmetscherin in die Mitte und begleiteten ihn. Im Werk herrschte ein heilloses Durcheinander. Vati begegnete Dr. Klemm, mit dem er so gut die letzten Jahre zusammengearbeitet hatte. Entsetzt schaute er Vati an: «Was, Sie auch?»⁸

Schrade erfuhr von der Aktion durch einen Anruf aus dem werkseigenen Kraftwerk im Saaletal, wo ebenfalls sowjetische Kommandos aufgetaucht waren. Früh um fünf meldete er sich bei Oskar Bihlmaier, dem Leiter der Optikfertigung. «Was ist los?» Auch Bihlmaier hatte sowjetischen Besuch. Bihlmaiers junge Frau war schwanger, und er setzte durch, dass sie in Jena bleiben konnte. Als er aus der Sowjetunion zurückkehrte, war sein Sohn sechseinhalb Jahre alt.

Vormittags um elf erfuhr die Geschäftsleitung offiziell, dass Zeiss und Schott zur Demontage bestimmt waren. Auf einer sofort einberufenen gemeinsamen Sitzung mit den Betriebsräten versuchten sich die Herren ein Bild von den Ereignissen zu verschaffen. Um 16 Uhr kam der thüringische Landespräsident Rudolf Paul. Er sei bereit, bei der Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst für eine kleine Fertigung bei Zeiss einzutreten.

Der Jenenser Oberbürgermeister Heinrich Troeger hatte bereits im Sommer von der geplanten Demontage gehört und war mit einigen Betriebsräten zu Walter Ulbricht nach Berlin gefahren. Dabei wurde ihm «die fast bedingungslose Ergebenheit der kommunistischen

deutschen Spitzenfunktionäre gegenüber den Wünschen und Massnahmen der russischen Besatzungsmacht» bewusst. Die Besprechung verlief völlig ergebnislos. Mit keinem Wort liess Ulbricht erkennen, «dass er bereit wäre, sich für das Jenaer Anliegen bei der russischen Besatzungsmacht einzusetzen».

Jetzt, nach Beginn der Demontage, gab ein hoher Funktionär, der Präsident der «Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge», eine lügnerische Erklärung an die Presse. Die Verträge mit den deutschen Spezialisten seien «auf absolut freiwilliger Grundlage abgeschlossen worden». Die Fachleute hätten sich selbst angeboten, um bessere Lebensbedingungen zu erhalten. Und dann machte der Herr Präsident eine Bemerkung, die wie Hohn in den Ohren der Betroffenen klang: Geistige Arbeit könne «die Basis der Freiwilligkeit nicht entbehren».

Verantwortlich für den Demontagebefehl war nach Meinung der Zeissianer General Dobrowolski, der Chef der sowjetischen Werkskommission. Dieser «Technokrat in Uniform» hatte die Aufgabe, die feinmechanisch-optische Produktionskapazität in der Sowjetunion in kurzer Zeit um das Mehrfache zu steigern. Dabei wolle er, hiess es, «durch Vernichtung des Zeiss-Werkes jede Vergleichs- und Konkurrenzmöglichkeit ausschalten».

Von Zeiss und Schott waren die Jenenser präzise Arbeit und Arbeitsorganisation gewöhnt. Jetzt staunten sie über die «russischen Methoden». Unter Zeitdruck mussten die betroffenen Mitarbeiter Hausrat und Kleidung zusammenpacken. Dann standen sie zwei und drei Tage am Bahnhof, bis die Züge abfuhren.

Zum Abtransport der in grosse Kisten verpackten Maschinen schlugen die Demontagekommandos rücksichtslos grosse Löcher in die Aussenwände. «Die halbgeschliffenen Linsen schüttet man in Säcke!» Auch Frau Helene Schomerus empfand mit tiefem Schmerz die angerichteten Verwüstungen: «Der hiesige General soll in Russ-



Demontage des Jenaer Zeisswerkes 1946.

land die neue Fabrikation leiten. Was nützen ihm alle Akten und Zeichnungen, wenn er nicht weiss, dass Maschinen und Linsen, Werkzeuge und Fabrikate zart wie Säuglinge behandelt werden müssen. Jammer über Jammer.»

Grosser Schaden entstand auch bei dem unsachgemässen Transport. Ein Universitätsangehöriger sah, «wie grosse Werkzeugmaschinen von höchster Präzision auf Holzkufen befestigt von Lastwagen über das holprige Strassenpflaster zum Bahnhof gezogen wurden»:

Deutsche Eisenbahner berichteten, dass das Gerät in Polen oder Russland irgendwo abgeladen wurde, weil der Transportzug plötzlich anderswohin beordert war. In Regen und Schnee verrotteten die empfindlichen Maschinen neben den Geleisen.⁹

Die Demontage erstreckte sich auch auf die Inneneinrichtung der Räume. Abgebaut werden mussten die elektrischen Leitungen, Telefonanlagen und Feuermelder, Wasser- und Abwasserrohre, Gas- und

Pressluftleitungen und sogar die sanitären Anlagen. Ein paar Wochen später ging Geheimrat Harting deprimiert durch die Laboratorien, die nur noch «aus vier kahlen Wänden mit zwei alten Stühlen und einem abgenutzten Schreibtisch» bestanden. Vorhänge, Kleiderhaken, eingebaute Schränke, die Schlösser und die Tür- und Fenstergriffe waren abmontiert.

Am 7. November fuhren die Betriebsräte zum dritten Mal zu Grotewohl und Pieck nach Berlin. Sie erfuhren, dass die Verhandlungen mit der Sowjetischen Militäradministration «ein Zugeständnis von 10% ergeben» hätte. Auf Nachfrage von Otto Marquardt erklärte Grotewohl, «dass über Gebäude und Installationen hinaus 10% der Betriebsmittel bleiben». Die Zusagen wurden jedoch nicht eingehalten: «Statt 10% der Maschinenkapazität nur 6%.»

Geheimrat Harting klagte über die chaotische Durchführung. In einem Brief an den Rektor der Universität meinte er, die Demontage werde «bei dem gänzlichen Mangel an auch hierfür erforderlicher Planung noch ein halbes Jahr währen»:

Wir wissen nicht, ob das wenige, das wir gerettet zu haben glauben ... tatsächlich uns erhalten bleibt oder in einer beliebigen Stunde von einem zufällig des Weges kommenden Sergeanten beschlagnahmt wird.¹⁰

Am 16. November erfuhr der Betriebsratsvorsitzende, dass zwei Mitarbeiter von den Russen geschlagen und gewürgt worden waren. Wahrscheinlich hatten sie sich den Befehlen der Demontagekommandos widersetzt. Er fürchtete eine weitere Eskalation. Otto Marquardt war 1898 in die Firma eingetreten und erinnerte sich noch an die Einführung des Acht-Stunden-Tages durch Ernst Abbe. Das Jahrhundertjubiläum hatte er sich anders vorgestellt. Für diesen 16. November 1946 war der grosse Festakt im Volkshaus geplant gewesen. Jetzt erfuhr Marquardt von einem Aufruf, den Mitarbeiter im Nordwerk verteilen:

Zum 100jährigen Bestehen der Firma Carl Zeiss! Seid keine Saboteure der deutschen Wirtschaft! Reiht Euch mit in die Reihe des zivilen Ungehorsams ein!¹¹

Am 17. November, einem Sonntag, trafen sich die Herren der Geschäftsleitung und des Betriebsrates zum stillen Gedenken an den geschmückten Gräbern von Carl Zeiss und Ernst Abbe. Am Nachmittag kamen 22 Getreue in die Kernbergstrasse 59 zu Friedrich Schomerus. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg war er in das schöne Haus am Hang eingezogen. Vom Balkon sah man die Saale und dahinter die Stadt mit dem Hochhaus am Carl-Zeiss-Platz. Hier hatte er jetzt als Geschäftsleiter sein Büro im 9. Stock.

Die Türen zwischen dem Wohn-, Ess- und Arbeitszimmer waren weit geöffnet. In den drei Räumen wurden die Gäste, wie die Hausfrau berichtete, «mit Bohnenkaffee und Quarkkuchen zunächst gesammelt und bewirtet». Der Hausherr las seine Rede, die er für den Festakt vorbereitet hatte. «Dadurch wurde die Veranstaltung auf eine grosse Höhe gehoben.» Am Schluss ging Schomerus auf den «niederschmetternden, uns wie eine Windsbraut überfallenden Schlag des 22. Oktober» ein:

Mit blutendem Herzen sind wir Zeugen, wie eine wunderbare Organisation, ein herrliches feintechnisches Werk zerschlagen wird. Aber schon zeigt sich ein Silberstreifen am Horizont. Im klarsten Bewusstsein dessen, was auf dem Spiele steht, ist allseitig die Kraft gewachsen, sich dem völligen Untergang entgegenzustemmen ... Ob wir jung oder alt sind, wir bäumen uns gegen den Gedanken auf, dass unser liebes Werk untergehen soll, und wir stählen in dieser harten Zeit unsere Herzen zu dem festen Entschluss: Wir müssen und wir werden es schaffen! Das Zeisswerk, dessen dürfen wir heute schon sicher sein, wird in Jena weiterleben!¹²

Auch andere nahmen das Wort. Besonders eindrucksvoll, meinte Schomerus, seien die Reden des Rektors, des Betriebsratsvorsitzenden und die von Professor Ibrahim gewesen. Die 22 Getreuen fühlten sich in herzlicher Sympathie miteinander verbunden. Aus der hässlichen Gegenwart gingen ihre Gedanken zurück in die grosse Zeit, als Ernst Abbe für die optische Industrie in Jena die in der Welt einzigartige Sozialverfassung schuf. Die beiden Physiker in ihrem Kreise, Fritz Löwe und Ernst Wandersieb, waren seine Mitarbeiter gewesen, und auch der Betriebsratsvorsitzende Otto Marquardt hatte den grossen Mann noch kennengelernt:

Dr. Wandersieb regte an, Erinnerungen an Professor Abbe mitzuteilen. Dr. Wandersieb und Dr. Löwe [erzählten] als älteste Mitarbeiter aus ihrer Jugend, Frau Schulz [berichtete] als [Enkelin Abbes] von ihrem Grossvater, der Betriebsratsvorsitzende als ehemaliger Lehrling: «Er war uns ein Heiliger.» Ich [Helene Schomerus] musste den Beschluss machen mit Erinnerungen an Frau Abbe.¹³

Nachmittags um vier Uhr hatte man begonnen. Eine halbe Stunde vor Mitternacht rollte das Auto des letzten Gastes die Kernbergstrasse hinunter. Das war die Jenenser Gedächtnis- und Jubiläumsfeier zum 100-jährigen Bestehen der Weltfirma Carl Zeiss.

Wie die Heidenheimer hatten nun auch die Jenenser fast alles verloren. Beide Gruppen von Zeissianern besaßen nur noch ihren Willen, aus dem Nichts ein respektables Werk und eine dem Geiste Abbes verpflichtete Gemeinschaft neu aufzubauen. Die Jenaer Geschäftsleitung sandte ein Telegramm an Paul Henrichs nach Heidenheim:

Im Bewusstsein fester Verbundenheit aller echten Zeissianer grüssen wir anlässlich des Jahrhundertwechsels die Heidenheimer Zeissgruppe und wünschen hier wie dort dem neuen Anfang die besten Erfolge.¹⁴

«In fester Verbundenheit und unwandelbarer Treue zum Stammhause» erwiderte Henrichs «die Grüsse und Wünsche anlässlich des hundertjährigen Gründungstages unserer Jenaer Firma.»

Am 4. Oktober 1946 hatten die evakuierten Zeissianer ihr neues Werk in Oberkochen offiziell gegründet. Vor dem Notar in Heidenheim schlossen vier Mitarbeiter den Gesellschaftsvertrag über die Gründung der «Opton Optische Werke Oberkochen GmbH». Die Eintragung ins Handelsregister folgte am 30. Oktober.

Während das Stammwerk in Jena demontiert wurde, arbeitete die «Gruppe West» mit Hochdruck, die Oberkochener Fabrikgebäude zu renovieren und für die Produktion herzurichten. Von der Personalabteilung wurden Schleifer, Polierer, Kitter, Schalendreher, Werkzeugmacher, Dreher, Automateinrichter, Fräser, Rundschleifer und Werkzeugschleifer laufend gesucht. Arbeitskolonnen fuhren nach Amberg, Ebrach und Coburg, um aus den im Kriege errichteten Verlagerungsbetrieben die Maschinen auszubauen und nach Oberkochen zu bringen.

Das hundertjährige Gründungsjubiläum der Stammfirma feierten die Oberkochener mit der gesamten Belegschaft im grossen Saal ihres neuen Werkes. «Ohnmächtig zu helfen und von brennender Sorge erfüllt», sagte Heinz Küppenbender, «verfolgen wir von hier aus das Bemühen unserer Freunde, der Stiftung und ihren Betrieben das Leben zu erhalten.»

Zu der «ernsten Gedenkstunde» waren neben den dreihundert Mitarbeitern etwa vierzig Gäste gekommen, darunter Vertreter des Wirtschaftsministeriums in Stuttgart und der Militärregierung in Aalen. Die neuen Kollegen der Opton GmbH hatten zum ersten Mal Gelegenheit, «die Grösse und Unvergänglichkeit der Schöpfung unseres Stifters Abbe» kennenzulernen. Die eigentliche Gedenkrede hielt der Physiker Norbert Günther. Er besass das besondere Vertrauen der Mitarbeiter und wurde zwei Wochen später zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

Sie würden heute «mit schmerzlichen Empfindungen» feiern, sagte Günther. 99 Jahre und 11 Monate habe das Zeisswerk in Jena bestanden: «Vier Wochen vor Erreichen des hundertsten Geburtstages hat eine grosse Zahl unserer dortigen Freunde und langjährigen Kollegen den Weg in ein Land antreten müssen, dessen Kultur und Lebensweise der unseren ... fremd ist. Aus der freudigen Feier ist eine stille Gedenkstunde geworden.»

Wie schon zuvor aus den Worten Küppenbenders war auch aus der Rede Günthers zu entnehmen, dass die Oberkochener entschlossen waren, als ultima ratio die Stiftung im Westen neu aufzubauen:

Wenn man Ernst Abbe seine Jenaische Heimstätte raubt, werden wir ihm hier eine neue Heimstätte geben. Der Geist dieses Mannes wandelt in unseren Reihen und soll uns von Tag zu Tag gegenwärtiger werden, bis sein Erbe wieder wie einst in unserem Vaterlande – und sei es auch fern von der Stätte seines Wirkens – Heimatrecht gewonnen hat.¹⁵

Am 14. Januar 1947 fuhren drei Zeiss- und Schott-Betriebsräte noch einmal von Jena nach Berlin zu Walter Ulbricht. «Wir in der Sowjetzone werden eine höhere Produktion erreichen, als es im Westen möglich ist», erklärte der Parteisekretär mit seiner unangenehmen Fistelstimme. Später wurde es zu einer fixen Idee Ulbrichts, Westdeutschland in der Produktivität zu überholen, um «die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen» zu beweisen.* Gerade hier aber zeigte sich das völlige Versagen des kommunistischen Systems.

Die Jenenser überreichten Unterlagen über die Misshandlung von Mitarbeitern durch sowjetische Soldaten. Die Arbeiterschaft sei beunruhigt durch die Verhöre bei der NKWD:

* Vgl. S. 229

Es sind daraufhin schon 60 Spezialkräfte von Zeiss abgehauen. Vor allen Dingen handelt es sich um Contax-Spezialisten. Neue Fachkräfte für die Contax-Produktion sind nicht zu bekommen, da jeder, der an der Contax arbeitet, glaubt, er käme mit nach Russland.¹⁶

Tatsächlich wurde die Kamera-Produktion in Kiew neu aufgebaut. In vielen hundert Güterzügen gingen die in Deutschland demontierten Fabrikanlagen und Industrieausrüstungen in die Sowjetunion, dazu Berge von Werkszeichnungen. Überall wurden händeringend Fachkräfte gesucht. Die NKWD tat im eigenen Land, was sie konnte, und errichtete sogenannte «Scharaschkas», d.h. Sonderlager für Gelehrte und Ingenieure.

Im März 1947 wurde Lew Kopelew erneut verhaftet und im Oktober zu zehn Jahren verurteilt. Die Mithäftlinge gratulierten ihm, dass er in eine Scharaschka kam. Sie war, verglichen mit einem gewöhnlichen Straflager, ein Paradies. «Hier redet man dich manierlich mit Vor- und Vatersnamen an, es gibt anständiges Essen, besser als mancher in der Freiheit kriegen kann»:

Du arbeitest im gut geheizten Raum, schläfst auf einer richtigen Matratze mit Bettwäsche, hast überhaupt keine Sorgen, brauchst nichts weiter zu tun, als dein Gehirnschmalz zu betätigen, nachdenken, erfinden, vervollständigen, rationalisieren, Wissenschaft und Technik vorantreiben.¹⁷

Es war ein westliches Vorurteil, dass die Wissenschaft zu ihrem Ge-
deihen Freiheit nötig habe. Die NKWD bewies, dass die Forschung
noch besser im Straflager betrieben werden konnte. Hier gab es keine
unnötigen Ablenkungen. Mit bitterer Ironie sagten die Häftlinge,
dass man im Lager wirklich konzentriert und mit ganzer Hingabe
arbeitet: «Hier gibt es keine freien Tage. Urlaub ist ein Fremdwort.

Das einzige Vergnügen: Überstunden. Am Arbeitsplatz fühlt man sich immer noch wohler als in der Zelle.»

Das Sonderlager Nr. 16, in dem Kopelew inhaftiert war, befand sich am Stadtrand von Moskau. Hier lernte er Alexander Solschenizyn kennen, der später den «Archipel Gulag» geschrieben hat, einen Tatsachenbericht über die sowjetischen Straflager und eine bittere Anklage gegen das System.

Kopelew und Solschenizyn wurden Freunde. Sie arbeiteten zusammen an der Analyse der menschlichen Stimme. Die NKWD brauchte eine Methode, um bei abgehörten Gesprächen den Sprecher sicher identifizieren zu können. Andere Häftlinge beschäftigten sich mit der Entwicklung von Funksprechgeräten und vielen anderen Aufgaben. Dazu hatte die Scharaschka die Ausrüstung eines Laboratoriums der deutschen Philips AG erhalten.

Die Lager waren Teil des schwerfällig-bürokratischen Sowjetsystems. Eines Tages wurde von oben eine neue «Aktion» angeordnet. In allen Abteilungen mussten die «nicht inventarisierten» Geräte und «unrichtig abgefassten» Geheimberichte vernichtet werden. Die Häftlinge waren abgestumpft. «Was kann man da machen? Befehl!» Nur ein aus Odessa stammender Ingenieur, ein Vakuum-Spezialist, regte sich furchtbar auf: «Hört euch sowas an! Die sind regelrecht verrückt geworden!»

Wir hatten ein Zeissmikroskop, zweiokularig, ein einmaliges Exemplar. Sonderanfertigung für die Firma Philips. Hat vor dem Krieg 70'000 Mark gekostet. Jetzt ist es in die Müllgrube geflogen ... Zeichnungen, Graphiken, Beschreibungen, Patente, Hunderte von Ordnern mit technischen Angaben – die Engländer und Amerikaner würden Millionen dafür geben – das alles wird verheizt.¹⁸

Der Ingenieur versuchte, wenigstens das Mikroskop zu retten. Er setzte es gut verpackt in eine Kiste: «Aber da stand Major Schikin

mit zwei Kerlen aus der Mechanikabteilung, die waren mit Brechstangen und Vorschlaghämmern bewaffnet»:

Schikin sieht den Kasten, fragt: «Was ist das? Wer hat sich das ausgedacht? Sowa ist Sabotage eines Befehles!» Er ordnet an, den Kasten mit dem Hammer kurz und klein zu hauen.¹⁹

KAPITEL 4

«Grundstürzende Ereignisse»

Anfang des Jahres 1947 zwangen Kohle- und Strommangel die Oberkochener zu einer Arbeitsruhe von zwei Wochen. Bei Betriebsbeginn am 21. Januar meldeten sich über einhundert aus Jena geflohene Mitarbeiter.

Als Flüchtling kam auch Adolf Hofern. Er hatte bei der Demontage wertvolle Maschinen beiseitegeschafft und war denunziert worden. Als er im Werk von einem deutschen Kriminalkommissar vernommen wurde, gab ihm der Beamte einen Wink. Daraufhin flüchtete er in die Wohnung von Hugo Schrade, der ihn mit einem Laster in das Stutenhaus im Thüringer Wald bringen liess. Das Haus gehörte der Carl-Zeiss-Stiftung und diente als Erholungsheim. Jetzt war es mit Flüchtlingen aus dem Sudetenland belegt. Hier verbrachte Hofern den Dezember 1946, bis er sich zum illegalen Grenzübertritt entschloss. Seine Frau und die beiden Kinder musste er in Jena zurücklassen. Die Briefe, in denen er seine glückliche Ankunft im Westen meldete, kamen nicht an, und seine Frau machte sich die grössten Sorgen.

In Oberkochen luden Georg Calsow und Rudolf Ramb ihren Kollegen Hofern (den sie natürlich von Jena kannten) in ihre Bude ein:

Als Selbstverpfleger bereiteten sie sich und mir ein Abendessen, wie ich es seit Jahren nicht mehr erlebt hatte, das mir aber auch in der Nacht die entsprechenden Schwierigkeiten bereitete. Es war märchenhaft, was die beiden Männer verdrücken konnten und über welche Schätze an Fressalien sie verfügten.¹

Die beiden alten Zeissianer interessierten sich für alles, was in Jena vorging. Auch den Geschäftsleitern musste Hofem ausführlich berichten. Schliesslich erhielt er in Oberkochen die gleiche Stellung als Leiter des Rechnungswesens, die er schon in Jena innegehabt hatte:

Zu leiten gab es aber mit dem besten Willen ... noch nichts, da absolut nichts an Organisation, auch kaum ein Bleistift und Papier ... vorhanden waren. Der von der praktischen Seite wichtigste Mitarbeiter (Fritz Fröbel von OAS Saalfeld) wirkte schon seit 1. September 1946 in Oberkochen ... Er musste seinerzeit von Saalfeld Weggehen, weil er für die GPU arbeiten sollte.²

Durch die Demontage des Stammwerkes stieg die Bedeutung der neuen Firma. Ende Januar 1947 kam Victor Sandmann aus Jena nach Oberkochen und erklärte, dass nun «der Opton entscheidend wichtige Aufgaben für das Gesamtwerk Zeiss zufallen». Damit war zweierlei gemeint: die Entwicklung neuer Produkte und die Beschäftigung von Mitarbeitern, die in Jena auf der Strasse standen.

In der Niederschrift des Gespräches heisst es ausdrücklich: Es herrsche nunmehr Einvernehmen, «dass Heidenheim das Entwicklungszentrum auch für Jena ist». Die technische Zusammenarbeit müsse deshalb intensiviert werden. Noch lange nannten die Jenenser die in den Westen evakuierten Zeissianer die «Heidenheimer», auch wenn sie jetzt alle in Oberkochen tätig waren. Die Bezeichnung hatte eine gewisse Berechtigung. Viele Mitarbeiter blieben weiterhin in Heidenheim wohnen, wozu die Geschäftsleiter Bauersfeld, Henrichs und Küppenbender sowie Justitiar David gehörten.

Küppenbender übergab Sandmann Listen mit den Namen der Flüchtlinge: «Es soll jedoch nicht offiziell hierüber korrespondiert werden.» In Zukunft wollten die Oberkochener jeden neu eintreffenden Flüchtling der Jenaer Geschäftsleitung melden. Um Repressalien gegen die in Jena zurückgebliebenen Familien zu vermeiden, wurde

eine verdeckte Form der Mitteilung vereinbart: «Wir erhielten Grüsse von den Herren...»

Die Besprechungen dauerten vier Tage. In den Grundprinzipien stimmten beide Seiten völlig überein. Im Detail gab es freilich auch Meinungsverschiedenheiten. So beklagte sich Sandmann, dass die von Küppenbender den Oberkochener Mitarbeitern gegebene Zusicherung über ihre Stiftungsrechte eindeutig seine Kompetenzen überschreite. Die Erklärung müsse deshalb zurückgezogen werden. Auch umgekehrt kritisierten die Oberkochener die Politik Jenas «mit schonungsloser Offenheit».

Später haben die Funktionäre in der DDR behauptet, die Oberkochener Geschäftsleiter hätten Victor Sandmann im Juni 1945 bewusst in Jena zurückgelassen. Er sei dort weiterhin dem «kapitalistischen Konzern» verpflichtet gewesen. Aus der Niederschrift der Besprechungen (und vielen anderen Dokumenten) geht jedoch eindeutig hervor, dass beide Seiten ihren eigenen Standpunkt wahrten. Die Interessen des Jenaer Betriebes wurden von Victor Sandmann mit Nachdruck vertreten. Die Herren einigten sich aber immer wieder, und es war ganz eindeutig, dass Jena und Oberkochen sich als Teil der grossen Zeiss-Familie fühlten. Das war es gerade, was den Funktionären missfiel.

Auch mit Hofern traf Sandmann zusammen. Im Namen der Jenaer Geschäftsleitung bestätigte er Hofems Anstellung in Oberkochen. Später erhielt es der Mitarbeiter auch noch schriftlich, dass seine Tätigkeit dort «als Erfüllung des zur Firma Carl Zeiss Jena bestehenden Dienstverhältnisses gilt».

Trotz der grossen Wohnungsnot fand Hofern ein möbliertes Zimmer in der neun Kilometer entfernten Kreisstadt Aalen. Das verdankte er dem Betriebsratsvorsitzenden Norbert Günther. In Jena, wo ohnehin jeder jeden kannte, hatten Frau Günther und Frau Hofern gemeinsam einen Säuglingskurs besucht, und die beiden Töchter waren in die gleiche Schule gegangen.

Das Leben war nicht leicht. Hofern fühlte sich permanent unausgeschlafen. Die Militärregierung hatte die sogenannte «doppelte

Sommerzeit» eingeführt, d.h. die Uhren waren um zwei Stunden vorgestellt. Am Abend blieb es bis 22 Uhr hell mit dem entsprechenden Lärm auf den Strassen und in den Gärten. Vorher einschlafen konnte man nicht. Am Morgen ging der einzige Zug nach Oberkochen um 6.03 Uhr. Der Wecker rasselte um fünf (drei Uhr Normalzeit). Zur Müdigkeit kam der Hunger.

Das Kaffeebrot besteht allenfalls aus einer Schmitte Brot, das Frühstück aus zwei Scheiben trockenem Brot ... Es bleibt die Freude auf das tägliche Opton-Mittagessen. Dieses Essen bildet den Höhepunkt im Tagesablauf. Die Abend-, Sonnabend- und Sonntagessen sind unvorstellbar bescheiden.³

«Das deutsche Volk ist physisch und seelisch nicht mehr fähig, einen neuen Winter mit Hungern und Frieren, im Wohnungselend zerstörter Grossstädte, in wirtschaftlicher Auszehrung und in politischer Hoffnungslosigkeit abzuwarten.» Das konstatierte der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard und lud am 7. Mai 1947 alle seine Kollegen aus den anderen deutschen Ländern und den Stadtstaaten zu einer Krisenkonferenz nach München ein.

Würden die Ministerpräsidenten der Sowjetischen Zone kommen? Im Zentralsekretariat der SED sprach sich Walter Ulbricht gegen eine Teilnahme aus. Er wurde aber, was damals noch möglich war, überstimmt. Daraufhin erteilte er die bindende Weisung, den «Antrag auf Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften» zu stellen und «im Falle einer Ablehnung sofort die Konferenz zu verlassen». Unter den westlichen Politikern bestand Einvernehmen, dass der Bildung einer deutschen Regierung freie Wahlen vorausgehen mussten. So war das Scheitern der gesamtdeutschen Konferenz vorprogrammiert:

Am Abend des 5. Juni fand ein Essen zur Begrüssung der Regierungschefs statt. Viele von ihnen sahen sich bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal. Es war die erste offizielle gesamtdeutsche Veranstaltung seit der Kapitulation, die erste freie seit 1933. Die Tischreden waren sorgfältig vorbereitet, keiner der Redner vermochte sich der Rührung zu erwehren ... Gegen 20 Uhr hörte man Autohupen, lauten Befehlston und Hackenklappen. Das war man im Westen seit zwei Jahren nicht mehr gewöhnt. Die Teilnehmer aus der Ostzone waren eingetroffen. Zackig marschierte der thüringische Ministerpräsident Paul durch den ganzen Saal zum obersten Tisch, wo die Delegationsführer sassen. Nicht minder zackig in Wort und Ton war seine Rede. Auffälligerweise waren die Regierungschefs der SBZ im Gegensatz zu den westdeutschen ohne einen einzigen Mitarbeiter erschienen, als ob Sachfragen nicht zur Beratung stünden.⁴

Ministerpräsident Paul verlangte, seinen Antrag auf Platz 1 der Tagesordnung zu setzen oder eine entsprechende Entschliessung zu verabschieden. Als die Regierungschefs der drei Westzonen darauf nicht eingingen, zogen sich die Ministerpräsidenten der Sowjetzone zur Beratung zurück und erklärten anschliessend, ihre weitere Teilnahme an der Konferenz sei sinnlos.

Auf der obersten politischen Ebene war also schon damals kein Dialog mehr möglich. Die beiden Zeiss-Firmen fühlten sich noch als zusammengehörig. Ende Januar 1947 erteilte Sandmann, der kaufmännische Geschäftsleiter in Jena, sein Einverständnis, dass sich die Firma Opton künftig «Zeiss-Opton» nennen durfte. Die Oberkochener müssten jedoch Zeiss-Qualität garantieren. Später waren es dann umgekehrt die Oberkochener, die bezweifelten, ob Jena noch in der alten Qualität liefern könne.

Es gab damals viele Deutsche, die sich ihre Gedanken machten, wie die Einheit des Vaterlandes bewahrt werden könnte. Aussenpolitisch sollte ihr Land, meinten sie, einen eigenen Kurs zwischen den

Machtblöcken steuern. Auch in der Wirtschaftspolitik sei ein Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus möglich, nämlich durch Schaffung von Stiftungsbetrieben. Der Stiftungsgedanke wachse über das privatkapitalistische System hinaus, sagte Schomerus, «ohne dass die Vorteile einer privatwirtschaftlichen Betriebsführung verloren gehen» und verwirkliche das gemeinwirtschaftliche Ideengut, «ohne dass die Menschenwürde und die allgemeinen Menschenrechte in Gefahr geraten».

Auf Einladung des Rektors der Universität Frankfurt sprach Schomerus am 25. Juni 1947 in der Aula über die Stiftung als Unternehmensform. In der neuen hessischen Landesverfassung war die Überführung der Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und des Massenverkehrs in Gemeineigentum vorgesehen.

Vor den Frankfurter Professoren und Studenten behandelte Schomerus das ihm vom Rektor gestellte Thema: Sollen in Hessen in grösserem Umfang Stiftungsbetriebe geschaffen werden? Er war uneingeschränkt dafür. Es könne das Land Hessen, meinte Schomerus, sich den Ruhm erwerben, «dem deutschen Volke den Weg zu einer neuen Unternehmensform gezeigt zu haben».

Entschieden wandte sich Schomerus gegen Staatsbetriebe, in denen «sich leicht ein enger bürokratischer, unfreier Geist» entwickle, «der auf Anordnungen und Anweisungen von oben» warte. Dagegen wehe in Stiftungsbetrieben «nach den bisherigen Erfahrungen und der Natur der Sache» ein frischer Wind; zu den grossen Vorzügen gehörten eine hohe Arbeitsmoral und -disziplin und eine starke Werks Verbundenheit.

Ich bin vor meiner Abreise aus Jena durch die von den Russen demontierten Werkstätten gegangen und konnte erfreut feststellen, wie viel in den vergangenen kaum drei Monaten seit Beendigung der Demontage schon wieder hergerichtet ist und mit welchem Eifer in den Werkstätten gearbeitet wird. Alle Kräfte sind darauf ge-

richtet, das Zeiss-Werk wieder zu seiner früheren Bedeutung für die deutsche Wirtschaft zu bringen.⁵

Nach Kriegsende hatten die Mitarbeiter in vielen Sonderschichten die Bombenschäden beseitigt. Jetzt bauten sie mit bewundernswürdigem Schwung ihr Werk zum zweiten Mal auf. Zweifellos spielte dabei die «starke Werksverbundenheit», von der Schomerus gesprochen hatte, eine grosse Rolle.

Auch die Oberkochener betrieben mit dem grössten Elan den Aufbau ihres neuen Werkes. Jetzt erwies es sich als ein besonderer Glücksfall, dass die Firma nach dem Unfalltod von August Kotthaus im Jahre 1941 als Nachfolger einen jungen und dynamischen Geschäftsleiter berufen hatte. Als die Opton gegründet wurde, war Paul Henrichs 64 Jahre alt, Walther Bauersfeld 67. Die Hauptlast trug der 45jährige Heinz Küppenbender. Er war der Motor des Aufbaues.

Jeden Morgen um neun Uhr gab es eine Dienstbesprechung mit den Betriebsleitern Georg Calsow, Fritz Gossler, Walter Traut und Friedrich Upmann. Küppenbender vermittelte seinen engsten Mitarbeitern die Zuversicht, dass es nur besser werden könne. Mit Elan machten sich die Herren an ihre Aufgaben, und tatsächlich wurde es von Tag zu Tag besser. Zeit für die Büroarbeit hatte der Boss nur spät am Abend. Während der Dienstzeit ging er durch die Werkstätten und steuerte, wie ein Mitarbeiter berichtete, «unausgesetzt neue Ideen für die Entwicklung rationellerer Fertigungsmethoden und leistungsfähigerer Bearbeitungsmaschinen bei».

An den Wochenenden war Küppenbender ein heiterer Gastgeber. In einer Zeit, in der alle darbt, legte er Wert darauf, seinen Gästen ein komplettes Essen vorzusetzen. Dazu gab es eine oder zwei Flaschen Wein. In Jena hatte er einen grossen Weinkeller besessen. Vor dem Einmarsch der Amerikaner wurde der Bestand im Brunnen versenkt. Als der Befehl zum Abtransport kam, holte er die Flaschen heraus und nahm sie mit nach Heidenheim. Nach drei Monaten unter

Wasser hatten sich die Etiketten gelöst. Es war Glücksache, ob die Gäste einen vorzüglichen Montrachet erhielten oder einen schlichten Pfälzer.

Wie alle Zeissianer bewunderte Hofern den Geschäftsleiter. Kuppenbender besass, ohne dass er es unterstreichen musste, natürliche Autorität. Buchstäblich von früh bis spät war er auf den Beinen, erhielt aber in diesen Notzeiten die gleichen Bezüge wie jeder andere: Gehalt monatlich 150 RM, für die Ehefrau zusätzlich 90 RM und für jedes Kind weitere 60 RM.

Das Entnazifizierungsverfahren bedrückte Hofern. Er hatte seit Juli 1933 der SA und seit 1939 der NSDAP angehört. Bei Freunden und Bekannten sammelte er Entlastungszeugnisse, die spöttisch sogenannten «Persilscheine». Als in späterer Zeit Simon Wiesenthal als «Nazi-Jäger» von sich reden machte, nahm Hofern ein Wort von ihm zu seinen Entnazifizierungsakten: Nicht alle Parteigenossen seien Nazis gewesen.

Für die ehemaligen Mitglieder der NSDAP bestand ein pauschales Beschäftigungsverbot. Zeiss beantragte für Hofern Befreiung bis zur rechtskräftigen Entscheidung. Der Antrag musste immer wieder neu gestellt und bewilligt werden. Am 13. August 1947 fand die letzte mündliche Vernehmung vor der Spruchkammer in Aalen statt. Zwei Monate später wurde er in die Gruppe der Mitläufer eingestuft.

Zur Sühneleistung musste Hofern mit anderen ehemaligen Parteigenossen drei Tage lang je drei Festmeter Holz schlagen, sägen und aufschlichten. Mit Hilfe eines Freundes schaffte er das Pensum, brauchte aber fast fünf Tage. In seiner pessimistischen Stimmung prophezeite er den beiden amerikanischen Offizieren, die die Aktion überwachten, «dass eines Tages den Amerikanern Deutschland restlos verloren gehen und das Land unter den Atombomben beider Seiten ausgelöscht würde». Ein Jenenser Freund tröstete ihn: «Wir haben alle einmal so einen Schwergang im Leben. Ihre Stimmung wird sich eines Tages auch wieder heben.»

In schlaflosen Nächten grübelte er, wie er seine Frau und die beiden Kinder in den Westen bringen könnte. Zurücklassen musste er

sein schönes Haus am Pfaffenstieg. Aber die Möbel wollte er retten. Nachdem sein Antrag auf Ausstellung eines Interzonenpasses dreimal abgelehnt worden war, ging er am 10. Oktober 1947 zwischen Ludwigsstadt und Probstzella illegal über die Grenze.

Frau Jutta Hofem hatte von Zeiss 18 Kisten erhalten und mit dem Verpacken des Hausrates und der Bücher begonnen. Victor Sandmann erklärte sich ausserstande, weiteres Verpackungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Die sowjetische Geheimpolizei sei auf die Fluchthilfe aufmerksam geworden und habe bereits einen Mitarbeiter verhaftet. Die noch benötigten Holzkisten und die Bretter zum Schutz der Möbel musste Hofem auf privatem Wege beschaffen. Für eine Lieferung aus Saalfeld zahlte er allein an Fahrtkosten tausend Reichsmark. Mit Hilfe eines befreundeten Reichsbahnners konnte er für den Transport des Umzugsgutes einen beschädigten rumänischen Güterwagen organisieren. Den Frachtbrief der Deutschen Reichsbahn mit den vielen Bahnstempeln hat Hofem als Zeitdokument aufgehoben.



11. März 1947: Der erste Lastwagen mit «organisierten» Möbeln kommt nach Oberkochen.

Die Familie kam mit ihren vier Koffern und vier Rucksäcken glücklich nach Aalen. Die Fahrt in den völlig überfüllten Zügen dauerte sechs Tage einschliesslich eines Zwangsaufenthaltes im Hilfsgefängnis Bebra. Ein Witzbold sagte damals, dass jeder Deutsche vor oder nach dem Umsturz mindestens einmal im Gefängnis gesessen habe.

Die Unterbringung der ganzen Familie in dem möblierten Zimmer in Aalen war nicht möglich. Nur Sohn Rainer durfte beim Vater wohnen. Frau Hofern wurde mit Tochter Erdmuthe im Gasthaus untergebracht, was aber nur für zwei oder drei Tage erlaubt war. Dann mussten sie in ein anderes Haus umziehen, bis es Hofern endlich gelang, eine Daueraufenthaltsgenehmigung zu erwirken. Tagsüber kam Frau Hofern in das möblierte Zimmer, wo sie sich mit den Kindern auf hielt. Das passte der Vermieterin nicht, und in ihrem Zorn räumte sie die Teppiche beiseite.

Wieder half Heinz Küppenbender. Der Geschäftsleiter brachte die Familie in einer Baracke auf dem Werksgelände unter. «Das war zwar keine endgültige Lösung», sagte Hofern, «aber immerhin eine, die uns im Beisammensein der ganzen Familie in Frieden und ohne Ängste vor Verhaftung und Hausdurchsuchung ... als die glücklichste Zeit vorkommt.»

Überall konnte man durch Ritzen nach draussen sehen, und wenn es regnete, tropfte das Wasser durch die Decke in die Räume und auch in die Betten. Auch das Aufstellen von alten Stahlhelmen als Wasserauffänger war nicht ideal, weil sie leicht umkippten ... Mäuse nagten von unten an den Dielen, kein angenehmes Geräusch in der Nacht. Erdmuthe brachte es eines Tages sogar fertig, eine Maus mit der Hand zu fangen.⁶

In jeder freien Stunde ging die Familie zum Holz sammeln in die Oberkochener Bergwälder. Im Dorf wurde das nicht gern gesehen. Als Hofern einmal am Sonntag beim Holzhacken war, stellte ihn der Bürgermeister zur Rede: Hierzulande werde dieser Tag heilig gehalten.

ten. Wie Hofem erfuhr, durften die Bauern am Sonntag nur dann auf den Feldern arbeiten, wenn der katholische Geistliche nach dem Gottesdienst ausdrücklich die Erlaubnis gab.

Oberkochen hatte damals knapp 3'000 Einwohner. Die meisten von ihnen arbeiteten in den ortsansässigen Klein- und Mittelbetrieben. Hergestellt wurden hauptsächlich Holzbearbeitungsmaschinen. Zwischen Einheimischen und «Zugereisten» gab es Spannungen. Im Dorf hiessen die Jenenser die «Zeiss-Lompe». Bei den Bürgerversammlungen kam es zu regelrechten Hassausbrüchen. Einzig Walter Traut hatte als gebürtiger Schwabe den Mut, «der tobenden Masse die Situation der Zeissleute darzulegen und Ruhe in die erregten Oberkochener zu bringen».

Ganz unschuldig an der Missstimmung waren die Zeissianer nicht, wie Firmenpensionäre erzählen. Die 84 von den Amerikanern evakuierten Wissenschaftler hatten ihre Familien mitnehmen können. Wer aber später von Jena über die grüne Grenze gegangen sei, habe seine Angehörigen zunächst zurücklassen müssen. Andererseits waren damals noch viele Oberkochener Männer in Gefangenschaft oder Internierungslagern. «Bratkartoffel-Verhältnisse» seien deshalb keine Seltenheit gewesen. Bei der damaligen Prüderie habe das bei den Nachbarn heftige Aversionen provoziert.

Man musste gerecht sein. Es gab auch Alteingesessene, die den Flüchtlingen tatkräftig halfen. Von einem Herrn Bauer erhielten die Hofems Brennholz und von einem Herrn Scheerer Mehl ohne Marken. Überhaupt waren die ersten Aufbaujahre in Oberkochen alles andere als trist. Trotz aller Not wurde fröhlich gefeiert. In seinen Lebenserinnerungen vermerkte Hofem «einen ganz besonders wilden Fastnachtsabend» am 10. Februar 1948 bei Emmy im «Hirsch». Kurz vor Geschäftsbeginn landete die fröhliche Runde bei Trauts in der Werkswohnung, und anschliessend hatte jeder zu tun, um rechtzeitig gewaschen im Büro zu erscheinen. Ein andermal machte Hofem mit

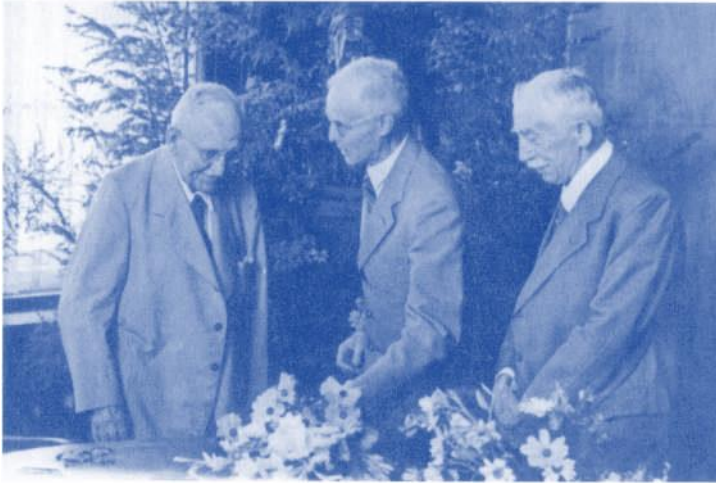
seinen Mitarbeitern einen Betriebsausflug und kam erst am nächsten Morgen nach Hause, als seine Tochter gerade zum Bahnhof ging.

Erdmuth besuchte das Schubarth-Gymnasium in Aalen. Sie musste Englisch nachlernen, das in Jena nicht unterrichtet wurde. Dem drei Jahre jüngeren Rainer fiel es nicht leicht, sich in der Oberkochener Volksschule zu behaupten. Die Abneigung der Alteingesessenen war auch unter den Kindern spürbar. Zudem musste er in Holzschuhen zum Unterricht, was den Mitschülern lächerlich vorkam. Die Kinder der Evakuierten litten besonders unter der schlechten Versorgung mit Kleidern und Schuhen. Bei Regenwetter mussten manche Schüler zu Hause bleiben, weil sich das einzige Paar Schuhe in Reparatur befand.

Von ihren Freunden und ehemaligen Nachbarn in Jena erfuhren die Oberkochener Neubürger regelmässig von den dortigen Ereignissen. Als später das Ministerium für Staatssicherheit gegründet wurde, registrierten die Herren mit grossem Missvergnügen die «zahlreichen Briefverbindungen zwischen Jena und Oberkochen». Tatsächlich waren die Oberkochener genau im Bilde, was im Jenaer Zeiss-Werk vorging. Zuletzt hatte die Sowjetische Militäradministration auch das Südwerk an der Tatzendpromenade zurückgegeben, und der Wiederaufbau lief auf höchsten Touren.

Am 5. Dezember 1947 gab es im Jenaer Volkshaus eine Betriebsversammlung der Firmen Zeiss und Schott. Als Ehrengäste nahmen Vertreter der Sowjetischen Militäradministration, der Ministerpräsident und die wichtigsten Minister des Landes Thüringen teil. Die Veranstaltung sollte ein Ersatz sein für die ausgefallene Jubiläumsfeier im Jahr zuvor.

Die Volksbildungsministerin Marie Torhorst nutzte die Gelegenheit, um über die Aussenministerkonferenz der vier Siegermächte zu sprechen, die seit 25. November in London stattfand: Die Deutschen, um deren Schicksal es gehe, hätten noch keine Gelegenheit gehabt, ihre Vorstellungen kundzutun. Das hätte «ganz bestimmt mit überwältigender Deutlichkeit der Welt gezeigt, dass die Deutschen in ei-



Jena, 1. August 1947: «Wir Alten müssen es machen.» Fünfzig Jahre zuvor war Dr. Hans Harting als persönlicher Assistent von Ernst Abbe in die Firma eingetreten. Mit 77 Jahren kehrte er 1945 aus dem Ruhestand ins Werk zurück und leitete den Wiederaufbau der Forschung und Entwicklung. Dr. Friedrich Schomerus und Dr. Fritz Löwe (von links) gratulieren.

nem einheitlichen Deutschland weiterleben wollen». Um das nachzuholen, werde morgen «in Form einer Massenkundgebung des deutschen Volkes» ein Volkskongress zusammentreten.

Stiftungskommissar Arno Barth nahm den Faden auf und teilte den versammelten Zeissianern und Schottianern mit, dass er als Delegierter zum «Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden» nach Berlin fahren werde. Der Volkskongress forderte den Abschluss eines Friedensvertrages und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. 70 Prozent der Delegierten gehörten der SED an. Schon 1945, als er in einem sowjetischen Flugzeug nach Deutschland gebracht wurde, hatte Walter Ulbricht als Grundsatz für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung formuliert: «Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.»

Hugo Schrade hielt das Hauptreferat. Er gab mit vielen Zahlen einen Überblick über die Aufbauleistung. Die Zahlen seien nicht friert: «Ich bürgte für ihre Richtigkeit.» Danach waren bei Zeiss schon wieder 6'233 Mitarbeiter tätig und bei Schott 2'039. Schrade sprach fast eine Stunde völlig frei und mit Engagement. Mehr als jeder andere Mitarbeiter hatte er für den Wiederaufbau gekämpft:

Im Oktober 1946, also vor Beginn der Demontage, ... hatten wir eine Gesamtzahl an Fertigungsstunden für die Geräte von 532'000. Wir haben heute wieder 150'000 reine Gerätefertigungsstunden erreicht ... An der Spitze steht die Abteilung Foto-Kino ... [mit] 105% der Leistung vor der Demontage.⁷

Die anderen Abteilungen könnten nicht mit derart grossartigen Ergebnissen aufwarten. Immerhin seien es bei der Mikro-Abteilung 20% der Vordemontageleistung, bei Feinmess 13%, bei Med und Ophtho 25%, bei Feldstechern 12% und bei der Brillenglasfertigung 20%. Seinen Vortrag beendete Schrade mit einem Bekenntnis zur «Zukunft unserer Werke» und dem «wiederkommenden einigen und geeinten deutschen Vaterland».

Der Betriebsratsvorsitzende Otto Marquardt sagte, dass die Stiftung, «unsere bewährte Organisationsform», das «tragende Fundament» des Wiederaufbaues sei. Sogar die Volksbildungsministerin versprach als Vertreterin der Stiftungsverwaltung, «die treffliche Carl-Zeiss-Stiftung zu hüten».

Zwei Monate später trat in der SED ein «vollkommener Umfall zu Ungunsten der Stiftung ein». Dies geschah auf Betreiben einer Gruppe von Ideologen, oder, wie es parteiamtlich hiess, eines «kleinen Aktivs». Ohne Rücksicht auf die Wünsche der Mitarbeiter agierte die Einheitspartei nun entschlossen für die Verstaatlichung. Am 7. März brachte der Westberliner *Tagesspiegel* einen Bericht über die Vorgänge in Jena:

Die Carl-Zeiss-Stiftung lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf sich. Die Enteignungsaktion, die gegenwärtig durch die Sowjetzone braust, um das System der volkseigenen Betriebe abzurunden, bedroht auch diesen Pionier der fortschrittlichen Sozialpolitik. Massgebende Kreise der Thüringer SED sind hinter den Kulissen erneut eifrig am Werk, die Carl-Zeiss-Werke, die Ernst Abbe seinen Arbeitern vermacht hat, in Staatsbesitz überzuführen...

Otto Grotewohl selbst hat der Jenaer Arbeiterschaft die feierliche Verpflichtung abgegeben, dass die Zeisswerke «niemals» volkseigene Betriebe werden würden. Nach den neuesten Ereignissen glauben die Zeiss-Arbeiter jedoch von dieser Erklärung kaum mehr halten zu können, als von der ebenso feierlichen Versicherung Otto Grotewohls *vor* den Wahlen im September 1946, dass eine Demontage der Zeisswerke nicht zu befürchten sei.⁸

Die Landeskommision für sequestrierte Betriebe bestimmte Zeiss und Schott für die Enteignung. Hugo Schrade enthielt sich der Stimme. «Er hätte mannhaft dagegen stimmen müssen», meinte Walter David in Oberkochen: «Das war seine Pflicht als Geschäftsleiter.» Im §29 des Statuts hatte Ernst Abbe die Vorstandsmitglieder ausdrücklich verpflichtet, nur im Sinne der Stiftung und gemäss «den erkennbaren Absichten des Stifters» zu handeln.

Die Belegschaft war in höchstem Masse beunruhigt. Massenweise gingen von den Mitarbeitern unterschriebene Erklärungen an die Geschäftsleitung und den Betriebsrat. Sie forderten dazu auf, «alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um den Fortbestand der Carl-Zeiss-Stiftung in der bisherigen Form ... zu gewährleisten». Kenner aber wussten, dass die Enteignung beschlossene Sache war. Die Ideologen besaßen die Macht, und sie haben sie rücksichtslos für ihre Zwecke eingesetzt.

Auch in Heidenheim und Oberkochen gab es in diesen Monaten einige Aufregung. Seit zwei Jahren hatten die Evakuierten zusätzli-

che Lebensmittelrationen erhalten. Diese betrachteten sie als Ausgleich für den «Verlust der eigenen Gärten und der heimatlichen Beziehungen zum Lande». Auf Anordnung der Militärregierung wurden die Zulagen gestrichen.

Daraufhin setzten sich die Vertreter der Evakuierten zusammen und schrieben ein (auf den 12. April 1948 datiertes) Memorandum, in dem sie den Amerikanern alle Versprechungen vorhielten, die sie nicht gehalten hatten. Dieses Memorandum ist ein interessantes Zeitdokument. Es beleuchtet (unter anderem) das Verhältnis zur alten thüringischen Heimat: Die Tendenz, nach Thüringen zurückzukehren, sei zwei Jahre sehr gross gewesen. Sie habe stark nachgelassen, «da inzwischen Vermögenswerte in Abwesenheit der Eigentümer beschlagnahmt und ihre Arbeitsplätze ... neu besetzt wurden».

Am 21. Juni 1948 kam es zur lange erwarteten Währungsreform. Die drei westlichen Militärbefehlshaber führten in ihren Besatzungszonen die Deutsche Mark als Zahlungsmittel ein. Viele Geschäftsleute hatten Waren gehortet, die nun mit einem Schlag auf den Markt kamen. Nicht zuletzt deshalb wurde die Währungsreform ein Erfolg. Die Lebensbedingungen verbesserten sich rasch, und die Klagen wurden gegenstandslos.

Auch das Contessa-Werk der Zeiss-Ikon AG in Stuttgart war, wie die Kenner wussten, «vollgestopft mit Kameras». Der in Deutscher Mark erzielte Erlös wurde von Zeiss-Ikon und von Zeiss dringend zum Aufbau benötigt. Noch ein paar Monate zuvor hatte ein Firmenmitarbeiter vergeblich versucht, bei der Geschäftsleitung eine Contax zu erbetteln.

Die Ausgabe des sogenannten «Kopfgeldes» in Höhe von 40 DM stellte die Banken und Postämter vor grosse organisatorische Probleme. Der Oberkochener Bürgermeister bat Adolf Hofern, eine Hilfssumtastelle im Zeisswerk einzurichten. Ein paar Tage später wurde Hofern beim Bürgermeister angezeigt. Er hätte unberechtigt einigen Kollegen höhere Beträge auszahlen lassen. Das war allein schon wegen der vielen Kontrollen gar nicht möglich. Trotzdem liess



Währungsreform am 21. Juni 1948: Auszahlung des sogenannten «Kopfgeldes» von 40 DM.

der Bürgermeister spüren, dass er Hofem misstraute. Diesem blieb nichts übrig, als eine neutrale Überprüfung zu beantragen. Dabei wurden keinerlei Unregelmässigkeiten festgestellt.

Die Währungsreform löste eine politische Kettenreaktion aus. Am 19. Juni erklärte Marschall Sokolowski, die Einführung der DM verletze die Potsdamer Beschlüsse: «Sie bedeutet die Vollendung der Spaltung Deutschlands.» Am gleichen Tage wurden die Strassenverbindungen nach Berlin gesperrt.

Ein paar Tage später, am 24. Juni, führte die Sowjetische Militäradministration für ihre Zone und für Berlin eine eigene Währung ein. Die drei westlichen Stadtkommandanten erklärten diesen Befehl in den von ihnen verwalteten Sektoren für ungültig. Darauf wurden auch die Eisenbahnverbindungen nach Berlin unterbrochen.

Auf einer grossen Kundgebung appellierte Ernst Reuter an die Berliner, vor der Gewalt nicht zurückzuweichen. Es gehe nicht um

einen finanztechnischen Konflikt, sondern um eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen konträren politischen und wirtschaftlichen Systemen.

Zur Versorgung der Stadt wurden alle verfügbaren amerikanischen Transportflugzeuge zusammengezogen. Der Militärgouverneur Lucius D. Clay erklärte, nur durch einen Krieg könnten die Sowjets die Amerikaner aus Berlin vertreiben. Dankbar empfand General Clay den «erstaunlich mutigen» Widerstand der Berliner Bevölkerung: «Wir dürfen sie nicht enttäuschen.» Auch die britische Regierung bekräftigte ihre Entschlossenheit, in der Stadt zu bleiben. Im Unterhaus rühmte Aussenminister Bevin die tapferen Berliner Demokraten, die sich dem sowjetischen Druck nicht beugten.

Wie im Kriege arbeiteten die Luftwaffenstäbe der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens zusammen, um in einer grossen Luftbrücke die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Transportflugzeuge der modernsten Typen Skymaster C 54 und B 29 wurden nach Europa verlegt. Jetzt kam auch ein guter alter Bekannter zurück nach Deutschland, Colonel Hubert Zemke. Bei Zwischenfällen in den Luftkorridoren sollte er mit seiner Fighter Group Begleitschutz geben. Im Kasino von Fürstenfeldbruck erzählte er den Greenhorns von seinen Erlebnissen mit den Russen. Alles glauben durfte man ihm freilich nicht.

Anfang Mai 1945 waren die kriegsgefangenen britischen und amerikanischen Offiziere im Stalag Luft I in Vorpommern von den Soldaten der zweiten weissrussischen Front befreit worden. Obwohl die Briten in nur einhundert Kilometer Entfernung bei Wismar standen, wollten die Sowjets die Offiziere über Odessa und die Krim repatriieren. Zemke schlug sich ins britische Hauptquartier durch, wo gerade eine Siegesfeier mit hohen sowjetischen Offizieren stattfand. Montgomery reagierte mit einem Wutanfall, als er den Bericht hörte. Dem sowjetischen Marschall Konjew sagte er: «Wenn unsere Leute nicht innerhalb von zwei Tagen hier sind, komme ich selbst mit meinen Panzern.» Daraufhin wurde Zemke autorisiert, eine Luftbrücke

zu organisieren. Die Amerikaner wurden nach Le Havre ausgeflogen, von wo sie mit dem Schiff in die Heimat zurückkehrten. Als Zemke ins Hauptquartier nach Paris kam, sprach ihm General Carl A. Spaatz persönlich seine Anerkennung aus.

Nicht so glücklich war es mit der Evakuierung der Zeiss- und Schott-Spezialisten gelaufen. Im Interalliierten Kontrollrat hatten die Sowjets Protest eingelegt. Bei der Überprüfung der Vorgänge bemerkten die Amerikaner, dass Zemke gar nicht autorisiert war, mit dem Hauptquartier in Paris zu verhandeln. Er erhielt einen Tadel mit Eintrag in die Personalpapiere und musste innerhalb von 48 Stunden in die USA zurückkehren. «They kicked me out of Europe within two days», klagte Zemke.

Der General, der ihm in Frankfurt diesen Befehl übermittelte, meinte es gut mit Zemke. Er liess für ihn einen normalen Linienflug ab Paris-Orly buchen. Im Motorpool durfte sich der Colonel einen beschlagnahmten deutschen Wagen aussuchen. Er nahm einen hübschen BMW und fuhr nach Paris. Frankreich hatte er bisher immer nur aus der Luft gesehen. In der amerikanischen Botschaft gab er dem wachhabenden Marinesoldaten die Schlüssel: «Do you want a car?»

Nach Ausbruch des Kalten Krieges hatte das Pentagon sein Urteil revidiert. Für die glänzend gelungene Evakuierung war sogar einer der beteiligten Offiziere ausgezeichnet worden und zwar ausgerechnet George W. Goddard, der nie Pulverdampf gerochen hatte. Ausserdem hatte man diesen «blundering baffoon» auch noch zum Brigadegeneral befördert. Er, Zemke, war mit seinen zwanzig Abschüssen immer noch Colonel. Zwar hatte er die Russen gehörig geärgert, was jetzt alle gut fanden. Durch ihn waren aber auch die Bürokraten in der Administration in Schwierigkeiten gekommen, und das vergassen die Herren nicht.

Mit besonderer Freude hörte Sigmund Meyer, der damals in Jena zwischen Deutschen und Amerikanern gedolmetscht hatte, dass Hu-

bert Zemke wieder im Lande war und lud ihn nach Oberkochen ein: «Es wird Sie interessieren, dass von der früheren Geschäftsleitung in Jena Professor Bauersfeld, Herr Henrichs und Dr. Küppenbender hier in Oberkochen sind und die Firma leiten.»

Gegen diese wackeren Männer hegte Zemke keinen Groll. Im Gegenteil. Sie hatten die Zähne zusammengebissen und mit Haltung ihr Geschick auf sich genommen. Zemke wollte aber nicht an die Zeit in Jena erinnert werden. Der Tadel schmerzte. Erst in späterer Zeit hat er die Einladung der Geschäftsleitung nach Oberkochen angenommen.

Wie schon nach der Demontage kam nach der Enteignung ein Strom von Flüchtlingen nach Oberkochen. Die Firma war der Rettungsanker für die verzweifelten Menschen. «Das hat uns von morgens bis abends in Atem gehalten», erzählte Heinz Küppenbender später: «Ich weiss nicht, ob Sie sich vorstellen können, was es heisst, wenn Sie eine Fabrik für einige hundert Leute haben, und dann plötzlich dreimal so viele vor Ihrer Tür stehen.» Küppenbender beschaffte Feldbetten aus amerikanischen Heeresbeständen.

Schon bald nach diesen Ereignissen haben sich amerikanische Journalisten für das Schicksal der im Westen «auf der grünen Wiese» neu aufgebauten weltberühmten Firma interessiert. Im vielgelesenen *Reader's Digest* erschien ein Aufsatz mit dem Titel «A New Life for Zeiss» und einen Monat später in der deutschen Übersetzung in *Das Beste*:

Ich fragte Dr. Heinz Küppenbender, welche Maschinen sie zuerst angeschafft hätten. «Betten», sagte er ... Dieser geniale Erfinder und Direktor, der unter anderem die Contax-Kamera erfunden hat, musste auch für Verpflegung sorgen. Er erzählt, dass er einmal ein Dutzend Schweine auf dem Schwarzen Markt gekauft habe. Während im oberen Stockwerk ein Beethoven-Konzert erklang, wurden unten die Schweine geschlachtet.⁹

Der Justitiar Walter David hatte immer mit der Möglichkeit von «grundstürzenden Ereignissen» in Jena gerechnet. Nach der Enteignung löste er die seit Langem vorbereiteten Massnahmen aus. Am 30. Juli 1948 ging ein von allen Geschäftsleitern unterzeichneter Brief an Kultminister Thomas Bäuerle in Stuttgart. Es sei nunmehr unerlässlich, «der Carl-Zeiss-Stiftung im Westen einen neuen rechtlichen Mittelpunkt zu geben und sie von einer etwaigen Auflösung an ihrem bisherigen Sitz – Jena – unabhängig zu machen».

Um Ihren juristischen Sachbearbeitern die Arbeit zu erleichtern, gestatten wir uns, in der Anlage ein Exposé beizufügen, das unsere Anträge des näheren rechtlich begründet.¹⁰

Am 30. August 1948 kam Arno Barth mit Dienstwagen und Chauffeur nach Oberkochen. Der alte Sozialdemokrat war bis 1933 in Gera Beigeordneter und Bürgermeister gewesen. Die Nationalsozialisten verweigerten dem Juristen die Zulassung als Rechtsanwalt und brachten ihn im letzten Kriegsjahr in das Konzentrationslager Buchenwald. Nach der Befreiung wurde er als Landgerichtspräsident und Stiftungskommissar der Carl-Zeiss-Stiftung eingesetzt und schliesslich im August 1945 zum Präsidenten des thüringischen Oberlandesgerichtes in Gera ernannt. Als Barth um halb elf im Oberkochener Werk eintraf, war von der Geschäftsleitung nur Küppenbender anwesend. Weil er nicht allein mit Barth verhandeln wollte, gab er ihm einen Begleiter mit und schickte ihn durch's Werk. Er sollte mit eigenen Augen sehen, was sie hier geleistet hatten. 800 Mitarbeiter waren jetzt in Oberkochen tätig.

Um zwei Uhr begann die Besprechung. Barth gegenüber sassen Bauersfeld, Henrichs und Küppenbender als Geschäftsleiter von Zeiss-Opton sowie Erich Schott und Richard Hirsch von den Glaswerken. Auch David war zugegen.

Küppenbender regte an, zunächst die durch die Enteignung geschaffene Situation juristisch zu bewerten. Nach einigem Hin und Her ging Barth darauf ein und verwies auf den Beschluss der Deut-

schen Wirtschaftskommission vom 18. Juni: Daraus gehe bündig hervor, dass die Carl-Zeiss-Stiftung als Rechtsperson noch vorhanden sei. Sie könne also auch über ihre Organe die Westwerte der Stiftung weiter betreuen.

Das Wort für die Oberkochener führte David. Er war entschieden anderer Meinung. Die Enteignung und der Beschluss der Deutschen Wirtschaftskommission könnten als Akte östlicher Hoheitsstellen – wenn überhaupt – nur Wirkung innerhalb der Ostzone haben. Für den Westen seien diese Akte belanglos.

Dieser Auffassung widersprach Barth. Zwar seien die Volkseigenen Betriebe aus dem Eigentum der Stiftung ausgeschieden, sie könnten aber kraft des Beschlusses der Deutschen Wirtschaftskommission in einer Rechtsbeziehung zur Stiftung verbleiben. Die Argumente gingen hin und her. Barth bezeichnete die Rechtsauffassung der Oberkochener «als typisch formaljuristisch». Daraufhin wurde David scharf:

Abbe habe das Statut und seine einzelnen Vorschriften nicht geschaffen, damit sie eines Tages als formaljuristische Erzeugnisse beiseitegeschoben werden könnten. Der Stifter habe vielmehr durch seine Vorschriften dem menschlichen Willen, d.h. dem Willen der Stiftungsorgane, eine Schranke setzen wollen, die unbedingte Beachtung erheische. Es gehe im Grunde darum, ob Dr. Barth die statutarischen Richtlinien und Schranken anerkennen wolle oder nicht.¹¹

Vier Stunden dauerte die Aussprache. David legte Barth die Frage vor, an welchem Stichtage die Enteignung der beiden Stiftungsbetriebe in Kraft getreten sei. Barth meinte, dass man den Tag zugrunde legen müsse, der in der Enteignungsurkunde genannt sei. Also der 1. Juni 1948.

Ich [Barth] konnte erst im Laufe der Unterredung erkennen, worauf es den Herren im Westen bei der Festlegung dieses Stichtages ankommt... Solange die Stiftungsbetriebe nicht volkseigen gewor-

den waren, waren auch die Geschäftsleitungen statutengemäss im Amt. Dagegen sind nach Auffassung der Herren im Westen alle rechtlichen Verfügungen der Jenaer Geschäftsleitungen nach dem Stichtag der Enteignung ungültig, weil es von da ab keine Stiftungsbetriebe mehr gab und demnach auch keine Geschäftsleitungen der Stiftungsbetriebe.¹²

Wie die Oberkochener registrierten, zeigte Barth «eine gewisse Einsicht». Es sei von jeher sein Standpunkt gewesen, sagte er, dass gar nichts anderes übrig bleibe, «als mit der jeweiligen Besatzungsmacht loyal zusammenzuarbeiten». Andernfalls müsse man befürchten, mit den deutschen Interessen überhaupt ausgeschaltet zu werden.

Noch einmal kam es zu einer scharfen Kontroverse, als Barth sagte, die Oberkochener hätten sich Geld angeeignet, das rechtmässig den Volkseigenen Betrieben in Jena zustünde. Das liess sich Bauersfeld nicht bieten:

Er sei jetzt seit vierzig Jahren als Geschäftsleiter im Amt und könne eine derartige Sprechweise nicht entgegennehmen. Für die Stiftung zu arbeiten und sie zu erhalten sei das einzige Bestreben, das ihm mit 69 Jahren noch den Mut gebe, zu arbeiten.¹³

Fortan drückte sich Barth etwas behutsamer aus. Er sei mit den Oberkochener Herren einig, die Carl-Zeiss-Stiftung zu erhalten, «aber nur mit dem Sitz in Jena und nur so, wie es der Beschluss der Deutschen Wirtschaftskommission vorschreibt»:

Allen anderen Bestrebungen setzte ich ein kategorisches «Nein» entgegen und blieb auch allem Drängen gegenüber dabei. Daraufhin wurde die Atmosphäre immer kühler, – die Herren verstummten, und der Abschied war sehr kühl.¹⁴

In Jena berichtete Barth dem Hauptdirektor Schrade. Dieser erklärte, «dass die Herren im Westen in keiner Weise für die Volkseigenen Betriebe in Jena benötigt» würden. Bisher hatte ein gutes persönliches Einvernehmen zwischen den alten Geschäftsleitungsmitgliedern und ihren Nachfolgern in Jena bestanden. Jetzt entwickelten sich neue Loyalitäten.

Es ging um das sogenannte «Westvermögen» der Carl-Zeiss-Stiftung, das Barth auf 30 Millionen DM veranschlagte. Es lohne sich für die Herren im Westen, «ihren Schweiss daranzusetzen, dieses Vermögen unter ihre Verwaltung zu bekommen». Um den «Herren im Westen» den Zugriff abzuschneiden, solle ihnen ihre Vollmacht entzogen und ein anderer beauftragt werden. Dieser müsse «wirtschaftliche und juristische Qualität» besitzen und die Gewähr bieten, dass er die Interessen des Ostens vertrete. Bei diesem «Bevollmächtigten» dachte Barth an den Rektor der Universität Heidelberg und früheren hessischen Ministerpräsidenten Karl Geiler. Die Funktionäre in Ostberlin gingen jedoch auf seinen Vorschlag nicht ein.

Barth fiel in Ungnade, wahrscheinlich wegen zu grosser Selbständigkeit. Er wurde als Stiftungskommissar durch einen linientreuen Genossen ersetzt, den Physiker Professor Robert Rompe. Arno Barth starb am 9. November 1949 im Alter von 56 Jahren. Sein Nachfolger tat in Stiftungsangelegenheiten das, was man von ihm erwartete, nämlich nichts.

Erst zwei Jahre später erkannten die Funktionäre, dass sie einen Fehler begangen hatten. Es war klüger, die Tätigkeit der Carl-Zeiss-Stiftung – trotz der Verstaatlichung – möglichst unverändert fortzusetzen. Bei den auf die Dauer unvermeidlichen juristischen Auseinandersetzungen mit der westlichen Zeiss-Gruppe musste das ihre Rechtsposition stärken. Deshalb kam es zu einer Wiederbelebung der Stiftung. Kommissar wurde der Erfurter Landgerichtspräsident Theodor Kunz. Später glossierte David in Oberkochen die «Wiederaufwärmung der Leiche Carl-Zeiss-Stiftung Jena».

Die Oberkochener fühlten sich gerüstet. Am 23. Februar 1949 ge-

nehmigte der Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden die Verlegung des Rechtssitzes der Carl-Zeiss-Stiftung nach Heidenheim. Fünf Jahre später, am 22. Mai 1954, unmittelbar nach Beginn der Prozesse, wurde der Rechtssitz Jena aufgehoben. Die Jenenser erkannten die Sitzverlegung nicht an und sprachen von der «Pseudo-Stiftung» in Heidenheim.

KAPITEL 5

Zwei deutsche Staaten

Friedrich Schomerus hatte sich schon im Dritten Reich nicht gebeugt. Auch jetzt gab es für diesen charakterfesten Mann keine Kompromisse. Scharf wandte er sich gegen die Politik der Einheitspartei. Ohne Skrupel nehme die SED ehemalige Nationalsozialisten in ihren Reihen auf und bringe sie in einflussreiche Positionen. Den Mitgliedern der anderen Parteien dagegen würden „aus dem geringfügigsten Anlass Schwierigkeiten bereitet«.

Als Direktor des Volkseigenen Betriebes in Jena und Landtagsabgeordneter der Liberaldemokraten kämpfte Schomerus gegen den SED-Kurs seiner Partei. Auf der Landesvorstandssitzung in Weimar am 18. Januar 1949 sprach er für den Liberalismus, die Demokratie im westlichen Sinne und die Wiedervereinigung Deutschlands in einem geeinten Europa. Daraufhin wurde er in der gelenkten Presse scharf angegriffen:

Herr Schomerus will die ausbeuterische sogenannte formale „Demokratie« des Geldsacks, die Herrschaft der Junker und Trusts in den Westzonen für ganz Deutschland ... wiederhergestellt wissen. Unter diesen Voraussetzungen ist er mit einem einheitlichen Deutschland einverstanden, und als guter «Europäer» liebäugelt er selbstverständlich mit den «Segnungen» des Marschallplanes ... An dieser Einstellung liess er auch keinen Zweifel bei seinen Hymnen über die sogenannte «Freiheit» in den Westzonen.¹

«Ich habe auch sonst in einigen Dingen freimütige Ausführungen für nötig gehalten», berichtete Schomerus, «was aber bei der hier mass-

gebenden Macht übel aufgenommen und als amerikafreundlich ausgelegt wurde.» Eine Pressekampagne setzte ein. Es erhebe sich die Frage, polemisierte die *Abendpost*, ob ein solcher Mann noch als Mitglied des Landtages und als «Direktor eines grossen, dem Volke gehörenden Werkes tragbar ist». Die Werkszeitschrift *Der Scheinwerfer* übernahm den Aufsatz im Wortlaut und schlug mit satter Ironie vor, «dass Herr Dr. Schomerus, der die Forderungen der Zeit noch nicht begriffen hat, sich zur Ruhe setzt». Diesen Ton kannte er aus früheren Zeiten:

Der Wink war so deutlich, dass ich, um Schlimmeres zu verhüten, Mitte Februar meine Demission einreichte. So bin ich seit 1. April [1949] in den Ruhestand getreten und fühle mich sehr wohl, dass ich nun für das, was hier geschieht, keine Verantwortung trage?

Er dachte aber nicht daran, Jena zu verlassen: «Arbeit habe ich genug, zudem bin ich noch Stadtverordneter [und] im Vorstand der Volkshochschule.» Er blieb auch leitendes Vorstandsmitglied der Siedlungsgenossenschaft Carl Zeiss.

Nach wie vor stand er zu seiner Gesinnung. Als er erfuhr, dass seine «Geschichte des Jenaer Zeisswerkes 1846-1946» nicht bei Gustav Fischer in Jena erscheinen könne, weil das Papier für Lehrbücher vorbehalten bleiben müsse, wandte sich Schomerus an den Piscator-Verlag in Stuttgart. Dieser war von den Eigentümern des Gustav-Fischer-Verlages gegründet worden, um im Falle einer Ent-eignung Weiterarbeiten zu können. Die «Jahrhundertgeschichte» stellte, wie es Schomerus empfand, «gleichsam den Abschluss meiner Lebensarbeit für Zeiss» dar, – damit wollte er den vielen «Zeissianern im Osten und Westen, im In- und Ausland und auch der Wissenschaft einen Dienst leisten».

Diese Absicht erschreckte den Werksdirektor. Hugo Schrade trug die Angelegenheit seinem Minister vor. Fritz Selbmann bezeichnete es «direkt als einen Affront gegen die DDR», wenn die Jahrhundert-

geschichte des Jenaer Zeisswerkes im Westen gedruckt würde. Plötzlich war der Papiermangel kein Hinderungsgrund mehr. Das Buch erschien aber schliesslich doch im Piscator-Verlag in Stuttgart. 1954 folgte eine Neuauflage seiner Publikation über das «Werden und Wesen der Carl-Zeiss-Stiftung». Der Verlag war inzwischen zum renommierten Namen zurückgekehrt. Es gab also auch bei Gustav Fischer die deutsch-deutsche Dualität. Der Jenaer Verlag firmierte mit dem Zusatz «VEB».

Später erkundigte sich die Staatssicherheit, ob Dr. Schomerus überhaupt berechtigt gewesen sei, «seine Zeiss-Geschichte 1846-1946 bei dem Fischer-Verlag in Stuttgart in Druck zu geben». Die Auskunft des sachkundigen Historikers lautete, «dass Dr. Schomerus damit nicht rechtswidrig» gehandelt habe. Allerdings widerspreche das Buch «unseren sozialistischen Ansichten über den Charakter des Zeiss-Konzerns».

Die SED wollte Schomerus die Ehrenbürgerwürde der Stadt Jena aberkennen. Die Genossen schämten sich nicht, diesen aufrechten Demokraten, der gleich zu Beginn des Dritten Reiches seine Stellung als Personalchef im Zeisswerk verloren hatte, lügnerisch als «aktiven Verfechter der faschistischen Ideologie» zu diffamieren. Die Funktionäre nannten prinzipiell alles «faschistisch», was ihren Ansichten widersprach.

Damals zählte man 8'000 Menschen, etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Jenas, zur Intelligenz. In einer Studie der SED wird eingeräumt, dass in der materiellen und kulturellen Versorgung dieses Personenkreises erhebliche Defizite bestünden: «Unter den Bedingungen ist es selbstverständlich, dass gewisse Verärgerungen und Missstimmungen hervorgerufen werden, die dem Klassengegner die Möglichkeit geben, Schädlingarbeit zu leisten und hervorragende Wissenschaftler und Spezialisten nach dem Westen abzuwerben.»

So sah es die Einheitspartei. In Wirklichkeit waren es die Kommunisten selber, die die Menschen gegen ihren ursprünglichen Willen zum Verlassen ihrer Heimat nötigten.

Ein Beispiel ist der Physiker Dr. Hans Lehmann. Ihm war der gesamte Interzonenhandel des Volkseigenen Betriebes anvertraut. Er sorgte einerseits für die Beschaffung der im Jenaer Werk benötigten Rohstoffe und Ausrüstungen, andererseits für die Belieferung der alten Zeiss-Kunden in den Westzonen mit Jenaer Erzeugnissen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Photoobjektive, Brillengläser und Schott-Glas.

Lehmann fuhr fast jeden Monat einmal mit seinem Auto in den Westen. Wenn es sich einrichten liess, besuchte er Henrichs und Küppenbender in Oberkochen, um den persönlichen Kontakt zwischen der Geschäftsleitung in Jena und der in Oberkochen aufrechtzuerhalten.

Obwohl er im Auftrag des Volkseigenen Betriebes unterwegs war und alle erforderlichen Papiere besass, gab es an der Zonengrenze jedesmal umständliche Kontrollen. Die sowjetischen Wachposten waren angewiesen, den Grenzgängern zu misstrauen, und das führte zu langen Verhören und Durchsuchungen. Einmal wurden Lehmann und sein Fahrer bei Sonneberg verhaftet und erst einen Tag später wieder freigelassen. Die Gründe für die Festnahme erfuhr er nicht.

Auch vom sowjetischen Geheimdienst, der gefürchteten NKWD, wurde Lehmann durchleuchtet. Für den 4. Januar 1949 erhielt er eine Vorladung in die Dienststelle Saalbahnhofstrasse 17. Dort wurde er von einem sowjetischen Hauptmann in Zivil einem zweistündigen Verhör unterzogen. Der «kleine Kapitän», wie man ihn in Jena nannte, erklärte, es handle sich um eine «freundschaftliche Besprechung». Dann fragte er Dr. Lehmann nach seinem Lebenslauf, den Namen seiner Freunde und Bekannten und ihren Adressen.

Danach sollte ich die Verhältnisse in den Westzonen schildern. Bei den ersten Worten wurde ich jedoch sofort unterbrochen mit der Aufforderung, diese Dienstreisen auszunutzen, um in Hannover und auch anderweitig Verbindungen der Schumacher-SPD und des Ostbüros zu Bewohnern der Ostzone und insbesondere

auch zu Zeiss-Angehörigen festzustellen und der SM A (bzw. der NKWD) darüber zu berichtend

Für solche Aufgaben besitze er nicht die nötige Vorbildung, hielt Lehmann dem Hauptmann entgegen. Das wurde nicht anerkannt. Er sei verpflichtet, «am Wiederaufbau der Ostzone mitzuarbeiten, dazu gehöre auch die Aufdeckung von westlichen politischen Verbindungen, die den demokratischen Aufbau der Ostzone hemmten»:

Nach längerem hin und her, währenddessen mir gedroht wurde, dass es mir bei Weigerung schlecht ginge, diktierte mir der Kapitän eine Erklärung, in der ich mich zur Geheimhaltung der Unterredung (auch Russen gegenüber) und zur politischen Mitarbeit bei der SMA verpflichten sollte. Beim Passus über die Mitarbeit weigerte ich mich trotz neuer Drohungen weiterzuschreiben, so dass dieser Teil tatsächlich ausgelassen wurde.⁴

Da er keine freiwillige Verpflichtungserklärung erhalten konnte, erteilte der Geheimdienstoffizier schliesslich den Befehl, «wieder unter Hinweis auf die Folgen bei Weigerung», den Auftrag auszuführen. Nach der Rückkehr von der bevorstehenden Westreise sollte er dann am 1. Februar 1949 erstmalig der NKWD berichten. Hans Lehmann blieb im Westen. In einem Brief aus Frankfurt am Main informierte er die Zeiss-Geschäftsleitung in Jena über die an ihn gestellten Zumutungen.

Leiter des Westzonenbüros wurde an Lehmanns Stelle dessen Schwager Otto Birkenbeil. Noch im Februar erhielt dieser von der Sowjetischen Militäradministration den Auftrag, Lehmann nach Jena zurückzuholen. General Kolesnitschenko wollte persönlich garantieren, dass Lehmann nichts geschehen werde. Daraufhin fuhr Birkenbeil nach Göttingen. Lehmanns Freund Hanns Maaz war der Betriebsleiter des zu Carl Zeiss gehörenden Winkelwerkes, und bei ihm

traf Birkenbeil seinen Schwager. Dr. Lehmann aber lehnte die Einladung, nach Jena zurückzukommen, dankend ab.

Zu denen, die Jena damals verliessen, gehörte der Student Horst Skoludek. Er wurde später Mitglied und Sprecher des Vorstandes in Oberkochen. Seine Bindungen an die Saalestadt und die Friedrich-Schiller-Universität spielten nach der Wende eine Rolle, als er sich für die Zusammenführung der Zeiss-Betriebe in Ost und West engagierte.

Skoludek war mit 16 Jahren zur Luftwaffe eingezogen worden. Nach der missglückten Ardennenoffensive geriet er im Januar 1945 mit seinem Fallschirmjägerregiment in britische Kriegsgefangenschaft. In England lernte er die Sprache, was sich als ein wesentlicher Faktor für seinen späteren Lebensweg erwies. In den sechziger Jahren baute er in New York für Carl Zeiss die amerikanische Verkaufsorganisation auf.

Den Prisoner of War hat die politische Reife der Engländer tief beeindruckt. Die britischen Wähler entschieden sich 1945 für Clement Attlee und seine Labour Party. «Dabei empfanden die Briten Hochachtung für Winston Churchill», sagt Skoludek. «Er hatte ihr Land in verzweifelter Lage gegen das Dritte Reich behauptet. Aber nun war Frieden, und Attlee sollte eine gerechtere Gesellschaftsordnung aufbauen.» Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 hat Churchill sein Land nur in der ersten Woche vertreten. Dann kam Attlee. «Nie hätte sich Churchill damit einverstanden erklärt, die polnische Westgrenze bis zur westlichen Neisse vorzuschieben.» Dort lag, auf der östlichen Seite des Flusses, die kleine Stadt Penzig, der Geburtsort Skoludeks.

Inzwischen waren Skoludeks Eltern als Vertriebene nach Altenburg in Thüringen gekommen. Dorthin wurde er kurz vor Weihnachten 1946 entlassen. Ein ganzes Jahr hat er dann als Laborant in einer Zuckerfabrik in Rositz gearbeitet und nebenbei Kurse zur Abiturvorbereitung besucht. Für die Kriegsheimkehrer wurde die Reifepprüfung in den Räumen der Universität Jena abgehalten. «Wo haben Sie Ihre hervorragende englische Aussprache her?», fragte ihn der Prü-

fer. Skoludek musste aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 einige Sätze vorlesen, übersetzen und interpretieren.

We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.⁵

«Schon ein Jahr später wäre dies nicht mehr möglich gewesen», sagt Skoludek. «Von den Menschenrechten durfte man nicht mehr sprechen. Und die Vereinigten Staaten galten als Hort des Imperialismus und Monopolkapitalismus.» Er wollte Chemiker werden. Im Sommersemester 1948 hat er aber erst einmal an der Universität Jena allgemeinbildende Vorlesungen gehört wie die von Eberhard Buchwald über «Fachphysik und Goethe», von Richard Lange über «Strafrecht» und von Rudolf Lemke über «Gerichtliche Psychiatrie».

Die Verwicklungen begannen mit den Veranstaltungen des Philosophen Hans Leisegang über «Logik und Methodenlehre der Natur- und der Geisteswissenschaften». Die Studenten waren beeindruckt von diesem Professor, der sich gegen die ideologische Verengung der Philosophie zur Wehr setzte und in aller Offenheit mahnte, die Universität nicht zu einer Parteihochschule verkommen zu lassen. Noch heute spricht Skoludek mit dem höchsten Respekt von dem kleinen, schwächlichen Mann mit den lebhaften Augen und seinen mit Ironie gewürzten Vorlesungen.

Dem Regime stand dieser «bürgerliche Philosoph» im Wege. Die Zentralverwaltung für Volksbildung in Ostberlin bat die Sowjetische Militäradministration um ideologische Hilfe. Die SMA schickte einige Kader, darunter einen Kulturoffizier, einen geschulten Dozenten der Parteihochschule in Saratow, der in der Aula der Universität öffentliche Vorträge über den dialektischen Materialismus hielt. Gleichzeitig begannen Angriffe der SED-Presse gegen Leisegang, diesen «Wissenschaftler im Rücken des Fortschritts».

Die kommunistischen Studenten aus der «Arbeiter- und Bauernfakultät» riefen am 26. Mai 1948 zu einer Vollversammlung auf. Mit beckmesserischer Kleinkariertheit hatten sie aus den Vorlesungen und Seminaren alle gegen die Ideologie und die Partei gerichteten Äusserungen des Philosophen zusammengetragen. Leisegang sollte zum Verzicht auf sein Lehramt genötigt werden. Der Professor aber trat furchtlos vor die Studenten: «Warum will man mich stürzen? Weil man in mir den politischen Gegner sieht.» Das aber sei ein Irrtum:

Ich bin nicht der Gegner irgendeiner Partei, sondern ich vertrete allen Parteien und aller Politik gegenüber den Standpunkt der Wissenschaft, der Ethik und des Geisteslebens überhaupt. Es handelt sich hier um die grundsätzliche Frage: Hat die Wissenschaft der Politik zu dienen und sich ihr zu unterwerfen, oder soll die Politik sich nach der Wissenschaft, nach der Ethik, nach dem Geiste richten?⁶

Das imponierte den Studenten. Sie wussten, dass Leisegang im Dritten Reich als Regimegegner eingesperrt war und 1937 seine Professur verloren hatte. Bei der Abstimmung sprachen sich 1'097 Kommilitoninnen und Kommilitonen für Leisegang aus. Das war die überwältigende Mehrheit. 282 votierten gegen ihn, 113 enthielten sich. «Natürlich habe ich für Leisegang gestimmt», sagt Skoludek. «Wie haben wir uns gefreut, dass die Kommunisten mit Pauken und Trompeten durchfielen.» Er erinnert sich an die Tumulte im Volkshaus und an die Wahl, die in Form eines parlamentarischen Hamelsprungs durchgeführt wurde. Es war sein 21. Geburtstag.

Nun griff das thüringische Volksbildungsministerium ein. Frau Marie Torhorst entzog Leisegang die Prüfungsberechtigung für das höhere Lehramt. Noch aber war die Universität nicht gleichgeschaltet. Die philosophische und die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät protestierten bei der Regierung in Weimar. Sie wollten

solange keine Staatsprüfungen mehr abnehmen, bis ihr Kollege als Prüfer wieder zugelassen wäre. Daraufhin wurde Hans Leisegang von der Ministerin vorgeladen. Sie sei bei der gespannten politischen Lage nicht imstande, ihn als Prüfer wieder zuzulassen, da sich die nicht «fortschrittlich» gesinnten Studenten demonstrativ zu seinen Vorlesungen drängten und gerade sie seinem Einfluss entzogen werden müssten. Er solle freiwillig auf seine Prüfungsberechtigung verzichten. Dann könne er weiterhin seine Vorlesungen halten. Er lehnte ab.

Auch der neue Rektor, der Physiker Friedrich Hund, wollte nicht parieren. Die Entscheidung über die Zulassung der Studenten lag traditionell bei der Universität. Das Volksbildungsministerium setzte jedoch eine eigene «Zulassungskommission» ein, die über den Kopf der Universität hinweg in grosser Zahl Studenten ohne Abitur immatrikulierte. Ihre Qualifikation bestand darin, dass sie der SED angehörten und ihre Eltern Arbeiter und Bauern waren. Friedrich Hund erhob Einspruch.

Daraufhin entschloss sich die Volksbildungsministerin zu hartem Durchgreifen. Sie ordnete für den 29. Oktober 1948 eine Sitzung des Grossen Senates an und erschien dort in Begleitung des Ministerpräsidenten Werner Eggerath. Um den Rektor zu Fall zu bringen, benutzte Marie Torhorst die angebliche Brückierung eines sowjetischen Gelehrten durch die Universität:

Am 25. Oktober 1948 hielt einer der prominentesten Vertreter der sowjetischen Wissenschaft, der Dekan der Philologischen Fakultät der Universität Moskau, der Germanist Professor Tschemodenoff, eine Vorlesung an der Universität Jena. Von dieser wissenschaftlich und politisch hochbedeutenden Veranstaltung hat die Leitung der Universität Jena keinerlei Notiz genommen, obwohl der Rektor rechtzeitig benachrichtigt worden ist. In der richtigen Erkenntnis von dem schweren Versäumnis hat der Rektor, Herr Professor Dr. Hund, im Interesse des wissenschaftlichen und politischen An-

sehens der Universität Jena dem Minister für Volksbildung gegenüber seinen Rücktritt erklärt, der vom Ministerium angenommen und bestätigt wurde.⁷

«Ein fadenscheiniger Vorwand», kommentierten Kenner nach der Wende: Wegen der kurzen Fristen hatte das Rektoramt gar nicht die Gelegenheit, den Vortrag anzukündigen. In dieser Senatssitzung am 29. Oktober 1948 erledigte die Ministerin auch noch den Fall Leisegang. Sie erklärte vor dem Grossen Senat:

In einer mit Herrn Professor Leisegang am 27.10.1948 geführten Unterredung über seine Nichtzulassung zur Prüfungskommission für die Lehrer der demokratischen Schule hat Herr Professor Leisegang seinen Standpunkt in einer so unqualifizierten Weise vertreten und dabei seine feindliche Haltung gegenüber unserer neuen Demokratie so unverhohlen und schroff zum Ausdruck gebracht, dass seine sofortige Entlassung angeordnet werden musste.⁸

Nach den gesetzlichen Bestimmungen war bei Entlassungen die Zustimmung des Betriebsrates erforderlich. Leisegang legte bei den «Kollegen» Einspruch ein. Die fristlose Entlassung sei ausgesprochen worden, «ohne dass ich ein Dienstvergehen oder sonst etwas begangen hätte, was zu einer solchen Massnahme berechtigt». Der Presse konnte Leisegang entnehmen, dass die Gewerkschaftsmitglieder dem Rektor und ihm «keine Träne nachweinten».

Der Sturz des «Reiters» Professor Leisegang von seinem Pferde ist nicht bedauerlich. Es scheidet aus der Universität einer, der sich mit der neuen Zeit und ihren hohen Aufgaben nicht zurecht fand.⁹

Leisegang ging nach Westberlin und setzte seine Lehrtätigkeit an der Freien Universität fort. Unter den Studenten in Jena gab es hitzige

Diskussionen über den Fall. Noch hatten sie nicht gelernt, sich erst vorsichtig umzublicken, ehe sie ein Wort riskierten. Ihre Gespräche in der Mensa wurden von Spitzeln weitergetragen. Als Skoludek Mitte Dezember spät in seine Bude kam, sagte ihm die Wirtin, dass zwei Männer in Ledermänteln nach ihm gefragt hätten.

Erst vor Kurzem war sein Vater von Beamten des «Kommissariats 5» verhaftet worden. Dieses neue «Organ» arbeitete eng mit der NKWD zusammen und sollte den «Freunden» bei ihren Ermittlungen helfen. Aus «K 5» entwickelte sich später der Staatssicherheitsdienst. Rasch packte Skoludek ein paar Sachen zusammen und verschwand.

Zwei Monate lebte er bei Kommilitonen. Am 10. Februar 1949 ging bei seiner Mutter in Altenburg ein Schreiben des städtischen «Amtes für Arbeit und Sozialfürsorge» ein. Horst Skoludek wurde angewiesen, sich am 15. Februar bei der Dienststelle der Sowjet-Besatzungsmacht «Wismut AG Aue» zur Arbeitsaufnahme zu melden: «Arbeitnehmer, die der Anmeldepflicht ... nicht nachkommen, werden zur Verantwortung gezogen.»

Die Bezeichnung «Wismut AG» diente der Tarnung. Die Sowjetische Aktiengesellschaft war in Wirklichkeit ein Staatsbetrieb, der dem berüchtigten Geheimdienstchef Berija unterstand. Abgebaut wurde nicht Wismut, sondern Pechblende, ein Oxyd des Urans. Die Sowjetunion erhob den Anspruch, als Grossmacht den Vereinigten Staaten ebenbürtig zu sein, und setzte alles daran, das Atombombenmonopol der USA zu brechen.

Zum Bau der neuen Waffe brauchte man Uran, und das gab es im Erzgebirge. Die sowjetische Wismut AG errichtete um Schneeberg, Aue und Johannegeorgenstadt ein riesiges Sperrgebiet von über 3'000 Quadratkilometern. Wachtürme und Stacheldraht umgaben die Schachtanlagen. Schlagbäume und Wachposten riegelten die Strassen zum «Wismut-Staatswesen» ab:

Die Bergarbeiter mussten wie Gefangene ihre Personalausweise bei der Wismut abgeben und erhielten dafür einen russischen Wismut-Ausweis, in dem lediglich ihr Name in lateinischen Buchstaben geschrieben war. Patrouillen, Hausdurchsuchungen, Razzien und Festnahmen waren an der Tagesordnung.¹⁰

Fast 100'000 Menschen arbeiteten im Uranbergbau, davon etwa 9'000 Sowjetbürger. Für die Ledigen gab es meist nur Massenunterkünfte, und die sanitären Verhältnisse spotteten jeder Beschreibung. Der Abbau des Erzes erfolgte noch auf trockenem Wege. Die schnell laufenden und aus der Sowjetunion stammenden Pressluftschlämmer erzeugten Unmengen von Staub. Die Absaugvorrichtungen waren unzureichend. «Wir kamen raus wie'n Mehlsack», berichtete ein Kumpel. «Was die Lunge zerfrisst, das ist der feine Staub, der Quarzstaub, den sieht man gar nicht. Mit dem Radon, das wurde uns gar nicht gesagt, dass das irgendwie gefährlich sein könnte.»

Das radioaktive Gas entsteht als Zerfallsprodukt des Urans. Es gab keine Bewetterung, und das Radon sammelte sich in gefährlichen Konzentrationen in den Schächten der Bergwerke. Es verursacht Lungenkrebs, der schon vor Jahrhunderten als «Schneeberger Bergmannskrankheit» in die medizinische Literatur eingegangen ist.

Ende des Jahres 1948 war ein schonungsloser Bericht über den Uranbergbau in der *New York Times* erschienen, der auf den Aussagen eines geflohenen deutschen Arbeiters beruhte: «Russia Uses 30'000 Women at Slave Labor in Uranium Mines, Escaped German Says.» Diesen Aufsatz aber kannte man nicht in der «Zone». Allerdings gingen Gerüchte um, die nichts Gutes verhießen. Die Arbeiter in Schneeberg und Aue, hörte man, «lebten wie im KZ». Nach seinen bisherigen Erfahrungen war Skoludek geneigt, diese in den Einzelheiten vielleicht übertriebenen Gerüchte für im Kern zutreffend zu halten.

Am 19. Februar 1949 ging er über die Grenze. Sein Begleiter war ein Schäferhund, den er im Auftrage eines enteigneten Fabrikanten in den Westen bringen sollte. Im Zug nach Bamberg wurde er von der bayerischen Grenzpolizei festgenommen und den Amerikanern übergeben. In Nürnberg sass er zwei Wochen mit dem Hund in der Zelle. Für das Tier muss diese Nähe ein Glückserlebnis gewesen sein. Es verhielt sich ihm gegenüber lammfromm, wurde aber gegen die Bewacher von Tag zu Tag schärfer. Das gefiel den Amerikanern, und sie wollten ihm den Hund unbedingt abkaufen. «Da habe ich viel über Verkaufspsychologie gelernt», sagt Skoludek.

Die 300 Mark, die ihm der Fabrikant gab, waren sein Startkapital im Westen. Er ging nach Frankfurt, um sein Studium fortzusetzen. Stipendien gab es noch nicht. Skoludek meldete sich beim Studentenschnelldienst und hat die üblichen Arbeiten erledigt. Einmal musste er bei einem Empfang, den die Italiener anlässlich der Frühjahrmesse für den Frankfurter Länderrat gaben, in einem geliehenen und viel zu kleinen Smoking die Gäste beim Entrée begrüßen.

Der Länderrat war eine Art zweite Kammer der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung. Nach dem Scheitern der Londoner Aussenministerkonferenz hatten sich Amerikaner und Briten entschlossen, die Wirtschaftsverwaltung der Bizone stärker mit Regierungsfunktionen auszustatten. Skoludek lernte bei diesem Empfang Hans Schlange-Schöninggen kennen, den Direktor des Zentralamtes für Landwirtschaft und Ernährung.

Eine ähnliche Wirtschaftsverwaltung wurde damals auch in Ostberlin aufgebaut. Die 1947 gegründete «Deutsche Wirtschaftskommission» erhielt Mitte 1948 nahezu diktatorische Vollmachten. Für die Sowjetische Militäradministration erklärte Oberst Tulpanow: «Faktisch ist eine Aufteilung Deutschlands in zwei Teile, welche sich nach verschiedenen Gesetzen entwickeln, zustande gekommen.»

Ein Reporter der *Süddeutschen Zeitung* besuchte für zwei Wochen das «Land zwischen Elbe und Oder», wo er eine Meinungsforschung im mikroskopischen Massstab betrieb. Er fragte 31 Leipziger, was

sie wählen würden, wenn es zu einer freien, gesamtdeutschen Wahl käme. Das Ergebnis: 19 SPD, 9 CDU, 2 FDP und 1 SED. Wahrscheinlich ist diese Stichprobe für die SED zu ungünstig ausgefallen. Kenner sagen allerdings, dass die SED auch in ihren besten Zeiten nie mehr als 30 Prozent Anhänger hatte.

In Jena schrieben die Schüler der 7. Klasse der Oberschule ihren Hausaufsatz zum Thema «Wahlen zum III. Deutschen Volkskongress». Die nach einer Einheitsliste «gewählten» zweitausend Abgeordneten verabschiedeten die Verfassung für eine «Deutsche Demokratische Republik». Der Vorsitzende der Ostzonen-LDP, Hermann Kastner, erklärte, man denke gar nicht daran, einen Oststaat mit einer separaten Regierung zu errichten. Die Verfassung sei nichts als ein Entwurf, der als Beitrag zu den Bestrebungen um ein einiges Deutschland gewertet werden müsse.

Joist Grolle, ein Enkel von Friedrich Schomerus, verglich in seinem Aufsatz die Zustände mit dem 17. Jahrhundert, als die Untertanen ihre Religion nicht selbst bestimmen konnten, sondern sich nach dem Bekenntnis ihres Fürsten richten mussten. Ein Jahr später hätte das als «Boykotthetze» unweigerlich zur Demission geführt.

Trotz der immer stärker hervortretenden politischen Differenzen und trotz der Enteignung in Jena betrachteten sich die Zeissianer in Ost und West immer noch als eine Einheit. Abgesehen von dem persönlichen gegenseitigen Vertrauen gebe es, sagte Victor Sandmann, ein «unsichtbares Band» zwischen Jena und Oberkochen. Das sei der Stiftungsgedanke. Seine Solidarität mit den Zeissianern im Westen bewies Sandmann im Juni 1949, als sich eine ganz unerwartete Chance eröffnete. Die Optischen Werke C.A. Steinheil Söhne GmbH wandten sich an Carl Zeiss in Oberkochen. Sei die Geschäftsleitung an einer Übernahme (oder wenigstens einer Beteiligung) interessiert?

Henrichs und Küppenbender kannten das Werk im Stadtteil Sendling an der südlichen Peripherie Münchens. Sie hatten es Ende Mai

1945 von Jena aus in Begleitung des amerikanischen Luftwaffenobersten George W. Goddard besichtigt, als es um die 3'400 Luftbildobjektive ging. Das renommierte Unternehmen C.A. Steinheil hatte im Kriege seine Produktion stark ausgeweitet und die Belegschaft auf über 4'000 erhöht. Nach dem Kriege schlugen Mitarbeiter vor, sich mit der Entwicklung und Fertigung lichtelektrischer Steuergeräte zu befassen. Von der Geschäftsleitung wurde die Anregung nicht aufgegriffen, und die Ingenieure gaben es schliesslich auf, «die Banausen von ihren Zukunftschancen zu überzeugen».

Das Interesse von Zeiss weckte bei der Steinheil-Belegschaft neue Hoffnung. Auch bei Zeiss reagierten die wissenschaftlichen Mitarbeiter überaus positiv. Sie hofften, dass ihre Firma «bei dieser Gelegenheit vom Dorf Oberkochen, entfernt von Hochschulen, in einem toten Winkel der Schwäbischen Alb gelegen, nach München mit all seinen vielseitigen Möglichkeiten verlegt werden könnte».

Fritz Gössler, Adolf Hofern und Walter Traut erhielten den Auftrag, sich an Ort und Stelle Aufschluss zu verschaffen. Für die Gespräche war Vertraulichkeit vereinbart. Aber noch bevor die Kommission am 21. Juni 1949 im Hotel Germania in München eintraf, hatte der *Bayerische Rundfunk* die Aktion publik gemacht. Die drei Herren wurden vom Management der Firma Steinheil zum Frühstück gebeten. Zum ersten Mal seit Kriegsende ass Hofern wieder frische Brötchen und verschlang sie «restlos und mit Heiss hunger».

Am Abend des folgenden Tages besprachen die drei Zeissianer in den gemütlichen Torggelstuben die Untersuchungs- und Verhandlungsergebnisse. Dazu war Victor Sandmann aus Jena gekommen. Das erschien Hofern später als eine ganz erstaunliche Tatsache. Wo es möglich war, verständigten sich Oberkochen und Jena. Das Gespräch kam auch auf die Demontage in Jena. Sandmann zollte Hofern Anerkennung und bescheinigte ihm «selbstlosen Einsatz».

In ihrem Gutachten über die Firma Steinheil bestätigten die Zeissianer Vermögenswerte von etwa sechs bis sieben Millionen. Die

Halb- und Fertigfabrikate bewerteten sie «praktisch mit Null», da sie ihren Qualitätsanforderungen nicht genügten. Kuppenbender und Henrichs lehnten es schliesslich ab, Steinheil zu übernehmen. Allenfalls käme ein Erwerb in Frage, «nachdem der Betrieb stillgelegt und alle Angestellten und Arbeiter entlassen wären». Auf diese Bedingung konnte Steinheil nicht eingehen. Auch bei dieser Firma bildete, wie bei Carl Zeiss, die erstklassige Mannschaft den eigentlichen Wert des Unternehmens. Wenige Tage später wurde das Vergleichsverfahren eröffnet.

Die Geschäftsleitung hatte gute Gründe für ihre Ablehnung. Zum ersten fehlte das Geld. Die bei der Industrie in Auftrag gegebenen Schleif- und Poliermaschinen trafen nun laufend in Oberkochen ein und mussten bezahlt werden. Zum zweiten herrschte in München, wie in allen Grossstädten, katastrophale Wohnungsnot. Wo hätte man die Mitarbeiter unterbringen sollen? Zum dritten besass Zeiss gar nicht genügend marktfähige Produkte, um die Fertigung gross anlaufen zu lassen und die vielen neuen Mitarbeiter zu beschäftigen.

Wahrscheinlich war die Ablehnung aber doch ein Fehler. Gewiss hat sich Carl Zeiss in Oberkochen günstig entwickelt; die Atmosphäre in München, der «heimlichen Hauptstadt», wie man bald sagte, wäre aber für die Weltfirma geradezu optimal gewesen. Nach einem Wort Heisenbergs entsteht Wissenschaft im Gespräch. In München wären die Zeissianer einbezogen worden in den Gedankenaustausch mit den Hochschulen, den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und den grossen Firmen wie Siemens und BMW. Uns will scheinen, als habe Carl Zeiss damals eine nicht wiederkehrende Gelegenheit versäumt. Gewiss war das Risiko gross. Aber Zeiss besass gute Freunde: Ludwig Erhard und Hermann J. Abs. Noch als Wirtschaftsminister in München hatte sich Erhard um die Ansiedlung der Firma in Bayern bemüht. Abs war der einflussreichste Bankier in Westdeutschland und später, als es wieder eine Deutsche

Bank gab, deren Vorstandsvorsitzender. Zwischen ihm und Heinz Kuppenbender bestand ein enges Vertrauensverhältnis.

Auch die 41 Glasmacher mussten einen neuen Standort finden. Nach Kriegsende hatten Schottianer und Zeissianer die schlimmen Monate gemeinsam in Heidenheim und auf den Dörfern um Heidenheim verbracht. Die Jenaer Glaswerke Schott & Genossen besaßen in der amerikanischen Zone drei kleine Verlagerungsbetriebe, die nun wieder in Betrieb genommen wurden, die aber als Hauptsitz nicht geeignet waren. Etwa um die Zeit, als die Zeissianer das Steinheil-Projekt und damit jeden weiteren Gedanken an einen Umzug aufgaben, entschlossen sich Erich Schott und seine Mitarbeiter, das Glaswerk in dem zentral und verkehrsgünstig gelegenen Mainz wieder aufzubauen. Sie fanden ein nicht weit vom Rhein entferntes geeignetes Gelände. Die räumliche Trennung der in Jena benachbarten Stiftungsbetriebe war bedauerlich und brachte Nachteile, musste aber als Konsequenz der Kriegs- und Nachkriegsereignisse hingenommen werden.

1949 war ein Goethe-Jahr. Im Sommer kam Thomas Mann, zum ersten Male seit 1933, wieder nach Deutschland. Trotz seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft sei er, erklärte er am 24. Juli bei seiner Ankunft in Frankfurt, «immer ein deutscher Schriftsteller geblieben, der in dem Boden der deutschen Kultur und Geschichte wurzelt». Er hoffe, dass Deutschland in absehbarer Zeit wieder die ihm zukommende Rolle spielen werde. In der Paulskirche nahm er den hochangesehenen Goethe-Preis der Stadt entgegen. Dieser Preis gebühre ihm im Jahre des 200. Geburtstages des Altmeisters aus drei Gründen, las man im Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung*:

Weil er wie kein Zweiter unter den lebenden deutschen Autoren ein an Motiven und Gestalten ebenso reiches wie folgenreiches Lebenswerk schuf; weil ein urtümliches und hintergründiges Deutschtum in jeder Faser seines Menschentums und seines Geis-

tes spürbar war und ist; und weil er das Ohr der Welt fand und in der Weltliteratur Einfluss und Ruhm gewann.¹¹

Danach besuchte Thomas Mann noch München, wo er fast vierzig Jahre gelebt hatte, und fuhr dann nach Weimar. Hier wiederholte er seine Frankfurter Rede, in der viel von Deutschland und den unheilvollen Jahren des Dritten Reiches die Rede war. «Ja, meine Zuhörer», rief er aus, «ich habe die ruchlosen Verderber Deutschlands und Europas gehasst, mit unbedingtem, mit tödlichem Hass», und erinnerte an seine Aufrufe über *BBC*:

Wer sie gehört hat oder wer sie gar im Zusammenhang gelesen hat, wie sie seit Längerem schon gedruckt vorliegen, der weiss, dass ich nicht, wie böse Unwissenheit mir vorwirft, aus sicherer Ferne mein Vaterland, Deutschland, damit beschimpft, verraten und verleugnet habe, sondern dass jeder Schimpf, jedes heisse Wort des Zornes und des Abscheus darin nur den machthabenden Verführern Deutschlands und ihren Untaten galt.¹²

Nach 16 Jahren wieder in Deutschland finde er «das Land zerrissen und aufgeteilt in Zonen der Siegermächte». Er aber kenne keine Zonen: «Mein Besuch gilt Deutschland selbst, Deutschland als Ganzem, und keinem Besatzungsgebiet.»

Wer sollte die Einheit Deutschlands gewährleisten und darstellen, wenn nicht ein unabhängiger Schriftsteller, dessen wahre Heimat ... die freie, von Besatzungen unbertührte deutsche Sprache ist?¹³

Trotz mancher Befürchtungen war die Aufnahme durch das Publikum in West und Ost überaus herzlich, und bei der Abreise aus Frankfurt riefen die Menschen «Auf Wiedersehen» und «Dableiben». In Weimar fühlten seine vielen Verehrer womöglich noch

grössere Dankbarkeit, dass er gekommen war. Begrüsst wurde er hier mit einer Ansprache von Marie Torhorst, der thüringischen Volksbildungsministerin, die sich ihm als «gewinnende Gestalt» einprägte, obwohl er sie nicht lächeln gesehen habe. Die Zeissianer kannten Frau Torhorst als Oberhaupt der Stiftungsverwaltung. Noch vor eineinhalb Jahren hatte sie versprochen, «die treffliche Carl-Zeiss-Stiftung zu hüten» und hatte doch nichts gegen die Enteignung getan.

An ihrer Seite, immer unter grossem Zulauf der Bevölkerung und organisiert jubelnder Jugend, besuchte ich die Goethe-Stätten, die ich so gern vor zwölf Jahren revidiert hätte, als ich «Lotte in Weimar» zu schreiben begann.¹⁴

Hermann Buchterkirchen, der Oberbürgermeister von Weimar, überreichte den Ehrenbürgerbrief und appellierte an den Dichter, das gemeinsame und unteilbare Vaterland niemals zu vergessen. Zur Auszeichnung durch die Kommune kam noch in Konkurrenz zu Frankfurt ein weiterer Goethe-Preis, der «Goethe-Nationalpreis 1949», dotiert mit 20'000 Ostmark. Der rein propagandistische Charakter des Preises enthüllte sich später dadurch, dass er nie wieder verliehen wurde.

In seinem «Reisebericht» hat Thomas Mann die Verhältnisse in Thüringen entschieden zu positiv dargestellt. Ein Beispiel sind seine Bemerkungen über das Regime, das, wie er meinte, «nicht ganz ein Ein-Partei-System» sei: «Es gibt einen oder den anderen Liberalen in der Regierung, ihrer mehrere in den Stadtverwaltungen.» Aber sie hatten, was Thomas Mann entging, keinerlei Einfluss. Die SED beherrschte das öffentliche Leben und die LPD war (wie die CDU) nur ein Feigenblatt. Besonders inadäquat empfanden die Kenner seine beschönigenden Bemerkungen über das Lager Buchenwald, wo schon wieder 12'000 Häftlinge einsassen. Der Politologe Eugen Kogon, der während des Dritten Reiches dort inhaftiert gewesen war, richtete deshalb einen kritischen «Offenen Brief» an den Dichter.

Anfang August 1949 war in Westdeutschland der Wahlkampf in vollem Gange. Mit Ausnahme der KPD lehnten alle Parteien den sowjetischen Totalitarismus scharf ab. Dagegen prallten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die Auffassungen hart aufeinander. Die Sozialdemokraten attackierten die von Ludwig Erhard betriebene «Soziale Marktwirtschaft». Erhard hatte erst vor Kurzem den Weg zur CDU gefunden und kandidierte im Wahlkreis Ulm-Heidenheim.

Am 12. August, zwei Tage vor der Wahl, sprach er im überfüllten Konzerthaus in Heidenheim. Seine «klare Sprache», die «wohl durchdachten Formulierungen» und «flüssige Redeweise» sicherten ihm aufmerksame Zuhörer und starken Beifall. Ein scharfer Pfiff von der Galerie zeigte, dass auch Andersdenkende im Saale waren.

Zu Tumulten, wie von den Veranstaltern befürchtet, kam es nicht, jedoch zu einem Wortgefecht zwischen Erhard und Martin. Nach dem Ende des Vortrages meldete sich in der Diskussion der 24-jährige Zeiss-Betriebsrat Heinz Martin. Er versuchte die Behauptung Erhards zu widerlegen, «dass Planwirtschaft früher oder später in Zwangswirtschaft enden müsse».

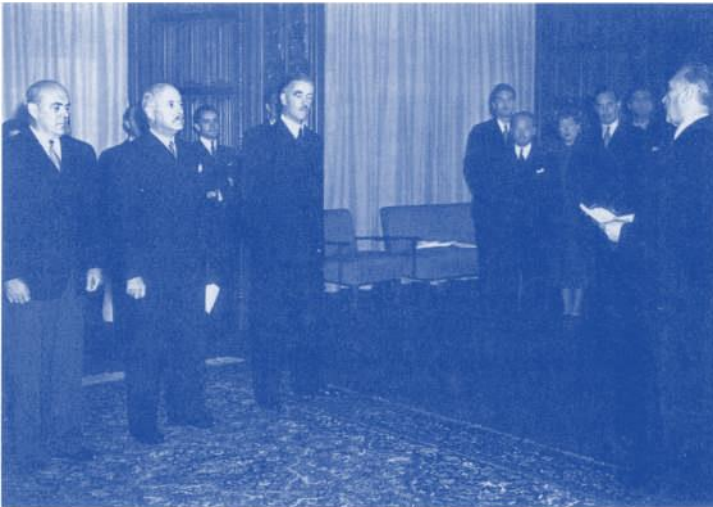
Bei der Bundestagswahl am 14. August 1949 wurde die CDU/CSU mit 139 Abgeordneten die stärkste Fraktion, gefolgt von der SPD mit 131 Mandaten. Die Entscheidung, eine Kleine Koalition gegen die Sozialdemokraten zu bilden, fiel auf einer inoffiziellen Zusammenkunft im Hause Adenauers in Rhöndorf. In der anschließend herausgegebenen Presseerklärung hiess es, die Wahlen hätten «nicht nur ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den Grundlinien der christlichdemokratischen Gesellschaftsauffassung, sondern auch eine eindeutige Bejahung der sozialen Marktwirtschaft im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft erbracht».

In seinen «Erinnerungen» schrieb Adenauer, er habe bei dieser Zusammenkunft die Besetzung der beiden höchsten Staatsämter, des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers, zur Diskussion gestellt. Er sei überrascht gewesen, als er von einem der Anwesenden zum

Bundeskanzler vorgeschlagen wurde. Hermann Pünder erinnerte sich anders. Danach hat Adenauer seine Kandidatur selbst angemeldet; er, Pünder, habe die Worte Adenauers mitstenographiert:

Man hat mich dazu vermocht, mich für die Stellung des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen. Ich bin trotz meiner Jahre grundsätzlich hierzu bereit, möchte dies aber nur mit Ihrer Zustimmung tun. Ich wäre Ihnen nun, meine verehrten Freunde, zu einer freimütigen Äusserung Ihrer Meinung dankbar.¹⁵

Die Anwesenden schauten still vor sich hin. Dann meldete sich Pünder. Er bestätigte Adenauer, dass ihm als dem Parteivorsitzenden der CDU nach der gewonnenen Wahl «das erste Anrecht auf den



Petersberg, 21. September 1949: Bundeskanzler Konrad Adenauer stellt den Hohen Kommissaren sein Kabinett vor. Von Anfang an demonstriert Adenauer gelassenes Selbstbewusstsein.

Posten des Regierungschefs» zustehe. Das sei parlamentarischer Brauch. Auch andere äusserten sich in diesem Sinne.

Damit waren die Weichen gestellt. Am 7. September konstituierte sich der Bundestag, am 12. September wurde Theodor Heuss zum Bundespräsidenten und am 15. September Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt.

Eine knappe Woche später stellte Adenauer sein Kabinett den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg vor. Dabei wollten die drei Hohen Kommissare auf dem grossen Teppich stehen, während Adenauer und seine Minister vor dem Teppich Aufstellung nehmen sollten. Der Sinn dieser Inszenierung war, die Machtverhältnisse augenfällig zum Ausdruck zu bringen. Vorerst besass die Bundesrepublik nur eine eingeschränkte Souveränität. Vom ersten Tage an trat Adenauer den Alliierten mit gelassenem Selbstbewusstsein gegenüber:

François-Poncet hatte an dem betreffenden Tage den Vorsitz inne. Er trat, während ich vor dem Teppich halt machte, einen Schritt nach vorn, um mich zu begrüßen. Ich machte mir diese Gelegenheit zunutze, ging ihm entgegen und stand somit gleichfalls auf dem Teppich. Keiner der Hohen Kommissare wendete sich dagegen. François-Poncet hielt seine Ansprache.¹⁶

Ursprünglich war vorgesehen, bei dieser Gelegenheit dem Bundeskanzler das Besatzungsstatut feierlich zu überreichen. Adenauer hatte gebeten, davon Abstand zu nehmen: «Für einen Besiegten bleibt ein Besatzungsstatut eine unangenehme Sache, seine Übergabe ist kein Grund zu einer Feierlichkeit.» So wurde das in Packpapier eingewickelte Exemplar von einem Beamten der Hohen Kommission seinem Mitarbeiter Herbert Blankenhorn in der Garderobe, als er sich den Mantel anzog, höchst unfeierlich in die Hand gedrückt.

Das wichtigste politische Thema war die Demontage. Auf der Liste der Alliierten standen 744 Betriebe. Konrad Adenauer hatte Verständnis für die französischen Sorgen vor einer neuen wirtschaft-

lichen Dominanz Deutschlands und wollte das Problem durch eine «organische Verflechtung» mit der französischen Industrie aus der Welt schaffen. Für diese europäische Lösung war die Zeit noch nicht gekommen; sie bahnte sich erst im folgenden Jahr durch den Schuman-Plan an. Stattdessen schufen die Westalliierten die Ruhrbehörde zur Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlproduktion.

Nächtelang verhandelte Adenauer auf dem Petersberg um jeden einzelnen Betrieb. Es gelang ihm, grosse und berühmte Unternehmen wie die August-Thyssen-Hütte in Duisburg, die Klöckner-Werke in Düsseldorf, die Farbenfabriken Bayer in Leverkusen und die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen vor der Demontage zu retten.

In Berlin wird jegliche Demontage eingestellt, und die Arbeit in den betroffenen Werken wird wieder ermöglicht.¹⁷

Im sogenannten «Petersberger Abkommen» musste auch der Bundeskanzler ein wichtiges Zugeständnis machen. Er konnte nicht umhin, deutsche Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden und damit die ungeliebte Institution anzuerkennen. In seiner Regierungserklärung vor dem deutschen Bundestag am 24. November 1949 erklärte Adenauer, dass das Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft nur langsam, Stück für Stück, wiedergewonnen werden könne:

So unwürdig und falsch es sein würde, wenn wir eine Politik sklavischer Unterwürfigkeit verfolgen würden,– eine dumme, unkluge und aussichtslose Politik wäre es, wenn wir etwa auftrumpfen wollten.¹⁸

In der anschliessenden Debatte kam es zu scharfen Angriffen der Opposition gegen das «Petersberger Abkommen». Es war für Adenauer ein besonderer Triumph, als er den Abgeordneten eine Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorlegen konnte. In

dem deutsch-alliierten Protokoll erkenne man ein ernsthaftes Bemühen der Alliierten, den deutschen Bedürfnissen entgegenzukommen. Obwohl das Petersberger Abkommen nicht in allen Teilen befriedigend, sei nach Ansicht der Gewerkschaften eine Mitarbeit der Bundesregierung in der internationalen Ruhrbehörde richtig.

Die Sitzung des Bundestages fand mitten in der Nacht statt. Die Abgeordneten waren gereizt und übermüdet, lehnten aber einen Antrag auf Vertagung ab. Adenauer provozierte helle Empörung bei den Sozialdemokraten, als er erklärte, er habe die Ruhrbehörde anerkennen müssen. Die Alliierten hätten keine Alternative gelassen. Leider müsse er, Adenauer, konstatieren, «dass die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen».

Ist sie [die SPD] bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken oder nicht? Und wenn sie erklärt: nein – dann weiss sie aufgrund der Erklärungen, die mir der General Robertson abgegeben hat, dass die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.¹⁹

Das Protokoll des Deutschen Bundestages verzeichnet an dieser Stelle «Zurufe links»:

«Sind Sie noch ein Deutscher?»

«Sprechen Sie als deutscher Kanzler?»

Abg. Schumacher: «Der Bundeskanzler der Alliierten.»²⁰

Diese in der höchsten Erregung gefallene schwere Beleidigung hat Kurt Schumacher und seiner Partei ungeheuer geschadet. Adenauer konstatierte, dass nun die Nationalisten auf der linken Seite des Hauses sässen.

Am 20. Dezember feierte die August-Thyssen-Hütte mit dem Bundeskanzler, dem Ministerpräsidenten Arnold und den Bundesministern Erhard, Heinemann und Dehler das Ende der Demontage. In seiner Rede sagte Konrad Adenauer, das Petersberger Abkommen

habe ein ernstes und böses Kapitel der Nachkriegszeit zu einem leidlich guten Ende gebracht:

Die Demontage-Frage sei sowohl eine wirtschaftliche und soziale Frage, aber die psychologische Seite der Demontage gehe in ihrer Bedeutung noch weit darüber hinaus. Wäre die Demontage, wie vorgesehen, zu Ende geführt worden, dann wäre zwischen dem deutschen Volk und den anderen Völkern der Westalliierten ein tiefer Graben aufgerissen worden.²¹

Später haben Kenner den Verlust durch die westlichen Demontagen auf zwei Milliarden Deutsche Mark berechnet. Im Jahre 1949 waren aber bereits 16 Milliarden DM in den Wiederaufbau der deutschen Industrie investiert worden. 1950 beliefen sich die Investitionen auf 20 Milliarden und 1951 auf 29 Milliarden DM. So wirkten sich die Demontagen letztlich zum Vorteil der deutschen Industrie aus. Veraltete Maschinen wurden durch modernste Anlagen ersetzt.

Bei der Gründung des westdeutschen Teilstaates hatten die Sowjetunion und die SED-Funktionäre dem Westen die Initiative überlassen. Es sollte kein Zweifel aufkommen, wer für die Teilung des Landes verantwortlich zu machen war. Am 7. Oktober 1949 versammelten sich die 400 Mitglieder des «Deutschen Volksrates» im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium. Sie konstituierten sich als «Provisorische Volkskammer» und proklamierten die Gründung der «Deutschen Demokratischen Republik». Die Wahlen zur Volkskammer wurden auf das folgende Jahr verschoben. Damit aber fehlte, wie die Bundesregierung noch am gleichen Tag feststellte, dem neuen Oststaat die demokratische Legitimation.

In einem Manifest wandte sich die «Provisorische Volkskammer» an alle Deutschen: «Die verfassungsmässig gebildete Provisorische Deutsche Regierung wird den Kampf um den Frieden, um die Einheit und Souveränität Deutschlands an die Spitze ihrer Bemühungen set-



23. November 1949: DDR-Staatspräsident Wilhelm Pieck besichtigt das Zeiss-Werk. Rechts Hauptdirektor Dr. Hugo Schrade.

zen.» Wilhelm Pieck wurde Präsident, Otto Grotewohl Ministerpräsident. Die Macht lag bei Walter Ulbricht, dem Generalsekretär der SED.

Am 7. November, am Jahrestag der Oktoberrevolution, wurde in der Staatsoper Berlin zum ersten Mal die neue Nationalhymne gespielt. Die Musik stammte von Hanns Eisler, der Text von Johannes R. Becher, dem späteren Kultusminister:

Auferstanden aus Ruinen
und der Zukunft zugewandt;
lass uns dir zum Guten dienen,
Deutschland, einig Vaterland.²²

Später ging es der SED vor allem um die Respektierung der «Eigenstaatlichkeit» der DDR, und die Beschwörung der Einheit Deutschlands war nicht mehr opportun. Die Nationalhymne durfte nur noch

in der Instrumentalfassung gespielt werden. Vierzig Jahre später sagte in Leipzig bei der ersten genehmigten Demonstration des Neuen Forums ein Sprecher: «Seht euch wieder mal den Text der Nationalhymne an, vor allem die erste Strophe.»

Ein halbes Jahr nach der Staatsgründung teilte Josef Stalin dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl mit, dass die DDR bisher Reparationen in Höhe von 3'658 Millionen Dollar geleistet habe. Wegen der «freundschaftlichen Beziehungen» zwischen beiden Ländern sei die Sowjetregierung bereit, die noch offenen Forderungen auf die Hälfte zu reduzieren. Die Begleichung der Restsumme in Höhe von 3'171 Millionen Dollar solle auf 15 Jahre verteilt aus der laufenden Produktion erfolgen.

An den Reparationslieferungen war auch wieder der VEB Carl Zeiss beteiligt. Dazu gehörten Flugsimulatoren für die Pilotenausbildung, die eigens für die Sowjetunion entwickelt wurden. Das Ministerium für Staatssicherheit wachte darüber, dass die Mitarbeiter Stillschweigen bewahrten. Aus Vernehmungsprotokollen wissen wir, dass die A 1 und A 2 genannten Geräte von 1950 an zum Stückpreis von 80'000 bis 85'000 DM geliefert wurden. Insgesamt handelte es sich um eine Plansumme von 7 Millionen, was bei einer Gesamtwarenproduktion von 40 Millionen im Jahre 1951 erhebliche Störungen mit sich brachte:

Da die Produktion dieser Geräte als vorrangig befohlen war und die sich daraus ergebende weitgehende Beeinträchtigung der übrigen Produktionspläne die Berliner Regierungsstellen nicht zur Planänderung veranlasste, wurden die betrieblichen Schwierigkeiten weiter verschärft, und die durch das Hineinpressen der A-i-Fertigung verursachte Planstörung konnte nie wieder beseitigt werden.²³

Die Reparationslieferungen wurden bereits 1953 beendet. Kenner haben später ausgerechnet, dass die Sowjetunion von der DDR bzw.

Ostzone Werte von insgesamt 70 Milliarden Mark erhalten hat, wesentlich mehr als die ursprünglich geforderten 10 Milliarden Dollar.

Am 7. Oktober 1950 wurden zum ersten Mal die Nationalpreise verliehen. Ausgezeichnet wurden unter anderen Johannes R. Becher und Hanns Eisler „für die Schaffung der deutschen Nationalhymne» und Professor Dr. Johannes Stroux, der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, für seine römisch-griechischen Sprachforschungen. Einen Nationalpreis 1. Klasse erhielt auch ein Team (auf DDR-deutsch ein «Kollektiv»), bestehend aus dem Hauptdirektor Hugo Schrade, dem Physiker Hans Boegehold und August Klemm, dem Geschäftsführer des Jenaer Glaswerkes Schott & Genossen. Sie wurden ausgezeichnet «für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Zeiss- und Schott-Werke, die ihren alten Weltruf wiedererlangt haben, und für die Schaffung neuer optischer Instrumente». Die Festrede in der Staatsoper Berlin hielt Präsident Wilhelm Pieck:

Noch kann der Terror verhindern, dass wir die besten Vertreter der Kultur und Wissenschaft, die in Westdeutschland ihren Wohnsitz haben, hier auszeichnen, aber ich bin fest davon überzeugt, der Tag wird kommen, da wir den Deutschen Nationalpreis an die wichtigsten Vertreter unseres Volkes in ganz Deutschland verleihen werden.²⁴

Dann überreichte der Staatspräsident die Urkunden, «während ein Mädchen im blauen Hemd der FDJ die Medaille anheftete». In der Ehrenloge applaudierten Ministerpräsident Otto Grotewohl, Aussenminister Georg Dertinger und die stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke und Walter Ulbricht.

Am 15. Oktober 1950 fanden endlich die Wahlen zur Volkskammer statt, die sich bereits im Jahr zuvor konstituiert hatte. Es gab nur die Einheitsliste der «Nationalen Front», und das Ergebnis stand vor der Wahl fest. Damals war Hans-Dietrich Genscher 23 Jahre alt und Referendar am Amtsgericht in Halle. Er nahm zum ersten Mal an ei-

ner Wahl teil und machte wie viele andere seinen Stimmzettel ungültig. Trotzdem meldete die Regierung eine Zustimmung von 99,7 Prozent für die Einheitsliste.

In ganz Deutschland machten sich die Menschen Sorgen um die weitere politische Entwicklung. In Jena war Victor Sandmann über-



August 1950: Als Erster Sekretär des Zentralkomitees spricht Walter Ulbricht über den Fünfjahresplan.

zeugt, «dass eine echte Vereinigung der Ost- und Westbetriebe sicher kommen wird und zwar in absehbarer Zeit (längstens einigen Jahren)». Auch werde Deutschland wieder ein einheitlicher Staat. «Hoffentlich ohne Krieg», setzte er hinzu, «denn dies wäre Zerstörung all dessen, was uns das Leben lebenswert machen kann.» «Sie gehen davon aus», erwiderte ihm Paul Henrichs in Oberkochen,

«dass Deutschland in längstens einigen Jahren wieder vereint sein wird und dass alsdann die Stiftung an ihrem alten Stammsitz Jena wieder ihre frühere Wirksamkeit aufnehmen kann.»

Das scheint uns aber nur eine der Entwicklungsmöglichkeiten zu sein, denen wir ausgesetzt werden können. Eine andere wäre die, dass Deutschland auf längere Zeit geteilt bleibt. Wir möchten zwar mit Ihnen wünschen, dass diese zweite Möglichkeit ausscheide. Aber wir sind, ebenso wie Sie, ganz ausserstande, anzugeben, wohin uns die politische Entwicklung treiben wird. Wir befinden uns wider eigenen Willen in dem Dilemma, mit einer guten (Wiedervereinigung), aber auch mit einer schlechten Entwicklung (Fortdauer der Teilung) rechnen zu müssen.²⁵

Solche Briefe wurden damals viele gewechselt zwischen Deutschen (West) und Deutschen (Ost). Wir kennen einen vom späteren Bonner Staatssekretär Rolf Lahr an seinen Bruder, einen Pastor in der Mark Brandenburg. Das Schreiben datiert vom 1. Dezember 1951:

Unter Deutschen kann es nur einen Wunsch geben: eine gesamtdeutsche Lösung zu finden, statt sich auseinander zu entwickeln. Aber was wir Deutsche wollen, geht nicht, und was geht, wollen wir nicht. So gibt es für uns, «die im Westen», leider nur die andere Alternative: uns entweder dem Westen immer enger zu verbinden oder im Nichtstun und der Unsicherheit zu verharren. Wir haben die erstere gewählt, ich glaube unausweichlicher Weise. Viele verbinden mit der Stärkung des Westens die Hoffnung, dass sie auch die Lösung der deutschen Frage erleichtern werde ... Ich fände es ebenso ungerecht, uns die Anlehnung an den Westen vorzuwerfen, wie wenn wir Euch die Bindung an den Osten vorhalten würden. Für beide Teile Deutschlands gibt es Zwänge, die stärker sind als wir. Voilà tout le malheur! Aber noch trauriger wäre es, wenn wir Deutsche uns untereinander nicht mehr verstünden.²⁶

Genau darauf aber legten es die DDR-Machthaber an. Ein Brief, den Rolf Lahr an seinen Bruder geschickt hatte, kam nach zwei Wochen mit dem Vermerk «Unzulässig» zurück. Stein des Anstosses war die Notopfermarke für Berlin. Als er ganz legal mit Interzonenpass und Interzonenzug seinen Bruder besuchte, erlebte er ein weiteres Beispiel sozialistischer «Abgrenzungspolitik».

Gleich jenseits der Grenze, in Marienborn, kam der erste Ärger: sieben Stunden Aufenthalt zwecks Grenzkontrolle. Waggonweise wurden die Reisenden von der Volkspolizei in eine Baracke getrieben und dort auseinandergenommen ... Mir ahnte nichts Gutes, und als ich an die Reihe kam, als «Angestellter im Bundesdienst», wurde ich mit den Worten «Nehmen Sie sich mal den da vor» einem bereitstehenden Vopo zugewiesen und in ein Nebenzimmer zum Verhör gebracht. Dessen Schilderung muss ich vorausschicken: Die Einfuhr von DM-Ost ist verboten, Wechseln an der Grenze nicht möglich, andererseits sind DM-Ost für erste, kleine Ausgaben ja unerlässlich. Ein System, vorzüglich geeignet, als Verbrecher zu entlarven, wen man will.

Vopo (in scharfem Ton): «Wieviel DM der Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik führen Sie mit sich?»

Ich (notgedrungen): «Keine.»

Vopo (drohend): «Ich wiederhole: Wieviel DM der Staatsbank der DDR führen Sie mit sich?»

Ich: «Ich sagte Ihnen schon: keine.»

Vopo: «Sie lügen! Ich sehe es Ihnen an. Sie haben DM von uns bei sich.»

Ich: «Nein, ich sage es Ihnen zum dritten Male.»

Vopo: «Wissen Sie, dass Sie sich schwer strafbar machen?»

Ich: «Ich bin von Ihren Gesetzen nicht betroffen.»

Vopo: «Wissen Sie, dass Sie von hier in ein Zuchthaus der DDR eingeliefert werden?»

Ich: «Das habe ich nicht zu befürchten.»

Vopo: «Hören Sie, ich gebe Ihnen jetzt die letzte Gelegenheit,

glimpflich davon zu kommen. Legen Sie sofort ein Geständnis ab!»

Ich: «Ich habe nichts zu gestehen.»

Vopo: «Na, dann will ich Ihnen mal was sagen: Sie vergehen sich nicht nur gegen die Gesetze der DDR, sondern auch gegen die Befehle der Sowjetischen Militäradministration. Wissen Sie, was das bedeutet?»

Ich: «Das kann ich mir in etwa vorstellen.»

Vopo: «Wissen Sie, dass Sie statt in ein Zuchthaus der DDR auch in eines der Sowjetunion eingeliefert werden können?»

Ich: «Wenn Sie es sagen, muss ich es glauben.»

Vopo (erbost): «Ich glaube Ihnen aber kein Wort. Und nun werden wir mal sehen. Ausziehen!»²⁷

Natürlich hatte Rolf Lahr einige kleine Scheine in DM-Ost bei sich. Nur mit viel Glück blieb das Geld unentdeckt. Halb angezogen erreichte er gerade noch den Zug, und die Mitreisenden kommentierten: «Ja, ja, da werden so ein paar richtig als Spürhunde abgerichtet.»

Rolf Lahr war damals im Bundeswirtschaftsministerium mit dem Aufbau der Aussenhandelsabteilung beschäftigt. Seit 1949 liefen Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich. Die Delegationen trafen sich wie üblich in den beiden Hauptstädten. Die Franzosen waren betroffen von dem Ausmass der Zerstörungen in Deutschland und von der Einfachheit des Lebens. Der Bonner Verhandlungsraum, die ehemalige Kantine der McNair-Kaserne, machte einen ausgesprochen schlichten, um nicht zu sagen schäbigen Eindruck. «Du hättest ihre Gesichter sehen sollen, als sie, an Louvre und Quai d'Orsay gewöhnt, unseren Verhandlungsraum betraten. Aber sie waren wohl auch überrascht davon, wie sich bei uns schon wieder die Hände rühren – teils davon angetan, teils wohl auch etwas unheimlich beeindruckt.»

Nicht einmal eine Nationalhymne besass die Bundesrepublik. Auf Anregung des Bundespräsidenten schufen der Dichter Rudolf Alexander Schröder und der Komponist Hermann Reutter eine geeigne-

te Hymne. Sie fand aber nicht die breite Zustimmung, die sich Heuss erhoffte. Schliesslich ergriff wieder der Bundeskanzler die Initiative und schlug im April 1952 die dritte Strophe des 1841 gedichteten Deutschlandliedes von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben als Nationalhymne vor: «Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.» Dabei blieb es.

Obwohl beide Nationalhymnen die Einheit beschworen, entwickelten sich die zwei deutschen Staaten immer weiter auseinander. Nach westlicher Rechtsauffassung war die Enteignung der Carl-Zeiss-Stiftung Jena in ihrer Wirkung auf die DDR beschränkt. «Die westdeutsche Zeiss-Schott-Gruppe hat inzwischen begonnen, dieser Rechtsmeinung auch praktische Geltung zu verschaffen», konstatierte der Jenaer Justitiar Wilhelm Schacht in seinem Rechtsgutachten für das «Ministerium für Maschinenbau». Ganz klar sprach er von einem «Wirtschaftskrieg»:

Dieser Wirtschaftskrieg ist jetzt auf dem Gebiete des Marken- und Patentschutzes in ein entscheidendes Stadium getreten. Die westdeutsche Zeiss-Schott-Gruppe nimmt auch sämtliche gewerblichen Schutzrechte für den Bereich Westdeutschlands und des westlichen Auslands in Anspruch und hält sich für berechtigt, jeden anderen, auch die Jenaer Betriebe Zeiss und Schott, von der weiteren Benutzung der früheren Patente, Warenzeichen, Firmenbezeichnung und Ausstattung auszuschliessen.²⁸

Heisse Diskussionen in West und Ost löste ein politischer Vorstoss der Sowjetunion aus. Am 10. März 1952 liess der Kreml den Westmächten eine Note zugehen, in der der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland angemahnt wurde. In dem beigefügten Entwurf hiess es:

Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das

geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalition oder Militärbündnis einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.²⁹

Adenauer nahm eine ganz ablehnende Haltung ein. Er war überzeugt, dass es sich nur um ein Störmanöver handelte. Schliesslich wussten die Sowjets schon lange, dass mit den Westmächten über die Wiederbewaffnung verhandelt wurde. Wenn sie also in dem Augenblick, da diese Verhandlungen vor dem Abschluss standen, mit ihrem Angebot kamen, war klar, dass sie den Abbruch dieser Verhandlungen bezweckten. Dieser Meinung war auch Rolf Lahr. Er machte sich Sorgen, «dass die Deutschen von hüben und drüben aneinander vorbei reden könnten», und deswegen legte er in einem langen Brief an den Bruder in der Mark Brandenburg seine Meinung dar:

Aus vielen früheren Gesprächen ist hinlänglich bekannt, dass die freien Wahlen für den Westen das A und O sind. Immer war es diese Frage, auf die sich der Ost-West-Dialog zuspitzte und an der er bisher scheiterte. Ich meine, diesen Punkt durfte die Note, um glaubwürdig zu sein, nicht übergehen, wie sie es leider tut.³⁰

KAPITEL 6

Westorientierung

Im April 1953 besuchte Konrad Adenauer zum ersten Mal die Vereinigten Staaten. Felix von Eckardt, der Bundespressechef, sprach von einem «Ritt über den Bodensee»: «Wir alle bewegten uns auf einer ganz dünnen Eiskecke des Vertrauens, unter der ein tiefer See des Misstrauens mit allen Gefahren lauerte.» Noch besass die Bundesrepublik unter den politisch einflussreichen Amerikanern nur ganz wenige Freunde wie den früheren Hohen Kommissar John McCloy und seinen Amtsnachfolger James B. Conant. Jetzt entwickelten sich Herzlichkeit und Wärme auch in den Beziehungen zum neuen Präsidenten. Zu seinem Aussenminister sagte Eisenhower, er betrachte den deutschen Bundeskanzler als den grössten Staatsmann Europas.

Es gehört zu den glücklichsten Eigenschaften Adenauers, dass ihm jeder Minderwertigkeitskomplex fehlt. Während des Besuches in Washington nahm er mit einer absoluten Natürlichkeit die noch nicht vollständige Souveränität vorweg.¹

Den amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower und seinen Aussenminister John Foster Dulles hatte Adenauer vollständig gewonnen. Vielleicht noch wichtiger war sein Eindruck in der amerikanischen Öffentlichkeit, und darüber entschied die Pressekonferenz im National Press Club. «Ich hatte den Kanzler darauf sehr nachdrücklich hingewiesen», berichtete Felix von Eckardt: «Es war nicht notwendig, auf seine Nerven Rücksicht zu nehmen. Adenauer hat bis

zu einem gewissen Grade keine Nerven, ... wenn es um sein Auftreten in der Öffentlichkeit geht.»

Eine volle Stunde lang beantwortete der alte Herr – lieber Gott, er war damals erst 77 Jahre alt – knapp, klar, oft witzig alle Fragen, ohne zu zögern, oft mit einem Lächeln beginnend, wenn eine Frage recht aggressiv war. Natürlich erlebte ich auch eine Stunde voller Spannung, denn hier sassen meine Kollegen aus aller Welt, und nun musste «mein» Kanzler doch bestehen, oder alle Mühe wäre vergebens gewesen. Aber er bestand, bestand glänzend! Mehrmals dachte ich daran, wie diese Pressekonferenz wohl verlaufen wäre ohne unseren Wiedergutmachungsvertrag mit Israel. Glücklicherweise war er unter Dach und Fach und gab dem Kanzler die Möglichkeit, alle Fragen, die sich auf die nationalsozialistischen Verbrechen bezogen, ohne Überbetonung und mit Anstand zu beantworten.²

Am 5. März war Josef Stalin gestorben, und die Welt verfolgte mit Spannung die Auseinandersetzungen um die Nachfolge. Erster Parteisekretär und Ministerpräsident wurde Georgi Malenkov. Im Abschluss-Communiqué vom 8. April 1953 appellierten Eisenhower und Adenauer an die neuen sowjetischen Machthaber: Wenn sie wirklich am Frieden und an der Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert seien, dann könnten sie keinen besseren Beweis ihres guten Willens geben, «als die Abhaltung wirklich freier Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone zu gestatten und die Hunderttausende von deportierten deutschen Zivilisten und Kriegsgefangenen freizulassen».

Die 274 im Oktober 1946 in die Sowjetunion gebrachten Zeissianer waren zum grössten Teil 1952 nach Hause zurückgekehrt und wieder bei Carl Zeiss in Jena tätig. Immer noch in der Fremde befanden sich 14 Facharbeiter und Ingenieure, unter ihnen Oskar Bihlmaier. Sie arbeiteten auf der Insel Gorodomlia im Seliger-See, wo auch die deutschen Raketenpioniere lebten. Hilfesuchend wandte sich damals eine Jenenserin, die die Genehmigung zu einer Westrei-

se erhalten hatte, von der Bundesrepublik aus an das Bundesministerium für Vertriebene. Kurze Zeit später kamen die 14 Zeissianer tatsächlich frei, wahrscheinlich unabhängig von den Appellen an die Sowjetregierung.

Die Anerkennung und sogar Bewunderung, die Adenauer in den Vereinigten Staaten fand, wurde in der deutschen Öffentlichkeit mit grosser Genugtuung aufgenommen. Als die Bundestagswahlen heranrückten, zeigte die CDU auf ihren Wahlplakaten den Bundeskanzler, wie er mit freundlichem Lächeln grüssend seinen Hut erhebt: «Er knüpfte die Fäden zur freien Welt.» Bei den Wahlen im September erreichten CDU und CSU 45 Prozent der Stimmen und die absolute Mehrheit der Mandate. Damit war die politische und wirtschaftliche Stabilität der jungen Bundesrepublik gesichert. Auf dem Kongress der Konservativen Partei erklärte Winston Churchill: «Persönlich begrüsse ich, dass Deutschland unter die grossen Mächte der Welt zurückgekehrt ist.»

Meist sagte man ganz unbefangen «Deutschland», wenn die Bundesrepublik gemeint war, kommentierte der Politologe Hans-Peter Schwarz. Die DDR wurde gar nicht wahrgenommen oder galt höchstens als «willenloser sowjetischer Satellitenstaat».

Auf ihrer II. Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952 proklamierte die Einheitspartei den planmässigen Aufbau des Sozialismus und die «Verschärfung des Klassenkampfes». Wenige Tage später, am 21. Juli 1952, beschäftigte sich das Sekretariat des SED-Zentralkomitees mit den anstehenden Problemen. Anwesend waren die mächtigsten Männer der DDR, unter ihnen Walter Ulbricht, Hermann Axen, Erich Honecker und Erich Mielke. Unter anderem ging es um die Sperrzone entlang der Grenze zur Bundesrepublik, D-Linie oder Demarkationslinie genannt, und um «Massnahmen zur Verbesserung der Arbeit in der Grenzpolizei».

Die Bewachung der innerdeutschen Grenze war zunächst Aufgabe der Sowjetarmee; seit Juli 1948 kamen Einheiten der Kasernierten

Volkspolizei hinzu. Illegale Grenzübertritte wurden nur mit einigen Tagen oder Wochen Haft bestraft. Ab Mitte 1952 änderten sich die Verhältnisse. An der Grenze wurden Sperranlagen errichtet und eine fünf Kilometer tiefe Sperrzone geschaffen, die nur mit Sonderausweis betreten werden durfte. Von nun an galt «Republikflucht» als schwerer Straftatbestand.

Tausende von Familien wurden aus der Sperrzone ausgesiedelt. Nach den Begriffen der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei handelte es sich um «Personen, die wegen ihrer Stellung in und zu der Gesellschaft eine Gefährdung der anti-faschistisch-demokratischen Ordnung darstellen». Bei der Umsiedlung ging die Polizei mit unglaublicher Brutalität vor, und die Betroffenen sprachen mit bitterer Ironie von der Aktion «Ungeziefer». Kenner glauben, dass das Trauma der Deportation diese Menschen für immer geprägt hat:

Die Aktion «Ungeziefer» bewies einmal mehr, dass die SED-Führung zur Durchsetzung ihrer Ziele rücksichtslos den Gewaltapparat einsetzte.³

Ulbricht und seine engsten Vertrauten überlegten schon damals, wie sie auch die Fluchtwege über Berlin verschliessen könnten. Entsprechende Hinweise hat Victor Sandmann erhalten. Der kaufmännische Direktor des VEB Carl Zeiss Jena war Volkskammerabgeordneter für die CDU und erfuhr von Parteifreunden, dass daran gedacht sei, «die Parteileitungen und auch die Regierung aus Berlin in die Zone zu verlegen»:

Damit wäre die Abriegelung von Berlin mit geringen organisatorischen Massnahmen möglich und eine etwaige Flucht über Westberlin nicht mehr durchführbar.⁴

Solche Pläne aber wurden wohl nicht ernsthaft verfolgt. Vielleicht befürchteten die Funktionäre, dass Ostberlin zu stark unter westlichen Einfluss kommen könnte.

Wie in der DDR insgesamt war auch im VEB Carl Zeiss die Stimmung nicht gut. Bei der Agitation für den sogenannten «Betriebskollektivvertrag» registrierte die Einheitspartei die «jahrzehntelange ideologische und materielle Korruption der Jenaer Werkstätigen». Unverhohlen gaben die Arbeiter der Stiftungsidee den Vorzug und wollten nichts wissen von den «Segnungen des Sozialismus». In einem Bericht der Partei lesen wir:

Ein Fräser ... behauptete, dass die Ausbeutung der Arbeiter heute grösser ist als je zuvor. Dem stimmte sogar der Genosse Kaufmann zu, indem er sagte: «Durch den Leistungslohn wurde der Akkord wieder eingeführt, den die Arbeiter als Mord bezeichnen.» Ein Jugendlicher von 19 Jahren ... sagte im Beisein von fünf FDJlern: «Unsere Volkspolizei und die FDJ wollen uns wieder marschieren lernen, damit wir wieder im Krieg sterben sollen.»⁵

Ein besonderer Übelstand war das Spitzelunwesen. Seit Anfang 1950 gab es nach sowjetischem Vorbild das «Ministerium für Staatssicherheit». Es war politische Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde bei politischen Straftaten und Nachrichtendienst in einem. Der Konstrukteur Herbert Gewinner verschaffte sich mit Hilfe einiger Kollegen Informationen über die im Werk eingesetzten «Geheimen Mitarbeiter» und gab die Namen an den *RIAS* und die «Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit»* weiter. Alle drei Monate fuhr er nach Westberlin, meistens mit einem Lastwagen des VEB. 1952 wurde er verhaftet und wegen «Boykotthetze, Mord- und Kriegshetze sowie Sabotage»

* Die «Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit» (KgU) forderte dazu auf, «die Unmenschlichkeit der sowjetischen Sklaverei ans Licht zu bringen» und baute eine Dokumentation über die in der DDR Verhafteten und Vermissten auf. Ob die KgU tatsächlich Sabotageakte begangen hat, wie in der DDR-Propaganda behauptet, wissen wir nicht.

vom Bezirksgericht Gera zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gewinner war Schwerkriegsbeschädigter. Er hatte ein Bein verloren. Darauf nahm die Stasi keine Rücksicht:

Gewinner ist vor der Hauptverhandlung ... etwa 150 Tage in Untersuchungshaft gewesen. Die Mehrzahl dieser Tage musste er stehend in der Zelle verbringen. Abends um 22 Uhr durfte er sich legen, wurde aber in mindestens 90 Nächten kurze Zeit, nachdem er sich niedergelegt hatte, zu Verhören abgeholt.⁶

Am 21. Juli 1952 beschloss das Sekretariat des Zentralkomitees in einem «28-Punkte-Programm» drakonische Massnahmen gegen die «Westorientierung» bei Carl Zeiss. Noch war der Volkseigene Betrieb – nach Meinung der Funktionäre – durchsetzt mit «Agenten» und «Saboteuren». Die alte, vor dem Einmarsch der Roten Armee «geflohene» Geschäftsleitung habe bewusst ihre Vertrauensleute im Werk zurückgelassen, um «die von den Imperialisten gestellten Spionage- und Sabotageaufträge durchzuführen». Derlei Behauptungen erlaubten, unbequeme Mitarbeiter zu entfernen und durch Jasager zu ersetzen. Und für die Missstände konnte der Klassenfeind verantwortlich gemacht werden. In den Punkten 5 und 6 des Aktionsprogrammes hiess es:

Alle Mittel für Westreisen für Angehörige vom VEB Zeiss-Jena sind sofort vollständig zu streichen. Genossen Ziller ist mitzuteilen, dass diese Streichung der Mittel sofort erfolgt und dass kein Angehöriger vom VEB Zeiss-Jena die Genehmigung für Westreisen erhält ... Der gesamte Aussenhandel Zeiss geht in Zukunft über den zentralen Aussenhandelsapparat.

In die Wohnungen der nach dem Westen geflüchteten Zeiss-Leute sind sofort Aktivisten und Bestarbeiter vom VEB Zeiss-Jena einzuweisen. Die Angehörigen der nach dem Westen geflohenen

Zeiss-Leute sind durch das Ministerium des Innern im Lande Thüringen aus dem Kreis Jena auszusiedeln.⁷

Die Sperrung von Westreisen war, solange die DDR existierte, eine ständig angewandte Strafmassnahme. Unglaublich war die angeordnete Aussiedlungsaktion! In einem späteren Bericht heisst es, die Umsiedlung werde zur Zeit «in Zusammenarbeit mit der Kreisleitung der SED Jena-Stadt, der Volkspolizei und der Staatssicherheit» durchgeführt.

Ein Thema war auch die Eingliederung der aus der Sowjetunion zurückgekehrten Spezialisten. Einige der deportierten 274 Wissenschaftler, Ingenieure und Werkmeister waren zu linientreuen Kommunisten umerzogen worden und sollten nun Schlüsselfunktionen im Werk erhalten. Bisher sei es «den fortschrittlichen Kräften des Betriebes» noch nicht gelungen, in den aus sogenannten «Zeiss-Treuen» bestehenden engen Mitarbeiterstab einzudringen, den Werkdirektor Hugo Schrade um sich gesammelt habe. Jetzt aber wurde dem «überlasteten» Schrade als «wissenschaftlicher Hauptleiter» Paul Görlich beigegeben.

Entlassen werden sollten der Kulturdirektor, die Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung und der 1. Redakteur der Betriebszeitung, letzterer «auf Grund seiner verwandtschaftlichen Bindungen nach den USA und seiner langjährigen Gefangenschaft in USA und England». Zu gut hatte er dort die Demokratie kennengelernt. Weiter sollte sofort eine Überprüfung des Betriebsleiters Walter Fischer auf seine politische und fachliche Eignung erfolgen.

Die Kreisverwaltung Jena des Ministeriums für Staatssicherheit stellte einen «Perspektivplan» auf, in dem für den «Arbeitsvorgang Fischer, Walter» die Anwerbung von zwei Geheimen Mitarbeitern (GM) und zwei Geheimen Informanten (GI), wie es damals noch hiess, vorgesehen war. Umgesetzt wurde auch Punkt 3, «der den planmässigen Einsatz der SU-Spezialisten vorsah»:

In leitende Stellungen wurden eingebaut: Genosse Braune als Personalleiter, Dr. Görlich als wissenschaftlicher Hauptleiter, Genosse Röhrdanz als Arbeitsdirektor, Genosse Blume als 2. Parteisekretär.⁸

Nicht überall gelang es, den «Widerstand der feindlichen Kräfte» zu brechen. Noch seien die Westverbindungen nicht zerschlagen, und nach wie vor gebe es eine «Einflussnahme der westlichen Kräfte in Heidenheim auf Absatz und Produktion vom VEB Zeiss-Jena». Erst die Berufung von Karl Schirdewan in das höchste Lenkungsgremium brachte die Dinge ins Rollen und Unglück über viele Jenenser Familien. Am 18. Februar 1953 legte Schirdewan einen «Bericht über die Situation im VEB Zeiss-Jena» vor:

Wenn man ... die geschäftlichen Beziehungen zwischen Zeiss-Jena und Zeiss-Heidenheim näher betrachtet, so kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, dass nicht nur gute Beziehungen zwischen beiden Betrieben, sondern auch vertragliche Bindungen ... bestehen müssen. Und diese sind vorhanden! In welcher Form? In der Form, dass ein Abkommen besteht zwischen Zeiss und dem Zentralbüro (Heidenheim), dass gewisse Gerätetypen von Zeiss-Jena nicht in den Westen verkauft werden dürfen. Warum? Weil diese auch zum Fabrikationsprogramm von Zeiss-Opton gehören. Hierunter fallen z.B. Refraktometer, Mikroskope usw. Durch dieses Abkommen, das also den Verkauf von Zeiss-Waren nach dem Westen gerätemässig begrenzt, folgt zwangsläufig, dass mit zunehmendem Fabrikationsprogramm von Zeiss-Heidenheim ein weiteres Absinken unseres Handels nach dem Westen zu erwarten ist.⁹

Für die Absprachen mit Carl Zeiss Oberkochen namentlich verantwortlich gemacht wurden Otto Birkenbeil, Walter Fischer und Friedrich Wönne. Schirdewan verlangte, «die Tätigkeit der feindlichen

Kräfte, die Produktionsspionage für den Zeiss-Westkreis ... organisierten, zu entlarven». Ausserdem sollte den Werktätigen erläutert werden, «wie die Feinde die Entwicklungsarbeiten und die Fertigung hemmten und die Qualität der Produktion herabminderten». Hauptsächlich ging es um den Interzonenhandel:

Die Genossen des Ministeriums [für Allgemeinen Maschinenbau] werden beauftragt, den gesamten Export und die Lieferung nach Westdeutschland sofort durch die Absatzabteilung des Ministeriums und der DIA [den Volkseigenen Handelsunternehmen «Deutscher Innen- und Aussenhandel»] zu übernehmen. Die West- und Auslandsabteilung im VEB Zeiss ist sofort aufzulösen, alle zweifelhaften Elemente sind aus dem Betrieb zu entfernen. Die Mitarbeiter dieser Abteilungen dürfen auf keinen Fall (ausser den vorher noch zu überprüfenden Genossen) in die Absatzabteilung des Ministeriums oder der DIA eingestellt werden.¹⁰

Der neu eingesetzte Personalleiter Genosse Hans Braune hielt Sandmann, Wönne, Birkenbeil und Dr. Schacht für die gefährlichsten Figuren in Bezug auf die Westverbindungen: «Wenn wir die Fäden radikal abschneiden wollen, muss auch Sandmann verschwinden.» Bisher stand Sandmann nicht auf der «Liste der Partei», wurde aber schliesslich «vom Genossen Ulbricht zur Festnahme vorgeschlagen».

Am 21. März 1953 löste das Ministerium für Staatssicherheit die Aktion «Lupe» aus. In Jena wurden 15 Zeiss-Mitarbeiter verhaftet und in Ostberlin vier weitere. Zwei Tage später stellte das Kreisgericht Gera die Haftbefehle aus. Aus einem «internen Sachstandsbericht» wissen wir, dass «bei der Festnahme kein als konkret anzuprechendes Belastungsmaterial» vorlag. In einem Rechtsstaat aber darf eine Festnahme ohne Haftbefehl nur bei dringendem Tatverdacht erfolgen. Eine Ungeheuerlichkeit war auch, rechtsstaatlich gesehen, dass es keine unabhängige Justiz gab und die Anweisung zur

«Zerschlagung der Feindtätigkeit» von einem Parteigremium ausging.

Nach seiner Festnahme erklärte Birkenbeil, durch Kinder aus der Nachbarschaft habe er längst gewusst, dass er unter Beobachtung stand. Der kaufmännische Direktor Victor Sandmann, der Justitiar Wilhelm Schacht und der Disponent Paul Leonhardt hatten die letzte Gelegenheit zur Flucht genutzt. Das Sekretariat des ZK erteilte den Auftrag, eine Stellungnahme für das Politbüro auszuarbeiten. Darin sollte «die Missbilligung an der Arbeit einiger staatlicher Organe, an ihrer ungenügenden Wachsamkeit», formuliert werden, «durch die es möglich war, dass führende Leute von Zeiss-Jena nach dem Westen flüchten konnten».

Wie die anderen verhafteten Zeissianer wurde Otto Birkenbeil zur Staatssicherheit nach Gera gebracht. Er habe den Klassenfeind in Oberkochen, hielt man ihm vor, über die Entwicklung des VEB informiert. Dabei sei ihm bewusst gewesen, dass er das nie hätte tun dürfen. Er habe erzählt, dass der Fünfjahresplan der DDR vorsehe, «bis zum Jahre 1955 das Werk in Jena auf 20'000 Arbeitskräfte anwachsen zu lassen».* Vor allem habe er Verkaufsabsprachen getroffen, die der Westgruppe «unbedingten Vorrang» sicherten: «Dadurch wurde der Absatz aller Zeiss-Jena-Erzeugnisse nach Westdeutschland und dem kapitalistischen Ausland stark und später vollständig eingeschränkt.»

Auch Friedrich Wönne, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, hatte mit seiner Verhaftung gerechnet. Noch am späten Abend des 17. März erhielt er einen anonymen Anruf, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass sich Sandmann, Schacht und Leonhardt nach Westberlin abgesetzt hätten. Wönne glaubte jedoch, dass ihm die Staatssicherheit nichts vorwerfen könne. Die sich bietenden Gelegenheiten zur Flucht hat er verstreichen lassen.

* Carl Zeiss Oberkochen hatte im Geschäftsjahr 1954/55 ohne das Winkelwerk in Göttingen 3'600 Mitarbeiter.

Am 2. April, zwei Wochen nach seiner Verhaftung, wurde Frau Gisela Wönne von der Volkspolizei nach Gera gebracht. Dort erfuhr sie von einem Oberstaatsanwalt, ihr Mann habe am 28. März einen Selbstmordversuch unternommen, sei bewusstlos ins Häftlingskrankenhaus Klein-Meusdorf bei Leipzig eingeliefert worden und drei Tage später seinen Verletzungen erlegen. Wie habe das geschehen können? Wönne sei während des Verhörs plötzlich aufgesprungen, gegen den vernehmenden Staatsanwalt handgreiflich geworden, aus dem Zimmer gestürzt und habe sich schliesslich mit einem Sprung in den Lichtschacht die zum Tode führenden Verletzungen zugezogen. So die offizielle Lesart. Allerdings führte kein Staatsanwalt die Vernehmung, sondern ein Stasi-Offizier.

In Klein-Meusdorf wurde Frau Wönne der Obduktionsbericht vorgelesen. Unmittelbar nach ihrer Rückkehr nach Jena hat sie ein Gedächtnisprotokoll angefertigt. Im Krematorium Leipzig durfte sie noch die Leiche ihres Mannes sehen: «Er sah völlig blutleer aus, hatte keinerlei Blutungen im Gesicht, auch an den Händen nicht, nur einen kreisrunden blauen Fleck an der Stirn über der linken Augenbraue.»

45 Jahre nach den Vorgängen sagt ein Sohn Wönnes, ein jetzt sechzigjähriger Facharzt für Kinderheilkunde in Frankfurt am Main: «Im Obduktionsprotokoll waren zahlreiche schwere Verletzungen aufgeführt wie Leberriß, Milzruptur, Lungenblutung, Herzbeutelblutung, Blutung in die Bauchhöhle, Rippenfrakturen, Hirnblutung, dass ich grundsätzlich an der Stasi-Version ‚Selbstmord‘ Zweifel haben muss.»

Bei der Einsicht in die Stasi-Akten fand ich ein abgebrochenes Vernehmungsprotokoll vom 30. März 1953, das von meinem Vater nicht mehr unterschrieben worden war ... Die in der Vernehmung gemachten Anschuldigungen waren allerdings so widerwärtig, dass sie mit der Menschenwürde unvereinbar und kaum zu ertragen waren.¹¹

Auch in anderen Fällen hat die Staatssicherheit Todesfälle systematisch verschleiert. So wurden Eintragungen in Wachbüchern der Grenztruppen und in Registern der Gerichtsmedizin gefälscht oder ganze Seiten entfernt. Im Falle eines an der innerdeutschen Grenze erschossenen Flüchtlings hat das MfS den bereits ausgestellten Totenschein verschwinden lassen und, als die Angehörigen Vermisstenanzeige erstatteten, zum Schein sogar ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und einen Haftbefehl ausgestellt.

Ein Urteil gegen Friedrich Wönne ist nicht mehr ergangen. Jedoch wurde im Mai 1953 sein Vermögen eingezogen. Frau Gisela Wönne verliess mit ihren beiden Söhnen Roland und Hartmut die DDR und lebte zunächst in Westberlin bei einem Bundesbruder ihres verstorbenen Mannes. Sie ging dann nach Göttingen, wo sie an der Universität eine Stelle als Medizinisch-Technische Assistentin, ihrem erlernten Beruf, fand. Gerhard Kühn, der Direktor des zu Zeiss gehörenden Winkelwerkes und spätere kaufmännische Geschäftsleiter, war ihr bei der Suche nach einer Wohnung behilflich, gab ihr ein Darlehen und kümmerte sich um ihre Witwenrente. Carl Zeiss Oberkochen hat alle in Jena verbrachten Dienstjahre angerechnet.

Am 26. März kam Victor Sandmann nach Oberkochen, wo er von seinen Erlebnissen erzählte. «Ist das Leben noch lebenswert», fragte sich Adolf Hofern, «wenn Menschen so schlecht sein können?» In der Nacht hatte Hofern wieder seinen Russentraum: «Sie suchen mich in meinem Büro,– ich renne durch die Flure, treppauf – treppab, und kann wegen des Russenpostens nicht aus Tor la.» Während der Demontage 1946 war Hofern von einem deutschen Kriminalbeamten verhört worden. Der hatte ihm den Wink gegeben, möglichst rasch zu verschwinden. Beim Verlassen des Werkes fürchtete Hofern, noch im letzten Augenblick von der sowjetischen Wachmannschaft verhaftet zu werden. Es ging aber alles gut. Jahre später diagnostizierten die Ärzte Spätfolgen schwerer Belastungserlebnisse.

Sandmann schilderte der Geschäftsleitung und den Mitarbeitern die Methoden der SED. Sukzessive habe die Einheitspartei die Schaltstellen im Jenaer Zeisswerk mit ihren Kadern besetzt. Bis zum Frühjahr 1952 sei es noch möglich gewesen, «die Entwicklung des Werkes von politischen Einflüssen im Wesentlichen mit wirtschaftlichen Argumenten freizuhalten». Mit den Heimkehrern aus der Sowjetunion sei aber eine Gruppe von Personen gekommen, «die den Auftrag mitbrachte, die sogenannte reaktionäre Zeiss-Ideologie zu Gunsten der SED-Parteilinie endgültig zu beseitigen»:

Anführer dieser Gruppe war ein gewisser Braune, der im Dritten Reich aktiver Verfechter der Nazi-Ideologie war und aus der Sowjetunion als politischer Scharfmacher für die SED-Ideologie zurückkam. Braune wurde als Leiter der Personal-Hauptleitung eingesetzt. Zu der Gruppe gehörten weiter Röhrdanz, der als Arbeitsdirektor eingesetzt wurde, und Dr. Görlich, der die Leitung des wissenschaftlichen Bereiches erhielt. Diesem Kreis schlossen sich aus dem Werk noch einige politische Funktionäre an.¹²

Diese wirkten, wie Sandmann berichtete, zunächst als Assistenten der vorhandenen Betriebsleiter, um dann später selbst in die Schaltstellen einzurücken: «Der gesamte Betrieb wurde mit einem SED-Vertrauensmänner-System überzogen.»

Friedrich Schomerus sei für offene Verteidigung gewesen; er (Sandmann) habe bei diesem Kampf gegen überlegene Kräfte eine hinhaltende Taktik verfolgt. Sein Ziel sei gewesen, «auf dauerndem Rückzug unter Vermeidung entscheidender Kampfhandlungen» Zeit für spätere Handlungsfreiheit zu gewinnen. Eine Flucht aus Jena habe er nur für den Fall ins Auge gefasst, dass sich die Unmöglichkeit herausstellen sollte, «das Werk im Zeiss-Sinne noch zu erhalten», oder dass ihm unmittelbar persönlich eine Gefahr drohe.

Mit seinen Parteifreunden in der CDU hatte Sandmann die Aussichten auf Wiedervereinigung zunehmend skeptischer beurteilt.

Nach seiner Flucht in den Westen diskutierte er mit den Kollegen in Oberkochen. Niemand glaubte mehr an ein politisches Wunder. Ob Sandmann von den Plänen des gefürchteten Geheimdienstchefs Lawrentij Berija erfahren hat, die auf die Schaffung eines wiedervereinigten und neutralisierten deutschen Staates abzielten, wissen wir nicht.

Erstaunlich optimistisch geäußert hat sich damals Thomas Mann. Der Dichter war vor einigen Monaten aus dem amerikanischen Exil in die Schweiz zurückgekehrt und lebte vorübergehend in Erlenbach oberhalb des Zürichsees. Kurz vor seinem 78. Geburtstag nahm er in Cambridge ein weiteres Ehrendoktorat entgegen. Von London flog er nach Hamburg, wo er am 8. Juni 1953 im Auditorium Maximum der Universität vor Studenten sprach.

Thomas Mann fühlte sich als der Goethe des 20. Jahrhunderts. In vielen Werken bemühte er sich bewusst, in den Spuren des Altmeisters zu gehen. Als er sich jetzt über die Chancen zur Wiedervereinigung äusserte, zitierte er (nicht ganz präzise) die berühmten von Eckermann überlieferten Worte: «Mir ist nicht bange, dass Deutschland nicht eins werden wird», und fuhr dann fort:

Uns ist nicht bange, dass die wirkende Zeit nicht ein geeintes Europa bringen wird mit einem wiedervereinigten Deutschland in seiner Mitte. Wir wissen nicht, wie es geschehen, wie das unnatürlich zweigeteilte Deutschland wieder eins werden soll. Es ist uns dunkel, und wir sind auf den Glauben angewiesen, dass die Geschichte schon Mittel und Wege finden wird, das Unnatürliche aufzuheben und das Natürliche herzustellen: *ein* Deutschland als selbstbewusst dienendes Glied eines in Selbstbewusstsein geeinten Europa.¹³

Eine Woche später begann der Volksaufstand in der DDR. Die Menschen waren unzufrieden mit der politischen Bevormundung und mit der Warenversorgung. Für wichtige Nahrungsmittel gab es immer

noch Lebensmittelkarten. Die Rationen genügten jedoch nicht. Die in den Läden der staatlichen Handelsorganisation frei verkauften Lebensmittel waren – gemessen an den niedrigen Löhnen und den noch viel niedrigeren Renten – zu teuer.

Ohne Gespür für die Stimmung im Lande verfügte der Ministerrat eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich zehn Prozent. Beim VEB Carl Zeiss waren es 6,1 Prozent, was unter der Belegschaft erhebliche Unruhe hervorrief. Als die Gewerkschaftszeitung *Tribüne* in einem Leitartikel am 16. Juni die Normerhöhung als «in vollem Umfang richtig» bezeichnete, wirkte das im ganzen Land als Provokation.

Auf der Grossbaustelle in der Berliner Stalinallee beschlossen die Bauarbeiter am 16. Juni in den Streik zu treten. Sie marschierten zum Haus der Ministerien in der Leipziger Strasse, um ihre Resolution abzugeben. Ihnen schlossen sich spontan Maurer und Zimmerleute von anderen Baustellen an. «Überall aus den Strassen, aus den Häusern strömten die Menschen hinzu», berichtete ein SED-Funktionär, «und ich erlebte zum ersten Mal, dass der Einzelne, anscheinend völlig ohnmächtig gegenüber denen da oben, zu einer Kraft wird.» Die Szene vor dem «Haus der Ministerien», diesem «festungsartigen Gebäudekomplex», hat der Schriftsteller Stefan Heym in seinem umstrittenen Roman über den Volksaufstand beschrieben:

Die Sprechchöre gewannen an Mitrufern; die Arbeiter begannen, sich zu beteiligen,– die Rufe abfallend an der gesichtslosen Mauer, schufen immer neues Echo:

«Nieder mit den Normen!»

«... den Preisen!»

«... den Sektorengrenzen!»

«... Wir fordern Wahlen!»

«... freie Wahlen!»

«... ein einiges Deutschland!»¹⁴

Im ersten Stock öffnete sich ein Fenster, und die Demonstranten erkannten den stellvertretenden Ministerpräsidenten Heinrich Rau und den Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann. «Kommt runter», riefen die Arbeiter. Ein Tisch wurde herausgetragen. Dann kam Selbmann. Er stieg auf den Tisch. «Liebe Kollegen!» «Wir sind nicht deine Kollegen!», tönte es ihm entgegen. «Ich bin auch Arbeiter», rief Selbmann. «Du bist ein Lump und Arbeiterverräter», antwortete die Menge.

Wie viele kommunistische Funktionäre war auch Fritz Selbmann ein geschulter Redner. Es ging ihm jetzt darum, die Demonstranten für sich zu gewinnen. In einer pathetischen Geste breitete er die Arme aus: «Arbeiter, schaut euch meine Hände an!» Der Minister hatte aber keinen Erfolg. Die Demonstranten lachten ihn aus: «Deine Hände sind ganz schön fett.»

Noch am gleichen 16. Juni beschloss das Politbüro, die Normerhöhung wieder zurückzunehmen. Inzwischen aber hatte der Funke gezündet. Ein Funktionär beobachtete spät am Abend Jugendliche, die am S-Bahnhof Schöneweide Transparente herunterrissen und mit Pinseln und weisser Farbe die Parolen «Freiheit» und «Freie Wahlen» an die Mauern schrieben.

Die Nachricht vom Streik der Ostberliner Bauarbeiter verbreitete sich in der DDR über den *RIAS Berlin* und andere westliche Sender, aber auch über Telefonate mit Ostberlin. «Es hat uns natürlich angespornt», berichtete ein Arbeiter der Leuna-Werke in Merseburg, «und wir haben uns vorgenommen, am anderen Morgen dasselbe zu tun und die Arbeiter in Berlin zu unterstützen.»

Im Bau 15 war es, da fing es an, dass die Arbeiter meuterten. Durch Radfahrer, also durch Arbeiter, die nun im Werk herumfahren, erfuhren wir davon, und es wurde die gesamte Arbeiterschaft von den Leuna-Werken zum Verwaltungsgebäude bestellt... Als wir zum Verwaltungsgebäude kamen, da waren dort mindestens schon 20'000 Mann versammelt.

Die Leuna-Werke haben 28'000 Mann Belegschaft. Es fanden sich dann Redner, einer war dabei, der vier Jahre in Buchenwald nach '45, die nun die Forderungen der Arbeiter formulierten.¹⁵

Dieser forderte die Zurücknahme der Normerhöhung und die Freilassung sämtlicher politischer Häftlinge und verwandte sich insbesondere für die 15 Kollegen, die in Untersuchungshaft in Halle saßen. Auch im Leuna-Werk hatte es, wie bei Carl Zeiss in Jena, Verhaftungen gegeben.

Ich forderte freie Wahlen, ich warnte aber auch vor etwaigen Gewalttaten. Ich sagte ausdrücklich, keine Drohungen, keine Gewalttätigkeiten gegen die sowjetische Besatzungsmacht. Ich betonte, wir wollten die Sowjets bei dieser Sache aus dem Spiel lassen, dies sei eine rein deutsche Angelegenheit.¹⁶

In einem langen Zug marschierten die Arbeiter nach Merseburg. Auf dem Weg schlossen sich Tausende von Menschen aus den umliegenden Ortschaften an.

Die völlig überraschte Volkspolizei erklärte sich in vielen Fällen als solidarisch mit den streikenden Arbeitern und reihte sich Schulter an Schulter in die Marschkolonnen ein. Bauern verliessen ihre Traktoren, Geschäftsleute ihre Läden und Angestellte die Büros, um zusammen mit den in Lederschürzen, Holzpantinen und Schweisserbrillen anrückenden Arbeitern der Chemischen Werke zu demonstrieren. Plakate mit Parteilosungen, SED-Embleme und die verhassten roten Fahnen säumten zerrissen und zerfetzt den Zug der schnell auf mehrere zehntausend Menschen angeschwollenen Marschgruppen.¹⁷

Als die Demonstranten zum Nulandtplatz kamen, erschienen auf der anderen Seite die Buna-Arbeiter und -Angestellten. Binnen Kurzem

waren 100'000 Menschen versammelt. Es herrschte, wie Augenzeugen berichteten, eine «euphorische Stimmung»:

Das Deutschlandlied klang auf und niemand verband in dieser Stunde mit seinem Text nationale Überheblichkeiten. An Einigkeit, Recht und Freiheit dachten die meisten beim Singen, auch wenn sie den Text nicht so im Gedächtnis hatten. Es war wie ein Rausch, der die Menge erfasst hatte, in der sich Wildfremde umarmten, Frauen weinten und Parteigenossen sich verstohlen ihrer Abzeichen entledigten. Die Forderungen, die über einen beschlaggenommenen Lautsprecherwagen der Menge bekannt gegeben wurden, stiessen auf tosenden Beifall: «Ablösung der Regierung», «freie Wahlen», «Herabsetzung der Normen», «niedrige Preise in den staatlichen HO-Läden» und – dies vor allem – «Freilassung aller politischen Gefangenen».¹⁸

In Görlitz versammelten sich 10'000 Demonstranten auf dem Obermarkt. Später hat die SED behauptet, der Volksaufstand sei von



17. Juni 1953: Streikversammlung im Glaswerk Schott & Genossen.

«Agenten», «Provokateuren» und «Drahtziehern» gesteuert worden. Auch in Görlitz zeigte sich, dass es sich um spontane, ungeplante Aktionen gehandelt hat. Die Menschen warteten, und nichts geschah. Plötzlich hörten sie über Lautsprecher eine Stimme: «Ist denn niemand hier, der sprechen kann?» Alles schwieg. Daraufhin sagte die gleiche Stimme: «Dann wollen wir doch erst einmal unsere Nationalhymne singen.» Der Abiturient, der dieses berichtet hat, kommentierte: «Die Nationalhymne war für uns die dritte Strophe des Deutschlandliedes: Einigkeit und Recht und Freiheit!»

Auch Jena spielte eine Rolle im Volksaufstand. Am 17. Juni wurde schon ab 7.30 Uhr das Südwerk des VEB Carl Zeiss an der Tatzendpromenade bestreikt, wo 4'000 Arbeiter beschäftigt waren. Einige beherzte Arbeiter sprachen zu ihren Kollegen und forderten «die Beseitigung der Normerhöhungen, der Ausbeutung und des Hungers und vor allen Dingen den Sturz der Regierung»:

Die Giessereiarbeiter erklärten, dass sie diesen Streik [in Ostberlin] unterstützen müssten und verlangten von sich aus noch zusätzlich, dass das alte Zeiss-Statut wieder hergestellt werden solle und die Bezeichnung «VEB» zu verschwinden habe.¹⁹

Die Betriebsleitung holte Werksdirektor Hugo Schrade zu Hilfe, der die Arbeiter zu beruhigen versuchte. Er hatte aber keinen Erfolg. Die Zeissianer beschlossen einstimmig, in den Streik zu treten. Viertausend Arbeiter marschierten in die Innenstadt. Unterwegs erhielten sie Verstärkung durch die Belegschaft von Jenapharm. Bei den Schottwerken versuchte die SED-Betriebsgruppe vergeblich, die Schottianer von einer Solidarisierung abzuhalten. Als der lange Zug der Marschierenden am Holzmarkt eintraf, waren es schliesslich etwa 7'500 Menschen.

Inzwischen hatten die Arbeiter des Hauptwerkes im Stadttinneren ebenfalls beschlossen, in den Streik zu treten. Von hier zogen noch

einmal 7·500 Demonstranten zum Holzmarkt. In Sprechchören forderte die Menge den Rücktritt der Regierung. Auch hier warteten alle auf einen Redner. Ein Mitarbeiter des Südwerkes, ein Optik-Polierer, fühlte, dass etwas geschehen müsse und sprang auf einen Wagen. Er forderte die Besetzung aller Dienststellen der Partei und Massenorganisationen und die Befreiung der politischen Gefangenen.

Während der Ausführungen des Redners begannen die Demonstranten bereits, das FDGB-, das FDJ- und das SED-Haus zu stürmen, alle Transparente zu entfernen und die Bilder aus den Fenstern zu werfen. Obwohl das SED-Haus von sowjetischen Posten umstellt war, wurde durch die Demonstranten das Haus ausgeräumt und alles durch die Fenster hinausgeworfen. Die Demonstranten verliessen gegen 13 Uhr das SED-Haus über aufgestellte Leitern, ohne dass die sowjetischen Posten eingriffen ...

Gegen 12.00 Uhr stürmten die Demonstranten das Stadtgefängnis und befreiten ca. 20 politische Gefangene, darunter ein Mädchel von 17 Jahren, das schon drei Tage krumm geschlossen in Ketten lag, und fünf Männer, die bereits drei Tage bis an den Bauch in den Wasserzellen gestanden hatten. Diese Gefangenen wurden durch die Demonstranten an einen sicheren Ort abtransportiert.²⁰

Ein anderer Zeitzeuge, ein Landwirt aus Maua, der am Sturm auf das Landratsamt teilnahm, hat miterlebt, «wie die wütende Menschenmenge die roten Funktionäre hinausgejagt hat, das heisst, der Landrat sprang aus dem Fenster und ergriff die Flucht».

Nachdem die roten Funktionäre vertrieben waren, zogen die Demonstranten zum Holzmarkt – eine vieltausendköpfige Menge. Viele Menschen haben geweint. Sie sangen dort das Deutschlandlied.²¹

Später hat die SED die Demonstranten als «Faschisten» zu diskreditieren versucht und die Behauptung aufgestellt, sie hätten in Jena das Horst-Wessel-Lied gesungen. Das war eine infame Lüge.

Um 13.00 Uhr besetzten sowjetische Truppen die Betriebe von Zeiss und Schott. Die Wachen vor den öffentlichen Gebäuden wurden verstärkt. Sieben Demonstranten konnten das SED-Haus nicht mehr verlassen. Sie wurden von Sowjetsoldaten verhaftet und abtransportiert.

Zweieinhalb Stunden später trafen zwanzig sowjetische Panzer T 34 und ein grösseres Aufgebot von Infanterie ein. Die Truppen begannen, den Holzmarkt zu räumen.

Die Bevölkerung leistete aber Widerstand, so dass durch die Besatzungsmacht noch grössere Verstärkungen auf den Holzmarkt geworfen wurden. Die Bevölkerung schob Strassenbahnwagen gegen die Panzer vor und sperrte die Strassen damit ab. Die Strassenbahnen wurden später durch die Panzer an den Hauswänden zerquetscht...

Gegen 17.00 Uhr wurde der Belagerungszustand verhängt... Die Panzer schoben sich nun gegen die Demonstranten vor und trieben die Massen auseinander. Auf einigen Panzern befanden sich SED-Angehörige, die die Panzer lenkten und auch den sowjetischen Soldaten zuriefen, welche Personen festgenommen werden sollten. Die Bevölkerung leistete immer noch Widerstand ... Daraufhin wurden weitere Infanterieeinheiten eingesetzt, die nun planmässig begannen, den Platz und die Strassen zu räumen, wobei sie fortgesetzt in die Luft schossen.²²

In der Nacht begannen die Verhaftungen. Dem Optik-Polierer aus dem Südwerk, der zur Menge gesprochen hatte, gelang die Flucht. Beim Überschreiten der Berliner Sektorengrenze am Dammweg in Richtung Neukölln wurde er von sowjetischen Patrouillen und Volkspolizisten beschossen und mit Hunden gehetzt. Gerade noch rechtzeitig konnte er sich in eine Westberliner Wohnlaube retten.



17. Juni 1953: Holzmarkt in Jena. Der Aufstand, ist niedergeschlagen.

Allein von den deutschen «Organen» sind damals 13'000 Menschen festgenommen worden. Wieviele Verhaftungen es durch die Sowjets gegeben hat, ist bis heute unbekannt geblieben. Am Abend des 19. Juni wurde Alfred Diener, ein Schlosser im Zeiss-Südwerk, zum Tod durch Erschiessen verurteilt und das Urteil sofort vollstreckt.

Die SED und die Blockparteien machten «faschistische Drahtzieher» für den Volksaufstand verantwortlich. Friedrich Schomerus war (nicht zum ersten Male) von der Anbiederung seiner Partei tief enttäuscht. Am 20. Juni erklärte er seinen Austritt aus der LDP.

Der Ausnahmezustand dauerte bis zum 30. Juni. In den ersten Tagen standen an allen Verkehrszentren sowjetische Panzer, und die Ausgangssperre erstreckte sich von 20 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Am 20. Juni veröffentlichte das *Neue Deutschland* einen Bericht, wonach die Zeiss-Arbeiter beschlossen hätten, die durch den Streik entstandenen Produktionsausfälle aufzuholen und die entstandenen Betriebsschäden zu beseitigen.

Da die meisten Werktätigen von diesem «Beschluss» nichts wissen, wird erneute Unruhe im Betrieb ausgelöst.²³

Am 7. Juli fanden Betriebsversammlungen statt, auf denen die Unzufriedenheit der Mitarbeiter und ihre Enttäuschung zum Ausdruck kam, dass keine politischen und wirtschaftlichen Reformen eingeleitet wurden.

Der Forderungskatalog der Abteilung Mikro-Oberflächen-Behandlung (MOB) war charakteristisch für die Stimmung unter den Arbeitern. Der erste von 33 Punkten lautete: freie, geheime Wahlen für die Einheit Deutschlands, der letzte: Abbau der Spitzengehälter. Aus dem Kommentar des MfS wird ersichtlich, dass es sich um ein durchaus typisches Beispiel handelte. Zu diesem Zeitpunkt, hiess es darin, hätten der Betriebsgewerkschaftsleitung «noch ca. 250 Protokolle mit ähnlichen Forderungen, die aus vorhergegangenen Versammlungen stammten», vorgelegen.²⁴

Aus den Zeitungen erfuhren die Mitarbeiter am 8. Juli, dass der Mechaniker Eckhardt Norkus aus der Abteilung Ophthalmo-Montage vom Bezirksgericht Gera wegen Provokation und Landfriedensbruch zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Er hatte am 17. Juni im Hof des Hauptwerkes zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Das Urteil erregte neue Unruhe. In einer Unterschriftenaktion, an der sich spontan 1'300 Kollegen beteiligten, forderten die Mitarbeiter die Freilassung aller politischen Häftlinge. Als diese Forderung abgelehnt wurde, traten einige Abteilungen mit zusammen mehr als 2'000 Mitarbeitern in den Sitzstreik. Daraufhin drohte der sowjetische Stadtkommandant mit drakonischen Massnahmen und erreichte die Beendigung des Streiks. Die Mitarbeiter leisteten aber passiven Widerstand, und die Produktion ging deutlich zurück.

Um diese Zeit gelangte eine wichtige Nachricht von Jena über die Zweigniederlassung in Westberlin nach Oberkochen an Walter Da-

vid. Unter den Akten, die die Jenenser am 17. Juni aus der Kreisdienststelle der Staatssicherheit geholt hatten, befand sich ein streng geheimer «Perspektivplan». Darin ging es um den weiteren Aufbau des Spitzelnetzes im VEB Carl Zeiss. Ein zuverlässiger Zeissianer hatte die Dienstanweisung sichergestellt.

Am 9. Juli flog David nach Berlin. Hans Pardow, der Leiter der Zeiss-Verkaufsniederlassung, brachte ihn bis an die Sektorengrenze kurz vor dem Potsdamer Platz. Dann liess er David allein. Pardow war zur Fahndung ausgeschrieben. Alle Volkspolizeistationen hatten die Anweisung, ihn als «Agenten» festzunehmen.

Als Treffpunkt hatte David die Kreuzung Leipziger Strasse und Mauerstrasse in der Nähe des «Hauses der Ministerien» vereinbart. Der Jenenser Mitarbeiter sollte eine Zeitung in der Hand tragen, das *Neue Deutschland*, und sich neben dem SED-Parteiabzeichen noch das Abzeichen des FDGB anstecken. David brauchte keine Identifizierung. «Ich kenne ihn von Jena», liess der wackere Zeissianer ausrichten.

Eise Eisfeld hatte die Aktion eingefädelt. Bei den Oberkochenern hiess sie intern der «Hauptfeldwebel» der Westberliner Filiale. Sie war ein entschiedener Gegner des Regimes und stand wie ihr Chef Hans Pardow auf den Fahndungslisten der DDR. Angeblich warb sie Fachkräfte vom VEB Carl Zeiss Jena ab und vermittelte sie nach Oberkochen. Bei den Vernehmungen durch die Staatssicherheit hatte der Häftling Otto Birkenbeil ausgesagt: «Die Eisefeld macht keinen Hehl daraus, dass sie offen gegen die DDR ist.» Wie wir jetzt wissen, gab es von den bei der Aktion «Lupe» verhafteten Mitarbeitern bereits «Geständnisse». Sie hätten zu Pardow und Eisefeld «verbrecherische Verbindungen» unterhalten.

«Ich möchte einmal erleben, dass du Angst hast», hörte David oft von seiner Frau. Auch als er jetzt zur vereinbarten Zeit an der Kreuzung stand und der Kurier ausblieb, behielt er die Ruhe: «Das Treffen war als zufällige Begegnung angelegt. Mehr als fünf Minuten wollte ich auf dem verkehrsarmen Platz nicht warten.» Er wusste,

was auf dem Spiele stand. Nach den Massstäben der Staatssicherheit war das, was er hier unternahm, ein «Agententreff». Dafür gab es drei bis fünf Jahre Zuchthaus.

Es ging aber alles gut. Der Zeissianer kam, ein Mann im gleichen Alter, um die Vierzig. Ein fester Händedruck, dann übergab der Jenenser das *Neue Deutschland*. Darin lag der Perspektivplan der Stasi-Kreisverwaltung. Wortlos trennten sich die beiden Männer.

Ein anderes Dokument wurde von Joist Grolle in den Westen gebracht. Nach dem Abitur 1951 in Jena war er über die Grenze gegangen und studierte Geschichte und Germanistik in Göttingen und an der Freien Universität in Berlin. Im Sommer 1953 kam er zu Besuch zum Grossvater Friedrich Schomerus nach Jena.

Schomerus wollte den verhafteten Zeissianern helfen. Er hatte Kenntnis von einem Brief des Ministeriums für Maschinenbau an Werksdirektor Schrade. Hierin hatte das Ostberliner Ministerium Schrade angewiesen, sich stillschweigend an die Oberkochener Bedingungen für den Verkauf der Erzeugnisse des VEB zu halten. Nichts anderes hatten die Verhafteten getan. Der Brief war ein wichtiges Entlastungszeugnis. Im Auftrage seines Grossvaters holte sich Grolle eine Kopie bei einem Mitarbeiter, der in einem Zeiss-Siedlungshaus wohnte. Wahrscheinlich fühlte sich dieser Mitarbeiter dem früheren Geschäftsleiter dankbar verbunden, war Schomerus doch seit 1933 und noch immer leitendes Vorstandsmitglied der Siedlungsgesellschaft Carl Zeiss. Übrigens berichtete damals Schomerus seinem Enkel: «Gebaut haben wir 1160 Wohnungen, davon 920 Eigenheime mit Garten und 240 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.»

Im Prozess spielte der Brief des Ministeriums dann doch keine Rolle, weil nur in einem Rechtsstaat das Gericht verpflichtet ist, alle Beweise zu würdigen. Wer jedoch davon Gebrauch machte, war David. Er publizierte eine Dokumentation über die Vergangenheit und Gegenwart der Carl-Zeiss-Stiftung.

Hier findet sich neben dem Perspektivplan der Staatssicherheit auch der Brief des Ministeriums für Maschinenbau vom 25. Februar 1952.

Am 23. September 1953, ein halbes Jahr nach der Verhaftung der Zeissianer, verfasste der Generalstaatsanwalt der DDR die Anklageschrift. Der Text glitt stellenweise in reine Propagandaphrasen ab:

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Hort des Friedens und steht als gleichberechtigter Staat souverän im Lager der Völker des Friedens. Mit Hilfe unserer befreundeten Länder, an der Spitze der Sowjetstaat, schreitet die Regierung der DDR mit allen Werktätigen in Stadt und Land unbeirrbar auf dem Weg für Frieden, Einheit und Demokratie vorwärts. Hasserfüllt sehen die englischen und amerikanischen Kriegsbrandstifter und ihre westdeutschen Trabanten und Helfershelfer der Entwicklung in der DDR entgegen. Mit Hilfe ihrer Agentenzentralen und des Hetzsenders RIAS versuchen sie mit Lüge, Verleumdung, Spionage, Sabotage und Mord die Entwicklung der DDR zu hintertreiben.²⁵

Insgesamt 17 Zeissianer hatte der Staatssicherheitsdienst am 21. März verhaftet. Sechs von ihnen waren inzwischen freigekommen. Friedrich Wönne lebte nicht mehr. Die zuletzt noch zehn Angeklagten wurden in zwei getrennten Verhandlungen am 5./6. und 9./10. Oktober verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte hohe Zuchthausstrafen gefordert, und das Bezirksgericht Gera folgte den Anträgen. Otto Birkenbeil und Felix Neuffer erhielten acht Jahre Zuchthaus, Paul Förster, Walter Hauser und Alfred Kammerzell fünf Jahre. Die übrigen fünf Männer kamen mit geringeren Zuchthausstrafen davon, einer (Herbert Jahr) erhielt gar nur eineinhalb Jahre Gefängnis.*

* Herbert Jahr starb während der Haft an einem Blinddarmdurchbruch, weil sich das Gefängnispersonal nicht rechtzeitig um ihn kümmerte.

Im Urteil wiederholten die Richter die Lesart der SED, wonach die «alte kapitalistische Werkleitung» von Anfang an das Ziel verfolgt habe, «den Betrieb in Jena im alten kapitalistischen Sinn zu Gunsten des neu entstehenden Betriebes in Westdeutschland zu führen»:

Im weiteren Verlauf dieser kapitalistischen Manipulation wurde dann schliesslich auch die Zweigzentrale im heutigen Westberlin von dem neu entstehenden Werk Zeiss Opton in Heidenheim zu einer regelrechten Agentenzentrale ausgebaut. Diese Agentenzentrale hatte in der Hauptsache die Abwerbung von Spezialisten und Fachkräften aus dem Betrieb Jena sowie Werksspionage zu Gunsten des westlichen Betriebes durchzuführen.²⁶

KAPITEL 7

Das Wirtschaftswunder

Noch vor der Konstituierung der neuen Bundesregierung begannen im September 1953 die Sitzungen der Beratenden Versammlung des Europarates. Zu den deutschen Abgeordneten in Strassburg gehörte für die CDU Kurt Georg Kiesinger. «Ich spürte bei meiner Ankunft sofort eine ungewohnte, kühle Zurückhaltung», berichtete er in seinen Memoiren. «Paul-Henri Spaak hatte sich durchaus in Übereinstimmung mit der Politik des Bundeskanzlers für die Einbeziehung Deutschlands in die westliche Welt ausgesprochen, und er hatte als das wichtigste gemeinsame Ziel die deutsche Wiedervereinigung bezeichnet.» Missbehagen im Kreise der Strassburger Delegierten lösten jedoch die Pläne aus, die westliche Verteidigungsallianz durch deutsche Soldaten zu verstärken. In den Kreisen der politischen Linken war die Furcht vor Deutschland immer noch grösser als die Furcht vor der Sowjetunion.

In der Aussprache wurden schwere Bedenken gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag und massive Angriffe gegen Konrad Adenauer vorgetragen, der ungeschickterweise kurz vorher statt von der Wiedervereinigung von der Befreiung der achtzehn Millionen Deutschen in der Sowjetzone gesprochen hatte. Die Äusserung des Bundeskanzlers, bei der er nicht bedacht hatte, dass das Wort «liberation» während des Krieges gegen Hitler eine besondere Bedeutung, eine Befreiung mit Waffengewalt, erhalten hatte, wurde von einigen Rednern kritisch aufgegriffen.¹

Das Misstrauen gegen die Deutschen sass tief. Man dürfe sich nicht darüber täuschen, erklärte der Physiker Werner Heisenberg 1954,

dass die Stimmung Deutschland gegenüber in vielen Ländern gegenwärtig schlechter sei als etwa vor vier Jahren. In Amerika habe er das kürzlich selbst erlebt.

Albert Einstein war überzeugt, dass die Deutschen unverbesserliche Nationalisten und Militaristen seien. Bei ihrer «fixierten Mentalität» gebe es für sie «überhaupt keinen anderen Weg, als im Trüben zu fischen unter geschickter Ausnutzung der Zwietracht zwischen Amerika und der Sowjetunion».

Zur Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches hatte Einstein eine erstaunliche politische Weitsicht besessen. Jetzt lebte er in den Vereinigten Staaten und verstand nicht mehr, was in Deutschland vorging. Bei der grossen Mehrheit der Deutschen und vor allem bei der jüngeren Generation hatten die Erlebnisse im Kriege zu einem Umdenken geführt. Die «Remilitarisierung» stiess auf entschiedenen Widerstand.

Es kam gar nicht selten vor, dass bei internationalen Begegnungen Teilnehmer aus den Nachbarländern an die von den Deutschen begangenen Verbrechen erinnerten und vor der erneut drohenden «deutschen Gefahr» warnten. Kiesinger berichtete von der Rede eines irischen Delegierten in Strassburg: In den letzten achtzig Jahren habe Deutschland drei Mal den Frieden in Europa gebrochen, 1870, 1914 und 1939, und viele Millionen Menschen hätten ihr Leben verloren.

«Können wir Hitler, können wir Belsen vergessen?», rief der Redner aus. «Deutschland will die Wiedervereinigung, es will seine verlorenen Provinzen zurück. Es will einen Platz an der Sonne. Es wünscht Wiederbewaffnung, wie es sie 1919 wünschte.»²

Der Verfasser des vorliegenden Buches hat bei wissenschaftlichen Tagungen ähnliche Angriffe gegen die «unverbesserlichen Deutschen» erlebt und – gemeinsam mit den Kollegen aus der DDR – als ungerecht empfunden und darunter gelitten. Die Folge war eine ge-

wisse Solidarisierung zwischen den Deutschen (West) und den Deutschen (Ost). «Armes Deutschland», sagte der Kollege aus Ostberlin durchaus in unserem Sinne.

Die kommunistische Propaganda hat die verbreiteten Ressentiments massiv genutzt, um Stimmung gegen die Bundesrepublik zu machen. Während in der DDR die politische Verantwortung in den Händen bewährter Antifaschisten läge, etablierten sich im Westen erneut die alten Nationalsozialisten und Militaristen. Am 20. Juli 1954 verschwand Dr. Otto John, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen aus Westberlin. Er hatte an einer Gedenkveranstaltung zum zehnjährigen Jahrestag des Attentats gegen Hitler teilgenommen. John tauchte in Ostberlin wieder auf und beschuldigte auf einer vielbeachteten Pressekonferenz die Bundesregierung, die alten Nazis zu protegierten. Im Amt Blank, dem Vorläufer des Verteidigungsministeriums, und in der Organisation Gehlen, dem Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes, seien ehemalige SD- und SS-Offiziere in leitenden Positionen tätig.

Wichtiger als historisches Datum war der 4. Juli 1954. Er markiert im Bewusstsein der Westdeutschen das Ende der Nachkriegszeit. An diesem Tage siegte Deutschland im Endspiel gegen Ungarn und wurde Fußball-Weltmeister. Fast zur gleichen Stunde belegten beim Automobilrennen um den Grossen Preis von Frankreich zwei Mercedes-Benz-Silberpfeile die beiden ersten Plätze:

Je bescheidener wir diese überraschenden Erfolge hinnehmen, je weniger wir von nationalem Empfinden und Hochmut in sie hineinlegen, umso mehr werden sie in der Welt wirken und für uns und unseren Sport werben, der sich in erstaunlich kurzer Zeit nach einem totalen Zusammenbruch wieder gefangen und zur Höhe hinaufgearbeitet hat.³

Nach dem Kriege hatte das Selbstbewusstsein der Deutschen schwer gelitten. Mit dem Wohlstand wuchs neues Selbstvertrauen. Neben der Besserung der Lebensverhältnisse spielten der Stolz auf die Wiederaufbauleistung und die Anerkennung, die deutsche Qualitätsarbeit im Ausland fand, eine ganz wichtige Rolle. Deutsche Autos, deutsche Maschinen und deutsche Kameras besaßen in der Welt einen geradezu sagenhaften Ruf. Das Selbstvertrauen der Deutschen werde «fast ausschliesslich vom Stolz auf technische und wirtschaftliche Werte bestimmt», sagten Zeitgenossen: «D-Mark und Goldmedaillen bilden den Kern des deutschen Selbstbewusstseins.»

Wirtschaftlich ging es steil aufwärts. Nach der weitgehenden Freigabe des Handelsschiffbaues durch das Petersberger Abkommen gingen Bestellungen aus der ganzen Welt bei den deutschen Werften ein. 1952 orderte der griechische Reeder Aristoteles Onassis bei der Howaldt-Werft in Hamburg zwei Riesentanker von 45'000 und 47'000 BRT. Die beiden Ölschiffe wurden innerhalb von neun Monaten fertig. Mit Stolz registrierte der Chronist 1954 «eine Anerkennung deutscher Werkmannsarbeit draussen in der Welt» und zitierte den *Daily Mirror*: «Die Deutschen arbeiten in drei Achtstundenschichten rund um die Uhr und bauen ein Schiff in einem Viertel der Zeit, die britische Werften als Lieferfrist anbieten können.»

Auch die Elektroindustrie war dabei, ihre alte Weltstellung wieder zu erreichen und produzierte wirtschaftlicher und besser als zuvor. Bei der Brown, Boveri & Cie AG in Mannheim (der deutschen Tochter des Schweizer Konzerns), die schwere Kriegsschäden erlitten hatte, stieg die Zahl der Mitarbeiter innerhalb von zwei Jahren (1953 bis 1955) von knapp 14'000 auf 17'700 (um 26 Prozent) und der Umsatz von 293 auf 392 Millionen (um 34 Prozent). Noch stärker erhöhte sich der Bestellungseingang. «Der Auftragsbestand erreichte am Jahresende eine nie dagewesene Höhe», heisst es im Geschäftsbericht 1954.

Ein Juwel unter den deutschen Grossfirmen war die Daimler-Benz AG. Während bei den Nutzfahrzeugen das Angebot vom Leichttransporter bis zum Schwerlastwagen reichte, konzentrierte sich das Unternehmen bei Personenkraftwagen auf das obere Marktsegment. Daimler-Benz erreichte die Spitzenstellung in der Technologie, im Design und im Prestige.

Neben dem Wiederaufbau der Produktionsstätten sah die Firma als wichtigste Aufgabe, die Fäden zum Ausland neu zu knüpfen. Im Jahre 1956 wurden von den 69'600 produzierten PKW 33'800 exportiert. Noch etwas stärker als die Produktionsziffern stieg der Export; von den 123'000 im Jahre 1960 hergestellten PKW gingen 63'300 ins Ausland. Im Februar 1954 präsentierte die Firma auf der New Yorker Sportwagenschau zum ersten Male ihre neuen Sportwagen 190 SL und 300 SL. In den sechziger Jahren wurde der 190 SL zum Traum für jede amerikanische Studentin.

Der Erfolg der Firma Daimler-Benz liess sich auch an den Aktienkursen ablesen. Ende 1954 mussten für eine 100 DM-Aktie 250 DM bezahlt werden, Ende 1958 waren es schon 940 und ein Jahr später 2'650 DM. Neben der Erhöhung des «shareholder value» spielten dabei auch Aufkäufe eine Rolle. Als die Hauptversammlung im Juli 1955 Hermann J. Abs zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wählte, wurde auch das Engagement der Familien Flick und Quandt bekannt.

Neben einem solchen Giganten mit 40'000 Mitarbeitern und über eine Milliarde Umsatz (beides 1954) nahm sich die Firma Carl Zeiss in Oberkochen mit ihren 2'850 Mitarbeitern bescheiden aus. Aber auch sie hatte eine bedeutende Aufbauleistung vollbracht. Mitte des Jahres 1954 wurden schon wieder 600 verschiedene Produkte hergestellt. Nach einer internen Aufstellung waren bis zum 1. Mai 1954 insgesamt 11 Millionen Brillengläser, nahezu 750'000 Photo-Objektive, mehr als 7'000 Nivellierinstrumente, 6'000 Mikroskope und 50 Stereoplanigraphen ausgeliefert worden. Nach den unvermeidlichen Anfangsverlusten war die Firma 1953, ein halbes Jahr später als von

Heinz Kuppenbender vorausberechnet, mit knapp über 3'000 Mitarbeitern in die Gewinnzone gekommen.

Im Jahre 1953 zählten zur optischen und feinmechanischen Industrie Westdeutschlands und Westberlins über 1'300 Betriebe mit fast 120'000 Beschäftigten. Von der Produktion wurden durchschnittlich 44 Prozent exportiert, bei Kameras waren es 64, bei Mikroskopen 60 Prozent. – Betrachtet man den Anteil am Welthandel, lag die Bundesrepublik 1950 hinter den Vereinigten Staaten und Grossbritannien. 1951 setzte sie sich mit 29 Prozent vor den USA (27 Prozent) wieder an die Spitze.

Wie der Betrieb in Oberkochen verkaufte auch das Stammwerk in Jena seine Produkte unter dem berühmten Namen «Carl Zeiss». Zuständig für den Vertrieb der Jenenser Produkte war nicht mehr der Betrieb in Jena, sondern die Volkseigenen Handelsunternehmen «Deutscher Innen- und Aussenhandel» in Ostberlin, abgekürzt DIA. Den Oberkochenern war es nicht gelungen, mit dem Staatsunternehmen zu einer Übereinkunft über die Benutzung der Namens- und Warenzeichenrechte zu gelangen. Am 12. Februar 1954 teilte Walter David dem DIA mit, dass nun nichts übrigbliebe «als prozessual gegen jede rechtswidrige Fremdbenutzung unseres Namens Carl Zeiss sowie unserer Marken und Patente vorzugehen». Von nun an betrachtete Zeiss-Oberkochen das Staatsunternehmen in Jena und den DIA als feindliche Konkurrenten. Noch im gleichen Monat erwirkten die Oberkochener beim Landgericht Göttingen eine einstweilige Verfügung gegen die Firma Werner Jähnert in Göttingen, die den Vertrieb der Jenenser Produkte übernommen hatte.

«Es vergeht kein Tag, an dem man nicht hört, das geteilte Deutschland müsse wiedervereinigt werden.» So hiess es in der *Deutschen Chronik 1954*. Gleichzeitig aber vertiefte sich die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten. Zur ersten dramatischen Konfrontation zwischen Zeiss (West) und Zeiss (Ost) kam es in Ägypten. Im März 1954 veranstaltete die DDR in Kairo ihre erste grosse Indu-

striausstellung im nicht-kommunistischen Ausland. Zweihundert Funktionäre – technische Spezialisten und Stasi-Mitarbeiter – wirkten vor Ort. Es ging der SED darum, den «ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden» als moderne Industrienation zu präsentieren. Offiziell unterhielt Ägypten diplomatische Beziehungen nur zur Bundesrepublik. So war bereits die Eröffnung durch den Staatspräsidenten General Nagib und seine Schirmherrschaft über die Ausstellung ein Erfolg für die DDR. «Das relativ dürftige Warenangebot», hiess es in der *Frankfurter Allgemeinen*, «die teilweise geradezu klägliche Qualität der ausgestellten Erzeugnisse wurden für den naiven Besucher überdeckt durch eine grosszügig-repräsentative Aufmachung und eine sorgfältige Organisation»:

Und vor allem: Nirgends war klar zu erkennen, dass es sich um eine Ausstellung nur eines Teils von Deutschland handelt. Die ägyptische Bevölkerung, die in Scharen in diese Ausstellung strömt, die schwarz-rot-goldenen Fahnen sieht und die «deutschen» Industrierzeugnisse bewundert, musste den Eindruck gewinnen, hier handele es sich tatsächlich um das gesamte Deutschland.⁴

Von dem zuständigen Gericht in Kairo hatte Carl Zeiss Oberkochen bereits die Beschlagnehmung der mit Carl Zeiss und den entsprechenden Marken gekennzeichneten Waren erwirkt. Dieser Beschluss wurde jedoch von der Ausstellungsleitung ignoriert und konnte nicht exekutiert werden. Daraufhin flog David nach Kairo. Die Zeiss-Generalvertretung und die deutsche Botschaft empfahlen äusserste Zurückhaltung. Trotzdem begab sich David mit dem ägyptischen Anwalt und einem Exekutivbeamten unverzüglich auf das Ausstellungsgelände. Doch auch jetzt gelang es nicht, den Gerichtsbeschluss durchzusetzen.

In Ägypten war ein Machtkampf im Gange. Eine Offiziersjunta unter dem Obersten Nasser suchte Nagib aus seinen Ämtern zu drän-

gen. Es gelang David, beim Revolutionskomitee Gehör zu finden und Nagib als gemeinsamen Gegner zu identifizieren. Es müsse doch, argumentierte der Justitiar, für den Obersten Nasser «ein gefundenes Fressen sein, durchzuführen, was heute Vormittag misslungen sei, nämlich einen ägyptischen Staatsakt zu exekutieren»:

Am nächsten Tag wurde die Exekution wiederholt. Ich war mit draussen, und diesmal nicht mit einem Exekutivbeamten, sondern mit einem militärischen Kommando. Es gab eine ganz harte, aber kurze Auseinandersetzung. Die Leiter der Ausstellung beriefen sich darauf, das sei exterritoriales Gebiet ... Aber das war doppelt falsch ... und zog also nicht. Es gab eine körperliche Auseinandersetzung; unser Anwalt stürzte die Treppe hinunter und brach sich einen Arm. Aber die Exekutivgewalt setzte sich diesmal durch. Der Pavillon wurde geschlossen.⁵

Auch bei der Industrieausstellung in Utrecht und bei der Photokina in Köln 1955, bei der auch Hugo Schrade zugegen war, erreichte Oberkochen durch einstweilige Verfügungen, dass der Volkseigene Betrieb seine Waren nicht unter dem Namen «Zeiss» präsentieren durfte.

Trotz der offiziellen Konfrontation fühlten sich die Mitarbeiter in Oberkochen und in Jena weiterhin miteinander verbunden. Nach wie vor fuhren viele Oberkochener nach Thüringen, um dort ihre Verwandten und Freunde zu besuchen, und viele Jenenser kamen nach Oberkochen. Nach einer Analyse des Staatssicherheitsdienstes spielten diese Besuche eine grosse Rolle bei der Entscheidung, Jena zu verlassen. So hätten in einem einzigen Sommermonat «ca. 1'000 Beschäftigte des VEB Carl Zeiss ihren Urlaub in Westdeutschland, vorwiegend in Oberkochen, verlebt»:

Die Auswirkungen werden in Zukunft durch Ausweitung der Republikfluchten zu spüren sein, da die rückkehrenden Urlauber die



Jena, 17. Januar 1952: Begrüßung der ersten Russlandheimkehrer im «Schwarzen Bären». Hugo Schrade und Victor Sandmann im Gespräch mit Werkmeister Wachtelborn (von rechts).

Verhältnisse bei Zeiss Oberkochen und die Perspektive für das dortige Werk günstiger beurteilen als im VEB Zeiss Jena.⁶

Im Frühjahr 1954 kam auch Oskar Bihlmaier mit seiner Frau und seinem siebenjährigen Sohn in den Westen. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion hatte er in Jena die Aufforderung erhalten, eine feinmechanisch-optische Industrie in China aufzubauen. Dazu hatte er jetzt wirklich keine Lust mehr. Am 14. April besuchte er seinen Freund Adolf Hofern.

In Oberkochen gab er eine sehr positive Schilderung des Betriebes in Jena. Was die Mitarbeiter dort geleistet hätten, sei «phantastisch». Die Oberkochener müssten sich «gewaltig auf die Hosen setzen». Trotzdem verlief seine Besprechung mit Heinz Küppenbender in dessen Heidenheimer Haus günstig. Am 20. April notierte Freund

Hofern im Tagebuch: Küp* nimmt Oskar gut auf, was nicht unbedingt zu erwarten war, da Oskar als Schrade-Mann in Jena geblieben ist und nicht in den Westen gekommen war, was ursprünglich von ihm erwartet wurde. Küp erkannte offensichtlich den Fleiss und die Einsatzbereitschaft Oskars an.⁷

Oskar Bihlmaier arbeitete fortan für Oberkochen. Nach der Übernahme des Voigtländer-Kamerawerkes in Braunschweig 1956 wurde er dort Vorstandsmitglied und technischer Geschäftsführer.

Die Gespräche mit Bihlmaier weckten bei Hofern Erinnerungen an verdrängte Erlebnisse während der Demontage in Jena. 25 Jahre lang verfolgte ihn die Szene in seinen Träumen:

Im Zeiss-Werk muss ich vor den Russen fliehen, treppauf, treppab, um die Ecken, lange Korridore entlang, um schliesslich doch durch Tor 1 a ins Freie zu gelangen.⁸

Ein schwerer Schlag für Oberkochen war der unerwartete Tod von Victor Sandmann. Erst im Jahr zuvor hatte er sich der Verhaftung durch die Staatssicherheit entziehen können und war in den Westen gekommen. Von Sandmann durfte man noch viel erwarten. Er wäre, meinten viele, der ideale Nachfolger des kaufmännischen Geschäftsführers Henrichs gewesen. Als starke Persönlichkeit hätte er für Kuppenbender ein adäquater Partner und ein Gegengewicht im Vorstand werden können.

Den 1. Mai 1954 feierten die Zeissianer gemeinsam mit dem Bundespräsidenten. Nach dem Wunsch des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollte in diesem Jahr der Weltfeiertag der Arbeit zugleich ein Bekenntnis zur deutschen Einheit sein. Es war eine gute Entscheidung des Staatsoberhauptes, nach Oberkochen zu kommen. In seiner Festrede konstatierte Theodor Heuss: «In wenigen Werken von

* Die übliche firmeninterne Abkürzung für Kuppenbender.

Weltsichtbarkeit ist so das deutsche Schicksal markiert wie in diesem Zeiss-Werk.»

Der 1. Mai war ein strahlender Frühlingstag, und Tausende von Menschen, Mitarbeitern, Familienangehörigen und Besuchern hatten sich auf dem Werksgelände versammelt. Auf den Photos erkennt man die Geschäftsleiter, den Ministerpräsidenten Gebhard Müller, Kultminister Wilhelm Simpfendorfer und Bürgermeister Gustav Bosch. Mit einer sehr persönlichen Rede wandte sich das Staatsoberhaupt an die Zeissianer:

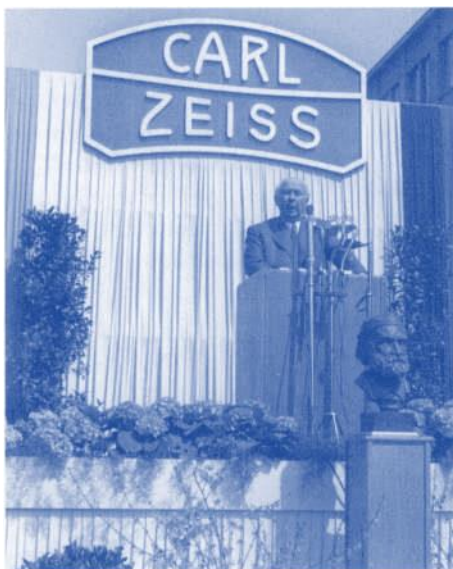
Mit herzlichem Interesse habe ich die Entwicklung [in Oberkochen] verfolgt und möchte heute dies sagen dürfen: so ungeheuer schwer es war, ein an Jena gebundenes Werk ... aus den menschlichen Voraussetzungen, aus denen allein es geworden war, zu verpflanzen – die Verpflanzung ist geglückt. Ihr habt hier wieder Wurzeln gefasst. Ihr seid von Jena zu Hunderten herübergekommen. Ihr habt... Flüchtlingen Arbeit bringen können und meine Zuversicht, dass auch die ansässigen Schwaben gute Zeiss-Leute werden, hat sich ... auf's beste bestätigt.⁹

Heuss hatte Freude am Mut und der Tatkraft der Zeissianer, und es entwickelten sich, wie er selbst gesagt hat, «mit den leitenden Herren in Oberkochen vertrauensvolle menschliche und sachliche Beziehungen». Die Geschäftsleiter staunten über die Kenntnisse des Staatsoberhauptes. Im Auftrag von Robert Bosch hatte sich Theodor Heuss schon in den zwanziger Jahren in Jena über die von Ernst Abbe geschaffene Stiftung informiert.

Für die Geschäftsleitung sprach der Senior, der jetzt 75jährige Walther Bauersfeld. Er gab bekannt, dass die im Stiftungsstatut festgeschriebenen (und bisher suspendierten) Sozialrechte wieder in Kraft treten, «insbesondere die Pensionsrechte zu 100 Prozent». Die deutschen Rundfunkanstalten übertrugen die Feierstunde, und so

konnte sich Bauersfeld direkt an die Mitarbeiter drüben wenden. Die juristische Auseinandersetzung richtete sich nicht gegen die Zeissianer in Thüringen: «Sie richtet sich ausschliesslich gegen die stiftungsfeindlichen Kräfte, die sich unserer Werke bemächtigt haben.»

Ein paar Wochen später, am 14. Juni 1954, wurde in Westberlin das «Kuratorium Unteilbares Deutschland» gegründet.



1. Mai 1954: Bundespräsident Theodor Heuss in Oberkochen. Im Vordergrund die Büste von Ernst Abbe.

Durch Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Hilfsaktionen sollte in der Bevölkerung, vor allem an den Schulen, der Wille zur Wiedervereinigung gestärkt werden. An die Spitze der überparteilichen Organisation trat der betagte frühere Reichstagspräsident Paul Löbe.

Eine der Aufgaben des Kuratoriums war die Gestaltung des 17. Juni, des «nationalen Feiertages des deutschen Volkes». Alles in allem blieben aber die Aktivitäten ohne grosse Resonanz. In Oberko-

chen bedauerte David, dass sich «Millionen an diesem Gedenktag auf die Bärenhaut» legten «und den arbeitsfreien Tag mit Lust und Vergnügen» feierten.

Inzwischen hatten die juristischen Auseinandersetzungen mit dem Volkseigenen Betrieb eine neue Phase erreicht. Am 29. April 1954 war beim Landgericht Stuttgart eine Klage eingegangen, gerichtet gegen Carl Zeiss Oberkochen und die Geschäftsleiter Bauersfeld, Henrichs und Küppenbender. Erhoben wurde die Klage vom Rat des Bezirkes Gera im Namen der Carl-Zeiss-Stiftung Jena, einer «angeblichen Carl-Zeiss-Stiftung», wie die Oberkochener sagten. Seit 1952 existierten in der DDR die bisherigen Länder nicht mehr, – an ihre Stelle waren als neue Gebietskörperschaften die Bezirke getreten. Deshalb wurde die Stiftungsverwaltung nicht mehr vom Volksbildungsministerium in Weimar, sondern vom Rat des Bezirkes in Gera repräsentiert. Mit der Klage aus Gera sollte die Löschung der Firma Carl Zeiss Oberkochen im Handelsregister und die Umschreibung der Warenzeichen auf die Stiftung in Jena erreicht werden, – Bauersfeld, Henrichs und Küppenbender sollten sich nicht mehr unter dem Namen Carl Zeiss betätigen dürfen.

In ihrer Klageerwiderung konzentrierten sich die Oberkochener auf prozessuale Einwände: Die Stiftung in Jena sei (falls man sie überhaupt noch als bestehend annehmen könne) durch den Rat des Bezirkes Gera nicht rechtmässig vertreten. Und auch aus einem zweiten Grund könne der Rat des Bezirkes Gera nicht als legitime Stiftungsverwaltung angesehen werden: Entgegen den Bestimmungen des Abbeschen Statuts vertrete er ausschliesslich die Interessen des Staates.

Eine kürzlich vorgelegte Stuttgarter Dissertation zum Thema der Prozesse Zeiss gegen Zeiss beurteilt dieses Argument als «wenig überzeugend»:

Worin sollte sich die aktuelle Situation von der eines Fritz Sauckel zu NS-Zeiten unterscheiden haben? Als «Reichsstatthalter», also ebenfalls in einer Funktion als Vertreter der zentralen Rechtsge-

walt, war Sauckel jahrzehntlang als «Chef der Stiftungsverwaltung» der Carl-Zeiss-Stiftung tätig geworden, ohne dass ihm dieses Amt je streitig gemacht wurde.¹⁰

Das Landgericht Stuttgart bemühte sich um einen Vergleich zwischen den feindlichen Brüdern: Zeiss (West) und Zeiss (Ost) sollten ihre Fertigungsprogramme gegenseitig abgrenzen. Der Vorschlag wurde von den Oberkochenern abgelehnt. Es wäre der weitere Aufbau sonst gravierend behindert worden. Ob die Jenenser den Vorschlag angenommen hätten, wissen wir nicht. Daraufhin erging am 31. Juli das Urteil. Das Landgericht Stuttgart wies die Klage ab. Durch die Verwaltungsakte des Landes Baden-Württemberg vom 23. Februar 1949 und 22. Mai 1954 sei die Carl-Zeiss-Stiftung rechtsgültig nach Heidenheim verlegt worden.

Gegen diese Entscheidung legte der Rat des Bezirkes Gera Berufung ein. Ausserdem erhob er beim Verwaltungsgericht Stuttgart Klage mit dem Ziel, die Verfügung des Landes über die Sitzverlegung der Stiftung aufzuheben bzw. die Nichtigkeit festzustellen. Auch das Oberlandesgericht fragte die Parteien nach den Möglichkeiten eines Vergleichs. Wieder lehnte Justitiar Walter David für Oberkochen ab. Vermutlich hätten sich auch die Jenenser auf keinen Vergleich eingelassen.

Neben den beiden Stuttgarter Verfahren gab es noch das «Düsseldorfer Verfahren». Hier war Oberkochen der Kläger und der VEB in Jena der Beklagte. David wollte in der Bundesrepublik eine «präjudizielle Entscheidung» durch ein international anerkanntes deutsches Gericht erreichen, d.h. ein Urteil, an dem sich andere Länder orientieren. Das Düsseldorfer Gericht sollte

feststellen, dass der Name CARL ZEISS und eine Reihe der wichtigsten in der Klage aufgeführten Marken allein der Firma Carl Zeiss mit Rechtssitz in Heidenheim gehören; feststellen, dass die

Gegenseite jede Benutzung dieser Namens- und Markenrechte zu unterlassen hat;
feststellen, dass die Gegenseite verpflichtet ist, uns jeglichen Schaden zu ersetzen, der durch die rechtswidrige und missbräuchliche Benutzung unserer Namen und Marken entstanden ist und/oder noch entstehen wird;
die Gegenseite anhalten, uns Auskunft über den Umfang der von ihr begangenen Rechtsverletzungen zu geben.¹¹

Auf diese Weise hoffte Walter David, auch die im Ausland entstehenden Schäden geltend machen zu können: «Wir wollen also in diesem Prozess uns ein Faustpfand gegen die Usurpatoren verschaffen.» Das Urteil kam am 7. Dezember 1954 und fiel für die Oberkochener günstig aus.

Obwohl die Beklagten, das heisst der VEB Carl Zeiss Jena und der DIA Berlin, Berufung einlegten, hatten sie sich inzwischen eine interessante Alternative überlegt. Statt mit «Carl Zeiss» wurden die Jenaer Erzeugnisse jetzt mit «Ernst Abbe» gekennzeichnet. Das Markenzeichen «Ernst Abbe im Linsenrahmen» machte Sinn. Zwar war Carl Zeiss, der kernige Jenenser Universitätsmechaniker, der Gründer, und mit ihm fing alles an, aber den wirtschaftlichen Aufstieg und das hohe Ansehen in der Welt verdankte die Firma doch erst dem Physiker Ernst Abbe.

Unter dem 3. November 1954 versandte der Volkseigene Betrieb in Jena an die Optiker in der Bundesrepublik ein Rundschreiben. Es trug im Kopf die Firmenbezeichnung «VEB Carl Zeiss Jena» und rechts davon in gleicher Gestaltung das neue Zeichen «Ernst Abbe Jena».

Wir dokumentieren durch dieses Zeichen gleichzeitig die Einheit der Leistung, wie sie sich in der Verbindung von Ernst Abbe, dem Gründer der Carl-Zeiss-Stiftung Jena, und Carl Zeiss, dem Gründer unseres Betriebes, widerspiegelt und weltbekannt geworden ist.¹²

Mit dem Rundschreiben startete der Volkseigene Betrieb eine Anzeigenkampagne. Wie die Oberkochener erfuhren, hatte «die Regierung der DDR für diesen propagandistischen Kraftakt 1,5 Millionen DM-West zur Verfügung gestellt».

Bisher hat nur eine Minderzahl der mit dem Inseratenauftrag beauftragten Presseorgane das Inserat gebracht. Dass die von Prof. Dr. Heuss gegründete und auch heute von ihm beeinflusste Rhein-Neckar-Zeitung den Reigen der Rechtsverletzer eröffnete, sei als Kuriosität nebenbei bemerkt.¹³

Am 20. November 1954 erhob Carl Zeiss Oberkochen Klage beim Landgericht Düsseldorf gegen den Volkseigenen Betrieb in Jena, um ihm den Gebrauch des Namens «Ernst Abbe» zu untersagen. Schon drei Tage später erging die einstweilige Verfügung auf Unterlassung. «Die Entscheidung über die Klage wird zumindest einige Wochen beanspruchen», meinte David. Wie die beiden Stuttgarter Verfahren wurden auch die Düsseldorfer Verfahren durch alle Instanzen getrieben und endeten erst Jahre später vor dem Bundesgerichtshof mit einem vollen Sieg der Oberkochener. Die in den Westen verlagerte Firma sei die rechtsidentische Fortsetzung der von Carl Zeiss 1846 in Jena gegründeten optischen Werkstätte. Folglich stünden Carl Zeiss Oberkochen auch alle Namens- und Warenzeichenrechte zu.

KAPITEL 8

Das Jahr 1955

Am 14. Januar gedachten die Zeissianer in Ost und West des 50. Todestages von Ernst Abbe. Ihm war der Aufstieg des Unternehmens aus kleinsten Anfängen zu danken. Der geniale Physiker hatte zunächst den Bau der Mikroskope und schliesslich die gesamte Produktion auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt. Um die Existenz der Optischen Werke und des Glaswerkes vom persönlichen Schicksal der Eigentümer unabhängig zu machen, gründete er 1889 die Carl-Zeiss-Stiftung und erreichte, dass alle Besitztitel auf die Stiftung übergingen.

Am 50. Todestag des «Rationalistischen Heiligen» versammelten sich am Grabe Angehörige der Volkseigenen Betriebe Zeiss und Schott, Mitglieder der Universität Jena und Schüler des Ernst-Abbe-Gymnasiums Eisenach. Der Rektor der Universität, der Dermatologe Josef Hämel, sprach Worte des Gedenkens. Es regnete in Strömen. Hauptdirektor Hugo Schrade hielt seinen grossen Schirm über den Redner.

Hämel gehörte zu den Bewunderern Abbes. Er hatte viel zu sagen und hätte leicht frei sprechen können. Jetzt las er seine Rede vom Blatt. Sollte es Beanstandungen geben, wollte er jedes Wort belegen können. Er feierte Abbe als bedeutenden Gelehrten und Begründer der modernen technischen Optik. Das war unbestritten und entsprach der Meinung der Partei. Hämel rühmte Abbe aber auch als «Freund der Arbeiter», der den Optischen Werken und dem Glaswerk eine in der Welt einmalige Sozialverfassung geschenkt habe. Das klang anders als das, was man in der letzten Zeit von Seiten der SED hörte.

Der Rektor wandte sich schliesslich an eine bestimmte Fakultät, deren Namen er nicht nannte (gemeint war die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät) mit der Aufforderung, sich ernsthaft mit Abbe auseinanderzusetzen und seine geschichtliche Bedeutung für das Zeiss-Werk, die Universität, die Stadt Jena und die damalige Zeit herauszuarbeiten.¹

Das war am 14. Januar. Zwei Tage später fand man in den Zeitungen eine über die amtliche Nachrichtenagentur TASS übermittelte scheinbar sensationelle Erklärung der Sowjetregierung. Sie schlug vor, «allgemeine, freie Wahlen in ganz Deutschland einschliesslich von Berlin» abzuhalten, «damit ein einheitliches Deutschland als Grossmacht wiederersteht und einen würdigen Platz unter den anderen Mächten einnimmt». Allerdings dürften die Pariser Verträge nicht ratifiziert werden, die den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union und zur NATO regelten:

Das deutsche Volk muss entscheiden, welchen Weg es verfolgen will. Der eine Weg führt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zur Aufnahme normaler Beziehungen zu allen Staaten Europas ... Der andere Weg ... ist der Weg zur Besiegelung der Spaltung Deutschlands und der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland?

Sehr wahrscheinlich hatte Adenauer recht, der in dem Vorschlag wieder nur ein Störmanöver sah. Es ginge der Sowjetunion lediglich darum, die Ratifizierung der Verträge und die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis und Wertesystem zu verhindern. Niemals würden die Machthaber im Kreml bereit sein, wirklich freie Wahlen zuzugestehen.

Gesamtdeutsche Veranstaltungen, die nicht von der einen oder anderen Seite dominiert wurden, gab es immer seltener. Im März 1955

gelang ein solches Kunststück den Physikern mit der Ehrung für Albert Einstein.

Das Jahr 1905 galt als Beginn des «goldenen Zeitalters der deutschen Physik». Damals hatte Einstein die Lichtquantenhypothese und die Spezielle Relativitätstheorie aufgestellt. Seine beiden Aufsätze in der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift *Annalen der Physik* leiteten den Übergang von der klassischen Physik des 19. Jahrhunderts zur modernen Physik ein. Beim Aufbau der neuen Quantentheorie spielten die deutschen Wissenschaftler die Hauptrolle, weshalb der Wiener Physiker Erwin Schrödinger gesagt hat, Deutsch sei die «Muttersprache der Physik».

Zur Vorbereitung der Jubiläumsfeierlichkeiten fanden sich in Berlin die «Physikalische Gesellschaft in der DDR» und die «Physikalische Gesellschaft zu Berlin e.V.» zusammen und zwar «nach längeren und nicht ganz einfachen Verhandlungen», wie Max von Laue seinen Freund Einstein wissen liess. Er hoffe, schrieb Laue, dass die Physiker «damit einen, freilich bescheidenen Beitrag liefern können zur allgemeinen politischen Entspannung». Und Einstein freute sich, dass er, wie er scherzte, «ausnahmsweise einmal zu brüderlichem Zusammenwirken und nicht zu Kontroversen» Veranlassung gegeben habe.

Laue war unter den deutschen Wissenschaftlern einer der wenigen, der keine Kompromisse mit den Machthabern des Dritten Reiches geschlossen hatte und der deshalb von der internationalen Community der Physiker als «champion of freedom» geachtet wurde. Jetzt empfand er sich «gleich den meisten anderen Westberlinern als auf dem Vorposten stehend» gegen die östliche Ungeistigkeit.

Die beiden physikalischen Gesellschaften achteten streng auf die Symmetrie und teilten sich die Würdigung Einsteins. Am 18. März sprach Max Born in der Technischen Hochschule in Westberlin über «Einstein und die Lichtquanten» und einen Tag später der polnische Physiker Leopold Infeld bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften im Osten der geteilten Stadt über die «Geschichte der Rela-

tivitätstheorie». Gemeinsam sandten sie dann «einen ehrfurchtsvollen Gruss» nach Princeton an Einstein. Dieser war nicht nach Berlin gekommen, weil, wie er schrieb, die «50 Jahre Zwischenzeit» von ihm «nur einen baufälligen Rest übriggelassen» hätten und er keine grossen Reisen mehr unternehmen könne. Er war nicht unglücklich über diese «göttliche Fügung». Erstens empfand er jeden Personenkult als peinlich und zweitens besass er immer noch Vorbehalte gegen die Deutschen.

Einsteins Brief an die Physikalische Gesellschaft in Westberlin war einer der letzten, die er schrieb. Der grosse Physiker und Weltweise starb am 18. April im Alter von 76 Jahren. «The last words of the intellectual giant were lost to the world», las man am folgenden Tage in der *New York Times*. Die Nachtschwester im Princeton Hospital verstand kein Deutsch.

Einige ältere Physiker – in Jena und in Oberkochen – wussten, dass Einstein grosse Stücke auf die Firma gehalten hatte. In den zwanziger Jahren hatte er Hermann Anschütz-Kaempfe, dem Erfinder des Kreiselkompasses, empfohlen, alle Kreisel zu Carl Zeiss nach Jena zu senden, um die Flächen anzuschleifen: «Die Schwierigkeiten der Herstellung sind, da es auf 10^{-4} mm dabei ankommt, so gross, dass gegenwärtig nur Zeiss so was machen kann.»

Noch ein zweites grosses Jubiläum fiel in das Jahr 1955: der 150. Todestag Friedrich Schillers am 9. Mai. Die Bundesrepublik feierte in Stuttgart, die DDR in Weimar. Wie schon im Goethe-Jahr 1949 war auch jetzt in beiden Städten der Festredner Thomas Mann.

Der Dichter hatte mit seinem doppelten Auftritt für sich keine Probleme, hielt er sich doch und nicht zu Unrecht für den grössten deutschen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts und allen Deutschen verpflichtet. Natürlich kannte er die Empfindlichkeiten. Deshalb hatte er zuvor Wilhelm Hoffmann gefragt, den Direktor der Landesbibliothek Stuttgart und Vorsitzenden der Deutschen Schillergesell-

schaft, von dem die Einladung ausging. Der aber antwortete, dass es ihm «geradezu lieb» sei, wenn Thomas Mann seine Rede in beiden Schiller-Städten hielte. Ebenso war der Dichter bereit, in Weimar abzusagen, «wenn es etwa dem Bundespräsidenten Heuss durch mein Vorhaben unmöglich gemacht würde, nach Stuttgart zu kommen».

Die Festrede im Grossen Haus der Württembergischen Staatstheater war, wie die Kritik urteilte, ein «glühendes Bekenntnis zu Friedrich Schiller». Leicht, persönlich und herzlich müsse sie sein, hatte sich Thomas Mann vorgenommen, «wenn sie in ihrer Art und für ihren Zweck irgend bestehen soll vor den Gebirgen hochverdienter literar-historischer Behandlung des herrlichen Gegenstandes». Am Ende seiner einstündigen Rede kam der Dichter von Schiller zur Gegenwart:

Als man, November 1859, seinen hundertsten Geburtstag beging, hob ein Sturm der Begeisterung einigend Deutschland auf. Damals bot sich, so heisst es, der Welt ein Schauspiel, das die Geschichte noch nicht kannte: das immer zerrissene deutsche Volk in geschlossener Einheit durch ihn, seinen Dichter. Es war ein nationales Fest, und das sei das unsere auch. Entgegen politischer Unnatur fühle das zweigeteilte Deutschland sich eins in seinem Namen.³

Tief ergriffen erhoben sich die Zuhörer von ihren Plätzen und bereiteten dem Dichter Ovationen. Wankenden Schrittes, als habe er sich übernommen, verliess er das Rednerpult. Unter anhaltendem Beifall kehrte er zweimal auf die Bühne zurück, um dem Auditorium zu danken.

In seiner Ansprache erinnerte Bundespräsident Theodor Heuss an das nun zehn Jahre zurückliegende Kriegsende. Die Seele der Menschen sei frei geworden und beauftragt, «nun auch mit der Last der Scham fertig zu werden». In seinem gemütlichen Honoratioren-Schwäbisch würdigte Heuss den grossen Landsmann. Die Zeitungen rühmten auch den Bundespräsidenten:

Sein grosser Gedanke, das Fragmentare in Schillers politischem Denken zu dem deutschen Schicksal in Parallele zu setzen, ergibt eine Deutung, die in ihrer Wahrhaftigkeit und Aktualität Thomas Manns Interpretation organisch ergänzt.⁴

In Weimar wurde Thomas Mann von Kultusminister Johannes R. Becher im Nationaltheater begrüsst. Er feierte ihn als «den deutschen



Theodor Heuss und Thomas Mann bei der Schillerfeier am 8. Mai 1955 in Stuttgart. Dahinter Hans Bott, der persönliche Referent des Bundespräsidenten.

Dichter unseres Jahrhunderts», der die Sehnsucht und die Hoffnung aller deutschen Menschen guten Willens in sich vereinige und zugleich die Gewissheit verkörpere, «dass die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes sich verwirklicht und der Frieden erhalten bleibt». In seinem Bericht an das Bundespräsidialamt vermerkte Wilhelm Hoffmann kritisch die «Indienstnahme» des Dichters durch die DDR:

Die Tatsache, dass Thomas Mann in Stuttgart gesprochen hat, wurde gewissermassen völlig ignoriert, existierte überhaupt nicht. Die ihm zuteil gewordenen Ehrungen und ihre Annahme durch ihn liessen ihn als für die DDR beschlagnahmt erscheinen.⁵

Gemeint war vor allem die Ehrenpromotion durch die Philosophische Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität. Der Festakt fand im Weissen Saal des Weimarer Schlosses statt. Rektor, Dekan, die Senats- und die Fakultätsmitglieder waren aus Jena herübergekommen. Nur Insider wussten, dass die Ehrung von der Fakultät zunächst abgelehnt worden war. Das Staatssekretariat für das Hochschulwesen musste massiv eingreifen. Ein Beauftragter kam aus Berlin und erklärte: Die Ablehnung sei geradezu ein politischer Affront gegen die Regierung der DDR:

Im Falle von Thomas Mann ... dürfe die Fakultät nicht nur die literarhistorische Seite sehen. Die ausserordentliche Bedeutung Thomas Manns beruhe auf seiner Stellungnahme für Frieden und Fortschritt und gegen die amerikanische Kriegspolitik.⁶

Schliesslich hob die Fakultät ihren ursprünglichen Beschluss auf und stimmte der Verleihung der Ehrendoktorwürde zu.

Der Besuch in Weimar brachte der DDR einen Propagandaerfolg. Dazu hat auch das Interview beigetragen, das Otto John im Auftrag der Staatssicherheit mit Thomas Mann geführt hat. Die Begegnung fand im Hotel kurz vor der Abreise des Dichters statt. Johns Bericht in der *Berliner Zeitung* hat den Dichter dann allerdings sehr verärgert. Erika Mann erklärte, dass von dem, was Otto John geschrieben habe, «nichts der Wahrheit entspräche»:

Als Fazit der Aussprache mit dem Dichter bleibt mir die Erkenntnis, dass auch er die Politik der Bundesregierung missbilligt, weil

wir mit ihrer Fortsetzung der Spaltung unseres Volkes auf unabsehbare Dauer, der Auflösung unseres geistigen und kulturellen Lebens und nicht zuletzt auch der Vernichtung durch einen Atomwaffenkrieg preisgegeben werden.⁷

Soviel zur Reise Thomas Manns zu den Schiller-Feiern in Stuttgart und Weimar. Anschliessend fuhr der Dichter weiter nach Lübeck, wo er die Ehrenbürgerwürde erhielt und mit seiner Geburtsstadt Frieden schloss. Anfang Juni feierte er in Kilchberg, dem neuen Wohnort, und im benachbarten Zürich den 80. Geburtstag. Es folgte noch eine Reise in die Niederlande. In Amsterdam hielt er in der Aula der Universität in deutscher Sprache seinen Schillervortrag. Das holländische Publikum nahm seine Worte mit Aufmerksamkeit und Verständnis auf, «dass man hätte meinen können», wie Tochter Erika berichtete, «es werde hier in der Landessprache einem heimischen, höchst geliebten Genius gehuldigt». Bei der Pressekonferenz im Hotel hatten sich die Journalisten bereiterklärt, «das Deutsche als Verhandlungssprache gelten zu lassen»:

Dies war auffallend. Denn es herrschte hier – aus der Okkupationszeit überkommen – eine dezidierte Reizbarkeit gegen alles Deutsche, eine leidende Dünnhäutigkeit, die schon den Klang unserer Sprache als verletzend empfinden konnte.⁸

Ein paar Wochen später «empfing eine respektvoll erschütterte Welt die Nachricht von seinem Tode». So hatte er einst im «Tod in Venedig» geschrieben und dabei schon an sich selbst gedacht.

Vom heutigen Standpunkt aus ist bemerkenswert, dass in der Nachkriegszeit ein Teil des deutschen Publikums Thomas Mann kritisch gegenüberstand. Viele Zeitgenossen in West und Ost haben ihm seine bedenklichen Anmerkungen über das Verhalten der Deutschen in den Jahren des Dritten Reiches verübelt. Wie es damals deutliche Spannungen gab zwischen den im Lande Gebliebenen und

den Emigranten, kam es eine Generation später zu vergleichbaren Differenzen zwischen «Wessis» und «Ossis» in der Bewertung der jüngsten Vergangenheit.

Am 5. Mai, zehn Jahre nach Kriegsende, erhielt die Bundesrepublik die volle Souveränität. Gleichzeitig wurde sie Mitglied in der Westeuropäischen Union und im NATO-Verteidigungsbündnis. Zum Ärger des Bundeskanzlers erklärte Erich Ollenhauer, der Oppositionsführer, der Tag biete «keinen Anlass zum Feiern»:

Von der Souveränität Deutschlands kann erst die Rede sein, wenn Deutschland in Freiheit wiedervereinigt ist. Dieses Ziel zu erreichen, bleibt die vordringlichste politische Aufgabe des ganzen deutschen Volkes.⁹

«Ich versuchte, dem Tag zumindest eine gewisse Weihe dadurch zu geben», berichtete Konrad Adenauer, «dass ich vor dem Palais Schaumburg, dem Sitz des Bundeskanzlers, feierlich die deutsche Fahne hissen liess.» Dann verlas er eine Proklamation an das deutsche Volk:

Mit der Bundesregierung gedenken in dieser Stunde fünfzig Millionen freier Bürger der Bundesrepublik in brüderlicher Verbundenheit der Millionen Deutschen, die gezwungen sind, getrennt von uns in Unfreiheit und Rechtlosigkeit zu leben. Wir rufen ihnen zu: Ihr gehört zu uns, wir gehören zu Euch ... Gemeinsam mit der freien Welt werden wir nicht rasten und ruhen, bis auch Ihr die Menschenrechte wiedererlangt habt und mit uns friedlich vereint in einem Staate lebt. In dieser Stunde gedenken wir der vielen Deutschen, die immer noch das harte Los der Kriegsgefangenschaft tragen müssen. Wir werden alles daransetzen, dass ihnen auch bald die Stunde der Befreiung schlägt.¹⁰

Am 18. Juli 1955 trafen sich die «Grossen Vier», die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens, Frankreichs und der

Sowjetunion, zu einer Gipfelkonferenz in Genf. Auf der Tagesordnung stand als Punkt i die Wiedervereinigung Deutschlands.

Aus diesem Anlass rief das «Kuratorium Unteilbares Deutschland» für den 18. Juli mittags 12 Uhr zu einer allgemeinen Verkehrs- und Arbeitsstille von zwei Minuten auf. Damit sollte «zur Besinnung auf das Schicksal unseres zerrissenen Landes» gemahnt und «unser Wille zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit» bekundet werden. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund gaben dem Aufruf ihre Zustimmung, und in den Betrieben wurde die Arbeitsruhe weitgehend eingehalten.

Weder die Bundesrepublik noch die DDR waren zur Genfer Konferenz eingeladen. Der Bundeskanzler entsandte eine Beobachter-Delegation. Sie bestand aus Professor Wilhelm Grewe, dem Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Botschafter Herbert Blankenhorn und Felix von Eckardt. Dieser hatte die Leitung des Bundespresseamtes inzwischen niedergelegt und war Sonderbotschafter bei den Vereinten Nationen in New York geworden. Der Kanzler wünschte ausdrücklich seine Beteiligung.

Für uns Deutsche ging es wirklich um Kopf und Kragen. Wenn die Russen auch nur einen Teil ihrer Vorschläge durchsetzten, musste das ganze mühsam aufgebaute System der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Westen zusammenbrechen. Viel hing davon ab, dass die in Genf versammelte Weltpresse immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen wurde und dass nicht etwa ein Teil dazu überging, an den kommunistischen Vorschlägen Geschmack zu finden... Man muss sich in die Situation des Jahres 1955 zurückversetzen. Wir hatten erst einige zaghafte Schritte machen können, in den Kreis der demokratischen Staaten zurückzukehren. Ein grosser Teil der öffentlichen Meinung misstraute uns kaum weniger als die Russen.¹¹

Adenauer selbst verbrachte seinen Urlaub im Luftkurort Mürren im Kanton Bern. Da er nicht nach Genf kommen konnte, wollte er möglichst nahe am Ort des Geschehens sein. Was war das Ergebnis der Konferenz? «Wir waren noch einmal glimpflich davongekommen», berichtete Eckardt, «denn die Russen hatten wenigstens theoretisch die Notwendigkeit der Wiedervereinigung anerkannt»:

Das war nicht viel, aber doch etwas. Aber selbst dieser Optimismus sollte sich als verfrüht erweisen. Chruschtschow reiste über Ostberlin zurück. Dort hielt er eine Rede, in der er das Wenige, das er in Genf zugestanden hatte, wieder zurücknahm. Er wies jeden Gedanken an Selbstbestimmung für das deutsche Volk zurück.¹²

Bald bot sich die Gelegenheit, mit der Sowjetunion direkt über die Wiedervereinigung und die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen zu sprechen. Bereits am 7. Juni hatte der Kreml dem Bundeskanzler eine Note übermittelt, in der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und zur Vorbereitung ein Besuch Adenauers in Moskau vorgeschlagen wurde. Bisher hatten die drei Westalliierten die deutschen Interessen in der Sowjetunion vertreten. Vom Standpunkt der Bundesrepublik war es durchaus wünschenswert, den Russen die deutsche Auffassung ohne ausländische Vermittlung nahezubringen. Man konnte darin eine Vervollständigung der deutschen Souveränität erblicken. Adenauer setzte sich über die Bedenken der Westmächte hinweg und nahm die Einladung an.

Am 8. September reiste der Bundeskanzler mit grossem Gefolge in die Sowjetunion. In seiner Begleitung befanden sich der neue deutsche Aussenminister Heinrich von Brentano mit seinen Diplomaten, Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Carlo Schmid (SPD) als Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des ausserpolitischen Ausschusses des Bundestages sowie Felix von Eckardt. In seinen Lebenserinnerungen berichtete Eckhardt, es sei ihnen allen in

der Lufthansa-Sondermaschine auf dem Wege nach Moskau doch ein wenig bänglich zu Mute gewesen. Seit Monaten wurde der Bundeskanzler von der Sowjetregierung als «Militarist» und «Kriegstreiber» angegriffen. Zusammen mit der NATO bereite er einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion vor. Einer der Diplomaten lockerte die Spannung: «Was auch geschieht, meine Herren, die Gehaltsbezüge laufen weiter.»

Am Flughafen in Moskau wurde die Delegation mit der sowjetischen und der deutschen Nationalhymne empfangen. Die Parade der Ehrenkompanie, «exakt, fest und zugleich federnd wie ein Sturmschritt», beobachtete Schmid, «konnte einem Schauer über den Rücken rieseln lassen, so viel Kraft ging von dieser Truppe aus». Als er von Aussenminister Molotow begrüsst wurde, musste Joachim Peckert, das jüngste Mitglied der deutschen Delegation, «einige Male tief Luft holen». Fünf Jahre hatte er als Kriegsgefangener in der Sowjetunion verbracht. Im Viehwaggon und mit viel Glück war er aus diesem Land herausgekommen.

Der Tod Stalins lag erst zweieinhalb Jahre zurück, und die Deutschen hatten es mit den neuen Männern Bulganin und Chruschtschow zu tun. Ursprünglich war Adenauer geneigt, Ministerpräsident Bulganin als die stärkere Persönlichkeit anzusehen. Indes zeigte sich in den Verhandlungen, dass sich Chruschtschow nicht scheute, mit seiner trompetenden Stimme auch den Ministerpräsidenten zu unterbrechen. Die Schlüsse, die die Deutschen daraus zogen, wurden zwei Jahre später durch die Ablösung Bulganins bestätigt.

Schon am 10. September, dem zweiten Verhandlungstag, kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung. Bulganin hielt den Deutschen die furchtbaren Verbrechen im Zweiten Weltkrieg vor:

Bulganin zählte die Konzentrationslager mit Namen auf, in denen 5^{1/a} Millionen Menschen umgekommen waren. Nichts wurde uns erspart, und vieles, allzuvielen von dem, was er sagte, entsprach

auch der Wahrheit. Der Kanzler sass mit versteinertem Gesicht da. Er musste sich das alles anhören, er, den die Nazis verfolgt, gejagt und mehr als einmal ins Gefängnis geworfen hatten.¹³

«Man spürte deutlich», meinte Felix von Eckardt, «dass die Russen, die zum ersten Mal mit dem Vertreter der Bundesrepublik sprachen, sich vieles vom Herzen reden mussten.» Der Bundeskanzler antwortete. Ohne Umschweife räumte er ein, dass die Deutschen den Menschen in der Sowjetunion ungeheures Leid zugefügt hätten: «Es ist wahr, deutsche Truppen sind in Russland eingefallen. Es ist wahr: Es ist viel Schlechtes geschehen. Es ist auch wahr, dass die russischen Armeen dann – in Gegenwehr, das gebe ich ohne Weiteres zu – in Deutschland eingedrungen sind und dass dann auch in Deutschland entsetzliche Dinge vorgekommen sind.» Felix von Eckardt beobachtete, dass Chruschtschow während der Rede Adenauers und der folgenden des deutschen Aussenministers immer unruhiger wurde.

Es gelang ihm nur mit Mühe, den Kanzler und Brentano aussprechen zu lassen. Jetzt bat er um das Wort. Hatte Bulganin schwere Beschuldigungen vorgebracht, so blieb er doch im Ton ruhig. Jetzt aber brach es mit aller Gewalt aus Chruschtschow hervor. Er wiederholte im Inhalt Bulganins Worte über die deutsche Schuld, aber er tat es in gewaltiger Rede. Sein Temperament ging mit ihm durch, und fäusteschüttelnd schleuderte er uns all jene Anklagen entgegen, die wir schon seit dem Nürnberger Prozess kannten. Es war ein furchtbares, zugleich aber auch imponierendes Schauspiel, ein echter Ausbruch menschlicher Leidenschaft. Er biss sich an den Worten des Kanzlers fest, dass auch von russischen Truppen in Deutschland Schreckliches verübt worden sei, und wies diese Worte als eine Beleidigung der russischen Armee zurück. So ging es lange fort in seiner Anklagerede, doch zum Schluss zeigte sich, dass auch dieser Mann sich wieder einzufangen verstand.

Er schloss trotz aller seiner Anklagen mit dem Wunsch der Herstellung diplomatischer Beziehungen.¹⁴

Auch Molotow ergriff das Wort. «Es war eine wirklich böse Rede, böse, weil ihr die echte Leidenschaft fehlte. Seine Anklagen brachte er kalt und bürokratisch vor. Hier schien eine Maschine und kein Mensch von Fleisch und Blut zu sprechen.» Von Eckardt hatte das Gefühl, «dass wir uns der Krise näherten». Es war undenkbar, noch tagelang in dieser Weise fortzufahren.

In seiner Antwort ging Adenauer mit viel Verständnis auf Chruschtschow ein, aber Molotow griff er frontal an: «Aussenminister Molotow hat gesagt, dass die Deutschen nicht imstande gewesen seien, sich vom Hitlerismus zu befreien. Gestatten Sie mir einmal folgende Frage: Wer hat denn eigentlich das Abkommen mit Hitler abgeschlossen? Sie oder ich?»

Molotow blickte vor sich hin und erwartete den Schlag. Er hatte damals die Verhandlungen für die Sowjetunion geführt. Doch der Bundeskanzler ging auf den skandalösen Hitler-Stalin-Pakt nicht weiter ein. Im August 1939 hatten die Sowjetunion und das Dritte Reich Polen unter sich aufgeteilt, und Adolf Hitler erhielt freie Hand für seinen Angriff auf Polen. Adenauer wollte die Konferenz nicht gefährden und bog ab: «Warum haben die Grossmächte Hitler nach 1933 so gross werden lassen?» Damit hatte er jedenfalls gezeigt, dass man ihn nicht einschüchtern konnte.

Nach dem Ende der Sitzung gab der Bundeskanzler ein Zeichen, dass er noch mit Chruschtschow sprechen wolle. Und Peckert, der als Kriegsgefangener in der Sowjetunion russisch gelernt hatte, legte er die Hand auf die Schulter: «Sie bleiben da.» So kam es zu einem nicht protokollierten Gespräch:

Adenauer: «Herr Chruschtschow, was halten Sie eigentlich von mir? Bin ich ein Wahnsinniger oder ein Verbrecher?» *Chruschtschow:* «Erlauben Sie, Herr Adenauer, wie kommen Sie denn darauf?»

Adenauer: «Sie haben doch eben gesagt, ich wolle einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten. Wer das tut, kann doch nur ein Verrückter oder ein Verbrecher sein.» *Chruschtschow* (mit breitem Grinsen): «Aber Herr Bundeskanzler, davon wollen wir doch nicht mehr sprechen.»¹⁵

Für den Abend waren die deutschen Delegierten, ihre sowjetischen Verhandlungspartner und die vielen deutschen Journalisten zu einer Galavorstellung im Bolschoi-Theater geladen. Gegeben wurde das Ballett «Romeo und Julia» mit der Musik von Sergei Prokofieff und mit Galina Ulanowa, der berühmtesten russischen Tänzerin. Nach dem Ende der Vorstellung, als sich die Scheinwerfer auf die Ehrenloge richteten, hob Adenauer seine beiden Hände und legte sie unter dem rauschenden Beifall der Zuschauer in die Bulganins: «Meine Handlung geschah impulsiv», berichtete Adenauer: «Ich war in Moskau, um für die Heimkehr vieler tausend Menschen zu kämpfen. Von dem Ausgang der Verhandlungen hing ihr Schicksal ab.»

Wie sollte es weitergehen? In der Frage der Wiedervereinigung würde man keinen Schritt vorankommen. Das war nach den bisherigen Gesprächen klar. Von Eckardt machte den Bundeskanzler auf eine Passage in der Rede Bulganins aufmerksam. Der Ministerpräsident hatte gesagt, wenn es Gespräche über die Kriegsgefangenen geben solle, müsse die DDR beteiligt werden. Offenbar hielten es die Sowjets für ausgeschlossen, dass der Kanzler diese Bedingung akzeptieren würde.

Ich stellte die Überlegung zur Diskussion, was wohl geschehen würde, wenn wir die Bedingung doch annehmen würden. Zweifellos musste dann doch Ulbricht in eine äusserst delikate Situation geraten. Wie hörig er den Russen auch immer sein mochte, bei einem solchen Gespräch zu dritt blieb ihm überhaupt keine Wahl, als die Forderung des Kanzlers zu unterstützen. Jede andere Haltung hätte ihn zu Hause unmöglich gemacht.¹⁶

Als Molotow noch einmal auf die Kriegsgefangenenfrage zurückkam und sagte, dass darüber zusammen mit der DDR-Regierung gesprochen werden könne, stimmte Aussenminister Heinrich von Brentano (nach vorheriger Abstimmung mit dem Kanzler) diesem Vorschlag ausdrücklich zu. Das war eine grosse Überraschung für die sowjetischen Delegierten. Nun musste auch ihnen klar werden, dass sich in dieser Frage die DDR gezwungen sehen könnte, sich auf die Seite der Bundesrepublik zu stellen. «Molotow schaut erstaunt auf und wechselt das Thema», berichtete Joachim Peckert: «Ich muss meiner Bewegung Herr werden. Es geht um die Kameraden, mit denen ich im Lager jahrelang Lehm geschippt und Ziegel gebrannt habe, die wahllos herausgegriffen und kollektiv zu jeweils 25 Jahren



*Bundeskanzler Konrad Adenauer am 16. September 1955 in Moskau.
Austausch der Dokumente mit Ministerpräsident Nikolai Bulganin.*

Zwangsarbeit verurteilt worden waren, weil sie eine Gans gestohlen und sich damit am sozialistischen Eigentum vergriffen hatten.»

Der Durchbruch kam am 12. September während eines Banketts im Kreml. Bulganin fragte Adenauer, warum er sich immer noch gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sperre. Adenauer erklärte: Ohne die Freilassung der Kriegsgefangenen und der zurückgehaltenen Zivilpersonen könne der deutschen Öffentlichkeit eine Normalisierung der Beziehungen nicht zugemutet werden:

Bulganin schien intensiv nachzudenken. Nach einer kleinen Pause erklärte er dann unvermittelt und sehr impulsiv: «Lassen Sie uns zu einer Einigung kommen: Schreiben Sie mir einen Brief», gemeint war eine Note, in der die Zustimmung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgesprochen wurde, «und wir geben sie Ihnen alle – alle! Eine Woche später! Wir geben Ihnen unser Ehrenwort!»¹⁷

Auf dem Heimflug diskutierten die deutschen Diplomaten die Frage des Alleinvertretungsanspruches: «Wir hatten Beziehungen zu einem Staat aufgenommen, der seinerseits einen Botschafter in der DDR hatte.» Damit gab die Bundesrepublik doch selbst das in Anspruch genommene Recht auf, allein für ganz Deutschland zu sprechen. «Wir mussten uns zur Schadensbegrenzung etwas einfallen lassen», erinnerte sich Joachim Peckert. Staatssekretär Walter Hallstein formulierte, dass das, was soeben in Moskau geschehen war, ein «singulärer Akt» gewesen sei. Andere versuchten es mit der Sonderstellung der Sowjetunion als «vierter Besatzungsmacht» oder als «Gewahrsamsmacht der deutschen Kriegsgefangenen». Überzeugend war das alles nicht. Trotzdem hielt die Bundesrepublik am Alleinvertretungsanspruch fest. Man sprach hinfort von der «Hallstein-Doktrin». Sie hat 15 Jahre die beabsichtigte Wirkung gehabt und die DDR in der Isolierung gehalten. Wie die Länder der Dritten Welt rasch

herausfanden, liess sich die Hallstein-Doktrin dazu benutzen, von der Bundesrepublik Entwicklungshilfe zu erhalten. Man brauchte nur anzudeuten, dass man erwäge, mit Ostberlin Botschafter auszutauschen, und schon setzte sich, um solches zu verhindern, «die Peristaltik unseres Dukatenesels in Bewegung».

Vier Tage nach dem Besuch Adenauers wurden die führenden DDR-Funktionäre nach Moskau gerufen. Bulganin und Chruschtschow erklärten die DDR zum souveränen Staat und wiesen ihre deutschen Genossen an, um die Freilassung der Gefangenen zu bitten. Von sich aus waren die Funktionäre auf diesen Gedanken nicht gekommen. Sie hatten wie üblich auch hier die sowjetische Lesart übernommen, wonach es in der Sowjetunion keine deutschen Kriegsgefangenen mehr gab. Zurückgeblieben seien nur, so hatte



*Grenzdurchgangslager Friedland am 18. Oktober 1955.
Theodor Heuss begrüsst die Russlandheimkehrer.*

Bulganin gesagt, «Gewalttäter, Brandstifter, Mörder von Frauen, Kindern und Greisen» – auch solche gab es zweifellos.

Mit den Kriegsgefangenen kam auch der aus Jena stammende Karl Müller frei, der vor 1945 als Betriebsführer im Feinapparatebau Gablonz gearbeitet hatte. In dieser unter der Verantwortung von Carl Zeiss stehenden Rüstungsfabrik waren neben Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern wahrscheinlich auch KZ-Häftlinge beschäftigt, und es ist dort zu brutalen Misshandlungen bis hin zum Totschlag gekommen. Karl Müller wurde von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Straflager begnadigt. Nach der Entlassung ging Karl Müller in die Bundesrepublik und wurde Professor für Fertigungstechnik an der TH Darmstadt, später in München.

Von einer Reise nach Jena berichtete ein ehemaliger Zeissianer, dass man dort «durchweg der Politik Adenauers zustimmt». Den Rundfunkübertragungen anlässlich der Ratifizierungsdebatten im Bundestag habe man grösstes Interesse entgegengebracht. Selbst alte SPD-Mitglieder gebrauchten scharfe Worte gegen Ollenhauer und die SPD.

Bereits nach dem Passieren der Grenze fällt neben den zahlreichen Spruchbändern auf, dass alles einen stark heruntergekommenen, ja teils verwahrlosten Eindruck macht. An den Häusern fällt der Putz ab. Die Fenster sind seit Jahr und Tag nicht gestrichen...

Jena, einst von dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker als Oase Deutschlands bezeichnet, macht einen trostlosen Eindruck ... Die Strassen und Gehwege, vor allem in der Innenstadt, sind stark verschmutzt, da man während des Winters schlechte Streumittel verwenden musste. Das Göschwitzer Zementwerk soll gezwungen worden sein, die Filtereinrichtungen auszubauen, so dass sich der Kalkstaub jetzt über der ganzen Stadt absetzt ... Die Presse meldet, dass am Holzmarkt noch in diesem Jahr mit dem Bau eines Hochhauses begonnen werden soll. Die Bevölkerung glaubt nicht daran und wünscht es auch nicht, da sich dieses Hoch-

haus wahrscheinlich genausowenig in das Stadtbild einfügen würde wie die zwei grossen Gebäude am Hang des Landgrafen.¹⁸

Werksdirektor Hugo Schrade, erfuhr der Besucher aus dem Westen, sei sehr bedrückt, weil er «in Oberkochen wahrscheinlich verkannt werde». Er würde bespitzelt, seine Lage sei alles andere als angenehm. Der Besucher fühlte sich immer noch als Zeissianer. Er gewann den Eindruck, «dass es um die Belegschaft des Werkes ohne Dr. Schrade noch schlechter bestellt wäre». Soweit er es noch vertreten könne, versuche Schrade zu retten, was noch zu retten sei. Generell hätten ihn, berichtete der Besucher, «die Verhältnisse in der DDR erschüttert». Der grösste Teil der Bevölkerung scheine am Rande der Verzweiflung zu sein:

Der drüben aufkommenden Meinung, «Ihr im Westen habt uns vergessen», sollte jeder in der Bundesrepublik im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten entgegenwirken.¹⁹

KAPITEL 9

Die Zeiss-Treuen

Hugo Schrade blieb bei seiner Meinung, dass die bei der Aktion «Lupe» verhafteten Zeissianer unschuldig waren. Er sagte es im Werk, von wo es der Staatssicherheit zugetragen wurde, er sagte es aber auch direkt dem berühmt-berüchtigten Ernst Wollweber, dem Leiter des «Organs», mit dem er zufällig in Marienbad zusammentraf.

Schrade hatte sich Anfang 1955 einer Nierensteinoperation unterziehen müssen. Zur Kur wollte er in das für Nieren- und Blasenleiden besonders empfohlene hessische Staatsbad Wildungen gehen. Das aber war den Herren in Berlin nicht geheuer. «Bis nach Oberkochen ca. 100 km», hiess es in einer für die Stasi bestimmten Aufzeichnung. Schliesslich wurde Schrade durch Vermittlung von Minister Helmut Wunderlich eine Kur in Marienbad genehmigt.

Wollweber und Schrade lernten sich im Hotel kennen. In der Begleitung des Staatssekretärs befand sich ein tschechischer Oberst. Mit beiden verbrachte Schrade «im geselligen Beisammensein schöne Stunden». Wollweber war das Gegenteil eines humorlosen Funktionärs. Er schätzte ein offenes Wort und erzählte selbst gerne aus seinem bewegten politischen Leben. In der Weimarer Zeit sass er zwei Jahre im Gefängnis, brachte es aber am Ende noch zum Abgeordneten im Preussischen Landtag und im Reichstag. Nach der Machtergreifung gründete er in Kopenhagen eine illegale Organisation, die Sprengstoffanschläge auf deutsche, italienische und japanische Schiffe verübte. Von 1940 bis 1944 sass er wieder im Gefängnis, diesmal in Schweden, bis er an die Sowjetunion ausgeliefert

wurde. Am 24. Juli 1953 übernahm er als Staatssekretär die Leitung der Staatssicherheit.

Schon ein paar Monate später gelang es seinen Männern, einen von Westberlin gegen die DDR operierenden Agenten «umzudrehen». Dieser erklärte auf einer von Wollweber in Ostberlin veranstalteten Pressekonferenz, er habe es mit seinem Gewissen nicht länger vereinbaren können, gegen die friedliebende DDR zu «wühlen». Kurz darauf konnten Wollwebers Männer einen weiteren Mitarbeiter der «Organisation Gehlen» festnehmen, als er mit einem Helfer ein Telefonkabel an der Sektorengrenze verlegen wollte.

Reinhard Gehlen, ein ehemaliger Generalstabsoffizier und Chef der Abteilung Fremde Heere Ost, war der Gegenspieler Wollwebers. Gehlen hatte nach dem Kriege mit Hilfe der Amerikaner in Pullach bei München einen nach Osten operierenden Nachrichtendienst aufgebaut. Er strebte jetzt die Überführung seiner Organisation in eine Bundesbehörde an. Die Pannen, die dem Dienst 1953 unterliefen, verzögerten die Übernahme. Erst zum 1. April 1956 ging die «Organisation Gehlen» in den Bundesnachrichtendienst über.

Nach dem Volksaufstand hatte Wollweber vom Politbüro den Auftrag erhalten, «die Hintermänner und Organisatoren des Putsches festzustellen». Das war eine unlösbare Aufgabe. Es gab keine «Hintermänner und Organisatoren». Wollweber musste sich harte Kritik des Politbüros gefallen lassen. Doch davon sprach er nicht. Er erzählte lieber von den glorreichen Zeiten der Revolution, an der er als Matrose in Wilhelmshaven beteiligt war. Als die Hochseeflotte am 29. Oktober 1918, einen Tag nach seinem 20. Geburtstag, den Befehl «Dampf für Marschfahrt» erhielt, «wussten wir», so Wollweber, «was die Glocke geschlagen hatte». Die Flotte, die den Krieg über fast immer untätig geblieben war, sollte die Entscheidungsschlacht gegen «das perfide Albion» führen, oder, wie Wollweber sagte: «Das Leben von 80'000 Matrosen und Heizern sollte auf's Spiel gesetzt werden.» Die Matrosen nahmen das Feuer aus den Kesseln, und die

Schiffe konnten nicht auslaufen. Das war das Signal zum Matrosenaufstand.

Schrade brachte das Gespräch auf den «unglückseligen 21. März». Wollweber sagte, dass die «Aktion Lupe» noch in die Verantwortung seines Vorgängers falle. Er sei «da nicht orientiert», werde sich aber darum kümmern. Es ist möglich, dass Wollweber das tatsächlich getan hat. Die bei der Aktion verhafteten Männer kamen Ende des Jahres 1956 frei.

Später berichtete Schrade dem Leiter der Kreisdienststelle von seiner Begegnung in Marienbad. Dort hatte es einen merkwürdigen Zwischenfall gegeben, und er, Schrade, scheue sich fast, davon zu berichten. Schrade und Wollweber standen am Strassenrand, als ein mit Brettern beladener LKW vorbeifuhr.»Als dieser LKW auf der Höhe des Staatssekretärs war, fiel ein grosses Brett direkt vor den Staatssekretär.» Der für die persönliche Sicherheit Wollwebers verantwortliche tschechische Oberst stand auf der anderen Strassenseite. Er war am meisten erschrocken.

Am Abend beim Bier erzählte Wollweber von den vielen, wirklich gefährlichen Sabotageakten gegen deutsche Kriegsschiffe in skandinavischen Häfen, die er im Auftrag der Komintern organisiert hatte. Alle diese Geschichten erfuhr dann auch Major Kämmer, der Leiter der Kreisdienststelle. Der Major hatte den Eindruck, «dass Dr. Schrade durch das Bekanntwerden mit dem Genossen Staatssekretär gestärkt worden ist».

Wahrscheinlich hat sich Schrade tatsächlich erleichtert gefühlt, sich gegenüber Ernst Wollweber und dann noch einmal gegenüber dem Major der Staatssicherheit aussprechen zu können. Der Major bat den Werkdirektor, ihm offen von seinen Problemen zu berichten. Schrade ging aus sich heraus. Der VEB Carl Zeiss würde von den Funktionären der «Hauptverwaltung für Optik» in Berlin «nur immer kritisiert». Habe er das verdient? Dann sprach Schrade von den grossen Leistungen seit 1945:

Dabei ging er von der Demontage [aus], wo praktisch nichts mehr ... vorhanden war und zählte auf, welche wertvollen und wichtigen Neuentwicklungen und sonstigen feinmechanisch-optischen Geräte in die Fertigung gekommen sind.¹

Das «Hineinregieren» der Hauptverwaltung Optik in Berlin, einer schwerfälligen Wirtschaftsbehörde, lähmte die Verantwortungsfreude und Entscheidungsinitiative aller verantwortlichen Mitarbeiter. Sogar über die Einstellung der Putzfrauen würde in Berlin entschieden, meinte Schrader im Zorn. Für die bevorstehende Auseinandersetzung machte er sich Notizen: «Für was haben wir eigentlich einen verantwortlichen Werkleiter? Dann soll doch die Hauptverwaltung das Werk selbst leiten.»

Der HV-Leiter will immer gescheiter sein, immer Recht haben und behalten. Er versteht zwar nichts, aber Kraft seiner Funktionen kann er heute so, morgen anders entscheiden. Selbst die besten Fachleute vermögen dagegen nichts.²

Durch die Aktion «Lupe» hatte er seine frühere, ihm eng verbundene Mitarbeiterin Käthe Rau verloren. Die neue Sekretärin arbeitete für die Staatssicherheit unter dem sinnigen Decknamen «Veilchen». Während seiner Abwesenheit nahm sie seinen Taschenkalender aus dem Schreibtisch und besorgte auch gleich die Abschrift. Wie bei korrekten Beamten bestätigte ein Mitarbeiter der Stasi die Übereinstimmung mit dem Original. Die Sekretärin erhielt von ihrem Führungsoffizier die Belehrung, «alle Wahrnehmungen betreffend Schrader nur uns mitzuteilen und nicht auch noch der Partei».

Im Herbst 1955 wurden dem Werkdirektor zu dessen unliebsamer Überraschung von der Hauptverwaltung Optik ein Stellvertreter und ein neuer kaufmännischer Leiter zur Seite gestellt. Schrader war empört: «Wieso macht man so etwas ohne vorherige Besprechung?» Die Folge waren schwere Konflikte zwischen Schrader und den neuen Kollegen.

In der Dualität zwischen der Leitung des Volkseigenen Betriebes und dem vorgesetzten Berliner Ministerium lag eine der wesentlichen Strukturschwächen der DDR-Staatswirtschaft. Auch in späteren Zeiten kam es immer wieder zu Reibereien. In einem Stasi-Bericht von 1983 heisst es, dass die «Gegensätzlichkeit» zwischen dem Generaldirektor [Biermann] und dem zuständigen Minister für Elektrotechnik/ Elektronik «offen ausgebrochen» sei und sich weiter verschärft habe. «Ich hätte zehn Mal Minister sein können», sagte Biermann nach der Wende. Damals, in der Auseinandersetzung mit der vorgesetzten Behörde, wollte er «mit allen Mitteln» nachweisen, «dass Minister Meier Fehler in seiner Arbeit macht und eigentlich nicht in der Lage ist, den Industriebereich zu leiten». Biermann konnte sich das Auf trumpfen leisten. Er war Mitglied des Zentralkomitees und besass die besten Verbindungen zu Günter Mittag.

Solche Beziehungen fehlten Schrade. Um ein Haar wäre er schon 1953 verhaftet worden. Systematisch sammelte die Staatssicherheit Material gegen ihn. Nach Meinung des «Organs» gab Hugo Schrade seinen Mitarbeitern ein schlechtes Beispiel. Als Werkstdirektor und wachsamer Genosse hätte er alle Beziehungen nach Oberkochen abbrechen müssen. Er aber pflegte Kontakte zu Personen, «die ehemals im VEB Carl Zeiss Jena tätig waren und gegenwärtig führende Positionen im Zeisswerk Oberkochen einnehmen».

Des Weiteren wurde festgestellt, dass sich Dr. Schrade für die durch das MfS in der Aktion «Lupe» verhaftet gewesenen Personen nach Rückkehr aus der Haft zwecks Beschaffung von Arbeitsstellen verwandte und sich sogar z.T. für ... soziale Belange einsetzte (Walter Fischer, Frl. Rau, Hauser und Birkenbeil).³

Walter Fischer war bis zu seiner Verhaftung der Leiter des optischen Betriebes gewesen. Nach der Haftentlassung 1956 wollte ihn Schrade wieder im Werk beschäftigen, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Daraufhin ging Walter Fischer nach Oberkochen, wo er wieder die optische Betriebsleitung übernahm. Schrade hat die Beziehungen nicht abgebrochen, sondern ihn bei seinen Reisen nach Westdeutschland besucht. Sehr wahrscheinlich hat ihm «Wafi», wie er bei Zeiss genannt wurde, von den Verhören berichtet. Aus dem Taschenkalender Schrades konnte die Staatssicherheit entnehmen, dass er sich ebenfalls mit dem republikflüchtigen Oskar Bihlmaier getroffen hatte.

Auch die Beziehungen zu Käthe Rau hielt Schrade aufrecht und erteilte ihr weiterhin Schreibaufträge. Bei Walter Hauser sorgte Schrade für die Wiedereinstellung im VEB; seit 1. Februar 1957 arbeitete Hauser im Übersetzungsbüro. Otto Birkenbeil war nach seiner vorzeitigen Entlassung schwer krank und arbeitsunfähig. Schrade vermittelte einen Kuraufenthalt. Auch viele andere Zeissianer berichteten, dass ihnen Schrade geholfen habe. Oft brachte er sich dabei selbst in Gefahr.

Im Frühjahr 1957 leitete die Staatssicherheit gegen Schrade «Massnahmen zur operativen Behandlung» ein. Ernsthaft glaubte das «Organ», Schrade sei von der Oberkochener Geschäftsleitung «als Gewährsmann zur Wahrnehmung ihrer Interessen eingesetzt». Der Genosse Oberstleutnant Michelberger war der Meinung, «man könne Dr. Schrade nur entlarven, wenn man ihn als Werkleiter absetzt». Das aber müsse vom ZK beschlossen werden.

Gen. Michelberger führte weiter aus, dass er die Leitung des MfS auf die beabsichtigte Fahrt des Schrade nach Westdeutschland hinwies und der 1. Sekretär des Bezirkes Gera das ZK anscrieb, um die Reise nicht zu genehmigen. Aber nichts rührte sich ... Wir wissen nicht, was er in Oberkochen mit den Banditen spricht.⁴

1957 nahm Schrade in Königswinter an einer gesamtdeutschen Normentagung teil. Paul Görlich, der von der SED eingesetzte «Wissen-

schaftliche Hauptleiter», beobachtete einen grossen Wagen, der Schrade abholte. Im Wageninneren erkannte Görlich den Direktor des Zeiss-Ikon-Kamerawerkes in Westberlin. Dieser aber war, wie die Insider wussten, der beste Freund des Oberkochener Geschäftsleiters Heinz Küppenbender. Sehr suspekt! Görlich meldete den Vorgang bei der Staatssicherheit. Zehn Jahre später geriet auch Görlich ins Fadenkreuz der Stasi.*



Hugo Schrade (1900-1974): «Kein Nachfolger konnte auch nur annähernd gleiche Popularität erlangen.»

Am 21. Januar 1958 wurde ein «Überprüfungsvorgang» gegen Schrade eingeleitet. Die Staatssicherheit wollte den Werkstdirektor als Agenten entlarven und ihm «Schädlingstätigkeit im Auftrage des feindlichen Konzernunternehmens Zeiss-Oberkochen» nachweisen. Die Bearbeitung müsse aber mit allergrösster Vorsicht vorgenommen werden. Er dürfe nicht das Gefühl haben, dass sich die Staatssicherheit für ihn interessiert: «Wir müssen immerhin berücksichtigen,

* Siehe S. 333

dass es sich um einen Nationalpreisträger handelt und dass eine Flucht zweifellos Rückwirkung auf weite Kreise der technischen Intelligenz des Zeiss-Werkes haben wird.»

Im «Stutenhaus» im Thüringer Wald hatte Schrade als Werksdirektor das Belegungsrecht für zwei Zimmer. Hierher kamen Mitarbeiter, die er aus der Schusslinie nehmen wollte. Anfang 1958 erschienen zwei Stasi-Mitarbeiter, um Erkundigungen einzuziehen. Der Kellner aber roch den Braten: «Vorsicht, da sind zwei Herren aus Jena, die sind mir nicht geheuer.»

Wie die Stasi feststellte, verkehrte Schrade selbst wenig im Stutenhaus. Er besass eine Datscha in Pöritzsch bei Saalburg.

Der Landsitz Schrades in Pöritzsch wurde ... aufgeklärt. Es ist geplant, die Tochter der dortigen Verwalterin ... anzuwerben. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Verkehr im Heim festzustellen sowie den Einbau der Technik zu ermöglichen. Gleichzeitig kann der Nachweis erbracht werden, dass WaFi seit seiner Haftentlassung bis zur Republikflucht sich in Pöritzsch aufhielt.⁵

Die Zeiss betreffenden Vorgänge wurden von einer eigenen Stasi-Dienststelle bearbeitet. Die Mitarbeiter waren so gut mit den Internen vertraut, dass sie wie selbstverständlich die bei Zeiss üblichen Namens Kürzel verwendeten.

Im Laufe des Jahres 1957 richtete sich die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auch auf das Archiv des Volkseigenen Betriebes. Es war für die SED aus zwei Gründen wichtig: Erstens brauchte man lückenlos alle relevanten Dokumente für die Prozesse gegen den «kapitalistischen Konzern» in Oberkochen. Zweitens war eine Propagandakampagne mit dem Ziel geplant, den von allen echten Zeissianern hoch verehrten Ernst Abbe als besonders raffinierten Kapitalisten zu «entlarven». Auch dafür war das Material aus dem Zeiss-Archiv nötig.

An der Spitze des Archivs stand, wie es bei der Stasi hiess, «die fragwürdige Person des Archivars Fritz Ortlepp». Dieser war früher

Archivrat im Heeresarchiv Potsdam gewesen, weshalb er von der SED als «alter Nazibeamter» geschmäht wurde. Verdächtig gemacht hatte sich der Witwer durch häufige Reisen zu seiner in Westberlin lebenden Tochter. Die Einheitspartei wollte bei Ortlepp eine Haus-suchung durchführen und ihn gegebenenfalls in Haft nehmen. Die SED-Bezirksleitung Gera wandte sich an den Genossen Walter Ulbricht, «weil wir noch nicht übersehen können, wie sich bei einer solchen Massnahme Genosse Dr. Schrade und einige andere Mitarbeiter bei Zeiss verhalten werden».

Wenn es dem Ortlepp und anderen in den letzten Jahren nicht gelungen ist, wichtige Materialien beiseite zu schaffen, so glauben wir mit Recht, dort [im Zeiss-Archiv] sehr interessantes Material zur politischen Auswertung zu erhalten.⁶

In der DDR galt, wie einst im Dritten Reich, das «Führerprinzip». Der erste Sekretär der SED-Bezirksverwaltung Gera bat den Genossen Ulbricht, mitteilen zu lassen, «ob gegen unsere geplanten Massnahmen von Deiner Seite aus Bedenken bestehen».

Am 2. April 1958 wurde Fritz Ortlepp verhaftet und wegen angeblicher «Hetze gegen die DDR» zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Er starb nach wenigen Monaten. Sein linientreuer Nachfolger schmähte ihn noch Jahre später als «alten Militaristen und Faschisten». Der neue Archivar rechtfertigte das Vertrauen der Stasi und arbeitete als Gl, Geheimer Informator, wie es damals noch hiess. Durch ihn erhielt der Staatssicherheitsdienst besseren Zugang zu Archivmaterial, mit dem man unbequeme und unliebsame Mitarbeiter (einschliesslich des Werksdirektors Schrade) belasten konnte.

Dieser Gl «Zahn» beschäftigte sich damals mit der Anfertigung seiner wirtschaftshistorischen Dissertation über die beiden Zeiss-Werke in Jena und Oberkochen. Er führte Interviews mit Mitarbei-

tern, die sowohl seiner Dissertation wieder Staatssicherheit zugutekamen. So berichtete ihm ein technischer Kaufmann über den mangelhaften Kundendienst, der sich nachteilig auf den Verkauf auswirke:

Die Kunden würden sagen: Eure Ware ist gut, aber wenn etwas kaputt geht, was dann? Dieser mangelnde Kundendienst ist wenig Vertrauen erweckend, in dieser Hinsicht seien die kapitalistischen Betriebe rühriger ... Man kann nicht nur verkaufen wollen, sondern muss Dienst am Kunden betreiben.⁷

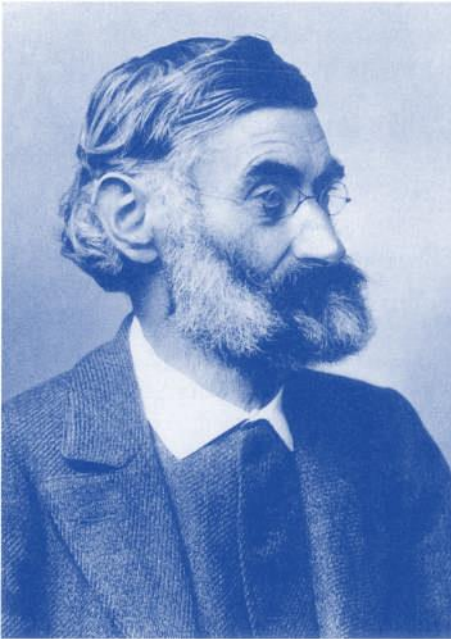
Die Herren der Objektdienststelle fühlten sich auf dem richtigen Wege, als sie von Schrades neuer Sekretärin erfuhren, dass ihr Chef «sehr nervös und unsicher» wirke. Wenn er eines schönen Tages nicht mehr ins Büro komme, habe er gesagt, dann hänge er an irgendeinem Baum.

Die SED wollte einen Bewusstseinswandel schaffen. Bei vielen Zeissianern, sogar bei der jungen Generation, habe sich die Vergangenheit zur «guten alten Zeit» verklärt. Das richtige Erkennen der kapitalistischen Vergangenheit aber sei die Voraussetzung für das klare Erkennen des Fortschritts seit 1945. Es ging der Einheitspartei darum, den von allen Zeissianern hoch verehrten Ernst Abbe als einen abgefeymten Kapitalisten zu entlarven. Dieser «kühl-berechnende Vertreter der Bourgeoisie» habe sich ein Mäntelchen als «Arbeiterfreund» umgehängt, um die Werktätigen zu täuschen.

Inzwischen hatte in Oberkochen der betagte Geschäftsleiter Walther Bauersfeld eine schöne Würdigung des grossen Ernst Abbe verfasst. Dies geschah auf Wunsch des Bundespräsidenten, der zusammen mit dem Historiker Hermann Heimpel und dem Publizisten Benno Reifenberg das Sammelwerk «Die grossen Deutschen» herausgab. Mit Recht erwartete Theodor Heuss, dass Bauersfeld die Bedeutung Abbes für die Entwicklung der Optik darstellen könne, aber auch «literarisch ausdrucksvoll genug sei, um die menschliche Erscheinung wie auch die sozialpolitische Leistung zu würdigen».

Die Biographie erschien 1956 in Band III des insgesamt fünfbändigen Werkes.

Gegen das Ende des abgelaufenen Jahrhunderts, als mit der Ausbreitung der Maschinenarbeit das Schlagwort des Klassenkampfes die Massen der Arbeiter mehr und mehr aufwühlte, hat ein Mann in aller Stille einen Weg zur Überwindung der sozialen Gegensät-



Professor Dr. Ernst Abbe (1840-1905), der grosse Physiker und Philanthrop.

ze nicht nur sorgfältig durchdacht, sondern in seinem Bereich praktisch vollständig durchgeführt. Das war Ernst Abbe, und seine grosse Tat war die Errichtung der Carl-Zeiss-Stiftung, mit der fast vollständigen Hingabe seines Privatbesitzes, als er auf der Höhe seines Lebens stand.⁸

Nein, sagte dazu die SED, die Carl-Zeiss-Stiftung werde zu Unrecht als grosse soziale Errungenschaft gepriesen. Sie sei in Wahrheit ein Instrument der schamlosen Ausbeutung gewesen. Die Kreisleitung der Einheitspartei formulierte als politische Aufgabe, als „Kampfprogramm«, wie man sich ausdrückte, den Werktätigen «die Rolle des Betriebes im kapitalistischen und imperialistischen Deutschland zu enthüllen»:

Vor allem die These von der „besonderen Stellung« des Zeiss-Betriebes im imperialistischen Deutschland ist zu zerschlagen. Erst nach 1945 entwickelte sich das Zeiss-Werk zu einem sozialistischen Betrieb, in dem die Arbeiter, frei von Ausbeutung, für Frieden und Sozialismus, d.h. zum Wohle aller Werktätigen, produzieren.⁹

Zur Erfüllung dieses „Kampfprogrammes« erarbeitete die Abteilung Propaganda/Agitation der SED eine Broschüre von 64 Seiten unter dem Titel: „Mit klarer Sicht. Das Ende der Zeiss-Legende.« Den Werktätigen sollte „klare Sicht« verschafft und der „kapitalistische Charakter der Stiftung« enthüllt werden. Die Errichtung der Stiftung durch Ernst Abbe im Jahre 1889 sei ein „wohlüberlegter Versuch« gewesen, den angeblich historisch notwendigen „Klassenkampf im Carl-Zeiss-Werk zu ersticken»:

Sie [die Zeiss-Arbeiter] wurden nach wie vor ausgebeutet. Schamlos ausgebeutet ... Der Mehrwert wurde von der Carl-Zeiss-Stiftung als kollektiver Kapitalist kassiert.¹⁰

Die SED wusste, dass Schrade, der Mann an der Spitze des Jenaer Zeiss-Werkes, selbst zu den „Zeiss-Treuen« gehörte, d.h. zu den Bewunderern des grossen Ernst Abbe. Die Genossen nötigten ihn, seine Meinung über die „Zeiss-Legende« darzulegen. Damit verlangten sie von ihm, seine wahre Gesinnung zu verleugnen. In einer Sitzung

am Jahresende 1958 musste er seine Thesen vortragen. Sofort hielten ihm die lieben Genossen «ideologische Fehler» vor. Er wurde zur Selbstkritik gezwungen und regelrecht «fertiggemacht»:

In dieser Parteiversammlung wurde von allen Leitungsmitgliedern über das Verhalten von Dr. Schrade eine heftige Kritik geübt ... Man erwarte eine klare Antwort und seine nochmalige Stellungnahme zur Zeiss-Legende. In der Selbstkritik brachte Dr. Schrade zum Ausdruck, dass er ... jetzt erst richtig einsehe, was die Genossen von ihm wollten ... Dr. Schrade brach dann in das grosse Heulen aus und bat, den Raum verlassen zu dürfen. Nach viertelstündiger Abwesenheit kam Schrade zurück, und man forderte ihn nochmals auf, zu sprechen. Hier brachte er zum Ausdruck, dass er jetzt nichts weiter dazu sagen könne, man solle ihm Zeit lassen.¹¹

Die Ideologen triumphierten. Abweichungen von der Parteilinie wurden nicht geduldet. Am 18. Juli 1959 schloss die Stasi die Akten. Die «Verdachtsmomente auf irgendeine Feindtätigkeit im Auftrag des [Oberkochener] Konzerns» hatten nicht bestätigt werden können. Zu Tage gekommen waren aber doch eine ganze Reihe belastender Fakten. «Auf Grund seines derzeitigen Gesundheitszustandes und seiner weiterhin undurchsichtigen Rolle» solle er «in nächster Zeit seiner Funktionen als Werksleiter des VEB Carl Zeiss Jena» enthoben werden. Zur Ablösung Schrades aber kam es nicht. Offenbar begriffen nun auch die Funktionäre, dass man die Pferde nicht mitten im Strom wechselt. Seit 1954 befand sich der VEB in harten juristischen Auseinandersetzungen mit der «Zeiss-Westgruppe». Schrade war der Kronzeuge für die Jenenser.

Von manchen Mitarbeitern wurde Schrade als zu weich eingeschätzt. Wahrscheinlich hat er sich damit abgefunden, im System mitmachen zu müssen. Als er bei den Zeugenvernehmungen für den

amerikanischen Prozess mit den Oberkochenern in Wien zusammentraf, sagte er unter vier Augen zu Walter David: «Ich habe einmal in den sauren Apfel gebissen, jetzt muss ich ihn noch vollends aufessen.»

Für den Prozess in New York sammelten die Oberkochener Material gegen den Volkseigenen Betrieb und gegen Hugo Schrade als dessen obersten Repräsentanten. So kam er schliesslich auch aus dieser Richtung unter Druck:

Er [Schrade] hat Herrn Walter Fischer, der zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, bei der Verhandlung [in Gera Oktober 1953] nicht entlastet, sondern belastet. Die Handlungen von Herrn Fischer waren im Einvernehmen mit Herrn Schrade, dem alle Vorgänge genau bekannt waren, zur Aufrechterhaltung der Produktion erfolgt.¹²

Die Kritik der Oberkochener an Schrade war massvoll im Vergleich zu einer Analyse, die sich die Staatssicherheit später von einem inoffiziellen Mitarbeiter hat erstellen lassen. Während Schrade vor Belegschaft und Bevölkerung «als der vorbildliche, unermüdliche, wahrheitsliebende und menschliche Werkleiter» propagiert worden sei, habe er schwere kriminelle Handlungen begangen. Er habe sich «fortgesetzt handelnd und in Tateinheit stehend» der Urkundenvernichtung, des Prozessbetruges, der Schädigung von sozialistischem Eigentum und des Vertrauensbruches in schwerem Falle schuldig gemacht.

Die Ideologen aber schadeten nur der eigenen Sache. Das Pamphlet «Mit klarer Sicht» wurde in Oberkochen und Stuttgart aufmerksam gelesen. Der Rat des Bezirkes Gera hatte das am 29. April 1954 beim Landgericht Stuttgart angestrengte Verfahren bis zum Bundesgerichtshof getrieben. Von dort wurde es an das Oberlandesgericht Stuttgart «zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung» zurückverwiesen.

Es ging dem OLG Stuttgart um die «Feststellung der Rechtswirklichkeit in der DDR», wozu «die Äusserungen und die Stellungnahme der Partei herangezogen werden» mussten.

Also nahmen sich die Richter des ersten Zivilsenates die Propagandaschrift vor:

Darin ist ausgesprochen, dass das Statut sich als Werk eines «weitsichtigen, kühl berechnenden Vertreters der Bourgeoisie» (Ernst Abbe) darstelle mit dem Zweck, den Klassenkampf, der vom Standpunkt der Partei im Interesse der Arbeiterschaft und der Menschheit überhaupt unerbittlich und revolutionär zu führen sei, zu ersticken ... Danach kann kein Zweifel bestehen, dass das Statut [der Carl-Zeiss-Stiftung] innerhalb der DDR als ein verschleiertes Kampfmittel des «Klassenfeindes» erachtet wird ... Das im Bereich der DDR in jeder Hinsicht massgebende Willensorgan, das «Kollektiv der Führung», hat das Statut der Stiftung damit als Schleier erkannt, der zerrissen werden müsse, – womit gesagt ist, dass sich das Stiftungsgeschäft gegen den Staatszweck der DDR richte und keine Anerkennung finden könne.¹³

Damit wurde die Klage des Bezirkes Gera nicht lediglich als «unbegründet» zurückgewiesen, sondern stärker als «unzulässig»: Der Rat des Bezirkes Gera könne sich «zur Begründung seiner Befugnis, die Carl-Zeiss-Stiftung zu vertreten, mangels der Wirksamkeit der Statuten im Bereich der DDR, nicht auf diese berufen».

Auch die beiden Düsseldorfer Verfahren liefen bis zum Bundesgerichtshof und brachten den Oberkochenern den erhofften Erfolg. Am 24. Juli 1957 untersagte der BGH dem Volkseigenen Betrieb in Jena, sich in der Bundesrepublik und in Westberlin des Namens «Carl Zeiss» zu bedienen. Eineinhalb Jahre später, am 6. Februar 1959, folgte das entsprechende Urteil in Sachen Ernst Abbe:

Die Klägerin [Carl Zeiss Oberkochen] kann sich ... mit Fug und Recht als Gründung Ernst Abbes bezeichnen und die durch die Person ihres Gründers wesentlich mitbedingte Tradition des ursprünglichen Stiftungsbetriebes als eigene Tradition für sich in

Anspruch nehmen. Wie das Berufungsgericht ... festgestellt hat, ist die Tatsache, dass Ernst Abbe der Gründer der Carl-Zeiss-Stiftung ist und massgebenden Anteil an der Entwicklung des Stiftungsbetriebes Carl Zeiss gehabt hat, in den Kreisen der Gebildeten und insbesondere bei den Optikern, die als Abnehmer ... in erster Linie in Betracht kommen, allgemein bekannt ... Inhaber dieses an die Namen Abbe und Zeiss geknüpften Goodwill ist aber nach wie vor die Carl-Zeiss-Stiftung. Daraus folgt die Berechtigung der mit dem Stiftungsbetrieb «Optische Werkstätte (Carl Zeiss)» identischen Klägerin, sich diesen Goodwill zunutze zu machen.¹⁴

Zur Kennzeichnung der in die Bundesrepublik exportierten Waren durfte der VEB also weder die Firmenbezeichnung «Carl Zeiss» noch «Ernst Abbe» verwenden. Es blieb nur eine historisch nicht besetzte Bezeichnung. Der Volkseigene Betrieb entschied sich für das Kunstwort «Jenoptik».

Als nach der Wende, also dreissig Jahre später, aus dem Kombinat in Jena zwei neue Firmen entstanden, die eine unter der Verantwortung der Oberkochener, die andere unter Lothar Späth, blieb Späth bei dem Namen «Jenoptik». Während aber vor der Wende das Wort «Jenoptik», wie gesagt, nur zur Kennzeichnung von Exportwaren benutzt wurde, gibt es seit dem 11. Juni 1991 in Jena eine wirkliche «Jenoptik». Die Firma wurde in eine Aktiengesellschaft mit zuerst 100, dann 150 Millionen DM Grundkapital umgewandelt und ging 1998 an die Börse.

Die Firma Carl Zeiss in Oberkochen betrachtete sich als rechtsidentische Fortsetzung des 1846 von Carl Zeiss in Jena gegründeten Unternehmens. Zur Genugtuung der Oberkochener hat der Bundesgerichtshof diese Auffassung bestätigt.

Die Firma gehörte der ebenfalls im Westen neu aufgebauten Carl-Zeiss-Stiftung in Heidenheim. Seit 1954 besaßen die Mitarbeiter wieder die Stiftungsrechte nach dem Statut. Die Stiftungsverwaltung

wurde durch das Kultusministerium in Stuttgart wahrgenommen, an dessen Spitze damals Professor Dr. Gerhard Storz stand. Noch aber fehlte ein Organ der Stiftung: der Stiftungskommissar.

Am 16. April 1959 trafen sich in Mainz leitende Mitarbeiter der Firmen Carl Zeiss Oberkochen und Glaswerke Schott & Genossen Mainz zu einer Stiftungssitzung. Der frühere Präsident der Bank Deutscher Länder, Dr. Karl Bernard, wurde in sein neues Amt als Stiftungskommissar eingeführt. Seine Aufgabe entsprach der eines Aufsichtsratsvorsitzenden bei einer Aktiengesellschaft: Er hatte die Geschäftsleitungen der beiden Stiftungsbetriebe Zeiss und Schott auf «Ordnungsmässigkeit der Verwaltung und Statutenmässigkeit im Verfahren zu überwachen sowie bei allen wichtigeren Akten der Geschäftsführung ... beschliessend oder beratend mitzuwirken». So schrieb es das Statut der Carl-Zeiss-Stiftung vor.

Bei Krisen, von denen auch Zeiss nicht verschont blieb, spielte der Stiftungskommissar eine entscheidende Rolle. So geschah es 1971, als die gesamte deutsche Kameraindustrie zu Grunde ging, und 1994, als an allen Firmenstandorten ein massiver Arbeitsplatzabbau nötig wurde.

KAPITEL 10

Die Mauer

Von der Kreisleitung der SED in Jena wurde eine Kommission eingesetzt, oder vielmehr eine «Brigade», um die Ursachen der «Westabgänge» beim VEB Carl Zeiss zu untersuchen. Bei den jungen Männern war ausschlaggebend, wie die Genossen ermittelten, «die falsche Methode bei der Werbung zur Kasernierten Volkspolizei». Die KVP, wie es abgekürzt hiess, war der Vorläufer der Nationalen Volksarmee, als es das Regime noch für nötig hielt, die forcierte Ausrüstung zu kaschieren:

Der ehemalige Koll. Grünert schreibt in einem Brief aus Westdeutschland, er wäre 26 mal angesprochen worden und hätte deshalb die DDR verlassen. Der Kollege Hofmann erklärte, ihm wäre gesagt worden, dass er nicht würdig sei, in einem VEB zu arbeiten. Der Kollege Tröber, Trainer einer Jugendhandballmannschaft, wurde nach Meinung der Jugendlichen in der Abteilung besonders hart angefasst, weil er Spitzensportler war. Er kam von den Aussprachen sehr niedergeschlagen zurück. Die Jugendlichen sind der Meinung, dass er hier geblieben wäre, wenn er nicht so oft vor die Kommission geladen worden wäre.¹

Die Abteilungsleiter mussten die Mitarbeiter im entsprechenden Alter melden. Auf die Liste kam auch der 1935 geborene Feinmechaniker Dieter Gottwaldt. Eines Tages wurde er in das Besprechungszimmer gerufen, wo an einem langen Tisch acht Männer in Zivil Platz genommen hatten. Einer gehörte zur Kaderleitung von Zeiss, die anderen kannte er nicht. Die Männer fragten ihn erst nach seinen

«gesellschaftlichen Aktivitäten», und dann redeten sie einer nach dem anderen auf ihn ein. Gottwaldt blieb bei seinem Nein. «Warum bist du, Kollege, nicht bereit, dein schönes Jena zu verteidigen?» Nach eineinhalb Stunden wurde er in Ungnaden entlassen.

Ein paar Wochen später kam er ein zweites Mal in die Mangel. «Wenn noch irgendetwas passiert», dachte sich Gottwaldt, «gehe ich.» Sein grosser Wunsch war, die Ingenieurschule in Jena zu besuchen. Die Vorkurse hatte er bereits absolviert. Im Herbst 1956 wurde er zusammen mit einem gleichaltrigen Kollegen zur Kaderleitung bestellt, wo man den beiden erneut vorhielt, dass sie sich gesellschaftlich zu wenig engagierten. Sie könnten jetzt noch nicht immatrikuliert werden. Vielleicht im nächsten Jahr. Auf dem Rückweg sagte Gottwaldt zu seinem Kollegen: «Das ist das Signal.»

Auch andere junge Mitarbeiter im VEB wollten die Fachhochschule besuchen. Die Verweigerung der Zulassung war für viele ein zusätzlicher Fluchtgrund.

Der Kollege Sturm ging nach Westdeutschland, da er sich in den Kopf gesetzt hatte, auf die Fachschule zu gehen, dieser Weg aber nur über die KVP gehen sollte. In einem Brief ... teilte er mit, dass er bei der Firma Bosch in Stuttgart-Feuerbach bessere Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten geboten bekommt?

Das Gros der Flüchtlinge aus Jena fand Aufnahme bei Carl Zeiss in Oberkochen, was sich die Funktionäre nur mit gezielter Abwerbung erklären konnten:

Vermutlich wird die Methode angewandt, dass Jugendliche, die bereits bei Opton arbeiten, ... im Betrieb die sogenannten «rosigen» Verhältnisse schildern. Z.B. wird in Briefen erwähnt, dass es viel Arbeit, gute Verdienstmöglichkeiten, ungehinderte Urlaubsreisen nach dem Ausland, wenig politische Gespräche, grosse Auswahl an Textilien, bessere Verkaufskultur usw. gibt?

Nach einer Analyse der Stasi spielten Besuche bei Verwandten im Westen eine grosse Rolle bei der Entscheidung, Jena zu verlassen. So hätten allein im August 1955 «ca. 1'000 Beschäftigte des VEB Carl Zeiss ihren Urlaub in Westdeutschland, vorwiegend in Oberkochen, verlebt»:

Die Auswirkungen werden in Zukunft durch Ausweitung der Republikfluchten zu spüren sein, da die rückkehrenden Urlauber die Verhältnisse bei Zeiss Oberkochen und die Perspektive für das dortige Werk günstiger beurteilen als im VEB Zeiss Jena.⁴

Im Falle von Dieter Gottwaldt gab den letzten Anstoss der Verwandtenbesuch eines Oberkocheners, eines ehemaligen Mitarbeiters im VEB, der in den Weihnachtsferien 1956 nach Jena gekommen war. «Wie ist's mit dir?», fragte ihn der alte Zeissianer. Gottwaldt erfuhr, dass es in Oberkochen in der Abteilung «Feinmess» Probleme bei der Herstellung der optischen Teilköpfe gab: «Jetzt hast du eine gute Chance.»

«Drei Anstösse habe ich gebraucht», sagt Gottwaldt. Er verschaffte sich eine Besuchsgenehmigung für einen nicht existierenden Onkel in München. Am 17. März 1957 verliess er Jena zusammen mit seiner Verlobten. «Ich bin nicht leichten Herzens weggegangen.» Um nicht aufzufallen, hatte er Rückfahrkarten nach München gelöst. In Nürnberg stieg er um in den D-Zug nach Stuttgart. Der Schaffner sagte: «Sie sitzen im falschen Zug.» «Der Zug ist richtig», antwortete Gottwaldt. «Die Fahrkarte ist falsch.»

Auch der aus Chemnitz stammende Ernst Schulz sollte damals für die Kasernierte Volkspolizei verpflichtet werden. Er ging zuerst nach Westberlin und dann in die Bundesrepublik. Nach ein paar Jahren kehrte er in die DDR zurück, besuchte die Ingenieurschule in Leipzig und wurde später Stellvertretender Generaldirektor im VEB Carl Zeiss Jena. Mit dem Regime hatte er seinen Frieden gemacht. Er berichtete als IM und führte auch andere Informanten.

Jahr für Jahr erstellte die Staatssicherheit für das ZK der SED streng geheime Berichte über die Lage in der DDR. Geklagt wurde hier vor allem über das «Ansteigen der Republikfluchten». Ein besonderer Schwerpunkt sei der VEB Carl Zeiss Jena:

Die Gründe sind zahlreiche Briefverbindungen zu Republikflüchtigen im Zeiss-Werk in Oberkochen sowie schlechte Wohnverhältnisse in Jena und Beeinflussung durch Verwandte und Bekannte in Westdeutschland.⁵

Die Wohnverhältnisse im Westen waren aber – zunächst – entschieden schlechter. Als sich Dieter Gottwaldt im Werk in Oberkochen meldete, hiess es: «Besorgen Sie sich ein Zimmer. Nur wer ein Zimmer hat, bekommt Arbeit.» Er erhielt drei Adressen. Schliesslich fand er eine Schlafstelle im Souterrain eines Privathauses. Als er nach diesem aufregenden Tag endlich eingeschlafen war, wurde er von dem zweiten Mann geweckt, der mit im Zimmer wohnte, und der nach einem langen Abend nach Hause kam. Gottwaldt erkannte ihn sofort. Es war sein Kollege Gunter Wötzel, mit dem er bei der Carl Zeiss-Feuerwehr in Jena Dienst gemacht hatte: «Mensch, du hier? Das ist super.»

Am 24. März fing Gottwaldt bei der Abteilung Feinmess an. Die Konstruktion der Optikköpfe war anders als in Jena, und er musste sich auf das Oberkochener System umstellen. Am 31. August hat Gottwaldt geheiratet, und Anfang Oktober erhielt er ein Zimmer von 14 qm in einer ehemaligen RAD-Baracke direkt vor dem Werk. Drei Jahre später konnte er in eine neugebaute Werkswohnung in der Jenaer Strasse einziehen. «Mein Vater und mein Bruder waren auch Zeissianer», erzählt Gottwaldt: «Noch im Spätherbst 1957 kam mein Bruder, zu Weihnachten mein Vater und im Februar 1958 meine Mutter. Alle über Westberlin.»

Am 20. August 1957 flüchtete auch Professor Alfred Kantorowicz, früher ein überzeugter Kommunist. «Während wir in der Vor-

kriegszeit gläubig für Freiheit und Recht gegen die faschistische Barbarei gekämpft hatten», erklärte er im *Sender Freies Berlin*, seien «Faschismus und Barbarei hinter uns wieder auferstanden» in der Form des Stalinismus.

Im Jahre 1957 lief in den westdeutschen Kinos der Unterhaltungsfilm «Made in Germany – Die dramatische Geschichte des Hauses Zeiss». Etwa 600 Werksangehörige sahen den Film bereits bei der deutschen Erstaufführung, die am 31. Januar gleichzeitig im Lichtspielhaus Oberkochen und im EM-Theater in Stuttgart stattfand. Es ging um den Aufbau der optischen Industrie in Jena durch Carl Zeiss und Ernst Abbe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Münchener Corona-Filmproduktion hatte die Stimmung im Lande richtig erfasst. Hier war ein Stück deutsche Vergangenheit, auf das man ohne Bedenken stolz sein konnte.

Eine Million Menschen sahen den Film. Der Titel war ein Geniestreich. Damit wurde die Brücke von den Gründerjahren zur Gegenwart geschlagen. Wie damals erbrachte auch jetzt die deutsche Industrie Leistungen, die in der ganzen Welt Anerkennung fanden.

Um die Zeit, als der Film in den deutschen Lichtspieltheatern anlief, folgte Hermann J. Abs, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, der Einladung zu einem Hintergrundgespräch in die Redaktion der *New York Times*. Nächst Adenauer und Erhard galt Abs als der Mann, der das Wirtschaftswunder bewirkt hatte. Abs erzählte vom Treck der 84 Zeissianer und dem «Aufbau auf der grünen Wiese». Das erinnerte die amerikanischen Journalisten an die Pioniertaten ihrer Vorväter, die ebenfalls nach Westen in eine ungewisse Zukunft aufgebrochen waren. Diese Story mussten sie haben! Ihre Bitte nach einem authentischen Bericht ging über Küppenbender an den Betriebsratsvorsitzenden, den Physiker Norbert Günther, der die Odyssee selbst miterlebt hatte. Seinem Report gab er die Überschrift: «Das deutsche Wunder». Küppenbender schrieb an den Rand: «War es ein Wunder? Nein, Ergebnis harter Arbeit, eines team-works im besten Sinne.»

1957, zwei Jahre nach dem Staatsbesuch Adenauers in Moskau, begannen deutsch-sowjetische Wirtschaftsverhandlungen. Die sowjetische Seite war an hochwertigen Investitionsgütern interessiert, jedoch nicht an Verbrauchsgütern. Gerade die aber wollte die Bundesrepublik liefern, und die Sowjetbürger hätten sie dringend benötigt. Verkompliziert wurden die Verhandlungen noch zusätzlich durch den deutschen Wunsch auf die Repatriierung von Volksdeutschen, die die Sowjetunion verlassen wollten. Wohl um die deutschen Diplomaten zu beeindrucken, wurde ihnen eine bei Moskau gelegene Automobilfabrik gezeigt. Dem deutschen Delegationsleiter, Botschafter (später Staatssekretär) Rolf Lahr fielen die Unordnung, der Schmutz und die Raumeinrichtung unangenehm auf.

Im April 1958 kam Anastas Mikojan, die Nummer 4 in der Sowjethierarchie, zur Unterzeichnung des Handelsabkommens in die Bundesrepublik. Auf dem Programm stand die Besichtigung des Daimler-Benz-Automobilwerkes in Sindelfingen bei Stuttgart. «Eine bessere Wahl hätten wir nicht treffen können», meinte Lahr. Als sie durch das Werk gingen, wurde ihm die Rückständigkeit der sowjetischen Industrie voll bewusst:

Für Mikojan muss eine Illusion – dass nämlich in der Sowjetunion alles grösser, schöner und fortschrittlicher sei als anderswo – zusammengebrochen sein. Nicht zuletzt bei den Einrichtungen der Arbeiterfürsorge, denen gegenüber die in der Sowjetunion als Prunkstücke gezeigten gänzlich abfielen. Wo wir durchkamen, ruhte jeweils die Arbeit, damit Mikojan mit den Betriebsangehörigen sprechen konnte, wovon er lebhaften Gebrauch machte. Aber wenn er geglaubt hätte, dass an dieser Stätte des Kapitalismus Klassenkampfstimmung herrsche, so erwies sich auch das als Irrtum. Durchweg antworteten die Arbeiter, sie seien mit den Arbeitsbedingungen zufrieden, sie verdienten gut, mit der Betriebsleitung gebe es bisweilen Auseinandersetzungen, aber man einige sich dann auch immer wieder. Mikojan rief auf deutsch: «Friede und Freundschaft!» – Freundlich, aber nicht exaltiert schallte es

ebenso zu ihm zurück, dazu auch der Ruf: «Und Wiedervereinigung!»⁶

Auf der Rückreise nach Moskau legte Mikojan einen Zwischenaufenthalt in Ostberlin ein. Dringend riet er Ulbricht, «mit der törichtten Propaganda von dem Überholen der Bundesrepublik aufzuhören und froh zu sein, wenn die DDR in zehn Jahren so weit sei wie die Bundesrepublik heute». Ideologen sind unbelehrbar. Auf dem V. Parteitag im Juli 1958 definierten die Delegierten als ökonomische Hauptaufgabe, «die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, dass die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen umfassend bewiesen wird». Als sich Ludwig Erhard im Sommer 1959 skeptisch über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR äusserte, erschien im *Neuen Deutschland* ein Interview mit Ulbricht:

Die Wahrheit ist doch die: Die DDR wird bis 1961 auf allen wichtigen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern Westdeutschland einholen und zum Teil überholen.⁷

Bei dem von Ulbricht aufgestellten Satz vom Einholen und Überholen der Bundesrepublik innerhalb von zwei Jahren handelte es sich nicht um eine «Wahrheit», sondern eine Zukunftsprognose. Und für diese Zukunftsprognose gab es eine sehr grosse, eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit, dass sie sich nicht bestätigen würde.

In der Betriebszeitung, dem *Scheinwerfer*, las man 1961 – wiederum im Futur -, dass dem Kapitalismus «die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, in der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet werde». Auch die grosse Schwesterpartei, die KPdSU, erging sich in Zukunftsvisionen. In dem Jahrzehnt bis 1970 würden die Vereinigten Staaten «in der Pro-Kopf-Produktion übertroffen» und bis 1980 die Arbeitsproduktivität «auf

das Doppelte gegenüber der Arbeitsproduktivität der USA» erhöht. In Wirklichkeit vergrösserte sich der Abstand weiter.

Die Ingenieure bei Zeiss und den anderen Volkseigenen Betrieben waren oft «masslos traurig» über die schlechte Arbeitsorganisation. «Die Anhäufung von Unvermögen, Fehlplanung und Borniertheit kann man nur ertragen, wenn man Teile seines Gehirnes lahmlegt.» Das schrieb ein Leipziger Elektroingenieur in einem Privatbrief:

Ich gäbe einige Jahre meines Lebens, wenn ich wüsste, wie bei Telefunken, wo ja unter anderem die gleichen Anlagen wie in unserem Betrieb produziert werden, die Arbeit abläuft. Ich möchte einmal die Arbeit, wie ich sie selbst verrichte, unter kapitalistischen Bedingungen durchführen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie ein kapitalistischer Betrieb Gewinne machen will, wenn er so arbeitet wie wir.⁸

Die Partei- und Staatsführung betrog sich selbst und das Volk. Für das Gesamtergebnis gänzlich belanglose Einzelfälle wurden herausgegriffen und von der gelenkten Presse zu grossen wirtschaftlichen Durchbrüchen hochstilisiert. Da schaffte im Textilkombinat Zittau, angespornt von einer Aktivistin, eine zurückgebliebene Brigade 117 Prozent Tagesleistung. Bei diesen «grossartigen Erfolgsmeldungen», wie man ironisch sagen muss, fehlte selten der Hinweis, dass damit die finsternen Pläne der Monopolkapitalisten durchkreuzt würden. Bei der Kampagne für die Kollektivierung der Landwirtschaft dichteten die Funktionäre: «Durch den Eintritt aller Bauern in die LPG/treten wir Adenauer auf den Zeh.»

Vom 28. August bis 5. September 1958 feierte die Friedrich-Schiller-Universität Jena ihr 400-jähriges Jubiläum. Der Beschluss des V. Parteitages, den Sozialismus «zum Siege zu führen», hatte den Hochschulen eine verschärfte Politisierung gebracht. Es ging der SED darum, den «Marxismus-Leninismus als herrschende Ideologie und Weltanschauung» endgültig durchzusetzen:

Daraus ergab sich für die Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten, Ärzte und Schwestern die Aufgabe, die Jubiläumsfeierlichkeiten der Universität zu einem Meilenstein auf dem Wege zu einer sozialistischen Hochschule werden zu lassen

Für den 21. August war in Ostberlin eine internationale Pressekonferenz angesagt, auf der das Programm der Universitätsfeiern vorgestellt werden sollte. Die vorbereiteten Erklärungen enthielten scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik, gegen ihre angeblichen «Kriegsvorbereitungen» und gegen die Empfehlung der westdeutschen Rektorenkonferenz an die Hochschulen in der Bundesrepublik und in Westberlin, keine offiziellen Vertreter nach Jena zu entsenden. Die Hauptrolle bei der Pressekonferenz war Josef Hämel zugedacht, dem Rektor der Friedrich-Schiller-Universität. An diesem 21. August aber meldete sich der international hochangesehene Dermatologe als Flüchtling in Westberlin.

Hämel war ein Pionier bei der Einführung des Elektronenmikroskops in die Medizin. Seit seiner Berufung nach Jena im Jahre 1935 hatten sich enge Beziehungen zur Firma Zeiss entwickelt. In Oberkochen kannten ihn viele Mitarbeiter und nahmen sogleich die Kontakte wieder auf. Als Hämel 1960 an die Universität Heidelberg berufen wurde, bestellte er in Oberkochen das neue Modell EM 9 mit elektromagnetischen Linsen.

Die Verschärfung des ideologischen Kampfes durch die SED führte zu einer Erhöhung der «Westabgänge». 1959 meldeten sich in den Notaufnahmelagern 144'000 Flüchtlinge, 1960 bereits 199'000. Nach einer Analyse des Betriebsschutzamtes Jena bestanden die Hauptmethoden des Klassengegners «in der Verbreitung von Hetze, Verleumdung und Gerüchtemacherei sowie der Abwerbung von Spezialisten und Fachkräften».

Durch die Abteilung K wurden in drei Fällen Verfahren wegen Abwerbung bearbeitet, und eine Anzahl von Republikfluchten

konnte auf Grund von Hinweisen verhindert werden. Die Hauptschwächen lagen insbesondere in der ungenügenden Einbeziehung der Werktätigen und in der ungenügenden Wirksamkeit des ideologischen Kampfes.¹⁰

Besondere Sorgen machten dem Staatssicherheitsdienst «Schmierereien mit konterrevolutionärem Inhalt», die immer wieder in den Treppenhäusern des Hauptwerkes auftauchten. Die von 1957 bis 1960 registrierten 48 Fälle konnten nicht aufgeklärt werden, weil es an der nötigen «Wachsamkeit der Werktätigen» fehlte.

Leider wird in den Stasi-Berichten nicht gesagt, um welche Parolen es sich gehandelt hat. Wahrscheinlich scheuten sich die Funktionäre, die politischen Forderungen der Regimegegner klar auszusprechen. Man kann aber aus den verwendeten Umschreibungen gewisse Schlüsse ziehen. Wenn von «Schmierereien gegen den Genossen Walter Ulbricht» die Rede ist, mag es der Satz gewesen sein: «Der Spitzbart muss weg.» Ulbricht war ausgesprochen unbeliebt. Bei einer «Schmiererei, die sich gegen unsere Arbeiter- und Bauernmacht richtete», könnte es sich um die Forderung «Freie Wahlen» gehandelt haben. Besonders infam ist die Charakterisierung einer Parole als «Verherrlichung des Faschismus». Gemeint ist wahrscheinlich das von der Staatssicherheit gefürchtete Wort «Wiedervereinigung».

Wie aber kann die Forderung nach Wiedervereinigung des geteilten Landes als «Verherrlichung des Faschismus» ausgelegt werden? SED-Funktionäre denken anders: Die Forderung «Wiedervereinigung» zielt auf eine «Expansion» der Bundesrepublik nach Osten, so wie einst die Nationalsozialisten einen Eroberungskrieg nach Osten geführt und ein «Grossdeutsches Reich» errichtet hatten. Also ist die Forderung nach Wiedervereinigung «faschistisch».

Dabei hatte die DDR noch bis vor Kurzem in ihrer Propaganda selbst die Wiedervereinigung gefordert, wovon sie später nichts mehr wissen wollte. Wolfgang Mischnick, der als gebürtiger Dresd-

ner die Vorgänge aufmerksam beobachtete, fielen DDR-Sondermarken auf, die ein merkwürdiges Schicksal hatten. 1958 kam ein Dreierblock mit der Aufschrift heraus: «Der Kampf um die nationale Wiedervereinigung ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Es wird siegen, wenn es einig handelt.» Der Block verschwand aus allen Briefmarkenhäusern und -katalogen. Mischnick berichtete:

Als ich mich in Freiberg 1992 bei einer Briefmarkenausstellung nach diesem Block erkundigte und dann anhand unseres Kataloges zeigte, dass es diese Briefmarken tatsächlich gegeben hat, waren die betreffenden Briefmarkenfreunde völlig erstaunt; sie hatten nie davon gehört.¹¹

In der DDR wurde die Agitation für die Wiedervereinigung eingestellt und stattdessen die «Eigenstaatlichkeit» der DDR propagiert. In der Bundesrepublik glitt das Bekenntnis zur deutschen Einheit oft zu einer reinen Pflichtübung ab. Einer, der die Wiedervereinigung als politisches Ziel nicht aus dem Auge verlor, war Friedrich Schomerus. Bei den Vereinten Nationen in New York stand damals das Thema «China» auf der Tagesordnung. Es ging darum, ob die Grossmacht weiterhin durch die Nationalregierung in Taipeh vertreten werden sollte, wofür die Westmächte eintraten, oder ob dieses Recht den Rotchinesen in Peking gebühre, die die Regierungsgewalt über ganz China (mit Ausnahme von Formosa) ausübten. Schomerus sah hier die Möglichkeit eines politischen Tauschhandels: Der Westen konzidiert die Vertretung Chinas durch die Kommunisten in Peking, dafür erlaubt die Sowjetunion freie Wahlen in der DDR.

Reisen nach Westberlin, wo er die «freiheitliche Luft» als Labsal und Gesundbrunnen empfand, nutzte Schomerus, um an Theodor Heuss, Aussenminister Heinrich von Brentano, den Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Ernst Lemmer und an Erich Mende, den Vorsitzenden der F.D.P., zu schreiben: «Die Bundesregierung sollte

mit grösstem Nachdruck von den Westmächten verlangen, dass die Aufnahme Rotchinas in die UNO nur bewilligt wird, wenn gleichzeitig die Sowjetunion die Ostzone freigibt.»

Schomerus war und blieb ein Kämpfer. Im Brief an Lemmer, den er aus der gemeinsamen politischen Arbeit für die Deutsche Demokratische Partei vor 1933 kannte, meinte er:

Man sollte in Westdeutschland noch viel mehr als bisher geschehen die Pankower als «Separatisten» bezeichnen, darauf hinweisen, dass sie eine Politik des Separatismus, d.h. der Abspaltung rein deutschen Gebiets und seine Überführung in den Bereich des unersättlichen russischen Imperialismus betreiben.¹²

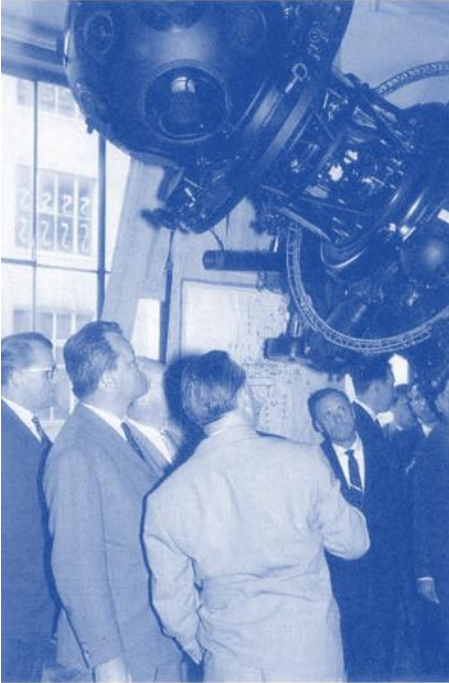
Bei einem seiner zahlreichen Besuche in Westberlin ging der inzwischen 84jährige Schomerus zu einem Notar, um dort zugunsten der Oberkochener auszusagen. In der Revisionsverhandlung prüfte der Bundesgerichtshof die Frage, ob die Geschäftsleiter Bauersfeld, Henrichs und Küppenbender seinerzeit freiwillig von ihren Funktionen zurückgetreten waren. Schomerus liess protokollieren, unter welchen Bedingungen er in der Sitzung vom 23. Juni 1945 zum kommissarischen Geschäftsleiter bestellt worden war, und beauftragte den Notar, seine Aussage an die Privatadresse von Walter David in Heidenheim weiterzuleiten:

Ausdrücklich sei bemerkt, dass in der Debatte kein Wort vom Rücktritt in Bezug auf die bisherige Geschäftsleitung gefallen ist. Niemand hat den Rücktritt verlangt oder den Herren zugemutet, und auch keiner der anwesenden Mitglieder der Geschäftsleitung hat seinen Rücktritt erklärt.¹³

Im Jahr 1960 erhöhten sich die Spannungen zwischen den Weltmächten. Nikita Chruschtschow forderte für Westberlin den Status einer Freien Stadt und drohte mit dem Abschluss eines separaten

Friedensvertrages mit der DDR. Für Mitte Mai wurde eine Gipfelkonferenz der vier Grossmächte in Paris vereinbart.

Am 1. Mai gab es einen Zwischenfall. Der Sowjetunion gelang es, ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U 2 über dem Industriegebiet von Swerdlowsk abzuschiessen. Daraufhin verlangte Chruschtschow eine Entschuldigung des amerikanischen Präsi-



Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Berlin, am 17. Mai 1961 in Oberkochen vor einem Zeiss-Planetarium.

ten. Als Dwight D. Eisenhower darauf nicht einging, liess Chruschtschow die Gipfelkonferenz noch vor ihrem eigentlichen Beginn scheitern. Aus Stasi-Berichten wissen wir, dass sich die Menschen in der DDR ernsthaft Sorgen machten. In einem Bericht des GI «Zahn» heisst es:

Allgemein sagt man nicht, Chruschtschow trägt Schuld, aber Schuld oder nicht Schuld, wir seien die Betroffenen, das ist der Tenor. Die Furcht vor einem Krieg drückt sich besonders bei Frauen stark aus. Der Dozent Gen. G. Fuchs fragte mich gestern, ob es stimmt, dass im Zeiss-Werk die Tendenz vorherrsche: Was nützt es noch, sich bei der Arbeit anzustrengen, wenn es doch Krieg gibt.¹⁴

Die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR stieg weiter. Im ersten Halbjahr 1961 waren es 125'000 und allein im Juli 1961 schon 30'000. Das bedeutete einen Schwund von jährlich 1,5 bis 2 Prozent der Bevölkerung. Der VEB Carl Zeiss Jena war in der gleichen Grössenordnung betroffen, 1960 wurden hier 246 Mitarbeiter «republikflüchtig» und bis zum 13. August 1961 nochmals 188.

Die Auswirkung der Fluchtbewegung auf das staatliche und gesellschaftliche Leben war sogar noch grösser, als die Zahlen sagen, meinte der Schriftsteller Günter de Bruyn. Die Flüchtlinge bildeten eine Auslese. Ihre Qualität habe «vor allem in Vitalität» bestanden:

Neben den tatsächlich verfolgten, den an Leib und Leben gefährdeten, die ein Potential von politischem Wollen und Standhaftigkeit darstellten, gingen die kritischen Geister, die ein Feld öffentlicher Artikulierung brauchten, die technischen Spezialisten, die Ehrgeizigen und die Abenteurer, die Leute mit Privatinitiative und die Wohlstandsgierigen – und sie alle nahmen Kreativität und Lebendigkeit aus dem Osten mit.¹⁵

Unter den 18'000 Flüchtlingen, die sich im Mai 1961 in Westberlin meldeten, waren Herbert Gewinner und seine Frau Margot. Er hatte Stasispitzel im VEB enttarnt und dafür acht Jahre und vier Monate in den Zuchthäusern Gräfentonna und Brandenburg gesessen. Beide gingen nach Oberkochen, wo er zunächst ein Jahr als Laborant tätig

war, bis er wieder seine alte Funktion als Konstrukteur erhielt. Seine Frau arbeitete fortan im Brillenglaswerk Aalen in der Versandkontrolle.

Margot Gewinner, ebenfalls eine alte Zeissianerin, stammte aus Kahla und war schon als Siebzehnjährige in die Firma eingetreten. Sie hatte in der Buchhaltung für eine «Stiftung» gewisse technische Daten, z.B. Zählerstände, in Karteikarten eintragen müssen:

Ob und wo die «Stiftung» Geschäftsräume gehabt habe, weiss sie nicht mit Sicherheit. Sie hat auch solche Daten in Karteikarten und Schreiben festhalten müssen für das Volkshaus, die Kinderklinik, die Optikerschule sowie das Gut Burgau, aber alles erst nach 1953/54.¹⁶

Für die Oberkochener waren das wichtige Hinweise auf eine Tätigkeit der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena. Offenbar hatte man die «Stiftung» Wiederaufleben lassen, um in den Prozessen seine Position zu verbessern. Dabei hatte Ernst Abbe seinerzeit ausdrücklich erklärt, er wolle nicht, dass die Stiftung zu einer blossen Vermögensverwaltung degeneriere.

Am 17. Mai 1961 verliess auch Ernst Rasch die DDR. Zehn Jahre hatte der gebürtige Gothaer im VEB gearbeitet, zuletzt als Exportgruppenleiter für das sogenannte «Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet», das NSW, wie man sagte. Rasch war durch Friedrich Wönne zu Zeiss gekommen. Die Verhaftung dieses «ungewöhnlich hilfsbereiten Mannes» 1953 und sein plötzlicher Tod waren ein Schock für ihn.

Rasch hatte im Februar 1939 sein Abitur gemacht und wollte Elektroingenieur werden. Stattdessen wurde er zum Reichsarbeitsdienst und dann zur Wehrmacht eingezogen. Schwer verwundet kam er 1943 von der Front und verbrachte die folgenden Jahre in Lazaretten und Sanatorien. Als es ihm in den fünfziger Jahren gesundheitlich besser ging, dachte er daran, das versäumte Studium in einem Fernkurs nachzuholen. Das wurde ihm verweigert, weil sein Va-

ter Akademiker war und bis 1933 sogar Landrat in Saalfeld. Nur Kinder von Arbeitern und Bauern sollten gefördert werden.

Umsichtig tarnte er seine Ausreise mit Frau und zwei Töchtern als Urlaub in Lindow im Bezirk Potsdam. Das idyllisch zwischen drei Seen gelegene Städtchen war mit der Bahn am besten über Westberlin zu erreichen. Als er am Tage der Flucht mit dem vielen Gepäck ganz früh zur Omnibushaltestelle kam, sass auf der Wartebank ein älterer Mann: «Wo willst'n hin, Kollege?» Ernst Rasch erzählte, dass er Quartier in Lindow bekommen habe. Seine Frau sei mit den beiden Töchtern und dem Kinderwagen bereits zum Bahnhof unterwegs. Die 14 Monate alte Sabine habe Keuchhusten und brauche dringend eine Luftveränderung.

Dann fuhren beide zum Westbahnhof. Zwei Volkspolizisten kamen, und sein Begleiter sagte: «Ist alles in Ordnung. Den habe ich schon überprüft. Der fährt in Urlaub.» Die zweite Kontrolle gab es in Halle. Einige Reisende wurden von der Volkspolizei aus dem Zug geholt. Mit dem hustenden Kleinkind und dem Urlaubsgepäck bewährte sich abermals die Story von der notwendigen Luftveränderung. «Es muss klappen», dachte sich Ernst Rasch. Notfalls wollte er seine Jüngste mit Gewalt zum Heulen bringen.

Sechs Wochen verbrachte die Familie im Notaufnahmelager Marienfelde, dann noch einmal sechs Wochen in Hammelburg. Von dort schrieb Rasch seine Bewerbungen. «Es gab fast nur Absagen», erzählt er: «Ich scheute mich, nach Oberkochen zu schreiben. Zu oft hatte man uns vor der feindlichen Konkurrenz gewarnt.» Erst als eine Münchener Firma ihre Zusage zurückzog, überwand er seine Hemmungen. Auf seinen Brief kam sofort Antwort von Siegfried Kessler, den er von Jena kannte. Kessler war jetzt Leiter der zentralen kaufmännischen Abteilung ZWA. Diese war in den zwanziger Jahren in Jena gegründet worden und hiess offiziell «Zusammenfassung der wissenschaftlichen Abteilungen». In Oberkochen wurde sie wie in Jena von den Insidern nur «zum wilden Affen» genannt.

Als Ernst Rasch zum Vorstellungsgespräch nach Oberkochen kam und im Flur wartete, hörte er schon durch die Türe die Stimmen Kesslers und Frankes. Er war wieder daheim bei Zeiss. In Jena hatte einmal ein Rationalisierungsfetischist für die Namen Abkürzungen eingeführt. Von da an hiess Professor Bauersfeld nur noch Bfd und Dr. Küppenbender Küp. Wie vieles andere hatten die Evakuierten dieses System 1945 von Jena mitgebracht. In Oberkochen erhielt auch Ernst Rasch sein altes Kürzel wieder, nämlich Rs.

Der ständige Zustrom von Flüchtlingen war für die Bundesrepublik ein Segen, weil er den Wirtschaftsaufschwung in Gang hielt. Wenn die Integration in den Arbeitsprozess auch nicht überall so leicht möglich war wie in Oberkochen, gab es doch nirgends ernsthafte Probleme.

In der *Volkswacht*, der in Jena erscheinenden Lokalzeitung, wurde Heinz Küppenbender für die Flucht der Mitarbeiter aus dem Volkseigenen Betrieb persönlich verantwortlich gemacht. Mitte des Jahres 1961 erreichte die Kampagne gegen die angeblich von den «Bonner Konzernen» betriebene «Abwerbung» ihren Höhepunkt. Für die *Volkswacht* war Küppenbender ein «Kriegsverbrecher» und ein «Fuchs auf dem Gebiet des Menschenhandels». Seit Jahren würden die Zeiss-Manager in Oberkochen «systematisch die Abwerbung von Fachkräften» betreiben, «um unsere Wirtschaft zu schädigen und die sozialistische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik politisch zu diskreditieren». Küppenbender und seinesgleichen müsse endlich das Handwerk gelegt werden. So las man es in der Wochenendausgabe am 12. August.

Als erste erfuhren es die Taxifahrer in Westberlin. Am 13. August früh um zwei Uhr erhielten sie eine Warnung ihrer Funkzentrale: «Übernehmt keine Fahrten nach Ostberlin, die Sektorengrenze wird gesperrt.» Zwei Stunden später sah ein Passant am Alexanderplatz aufgefahrene Panzer und informierte die Westberliner Polizei.

Bei Tagesanbruch trafen sich Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Senatoren, Journalisten und Bildreporter am Brandenburger Tor.

Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister, hatte am Tag zuvor in Nürnberg den Bundestagswahlkampf als Kanzlerkandidat der SPD eröffnet. Er kam mit der Frühmaschine aus Hannover und liess sich sofort zum Brandenburger Tor fahren. Er fühlte sich müde und deprimiert: «Berlin war wieder Frontstadt.»

Auf dem 150 Meter breiten Hindenburgplatz, der westlich des Brandenburger Tores liegt, aber noch zum Sowjetsektor gehört, gähnende Leere. Doch jenseits am Pariser Platz, bis weit hinein Unter den Linden, gleicht die Strasse einem Heerlager. Panzerspähwagen sind aufgefahren, grosse Mannschaftswagen der Volksarmee und der Volkspolizei parken im Hintergrund. Die verschiedensten Uniformen sind zu erkennen. Die Volkspolizei hat ihren Sperrgürtel für Ostberliner und Zonenbewohner zurückverlegt bis an die Ecke Wilhelmstrasse/Unter den Linden. Dahinter stehen Hunderte stummer Menschen und starren auf die Uniformierten, die ihnen jeden Weg in die Freiheit, jeden Besuch bei Freunden und Verwandten in Westberlin, jeden Blick auf gefüllte Schaufenster für immer versperren. Vereinzelt sind Leute zu sehen, die nach Westberlin herüberwinken.¹⁷

«Die Aktion muss von langer Hand vorbereitet gewesen sein», meinte die Reporterin: «Woher sollten sonst die Tausende von Betonpfählen herkommen, die unzählbaren Rollen von Stacheldraht, die zehnfach oder noch öfter zwischen den Pfählen gespannt werden?»

Noch am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende alle derartigen Absichten abgestritten. 350 Journalisten waren damals zu einer internationalen Pressekonferenz nach Ostberlin gekommen, die im «Haus der Ministerien» in der Leipziger Strasse stattfand, im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium.

Mit diesem Prestigebau Hermann Görings verbanden sich viele Stationen der unglücklichen deutsch-deutschen Geschichte. Hier hatte Wilhelm Pieck 1949 den «ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat» proklamiert. Am 16. Juni 1953 versammelten sich vor dem

festungsartigen Gebäudekomplex streikende Arbeiter und forderten freie Wahlen. Nach der Wende zog die Treuhandanstalt ein. Fast auf den Tag genau dreissig Jahre nach der historischen Pressekonferenz mit Walter Ulbricht entschied sich hier in einer zwölfstündigen Marathonsitzung das Schicksal des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena.

Am 15. Juni 1961 ging es um die von der Sowjetunion vorgeschlagene Umwandlung Westberlins in eine «Freie Stadt». Die Journalisten wollten wissen, was sich Ulbricht darunter vorstellte: «Bedeutet die Bildung einer «Freien Stadt» Ihrer Meinung nach, dass die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird?» Die Frage kam von der Korrespondentin der *Frankfurter Rundschau*. Als man später das Statement analysierte, das Ulbricht daraufhin abgab, erschien vor allem eines auffällig: Niemand hatte nach einer «Mauer» gefragt; erst in seiner lügnerischen Antwort gebrauchte Ulbricht dieses Wort:

Ich verstehe Ihre Frage so, dass es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskräfte werden voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.¹⁸

Inzwischen wissen wir: Ulbricht war schon lange überzeugt, dass die Massenflucht nur noch durch die Errichtung einer Sperranlage mitten durch Berlin unterbunden werden konnte. Auf der Konferenz des Warschauer Paktes am 29. März plädierte er dafür, die Fluchtmöglichkeiten nach Westberlin «mit Posten unserer Grenzorgane, mit Barrieren, vielleicht auch mit Stacheldrahtzäunen» zu verstopfen. Die Verbündeten rieten ab: Stacheldraht quer durch Berlin schade dem Ansehen des sozialistischen Lagers. Immerhin erhielt er die

Vollmacht, alles für eine Grenzabriegelung vorzubereiten. Mit der Durchführung beauftragte Ulbricht das für Sicherheitsfragen zuständige Politbüro-Mitglied. Auf diese Weise konnte sich Erich Honecker für höhere Aufgaben qualifizieren. Am 5. August holte sich Ulbricht die Genehmigung in Moskau: «Danke, Genosse Chruschtschow. Ohne Ihre Hilfe können wir dieses schreckliche Problem nicht lösen.»

Ein westdeutscher Journalist, der ein paar Tage zuvor nach Thüringen gekommen war, beobachtete in Erfurt die Reaktion der Menschen auf den Bau der Mauer. Am Sonntagmorgen hörte er in der Strassenbahn, wie ein Fahrgast zu seinem Nachbarn sagte: «Jetzt haben sie in Berlin auch dichtgemacht, die Schweine.»

Anderntags stehen in den Zeitungen die langatmigen Erklärungen des Ministerrats der Sowjetzone, nach denen es in der DDR von Kopfjägern, Menschenräubern, Spionen und Agenten nur so wimmelt. Wir haben uns vergeblich bemüht, eines dieser Subjekte zu entdecken ... Ulbrichts Massnahme traf die Menschen in der Zone wie ein Schlag; der Besucher aus dem Westen erfuhr bei dieser Gelegenheit, was der freie Übergang von Ost- nach Westberlin selbst für diejenigen bedeutet hatte, die einstweilen nicht an eine Flucht in die Bundesrepublik dachten.¹⁹

So empfanden auch viele Westdeutsche. Zu ihnen gehörte Staatssekretär Rolf Lahr, dessen Bruder Horst jetzt als Generalsuperintendent in Potsdam amtierte. «Unsere alljährlichen, so glücklichen Treffen werden sehr erschwert, vielleicht unmöglich werden», klagte er seiner alten Mutter: «Jetzt werden wir es erst voll zu spüren bekommen, was die Teilung Deutschlands bedeutet.»

In Aalen schrieb Adolf Hofern in sein Tagebuch: «Es ist zum Ver zweifeln, dass wir uns nicht im Geringsten wehren können.» Der erste Gedanke von Horst Skoludek war: «Jetzt wirst du nie mehr nach Jena kommen.» Er hatte sein Studium der Physikalischen Che-

mie in Frankfurt mit der Promotion abgeschlossen und am 1. August bei Carl Zeiss in Oberkochen angefangen. Als er Sonntag Abend die Nachrichten hörte, machte er sich Sorgen, dass ein Krieg kommen würde. Er war jung verheiratet und hatte eine Tochter von sieben Monaten. – Ähnliche Befürchtungen hatten viele Deutsche in Ost und West. Darunter war der 13-jährige Gymnasiast Dieter Kurz, der (indirekte) Nachfolger Skoludeks, der damals mit seinen Eltern die Ferien am Wolfgangsee verbrachte.

Die Absurdität der Teilung trat in der Bernauer Strasse besonders krass hervor. Hier verlief die Sektorengrenze entlang der Baulinie. Die Häuser gehörten zum Osten, die Strasse davor (einschliesslich des Bürgersteiges) zum Westen. Die Bewohner nutzten die letzte Gelegenheit zur Flucht, bevor die von Volkspolizisten bewachten Bauarbeiter die Fenster und Balkontüren zumauerten.

Am 18. August sprach der Regierende Bürgermeister im Deutschen Bundestag. Der Bau der Mauer sei mehr als ein schreiendes Unrecht: «Was zusammengehört, ist weiter auseinandergerissen worden.»

Man muss die Unzahl menschlicher Tragödien im Auge haben, die sich in diesen Tagen abspielen. Mitten durch eine Stadt, in der es trotz der administrativen Teilung noch immer täglich vieltausendfache Verbindungen gab, sind die Betonpfähle einer Grenze eingerammt worden, die zu einer Art chinesischer Mauer ausgebaut wird.²⁰

Am folgenden Tag traf als «persönlicher Vertreter» des neuen amerikanischen Präsidenten Vizepräsident Lyndon Johnson in Westberlin ein. Er war von General Lucius D. Clay begleitet, dem amerikanischen Militärbefehlshaber zur Zeit der Luftbrücke. «Auf kurze Sicht ist der Stacheldraht da und wird nicht durch eine Handbewegung verschwinden», erklärte der Vizepräsident im Abgeordnetenhaus: «Auf lange Sicht aber wird dieses unkluge Bemühen scheitern.

Wendet eure Augen von diesen Schranken ab und fragt euch selbst: Wer kann wirklich glauben, dass die Geschichte Deutschland und Berlin ihre natürliche Einheit verweigern wird?»

Direkt an der Sektorengrenze lag die elektrotechnische Fabrik VEB Bergmann-Borsig, der grösste Kraftwerksbauer der DDR. Hier gab es auf der Westseite eine nur wenig genutzte Werkshalle. Ein junger Ingenieur schlug ein Loch in die Mauer und verbarg es durch einen davorgestellten Spind. Am 6. Dezember 1961 nutzte er eine Veranstaltung im Betriebskulturhaus, um mit seiner Frau und der zehnjährigen Tochter nach Westberlin zu flüchten. Die Sektorengrenze war an dieser Stelle nur wenige Meter von der Aussenmauer der Fabrik entfernt und lediglich durch Stacheldraht gesichert.

Walter Ulbricht rechtfertigte in der *Prawda* den Bau der Mauer mit der Abwerbung von Spezialisten durch «die westdeutschen Kon-



Das Photo ging um die Welt: Mit einem Sprung über den Stacheldraht flüchtet der 19jährige Volkspolizist Konrad Schumann in den Westteil Berlins.

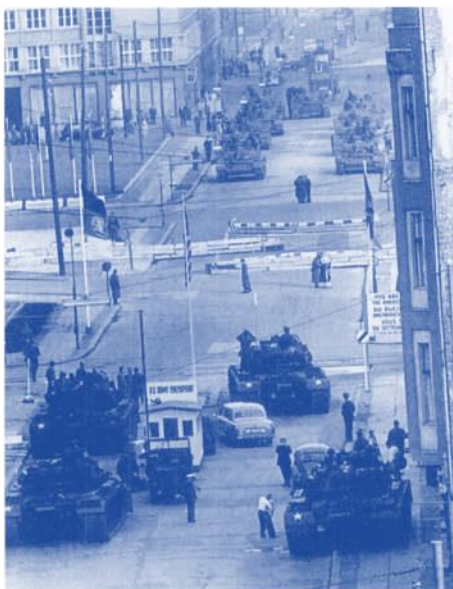
zerne» und die Ausplünderung der DDR durch die Bürger Westberlins. Gemeint war offenbar der Erwerb subventionierter Waren. In einem Interview am 30. Dezember 1961 nahm der Staatsratsvorsitzende Stellung zur «nationalen Frage»:

Manche Staatsbürger denken, dass, wenn sie die Grenze zwischen der DDR und Westdeutschland überqueren, sie hinübergehen von Deutschland nach Deutschland. In Wahrheit aber gehen sie aus dem sozialistischen Lager heraus und gehen hinüber ins imperialistische Lager. Allein die Ausbildung der Arbeitskräfte, welche dann von den westdeutschen Monopolkapitalisten angeworben wurden, kostete uns mehr als 30 Milliarden Mark, das sind fast 40 Prozent des Nationaleinkommens.²¹

Der Bau der Mauer traf auch die grosse Familie der Zeissianer. Eine Firma ist ein Organismus wie eine Stadt. Auch bei Carl Zeiss hatten die Mitarbeiter trotz der hier schon seit Kriegsende wirksamen Teilung noch viele alte Freunde und Bekannte auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs. Ausdrücklich beklagte die Staatssicherheit die «bestehenden vielfältigen Verbindungen direkter und indirekter Art» zwischen den Werkträgern in Jena und ihren Kollegen im Westen. Von den Mitarbeitern, die Kontakte nach drüben besaßen, gingen grosse Gefahren aus: «Es wurde festgestellt, dass diese Kreise durch persönliche Besuche und durch das Kursieren von Briefen in den Abteilungen die Verhältnisse in Westdeutschland verherrlichten.»

Nach einer Aufstellung der Oberkochener Personalabteilung haben bis zum Bau der Mauer fast 2'000 Mitarbeiter des VEB in Jena den Weg zu Carl Zeiss in Oberkochen gefunden. Mit den Familienangehörigen waren es 5'303 Personen. Dazu kamen noch 347 aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelte Pensionäre, die nie für Carl Zeiss West Germany gearbeitet hatten, jedoch ihre Pensionen von Oberkochen bezogen.

Am 23. Oktober, zehn Wochen nach dem Bau der Mauer, kam es in Berlin zu gefährlichen Drohgebärden der beiden Weltmächte. Das Innenministerium der DDR hatte verfügt, dass sich die Mitglieder der westalliierten Militärmissionen bei der Einreise nach Ostberlin gegenüber der Volkspolizei ausweisen müssen. Daraufhin beorderte der amerikanische Stadtkommandant zehn Panzer zur Sektoren-



*Ende Oktober 1961:
Konfrontation am
Checkpoint Charlie.*

grenze am Checkpoint Charlie. Sein sowjetischer Gegenspieler liess ebenfalls Panzer auffahren. Als die Menschen im Fernsehen und in den Zeitungen die Bilder sahen, erschrakten sie auf beiden Seiten der Grenze.

Weltweites Aufsehen erregte der gescheiterte Fluchtversuch des achtzehnjährigen Bauarbeiters Peter Fechter am 17. August 1962, ein Jahr nach dem Bau der Mauer. Während sein Kollege unverletzt

Westberlin erreichte, wurde er unmittelbar an der Mauer von mehreren Schüssen getroffen. Über eine Stunde blieb er schwerverletzt liegen, bis man ihn endlich abtransportierte. Etwa vierhundert Westberliner sammelten sich an der Stelle und riefen «Mörder, Mörder». Die Volkspolizei antwortete mit Tränengas und Rauchkörpern. Später meldete die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN, dass der Verwundete verstorben sei.

Tags darauf wurde am Checkpoint Charlie ein mit sowjetischen Soldaten besetzter Omnibus von Westberlinern mit Steinen beworfen und musste von der amerikanischen Militärpolizei mit aufgefanztem Bajonett geschützt werden. Vor dem Schöneberger Rathaus sammelten sich einige Tausend Demonstranten und riefen: «Das Mass ist voll!» und «Handeln, handeln!» In einer vierzigminütigen Rede versuchte Willy Brandt, die Menge zu beruhigen:

Die Feinde Westberlins warten nur darauf, dass wir unseren klaren Kopf verlieren. Sie wollen der Welt vormachen, Berlin sei ein Unruheherd, der ausgetreten werden muss.²²

In Bonn erklärte der Regierungssprecher, Peter Fechter und sein Kollege hätten nur von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch gemacht: «Wer sie daran hindert, macht sich der Rechtsverletzung schuldig und wird wegen Mordes, Körperverletzung oder Freiheitsberaubung zur Verantwortung gezogen werden.» Tatsächlich kam es dreissig Jahre später zu Tausenden von Ermittlungsverfahren gegen DDR-Unrecht. Die Urteile fielen ausgesprochen milde aus und widerlegten die von den Funktionären aufgestellte Behauptung von der «Siegerjustiz». So gab es bei den Prozessen gegen die Mauerschützen selbst bei vollendetem Totschlag nur eine Freiheitsoder Jugendstrafe zwischen einem und zwei Jahren mit Strafaussetzung zur Bewährung.

Von den Spitzenfunktionären wurden Egon Krenz, der letzte Staats- und Parteichef der DDR, Verteidigungsminister Heinz Kess-

ler und sein Stellvertreter Fritz Strelitz rechtskräftig zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Ihre beim Europäischen Gerichtshof in Strassburg angestrebte Revision blieb erfolglos.

Das Urteil überzeugt nicht nur im Ergebnis, sondern auch in der Begründung. Der Menschenrechtsgerichtshof schlägt das SED-Regime mit dessen eigenen Waffen. Er beweist, dass die Todeschüsse an der Grenze eigentlich auch nach DDR-Recht strafbar waren.²³

Zwei Monate nach dem Tod Fechtens geriet die Welt an den Rand der Katastrophe. Am Morgen des 16. Oktober 1962 wurde der amerikanische Präsident in Kenntnis gesetzt, dass die Sowjets begonnen hatten, auf Kuba Mittelstreckenraketen zu installieren. Ein paar Stunden später fand im Weissen Haus die erste Sitzung des Präsidenten mit seinen Beratern statt. Die Experten des CIA zeigten Photographien, auf denen der Aufbau der Raketenstellungen klar zu erkennen war.

In Oberkochen wusste man seit Langem, dass die Amerikaner ein hochwertiges Fliegerobjektiv produzierten. Mit seiner Hilfe war es möglich, «aus einer Höhe von 15'000 bis 20'000 Metern jede Fliege auf der Erde zu photographieren». Es gab jedoch zunächst Probleme mit der Erschmelzung des Spezialglases, weshalb sich die Amerikaner an die Firma Schott in Mainz wandten.

John F. Kennedy wog sorgfältig das Risiko. Nach tagelangen Diskussionen entschied sich der Nationale Sicherheitsrat für eine Blockade der Insel. Mit Offensivwaffen beladene Schiffe sollten aufgehalten und zurückgeschickt werden, alle Übrigen durften die Seesperre passieren. Zufällig war in diesen Tagen Brandt in den Vereinigten Staaten, und John F. Kennedy bat ihn ins Weisse Haus:

Er zeigte mir Luftaufnahmen von den Raketenstellungen und verhehlte nicht seine Sorge, dass es zu einer ernsten Konfrontation

komme. Auch die Stadt, deren Bürgermeister ich war, könne dann in Mitleidenschaft gezogen werden.²⁴

Man musste befürchten, dass die Sowjets die Seeblockade Kubas mit einer erneuten Blockade Berlins beantworten würden. «Ich zeigte keinerlei Nervosität», berichtete Willy Brandt. Kennedy möge entscheiden, wie er es für richtig befinde. Berliner Ängste gebe es nicht. «Diese Botschaft standhaften Vertrauens tat es Kennedy an und besiegelte unsere Verbundenheit.»

Am 22. Oktober 1962 unterrichtete der ehemalige amerikanische Außenminister Dean Acheson im Auftrage des Präsidenten den britischen Premierminister, den französischen Staatspräsidenten und den deutschen Bundeskanzler über die Beschlüsse. Charles de Gaulle betrachtete die Photographien und wollte wissen, aus welcher Höhe sie aufgenommen waren. Acheson antwortete: «Etwa 22 Kilometer.» «C'est formidable», rief der General, «c'est formidable.» Am Abend wandte sich der amerikanische Präsident in einer Fernsehrede an die Nation und erläuterte das amerikanische Vorgehen.

Wie würden die Sowjets reagieren? Mit Spannung beobachteten die Westmächte das Verhalten der Nationalen Volksarmee und der Sowjetischen Streitkräfte in der DDR. Es kam aber zu keiner neuen Blockade Berlins. Am 25. Oktober wurde bekannt, dass sowjetische Schiffe, die mit Kriegsmaterial für Kuba beladen waren, ihren Kurs geändert hatten. Einen Tag später signalisierte Chruschtschow seine Bereitschaft, über den Abbau der Raketen auf Kuba zu verhandeln.

Mit seiner festen Politik, die bewusst jede unnötige Provokation des Gegners vermied, schuf sich Kennedy in Deutschland viele Freunde und Bewunderer. Am 26. Juni 1963 kam der amerikanische Präsident zum Abschluss seines Deutschlandbesuches nach Berlin. Ein wahres Kennedy-Fieber erfasste die Stadt. Als er mit Bundeskanzler Adenauer und dem Regierenden Bürgermeister Brandt im offenen Wagen durch die Stadt fuhr, erlebte er die tosende Begeiste-

rung der «Insulaner». Am Brandenburger Tor und am Checkpoint Charlie sah er die Mauer, «die abscheulichste und stärkste Demonstration kommunistischen Versagens». Höhepunkt war die Rede vor dem Schöneberger Rathaus. Wenn es Leute gebe, die nicht verstünden, worum es heute in der Welt gehe, dann sollten diese Leute nach Berlin kommen. Es gebe auch Leute, die sagten, dem Kommunismus gehöre die Zukunft. Auch diese Leute sollten nach Berlin kommen:

Alle freien Menschen, wo immer sie leben, sind Bürger der Stadt Berlin, und deshalb bin ich stolz darauf, sagen zu können: «Ich bin ein Berliner.»²⁵

Die vier berühmten, Deutsch gesprochenen Worte hatte Kennedy noch kurz vor seiner Rede im Amtszimmer des Regierenden Bürger-



«Ich bin ein Berliner.» Am. 26. Juni 1963 wurde der amerikanische Präsident John F. Kennedy von den Berlinern mit Jubel begrüßt.

(... nach den Bombardierungen ein verzichtbarer Scherz...)

meisters eingeübt. *RIAS* und *Sender Freies Berlin* brachten an diesem Tage gemeinsam eine grosse Reportage von sieben Stunden Dauer über den Besuch des amerikanischen Präsidenten.

Am 1. Juli 1964 wählte die Bundesversammlung* in der Ostpreussenhalle am Funkturm Heinrich Lübke für eine zweite Amtsperiode zum Bundespräsidenten. Unter den Wahlmännern befand sich übrigens Heinz Martin, der Betriebsratsvorsitzende von Carl Zeiss Oberkochen und Bürgermeister der Stadt Heidenheim. Fünf Tage vorher hatte die Sowjetunion bei den drei Westmächten gegen die «neuerliche Provokation» protestiert. Das Auswärtige Amt hielt entgegen, dass Westberlin keineswegs eine «selbständige politische Einheit» sei, wie die Sowjetunion behauptete, und dass die Organe der Bundesrepublik das Recht hätten, ihre Tätigkeit in Berlin auszuüben.

Die Auseinandersetzungen über den Status Westberlins eskalieren, als am 7. April 1965 Eugen Gerstenmaier eine Plenarsitzung des Bundestages in der Kongresshalle eröffnete. Es war wie im Kriege. Sowjetische Düsenjäger rasten im Tiefflug über das Gebäude. Eine Vierergruppe von MIG-21 feuerte mit Bordkanonen über dem französischen Sektor. Landende und startende Verkehrsmaschinen wurden unterflogen und durch die Druckwellen durchgeschüttelt. Wie an den Vortagen kam es für mehrere Stunden zur Sperrung der Interzonenautobahnen.

Daraufhin gab es 25 Jahre lang, bis zum 4. Oktober 1990, in Berlin nur noch Sitzungen der Bundestagsausschüsse und der Fraktionen. Sie fanden im wiederaufgebauten Reichstag unmittelbar an der Sektorengrenze statt.

Ihren Glauben an die Wiedervereinigung hatten die Menschen weitgehend verloren. «Auch Gegner des Regimes rechnen mit der

* Die Bundesversammlung besteht aus den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dazu der gleichen Zahl von Landes- und Kommunalpolitikern. Diese werden von ihren Parteien benannt.

Fortexistenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger Staaten», berichtete ein geflüchteter Grenzsoldat. Politiker und Diplomaten stellten sich auf eine Fortdauer der Teilung ein. Bei einer Begegnung des österreichischen Aussenministers Bruno Kreisky mit dem französischen Staatspräsidenten sagte Charles de Gaulle: «Wir haben Deutschland die Freundschaft Frankreichs gebracht, und das muss doch mindestens so viel wert sein wie die Wiedervereinigung.»

In Magdeburg, Halle und Erfurt fühlten sich die Bürger eingesperrt. Nur noch Rentner erhielten Reisegenehmigungen. Von ihnen erfuhren die Westdeutschen viele Einzelheiten über das tägliche Leben. Eine andere Quelle waren die Briefe aus der DDR. Anfang der siebziger Jahre hat eine westdeutsche Journalistin solche «Briefe aus einem anderen Land» gesammelt und eine Auswahl herausgegeben. Heinrich Böll war von der Dichte der Informationen derart beeindruckt, dass er von einem «Bericht zur Lage der Nation» gesprochen hat.

Auch wir haben in diesem Kapitel bereits einen Briefausschnitt zitiert. Der gleiche Verfasser, ein Leipziger Elektroingenieur, hat sich 1969 auch zur Frage geäußert, ob noch immer «die DDR-Bürger ihre geliebte Republik verlassen würden, wenn die Grenzen offen wären».

Das wäre ganz bestimmt der Fall. Es hauen ja sogar noch welche bei zuen Grenzen ab. Am Zugmittel Westen hat sich nicht viel geändert, obwohl die Zahl der Flüchtlinge vielleicht nicht mehr ganz so hoch wäre, denn immerhin haben wir den höchsten Lebensstandard der sozialistischen Halbwelt.²⁶

Viele Bürger konnten es kaum mehr erwarten, bis sie die Altersgrenze erreichten. Bei einer Diplomabschlussfeier an der TH Dresden führten Studenten einen Sketch auf, den sie in Anlehnung an den Zukunftsroman von Herbert George Wells «Die Zeitmaschine» nannten. Auf der Bühne stand eine mannshohe Kiste, und der offen-

bar von weither gekommene Erfinder erläuterte die Wirkungsweise: «Hier erfüllt sich ein uralter Menschheitstraum. Wieviel Jahre jünger wollen Sie werden? Fünf, zehn oder zwanzig?» Der Student hatte anderes im Sinn: «Kann man die Maschine auch umgekehrt laufen lassen?» Auf die bejahende Antwort stieg der Studiosus in die Kiste,– als alter Mann mit langem weissen Bart und Krückstock kam er wieder heraus: «Wo geht's zum Bahnhof?»

KAPITEL 11

Der englische und der amerikanische Prozess

Die Prozesse zwischen Zeiss (West) und Zeiss (Ost) hatten 1954 mit Gerichtsverfahren in Stuttgart und Düsseldorf begonnen. Sie breiteten sich (nach einem Wort von Walter David) «wie ein Steppenbrand» über die ganze Welt aus. In jedem Land musste neu entschieden werden, wem die Namens- und Warenzeichenrechte zustanden. Im Oktober 1955 setzte der Royal Court of Justice in London die Oberkochener in Kenntnis, dass gegen sie eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbs eingegangen sei. Kläger war die Carl-Zeiss-Stiftung Jena, vertreten durch den Rat des Bezirks Gera. Die Ostdeutschen beanstandeten, dass die Oberkochener in Grossbritannien Waren mit der Bezeichnung «Carl Zeiss» auf den Markt brachten. Nur der Volkseigene Betrieb in Jena dürfe seine Erzeugnisse mit dem grossen Namen kennzeichnen.

Das Verfahren ruhte erst einmal vier Jahre, bis es von Jena wieder in Gang gebracht wurde. Nach einer erneuten Vertagung liefen die Verhandlungen von November 1963 bis Januar 1964. Schauplatz war der High Court in London, ein altherwürdiges Gerichtsgebäude zwischen Fleet Street und Strand. Wie im Stuttgarter Verfahren ging es zunächst nur um eine juristische Vorfrage: Ist der Rat des Bezirkes Gera befugt, die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena zu vertreten?

Von den englischen Anwälten, den «Barristers», wurden die Justitiare beider Seiten, Walter David für Oberkochen und Rudolf Reichrath für Jena, einem scharfen Kreuzverhör unterzogen. Nach dem englischen Zivilprozessrecht spielen die Barristers die aktive

Rolle, während der Richter nur die Funktion eines Moderators besitzt. Er hat darauf zu achten, dass keine unzulässigen Fragen gestellt werden.

Aus dem Aufwand, den das Staatsunternehmen und die DDR trieben (sieben Anwälte und zwei Spezialisten des internationalen Rechts), konnte man auf die politische Bedeutung des Prozesses für den «Arbeiter- und Bauernstaat» schliessen. Einmal waren die Anwälte des VEB in Beweisnot geraten, worauf über Nacht Dokumente per Flugzeug nach London gebracht und am nächsten Tag dem Gericht vorgelegt wurden.

Der britische Anwalt der Oberkochener nannte den Fall «die komplizierteste Angelegenheit, die ihm jemals in seiner beruflichen Laufbahn vorgekommen» sei. Am Ende der Verhandlungen bedauerte sich der Richter, Sir Arthur Geoffrey Cross, wegen der ungeheuren, vor ihm liegenden Arbeit, und erklärte sich ausserstande, einen Termin für die Urteilsverkündung festzusetzen. Aus dem Wust der wichtigen und unwichtigen Zeugenaussagen musste er die für sein Urteil relevanten Fakten herausfiltern. Dass es dem Richter verwehrt ist, auf die Beweisaufnahme lenkend und notfalls korrigierend Einfluss zu nehmen, war einer der Hauptkritikpunkte am englischen Zivilprozessrecht.

Am 6. März 1964 war es dann doch soweit. Anders als die Stuttgarter Richter kam Sir Cross in seinem Urteil zu dem Ergebnis, dass die Stiftung in Jena fortbesteht und der Rat des Bezirkes Gera als gesetzlicher Vertreter zu betrachten sei.

Die Funktionäre in der DDR triumphierten: «Schwarzer Freitag für die Manager in Oberkochen.» Unter diesem Titel brachte die Betriebsparteiorganisation eine Propagandabroschüre heraus. Während das internationale Ansehen und die Autorität des Arbeiter- und Bauernstaates ständig wachse, würden die «Bonner Ultras und ihre Gesinnungsgenossen in Oberkochen» immer tiefer in die Isolierung geraten.

Auch in Westdeutschland fand das Urteil starke Beachtung. In den überregionalen Zeitungen wurde erörtert, ob damit eine Anerkennung der «Ostzone», wie man damals noch sagte, verbunden sei. Auf

der Bundespressekonferenz am 9. März 1964 ging es ebenfalls um dieses Thema. Daraufhin telephonierte Walter David mit dem Sprecher des Bundesjustizministeriums und informierte ihn genauer über den Londoner Prozess:

Der englische Richter habe bereits vor Erlass des Urteils in einseitiger Weise Partei ergriffen für die Sowjetzone. So habe er die Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes in unserer Auseinandersetzung als «pervertiert» bezeichnet und das Urteil vom 15. November 1960 als «dummes Geschwätz». Weiter habe er jene Personen mehrfach «Piraten» genannt, die den Versuch gemacht haben, die Carl-Zeiss-Stiftung ausserhalb der Sowjetzone fortzusetzen.¹

Der englische Richter hatte tatsächlich von «perversen» Urteilen des BGH gesprochen. Das erregte damals einiges Aufsehen. In der *Welt am Sonntag* las man am 15. März 1964:

Das Wort «pervers» hat im Deutschen einen hässlichen Klang. Es bedeutet so viel wie verderbt, widernatürlich, entartet. Für englische Ohren klingt es nicht ganz so schlimm. «Perverse» sind, wenn wir dem Oxford Dictionary folgen dürfen, Meinungen oder Urteile, die sich über offenkundige Tatsachen hinwegsetzen und jeder Vernunft widerstreiten. In eben diesem Sinne hat jüngst ein englischer Richter, Justice Cross vom Chancery Court in London, eine Reihe von Entscheidungen westdeutscher Gerichte «perverse» genannt, die sich mit dem Recht und der Ordnung des Ulbricht-Staates beschäftigen.²

Später sind den Oberkochenern Informationen über Justice Cross zugegangen. Anlässlich einer internationalen Konferenz sei in privaten Gesprächen mit ihm «eine erschreckende Unkenntnis über die Verhältnisse in der Sowjetzone» zu Tage gekommen. In den zwanziger Jahren habe er ein Semester als Student in Jena verbracht: «Er gehe

offenbar noch mit dem Erinnerungsbild seiner Studienzeit spazieren.»

Im Volkseigenen Betrieb in Jena fühlten sich die alten Facharbeiter und Ingenieure weiterhin mit den Westdeutschen und insbesondere ihren Kollegen in Oberkochen verbunden. Das bestätigt die Reise eines Jenenser Zeiss-Pensionärs zur Kur nach Bad Wildungen im Sommer 1965. Das Urteil von Sir Arthur Cross habe in Jena, erzählte er Walter David, weitgehend Kopfschütteln ausgelöst. Die Menschen drüben dächten eben politisch. Direkt ins Werk kommen wollte der ehemalige Werkmeister Georg Reng nicht. David traf sich mit ihm im Landgasthof «Rössle» in Königsbronn, ein paar Kilometer von Oberkochen entfernt. Der weitaus grösste Teil der Jenenser Belegschaft, berichtete Reng, sei «nach wie vor westlich orientiert»:

Insbesondere die Fernsehsender Ochsenkopf und Hamburg würden laufend empfangen. Morgens auf der Strassenbahnfahrt zur Fabrik diskutierten Werksangehörige «mit unverschämter Offenheit», was sie am Abend zuvor gesehen und gehört haben.³

Kurz nach dem Mauerbau startete die FDJ eine Aktion «Blitz kontra NATO-Sender». Viele Jugendliche verpflichteten sich, «keine NATO-Sender zu hören und zu sehen» und aktiv an der Blitz-Aktion teilzunehmen: «Wir richten die Antennen auf die Sender des Friedens und des Sozialismus!» Die Schüler mussten beobachten, ob sich die Nachbarn daranhielten. Die FDJ-Zeitung *Junge Welt* berichtete von der Entlarvung eines (namentlich genannten) «unverbesserlichen» Zeitgenossen:

Seine Antenne wurde abgesägt, auf dem Marktplatz für alle Einwohner sichtbar ausgestellt und daneben auf zwei Bildern geschrieben: «Wir dulden keine Lügen- und Hetzantennen – durch sie wurde X zum Verbrecher an der Arbeiterklasse.»⁴

Die Aktion wurde jedoch wieder abgeblasen. Erstens machte sich die Partei mit diesen SA-Methoden verhasst und zweitens war die Orientierung der Antennen schwer zu kontrollieren. Der Empfang westlicher Sender blieb weiterhin nicht offiziell verboten, war aber in höchstem Masse verpönt. Mitunter wurden missliebige Nachbarn von übereifrigen Genossen bei der Staatssicherheit angezeigt. Um sich zu vergewissern, dass die aus der gegenüberliegenden Wohnung dröhnende Schlagermusik tatsächlich von einem westlichen Sender stammte, musste einmal ein IM in Saalfeld selbst das ZDF einschalten.

Gegen diesen Einfluss konnte sich die DDR nicht abschotten. Elektromagnetische Wellen kennen keine Grenzen. In einer «Einschätzung der Feindtätigkeit im VEB Zeiss Jena» heisst es, «den Trägern und Verbreitern der Feindideologie» sei es gelungen, einen Teil der Werktätigen zu beeinflussen und der Partei und der Gewerk-



Leipziger Messe 1965: Goldmedaille für den Laser-Mikrospektral-Analysator. In der Mitte Hauptdirektor Dr. Hugo Schrade.

schaft «die Auseinandersetzung mit den reaktionären Auffassungen aufzuzwingen». Das fast verzweifelte Resümee des Staatssicherheitsdienstes lesen wir heute als ganz grosses Kompliment für die Zeissianer:

Im VEB Zeiss zeigen sich die Auswirkungen der ideologischen Diversion des Klassegegners besonders deutlich.⁵

«Diversion» ist ein Begriff aus der Funktionärssprache und bedeutet Sabotage. Gemeint war: Es ist nicht gelungen, die Mitarbeiter von den Segnungen des Sozialismus zu überzeugen.

Walter David fragte seinen Besucher, ob die Fernsehsendungen einwandfrei empfangen werden könnten. «Mindestens immer ein Sender», antwortete Reng. Wenn z.B. Ochsenkopf gestört sei, schalte er um auf Hamburg. Dann habe er einwandfreien Empfang.

In diesem Zusammenhang meinte er [Reng], das Fernsehen sei doch eine enorme politische Waffe, die vom Westen beklagenswert wenig eingesetzt werde. Auch wir machten offensichtlich keinen oder jedenfalls zu wenig Gebrauch davon. Wir sollten, so meinte er, die Menschen in der Sowjetzone darüber informieren, was die Leute hier verdienen, was sie an Pensionen bekommen, wie ihre Arbeits- und Wohnbedingungen sind ... Solche Nachrichten würden drüben begierig aufgenommen.⁶

Die Sendungen von *ARD* und *ZDF* erreichten fast die gesamte DDR, ausgenommen den äussersten Nordosten des Landes und den Bezirk Dresden. Nach einem tristen Tag im realen Sozialismus setzte sich der Werktätige vor seinen Fernseher und entflo in eine andere Welt. Gegen diesen Einfluss waren die Funktionäre machtlos.

Noch unangenehmer für die Machthaber wurde es nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages. Das Aussenministerium in Ostber-

lin musste westdeutsche Journalisten akkreditieren, die für ihre Zeitungen und Sender aus der DDR berichteten. Jetzt konnten sich die Menschen in Jena, Leipzig und Magdeburg ohne die penetrante Ideologie auch darüber informieren, was in ihrem eigenen Land vorgeing.

Zu den akkreditierten Korrespondenten gehörte Lothar Loewe, der spätere Intendant des Senders *Freies Berlin*. Er wurde nach zwei Jahren ausgewiesen, weil er in seiner Sendung gesagt hatte, an der Grenze werde auf Menschen «wie auf Hasen» geschossen. Über seine Erlebnisse zwischen Elbe und Oder schrieb er ein Buch und gab ihm den ironischen Titel «Abends kommt der Klassenfeind».

Gegen das Urteil des High Court legte Carl Zeiss Oberkochen Berufung ein. Damit war auch ein Anwaltswechsel verbunden. Die Oberkochener gingen zu Herbert Smith & Co., einer angesehenen Sozietät mit 250 Anwälten und Büros in London, Paris, Brüssel, New York und Hongkong. Den Fall übernahm Dr. Frederick Alexander Mann. Mit ihm konnte Walter David deutsch sprechen und korrespondieren.

Der bedeutende englische Jurist stammte aus dem pfälzischen Frankenthal. Noch kurz vor seiner Emigration im Oktober 1933 hatte er seine juristische Ausbildung an der Universität Berlin mit der Promotion und dem 2. Staatsexamen abgeschlossen. Er studierte dann noch einmal an der London University und entwickelte sich zu einem Meister des englischen Rechts und der englischen Sprache, 1960 ernannte ihn die Universität Bonn zum Honorarprofessor für anglo-amerikanisches Recht, insbesondere Geld- und Wirtschaftsrecht. An die Bonner Juristische Fakultät schrieb er damals, die Herren vorsichtig belehrend, «dass der Lehrauftrag für englisches Recht und nicht für anglo-amerikanisches Recht erteilt werden sollte, denn es gibt kein anglo-amerikanisches Recht».

In einem zusammen mit Walter David verfassten Schriftsatz an den Court of Appeal bekräftigte Frederick Mann die Rechtsauffassung der Oberkochener. Der Rat des Bezirkes Gera repräsentiere einen Teil eines von Grossbritannien völkerrechtlich nicht anerkannten

Staates und müsse deshalb ignoriert werden. Zum Beweis möge das Gericht Auskunft beim Foreign Office einholen.

So geschah es. Die britische Regierung, erfuhren die Richter, akzeptiere lediglich das Recht der Sowjetunion, in ihrer Besatzungszone die Regierungsgewalt auszuüben. Niemand sonst sei je de facto oder de jure von Grossbritannien anerkannt worden. Schliesslich entschied die Berufungsinstanz, dass der Rat des Bezirkes Gera nicht vor einem britischen Gericht als Kläger auf treten könne.

Noch war der Rechtsweg nicht ausgeschöpft. Das Gericht liess den «final appeal», wie es im englischen Recht heisst, zum House of Lords zu. Das «ultimate tribunal» bestand aus fünf «Law Lords». Die hohen Herren verhandelten 26 Tage. Das Urteil erging am 18. Mai 1966:

Man muss akzeptieren, dass die Sowjetunion die DDR nicht als souveränen Staat, sondern als eine der Sowjetunion untergeordnete Organisation gegründet hat. Dennoch können Handlungen, die von der DDR oder in ihrem Auftrag ausgeführt wurden, nicht einfach als ungültig betrachtet werden. Dies hätte sonst zur Folge, dass jede ... Ehe und jede Scheidung, die in diesem Gebiet vorgenommen wird, vom englischen Richter als nichtig angesehen werden müsse.⁷

Ihrer Entscheidung legten die Lordrichter nicht das Recht der Bundesrepublik zugrunde, sondern das der DDR, und sie akzeptierten die Urteile des Obersten Gerichts der DDR. Vergeblich hatten die Oberkochener darauf hingewiesen, dass die Richter in der DDR vom Staate abhängig seien. Kein Gericht könne es wagen, zu einem abweichenden Ergebnis zu kommen. «Das Urteil des englischen Oberhauses ist eine politische Entscheidung im juristischen Gewände», meinte David. Frederick Mann fühlte sich an die Zeit des Dritten Reiches erinnert:

Diesen Sonntag hat hier in den Zeitungen gestanden, dass in Berlin allein in den letzten fünf Jahren 28 Leute jedes Jahr von den Ostdeutschen erschossen worden sind, als sie in die Westsektoren zu flüchten versuchten. Es wird leider notwendig sein, dass die zehnfache oder hundertfache Menge von Deutschen erschossen wird, bevor die Leute hier verstehen, worum es sich handelt. Das war 1933 genauso. Die entsetzliche Zeit des Appeasement, unter der wir hier von 1933 bis 1939 gelebt haben, war dieselbe Mentalität.⁸

Das Urteil des House of Lords tangierte nicht nur die privatrechtlichen Interessen der Firma Carl Zeiss in Oberkochen und der Carl-Zeiss-Stiftung in Heidenheim, sondern auch öffentliche – ausenpolitische und gesamtdeutsche – Interessen der Bundesrepublik. Nachdem sich Professor Mann im Foreign Office kündigt gemacht hatte, führte er am 10. und 11. Juni 1966 gemeinsam mit David Gespräche im Auswärtigen Amt in Bonn:

Herr Mann erklärte, dass das Foreign Office diese Entscheidung für eine Verletzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen halte, die Grossbritannien gegenüber der Bundesrepublik Deutschland habe. Darüber hinaus sei das englische Aussenministerium besonders ungehalten, weil die «damned Lords» (so ein leitender Herr des Foreign Office) mit diesem Urteil in die ausschliessliche Kompetenz der Exekutive eingegriffen haben: Hiernach steht die Befugnis, über Anerkennung oder Nichtanerkennung einer ausländischen Gebietsorganisation als Staat zu entscheiden, ausschliesslich Her Majesty's Government zu.⁹

In einem an Aussenminister Gerhard Schröder gerichteten zwölfseitigen Schreiben schilderte Frederick Mann die politische Brisanz des Urteils. Dieses gehe davon aus, «dass die DDR als untergeordnetes Organ der Sowjetunion besteht».

Daraus werde dann die Folgerung gezogen, dass die von diesem Organ erlassenen Gesetze gelten. «In Wahrheit hätte die DDR überhaupt als nicht existent betrachtet werden müssen.»

Damit verstösst das Urteil gegen eine grosse Reihe von Zusicherungen, die das Vereinigte Königreich zusammen mit anderen Westmächten wiederholt gegeben hat und aufgrund deren es bisher als unbezweifelbarer Teil des Völkerrechts gegolten hat, dass die Teilung Deutschlands unter keinen Umständen anerkannt werden würde.¹⁰

Dieses klug formulierte Schreiben ist damals zurückgehalten worden. Die Geschäftsleitung hat sich entschlossen, politisch nicht zu intervenieren. Über die Gründe können wir nur spekulieren. Vielleicht spielte die erwartete Umorientierung der innerdeutschen Politik eine Rolle, vielleicht auch die schon lange schwelende Bonner Regierungskrise. Nach 14 Jahren im Amt des Bundeskanzlers war Konrad Adenauer unter dem Druck der eigenen Partei im Oktober 1963 zurückgetreten. Seinem Nachfolger Ludwig Erhard gelang bei der Bundestagswahl im September 1965 ein fulminanter Wahlerfolg.

Jedoch geriet Erhard schon bald in Schwierigkeiten. Nach dem Rücktritt der F.D.P.-Minister Ende Oktober 1966 verlor er nach nur drei Jahren Kanzlerschaft die parlamentarische Mehrheit. «Viel guter Wille, grosse Redlichkeit, unbeirrbares Streben nach hohen Zielen – wenig Effizienz», meinte damals Staatssekretär Rolf Lahr:

Unser guter Bundeskanzler Erhard hat restlos abgewirtschaftet ... Vor allem durch Entschlusslosigkeit und Führungsschwäche, die umso krasser auffielen, als wir vom Vorgänger das Gegenteil gewohnt waren. Wenn Adenauer eine Kabinettsitzung leitete, ging das etwa folgendermassen zu: Der Bundeskanzler beginnt mit den Worten: «Und jetzt, meine Herren, kommen wir zu Punkt 4 der Tagesordnung. Ich will Ihnen meine Meinung dazu mal auseinan-

dersetzen.» Danach: «Und nun bitte ich um Wortmeldungen.» Das Wort geht reihum. Die Anwesenden äussern sich unterschiedlich – am Schluss der Bundeskanzler: «Und nun erlauben Sie wohl, dass ich die Diskussion zusammenfasse...» Dann kam genau das gleiche wie am Anfang, und keiner widersprach. Das Entsprechende unter Erhard: «Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung. Das Wort hat der Kollege (Name des Ressortministers).» Dieser spricht. «Und nun bitte ich um weitere Wortmeldungen.» Das Wort geht reihum. Die Anwesenden äussern sich unterschiedlich – am Schluss der Bundeskanzler: «Ich sehe, die Angelegenheit ist wohl noch nicht spruchreif. Ich denke, wir vertagen sie...»¹¹

Mit seinen jetzt 90 Jahren war Altbundeskanzler Konrad Adenauer «immer noch die bedeutendste Erscheinung auf der Bonner Bühne»:

Neulich komme ich etwas verspätet zu einer Presseveranstaltung. Besorgt sage ich zu der Garderobenfrau: «Hoffentlich ist der Herr Bundeskanzler nicht schon eingetroffen.» Diese: «Nee, der ist nicht gekommen, oder meinen Sie den Herrn Erhard?»¹²

Adenauer beschäftigte sich damals mit der Abfassung seiner «Erinnerungen». Im April 1966 lud er den Historiker und Politologen Golo Mann zu sich nach Cadenabbia ein, seinem bevorzugten Urlaubsdomizil am Comer See. Er wollte mit ihm über Probleme der Autobiographie sprechen. «Trotz der Kritik, die ich gelegentlich vernehmen liess», berichtete Golo Mann, «hatte ich Adenauer aus der Ferne längst bewundert.» Im Gespräch kamen die Herren auch auf die Deutschlandpolitik:

Im Kern wiederholte er, was in den «Erinnerungen» steht: die Russen wollten ihre Hand auf ganz Deutschland und ganz Westeuropa legen, Rettung war nur im Anschluss der Bundesrepublik an den Westen und so fort. Auf meine Frage: «Nehmen wir aber einmal

an, ein vereinigtés neutrales Deutschland wäre möglich gewesen, hätten Sie es dann gewünscht?», war seine Antwort: «Nein, niemals.»¹³

Am 1. Dezember 1966 wurde Kurt Georg Kiesinger Kanzler einer Grossen Koalition. Willy Brandt übernahm das Auswärtige Amt. Dort schied Karl Carstens als Staatssekretär aus. Zuvor machte er den neuen Minister noch mit einigen vertraulichen Vorgängen bekannt:

Er [Carstens] hatte eine Aufzeichnung vorbereitet, in der es nun überhaupt nicht mehr um vermeintliche Schritte hin zur staatlichen Einheit ging, sondern um das Ende der Bemühungen, dem anderen deutschen Staat internationale Anerkennung zu versagen; es war zunehmend schwieriger geworden, der DDR die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen streitig zu machen.¹⁴

Professor Frederick Mann erarbeitete damals eine Bestandsaufnahme der deutsch-deutschen Problematik vom juristischen Standpunkt. Für die *juristenzeitung* verfasste er einen gelehrten Aufsatz über «Deutschlands Rechtslage 1947-1967», der in zwei aufeinanderfolgenden Heften erschien. Frederick Mann bedauerte, dass «das wichtige Problem der völkerrechtlichen Lage Deutschlands in so vielen Beziehungen nach wie vor im Dunkeln liegt». Unter den gegebenen Umständen sei es unmöglich, «Schlussfolgerungen mit wirklicher Zuversicht aufzustellen». Trotzdem formulierte er einige Thesen, die vielleicht dazu dienen könnten, «das zur Zeit bestehende völkerrechtliche Bild abzurunden»:

1. Deutschland besteht nach wie vor als Staat.
2. Deutschland ist ein ungeteilter Staat und umfasst die Gebiete im Westen, die unter der Herrschaft der Bundesrepublik stehen sowie die Gebiete im Osten, in denen die «DDR» tatsächliche Macht ausübt.

3. ... Für internationale Zwecke besteht aller Grund zu der Annahme, dass Deutschland heute in der Bundesrepublik fortlebt und mit ihr identisch ist, so dass diese nichts anderes als ein neuer Name für Deutschland ist. Aber in jedem Fall wird Deutschland allein von der Bundesrepublik vertreten.
4. Der sowjetische Oberbefehlshaber überschritt den Rahmen seiner Handlungsbefugnisse, als er vorgab, seine Rechte, Befugnisse und Verantwortung auf die «DDR» zu übertragen, und die Sowjetunion trägt deshalb nach wie vor die völkerrechtliche Verantwortung für seine Handlungen sowie für diejenigen der «DDR».
5. Die «DDR» wird nicht als Staat oder Regierung anerkannt. Es spricht viel dafür, dass ihre Anerkennung die Zustimmung Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Bundesrepublik sowie aller anderen NATO-Staaten verlangt.
6. Die «DDR» kann nicht der Sache und Wirkung nach dadurch anerkannt werden, dass man die Fiktion aufstellt, sie sei ein untergeordnetes Organ der Sowjetunion ...¹⁵

Die Kritik an der Entscheidung des «House of Lords» war offensichtlich. Die Oberkochener trösteten sich damit, dass es sich in London nur um eine juristische Vorfrage gehandelt hatte. In der Hauptsache war noch nichts entschieden. Bedauerlich blieb, dass sie nicht nur für die eigenen Gerichtskosten aufkommen mussten, sondern auch für die der Gegenseite. Die Kenner rechneten mit etwa 1,5 Millionen DM.

Auch später haben viele Juristen das Urteil des House of Lords kritisiert. «Die Voten der fünf Law Lords waren teilweise sachlich unrichtig und widersprachen sich», heisst es in einer Stellungnahme:

Antideutsche Ressentiments sind nicht auszuschliessen. Mit Recht hat man nach dem Prozess in England die Frage aufgeworfen, ob denn das Oberhaus die richtige Institution als oberstes Appellationsgericht sei. In der Tat ist es für einen Rechtsstaat unverständlich, dass für die letzte Instanz nicht wie in anderen Län-

dem ein «oberstes Gericht» eingerichtet ist, sondern nur ein Gremium, das nichts anderes als ein «Parlamentsausschuss» des Oberhauses ist und über keine forensische Erfahrung verfügt.¹⁶

In einer Dissertation wird es als Fehler der Oberkochener bezeichnet, mit dem blossen Bestreiten der Legitimation des Bezirkes Gera den Prozess gewinnen zu wollen, ohne gleichzeitig den politischen Hintergrund deutlich zu machen.

Viel besser lief das amerikanische Verfahren. Hier war Oberkochen der Kläger und der Volkseigene Betrieb in Jena der Beklagte. Die Oberkochener erstrebten ein Urteil, dass nur sie berechtigt waren, ihre Erzeugnisse unter dem Namen Carl Zeiss und den entsprechenden Marken anzubieten. Sie erteilten das Mandat der renommierten New Yorker Sozietät Milbank, Tweed, Hadley & McCloy.

John McCloy, der frühere Hohe Kommissar in Bonn, hatte bei der Rückgabe der New Yorker Tochtergesellschaft, der Carl Zeiss Inc., wirkungsvoll geholfen. Er war aber jetzt nicht mehr als Anwalt, sondern im Staatsdienst tätig als Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde. Mit dem Fall wurden zwei jüngere und besonders befähigte Anwälte beauftragt, William E. Jackson und Isaac Shapiro.

Jacksons Vater Robert war als der amerikanische Chefankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen berühmt geworden. Sein Sohn hatte ihn als Assistent nach Nürnberg begleitet. Dort hatte William Jackson die Hauptangeklagten kennengelernt, von denen zwei auch jetzt im Zeiss-Verfahren am Rande wieder eine Rolle spielten: Rüstungsminister Speer, mit dem sich Küppenbender abgestimmt hatte, um in den letzten Kriegswochen die grössten Untaten in Jena zu verhindern, und Fritz Sauckel, der Gauleiter und Reichsstatthalter in Thüringen, der für die Massendeportationen der ausländischen Zwangsarbeiter verantwortlich war und den Robert Jackson den «grössten und grausamsten Sklavenhalter seit den Pharaonen» genannt hatte.

Auch Shapiros Vater Konstantin war zu seiner Zeit weltbekannt, nämlich als Cellist. Der gebürtige Russe hatte in Deutschland Philosophie und Musik studiert und seine Frau an der Berliner Musikhochschule kennengelernt. Nach der Machtergreifung gingen die Shapiros nach Japan. Von dort brachte ein kinderloser amerikanischer Offizier den aufgeweckten Jungen mit Zustimmung der Eltern in die Vereinigten Staaten, wo er eine vorzügliche Ausbildung erhielt.

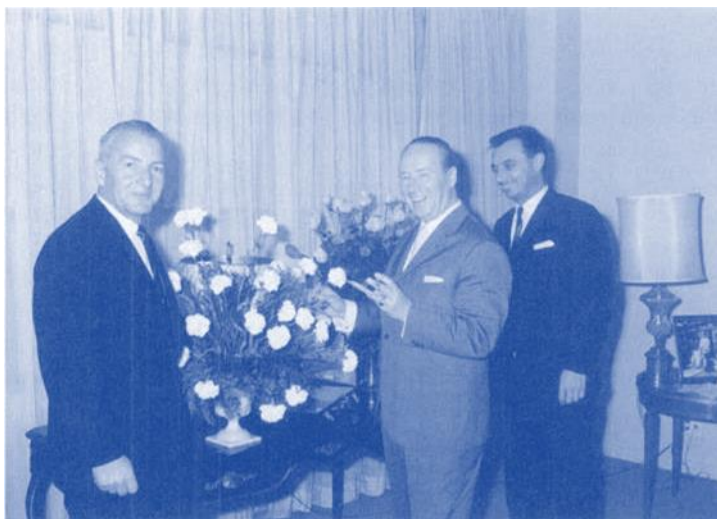
Neben der Sammlung der relevanten Dokumente spielen im amerikanischen Zivilprozess die Zeugenaussagen eine entscheidende Rolle. Zeugen und Anwälte beider Seiten trafen sich 1962 in den amerikanischen Konsulaten in Stuttgart und Salzburg und 1965 in Wien zur sogenannten «pretrial discovery». Die eigentliche Gerichtsverhandlung begann am 11. September 1967 im United States Court House am Foley Square in Downtown Manhattan. Heinz Küppenbender war dazu aus Oberkochen angereist, übrigens nicht mit dem Flugzeug, sondern mit dem Schiff. Er wollte sich in Ruhe vorbereiten. Mit an Bord war Franz Schneider von der Rechtsabteilung, und jeden Tag hat Küppenbender vier bis fünf Stunden mit dem Juristen die Technik des Kreuzverhörs geübt. Als Hauptzeuge für Oberkochen musste der Geschäftsleiter über die Ereignisse in Jena nach dem Einmarsch der Amerikaner, über den Abtransport der 84 Zeissianer nach Heidenheim und den Aufbau in Oberkochen berichten.

Journalisten der *New York Times* verfolgten den Prozess. Die Verhandlungen hätten bisher wenig Aufschluss über die Frage erbracht, wem nun die Rechte an dem Namen «Carl Zeiss» zustünden, las man am 16. September 1967. Doch böte das Gerichtsverfahren «konzentrierten Unterricht in deutscher Geschichte». Dabei ging es nicht nur um die Nachkriegszeit mit der Spaltung Deutschlands und um die Entstehung zweier deutscher Staaten und zweier Firmen «Carl Zeiss». Der Anwalt des Volkseigenen Betriebes ging noch weiter zurück und versuchte, die Rolle Küppenbenders als Wehrwirtschafts-

führer ins Zwielflicht zu ziehen. Auf seine Fragen antwortete der Oberkochener Geschäftsleiter:

Es war nicht mein Wunsch, dieses besondere Amt [Vorsitzender des Sonderausschusses Feinmechanik und Optik] anzunehmen. Ich fuhr zwei Mal nach Berlin, um dort zu sagen, dass ich es nicht annehmen könne wegen der enormen Arbeitslast bei Zeiss. Der Minister übersandte mir eine Nachricht, dass er nicht ein drittes Mal eine Weigerung akzeptieren würde und dass er mich ... nach den Bestimmungen des Reichsdienstleistungsgesetzes dienstverpflichten würde.¹⁷

An dieser Stelle mahnte Judge Walter R. Mansfield den Anwalt des VEB, zur Sache zu kommen: «Sind denn diese Ernennungen und Ämter überhaupt bestritten? Warum muss denn das tote Pferd hier



1. September 1967: Sein vierzigstes Dienstjubiläum feierte Heinz Küppenbender in New York, als er im amerikanischen Prozess seine Aussage machte. Hier mit Siegfried Kessler (links) und Horst Skoludek (rechts).

erschlagen werden?» Es war unverkennbar, dass der Richter Sympathie und Respekt für Heinz Küppenbender empfand und dessen Zusammenwirken mit Speer zur Steigerung der deutschen Rüstungsproduktion nicht als unehrenhaft beurteilte.

Am 7. November 1968 erging das Urteil. Es hätte besser nicht ausfallen können. Der Bundesgerichtshof hatte die Identität des in Oberkochen aufgebauten Betriebes mit der 1846 in Jena von Carl Zeiss gegründeten Firma bestätigt, die Frage der Stiftungsidentität aber offengelassen. Der amerikanische Richter kam auch hier zu einem Ergebnis: Die Stiftung ist im Gebiet der DDR untergegangen, weil sie dort ihre statutarischen Zwecke nicht mehr erfüllen kann. Sie ist rechtsgültig nach Heidenheim verlegt worden.

Als Antwort auf eine drohende gerichtliche Auseinandersetzung hätten die Verantwortlichen im Osten, so Richter Mansfield, eine «Schein-Stiftung» geschaffen. Man habe sich entschieden, die «verstorbene Stiftung wieder zum Leben zu erwecken oder aufzuwärmen», aber ohne wesentliche Substanz, um nicht mit dem Konzept des kommunistischen Volkseigentums in Konflikt zu geraten. Richter Mansfield kam deshalb zu dem Schluss, dass diese «sogenannte Stiftung» nicht die von Dr. Abbe errichtete Stiftung sei. Sie sei mit dieser nicht identisch, aber auch nicht ihre Nachfolgerin. Sie stelle vielmehr eine «Pseudo-Stiftung» dar, die nur als Schein oder Fassade für Zwecke der gerichtlichen Auseinandersetzung habe dienen sollen.¹⁸

In seinem Urteil ging Richter Mansfield auch auf ältere, ähnlich gelagerte Rechtsfälle ein. Dazu gehörte der Fall des französischen Likörs «Chartreuse». Dieser wurde ursprünglich durch die Kartäusermönche im Tal La Chartreuse bei Grenoble hergestellt. Aufgrund eines französischen Gesetzes kam es 1903 zur Auflösung des Ordens und Beschlagnahme des Vermögens. Die Mönche zogen nach Spa-

nien, wo sie ihren Likör weiter herstellten und unter dem berühmten Namen verkauften. Eine französische Firma übernahm die Fabrik in La Chartreuse und brachte ihren Likör ebenfalls unter dem Namen «Chartreuse» auf den Markt. Der Supreme Court in Washington sprach den vertriebenen Mönchen die Namensrechte zu.

Inzwischen waren die Oberkochener auch im englischen Verfahren einige Schritte vorangekommen. Urteile des High Court und des Court of Appeal stärkten ihre Rechtsposition. Am 4. März 1969 beschlossen Walter David und Frederick Mann, nunmehr mit den Vorbereitungen zum Hauptsacheverfahren zu beginnen. Dabei ging es in erster Linie um die (in den Vereinigten Staaten bereits entschiedene) Frage, ob die Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim oder die Carl-Zeiss-Stiftung Jena identisch ist mit der 1889 von Ernst Abbe gegründeten Stiftung.

Zunächst mussten wieder alle relevanten Dokumente zusammengestellt und die Originale dem Gericht vorgelegt werden. Frederick Mann kam mit einem Assistenten von London, um der Rechtsabteilung bei der immensen Arbeit zu helfen. Übrigens durfte Rechtsanwalt (Solicitor) Mann nicht selbst vor Gericht plädieren. Nach englischem Prozessrecht gab es dafür eine eigene Spezies von Juristen, die «Barristers», sehr würdige und entsprechend teure Herren, die häufig den Ehrentitel eines «Queen's Counsel» und das Adelsprädikat «Sir» führten. Die Oberkochener und die Jenenser mussten ihre Barristers finden und mit der ungewohnten Prozessmaterie vertraut machen.

Die Oberkochener haben damals noch ein Übriges getan und das Leben des britischen Richters gegen Arbeitsunfähigkeit versichert. Ein Ausfall hätte neuen Zeitverlust und damit hohe Kosten verursacht. Übrigens sollen die Jenenser auf den gleichen Gedanken gekommen sein.

Als der Prozess schliesslich am 11. Januar 1971 begann, hatte sich in Bonn bereits der Machtwechsel vollzogen. Als neuer Bundeskanzler setzte Willy Brandt auf Koexistenz statt auf Konfrontation. In der



Anfang Oktober 1964: Bundespräsident Heinrich Lübke an der innerdeutschen Grenze.

Grossen Koalition hatte er sich als Aussenminister nicht in der gewünschten Weise durchsetzen können:

«Mein» Bundeskanzler [Kiesinger] brachte es zwar über sich – was schon etwas war –, Briefe von der anderen deutschen Feldpostnummer zu beantworten, aber lieber nahm er der halben Welt Spott auf sich, als die DDR einen Staat zu nennen ... Im Auswärtigen Amt empfand man es als hilfreich, nicht mehr nur von der «Sowjetzone» reden zu müssen. Nachdem ich vom «anderen Teil Deutschlands» gesprochen hatte, wurden daraus flugs die Ersatzbuchstaben ATD.¹⁹

Dem neuen Kurs wollten und konnten sich auch die zerstrittenen Brüder in Oberkochen und Jena nicht entziehen. Der englische Prozess nahm einen völlig unerwarteten Verlauf.

KAPITEL 12

Die Londoner Vereinbarung

In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969 kündigte Willy Brandt eine neue Ostpolitik an. Zum ersten Mal sprach die Bundesregierung offiziell davon, dass «zwei Staaten in Deutschland existieren». Trotzdem seien sie «füreinander nicht Ausland»; ihre Beziehungen zueinander könnten «nur von besonderer Art sein».

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und ihrem Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa. Zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen.¹

Im Auswärtigen Amt wurden zwei Dutzend ältere Herren in den Ruhestand versetzt, weil sie die neue Politik nicht mitmachen wollten. Der inzwischen fünfzigjährige Joachim Peckert, der seinerzeit als jüngstes Delegationsmitglied an den Verhandlungen Adenauers in Moskau teilgenommen hatte, wurde Leiter der politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Moskau. «Wer, wie ich, darauf fixiert

war, den Kommunismus allseitig zu bekämpfen», berichtete er, «musste sich jetzt an feineres Handwerkszeug gewöhnen.»

Am 19. März 1970 fuhr der Bundeskanzler nach Erfurt, um dort mit Willi Stoph, dem Vorsitzenden des Staatsrates, Gespräche zu führen. Auf einer internationalen Pressekonferenz am 19. Januar hatte Ulbricht von der DDR als «sozialistischem deutschen Nationalstaat» gesprochen und der Formel Brandts von der «Einheit der Nation» entgegengestellt. Wie sollte es weitergehen? Niemand wusste eine Antwort. Im Salonwagen des Sonderzuges stellte der Bundeskanzler grüblerisch die Frage nach der Einheit Deutschlands:

Niemand in der Welt sei an der Einheit Deutschlands interessiert; niemand scheinne das gegenwärtige Blocksystem aufgeben zu wollen, weil eben dieses Blocksystem die grösste Sicherheit zu garantieren scheinne. Mit einem Stosseufzer fügt er hinzu: «Wenn wir und die DDR wenigstens ein ähnlich unbefangenes Verhältnis zueinander finden könnten, wie wir es zu Ungarn oder zur CSSR längst haben – grotesk, dass es noch nicht so weit ist.»²

Sechshundert Journalisten begleiteten den Bundeskanzler. Chefreporter Hans Ulrich Kempfski berichtete für die *Süddeutsche Zeitung*, dass ihn und seine Kollegen während dieser Nachtfahrt in Richtung Deutsche Demokratische Republik «aufgewühlte Gefühle bewegten»:

Gewiss, man hat vor vielen Jahren Adenauers erstmaligen Besuch in Amerika und später die Reise nach Moskau mitgemacht: zwei Ereignisse, bei denen es allen, die sie miterlebt haben, hinterher schwergefallen ist zu begreifen, was ihnen widerfuhr. Diesmal jedoch geben selbst Journalistenveteranen zu, weitaus mehr zu fühlen als die übliche Spannung am Vorabend einer «grossen Story».³

Für Brandt gab es keinen Tag im Leben, «der emotionsgeladener gewesen wäre». Bei der Fahrt durch Thüringen sah er die Menschen

in den Gärten und an den Fenstern. Die allermeisten blickten mit strahlender Freude, Tausende winkten, Tausende streckten ihre Hände dem Zug entgegen: «Und viele, sehr viele weinten.»

Die Staatssicherheit hatte den Besuch gut vorbereitet. An diesem 19. März 1970 bestand für die Arbeiter der Erfurter Betriebe Urlaubssperre und für die Studenten der Medizinischen Akademie Vorlesungspflicht. An den Fenstern der verlassenen Wohnungen waren Gardinen aufgezogen. So schön hatte man Erfurt lange nicht mehr gesehen. Auf dem Bahnsteig lag ein hellroter Teppich, und sogar das Gleisbett war frisch geschottert. Studentische Hilfskräfte hatten den Bahnhof auf Hochglanz gebracht. Über dem Portal der Bahnhofshalle grüßte ein rotes Transparent mit weißer Schrift: «Die DDR ist der deutsche Staat des Friedens und des Sozialismus.»

Willi Stoph erwartete seinen Gast auf dem roten Teppich, und rasch gingen beide zum nahegelegenen Tagungsort, dem «Erfurter Hof». Wenige Minuten später geschah das Unerwartete. Es war ein Erlebnis, schrieb Hans Ulrich Kempfski, «bei dem es schwerfällt, Erfahrung und Begreifen in Einklang zu bringen». Zweitausend Menschen durchbrachen die Postenkette, überfluteten den Bahnhofsvorplatz und bereiteten dem Bundeskanzler Ovationen:

Dann mündet diese ungezügelt Entladung in einen einzigen Sprechchor ein: «Willy Brandt, Willy Brandt, Willy Brandt» ... Immer stürmischer wird der Massenrausch, immer ungewisser wird die Frage, was daraus wohl werden mag. An einem Fenster der zweiten Hoteletage läßt Staatssekretär Ahlers sich winkend sehen. Jetzt wächst der Tumult drunten auf dem Platz schierer Raserei zu. «Willy Brandt ans Fenster, Willy Brandt ans Fenster», fordern die Demonstranten, während die Volkspolizei unschlüssig abseits steht...

Da endlich erscheint Willy Brandt am geöffneten Fenster. Tosender Beifall brandet zu ihm hinauf. Es fällt dem Bundeskanz-

ler offensichtlich schwer, seine eigene Erregung unter Kontrolle zu halten. Zaghaft lächelnd nickt er grüssend mit dem Kopf, um Sekunden später mit einer fast beschwörenden Gebärde seiner ausgebreiteten, nach unten gesenkten Hände den Jubel zu dämpfen. Alle, die eben noch in Raserei zu sein schienen, verstehen ihn auf der Stelle, wie auf Befehl herrscht Schweigen.⁴



19. März 1970: Die berühmte Szene vor dem Erfurter Hof. Am Fenster links Willy Brandt, rechts Regierungssprecher Conrad Ahlers.

Ein paar Stunden später hatte die Staatssicherheit wieder alles im Griff. Schulklassen, Mädchenchöre und Betriebskampfgruppen wurden herangeführt und artikulierten in geübtem Rhythmus: «Forderung an Willy Brandt – die DDR wird anerkannt.» Jetzt endlich erhielt auch der Staatsratsvorsitzende seine Streicheleinheiten. Ein Trupp von Männern skandierte: «Hoch, hoch, hoch – es lebe Willi Stoph.»

Wie üblich hatte die Stasi aus den Wohnungen am Bahnhofsplatz die Demonstranten gefilmt. Als fünf Jahre später ein Erfurter Medizinstudent beim Versuch, die DDR zu verlassen, verhaftet wurde, legte man ihm ein entsprechendes Photo vor.

Zwei Monate später, am 21. Mai 1970, kam Willi Stoph zum Gegenbesuch nach Kassel. Entlang der Wilhelmshöher Allee, auf der die Wagenkolonne zum Schlosshotel fuhr, hatten sich Links- und Rechtsradikale postiert, und man hörte Sprechchöre: «Volksverräter Hand in Hand, Willi Stoph und Willy Brandt.» Wie in Erfurt erklärte der Bundeskanzler: Die Verfassungen der beiden deutschen Staaten seien auf die Einheit der Nation gegründet: «Wir können unsere Beziehungen nicht sinnvoll regeln, ohne die Verfassungsgrundsätze zu berücksichtigen.» Stoph entgegnete: Die von den imperialistischen Kräften Westdeutschlands im Bunde mit dem US-Imperialismus herbeigeführte Zerstörung der Einheit könne durch keinerlei Begriffskonstruktionen ungeschehen gemacht werden.

Als absolut unannehmbar bezeichnete der DDR-Ministerpräsident die von der Bundesregierung gebrauchte Formel von «besonderen innerdeutschen Beziehungen». Wörtlich sagte er in diesem Zusammenhang: Zwischen der DDR, wo das werktätige Volk Eigentümer der Produktionsmittel ist und alle Macht in den Händen hat, und der BRD, wo das Rüstungs- und Bankkapital herrscht, wo die grossen Monopole über alle Reichtümer der Gesellschaft verfügen und den entscheidenden Einfluss in der Politik ausüben, kann es kein «inneres Verhältnis» geben. Zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist – welches Gebiet des gesellschaftlichen Lebens man auch immer betrachten mag – eine Mischung nicht möglich.⁵

Drei junge Männer verschafften sich mit gefälschten Presseausweisen Zutritt zum Hotel und rissen die vor den Fenstern wehende DDR-

Fahne, die «Spalter-Flagge», vom Mast. Das gab Willi Stoph die Gelegenheit, sich beim Bundeskanzler zu beklagen: Bonn dulde «faschistische Umtriebe» und «direkte Mordhetze» gegen führende Repräsentanten der DDR. Brandt musste sich entschuldigen. Jedoch liess Stoph erkennen, «dass man die Bemühungen, zu regelrechten Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin zu kommen», nach einer Denkpause fortsetzen wolle: «Kassel dürfe kein Scheitern bedeuten.»

Angesichts ... des verkrampften deutsch-deutschen Verhältnisses war man beiderseits nicht gerade heiter und entspannt. Aber ebensowenig ging man frostig miteinander um, sondern sachlich, detailliert, konstruktiv. Immerhin betonte Stoph offen, dass die Regelung praktischer Fragen zwischen der DDR und der Bundesrepublik künftig keinen Schaden nehmen dürfe.⁶

Am 12. August 1970 schlossen die Bundesrepublik und die Sowjetunion das sogenannte «Gewaltverzichtsabkommen». Es sei weiterhin ihr Ziel, betonte die deutsche Seite, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu erreichen. Weil sich Andrej Gromyko weigerte, einen solchen Passus in den Vertrag aufzunehmen, schrieb Aussenminister Walter Scheel seinem sowjetischen Kollegen einen entsprechenden Brief. «Als Scheel den Brief aus der Tasche holte», berichtete ein Augenzeuge, «drehte sich Gromyko um, hielt die rechte Hand auf den Rücken und meinte, während er Scheel die Kehrseite zeigte: «Wenn es sein muss, dann geben Sie das Ding her.»

Ende Oktober 1970 kam Andrej Gromyko in die Bundesrepublik. Protokollarischen Gepflogenheiten entsprechend wurde der sowjetische Aussenminister am Moskauer Prominentenflughafen Wnukowo vom deutschen Geschäftsträger Joachim Peckert verabschiedet. Nun reisten sowjetische Regierungsmitglieder nie in die Bundesre-

publik, ohne auch die DDR zu besuchen. Deshalb war DDR-Botschafter Horst Bittner ebenfalls zum Flughafen gekommen. Er wartete mit seinen Herren in einer Ecke der Abflughalle. Peckert wurde mit seiner Entourage vom Protokollchef diskret in eine andere, «DDR-freie» Ecke geleitet, «wo wir», wie Peckert berichtete, «distanzierte Blicke mit unseren mitteldeutschen Brüdern austauschten».

Dann erschien Gromyko, begrüßte protokollgerecht zuerst den Botschafter der DDR, dann den Geschäftsträger der Bundesrepublik. Auf dem Wege zum Flugzeug eskortierte Bittner den sowjetischen Aussenminister auf der einen Seite und Peckert auf der anderen. Gromyko machte sich einen Spass aus den deutsch-deutschen Verlegenheiten:

Gromyko plauderte in guter Reiselaulaune mal nach rechts, mal nach links, blieb dann plötzlich stehen, schaute uns beide an und fragte mit unschuldigem Blick: «Die Herren kennen sich noch nicht?» Worauf Bittner und ich uns die Hände schüttelten und Gromyko zu mir gewandt sagte: «Meiner Ansicht nach bedeutet das noch keine Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland.»⁷

Zur neuen Ostpolitik gehörte auch die Aussöhnung mit dem polnischen Nachbarn. Als Willy Brandt am 7. Dezember 1970 zur Unterzeichnung des «Vertrages von Warschau» in die polnische Hauptstadt kam, sagte ihm Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz: Die beiden Staaten sollten für den Prozess der Annäherung mindestens ein Jahrzehnt ins Auge fassen. «Eine Perspektive», kommentierte Willy Brandt, «die immer noch zu kurz gegriffen war.» In seinen Erinnerungen sprach der Bundeskanzler von einer ungewöhnlichen Last: «Nirgends hatte das Volk, hatten die Menschen so gelitten wie in Polen. Die maschinelle Vernichtung der polnischen Judenheit stellte eine Steigerung der Mordlust dar, die niemand für möglich gehalten hätte.»

Ich hatte nichts geplant, aber Schloss Wilanow, wo ich untergebracht war, in dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Ghetto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.⁸

So kam es vor dem Denkmal für die Opfer des Ghettoaufstandes zum Kniefall des Bundeskanzlers. Das Photo ging um die Welt und machte die Scham der Deutschen und ihr Mitgefühl augenfällig.

In der Deutschland-Politik ging es dem Bundeskanzler um ein Berlin-Abkommen zwischen den Grossmächten. «Wir wollten den Zugang nach West-Berlin gesichert und die Bindung zum Bund bestätigt wissen», berichtete Willy Brandt: «Hierzu gehörte das Recht der Bundesregierung, West-Berlin und seine Bürger nach aussen zu vertreten. Und wir wollten Besuchsrechte erwirken.»

Die DDR-Führung war – mindestens – darauf aus, ihre Souveränität über die Zufahrtswege durchzusetzen und Einrichtungen des Bundes aus Berlin hinauszudrängen; sie hat erheblich zurückstecken müssen. Die heikle Frage der Bindungen an den Bund beschäftigte die Diplomaten über Gebühr. Denn es waren zwei deutsche Übersetzungen angefertigt worden, eine Fassung West und eine Fassung Ost ... Über die meisten [Abweichungen] einigte man sich. Offen aber blieb, ob das englische Wort «ties» Bindungen oder Verbindungen [zwischen der Bundesrepublik und Westberlin] bedeuten sollte.⁹

Seit dem 11. Januar 1971 trafen sich Oberkochener und Jenenser im Hauptsacheverfahren erneut vor dem High Court of Justice in London. Der Gegenanwalt, Barrister John Arnold, richtete auftragsgemäss «wilde Angriffe» auf die Oberkochener. «Es handelt sich nicht um einen Zivilprozess im normalen Sinn», meinte damals Frederick

Mann. Vielmehr führe die DDR «eine grossangelegte politische Aktion nicht nur gegen die Carl-Zeiss-Stiftung in Heidenheim, sondern gegen die Bundesrepublik, den Bundesgerichtshof und gegen die Spaltungstheorie»:

Hinter diesem Angriff steht die gesamte Macht der DDR. Ziel dieses Gesamtangriffs ist, eine englische Entscheidung zu erwirken, durch die das dem Osten angetane Unrecht dargetan wird, damit man im Falle der Anerkennung der DDR das «gestohlene» Vermögen wieder erwerben bzw. gegenüber der Bundesrepublik einen völkerrechtlichen Anspruch auf Rückübertragung erheben kann. Deshalb wird diese Sache von der Gegenseite mit völlig uneingeschränktem Aufwand an Zeit und Geld geführt.¹⁰

Viele Wochen schleppte sich der Prozess hin mit der Verlesung der von den streitenden Parteien vorgelegten Dokumente. Am 23. Februar kam die grosse Überraschung. Der Anwalt des Volkseigenen Betriebes, Barrister John Arnold, beantragte eine Unterbrechung. Er argumentierte juristisch verklausuliert mit der Aussicht auf Abkürzung des Verfahrens durch einen Vergleich über einen oder mehrere Klagepunkte. Barrister Michael Kerr stimmte für Oberkochen zu. Daraufhin wurde die Verhandlung bis 22. März unterbrochen. Falls notwendig könne er, erklärte der Richter, noch mehr Zeit bewilligen.

In Oberkochen hat Walter David später erzählt, die Initiative sei von den Jenensern ausgegangen. Ganz so war es nicht. Aus den Akten geht hervor, dass sich die beiden Barristers miteinander abgesprochen hatten. Jeder teilte seinem Klienten mit, der Prozessgegner hätte Gesprächsbereitschaft signalisiert. Küppenbender kam den Barristers auf die Schliche, aber er liess den Dingen ihren Lauf. Die deutsche Kameraindustrie befand sich in einer Existenzkrise, und Carl Zeiss musste für die Verluste bei Zeiss Ikon und bei Voigtländer aufkommen. Da war jedes Mittel recht, um die lästigen und teuren Prozesse zu Ende zu bringen.

Die Gespräche begannen im Waldorf-Hotel in London und wurden im Hilton in Paris-Orly fortgesetzt. Oberkochen war durch Heinz Küppenbender, Walter David und Frederick Mann vertreten, der Volkseigene Betrieb durch Kurt Büttner und Rudolf Reichrath. Am 15. März ging es um die Frage, ob man vorab eine Sonderregelung für Grossbritannien und das Commonwealth oder gleich eine Gesamtlösung anstreben sollte. Einvernehmlich entschlossen sich die beiden Parteien, ein «Weltabkommen» zustande zu bringen. Die Herren aus Thüringen legten den grössten Wert darauf, dass nicht nur der Volkseigene Betrieb, sondern auch die Carl-Zeiss-Stiftung Jena als Vertragspartner genannt wurde. Die Oberkochener waren dagegen: Die Jenenser Stiftung sei in ihrer gegenwärtigen Form nur eine Sozialeinrichtung und habe mit den industriellen Aktivitäten nichts zu tun. Sie mussten jedoch in dieser Frage nachgeben.

Die Wiederaufnahme der Gerichtsverhandlung wurde noch einmal verschoben und die direkten Gespräche am 1. April fortgesetzt. Jetzt war man so weit, dass niemand mehr die vertragliche Einigung scheitern lassen wollte. Beide Parteien bemühten sich ernsthaft, für alle noch offenen Fragen eine einvernehmliche Lösung zu finden. Buchstäblich in der letzten Stunde der vom Richter gesetzten Frist, in der Nacht vom 26. auf 27. April 1971, kamen die Parteien zum Abschluss.

Am 27. April trafen sich die Herren wieder im High Court of Justice vor Richter Robert Megarry. Gleich zu Beginn bat Barrister John Arnold für Carl Zeiss Jena um das Wort:

In einem weit ausgreifenden Plädoyer stellte er noch einmal den wesentlichen Ablauf der Zeiss-Prozesse in England dar, wobei er nach englischem Rechtsbrauch auch auf ältere Kasuistik zu sprechen kam. Dabei referierte er über das positive Ergebnis der Vergleichs Verhandlungen. Barrister Kerr beschränkte sich für Zeiss-Oberkochen mehr oder weniger auf verbales Kopfnicken.¹¹

Richter Megarry atmete sichtlich auf und sagte: «We have not even read over 300 pages of pleadings in the main action, and the matter now comes to a happy, happy end.» Er beglückwünschte die Parteien und schloss die Sitzung mit den deutsch gesprochenen Worten: «Besser spät als niemals.»

Die «Londoner Vereinbarung» war bereits mit ihrer Unterzeichnung am 26. April 1971 in Kraft getreten. Wie der eineinhalb Jahre später abgeschlossene Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR stellten die beiden Parteien fest, dass sie an ihren unterschiedlichen Rechtspositionen festhalten. Strittig zwischen Zeiss (West) und Zeiss (Ost) waren und blieben «Bestand, Status, Sitz und Vertretungsberechtigung der 1889 mit Sitz in Jena gegründeten Carl-Zeiss-Stiftung». Die einen waren überzeugt, die Stiftung sei rechtsgültig nach Heidenheim verlegt, die anderen meinten, dass sie auf immer und ewig ihren Sitz in Jena habe, auch wenn sie (der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung entsprechend) nicht mehr Eigentümerin der Zeiss- und Schottwerke sei. Worauf es aber konkret ankam, darüber hatten beide Seiten eine vollständige Einigung erzielt, nämlich über die Frage, wer wo unter welchem Namen auftreten durfte.

Der Weltmarkt wurde in drei Bereiche aufgeteilt. Da gab es erstens die sozialistischen Länder, an der Spitze die Sowjetunion, die Volksrepublik China und die DDR. Hier durfte nur der Volkseigene Betrieb den grossen Namen Carl Zeiss und die traditionsreichen Warenzeichen benutzen. Es war in das Ermessen der Oberkochener gestellt, wie sie sich in diesen Ländern nennen wollten. Sie entschieden sich für «Opton», den Namen, unter dem sie ihre Firma 1946 gegründet hatten.

Zweitens gab es eine Gruppe von westlichen Industrieländern, die Bundesrepublik, Italien, Griechenland, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Österreich und die Vereinigten Staaten. Hier durfte nur die Firma in Oberkochen unter dem Namen Carl Zeiss auftreten. Ent-

sprechend konnte der Volks-eigene Betrieb entscheiden, unter welchem Namen er firmieren wollte. Der VEB benutzte weiter die Bezeichnung «Jenoptik».

Den Rest der Welt machten die sogenannten «Koexistenzländer» aus, zu denen vor allem das Commonwealth gehörte, aber auch Japan und Südamerika. Hier durften beide Unternehmen, die Oberkochener und die Jenenser, den Namen Carl Zeiss führen, aber nur mit unterscheidungskräftigem Zusatz. Im Falle Carl Zeiss Oberkochen konnte dies eine geographische Bezeichnung sein, «die auf die Bundesrepublik Deutschland oder auf einen Ort in der Bundesrepublik Deutschland hinweist». Die Oberkochener benutzten «Carl Zeiss West Germany», was bei den Kunden eine positive Assoziation hervorrief.



Wie in den anderen sozialistischen Ländern durfte Carl Zeiss Oberkochen auch in Kuba nur unter dem Namen «Opton» auftreten. Hier Fidel Castro am Messestand in Havanna.

Im Falle von Vertragsverletzungen wollte man sich im direkten Gespräch einig werden. Als ultima ratio war ein Schiedsgericht vorgesehen, das in Lausanne zusammentreten, Schweizer Recht anwenden und in deutscher Sprache verhandeln sollte. Mitte der achtziger Jahre haben die Oberkochener tatsächlich einmal ein Schiedsverfahren eingeleitet. Sie waren überzeugt, dass die vom VEB im Ausland gegründeten Tochtergesellschaften ebenfalls den Namenszusatz «VEB» tragen müssen, während die Jenenser die These vertraten, dass Tochtergesellschaften nicht unter die Londoner Vereinbarung fallen. Glücklicherweise ist es dann doch nicht zu einer juristischen Auseinandersetzung gekommen.

Die verfeindeten Brüder haben sich im Allgemeinen korrekt an die Abmachungen gehalten, und es hat nur unbeabsichtigte und unbedeutende Verstöße gegeben. So wurden einmal bei der Fachausstellung «Optica» in Moskau einige tausend Exemplare der Zeitschrift *Aspekte* verteilt. An mehreren Stellen im Text war die Firma «Carl Zeiss» genannt, wo es «Opton» hätte heissen müssen. Im Protokoll einer Verhandlung zwischen den Juristen beider Seiten schrieben die Oberkochener:

Abschliessend überreichten wir dem VEB eine Sonnenbrille samt Etui, die in Taiwan verkauft wird. Das Etui ist gekennzeichnet mit Zeiss Umbral Germany, die Sonnenbrillenfassung trägt die Kennzeichnung Zeiss Umbral Jena ... Wir sagten dem VEB, dass nach Auskunft unserer Fachleute die Brillengläser vom VEB Jena stammen könnten ... Sei die Sonnenbrille eine Fälschung, müssten wir ggf. gemeinsam Schritte gegen den oder die Fälscher unternehmen.¹²

Ausdrücklich ausgenommen von der Vereinbarung war Frankreich. Hier wollte man die Gerichte entscheiden lassen. Am 18. Januar 1989, also wenige Monate vor der Wende, erging endlich das Schlussurteil des Oberlandesgerichtes in Paris: Nur Oberkochen durfte in Frankreich den Namen «Carl Zeiss» verwenden.

Das englische Verfahren und der Vergleich erregten 1971 unter Juristen einiges Aufsehen. Im *Yale Law Journal* befasste sich ein Rechtsanwalt in Chicago mit den «Lessons of the Carl Zeiss Litigation». Er konstatierte, dass das bisherige Warenzeichenrecht unbefriedigend sei und schlug ein neues Gesetz auf der Ebene des internationalen Privatrechtes vor. Bis heute ist jedoch ein solches Gesetz nicht zustande gekommen.

17 Jahre, von 1954 bis 1971, hatten sich die juristischen Auseinandersetzungen zwischen dem Volkseigenen Betrieb in Jena und Carl Zeiss Oberkochen hingezogen. Nach der Konfrontation kam nun die Phase der Koexistenz. Das Misstrauen blieb; aber die Existenz des ungeliebten Bruders auf der anderen Seite des eisernen Vorhanges wurde nicht mehr bestritten.

Über seinen Gegenspieler Rudolf Reichrath sprach Walter David immer mit grossem Respekt. «Reichrath hat die Sache des VEB mit Klugheit, Härte und Konsequenz vertreten», sagte David. «Trotzdem ist er Mensch geblieben.» Reichrath war der Sohn eines Fabrikchlossers und Sozialist aus Überzeugung. Er stammte aus dem Saargebiet. Als nach Kriegsende Hunderttausende über die Demarkationslinie von Ost nach West strömten, ging er den umgekehrten Weg. An der Vorstudienanstalt in Jena legte er 1946 die Reifeprüfung ab und studierte dann an der Friedrich-Schiller-Universität. Mitglied der SED wurde er 1947, des FDGB 1949, der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft 1950 und der Vereinigung der Juristen der DDR 1951.

1953 kam er zum VEB Carl Zeiss Jena in die Rechtsabteilung. Dort bot sich ihm die Chance seines Lebens. Um der Verhaftung zu entgehen, war kurz zuvor Wilhelm Schacht, der Chefjustitiar des Volkseigenen Betriebes, in den Westen geflohen. Mit 31 Jahren wurde Reichrath sein Nachfolger.

Während SED und Werksleitung ihn positiv beurteilten, kam die Staatssicherheit durch «IM-Berichte von mehreren Quellen» zur Überzeugung, «dass Reichrath keinesfalls ein Genosse ist, der ohne

Einschränkung hinter Partei und Regierung steht». Er war katholisch und ging regelmässig in die Kirche, während er ein Engagement für die Betriebskampfgruppen vermied. Bei den Dienstreisen nach Westdeutschland besuchte er seinen alten Vater und seine Geschwister und weigerte sich, in den ihm zugemuteten «Abbruch der Westkontakte» einzuwilligen. In den Spitzelberichten kam unverhüllt der Neid zum Ausdruck, dass er Westreisen unternehmen durfte. Er sei weit mehr als erforderlich im Ausland gewesen, schrieb ein inoffizieller Mitarbeiter. Alle Kollegen hätten den Eindruck, «dass Reichrath sich nur wohlfühlt, wenn er seine Auslandsreisen durchführt».

Als Rudolf Reichrath und Kurt Büttner jetzt nach Abschluss der Londoner Verhandlungen in die DDR zurückkehrten, vollzog sich gerade der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Im *Neuen Deutschland* lasen die Genossen am 4. Mai, dass Ulbricht das Zentralkomitee gebeten habe, ihn «aus Altersgründen von der Funktion des Ersten Sekretärs zu entbinden».

In der Demokratie entscheidet der Wähler über einen Machtwechsel. Im Arbeiter- und Bauernstaat brauchte man dazu den obersten Funktionär in Moskau. Am 21. Januar 1971 hatten sich 13 von den 20 Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros an Leonid Breschnew gewandt. Er möge Ulbricht ersuchen, «aufgrund seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes von der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED freiwillig zurückzutreten».

Leider können wir nicht umhin festzustellen, dass sich bei Genossen Walter Ulbricht in der letzten Zeit bestimmte negative Seiten seines auch ohnehin schwierigen Charakters immer mehr verstärken. In dem Masse, in dem er sich vom wirklichen Leben der Partei, der Arbeiterklasse und aller Werktätigen entfremdet, gewinnen irrealer Vorstellungen und Subjektivismus immer mehr Herrschaft über ihn. Im Umgang mit den Genossen des Politbüros und mit an-

deren Genossen ist er oft grob, beleidigend und diskutiert von einer Position der Unfehlbarkeit.¹³

Ein paar Monate später forderte Breschnew tatsächlich Ulbricht zum Rücktritt auf. Am 27. April 1971 legte dieser dem Politbüro den mit Breschnew vereinbarten Text seiner Rücktrittserklärung vor und empfahl, Erich Honecker zum Ersten Sekretär zu wählen. Dann verliess er die Sitzung. Im Jahr zuvor hatte Honecker in einem Vier-Augen-Gespräch Breschnew für den Machtwechsel gewonnen. Dafür verpflichtete Breschnew seinen deutschen Genossen auf Wohlverhalten:

Erich, ich sage Dir offen, vergiss das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.¹⁴

Neun Jahre nach der Londoner Vereinbarung haben auch die Schott Glaswerke in Mainz einen Vergleich geschlossen. Danach stand den Mainzern das alleinige Verwendungsrecht an dem Namen «Schott» zu, während die Gegenseite die Rechte an der Bezeichnung «Jena» übernahm und von nun an unter dem Namen «VEB Jenaer Glaswerk» firmierte.

Wie hat sich das Londoner Abkommen in der Praxis bewährt? Keiner der beiden verfeindeten Brüder war glücklich; aber das Abkommen hat zwei Jahrzehnte gehalten, bis durch die Wende ganz neue Verhältnisse entstanden.

Rolf Lahr hatte seit den fünfziger Jahren viele Verhandlungen für die Bundesregierung geführt. Er sagte oft, dass es drei Arten von Verträgen gebe: Die Verträge, bei denen sich beide Seiten als Sieger fühlten, seien die kurzlebigsten, denn sie beruhten offensichtlich auf Illusionen. Dann gebe es solche, bei denen nur die eine Seite glaube, gewonnen zu haben. Auch diese Verträge hätten kein langes Leben, denn die unterlegene Seite werde alles tun, um sich so schnell wie möglich von ihren Fesseln zu befreien. Schliesslich kämen als Ergebnis zäher Verhandlungen auch einmal Abmachungen zustande,

mit denen beide Seiten gleichermaßen unzufrieden seien. Offenbar hätten beide Seiten bedeutende Konzessionen machen müssen. Dies seien die dauerhaftesten Verträge. Die «Londoner Vereinbarung» bestätigte diese Aussage.

In Oberkochen hatte vor allem Heinz Küppenbender auf einen Vergleich gedrängt. Justitiar Walter David jedoch war nicht glücklich. «Den englischen Prozess hätten wir gewonnen», sagte er oft, «und dann wäre der VEB aus dem gesamten Commonwealth rausgeflogen.» Gemeint war, dass in diesem Falle allein Oberkochen den Namen «Carl Zeiss» in Grossbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland hätte führen dürfen. Dieser Meinung war auch der englische Rechtsanwalt Frederick Alexander Mann. In einem späteren Brief an David heisst es: «Dass wir in dem Augenblick, in dem wir vor dem Sieg standen, abgebrochen haben, habe ich, genauso wie Sie, nie überwunden.»

Auf der Seite Jenas machte der neue Generaldirektor Wolfgang Biermann seinem Zorn noch nachträglich bei einer sogenannten «Rechenschaftslegung» Luft. Er kritisierte die Mitarbeiter der Rechtsabteilung aufs Schärfste und stellte fest, «dass sie eigentlich die besten Anwälte im Sinne der anderen Seite gewesen seien». Ganz und gar nicht zufrieden war auch das Ministerium für Staatssicherheit. Davon ist im Westen nie etwas bekannt geworden. Die jetzt zugänglichen Akten zeigen das Unbehagen der Funktionäre und das tiefe Misstrauen gegen die eigenen Unterhändler.

KAPITEL 13

Heinz Küppenbender und die Olympischen Spiele 1972

In seinen «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» hat der Basler Historiker Jacob Burckhardt versucht, «historische Grösse» zu erfassen: «Ein grosser Mann ist ein solcher, ohne welchen die Welt uns unvollständig schiene»; bestimmte grosse Leistungen seien nur durch ihn innerhalb seiner Zeit und Umgebung möglich gewesen. Nach dieser Definition gehört Heinz Küppenbender unbedingt zu den Grossen. Seine bedeutendste Leistung war die Gründung des Zeisswerkes im Westen Deutschlands. Diese historische Tat hätte ohne ihn schwerlich gelingen können. Er war der Motor, der den Aufbau aus dem Nichts vorantrieb, der die Zeissianer motivierte und keine Resignation aufkommen liess.

Ein enger Mitarbeiter hat gesagt, dass Küppenbenders Erfolg nicht nur «in den ungewöhnlichen fachlichen Qualitäten» begründet war, sondern zugleich in den «seltenen menschlichen Eigenschaften». Er habe sich durch keine Belastung erdrücken lassen, sondern immer «Gelassenheit und ein ausgeglichenes Temperament» bewahrt: «Ich glaube, dass ohne diese Fähigkeiten der Wiederaufbau des Zeiss-Konzerns nach dem völligen Zusammenbruch im Jahre 1945 nicht möglich gewesen wäre.»

Auch die Chefsekretärin hat den Geschäftsleiter bewundert. «Er war ganz systematisch in seiner Arbeit», erzählt Ursula Braun. «Nach jedem Telefonat hat er sofort eine Kurznotiz angefertigt. Wir kannten immer den Stand der Dinge.»

Küppenbender trieb den Aufbau aus dem Nichts voran, stellte die Signale auf Expansion und motivierte die Mitarbeiter. Am 1. Okto-

ber 1957 wurde die auf den Bau von Mikroskopen und wissenschaftlichen Instrumenten spezialisierte R. Winkel GmbH, die seit 1911 mit Carl Zeiss verbunden war, integriert. Alle 1'200 Mitarbeiter erhielten die vollen Rechte nach dem Statut der Carl-Zeiss-Stiftung. Die Gesamtzahl der Beschäftigten erhöhte sich auf 5'400.

Dazu kam noch die Zeiss-Ikon AG, bei der die Kameraproduktion konzentriert war. Die Aktien befanden sich (bis auf wenige Prozent) im Besitz von Carl Zeiss. Nach der Enteignung in der Sowjetischen Zone war die Hauptverwaltung nach Stuttgart verlegt worden. Die Säulen bildeten das Contessa-Werk in Stuttgart und das Goerz-Werk in West-Berlin. Mit 6'100 Mitarbeitern erwirtschaftete die Zeiss-Ikon im Jahre 1956 bei einem Umsatz von 92 Millionen einen Gewinn von 850'000 DM.

Am 27. September 1956 feierte das Braunschweiger Kamerawerk Voigtländer seinen 200. Geburtstag und zugleich die Übernahme durch Carl Zeiss. Als neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates begrüßte Küppenbender «das älteste Unternehmen der Feinmechanik und Optik» als das «jüngste Kind im Kranze der Unternehmen der Carl-Zeiss-Stiftung». Als Kaufpreis flossen 23,56 Millionen an die Schering AG.

Sein vierzigjähriges Dienstjubiläum hatte Heinz Küppenbender in New York gefeiert, als er dort im amerikanischen Prozess gegen den Volkseigenen Betrieb als Kronzeuge für Oberkochen seine Aussagen in gewohnter Präzision machte. Am 1. September 1927 war er bei Carl Zeiss eingetreten. Seinen ersten grossen Erfolg hatte er bereits in ganz jungen Jahren bei Zeiss Ikon in Dresden erzielt, wo er die Kleinbildkamera «Contax» konstruierte. Sie kam 1932 auf den Markt, wurde ein «Bombengeschäft» und blieb, zur Contax II und Contax III weiterentwickelt, bei der neuen, im Westen aufgebauten Zeiss Ikon AG bis 1959 im Programm. Mit den in Dresden demonstrierenden Fertigungseinrichtungen hat auch die Sowjetunion unter dem Namen Kiew II und Kiew III grosse Stückzahlen produziert.

Für die Kamera hatte er sich immer besonders engagiert. Schon vor dem Krieg gehörte die auf den Bau von Kameraverschlüssen spezialisierte Alfred Gauthier GmbH in Calmbach (Schwarzwald) zur Zeiss-Ikon AG. Im Oktober 1958 entschloss sich Küppenbender auch noch das auf dem gleichen Gebiet tätige Compur-Werk in München von der Friedrich Deckel GmbH zu übernehmen. Einwände liess er nicht gelten: «Was soll ich dazu noch sagen? In drei Jahren frägt kein Mensch mehr danach, was wir für Compur gezahlt haben, und alles ist vergessen.»

Für das Compur-Werk habe die Firma viel zu viel Geld ausgegeben, meinte dagegen Adolf Hofern, der Leiter des Rechnungswesens. «Zeiss kann es sich leisten, grosszügig zu sein», sagten die Prokuristen der Firma Deckel mit süffisantem Lächeln. Ihr unverhohlener Triumph störte und bedrückte Hofern:

Es war das erstmal, dass ich von Küp enttäuscht war, sehr sogar. Küp hätte sich besser unterrichten lassen ... müssen. Am besten hätte er sich «vor Ort» in Japan informieren können ... Dr. Hans Deckel war in Japan, sah dort die neueste Entwicklung des Verschlussbaues und erkannte die Chancenlosigkeit, zu gleich niedrigen Preisen in Deutschland zu fertigen. Danach war er bestrebt, aus der Verschlussfertigung auszusteigen.¹

Aus eigenen Mitteln konnte der Kauf nicht finanziert werden. Wie schon beim Erwerb des Voigtländer-Werkes musste auch jetzt wieder die Deutsche Bank Kredit gewähren. Die Verhandlungen wurden von Abs und Küppenbender geführt, und es war von Anfang an klar, dass der Bankier keine Schwierigkeiten machen würde.

Dr. Küppenbender hatte bei Dr. Abs einen Stein im Brett ... Es war, wie so mancher zuvor, ein «Personalkredit» ohne aussergewöhnliche Sicherheitsleistung.²

Auch in Oberkochen trieb Küppenbender den Ausbau voran. «Seine Bauwut war nicht zu bremsen», meinte Hofern. Wegen seiner ständigen Kritik wurde er zu den Besprechungen über die Finanzierung nicht mehr zugezogen. Trotzdem gehörte auch Hofern zu den Bewunderern des Geschäftsleiters. «Küppenbender ist eben doch ein grosser Mann», heisst es in seinem Tagebuch.

Als typisch für den Geist im Hause empfand Hofern die Sitzung am 6. April 1967 über die im Stiftungsstatut vorgesehene Lohn- und Gehaltsnachzahlung. Die Meinungen waren durchaus geteilt, ob man sich eine zusätzliche Ausschüttung überhaupt leisten könne. Dank seiner Beredsamkeit und Überzeugungskraft zog Küppenben-



Heinz Küppenbender mit Bundespräsident Heinrich Lübke und Wilhelmine Lübke.

der aber doch wieder alle auf seine Seite und erreichte eine für die Betriebsangehörigen sehr günstige Regelung. Er empfand den Stiftungscharakter des Unternehmens als Verpflichtung. In der Zahl der Mitarbeiter und in der Lohn- und Gehaltsnachzahlung ging er immer an die Grenze des Möglichen.

«Er hat immer ein bisschen mehr Menschen in der Firma behalten, als er eigentlich gebraucht hätte», berichtete Horst Skoludek. Die beiden Krisen, die Kamerakrise noch zu Küppenbenders Zeiten 1971 und die Existenzkrise 1994, haben im Vorstand zu einem Umdenken geführt. Auch bei Zeiss wurde das «schlanke Unternehmen» mit einem Minimum an Mitarbeitern zum Vorbild.

Nach dem Stiftungsstatut waren alle Geschäftsleiter gleichberechtigt. Der Vorstand ist ein Kollegialorgan mit drei oder vier Mitgliedern. (Erst 1982, zehn Jahre nach dem Ausscheiden Küppenbenders, wurde die herausgehobene Funktion des «Vorstandssprechers» geschaffen.) Wie noch heute gab es üblicherweise alle 14 Tage eine Vorstandssitzung. Man kann sie sich vorstellen wie eine Kabinettsitzung bei Adenauer. Küppenbender hat aber nicht die Diskussion zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt mit einer Zusammenfassung eröffnet, sondern erst einmal die Vorstandskollegen angehört.

Der grosse Vorteil dabei war, keiner wusste, wie Küppenbender denkt, und deswegen hat jeder wirklich seine Meinung gesagt, und das wollte er ja. Deswegen waren die Meinungen durchaus konträr.³

So berichtete es Horst Skoludek, der noch 1971 und 1972 die Vorstandssitzungen bei Küppenbender erlebt hat. Nach den Meinungsäusserungen seiner Kollegen fasste Küppenbender zusammen und traf die Entscheidung: «Also, wir machen das folgendermassen...» Und keiner widersprach. Nur ganz selten kam es vor, dass ein Punkt vertagt werden musste. Protokolle gab es zunächst nicht. Eines Ta-



12. Juni 1961: Besuch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten in Oberkochen. Von links nach rechts: Heinz Küppenbender, Kurt Georg Kiesinger, Hugo Ruff (Voith Heidenheim) und Wirtschaftsminister Eduard Leuze.

ges aber sagte Küppenbender: «Sko, am besten schreiben Sie das mal auf, was wir hier so besprechen.»

Küppenbenders Autorität wurde überall respektiert. Dr. Gerhard Kühn, der kaufmännische Geschäftsleiter, erklärte seinen leitenden Mitarbeitern: «Gegen Dr. Küppenbender werde ich mich nicht stellen.»

Die Tochter Küppenbenders hat berichtet, dass es in der Familie ungeschriebene Gesetze gab, «über die gar nicht zu diskutieren war». So musste jeder pünktlich zu Tische sein, auch am Sonntag zum Frühstück um acht Uhr, ganz gleich, «wann man ins Bett gekommen war». Natürlich hat auch er sich diesen Regeln unterworfen.

Küppenbender hat viel Sport getrieben, mit Vorliebe Tennis, Skilaufen und Reiten. Mit den Jahren «bröckelte Tennis ab», wie die Tochter sagte. Zum Skilaufen ging er noch lange und immer wieder in die gleichen Orte: Zürs, St. Moritz und Pontresina. «Wir sind zusammen auf die Gletscher, dann ist er wie ein Uhrwerk eisern Schwung um Schwung über alle Buckel und durch alle Löcher ge-

fahren, aber er ist prima unten angekommen.» Seine grosse Leidenschaft war das Reiten. In Heidenheim war er 22 Jahre lang der Vorsitzende des Reitervereins und anschliessend der Ehrenvorsitzende. Auf seine Initiative wurde eine grosse Reithalle gebaut und nach ihm benannt. Er besass sogar eine private Trakehner-Zucht. «Um den Kopf frei zu kriegen», hat Küppenbender die Firma gelegentlich schon um halb sechs verlassen und ist zum Reiten gegangen. «Ein wohlgeleiteter Betrieb funktioniert am besten», scherzte er dann, «wenn der Chef nicht im Hause ist.» Oder er sagte: «Direktor kommt vom Dirigieren, nicht vom selber Arbeiten.»

Am 12. Juni 1961, ein paar Monate nach Küppenbenders 60. Geburtstag, kamen Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger und Wirtschaftsminister Eduard Leuze zum Besuch des Zeiss-Werkes nach Oberkochen. Bei dieser Gelegenheit erhielt der Geschäftsleiter das Grosse Bundesverdienstkreuz. In seiner Dankansprache sagte Küppenbender, er betrachte diesen Orden als Auszeichnung für alle Mitarbeiter.

Die Zeiss-Ikon AG und das Kamerawerk Voigtländer in Braunschweig entwickelten sich zunächst günstig. In den sechziger Jahren aber begann die japanische Exportoffensive. Zunächst waren die Deutschen geneigt, die japanischen Kameras als «Billigprodukte» abzutun. Es zeigte sich jedoch, dass die Japaner ebenso klug und energisch vorgehen, wie die deutsche Industrie einhundert Jahre zuvor.

1876 hatte der deutsche Maschinenbauprofessor Franz Reuleaux die erste Weltausstellung auf dem amerikanischen Kontinent besucht. In seinen berühmten «Briefen aus Philadelphia» kritisierte er die deutschen Waren als billig und schlecht. «Die deutsche Industrie muss sich von dem Prinzip der blossen Konkurrenz durch Preis abwenden und entschieden zu demjenigen der Konkurrenz durch Qualität oder Wert übergehen.» Genau das taten jetzt die Japaner. Die japanischen Kameras wurden immer besser und teurer. Gleichzeitig stiegen die Exportzahlen. 1961 hatte Japan 850'000 Kameras ausge-

führt, 1969 waren es schon 2,75 Millionen. Die deutsche Kameraindustrie geriet in eine schwere Krise.

«Anfang der sechziger Jahre haben wir den Zug verpasst», sagte Horst Skoludek. «Wir haben es nicht gemerkt, weil wir nicht international gereist sind, weil wir keine internationalen Kontakte zu den grossen Kamerahändlern und Verkaufsorganisationen hatten.»

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre war es zu spät. Wir haben verpasst, dass eine Kamera auch einfacher hergestellt werden kann, und wir haben verpasst, bei gleich hoher Bildqualität ein hohes Mass an Automatisierung durch Elektronik einzuführen. Als die Japaner schon Fuss gefasst hatten im Markt, haben die einfach ihre guten Sachen oben draufgesetzt.⁴

Am 28. Oktober 1970 beschloss der Aufsichtsrat der Zeiss Ikon AG unter Vorsitz von Heinz Küppenbender, im Stuttgarter Contessa-Werk die Kameraproduktion einzustellen. Ein halbes Jahr später musste auch das Voigtländer-Werk in Braunschweig geschlossen werden. Das Glück des Tüchtigen, das ein Leben lang an seiner Seite war, hatte Küppenbender verlassen. Als Siebzjähriger war auch er machtlos gegen die japanische Herausforderung. Diese Entwicklung hat ihn schwer belastet. Im Familienkreis sagte er damals: «Es ist das Schlimmste, was einem Menschen passieren kann, dass er Firmen, die er selber aufgebaut hat, wieder zerschlagen muss.»

Die unumgänglichen Entlassungen führten zu Protestaktionen der betroffenen Arbeiter und der Gewerkschaftsvertreter. Sie warfen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates «Rücksichtslosigkeit und Unfähigkeit, gepaart mit unglaublicher Arroganz» vor. Auch in der Presse wurde Küppenbender hart kritisiert. Im Oktober 1971 richtete die Zeitschrift *Capital* einen scharfen Angriff gegen das «Greisen-Asyl» und «Altenregiment» bei Carl Zeiss. Heinz Küppenbender

habe «seinen Anspruch auf Unfehlbarkeit» verspielt. Die Zeitschrift behauptete, Küppenbender habe alle Mitarbeiter von oben herab behandelt und sei intern «der liebe Gott von Oberkochen» genannt worden. *Capital* publizierte ein Photo Küppenbenders mit der witzig sei sollenden Überschrift: «Mein Gott, warum hast Du uns *nicht* verlassen.»

Wenn Dr. Heinz Küppenbender das Carl-Zeiss-Verwaltungsgebäude in Oberkochen betritt, drückt eine Angestellte beflissen auf den roten Knopf am Empfang. Sogleich leuchtet in einem der beiden Fahrstühle ein Schriftzug auf: «Aussteigen.» Benutzer des Aufzugs wissen, dass nun der «liebe Gott» (Firmenjargon) zu liften wünscht. Unverzüglich verlassen sie auf der nächsten Etage die Kabine, damit der Geschäftsleiter der Weltfirma Carl Zeiss in die Chef-Etage gehoben werden kann.⁵

Erstaunlich, dass es bei Zeiss zu solchem Byzantinismus kommen konnte. Wie viele starke Persönlichkeiten war auch Küppenbender zuletzt von Männern umgeben, die ihm nach dem Munde redeten. Einer dieser devoten Geister hatte sich überlegt, wie der Geschäftsleiter auf dem schnellsten Wege die Vorstandsetage erreichen könne. An die verheerende psychologische Wirkung dachte er nicht. Warum Küppenbender selbst nicht eingegriffen hat, ist allen, die ihn kannten, ein Rätsel. «Das erste, was ich gemacht habe, als ich in den Vorstand kam», sagte Horst Skoludek, «ich hab' das Ding rausbauen lassen.»

Küppenbender bot Angriffsflächen. Journalistisch gekonnt zog der *Capital*-Redakteur die Parallele von der Szene im Lift zu den Vorgängen im Kamerawerk Voigtländer:

Jetzt will der autoritäre Konzern-Regierer sogar ganze Werke räumen lassen. Am 4. August 1971 beschloss der Aufsichtsrat der Tochterfirma Zeiss Ikon AG in Stuttgart – Vorsitzender Dr. Heinz Küppenbender –, das Kamerawerk Voigtländer und die Projekto-

renfabrik Zett in Braunschweig zu schliessen. Diesmal sollen 1'767 Küppenbender-Untergebene aussteigen.⁶

In der Bundesrepublik (und in anderen westlichen Demokratien) hatte sich eine Protestbewegung gegen das «Establishment» entwickelt. Wie Daniel Cohn-Bendit betonte, einer ihrer Exponenten, handelte es sich nicht um den üblichen «Generationenkonflikt». Eine steigende Zahl von Jugendlichen revoltierte nicht dagegen, «dass die Alten nicht von ihrem Platz im System weichen wollen, sondern gegen das ganze System selbst».

An den Universitäten übten Studenten und Assistenten Fundamentalopposition gegen die «Ordinarienherrschaft». In die Rundfunkanstalten und die Printmedien waren junge Redakteure eingezogen, die die Dinge grundsätzlich nahmen und das Bedürfnis hatten, die «Strukturfehler des kapitalistischen Systems» blosszulegen.

Am 31. März 1972, sechs Wochen nach seinem 71. Geburtstag, trat Heinz Küppenbender in den Ruhestand. Er behielt noch ein paar Aufsichtsratsmandate bei Tochterfirmen. Das mit Abstand wichtigste Amt war das des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bei der Robert Bosch GmbH, das er zehn Jahre innehatte, bis er von 1974 bis 1976 den Vorsitz übernahm. Mit Hans L. Merkle, dem Vorsitzenden des Vorstandes, ging Küppenbender öfter einmal in Klausur, um eine besonders wichtige Frage ausführlich zu diskutieren. Merkle sprach von dem «guten und sicheren Gefühl», das sich immer einstelle, wenn Küppenbender seine «wohlabgewogene Meinung» äusserte, «ermutigend, wohl auch einmal warnend, aber immer scharf analysierend».

Nach fast 45jähriger Berufstätigkeit bei Zeiss besass er nun endlich grössere Musse für seine persönlichen Interessen. Mit Frau Karin ging Küppenbender für die Zeit der Olympiade 1972 nach München. Er quartierte sich in der Wohnung seiner Tochter Margret ein,

die dort als freie Photographin lebte. Seine Liebe zur Kamera fand sich also in anderer Form bei der Tochter wieder.

Fahrer Möhrle, für die alten Zeissianer noch heute eine Legende, wurde ebenfalls im Hause untergebracht. «Guck' doch mal, ob Möhrle noch etwas braucht», sagte er zur Tochter. Noch immer besass Küppenbender seine gewohnte Spannkraft. Tochter Margret stöhnt noch in der Erinnerung:

Ich musste mit ihm die ganze Military-Strecke rauf und runter und wieder zurück in unendlicher Hitze. Sämtliche Reitveranstaltungen im Stadion haben wir uns angesehen. Er war natürlich auch beim Preis der Nationen als Zuschauer dabei, und den Rest hat er bei mir vorm Fernseher angeschaut.⁷

Eine Goldmedaille im Stabhochsprung holte sich damals der Jenenser Wolfgang Nordwig. Ob Küppenbender registriert hat, dass es sich um einen Zeissianer handelte, einen vom Stammwerk, wissen wir nicht. Nordwig brachte es später noch zum Direktor des Jenaer Forschungszentrums und Stellvertreter des Generaldirektors für Optischen Präzisionsgerätebau. Übrigens wurden bei der Olympiade alle Weitemessungen (Würfe und Sprünge) mit optoelektronischen Geräten von Carl Zeiss Oberkochen durchgeführt. Das Organisationskomitee dankte der Firma ausdrücklich für ihre Innovationen «im Bereich der Aufgabe, sportliche Leistungen objektiv zu messen».

Auch der 14-jährige Dieter Kurz, der heutige Vorstandssprecher, sah damals die Fernsehübertragungen «auf dem Sofa liegend», wie er erzählt. Er hatte sich beim Fussballspiel eine Meniskus Verletzung zugezogen, und ein Bein war in Gips. Er beobachtete die Messungen und identifizierte Zeiss mit Jena.

Dass die Olympischen Spiele 1972 überhaupt in München stattfinden konnten, war ein grosser politischer Erfolg für die Bundesrepublik. Nur zu gut erinnerte sich die ältere Generation an den Missbrauch der Olympischen Spiele 1936 in Berlin durch die nationalso-

zialistische Propaganda. «Den politischen Reminiszenzen versuchte ich mit der Feststellung vorzubeugen», berichtete der damalige Münchener Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, «dass 1972 zwei Fünftel aller Münchnerinnen und Münchner unter 30 Jahre alt sein würden, und es sich folglich um ein neues München, nicht mehr um das München von 1938, handeln werde.»

Der Gedanke, die Spiele nach München zu holen, kam von Willi Daume. Im Oktober 1965 hatte das Internationale Olympische Komitee, das IOC, nach heftigen Diskussionen beschlossen, dass es künftig keine gesamtdeutsche Olympiamannschaft mehr geben werde. Die Bundesrepublik und die DDR sollten fortan durch eigene Mannschaften vertreten sein. Willi Daume erkannte, dass sich gerade dadurch günstige Aussichten eröffneten. Die Bundesrepublik habe im IOC viele Freunde, erläuterte er Hans-Jochen Vogel, die nach der schmerzlichen Entscheidung etwas Gutes tun wollten.

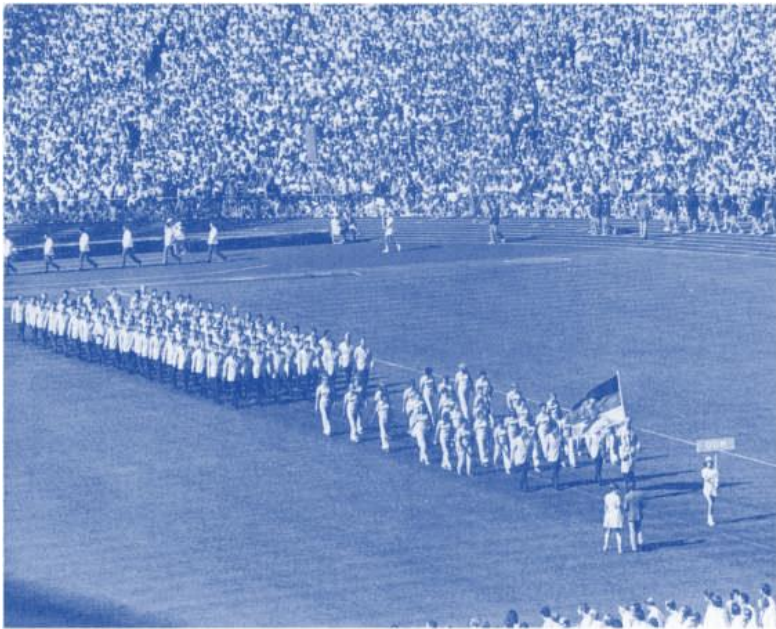
Als Daume mein Zimmer verliess, ging ich eine halbe Stunde lang vor meinem Schreibtisch auf und ab ... Die Schwierigkeiten schienen fast unüberwindlich. Würden die Osteuropäer München akzeptieren? Würde in München die Hymne der DDR gespielt und ihre Flagge gezeigt werden können? Immerhin war ja die Hallsteindoktrin unverändert in Geltung und die Nichtanerkennung der DDR offizielle Politik. Würde es gelingen, die U-Bahn und die S-Bahn statt in zwölf in sieben Jahren fertigzustellen? Und wer sollte die Vielzahl von Olympiabauten finanzieren?⁸

Die Stadt, der Freistaat und die Bundesrepublik arbeiteten Hand in Hand, und jeder leistete seinen Beitrag. Mit dem einem Zelt nachempfundenen Olympiastadion gelang der Architektengruppe Günther Behnisch ein grosser Wurf.

Die Olympischen Spiele fanden vom 26. August bis 11. September 1972 statt. DDR-Sportfunktionäre hatten in dem, wie sie sagten, «Revanchisten-Zentrum München» für ihre Mannschaft Provokatio-

nen, Beleidigungen und Demütigungen befürchtet. Es kam ganz anders: Die Sportler aus der DDR wurden von den Münchnern mit starkem Beifall empfangen, mit «spontanem und herzlichem und nicht befohlenem Beifall», wie die *Stuttgarter Zeitung* betonte. Das habe die zu Anfang unübersehbaren Verkrampfungen der Funktionäre gelockert.

Die gastgebende Stadt München präsentierte sich von ihrer liebenswürdigsten Seite. Viele Besucher erfuhren mit Staunen, dass Hans-Jochen Vogel nicht mehr als Oberbürgermeister im Amt war. Ihm vor allem, seinem Engagement, seinem Organisationstalent und seinem politischen Geschick, hatte man die neuen Sportstätten und die hervorragende Infrastruktur zu danken.



26. August 1972: Die Mannschaft der DDR zieht in das Olympiastadion ein.

Vogel war ein Opfer der innerparteilichen Opposition gegen das «Establishment». Auf einem Parteitag musste er sich als «Faschisten-Schwein» beschimpfen lassen. Er verzichtete auf eine erneute Oberbürgermeister-Kandidatur. Nach 64 Prozent bei seiner ersten Wahl 1960 und 78 Prozent bei der zweiten 1966 hätte er im Olympjahr 1972 mit einer noch grösseren Mehrheit rechnen können.

Vogel fürchtete damals, dass sich seine Partei, die SPD, aus einer «grossen linken demokratischen Volkspartei, die Reformen im Sinne des freiheitlichen Sozialismus verwirklicht», zu einer «linkssozialistischen Kaderpartei» entwickelt. Dazu ist es glücklicherweise nicht gekommen. Es bleibt aber erstaunlich, dass die marxistische Ideologie, die in der Sowjetunion und ihren Satelliten restlos abgewirtschaftet hatte, unter Studenten und jungen Intellektuellen in der Bundesrepublik zeitweise eine grosse Anhängerschaft gewinnen konnte.

Es ist schon verständlich, warum gerade Persönlichkeiten wie Hans-Jochen Vogel und Heinz Küppenbender von den neuen Linken besonders hart angegangen wurden. Sie verkörperten mit natürlicher Autorität «das System», ob es sich um die Stadt München oder die Firma Carl Zeiss handelte. An ihrer Kompetenz und Gelassenheit waren viele Attacken gescheitert. Das provozierte Aggressionen.

Vogels politische Laufbahn war mit dem Rücktritt von der Oberbürgermeister-Kandidatur nicht beendet, sondern fing sozusagen erst richtig an. Er ging nach Bonn, wurde Bundesminister unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, dann Regierender Bürgermeister von Berlin und schliesslich, als Nachfolger von Willy Brandt, Parteivorsitzender.

Mit der Organisation der Olympischen Spiele 1972 und der positiven und glaubwürdigen Präsentation des gewandelten Landes hat er sich schon als Mitvierziger einen grossen Namen gemacht. Die Stadt München, das Land Bayern und die Bundesrepublik konnten damals bei den Sportlern und den Gästen aus aller Welt viele Freunde gewinnen. In der *Süddeutschen Zeitung* hiess es damals:

Die olympischen Kampfstätten in phantastischer Landschaft, die sportlichen Erfolge, die Stimmung des internationalen Publikums und die gelöste Atmosphäre im quirligen Leben des olympischen Dorfes hatte ... als die grösste Werbeschau der Nachkriegszeit für eine neue Bundesrepublik und ein neues München gewirkte

Auch von der DDR wurden die Olympischen Spiele für ihre internationale Anerkennung genutzt. Die Sportler des «Arbeiter- und Bauernstaates» errangen in der Wertung der Nationen mit 66 Medaillen (20 Gold, 23 Silber und 23 Bronze) den dritten Platz nach der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, aber vor der Bundesrepublik (13-11-16). «Für uns waren die Siegerehrungen besonders erhehend», sagte ein DDR-Sportfunktionär, «denn zum ersten Mal bei Sommerspielen wurde die DDR-Hymne gespielt und unsere Fahne gehisst.»

Gewonnen hat die DDR-Mannschaft durch sportliche Leistungen, faires Verhalten und bescheidenes Auftreten auch die Sympathien des Publikums in den Stadien und vor den Fernsehschirmen ... Die von Seiten der DDR so überbewerteten Symbole ihrer staatlichen Gleichberechtigung, Fahne und Hymne, wurden von westdeutscher Seite emotionslos respektiert. Ein Münchner zu DDR-Sportlern am Stadion-Ausgang: «Gell, so oft wie bei uns hört's eure Hymne net amol daheim?»¹⁰

Wie von den Organisatoren gewollt, wurden es heitere Spiele. Bis zum 5. September. An diesem Tag kam es am frühen Morgen im Olympischen Dorf zum Anschlag der palästinensischen Terrororganisation «Schwarzer September» auf das Quartier der israelischen Mannschaft. Zwei Sportler wurden gleich erschossen, neun andere mit der Absicht als Geiseln genommen, zweihundert arabische Häftlinge in israelischen Gefängnissen freizupressen. Bei dem Versuch,

die Geiseln vor ihrem Abflug durch einen Überraschungsangriff der Polizei zu befreien, wurden sie von den Terroristen getötet.

Durch einen Irrtum kam spät abends die Meldung, die Geiseln seien gerettet. Noch vor Tagesanbruch trat der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher sichtlich erschüttert vor die internationale Presse und schilderte den Ablauf der Ereignisse.

Willy Brandt hat dann am frühen Morgen mit Golda Meir, der israelischen Ministerpräsidentin, telefoniert, die in der Nacht mit der Nachricht von der Rettung zu Bett gegangen war. Es muss eines der bedrückendsten Gespräche gewesen sein, die er als Bundeskanzler geführt hat.¹¹

KAPITEL 14

Koexistenz

Am 10. Dezember 1971 hatte Bundeskanzler Willy Brandt den Nobelpreis für seine bewusste Friedenspolitik erhalten. «Unsere Entspannungspolitik fing im Westen an und bleibt im Westen verankert», sagte er in seinem Vortrag in Oslo: «Wir wollen und brauchen die Partnerschaft mit dem Westen *und* die Verständigung mit dem Osten.»

Die Beziehungen zur DDR werden, allen Schwierigkeiten zum Trotz, auf dem Boden der Gleichberechtigung geordnet werden, und zwar in der zwischenstaatlich üblichen Form, aber auch in Respekt vor den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes.¹

Eine Woche später unterzeichneten Egon Bahr und Michael Kohl als bevollmächtigte Vertreter ihrer Regierungen das von ihnen ausgehandelte Abkommen über den Transitverkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik. Am 26. April 1972 brachten die beiden Staatssekretäre auch einen Verkehrsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR zustande. Dieser Erfolg fand in der Öffentlichkeit zunächst nicht das gebührende Interesse. Die Deutschen warteten auf die Entscheidung über das Schicksal der Bundesregierung. Am 27. April 1972 stimmte der Bundestag über das von der CDU/CSU eingebrachte Misstrauensvotum gegen Willy Brandt ab. Der Herausforderer Rainer Barzel erzielte nur 247 Stimmen und hatte damit sein Ziel knapp verfehlt. Willy Brandt blieb Kanzler.

Bei der Unterzeichnung des Verkehrsvertrages am 26. Mai erklärte Michael Kohl namens der DDR, die Zeit sei gekommen, «in einen Meinungs austausch über die Herstellung normaler Beziehungen» zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einzutreten. Nach knapp einem halben Jahr war der «Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen» ausgehandelt.

Inzwischen hatte die sozial-liberale Koalition die Mehrheit im Bundestag verloren. Die vorgezogenen Bundestagswahlen am 19. November 1972 wurden zu einer Abstimmung über die Ostpolitik. Viele Wähler hatten den Eindruck, dass Willy Brandt vom politischen Gegner nicht fair behandelt worden sei. Zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl stimmten mehr Frauen als Männer für die Sozialdemokraten. Die SPD erreichte mit 45,8 Prozent der Stimmen ihr bisher bestes (und auch seither nicht wieder erreichtes) Ergebnis.

Die Bundesregierung konnte ihre Politik fortsetzen. Am 21. Dezember 1972 unterzeichneten DDR-Staatssekretär Michael Kohl und der eine knappe Woche zuvor bei der Bildung des neuen Kabinetts zum Bundesminister ernannte Egon Bahr in Ostberlin den Grundlagenvertrag. In einem zusätzlichen «Brief zur deutschen Einheit» erklärte die Bundesregierung, dass sie weiterhin die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln anstrebe.

Der Grundlagenvertrag öffnete den Weg zur Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen. Am 18. September 1973 wurden auf der Vollversammlung in New York die «German Democratic Republic» und «Germany, Federal Republic» in alphabetischer Reihenfolge per Akklamation als 133. und 134. Mitglied aufgenommen.

Merkwürdigerweise gelang es dem Bundeskanzler nicht, seinen grossen Wahlsieg innenpolitisch zu nutzen. Vielmehr verlor Willy Brandt gerade jetzt an Autorität. Bei der Regierungsbildung, bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und bei Auseinandersetzungen innerhalb seiner Partei wurde er zu geradezu unwürdigen

Konzessionen genötigt. Er fühlte sich erschöpft. Deswegen brachte ihn die im Grunde lächerliche «Geschichte mit dem Spion, der aus dem Hinterzimmer kam», zu Fall.

Gut getarnt im Strom der Flüchtlinge war Günter Guillaume mit seiner Frau 1956 von Ostberlin nach Frankfurt am Main gekommen. Er trat in die SPD ein und machte sich mit Fleiss und Organisations-talent in der Parteiorganisation nützlich. Anfang 1970 gelang es ihm, im Bundeskanzleramt beschäftigt zu werden. Zunächst war er Hilfsreferent. Im Herbst 1972 kam er in das Persönliche Büro des Bundeskanzlers. Hier wurde er bald, wie es später in einem Untersuchungsbericht hiess, «als gehobenes Faktotum zu einer schwer ent-behrlichen Figur».

Nach der Enttarnung des Spions am 24. April 1974 fühlte Brandt, wie er in seinem Tagebuch notierte, «erheblichen Zorn» über den Vertrauensbruch durch Mielke und Honecker: «Was sind das für Leute, die das Bemühen um den Abbau von Spannungen – auch und gerade zwischen den beiden deutschen Staaten – auf diese Weise honorieren.» In der Aktuellen Stunde des Bundestages am 26. April 1974 brachte der Bundeskanzler seine «tiefe menschliche Enttäuschung» zum Ausdruck. Er habe zur Kenntnis genommen, «dass der SED-Staat seine Feindschaft zum SPD-Vorsitzenden ... auch auf diese Weise hervorgehoben hat».

Nach Erich Honecker war die Plazierung Guillaumes im Bundeskanzleramt eine Eigenmächtigkeit von Markus Wolf, der im Ministerium für Staatssicherheit die Hauptverwaltung Aufklärung leitete. Bei einer späteren Begegnung mit Brandt hat sich Honecker entschuldigt. Wenn er eingeweiht gewesen wäre, hätte er gesagt: «Weg mit dem Mann!»

An eine Regierungskrise dachte zunächst niemand. Doch bald ergaben sich zwei peinliche Umstände: Guillaume hatte während eines Kanzlerurlaubes in Norwegen Dokumente höchster Geheimhaltungsstufe in die Hand bekommen. Und auf Wahlkampfreisen mit dem Sonderzug war ausgerechnet er der persönliche Betreuer des Kanzlers gewesen, was ihm indiskrete Blicke hinter die Kulissen er-

möglichst hatte. Junge Journalistinnen, glühende Bewunderer des Kanzlers, waren zu später Stunde in seine separaten Räume gekommen, und er nahm sich auffallend viel Zeit für die Damen.

In einer internen Dienstbesprechung konstatierte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz: «Wenn Guillaume diese pikanten Details in der Hauptverhandlung aufischt, sind Bundesregierung



Bundeskanzler Willy Brandt und sein Mitarbeiter Günter Guillaume, der am 24. April 1974 als Spion enttarnt wird.

und Bundesrepublik blamiert bis auf die Knochen. Sagt er aber nichts, dann hat die Regierung der DDR ... ein Mittel, jedes Kabinett Brandt und die SPD zu demütigen.» Am 5. Mai, spät am Abend, schrieb Brandt sein Rücktrittsgesuch und datierte es auf den folgenden Tag. Er übernahm «die politische Verantwortung für Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agentenaffäre Guillaume».

An seine Stelle trat Helmut Schmidt. Damit war die Regierungskrise überwunden. Die Bundesrepublik hatte wieder einen starken Kanzler.

Auch in den Zeiss-Betrieben gab es viele Verehrer Brandts, übrigens in Oberkochen ebenso wie in Jena. Dazu zählte auch der langjährige Betriebsratsvorsitzende in Oberkochen. Heinz Martin hatte Willy Brandt, als er noch Regierender Bürgermeister und Kanzlerkandidat war, zu einem Besuch in die Firma eingeladen, und Brandt war auch tatsächlich gekommen. «Küp war nicht ablehnend», erinnert sich Martin, «aber von Begeisterung keine Spur.» In Jena gehörte Gerd Schuchardt zu den Verehrern. Bei jeder Wahlsendung drückte er vor dem Fernseher den Sozialdemokraten die Daumen.

Noch lange wurden in Presse und Öffentlichkeit die verschiedenen Aspekte des Rücktritts diskutiert. Dazu gehörte die Rolle Herbert Wehners, das letzte Gespräch mit den Vertrauten in Bad Münstereifel und natürlich das «melancholisch-liebevolle Verhältnis eines Sechzigjährigen zu den Frauen», wie es Carola Stern ausgedrückt hat. Grosses Interesse fand auch die Enttarnung des Spions. Die Abwehrspezialisten hatten den von der Staatssicherheit benutzten Code entschlüsselt und konnten die Funkprüche aus der DDR mitlesen:

Der vom Anfang Februar stammende Geburtstagsglückwunsch an «Georg» passte zu Günter Guillaume, der am 1. Februar Geburtstag hatte. Der am 4. Oktober abgesandte «Glückwunsch für Chr.» verwies gleich in zweifacher Hinsicht auf Guillaumes Ehefrau. Sie hiess mit Vornamen Christel, und sie hatte am 6. Oktober Geburtstag.²

Zwei Jahre später gelang es dem Bundeskriminalamt, auch in Oberkochen einen Spion zu fassen. Der Ermittlungsführer war übrigens ein Kriminalhauptkommissar, der schon bei der Verhaftung von Christel Guillaume mitgewirkt hatte. Der Zeiss-Ingenieur Gunther Böker wird den Tag nie vergessen.

Als Mitarbeiter der Zentralen Prüfabteilung war er zuständig für die Endabnahme aller Geräte, die das Haus verliessen. Die Firma hatte einen grossen Ruf für die Qualität ihrer Erzeugnisse, – die Abteilung war also sozusagen der Garant für den guten Namen «Zeiss».

Es war der 2. Juni 1976. Am späten Nachmittag erhielt Gunther Böker einen Anruf von Dr. Hans Richard Weinheimer, sofort zu ihm in den Bau 5 zu kommen. Weinheimer war damals der Entwicklungsleiter für die sogenannte «Sonderoptik». Hier wurden Militärgeräte für die Bundeswehr und die NATO-Staaten entwickelt und gebaut. Böker war gerade in einer Besprechung mit Kollegen der Firma Anschütz, die er noch zu Ende führen musste. Nach etwa einer Stunde kam ein zweiter Anruf aus der Sonderoptik. Es sei ganz dringend. Vor dem Bau 5 kam ihm schon Weinheimer entgegen und führte ihn in das Besprechungszimmer.

Da sassen ein paar Herren, die sich als Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes, des Landeskriminalamtes und der Kriminalpolizei Aalen vorstellten. Später schrieben die Zeitungen, die Beamten seien in Autos mit Bonner Kennzeichen zur Firma gekommen. Das stimmt nicht. Die Herren benutzten unauffällige Wagen mit Aalener und Stuttgarter Nummern.

Es ging um das Nachtzielgerät «Orion 80». Die Beamten legten Photographien von Konstruktionszeichnungen und Besprechungsprotokollen vor. Böker sah sofort, dass die Vorlagen aus seinem Besitz stammen mussten. «Ich brauchte zehn Minuten. Dann war mir klar, dass ich unter Verdacht stand.»

«Können Sie sich vorstellen», fragte ihn der Kriminalhauptkommissar, «wie diese Photographien in unseren Besitz gelangt sind?» Böker schüttelte den Kopf. Der Spion hatte jeweils vier Seiten nebeneinandergelegt und fotografiert. In einigen Fällen waren es nur drei Seiten, und da konnte man die Tischdecke erkennen, auf der die Zeichnungen gelegen hatten. «Wer hat Zugang zu Ihren Dokumenten?» Böker nannte vier Mitarbeiter, auch sich selbst, die in erster Linie als Täter in Frage kamen. Dann wurde er mit der Mahnung

entlassen, mit keinem Menschen, auch nicht mit seiner Frau, über das Thema zu sprechen.

In der Nacht konnte Böker nicht schlafen. «Wer war das Schwein?» Am nächsten Vormittag erfuhr er durch einen Anruf des Bundeskriminalamtes: «Wir kommen um halb zwölf und nehmen eine Verhaftung vor. Bitte verhalten Sie sich unauffällig.» Zur angegebenen Zeit erschienen die vier Herren in der Abteilung und verschwanden im Büro des Chefs. Nach ein paar Minuten hörten sie über die Sprechanlage die Stimme von Wolfgang Spitzner: «Herr Klopffleisch bitte in mein Büro.» Erich Klopffleisch war der engste Mitarbeiter Bökers. Die beiden saßen an ihren Schreibtischen einander gegenüber.

Nach ein paar Minuten kamen die Herren aus dem Büro. Klopffleisch wurde auf beiden Seiten von einem Beamten eskortiert.

Wie die Zeissianer erfuhren, hatte das Bundeskriminalamt zwei Tage zuvor, am 1. Juni 1976, mit einem Schläge 14 aus der DDR eingeschleuste Illegale enttarnt. Die unter falschem Namen in der Bundesrepublik lebenden Agenten waren nach einer neuen Methode, der «Aktion Anmeldung», aufgestöbert worden. Unter diesen 14 Agenten befand sich ein in Korntal bei Stuttgart lebendes Ehepaar. In ihrer Wohnung hatten die Kriminalbeamten die Konstruktionszeichnungen des bei Carl Zeiss Oberkochen entwickelten Nachtzielgerätes «Orion 80» gefunden. Daraufhin waren sie auf schnellstem Wege zur Firma gekommen.

In der Nacht zuvor hatten die Beamten Wohnung und Kellerabteil der Korntaler Residenten auf den Kopf gestellt und nach Hinweisen auf die vier Zeiss-Mitarbeiter gesucht. Im Notizbuch des Führungsoffiziers entdeckten sie das Wort «Langert». Klopffleisch wohnte in Oberkochen in der Langertstrasse 36. Auf einem Zettel waren ein paar Zahlen notiert, Einkaufspreise wie es schien. Wenn man die eine Zahl rückwärts las, erhielt man die Telefonnummer des Ehepaares Klopffleisch in Oberkochen.

Wie sich herausstellte, hatte Klopffleisch die Konstruktionszeichnungen des Nachtzielgerätes in seiner Wohnung photographiert. Den Stoss von 58 Photographien hatte er erst kurz zuvor, am 30. Mai, zusammen mit anderem Material, einer Bildverstärkerröhre und Angaben über die Umsätze der Oberkochener Firma, seinem Führungsoffizier bei einem konspirativen Treffen in Schwäbisch Gmünd übergeben.

Die Verteidigung übernahm ein Anwalt aus einer bekannten Münchener Sozietät, der dem Spion riet, die Aussage zu verweigern. So konnte man ihm nur «Orion 80» nachweisen. Kenner glaubten, dass der Anwalt vom Ministerium für Staatssicherheit beauftragt worden war.

Aus dem Verfassungsschutzbericht geht hervor, dass in diesem Jahr 1976 insgesamt 33 DDR-Agenten aufgespürt worden waren, 37 weitere hatten sich noch rechtzeitig absetzen können:

Überwiegend erfolgte die Flucht nach den für den Notfall erteilten Weisungen: die Agenten traten kurzfristig angesetzte Wochenendreisen an. Die Eheleute M., die sämtliche Kleidungsstücke, Wertsachen und Schreibmaschine einpackten, verabschiedeten sich unter Tränen von der Nachbarin mit dem Hinweis, die Wohnungseinrichtung könne übernommen werden, wenn ihnen im Urlaub etwas zustosse ... Eine Reihe weiterer Fluchtfälle wurde erst durch Hinweise aufmerksamer Nachbarn bekannt; ihnen waren Möbelwagen aus der «Hauptstadt der DDR» oder Karl-Marx-Stadt vor Wohnungen ihrer Nachbarn, die sie im Urlaub glaubten, aufgefallen.³

Der Fall Klopffleisch wurde Anfang des Jahres 1978 in Stuttgart-Stammheim vor dem V. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Stuttgart verhandelt. «Moralisch kann ich mich nicht schuldig fühlen», erklärte Erich Klopffleisch. «Ich bin der Ansicht, dass man Deutschland nicht trennen kann. Die Firmen Zeiss in der DDR und Zeiss in

der Bundesrepublik gehören zusammen.» Klopffleisch erhielt drei Jahre Gefängnis, kam aber schon nach zwei Jahren wegen guter Führung frei. Noch vor Ablauf der Bewährungsfrist siedelte er in die DDR über, worauf der Haftbefehl wieder in Kraft gesetzt wurde. Er erhielt einen Arbeitsplatz beim VEB Carl Zeiss Jena. Im U-Betrieb war er mit der technischen Dokumentation beschäftigt.

Gunther Böker hat noch oft an seinen früheren Mitarbeiter denken müssen. Klopffleisch besass ein bemerkenswert gutes Gedächtnis. Bei der Vorführung neuer Geräte brauchte er sich keine Notizen zu machen und lieferte doch eine tadellose Beschreibung. Ebenso wie der Kanzleramtsspion Guillaume war auch Klopffleisch ein gefälliger Kollege, der keiner Arbeit aus dem Wege ging. Bei Betriebsausflügen und Festen hat er bei den Vorbereitungen geholfen und klaglos seine Freizeit geopfert.

Besonders erstaunlich aber: Über die DDR hatte Klopf – fleisch abfällig gesprochen. Wahrscheinlich brauchte er sich nicht einmal zu verstellen. Er war im thüringischen Ilmenau selbständiger Optikermeister gewesen, wurde wegen angeblicher Steuerhinterziehung enteignet und mit Gefängnis bestraft. Wahrscheinlich hatte man ihn dort für die Staatssicherheit verpflichtet.

Der Spionagefall war nicht ungefährlich für den guten Ruf der Oberkochener Firma. Vielleicht erleichterten es die vielfachen Verflechtungen mit Zeiss Jena, Spione einzuschleusen. In einem Interview mit der *Aalener Volkszeitung* bemühte sich Vorstandsmitglied Horst Skoludek um Schadensbegrenzung. Heute sei kein Betrieb «gegen das Eindringen solcher Elemente gefeit». Das Sicherheitsrisiko in Oberkochen sei «nicht grösser als anderswo auch».

«War Klopffleisch der einzige Spion, den die Stasi nach Oberkochen geschickt hat?» «Der einzige, den wir entdeckt haben», sagt Skoludek: «Vielleicht gab es noch zwei oder drei andere. Der VEB interessierte sich immer für unsere Entwicklungen.» Das stimmt. Aus einer Meldung der Stasi-Bezirksverwaltung Dresden geht her-

vor, dass «Bedarf an verdichteten Hinweisen» auf Physiker, Ingenieure und Sekretärinnen bei Carl Zeiss Oberkochen, Schott und Genossen Mainz und einigen anderen namentlich genannten Firmen bestand. Schon im Jahre 1956 hatte der Geheime Mitarbeiter «Sonne» einen entsprechenden Auftrag erhalten. Er fuhr zur Physikertagung nach München, wo er mit der Leitung einer Ausstellung physikalischer Instrumente betraut war.

Ist in München das kapitalistische Unternehmen Carl Zeiss Oberkochen vertreten? Wenn ja, welche Erzeugnisse wurden von CZ Oberkochen angeboten, welche Neuentwicklungen waren darunter, sind unsere Erzeugnisse denselben gegenüber konkurrenzfähig? Aus welchen Personen setzt sich das Standpersonal von CZ Oberkochen zusammen? Welche Kontaktaufnahmen zwischen dem Standpersonal von Jena und Oberkochen wurden festgestellt? (Nach Möglichkeit Namen und Anschrift dieser Personen festhalten.)⁴

Die Beschaffung von Informationen aus dem «Operationsgebiet», d.h. aus der Bundesrepublik und Westberlin, war aber nur ein Teil der Aufgaben des MfS. Als nicht minder wichtig erachtete die Stasi die «politisch-operative Sicherung» der eigenen Volkswirtschaft. Aus den Unterlagen des MfS geht hervor, dass der Volkseigene Betrieb grosse Sorgen hatte, seinerseits vom «Konzern Opton Oberkochen» ausgeforscht zu werden.

Der Konzern Opton Oberkochen ist auf Grund seiner Stellung, seines Produktionsprogrammes und seines Auftretens als eine aktive Position des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus anzusehen. Dieser Aufgabe kann er aber nur im Bündnis mit dem westdeutschen Geheimdienst gerecht werden, was seine besondere Gefährlichkeit charakterisiert. Das Kombinat Carl Zeiss Jena ... bildet die Hauptangriffsrichtung für den Konzern Opton Oberkochen.⁵

Die neue Ostpolitik erschwerte, wie die Stasi glaubte, die Abschirmung. Ausdrücklich wies die Objektdienststelle darauf hin, «dass die Leitung von Oberkochen die derzeitige westdeutsche SPD-Politik der Konvergenz und den «Wandel durch Annäherung* sich zu eigen gemacht hat». Oberkochen sammle, meinte die Stasi, gezielt Informationen über den Volkseigenen Betrieb in Jena. Natürlich bediene sich Oberkochen dabei des Bundesnachrichtendienstes. Anders konnten es sich die Herren nicht vorstellen. Dabei war das Zusammenspiel zwischen Industrie und Geheimdienst ein Spezifikum im Ostblock. Das gab es im Westen nicht.

Um die vermeintliche «gegnerische Kontaktpolitik» zu konterkarieren, lieferte die Objektdienststelle im Jahre 1972 eine Aufstellung aller ihr bekannt gewordenen Kontakte zwischen den Mitarbeitern der beiden Unternehmen. Insgesamt wurden von der Stasi 82 «Kontakthandlungen» registriert. Fast immer handelte es sich um die Fachleute des gleichen Gebietes, z.B. der Planetarien, der Objektiventwicklung, des Bildmesswesens oder der geodätischen Instrumente. Zum Teil hatten die Herren früher in Jena als Kollegen zusammengearbeitet. Die Liste beginnt mit Dr. Hans Beck, seit 1969 der Abschnittsleiter der Astro-Entwicklung im VEB, der auf den einschlägigen Tagungen Worte mit Dr. Hans Übelacker gewechselt hatte, dem technischen Leiter der Abteilung Planetarien in Oberkochen. Es folgt Wolf Dannberg, der Abteilungsleiter Foto- und Objektiventwicklung in Jena, der Kontakte mit Dr. Walter Lang hatte, dem Leiter der Photoabteilung in Oberkochen, und mit Dr. Erhard Glatzel, einem Mitarbeiter der Objektiventwicklung. Auch die Gespräche zwischen den Rechtsvertretern der beiden Unternehmen, Rudolf Reichrath (Jena) und Walter David (Oberkochen) waren aktenkundig.

Bei den bereits genannten 82 Kontakthandlungen zwischen Vertretern des VEB Carl Zeiss Jena und Oberkochen konnte festgestellt werden, dass der überwiegende Teil auf NSW-Reisekader

des VEB fällt. Hervorzuheben ist hierbei der überaus hohe Prozentsatz von technischen Kaufleuten. Auffallend ist ausserdem, dass die Verbindungsaufnahme schwerpunktmässig erfolgt bei ACHEMA in Frankfurt/Main
Fotokina in Köln
GEO in Wiesbaden
Reisen in die sozialistischen Länder, insbesondere in die CSSR.⁶

Der VEB Carl Zeiss Jena beteiligte sich in jedem Jahr an etwa 130 internationalen Messen, Ausstellungen, Fachtagungen und Symposien mit Delegationen zwischen fünf und dreissig Mitarbeitern. Zu den Schwerpunkt-messen in Leipzig kamen zwischen 100 und 300 Mitarbeiter. Seit den achtziger Jahren besass der Volkseigene Betrieb in Leipzig eine eigene repräsentative Messehalle mit grossen Ausstellungsflächen, Büros für die Mitarbeiter des Volkseigenen Betriebes und des «Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik» sowie Sälen für Pressekonferenzen. Hier konnte man auch viele westdeutsche Politiker und Journalisten treffen.

Angestellte von Carl Zeiss Oberkochen erzählen übereinstimmend, dass sie – wenn sie sich den Mitarbeitern des Volkseigenen Betriebes zu erkennen gaben – ausgesprochen kühl behandelt wurden. Die Genossen waren überzeugt, «dass der Feind in Gestalt von Personen aus dem Konkurrenzbetrieb Oberkochen und ihren Tochtergesellschaften raffiniert gegen uns vorgeht». Entsprechend wurde der IM-Einsatz organisiert, «um den zu erwartenden gegnerischen Angriff rechtzeitig zu erkennen und entsprechende politischoperative Massnahmen einzuleiten».

Gab es auch für die Oberkochener offizielle Verhaltensregeln? Nein. Wenn ein Mitarbeiter gefragt hat, sagte ihm Skoludek: «Wir haben keine Geheimnisse. Seien Sie trotzdem vorsichtig mit dem Gang auf den Zeiss Jena-Stand. Sie bringen die Leute in Schwierigkeiten. Bleiben Sie sachlich, bei der Technik, und fangen Sie nicht

an, über die Verwandtschaft in Jena oder über Politik zu diskutieren.»

Nichts war normal zwischen den beiden deutschen Staaten. Wenn internationale Tagungen in einem Ostblockland stattfanden, konnte man davon ausgehen, dass es auf den Schildern und in den Kongressunterlagen nie korrekt «Bundesrepublik Deutschland» hiess, sondern «Deutsche Bundesrepublik» oder BRD. Für die Funktionäre war «Deutschland» ein Unwort. Das verkrampfte Verhältnis hat der Schriftsteller Horst Krüger treffend karikiert, als er 1975 die «Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland» in Ostberlin am Oranienburger Tor besuchte: «Es ist eine frühere Fabrik, die die DDR für die Bundesrepublik ausbauen liess. Die Fassaden sind weiss getüncht. Das Weiss hebt sich deutlich ab vom Grau rundum.» Nach Abschluss des Grundlagenvertrages hatten die Bundesrepublik und die DDR am Regierungssitz des anderen deutschen Staates diplomatische Vertretungen errichtet, die (auf Verlangen der Bundesrepublik) jedoch nicht «Botschaften» heissen durften.

Zwei Mercedes parken korrekt vor dem Eingang. Ein Hauch von Westwelt ist plötzlich zu riechen. Schwer zu sagen, was das ist: Gelassenheit und Selbstsicherheit, ein lockerer Wohlstandsgeruch, der sich bewusst unaufdringlich, bescheiden gibt ... Jetzt dieses Haus. So harmlos, so normal ist es nicht, wie es sich gibt. Es tut so, aber ist es nicht ... Wieviel musste ausgeklammert werden zwischen den Deutschen, bis dieses Haus stand, wie es nun steht? ... Von aussen gesehen, gehen die Ost-Berliner hier vorbei, wie wenn sie nichts sähen. Keiner blickt auf das grosse gelbe Schild; keiner wirft einen Blick auf die beiden Mercedes. Oder doch? Die Szene wirkt unheimlich normal. Oder trügt sie? Ich dachte: Das hast du schon einmal gesehen irgendwo. Wo denn? Später fiel es mir ein: Hier geht man fast wie auf Sylt am Nacktbadestrand: scheinbar ganz unbetroffen, wie selbstverständlich scheinbar.⁷

Im Frühjahr 1984 wurde die Ständige Vertretung Schauplatz dramatischer Ereignisse. Innerhalb von wenigen Wochen suchten hier 59 DDR-Bürger Schutz und erklärten, das Haus nur mit einer Ausreisegenehmigung wieder verlassen zu wollen.

Am 22. Juni wurde ein Passant, der die Ständige Vertretung besuchen wollte, von Volkspolizisten vor dem Gebäude brutal zusammengeschlagen und abgeführt. Vier Tage später überschüttete sich ein DDR-Bewohner auf der Strasse vor dem Amt mit Benzin und versuchte, sich zu verbrennen. Nur den beherzten Eingriffen von Mitarbeitern der Vertretung war es zu verdanken, dass der Mann nicht ernsthaft Schaden nahm.⁸

Über die Botschaftsflüchtlinge verhandelten für die Bundesrepublik Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Innerdeutschen Ministerium und für die DDR Rechtsanwalt Wolfgang Vogel. Sie schlossen eine Vereinbarung, die sogar von Erich Honecker abgezeichnet wurde. Eine direkte Ausreise nach Westberlin konnte Rehlinger für die Flüchtlinge nicht durchsetzen. Sie mussten in die DDR zurückkehren, erhielten jedoch die Zusage, innerhalb einer relativ kurzen Zeit ausreisen zu dürfen.

Dass die DDR ihre Zusagen einhalten würde, daran hegte ich nicht den geringsten Zweifel. Die Absprache, schriftlich fixiert, war eindeutig, und einmal Vereinbartes war von der DDR stets strikt beachtet worden. In den innerdeutschen Beziehungen ging es seriös zu.⁹

Die DDR war in einer sehr merkwürdigen Weise auf die Bundesrepublik fixiert. Die Funktionäre fühlten ständig das Bedürfnis, den westlichen Nachbarn zu attackieren und sich von ihm abzugrenzen. «Abgrenzung und Fixierung», so hat ein Historiker gesagt, «gehörten geradezu zu den konstitutiven Merkmalen dieses Staates.»

Abgrenzung und Fixierung kennzeichneten auch das Kombinat in Jena in seinem Verhältnis zum Oberkochener Unternehmen. Ein Zusammenspiel der Oberkochener mit dem Bundesnachrichtendienst zum Schaden des Volkseigenen Betriebes (wie in dem zitierten Stasi-Dokument behauptet) gehört zu den Wahnvorstellungen von SED-Funktionären. Worum sich die Oberkochener allerdings bemühten, war, die Konkurrenten in der Qualität der Produkte und im Preis/Leistungsverhältnis zu übertreffen. Es gab wenig Geschäftsfelder, auf denen sie das Kombinat fürchteten.

Das bestätigen auch die Stasi-Berichte. So wird 1974 die Optik-Entwicklung im Kombinat als konzeptionslos bezeichnet, während «Opton/Oberkochen mit Neuentwicklungen auf den Markt gekommen» sei. Weiter heisst es:

Nach Einschätzungen ist die bisher im Allgemeinen als Weltspitze betrachtete Optik-Technologie im VEB Carl Zeiss JENA total veraltet, verkompliziert und unwirksam. Den jetzigen Stand von Oberkochen auf dem Gebiet der quantitativen Mikroskopie will Carl Zeiss Jena, laut Perspektivplan, im Jahre 1980 erreichen.¹⁰

Die Nase vorn hatte das Kombinat im Bau von Planetarien. Den Jenseitern gelang es, einen Vertrag über die Lieferung eines Grossplanetariums nach Edmonton in Kanada abzuschliessen, und das «trotz starker Aktivitäten und Einflussnahme durch Opton Oberkochen», wie es bei der Stasi hiess. Nach dem Londoner Abkommen gehörte Kanada zu den Koexistenzländern, in denen auch der Volkseigene Betrieb unter dem Namen Carl Zeiss auftreten durfte, freilich mit «unterscheidungskräftigen Zusätzen». Das Kombinat musste als Namenszusatz «VEB» und «Jena» verwenden.

Die Oberkochener erklärten den Erfolg des ungeliebten Bruders mit den mangelnden Geographiekennntnissen der Kanadier. Der Jenseiter Wilfried Lang widerspricht dieser Interpretation. Er ist heute der Leiter des Geschäftsfeldes Planetarien im Gesamtkonzern: «Die

Kanadier wussten schon genau, mit wem sie es zu tun hatten! Sie haben sich ganz klar aufgrund des Umgangs mit dem Kunden und der Technik für Carl Zeiss Jena entschieden.»

Bei der Abwicklung des Auftrages gab es Verzögerungen. Mit Missvergnügen registrierte die Staatssicherheit, «dass Opton Oberkochen über genaue Informationen zum Stand der Arbeiten am Grossplanetarium verfügt». Wie hätten die Oberkochener sonst die Auftraggeber in Edmonton darüber informieren können, «dass der VEB GZ Jena nicht in der Lage wäre, seinen vertraglichen Vereinbarungen über die Lieferung eines Grossplanetariums nachzukommen».

Wie dies nun auch in Edmonton gewesen sein mag: Verwechslungen hat es natürlich immer wieder gegeben. Einmal tauchte – es war 1981 – ein Afrikaner aus Somalia in Oberkochen auf, der in die Pflege und Reparatur von Sekunden-Theodoliten (höchst anspruchsvollen Instrumenten) eingewiesen werden wollte. Die ihm gezeigten Messgeräte wurden von ihm aber als nicht die richtigen abgelehnt. Schliesslich stellte sich heraus, dass er die Schulung an Jenenser Instrumenten suchte. Der zuständige Abteilungsleiter schaltete die Botschaft von Somalia ein und kümmerte sich darum, dass der Kollege richtig nach Jena kam.

Die Londoner Vereinbarung steckte nur den grossen Rahmen ab. Für viele konkrete Einzelfragen mussten erst noch einvernehmliche Lösungen gefunden werden. Anfang August 1974 kam es zu einer ersten persönlichen Begegnung der Juristen. Wie zwischen der Bundesrepublik und der DDR spielten auch zwischen den beiden Firmen Prestigefragen eine grosse Rolle. Der VEB wollte die Aussprache unbedingt in der DDR durchführen. Reichrath bat David um die entsprechenden Personalangaben, damit der VEB eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen könne.

Dieses erste Treffen fand aber dann doch im Westen statt und zwar in München. Es endete damit, dass Reichrath auf der Rückfahrt mit seinem privaten PKW eine Panne erlitt und zur Grenze abgeschleppt

werden musste. Der erste Gegenbesuch Davids in der DDR folgte drei Jahre später.

Am 19. Juni 1977, einem regnerischen Sonntag, fuhren Walter David und Franz Schneider im Dienstwagen nach Thüringen. Am Steuer sass Direktionsfahrer Hans Niess. Als noch die Prozesse mit dem VEB liefen, hatte er David oft nach München gebracht, zu Professor Ernst Steindorff, einem Experten für internationales Wirtschaftsrecht.

Von Nürnberg ging es über die wenig befahrene Autobahn bis zum Grenzübergang Hirschberg-Rudolphstein. Ab und zu sahen sie durch den Regen Autos mit Berliner Kennzeichen. Walter David dachte an Jena. Dreissig Jahre zuvor war er zum letzten Mal in der alten Heimat gewesen. Er nahm sich vor, seine Erlebnisse auf dieser «Reise nach Hause» zur späteren Erinnerung für sich und seine Familie aufzuschreiben:

In Regenschleiern rollen wir, das Tempo gedrosselt, auf die Grenzbrücke. Posten, Wachtürme, Gewehre. Ein dicker Strich, quer über die Brücke gezogen. Wir sind in der DDR. Kontrollen. Die erste, die zweite, die dritte. «Die Babiere für Schneider und Niess sind da, aber nich Ihre ... Fahr'n Se mal hier nach lings und bleim Se schteh'n.»¹¹

Der Fall wurde geprüft. Die Herren warteten in einer Baracke und hatten viel Zeit, die Plakate und die altbackenen Parolen zu studieren. Dann gingen sie nach draussen. Die Berliner Autos wurden, wie sie beobachteten, zügig abgefertigt. Der Vertrag über den Transitverkehr bewährte sich.

Nach fast zwei Stunden taucht unser Dienstgrad wieder auf, nicht ganz so finster wie zuvor. «Wir lass'n Se ausnahmsweise ohne Babiere in die DDR einfahr'n. Aber das darf nicht zur Gewohnheid wer'n!»¹²

In Jena war noch Zeit für einen kurzen Besuch bei der alten Mutter und der Schwester. Die Mitarbeiter hatten sich diskret zurückgezo-

gen. Dann ging es weiter durch das Mühlthal nach Weimar.

Wir fragen uns durch zum Hotel «Elephant». Sofort umringen einige Jungen den Mercedes, fragen wissbegierig, sachkundig. Wollen Aufkleber mit dem «Stern auf allen Strassen»... Für mich ist ein grosses Zimmer reserviert, ein Appartement mit Bad, Radio, Fernsehen.¹³

Wie aus den Akten der Staatssicherheit hervorgeht, war fristgerecht ein sogenannter «B-Auftrag» ergangen. Alle Gespräche, die David in seinem Appartement führte, wurden auf gezeichnet. Die Auswertung sollte sich auf folgende Fragen konzentrieren:

Gibt es Hinweise, dass Dr. David versucht, seine Gesprächspartner zu korrumpieren? Welche privaten Festlegungen zwischen Dr. David und Dr. Reichrath werden eventuell getroffen? ... Welche ausserdienstlichen Kontaktbestrebungen des Dr. David werden bekannt? Nehmen die Personen Müller, Rudolf (genannt Rumü) und Büttner, Kurt zu Dr. David Verbindungen auf?¹⁴

David kannte die Praktiken des MfS und war vorsichtig. Die Abhöraktion ergab lediglich, dass David «zeitweise Fernsehapparat bzw. Radio laufen» hatte, grösstenteils «Programme von BRD-Sendern»: «Operativ wichtige Hinweise konnten nicht erarbeitet werden.»

Das Hotel «Elephant» wirkte noch immer gepflegt. Die biedermeierliche Behaglichkeit freilich gab es nicht mehr, die Thomas Mann in seinem Roman «Lotte in Weimar» umständlich-liebevoll beschrieben hatte. Auf Wunsch Adolf Hitlers war der 300 Jahre alte Gasthof in ein monumentales Palais umgebaut worden. Der Justitiar war zum letzten Mal 1944 im «Elephant» gewesen. Er erinnerte sich an ein grosses Führerbild. Jetzt hing hier ein grosses Bild des Staats-

ratsvorsitzenden Erich Honecker. Im «Elephant» fanden auch die Besprechungen mit den Kollegen und Kontrahenten aus dem Volkseigenen Betrieb statt. David rechnete mit «Wanzen» und mahnte seinen Mitarbeiter, mit privaten Äusserungen zurückhaltend zu sein.

Reichrath und sein designierter Nachfolger Werner Gross hatten wenig Verhandlungsspielraum. In einer internen Dienstanweisung waren ihre Positionen genau festgelegt. So hiess es zum immer noch anhängigen französischen Prozess: «Die Vorstellungen der Gegenseite sind entgegenzunehmen. Eigene Vorstellungen sind nicht mitzuteilen.» In der Hauptsache ging es darum, die konkrete Anwendung des Londoner Abkommens einvernehmlich zu regeln. So sollten etwa die einschlägigen britischen Dokumente ausserhalb Grossbritanniens nicht verwendet werden dürfen. In Ländern wie Irland, Nigeria, Ghana, Pakistan und Bangla Desh war aber, wie sich herausstellte, die Warenzeichenurkunde Grossbritanniens Voraussetzung für die Registrierung. Das Mutterland besass in seinen früheren Kolonien und Dominien immer noch grossen geistig-kulturellen Einfluss.

Die Verhandlungen nahmen nur einen Tag in Anspruch. Danach fuhr David nach Jena und blieb bis zum Wochenende im Elternhaus:

In der Stadt und an der Saale, auf dem Fuchsturm und dem Schlachtfeld von 1806 suche ich verlorene Spuren. Vieles finde ich wieder, verändert zuweilen, nicht verwandelt. Als ich die alte gute Johannisstrasse von der Stadtkirche her wiedersehen will, ... stockt mir der Atem ... In eine Wüste der Zerstörung ist ein Koloss gesetzt, der das gedemütigte Stadtbild vollends erschlägt. Ein babylonischer Turm, 135m hoch, thront, einem verlegenen Riesen gleich, über dem, was war. Ein kleiner Lichtblick: Das Haus «Rose», eine Gaststätte von Tradition, ist wieder hergerichtet, neu verputzt und bemalt in rosa Farbe.¹⁵

Die Rückfahrt am 24. Juni verlief problemlos. In wenigen Minuten hatten sie die Kontrollen hinter sich. David warf einen letzten Blick auf die monströse Sperranlage: «Hier wurde im letzten Jahr der italienische Lastwagenfahrer Benito Corghi erschossen.»

Im folgenden Jahr trafen sich die Juristen in Frankfurt. 1979 kam David wieder nach Thüringen zur nächsten Verhandlungsrunde. Vor dem «Elephant» war der Wagen erneut Objekt grosser Neugierde. Als David seinen Blick über die aufgeweckten Burschen gleiten liess, sah er in etwa dreissig Meter Entfernung einen Mann, der ihm durch sein betont zur Schau getragenes Desinteresse auffiel.

An der Rezeption gab es einen Disput. David hatte sich ausdrücklich das gleiche Appartement wie 1977 reservieren lassen, und nun sollte es trotz Bestätigung doch ein anderes sein. Nach der Besichtigung bestand David auf seinem Wunsch. Als er mit dem Portier noch einmal in das Zimmer kam, um das Gepäck zu holen, sah er wieder den kleinen untersetzten Mann, der ihm auf der Strasse aufgefallen war. Er verliess gerade das gegenüberliegende Zimmer. Noch zwei Mal traf er seinen Schatten und wusste, dass es die Staatssicherheit auch diesmal nicht an der gebührenden Aufmerksamkeit fehlen liess.

Zu diesem zweiten Besuch in Jena gehört eine Vorladung ins Rathaus. Dass wieder die Stasi dahintersteckte, schloss David aus den Fragen nach seiner Herkunft und seinem Freundes- und Bekanntenkreis am Ort. David war gebürtiger Jenenser und hatte hier studiert. Seine Kontakte nach Jena machten ihn in den Augen der «Firma» besonders gefährlich.

Im SED-Zentralkomitee und im DDR-Ministerrat bestanden erhebliche Bedenken gegen den Grundlagenvertrag und vor allem gegen die vereinbarten Reiseerleichterungen. Angesichts der «massenhaften Begegnung von Menschen gegensätzlicher Weltanschauungen und Lebensweisen» sei «höchste Klassenwachsamkeit» erforderlich. Aus einer «streng geheimen» Aufzeichnung von 1975 geht

hervor, dass dem Ministerium für Staatssicherheit die zahlreichen Kontakte der Oberkochener Mitarbeiter nach Jena grosse Sorgen bereiteten. Oberkochen sei bemüht, «jede sich bietende Möglichkeit zur Herstellung persönlicher Kontakte zu nutzen». Deshalb sollten alle PKW erfasst werden, «die aus dem Kreis Aalen in die DDR einreisen».

In der Vergangenheit konzentrierte sich das Pseudounternehmen Oberkochen auf die Herstellung von Kontakten auf Leitungsebene ... In der gegenwärtigen Phase konzentrieren sich die Kontakte verstärkt auf die Ebene Mitarbeiter zu Mitarbeiter. Zu den Messen in Hannover und Leipzig wurde ein Ansteigen der Kontaktversuche zu Jenaer Mitarbeitern beobachtet ... Ausgebaut bzw. aktiviert wurden in der letzten Zeit [auch] die bestehenden familiären Kontakte und Verbindungen. Allein zu Pfingsten 1975 reisten ca. 4'000 BRD-Bürger in das Kreisgebiet Jena ein.¹⁶

Bei Walter David bissen die Herren der Staatssicherheit auf Granit. Er konnte sich partout nicht erinnern. Namen fielen ihm schon gar nicht ein. Das «Organ» hatte Methoden entwickelt, verstockte Zeugen zum Reden zu bringen. Zum Bedauern der Herren konnten sie hier nicht angewandt werden. Nach der Befragung kaufte David auf dem Markt einen Schmuckteller, ein Produkt aus dem VEB Porzellan Kahla. Abgebildet war eine bunte Montgolfière, ein historischer Heissluftballon von 1783. Als David den Teller betrachtete, sah er zufällig den Beamten, der ihn gerade vernommen hatte. Er winkte ihn heran und zeigte ihm das gute Stück. Der Beamte ging, ohne ein Wort zu sagen, grinsend weiter. Kurz zuvor waren zwei Ehepaare aus dem thüringischen Pössneck mit einem selbstgebauten Heissluftballon über die Grenze nach Bayern geflohen und im oberfränkischen Naila gelandet.

Nach der spektakulären Flucht machte in der DDR eine Scherzfrage die Runde: Warum gehen die Volkspolizisten jetzt mit drei Mann auf Patrouille statt wie bisher mit zweien? Antwort: Weil einer stän-

dig den Himmel beobachten muss. An dem Ort, von dem der Ballon aufgestiegen war, stellte ein Witzbold ein Schild auf: «Flugzeit nach Naila 28 Minuten.» Wahrscheinlich haben auch die Polizisten geginst, die das Schild beseitigen mussten.

Wenn man es halbwegs geschickt anstellte, war Republikflucht bis 1961 fast immer erfolgreich. Nach dem Bau der Mauer wurde «r-Flucht», wie es in den Akten der Stasi heisst, zum Risiko. Aus den vorliegenden Zahlen ergibt sich, dass in den Jahren 1976 bis 1988 von insgesamt 67'000 Fluchtversuchen 38'000 scheiterten. Nur knapp die Hälfte (43 Prozent) verlief erfolgreich.

Ein grosses Abenteuer war die Flucht des dreissigjährigen Ostberliner Diplomingenieurs Georg Wagner. Am 31. August 1979 überquerte er mit seinem Paddelboot von der pommerschen Küste aus die Ostsee und erreichte nach 23 Stunden glücklich die nkm entfernte dänische Insel Bornholm. Er arbeitete später bei der Zeiss-Verkaufsniederlassung in Stockholm. Heute ist er bei der Firma als Vertriebsingenieur für Elektronenmikroskopie tätig und betreut insbesondere die neuen Bundesländer.

Von den Gerichten der DDR wurde «r-Flucht» mit mehreren Jahren Zuchthaus bestraft. 1963 kam es zum ersten Mal zum Freikauf von acht Häftlingen, für die von der Bundesregierung 340'000 DM bezahlt wurden. Bald gehörte der Menschenhandel zur gängigen Praxis. Die DDR hat Jahr für Jahr zwischen 1'000 und 1'500 Häftlinge vorzeitig in die Bundesrepublik entlassen, wofür 40'000 DM pro Häftling bezahlt wurden. Später erhöhte sich der Preis bis knapp 100'000 DM.

Im Zuchthaus Cottbus erzählten die Häftlinge, dass sich das Kopfgeld nach dem Ausbildungsstand bemesse, dass also für einen Akademiker erheblich mehr gezahlt werde als für einen Arbeiter. «Derlei Vermutungen entsprachen nicht der Wirklichkeit», sagt dazu Ludwig A. Rehlinger, der zuerst als Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium und dann als Senator in Berlin mit den Freikäufen befasst war.

Ein gestaffelter «Preis» ist nicht abgesprochen worden ... Das wäre unerträglich gewesen. Den «Wert» jedes einzelnen Häftlings in Münze umzurechnen, so weit konnte und durfte man sich nicht einlassen. Alles hat seine Grenze!¹⁷

Für die vereinbarten Summen lieferte die Bundesrepublik die von der DDR gewünschten Waren. Sie wurden zum Teil sofort von der «Kommerziellen Koordination» auf dem Weltmarkt weiterverkauft. Auch die «Gegenlieferungen» hatten sich perfekt eingespielt. Busse mit Ostberliner Kennzeichen holten die Häftlinge aus dem Sammel-lager in Karl-Marx-Stadt ab. Beim Durchfahren der innerdeutschen Grenze drückte der Fahrer auf einen Knopf, das Schild drehte sich, und es erschien eine Hanauer Zulassungsnummer. Ein Goldschmied aus dem Bezirk Leipzig, der im zweiten Bus sass und von seinen dreieinhalb Jahren Zuchthaus zwei hinter sich hatte, konnte dies genau beobachten.

Dessen Bruder, einem Erfurter Augenarzt, war die Flucht auf der Transitstrecke nach Wartha-Herleshausen gelungen. Freunde im Westen hatten dafür einer Fluchthilfeorganisation 50'000 DM bezahlt. All das war deutsch-deutsche Normalität.

KAPITEL 15

Die Staatssicherheit

Die ersten Anfänge hatte der Oberkochener Justitiar 1954 angeprangert. In einer Dokumentation über die Carl-Zeiss-Stiftung veröffentlichte David kommentarlos eine Dienstanweisung der Staatssicherheit über die Anwerbung von Spitzeln im Volkseigenen Betrieb Carl Zeiss. Seitdem war das Netz von inoffiziellen Mitarbeitern immer enger geknüpft worden.

Es gab verschiedene Kategorien, deren Funktionen intern genau definiert waren. Jeder IM erhielt einen eigenen Decknamen, den er sich im Allgemeinen selbst aussuchen konnte. Zum Bestand der Objektdienststelle Zeiss gehörten u.a. «Fritz Walter», «Klaus Fuchs», «Schiller», «Zander», «Sonne», «Veilchen» und «Resonator».

Durch die Berichte der inoffiziellen Mitarbeiter war die Stasi über die politische Einstellung der wichtigsten Führungskräfte, der «Kader», wie es auf DDR-deutsch hiess, gut informiert. So wusste sie, «dass Professor Görlich in seiner politischen Haltung zur DDR Schwankungen unterliegt und sich mehrmals negativ zur sozialistischen Entwicklung äusserte». Paul Görlich gehörte zu den Zeissianern, die 1946 in die Sowjetunion gebracht worden waren und nach ihrer Rückkehr als vermeintlich überzeugte Sozialisten Schlüsselpositionen im Werk erhalten hatten.

Misstrauen weckten vor allem seine intensiven Kontakte nach Westdeutschland und in die anderen kapitalistischen Länder. Für die Jahre 1953 bis 1968 klärte und dokumentierte die Staatssicherheit insgesamt 103 private und dienstliche Auslandsreisen. Ein informeller Mitarbeiter berichtete von einem Gespräch, das Görlich auf der

Interkama in Düsseldorf 1960 geführt hatte. Er klagte, «dass der Abstand der DDR zu Westdeutschland grösser geworden sei».

Er brachte zum Ausdruck, dass mit grossen Worten und Beschlüssen über sozialistische Brigaden oder über 50% Automatisierung nichts getan sei. Während im Westen ... jede kleinste Bude Welt-niveauerzeugnisse produziert (oder kaputt geht), würde bei uns ein müdes Tempo ohne Elan und nur mit Phrasen vom Weltniveau angeschlagen.¹

Auch auf einem Kongress in Ungarn drei Jahre später äusserte sich Görlich ausserordentlich kritisch über den Volkseigenen Betrieb:

Er als Direktor für Forschung und Entwicklung darf nur Forschungsarbeiten durchführen, die sich innerhalb von zwei Jahren in der Produktion niederschlagen ... Dieses Verfahren ist nach Meinung von Professor Görlich vollkommen ungenügend durchdacht.²

Schliesslich geriet Paul Görlich mit seiner Frau in den «dringenden Verdacht der Spionage». Und nun wandte die Stasi die gleichen schmutzigen Methoden an wie zuvor die gegen Werksdirektor Hugo Schrade. In der Wohnung, den Diensträumen im Werk und den Hotelzimmern, in denen er übernachtete, wurden seine Gespräche abgehört und der Tresor durchsucht. Sein Dienstmädchen und seine Sekretärin überwachten als inoffizielle Mitarbeiter alle seine Schritte. Bei der Sekretärin handelte es sich aparterweise um die gleiche Dame (IM «Veilchen»), die schon Hugo Schrade bespitzelt hatte.

Die Arbeit für die Stasi musste streng «konspirativ» erfolgen. Als der spätere IM «Michael» seinen Vorgesetzten im VEB über die Kontaktaufnahme informierte, verzichtete die Stasi auf seine Dienste. Erst nach zehn Jahren kam man wieder ins Gespräch. Der Betreffende war inzwischen (als zweiter Nachfolger Görlichs) Forschungs-

direktor geworden und brachte es später noch zum Stellvertretenden Generaldirektor. Er entschuldigte sich gegenüber der Stasi für den Fauxpas mit seiner «mangelnden Lebenserfahrung» von damals. Michael wurde belehrt, dass die Verpflichtung zur Geheimhaltung «auch bezüglich anderer staatlicher Organe und Parteiorgane sowie bezüglich beliebiger Dienstvorgesetzter» gelte.

Für den aussenstehenden Beobachter von heute wirkt es merkwürdig, wenn inoffizielle Mitarbeiter Abträgliches übereinander berichteten. Sie wussten nicht, dass der liebe Kollege ebenfalls im Dienste der «Firma» stand. So zweifelte «Heinz Straube», ob der jüngere Genosse in seiner Abteilung (bei der Stasi als IM «Günther» geführt) wirklich «auf dem Boden der Arbeiterklasse» stand.

1971 wurde ein weiterer inoffizieller Mitarbeiter in der Rechtsabteilung geworben. Das Hobby des Diplomjuristen war die Jagd, und deshalb wählte er die Tarnbezeichnung «Hubertus». Der neue IM sollte sogar «in der Perspektive zum IMV» qualifiziert werden, d.h. unmittelbar an der Entlarvung von «im Verdacht der Feindtätigkeit stehenden Personen» mitwirken. Das entscheidende Kontaktgespräch fand im Interhotel «Jena» in einem konspirativen Zimmer statt und dauerte fünf Stunden. Ausführlich besprochen wurden «Fragen der Konspiration, Verbindungsaufnahme und Pflichten eines inoffiziellen Mitarbeiters unseres Organs». Der neue IM berichtete über seine jetzigen und früheren Kollegen im VEB. Dabei stellte sich heraus, dass er immer noch mit einem ehemaligen Studienfreund in Verbindung stand, der Republikflucht begangen hatte. Dieser war inzwischen Assessor beim Amtsgericht in Wiesbaden geworden. Die Stasi wollte seine Adresse. Die Frage, wie der Studienkollege «auf eine Ansprache durch uns reagieren würde», blieb jedoch unbeantwortet.

Wie der Teufel für den sorgt, der ihm seine Seele verschreibt, kümmerte sich auch die Stasi um ihre Leute. Selbstverständlich be-

stätigte das «Organ» dem neuen Mitarbeiter seine Stellung als NSW-Reisekader, d.h. er durfte weiterhin Westreisen unternehmen.

Auf die Frage des Kandidaten, dass er daran interessiert sei, seinen jetzigen Arbeitsplatz zu behalten, wurde ihm geantwortet, dass wir sogar daran interessiert sind, dass seine betriebliche Position und Stellung gefestigt wird.³

Am 16. Dezember 1975 wurde bei einem konspirativen Treffen im Interhotel Gera ein neuer inoffizieller Mitarbeiter verpflichtet. Es handelte sich um den Entwicklungsleiter im Werk I, einen hervorragend beurteilten «Ingenieur mit weit überdurchschnittlichen Qualitäten». Er besass «auf Grund seiner führenden Tätigkeit im Kombinat eine Vielzahl Verbindungen» und rühmte sich gegenüber dem Oberleutnant der Stasi: «Nicht alle sind bei Carl Zeiss in der Lage, den Generaldirektor anzurufen, wann immer es notwendig ist.» In der Hierarchie des Kombinates stieg der neue IM bis zur Wende und danach weit nach oben. Weil auch er letztlich ein Opfer des Regimes geworden ist, wollen wir seinen Namen nicht preisgeben, sondern ihn weiterhin den «Entwicklungsingenieur» oder «Klaus-Peter» nennen, wie er seit seiner Verpflichtungserklärung bei der Stasi hiess:

Ich ... bin bereit, auf freiwilliger Basis mit dem Ministerium für Staatssicherheit zu Problemen des VEB Carl Zeiss Jena und entsprechenden Personen zusammenzuarbeiten. Über diese Zusammenarbeit verpflichte ich mich gegenüber Dritten, Stillschweigen zu bewahren. Berichte werde ich mit dem Decknamen Klaus-Peter kennzeichnen.⁴

Nach ein paar Jahren verlieh Generaloberst Mielke dem IM die Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee. Auch das war Camouflage. Ausgezeichnet wurden seine Leistungen für die Staatssicherheit, seine «unermüdliche Tätigkeit, Initiative und hohe persönliche

Einsatzbereitschaft bei der Erfüllung übertragener Aufgaben zur Stärkung und Sicherung unserer Arbeiter- und Bauernmacht».

Bei einem Treff im Sommer 1981 machte «Klaus-Peter» auf seinen Führungsoffizier «einen sehr angespannten und unkonzentrierten Eindruck». Erst jetzt habe er begriffen, «was er mit ... der Leitung U aufgeladen bekam». Hier war die Militärforschung des Kombinars konzentriert. Auch mit seinen Erziehungsproblemen kam der Entwicklungsingenieur zur Staatssicherheit. Sein Sohn sei «vor allem in ideologischer Hinsicht fehlorientiert». Er müsse das auf den Einfluss seiner Frau zurückführen. Die Staatssicherheit ermittelte, dass diese «in ihren politischen Ansichten nicht auf dem Boden unserer gesellschaftlichen Verhältnisse steht». Ihr Vater habe in Guben ein privates Tiefbauunternehmen besessen. Nach dem Kriege war er in Torgau inhaftiert gewesen und von dort nicht wieder zurückgekehrt.

In der Bundesrepublik ging das Jahr 1968 durch die Studentenunruhen in die Geschichte ein. Auch in der DDR gab es Jugendprotest. Mit welch üblen Methoden die Funktionäre dagegen vorgehen, hat der damals in Greiz lebende Reiner Kunze geschildert. Sein Buch «Die wunderbaren Jahre» durfte in der DDR nicht veröffentlicht werden und erschien 1976 in der Bundesrepublik. Der Titel ist bittere Ironie. Selbstverwirklichung war im Plan nicht vorgesehen. Jede spontane Lebensäußerung der jungen Menschen galt als Opposition und wurde mit Humorlosigkeit unterdrückt.

Zum Staatsfeiertag am 7. Oktober 1974 fuhr ein Sonderzug mit tausend Jugendlichen vom Saalbahnhof Jena in die «Hauptstadt der DDR». Zwei Studenten, die keine Karten erhalten hatten, schmuggelten sich in den Zug, wurden aber bei einer der vielen Kontrollen entdeckt und der Polizei übergeben.

Die beiden haben einen Zug benutzt, den zu benutzen sie nicht berechtigt waren. Da kann man nicht beide Augen zudrücken und sagen: Wenn ihr einmal da seid, wird sich auch ein Quartier für

euch finden ... Man kann auch nicht einfach den Zugführer rufen, damit er ihnen den Fahrpreis abverlangt ... Jugend hin, Jugend her. Da wird abgeführt.⁵

Mitte der achtziger Jahre wurde Jena zum Zentrum unerwünschter Jugendaktivitäten. Im Juni 1986, wenige Tage vor der Volkskammerwahl, las man an einem Neubau die Parole: «Wer die Wahl hat, hat die Qual. Wer nicht wählt, wird gequält.» Die Stasi ermittelte als Täter einen 22jährigen Elektriker. Er erhielt wegen «öffentlicher Herabwürdigung» zwei Jahre Gefängnis. Das bezog sich auf den Paragraphen 220 des Strafgesetzbuches der DDR. Dieser Maulkorbparagraph eignete sich bestens zur Unterdrückung von Andersdenkenden, die den Mut hatten, ihre Meinung öffentlich kund zu tun:

Wer in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Massnahmen herabwürdigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.⁶

Einen Monat später trafen sich 25 Jugendliche auf dem «Platz der Kosmonauten» zum «I. Spontanen Jenaer Open-air-Frühstück», wie ein mitgebrachtes Plakat wissen liess. Zu diesem Kreis gehörte der damals 22-jährige Sohn des Entwicklungsingenieurs. «Provozierend wie die jungen Leute sind», berichtete dieser, «hat sich mein Sohn die Haare grün geschmiert.» Weil der Vater zu den Funktionären gehörte, fand der Filius das System doppelt unerträglich. Er wollte auch nicht in die Produktion gehen, sondern Tonmeister werden. «Da habe ich ihm erklärt, dass man in der DDR nur 25 Tonmeister braucht, und er keine Chance hat.»

Am 15. Mai 1985 stellte der Sohn einen Ausreiseantrag an den Rat der Stadt Jena mit Durchschlag an den Staatsrat der DDR: «Ich

möchte mit Freunden und Verwandten in der BRD zusammenleben. Ausserdem stimme ich überhaupt nicht mit den politischen Verhältnissen in der DDR überein.» Als er drei Jahre später den Antrag wiederholte, wurde er verhaftet oder «zugeführt», wie es im Jargon der Staatssicherheit hiess. Er besass «Kontakte zu anderen Antragstellern und kirchlichen Kreisen in Jena», die in der «unabhängigen Friedensbewegung» in Jena aktiv waren. Angeblich hatte er «Provokationen in der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR» geplant.

X. geht zur Zeit keiner geregelten Tätigkeit nach. Er weigert sich, ein Arbeitsrechtsverhältnis im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena aufzunehmen.⁷

Im September 1989 suchte der Filius Zuflucht in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag. Mit Tausenden von Flüchtlingen kam er im Zug über Dresden in den Westen.

Seine Loyalität zum «Arbeiter- und Bauernstaat» wurde «Klaus-Peter» übel gedankt. Inzwischen hatte er seine frühere Sekretärin geheiratet. Ihretwegen bekam er Ärger mit dem Generaldirektor. Nach einer schweren Operation war sie aus dem Krankenhaus entlassen worden, und er bat um eine Woche Urlaub «für die Betreuung und moralische Wiederaufrichtung». Biermann lehnte ab:

Die Streichung des Urlaubs bezeichnete der IM als unmenschlich, ohne jedes Gefühl. Aus diesem Grund sei der IM nicht mehr bereit, sich die Verhaltensweisen des Genossen Biermann ... gefallen zu lassen.⁸

«Klaus-Peter» wollte das Kombinat verlassen. Der Führungsoffizier gab den freundschaftlichen Rat, «den beabsichtigten Schritt nochmals zu überdenken» und sich mit dem Genossen Rother auszusprechen. In der Hierarchie des SED-Staates vermochte der 1. Sekretär der Industriekreisleitung jedoch nichts gegen das ZK-Mitglied Bier-



DDR-Propagandaplakat in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Man beachte die Darstellung der sowjetischen Technik (Rakete, Satellit, Strommasten, Hochhäuser).

mann und blockte ab. «Das alles hat tiefe Narben hinterlassen», sagte er nach der Wende.

Grosses Misstrauen hegte die Staatssicherheit gegen die Juristen im Kombinat, die das Londoner Abkommen zustandegebracht hatten. Die Stasi argwöhnte ein Zusammenspiel mit den Oberkochern. Sein ganzes Engagement für die Sache des Volkseigenen Betriebes und seine Loyalität zum «Arbeiter- und Bauernstaat» haben Rudolf Reichrath nichts genützt. Gegen ihn wurde am 10. Februar 1972 eine «operative Personenkontrolle» eingeleitet, um «eine Verletzung seiner Pflichten und Aufgaben» nachzuweisen. Observiert wurde auch die Familie. Der Staatssicherheitsdienst interessierte sich sogar für seine Tochter, die in Jena die Spezialschule Carl Zeiss

besuchte. Diese Eliteschule war äquivalent den beiden obersten Klassen eines Gymnasiums mit garantiertem Studienplatz nach dem Abitur und wurde vom VEB besonders gefördert. Das «Organ» zog Erkundigungen über Christine Reichrath ein, über ihren Freundeskreis, ihre Leistungen und Aktivitäten in der Schule, über die Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben und ihre Hobbys.

Auf Reichrath wurden drei Spitzel angesetzt. Einer von ihnen empfand Reichraths Berufung zum Justitiar des VEB als Missgriff. Beim Amtsantritt 1953 habe der junge Mann «keinerlei Erfahrung auf dem Gebiet des Warenzeichenrechts und der angrenzenden Rechtsgebiete» besessen und sei mit seiner Aufgabe überfordert gewesen.

Während Reichrath für den VEB kämpfte, verfolgten die inoffiziellen Mitarbeiter jeden seiner Schritte mit Missgunst. Reichrath sei der «typische Katholik», heisst es in seiner OPK-Akte, «nachtragend, falsch und hinterhältig»; zwar sei er Genosse, aber er würde immer noch beten. «Nachtragend, falsch und hinterhältig» waren sie selbst, die inoffiziellen Mitarbeiter. Insbesondere trifft das für «Heinz Straube» zu, der mit bürgerlichem Namen Gerhard Pchalik hiess und als Flüchtling nach Jena gekommen war. Er rückte 1946 zum Stellvertretenden Generalstaatsanwalt des Landes Thüringen auf und wurde nebenamtlich Professor für Strafrecht an der Universität Jena. 1959 stellte sich heraus, dass er sich als Richter im Generalgouvernement der Beihilfe zum Mord schuldig gemacht hatte. Pchalik erhielt vier Jahre Zuchthaus, kam aber schon nach zwei Jahren wieder frei. Geradezu rührend sorgte das Ministerium für Staatssicherheit für seine Wiedereingliederung in die Gesellschaft «als gleichberechtigter Bürger». Er erhielt eine neue Stellung als juristischer Mitarbeiter im VEB Carl Zeiss und wurde gleichzeitig als IM verpflichtet. Wie schon im Dritten Reich war er auch jetzt wieder ein willfähiges Instrument in den Händen der Machthaber.

Pchalik erhielt den Auftrag, die abgeschlossenen Prozesse, den Londoner Vergleich und die Rolle, die Schrader und Reichrath dabei

gespielt hatten, eingehend zu analysieren. Für juristische Gutachten musste Carl Zeiss Oberkochen viel Geld ausgeben. Die Staatssicherheit erhielt die Arbeit kostenlos. Der IM musste froh sein, wenn er in Freiheit leben und sich der Stasi nützlich machen durfte.

In seinem Gutachten kam Pchalik zum Ergebnis, dass den Beteiligten schwerwiegende Fehler unterlaufen waren. Sie hätten dem Weg folgen sollen, den der leider schon 1949 verstorbene Stiftungskommissar gewiesen hatte. Dr. Arno Barth, der Oberlandesgerichtspräsident in Gera, sei ein «selten befähigter Jurist» und «kompromissloser Sozialist» gewesen:

Dr. Barth hatte sich der Betreuung der Stiftung wie kein anderer Stiftungskommissar angenommen. Mindestens einen Arbeitstag in der Woche verbrachte er in der Stiftung und nahm weitere Arbeiten nach Gera mit. Damit wird zugleich ausgesagt, dass er sich mit den durch den Besatzungswechsel auftretenden Problemen in organisatorischer und juristischer Hinsicht bestens vertraut gemacht hat. Er hatte eindeutige, juristisch fundierte Vorstellungen über die Stellung der Stiftung und ihre Beziehungen zu Heidenheim ... In seiner Haltung blieb er bei seinem Besuch in Oberkochen am 30. August 1948 den früheren Geschäftsleitungen von Zeiss und Schott sowie Dr. David gegenüber fest.⁹

Hätten sich Schrade und Reichrath an die Konzeption von Dr. Barth gehalten, so wären, meinte der Gutachter, «für die Entscheidungen bei Prozessgerichten und Warenzeichenämtern von vornherein günstigere Voraussetzungen gegeben gewesen.» Über den 1974 verstorbenen Dr. Schrade fällte Pchalik ein vernichtendes Urteil. Ob Reichrath Mittäter oder nur Mitwisser gewesen ist, liess er offen.

Ende 1976 wurde Reichrath von seiner Funktion als Kombinatstutitiar «wegen Vernachlässigung seiner Leitungsaufgaben» entbunden und zum 31. März 1978 als NSW-Reisekader gestrichen. Er war vorübergehend in der untergeordneten Funktion eines Bereichs-

justitiars im Betrieb für Ex- und Import tätig und musste schliesslich das Kombinat verlassen. «Die Gesamtzielstellung konnte erreicht werden», heisst es im Schlussbericht des MfS.

Die Arbeit der Objektdienststelle konzentrierte sich auf die Ausforschung von irgendwie in Verdacht geratenen Mitarbeitern, auf die Abschirmung des Kombinates gegen den überall präsenten Klassenfeind und auf die Sonder- und Spezialabschirmung von wichtigen Projekten, vor allem im militärischen Bereich. Was den ersten Punkt betrifft, waren (wie geschildert) u.a. gegen Hugo Schrade, Paul Görlich und Rudolf Reichrath sogenannte «Operative Personenkontrollen» (abgekürzt OPK) eingeleitet worden. Auch gegen den Technischen Direktor Rudolf Müller, genannt Rumü, richtete sich eine OPK unter dem Tarnnamen «Techniker». Rumü war eine starke und vitale Persönlichkeit, eine «wahre Zeiss-Legende». Der «Hansdampf in allen Gassen» besass eine eigene Meinung und hat sich, wie Insider sagten, nie gescheut, «in der Berliner Zentrale ein Wörtchen mitzureden, wenn es um Zeiss ging».

Bei der Gauck-Behörde in Gera lagern Stasi-Akten zum Operativ-Vorgang «Techniker» im Umfang von 8'000 Seiten. «Er ist fachlich sehr qualifiziert und dazu sehr eingebildet», heisst es hier über Rumü: «Ausserdem ist er sehr grob.» Die Staatssicherheit untersuchte eine Reihe von Vorgängen, für die Müller die Verantwortung trug und die nicht die erwarteten Resultate erbracht hatten. Daraus zog die Stasi den Schluss, «dass RUMÜ nach 1945 ideologisch auf einer gegnerischen Plattform stand, von der er seine Handlungen zum Nachteil der sozialistischen Volkswirtschaft beging». So hatte Müller 1946-1948 die Produktion der Contax vorbereitet:

Die in Jena konzentrierten Spezialisten sollten 1948 in der Sowjetunion Weiterarbeiten und dort die Contaxfertigung durchführen. Es gelang jedoch dem englischen Geheimdienst, einen Grossteil dieser Spezialisten abzuwerben.¹⁰

In Wirklichkeit hatten sich die Ingenieure und Facharbeiter der Zwangsverpflichtung durch die Flucht nach Westdeutschland entzogen. – 1948 gehörte Rudolf Müller zu den zahlreichen Zeissianern, die sich der Verstaatlichung widersetzen und ein entsprechendes Schreiben unterzeichneten. Vorgeworfen wurde ihm auch die bewusste Behinderung wichtiger Projekte:

Beim Rationalisierungsprojekt Mikroval vernachlässigte der VEB CZJ auf Betreiben des RUMÜ die Forschung und Entwicklung der Hochleistungsobjektive für die Mikroskopherstellung. Es entstand ein technischer Rückstand von mindestens zehn Jahren gegenüber den Konkurrenzfirmen Leitz-Wetzlar und Opton-Oberkochen (BRD) und anderen westlichen Firmen. Infolge dieser Politik konnten die zwei automatischen Taktstrassen zur Herstellung von Mikroskopen nicht voll ausgelastet werden.¹¹

In ihren Recherchen zur «OPK Techniker» ging die Staatssicherheit bis in die Kriegsjahre zurück. Damals war Rumü stellvertretender Betriebsführer beim Feinapparatebau Gablonz gewesen, einer von Carl Zeiss betriebenen Rüstungsfabrik. Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Hauptabteilung XVIII (Wirtschaft), fuhren im August 1972 in die CSSR, um sich an Ort und Stelle zu informieren und Zeugen zu befragen. Es ergab sich insgesamt ein schauerliches Bild von den Zuständen in der Fabrik und in den Lagern der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter. Offensichtlich hatte Rudolf Müller Kenntnis von den Vorgängen; ob es ihm möglich gewesen wäre, einzugreifen, blieb offen. Im Abschlussbericht der Stasi hiess es, die Taten seien verjährt.*

Schon zuvor war Rudolf Müller aus sämtlichen, ihm noch verbliebenen Positionen bei Zeiss entfernt worden. Mit Erreichen der Al-

* Genauere Angaben bei Frank Döbert: Schreckensort in Gablonz. Die vergessenen Zeiss-Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges. In: Gerbergasse 18. Forum für Geschichte und Kultur. IV/2000, S. 3-6.

tersgrenze schied er 1973 offiziell aus. Er kam aber immer noch in die Firma. Für die Mitarbeiter verkörperte er ein Stück Tradition. Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, ihm den Zutritt zu verweigern oder gar den Betriebsausweis wegzunehmen.

Das passierte dann unter Biermann. Der wusste nämlich, dass Rumü noch immer seine Leute um sich versammelte und jeden bereitwillig wissen liess, was er für richtig und für falsch hielt. So etwas ging bei Biermann nicht. Der duldete keinen zweiten, heimlichen König unter sich, gab sich aber gar nicht mit ihm ab, sondern liess ihn einfach nicht mehr zum Kombinatseingang rein. Darüber war nicht nur Rumü empört und zutiefst verletzt, es wurde allgemein als böse Stillosigkeit des neuen Generaldirektors registriert.¹²

In ihrem Selbstverständnis war die Stasi «Schirm und Schwert der Partei». Auch die Abschirmung gehörte zu ihren Aufgaben. Oft erinnerten freilich die Aktivitäten der «Firma» an den Kampf Don Quijotes gegen die Windmühlen. Der «Ritter von der traurigen Gestalt» war subjektiv von der realen Existenz der bösen Riesen überzeugt. Anfang bis Mitte der siebziger Jahre beschäftigte sich die Objektdienststelle mit einem grossangelegten «Sicherungsvorgang». Ziel war die «Aufklärung, Entlarvung und Liquidierung des gegen den VEB wirkenden Systems feindlicher Störtätigkeit». Weil es in der Forschung, Entwicklung und Produktion nicht so voran ging, wie sich das die Funktionäre dachten, musste der böse Feind schuld sein, und das war Carl Zeiss Oberkochen «im engen Zusammenwirken mit dem amerikanischen Geheimdienst und dem in Jena zurückgelassenen Personenkreis». Fixe Idee dieser Herren war, die alte Geschäftsleitung hätte im Juni 1945 vor dem Abtransport in den Westen «personelle Stützpunkte» aufgebaut, also Gruppen von Mitarbeitern, und ihnen die Aufgabe gegeben, den Betrieb in Jena zu sabotieren.

Tatsache ist, dass es dem Konzern Oberkochen gelungen ist, mit gezielten Angeboten, unter Ausnutzung der Lücken im Geräteprogramm des VEB Carl Zeiss JENA in den sozialistischen Markt einzudringen und im NSW immer stärker das volkseigene Kombinat zu verdrängen.¹³

Als erste Etappe müsse die «Angriffsrichtung gegnerischer Kräfte gegen den VEB Carl Zeiss Jena» erkannt werden, heisst es in einem «operativen Sachstandsbericht» vom 27. Oktober 1972. Deshalb gelte es, die Kenntnisse des Ministeriums für Staatssicherheit über den Konzern Oberkochen durch systematische Beschaffung und Auswertung von Informationen «weiter zu vertiefen».

Konkret führte der Sicherungsvorgang «Horizont» dazu, dass die Kontakte der Mitarbeiter in Jena zu ihren Kollegen in Oberkochen noch penibler überwacht und registriert wurden. Im Protokoll einer Dienstbesprechung am 19. Dezember 1972 heisst es: «Der Leiter der Objektdienststelle garantiert, dass keine politisch-operative Information verlorengeht bzw. vereinzelt wird.» Als besonders gefährlich galten diejenigen Mitarbeiter in Oberkochen, die von Jena gekommen waren. Dazu gehörten von den 7'500 Zeissianern in Oberkochen, Aalen und den umliegenden Orten ungefähr ein Drittel. Da gab es z.B. Bernd Bachmann, der im VEB Lehrling gewesen war und während seines Wehrdienstes 1970 republikflüchtig wurde: «Bachmann schreibt in der Folge aus Oberkochen eine ganze Anzahl von Personen seines ehemaligen Bekanntenkreises an.» Kein Jenenser war Karl Heinz Vogel, der Vertriebsleiter für geodätische Instrumente in Oberkochen. Trotzdem wurde er als sehr gefährlich beurteilt, weil er sich mit Vorstandsmitglied Horst Skoludek abspreche.

Vogel ist seit Jahren der Initiator einer intensiven Kontakttätigkeit zu Angehörigen des VEB Carl Zeiss Jena ... Vogel versteht es, sich in seinen politischen Diskussionen anzupassen und bezeichnet sich selbst als ein «von der Zeiss-Geschichte» nicht vorbelasteter Mitarbeiter von Opton.¹⁴

Aus der Sicht der Stasi waren die Forschungs- und Entwicklungsprojekte ständig in Gefahr, vom Klassenfeind ausgespäht zu werden. Das galt besonders für die Laserentwicklung, die, wie es 1984 hiess, «eine hohe volkswirtschaftliche aber ebenso eine zunehmend militärische Bedeutung» besitze. Auch hier ging die «Firma» in der üblichen Weise vor und verpflichtete sowohl im Kombinat wie auch an der Friedrich-Schiller-Universität eine Anzahl von inoffiziellen Mitarbeitern, die regelmässig Bericht erstatten mussten. Besonders stolz war die Stasi auf eine im März 1982 geworbene Quelle, die «aufgrund ihrer Schlüsselposition» einen grossen Überblick besass.

Am Physikalischen Institut der Universität Jena war damals ein renommierter ausländischer Gastwissenschaftler tätig. Der IM mahnte zu grosser Vorsicht: Wenn der Kollege erfahren würde, «dass hinter der Sektion Physik in Jena das Ministerium für Staatssicherheit steckt», wäre es vorbei mit dem «guten Ruf Jenas in der Welt».

Ein Projekt trug die Tarnbezeichnung 016. Es ging um einen Marschflugkörper, der von Schnellbooten aus gegen Schiffe eingesetzt werden sollte. Die Federführung lag bei der Sowjetunion. Die DDR sollte das «grosse Brudervolk» durch die Entwicklung des Zielsuchkopfes unterstützen. Es war an zwei Varianten gedacht: die Steuerung des Marschflugkörpers durch die vom feindlichen Schiff ausgehende Wärmestrahlung oder die Benutzung eines Infrarot-Lasers. Nach den Vorstellungen der Sowjetunion sollten die erforderlichen Aufwendungen für die Entwicklung und die Produktionsvorbereitung «als politischer und ökonomischer Beitrag der DDR zur Verteidigung des sozialistischen Lagers» gewertet werden. Erst «auf der Grundlage erfolgreich abgeschlossener Erprobungen der Funktionsmuster» sollte über Stückzahlen und Preise verhandelt werden.

Am 14. August 1981 berichtete Generaldirektor Biermann dem für die Wirtschaft zuständigen Politbüromitglied Günter Mittag. Wie die

Mitarbeiter beobachteten, «war der Generaldirektor nach dieser Unterredung sichtlich gut gelaunt und zeigte sich optimistisch»:

Nach Aussage des IM reizt den GD diese Aufgabe sehr, andererseits weiss er aber, dass der Umfang der Aufwendungen für das Kombinat Carl Zeiss sehr beträchtlich ist.¹⁵

Man rechnete schliesslich mit 1'400 bis 1'500 Mitarbeitern allein für Forschung und Entwicklung. Es müsse der ernsthafte Wille vorhanden sein, erklärte der Leiter des U-Betriebes, «die Sowjetunion bei den Anstrengungen zur Steigerung der Verteidigungskraft des Warschauer Paktes spürbar zu entlasten». Aber auch ihm kamen zunehmend Bedenken. «Die Grösse der Aufgabe sei dem IM wie Schuppen von den Augen gefallen», berichtete sein Führungsoffizier Ende 1982.

Im Mai 1984 präzisierte Erich Mielke frühere Befehle «zur politisch-operativen Sicherung von Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsvorhaben für moderne, strategisch bedeutsame Waffensysteme». Danach mussten nicht nur die Geheimnisträger selbst einer strengen Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, sondern auch ihre «Ehepartner, die im Haushalt lebenden Angehörigen sowie Verwandte und Bekannte, zu denen enge Beziehungen bestehen».

Zu den Geheimnisträgern zählte auch der Physiker und Laserspezialist Professor Dr. Bernd Wilhelmi. Er hatte einen Bruder, der im Westen lebte. Zu diesem besass er, wie die Stasi wusste, «seit zehn Jahren keine persönlichen Beziehungen» mehr. Nur zu den Feiertagen wurden Glückwünsche ausgetauscht. Das genügte aber nicht. Als Wilhelmi zum 1. Oktober 1983 zum Rektor der Friedrich-Schiller-Universität gewählt wurde, führte der Minister ein Gespräch mit ihm. In dem Protokoll über dieses «Kadergespräch» hiess es: «Der Minister empfiehlt, nach Möglichkeit auch diese Kontakte einzustellen.»

Alle Bemühungen waren umsonst. Nach sechs Jahren entschloss sich die DDR, das Projekt 016 aufzugeben. Die Mikroelektronik sei

wichtiger. Auf diesen Bereich müsse man sich konzentrieren.

Voll in ihrem Element war die Staatssicherheit am 11. Dezember 1981 beim Besuch von Helmut Schmidt in Mecklenburg. Sechs Jahre zuvor hatten sich der Bundeskanzler und der Staatsratsvorsitzende in Helsinki am Rande der KSZE Schluss Verhandlungen getroffen und dann wieder 1980 in Belgrad bei der Trauerfeier für Marschall Tito. Zwischendurch hatten sie mehrfach miteinander telefoniert. Jetzt besuchte Schmidt den Staatsratsvorsitzenden auf dessen Landsitz am Werbellinsee. Als bei der Begrüßung die in Scharen angereisten Pressephotographen den Bundeskanzler baten, etwas näher an Erich Honecker heranzurücken, zischte Helmut Schmidt: «Wir sind doch kein Liebespaar.» Einigkeit bestand bei den Regierungschefs über die besondere Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Erhaltung des Friedens. Schmidts Wort von der «Sicherheitspartnerschaft» spielte in den langen Unterhaltungen eine wichtige Rolle.

Wie beurteilte der Bundeskanzler die Chancen der Wiedervereinigung? Helmut Schmidt hatte in diesem Jahr 1981 ein bemerkenswertes Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand geführt. «Die Deutschen werden bald ihre Chance zur Wiedervereinigung erhalten», so Mitterrand: «Noch zur Zeit dieser Generation, vielleicht schon in zwanzig Jahren.» Darauf hatte Helmut Schmidt erwidert: «Nein, nicht zu meinen Lebzeiten. In einigen Generationen vielleicht, wenn überhaupt.»

Es war die zweite Reise eines deutschen Bundeskanzlers in die DDR. Noch tief sass bei den Genossen der «Schock von Erfurt», als sich – elf Jahre war es nun her – beim Besuch von Willy Brandt die Begeisterung der Bevölkerung nicht mehr unter Kontrolle halten liess.

Zur Reise Helmut Schmidts gehörte die Fahrt nach Güstrow und ein Besuch im Barlach-Haus. Der Bundeskanzler schätzte den im Dritten Reich als «entartet» verfemten Bildhauer, der lange hier ge-

lebt hatte. «In Güstrow hat das SED-Regime selber mit seiner plumpen Sicherheitsperfektion die Urteile und Vorurteile nach Kräften genährt, über die es sich sonst so empört», berichtete *Die Zeit*:

Güstrow ist nicht wiederzuerkennen. Die Stadt ist belagert von Tausenden von grünen Polizisten, fast überall Schulter an Schulter. Hinter ihnen die grauen Männer. «Wie furchtbar für Honnecker», sagt eine Güstrower Lehrerin zu mir, «er muss sich für unsere Stadt schämen. Eine Stadt ohne Frauen und Kinder.» Wie sie erzählt, wurde den Bewohnern von den Betrieben auferlegt, zu Hause zu bleiben, auch denen, die nicht an der Protokollstrasse wohnen. Jene hatten besondere Verbote: Sie sollten die Fenster nicht öffnen, die Gardinen nicht wegziehen und keinen Besuch einladen. Ein ehemaliger Pfarrer der Domgemeinde stand den ganzen Tag über unter Hausarrest.¹⁶

Auch in Jena war die Staatssicherheit allgegenwärtig. Die Mitarbeiter wussten, dass der VEB besonders stark mit Spitzeln durchsetzt war. Aus dem Jahr 1979 ist ein Vorfall überliefert, der uns heute belustigt, damals jedoch den betroffenen Kollegen schwer verstört hat. Noch ganz geschockt berichtete IM «Condor» beim Treffen seinem Führungsoffizier: Während des Mittagessens in der Kantine seien die Kollegen auf das Thema «Staatssicherheit» gekommen. Einer habe gesagt, «dass jeder dritte Carl-Zeiss-Mitarbeiter offiziell oder inoffiziell mit der Stasi zusammenarbeitet». Daraufhin habe ein anderer angefangen laut zu zählen, indem er nacheinander auf die Umstizenden deutete. Er, der IM «Condor», sei unglücklicherweise gerade die Nummer 3 gewesen, und der Kollege habe laut zu ihm gesagt: «Du arbeitest für die Stasi.» Obwohl das Ganze als Scherz gemeint war, sei ihm diese «unberechenbare Situation» unter die Haut gegangen. Er bat seinen Führungsoffizier, in Zukunft «jegliche telefonische Gespräche zu ihm zu unterlassen».

Natürlich interessierte sich die Stasi auch für die Kombinatssitzungen, die einmal im Monat unter der straffen Regie von



Mitte Dezember 1981: Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt beim DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Mecklenburg: «Wir sind doch kein Liebespaar.»

Generaldirektor Biermann stattfanden. Aktenkundig ist eine Sitzung im Juni 1981, bei der Biermann den Hauptbuchhalter und den Direktor des Forschungszentrums Professor Mütze in vulgärer Weise attackiert hat.

Als der Hauptbuchhalter bei der Anprangerung von Missständen seinen eigenen Bereich übergang, rief Biermann dazwischen: «Du Scheisser du, nun fang' endlich mal bei dir an, – ich möchte mal gerne wissen, was du nun alles auf der Latte hast, du Scheisser.» Auch Professor Mütze wurde von Biermann rüde unterbrochen. «Also Mütze, nun sprich nicht mit deinen akademischen Floskeln, sondern sprich deutlich und konkret.» Wie der inoffizielle Mitarbeiter berichtete, wandte sich Biermann daraufhin an die Kombinatleiter:

Dieser Mann, der hat mir auf den Ohren gelegen, vier Leiterplatten, die nicht im sozialistischen Wirtschaftssystem hergestellt wer-

den, sondern nur im kapitalistischen, die braucht er unbedingt. Ich gehe nach Berlin, mobilisiere alles, dass wir die Dinger bekommen, und dann kommt er und sagt, er braucht sie nicht. Mütze, ich möchte dir Folgendes sagen: Durch deine akademischen Spinner lasse ich meinen guten Ruf nicht beschmutzen. Du kannst meinewegen deine Funktionsmuster aus Sperrholz bauen. Von mir bekommst du keinen Pfennig mehr. Du bist ja nicht mal fähig, eine Hauptstrasse zu kehren. Ich werde dafür sorgen, dass du in Nebenstrassen und Gassen eingesetzt wirst.¹⁷

Im Westen hätte ein solches Verhalten zu einer Beleidigungsklage geführt. Mütze aber verhielt sich still und fand gegenüber seinem Führungsoffizier sogar noch Worte der Entschuldigung: «Ich sehe keine Probleme mit Biermann. Ich weiss, dass er mächtig beansprucht ist, dass er nach wie vor mörderisch kämpft. In seinen Ausdrücken ist er sowieso nicht zu verändern.»

Ich habe gegenwärtig Auftrittssperre und Redeverbot. Es war kurz vor dem ZK-Seminar der technischen Direktoren, [da] hat es einen grossen Krach gegeben wegen der Probleme zur Planerfüllung. In diesem Zusammenhang hat er mir offiziell gesagt, dass ich der «Blödeste» im ganzen Kombinat wäre und ... draussen nicht überall die grosse Klappe zu haben hätte.¹⁸

Wieviel inoffizielle Mitarbeiter gab es im Kombinat? Im letzten Bericht der Objektdienststelle aus dem Jahre 1989 heisst es, es seien sechs Operative Vorgänge und 36 Operative Personenkontrollen in Arbeit. Aus weiteren Angaben schliesst man, dass es sich um 250 bis 350 inoffizielle Mitarbeiter gehandelt haben muss. Dieser «IM-GMS-Bestand»* wurde von 28 hauptamtlichen Kräften geführt. Dabei steuerten (...??)

* Beim Ministerium für Staatssicherheit herrschte eine Abkürzungsmanie. IM bedeutet inoffizieller Mitarbeiter, GMS gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit.

- 6 Mitarbeiter bis zu 5 Quellen
- 13 Mitarbeiter bis zu 10 Quellen
- 3 Mitarbeiter bis zu 15 Quellen
- 0 Mitarbeiter bis zu 20 Quellen
- 6 Mitarbeiter mehr als 20 Quellen.¹⁹

Diese Angaben bezogen sich aber nur auf die Objektdienststelle Zeiss. Es gab noch zusätzliche inoffizielle Mitarbeiter, die von der Bezirksverwaltung Gera, Abteilung XVIII, geführt wurden, und weitere, besonders hochrangige «Quellen», die dem Ministerium in Berlin (HA XVIII) direkt zuarbeiteten. Das gab die Möglichkeit, nach dem Grundsatz Lenins die Arbeit der Objektdienststelle zu kontrollieren. Alles in allem wird es also wohl für die Kombinatbetriebe in Jena zuletzt insgesamt etwa 400 bis 450 informelle Mitarbeiter gegeben haben.

Nach der Wende haben Mitarbeiter der Staatssicherheit die Akten über ihre im Westen tätigen Agenten vernichtet, um diese vor der Strafverfolgung zu bewahren. Eine Adressenkartei gelangte in die Hände des amerikanischen Geheimdienstes CIA, und später hat der Bundesnachrichtendienst in Pullach davon eine Kopie erhalten.

Erhalten geblieben sind auch die Unterlagen über einen vergeblichen Versuch des MfS, in Oberkochen einen Agenten anzuwerben. Es handelte sich um einen Diplomphysiker, dessen Vater in leitender Stellung im VEB Carl Zeiss Jena tätig war und der nach seiner Flucht 1956 eine vergleichbare Position in Oberkochen erhielt.

Bei einer privaten Reise dieses Oberkochener Physikers in die DDR 1985 nahm das GMS-Ehepaar «Steffen» Kontakt auf. Sie schilderten ihn als verwöhnten Junggesellen, der «umfangreiche Verbindungen und breite Kenntnisse besitzt» und «aufgrund seiner Tätigkeitsspezifika ungehindert alle Bereiche seiner Firma betreten kann». Das sei von «operativem Interesse». Eine Akte mit dem Decknamen «Kiefer» wurde angelegt.

Als nächsten Schritt planten die beiden Stasimitarbeiter die «Zuführung einer weiblichen Person». Vielleicht könne auch ein Mitarbeiter «aus der FSU Jena, Sektion Physik oder Technologie, an ihn angeschleust werden». Es kam aber zu keinen weiteren Reisen des Jungesellen in die DDR. Diese sei «kein Reiseland für ihn». Im Februar 1989 erfuhr das MfS, dass sich «Kiefer» inzwischen eine Freundin in Oberkochen zugelegt hatte. Am 23. November 1989 wurde die Archivierung der Akte angeordnet. «Kontakt ist nicht ausbaufähig.»

KAPITEL 16

Die Ära Biermann

Noch zu Zeiten Ulbrichts hatte die DDR begonnen, volkseigene Betriebe zu grösseren Einheiten zusammenzufassen. Der Generaldirektor des Berliner Werkzeugmaschinenkombinats «7. Oktober» engagierte sich für die Umbildung und befasste sich wissenschaftlich mit den auftretenden ökonomischen Problemen. Auch zum Kandidaten des Zentralkomitees der SED hatte es der energische und ehrgeizige «Held der Arbeit» schon gebracht. Irgendwann im Jahr 1975 wurde er vom Genossen Günter Mittag, dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Politbüromitglied, zu einem Gespräch gebeten:

Er sagte mir: «Jetzt bist du schon eine Weile im Maschinenbau in Berlin. Hast du Interesse, etwas anderes zu machen?»

Da frage ich: «Was denn?»

«Ja», sagte der, «wir suchen einen für Zeiss in Jena, das funktioniert dort nicht.»

«Ich verstehe aber nichts vom wissenschaftlichen Gerätebau», habe ich geantwortet.

Da sagte Mittag: «Umso besser, da kannst du unvoreingenommen die Aufgabe übernehmen.»

Zum Schluss tranken wir ein Könnchen Kaffee.¹

So wurde Wolfgang Biermann Generaldirektor in Jena und ein Jahr später auch Mitglied des Zentralkomitees. Bei seiner Amtseinführung Anfang Oktober 1975 erklärte er den Mitarbeitern, er habe hohe Ansprüche, und es werde sicher nicht einfach sein mit ihm. Eines aber könne er versprechen: Keiner werde mehr leisten müssen als er selbst.

Der Vorgänger Helmut Wunderlich war die schwächste und farbloseste Figur, die jemals an der Spitze des Werkes gestanden hatte. Trotzdem wurde er bei der Verabschiedung mit konventionellem Lob überschüttet. «Es folgten die bei solchen Anlässen bekannten und beliebten Umarmungen der Kampfgefährten», berichtete eine Mitarbeiterin: «Im richtigen Moment huschten die dienstbaren Geister mit den grossen Blumensträussen herbei, und alles erweckte den Eindruck ungetrübler Harmonie.» Nur Biermann konnte sich nicht enthalten, im höflichsten Ton einige Bosheiten anzubringen. Er werde sich, sagte er, unverzüglich eine Wohnung in Jena suchen, um ständig anwesend zu sein. Das sei das mindeste, was ein Werksleiter dem Jenaer Kollektiv schulde. Da könne man sich nicht auf eine Gastrolle beschränken. Dazu muss man wissen, dass Wunderlich seinen Hauptwohnsitz in Berlin beibehalten hatte, wo seine kranke Frau lebte.

Danach war Biermann erst einmal für fast ein Vierteljahr verschwunden. Die laufenden Geschäfte erledigte der Stellvertreter.

Im Zeiss-Gästehaus am Jenzig revidierte ein kleines «Kollektiv» nach Biermanns Vorgaben und unter seiner Leitung die Produktionsabläufe. Parallel dazu besuchte Biermann zu mehrstündigen Beratungen sämtliche fünfzehn Kombinatbetriebe, zehn Fachdirektionen und die sechs ihm direkt unterstellten Hauptabteilungen. Mit grossem Respekt beobachteten die Insider, wie er sich intensiv einarbeitete, so dass er binnen Kurzem in jedem Bereich die Schwachstellen herausfand, wo die Arbeitsabläufe verbessert werden mussten. «Als diese grosse Runde nach mehreren Wochen beendet war», erzählte seine spätere persönliche Referentin, «war der neue Generaldirektor im Kombinat fachlich anerkannt und menschlich gefürchtet.»

Überall griff Biermann ein. Kein Leiter konnte sicher sein, von ihm nicht heftig kritisiert und abgemahnt zu werden. Dazu benutzte er den werkseigenen Sprechfunk. Es kam häufig vor, dass sich Biermann meldete, während gerade eine Sitzung im Gange war. Dann

konnten alle Anwesenden mithören, dass ihr Chef der unfähigste Genosse im ganzen Werk war:

Meist ging es um gewisse Disziplinlosigkeiten oder unvollständige Arbeit, für die die jeweils Schuldigen zur Rechenschaft gezogen wurden. Das musste dann umgehend in Ordnung gebracht werden, sonst folgte noch viel Schlimmeres, zum Beispiel öffentliche Blossstellung auf der monatlichen Rechenschaftslegung vor den Werktätigen im krachend vollen grossen Volkshaussaal.²

Diese Rechenschaftslegungen fanden nach Arbeitsschluss um 16 Uhr 30 statt und dauerten an die zwei Stunden. Länger wurde es, wenn – aus Anlass des 1. Mai oder des 7. Oktober – wieder einmal ein Medaillenregen auf die Werktätigen niederging. Immer anwesend waren die Leiter sämtlicher Kombinatbetriebe.

Wenn die Verleihungen vorbei waren, kamen die monatlichen Ergebnisberichte des Hauptbuchhalters und des Leiters der Technischen Kontrollorganisation. Sie sprachen über Finanzen und über Qualitätsergebnisse oder -problème. Anschliessend redete der GD. Da wurde, wie er sich ausdrückte, immer mit «Lob und Tadel» gearbeitet; in Wirklichkeit gestaltete sich das, was er «Tadel» nannte, jedesmal zu einer drastischen Abrechnung mit den Verantwortlichen. Er liebte es, seinen Zorn für bestimmte Versäumnisse der Leiter, vor allem der 1. Leitungsebene, öffentlich vor versammelter Belegschaft kundzutun. Er führte seine Direktoren oft regelrecht vor, – das war nicht nur für die Betroffenen peinlich und mitunter abstossend.³

Oft genug geschah es, dass die monierten Fehler und Planrückstände gar nicht von dem betreffenden Genossen zu verantworten waren, sondern die Ursache im System lag. Die Mitarbeiter wussten es,

Biermann wusste es, und trotzdem mussten sich die Opfer die Vorwürfe anhören und Besserung geloben.

Katharina Schreiner*, damals Parteisekretärin im Direktionsbereich für Absatz- und Aussenwirtschaft, hat gleich zu Anfang der Ära Biermann eine Abreibung per Sprechfunk miterlebt. Es ging dabei um die sogenannten «GD-Termine». Das waren Berichte, die mit der Unterschrift des zuständigen Direktors am festgelegten Tag bis spätestens 12 Uhr abgegeben werden mussten.**

Ich befand mich mit einigen anderen im Arbeitszimmer des Fachdirektors. Der Direktor war auf Dienstreise, der Stellvertreter amtierte, hatte also an diesem Tag auch für die rechtzeitige Abgabe der Posttermine im GD-Sekretariat zu sorgen. Das wäre um 12 Uhr gewesen, jetzt war es aber schon 12 Uhr 30. Und einen Antrag auf Terminverschiebung hatte er auch nicht gestellt. Also rief die GD-Sekretärin an und teilte mit, seine GD-Termine stünden noch aus, er solle sie umgehend hochbringen lassen. Daraufhin sagte der Stellvertreter unvorsichtigerweise, er werde das sofort prüfen. Da schaltete sich der GD per Sprechfunk ein. «Wenn meine Sekretärin sagt, Ihre Post ist noch nicht da, dann brauchen Sie das nicht mehr zu prüfen, solche Überheblichkeiten verbitte ich mir. Mit Ihrem liederlichen Laden habe ich es sowieso schon lange satt, und der grösste Versager sind Sie persönlich. In fünf Minuten sind Ihre Termine bei mir, oder es kracht!» Nachdem das in fliegender Hast erledigt war, brach der Mann fast zusammen/

Die Parteisekretärin versuchte, den Genossen Stellvertreter zu beruhigen, aber es gelang nicht. «Dann ging ich zurück in mein Arbeitszimmer und schrieb dem grossen Wüterich ganz spontan einen acht Zeilen langen Brief über den Umgang mit Menschen.» Beigefügt war eine Seite aus einer Rede von Leonid Breschnew über Men-

* Nach der Heirat 1980 Katharina Semmler.

** In späteren Jahren um 14 Uhr.

schenbehandlung im Sozialismus. «Meine Empörung war so echt, dass sie ihm wahrscheinlich aus jeder Zeile meines Briefes entgegenbebt. Ich gab ihn persönlich in seinem Sekretariat in der n. Etage ab.» Ein Durchschlag ging an die Partei.

Die SED in Jena, genauer die IKL, die Industriekreisleitung, missbilligte die Methoden des Generaldirektors, wagte sich aber nicht an ihn heran, «weil er ZK-Mitglied ist». Die Genossen empfahlen Frau Schreiner, sich möglichst umgehend beim «General» zu entschuldigen, ehe dieser von sich aus etwas unternehme.

Auch im Sozialismus gibt es Überraschungen. Biermann schrieb der Genossin einen liebenswürdigen Brief. Leider könne man sich nicht ständig gegenseitig auf die Schulter klopfen. Dafür stünde zu viel auf dem Spiel. Und dann lud er Frau Schreiner zu einem Gespräch ein. «Mit sozialistischem Gruss, Wolfgang Biermann.» Und nun zeigte der General, dass er auch anders konnte.

Er war von einer Herzlichkeit, die ich nicht im Entferntesten erwartet hatte. Ich fand ihn umwerfend – geistvoll, witzig und vollkommen natürlich; nichts von diesen albernen, spiessigen Etikette-Allüren, die ich [als Dolmetscherin] von anderen Prominenten kannte ... Er war beinahe erleichtert, dass sich ihm einmal jemand widersetzt hatte und quittierte das mit einer gewissen Akzeptanz, allerdings so, dass keinerlei Zweifel über Abstand und Rangunterschied zwischen uns blieb. Oft hatte ich später den Eindruck, ich hätte mehr auszustehen als andere. Trotzdem wurde ich unmittelbar nach diesem Zwischenfall Mitarbeiterin in seinem Büro, zunächst als Frauenbeauftragte, dann zwei Jahre als Presseferentin und ab 1980 als seine persönliche Referentin.⁵

Nicht nur gegenüber der Partei, auch gegenüber der allgegenwärtigen Staatssicherheit besass der Generaldirektor eine starke Stellung.

«Ein ZK-Mitglied ist für das MfS unantastbar», erklärte er später westdeutschen Sozialforschern. Zum Chef der Objektdienststelle, Oberstleutnant Karl Teller, entwickelte sich ein «persönliches, freundschaftliches Verhältnis», und er charakterisierte Teller als «einen netten, gebildeten Mann». Die Objektdienststelle war verpflichtet, Monatsberichte mit Angaben über die aktuellen Probleme im Kombinat und die Planerfüllung einzureichen. Diese Berichte erhielt auch der Generaldirektor zur Einsicht.

Biermann hatte nach dem Krieg in Leipzig Maschinenbau studiert. 1976, im Alter von 49 Jahren, promovierte er am Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung mit einer Dissertation über «Die Entwicklung sozialistischer Industriekombinate». Die mündliche Prüfung fand im Gästehaus am Jenzig statt, wozu die Professoren eigens nach Jena reisten. Sie waren stark beeindruckt von seiner Kompetenz, und Biermann erhielt «summa cum laude», die bestmögliche Note, die auch in der DDR nur selten vergeben wird.

Erich Honecker hat Biermann sehr geschätzt und ihm schon 1977 den «Vaterländischen Verdienstorden in Gold» verliehen. In seiner 1980 erschienenen Autobiographie betonte er die Bedeutung der Kombinate, die in der sozialistischen Industrie «eine Schlüsselrolle spielen». Ausdrücklich hob er als «international weithin bekanntes Kombinat» Carl Zeiss Jena mit seinen 42'000 Beschäftigten und 2,4 Milliarden Umsatz hervor und als dessen Generaldirektor seinen «Kampfgefährten» Wolfgang Biermann. Umgekehrt hat Biermann den Staatsratsvorsitzenden eher kritisch beurteilt: «Wenn man als Grösster in die Weltgeschichte der DDR eingehen will, dann muss man etwas für die Masse tun»:

Unter Honecker stieg die Verschuldung rasant an. Es wurden Konsumgüter, Textilien und Autos ... in Massen gekauft, und das musste ja alles bezahlt werden. Und es wurde viel importiert, z.B. eine Fabrik für die Herstellung von Jeanshosen, Möbelfabriken,

Plattenwerke aus Finnland für Wohnhäuser ... Es wurden aber auch technische Anlagen importiert.⁶

Bei Günter Mittag und Biermann war die Hochschätzung gegenseitig: «Mittag war ein grosser Dynamiker, ein Fleissmensch», sagte Biermann nach der Wende. «Er hat sich nie vor Entscheidungen gedrückt. Er hat sogar viele Entscheidungen treffen müssen, für die eigentlich andere zuständig waren.»

Ein grosser Dynamiker, ein Fleissmensch, war auch Biermann. Seine Arbeitswoche hatte sechseinhalb Arbeitstage und der Arbeitstag vierzehn bis sechzehn Stunden mit steigender Tendenz. Drei Damen arbeiteten in seinem Sekretariat. Alles musste über seinen Schreibtisch gehen; kein Bericht und kein Brief durfte ohne seine Unterschrift das Kombinat verlassen. «Ich habe mich mit diesem Kombinat immer identisch gefühlt», sagte Biermann: «Ich habe es behandelt, als wäre es mein eigen gewesen.» Als wieder einmal ein Mitarbeiter einen Bericht für das vorgesetzte Ministerium ausarbeiten musste und dieser ungewöhnlich kritisch ausfiel, tobte Biermann. Das Kombinat durfte nicht «beschmutzt» werden. Der Mitarbeiter wurde zitiert und verteidigte seinen Bericht. Darauf sprang Biermann erregt auf, packte die Unterschriftenmappe samt Bericht und warf sie in hohem Bogen vom n. Stock über das Gelände. Der Mitarbeiter musste unten die einzelnen Seiten aufsammeln. Der Bericht wurde umgearbeitet.

«Dass Wolfgang Biermann als Generaldirektor so ungewöhnlich erfolgreich war, lag zweifellos an der Härte und Kompromisslosigkeit seines Führungsstils», urteilte seine persönliche Referentin. Es lag, sagt sie, «an der Fähigkeit, sich in den Tücken dieses Wirtschaftssystems weder zu verlieren noch aufreiben zu lassen». Es lag an der Fähigkeit, «unbeirrt durch eigene Zweifel» oder gar durch Rücksicht auf andere seinen Weg zu gehen und das durchzusetzen, was ihm durch die Partei- und Staatsführung aufgetragen worden war.

Der Wille zum Erfolg überwog alles andere ... Er war der Oberkommandierende, und niemand durfte seine Befehle in Frage stellen. Ein anderer Führungsstil hätte in diesem Wirtschaftssystem kaum eine Chance zum Erfolg gehabt. Die Kommandowirtschaft brauchte Kommandeure.⁷

Im «Paradies der Werktätigen» bestanden Formen der Abhängigkeit und Bevormundung, die an die Leibeigenschaft der bäuerlichen Bevölkerung im 16. Jahrhundert erinnerten. Von der Macht, die er im Kombinat besass, hat Biermann rigorosen Gebrauch gemacht und den Hass der Mitarbeiter auf sich gezogen. Gerd Schuchardt, der im Forschungszentrum, Bereich technologische Spezialausrüstungen, tätig war, hatte mit magna cum laude an der Technischen Hochschule Dresden promoviert und dort die Lehrbefähigung erworben. Als die TU Dresden 1976 Schuchardt zum Hochschullehrer berufen wollte, lehnte Biermann die «Freigabe» ab: Auf qualifizierte, eingearbeitete Forschungskader könne «zur Lösung unserer anspruchsvollen Aufgaben nicht verzichtet werden». Schuchardt solle sein «ganzes Können und gesellschaftliches Engagement im VEB Carl Zeiss Jena zur Wirkung bringen».

Vom besonderen Stil des Generaldirektors konnte sich auch Lothar Müller*, der Büroleiter im Forschungszentrum überzeugen. Als einmal eine Verfügung ausblieb, wagte er im Sekretariat des «Generals» nachzufragen. Ihm fiel der zurückhaltende Ton der Chefsekretärin auf. Plötzlich hatte er Biermann am Apparat: «Du hast wohl an der Musikschule studiert?»

Lothar Müller war für die Stimmungsberichte zuständig, die einmal im Monat an die Industriekreisleitung gingen. Die Einheitspartei wollte über die Einstellung der Werktätigen informiert sein. Natürlich mussten auch diese Berichte über den Schreibtisch Biermanns

* Durch Heirat Lothar Janiak, nach der Wende Pressechef bei der Carl Zeiss Jena GmbH.

gehen. Einmal war der «General» mit den «Stimmungen und Meinungen», den «Stimei», wie sie intern hiessen, unzufrieden und er zitierte den verantwortlichen Forschungsdirektor. Weil weder Professor Mütze noch sein Stellvertreter anwesend waren, kam Lothar Müller. Biermann war zu einer Sitzung enteilt. Der Büroleiter musste warten. Nach einer Stunde kam ein Anruf: Müller solle einen schriftlichen Bericht einreichen. Nach ein paar Tagen erhielt Professor Klaus Mütze, der Direktor des Forschungszentrums, den Auftrag, den Bericht zu kommentieren. Auch diesen Kommentar verfasste Müller. Mütze unterschrieb. Dann war endlich Ruhe.

Das Kombinat erreichte bald wieder eine gute Jahresbilanz. Nur der Export in die kapitalistischen Länder, in das NSW, das nicht-sozialistische Wirtschaftsgebiet, wie es auf DDR-Deutsch hiess, verlief nicht nach Plan. Hektisch versuchte Biermann in den letzten Stunden des Jahres 1976 den Aussenhandelsminister, seinen Freund Gerhard Beil, am Urlaubsort telefonisch zu erreichen. Das im Beisein eines Mitarbeiters geführte Gespräch verlief erfolgreich. Am ersten Arbeitstag des neuen Jahres kam vom Aussenhandelsminister eine sogenannte «Planpräzisierung», d.h. eine Änderung der Vorgaben. Der Jahresplan war damit «allseitig erfüllt». Das Kombinat hatte eine ungetrübte Bilanz. Günter Mittag konnte Carl Zeiss weiter als Vorbild darstellen.

Die etwa 150 Kombinate bildeten das Rückgrat der DDR-Wirtschaft, und hier besaßen die Werktätigen nach offizieller Lesart ein besonders fortschrittliches «sozialistisches Bewusstsein». Trotzdem spielte in Jena die auf Carl Zeiss und Ernst Abbe zurückgehende Tradition noch immer eine grosse Rolle. Sie war das unsichtbare Band, das – trotz allem – den Mitarbeitern in Jena und Oberkochen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit gab.

In den fünfziger und sechziger Jahren hatte die Partei behauptet, Ernst Abbe, der Gründer der Carl-Zeiss-Stiftung, sei ein besonders abgefeimter Kapitalist gewesen, der die Arbeiter getäuscht und um den «Mehrwert» betrogen hätte. Diese Zeiten waren glücklicherwei-

se vorüber. Die alten Zeissianer konnten sich wieder auf die grosse Tradition und Ernst Abbe berufen. Der Prototyp des «alten Zeissianers» war Helmut Dorn, der sich «geradezu legendenbildend mit der Firma identifizierte und sich für sie in Stücke reissen liess».

Helmut Dorn liebte jedes Einzelteil, jede Baugruppe und jedes fertige Gerät, und wehe dem, der eine Oberfläche oder ein Gewinde nicht mit dem zeiss-würdigen Schliff bearbeitete. Dem blühte nichts Gutes. Hatte es aber jemand drauf, diesen «allerletzten Hauch», wie er sich ausdrückte, auf eine Metallfläche zu bringen, ihr diesen makellosen, matten oder spiegelnden Glanz zu verleihen, dann sorgte Helmut Dorn auch dafür, dass aus dem etwas wurde. Er stotterte etwas, wenn er aufgeregt war. Diese Tatsache sorgte in Verbindung mit seinen sonstigen originellen Eigenschaften dafür, dass unzählige Anekdoten über ihn kursierten.⁸

Einmal ging es um eine neue Mikroskopreihe. Bei der Beratung in grosser Runde wollte Generaldirektor Biermann eine nach Meinung von Helmut Dorn falsche Entscheidung treffen, worauf dieser gesagt haben soll: «General, vergessen Sie eins nicht: Sie sitzen hier auf dem Stuhl von Ernst Abbe!» Die Zeiten, in denen der grosse Physiker und Philanthrop als schamloser Ausbeuter diffamiert wurde, waren vorbei. An der Rehabilitierung hatte wohl auch Biermann seinen Anteil.

Ausser den Fachberatungen und den monatlichen Rechenschaftslegungen gab es noch die ebenfalls monatlichen Kombinatssitzungen. Sie fanden reihum in den 25 Betrieben statt. «Da gab es grosse und kleine, arme und reiche, saubere und liederliche, bescheidene und anmassende, neue und alte. Jedesmal tat sich eine neue Welt auf», berichtete Katharina Schreiner.

Der GD hatte ein unbestechliches Auge für die Stärken und Schwächen seiner Kombinatbetriebe und deren Leiter. Er liess

sich überall hinführen, mit Vorliebe an solche Stellen, mit denen niemand gerechnet hatte ... Manchmal marschierte er auch aufs Geratewohl alleine los. Einmal hatte er sich – ich glaube es war bei «Pentacon» – den Weg zu einer Frauenbrigade gebahnt und sie über ihre sozialen und arbeitsmässigen Probleme ausgefragt. Ein Leiter war nicht dabei, die standen alle Gewehr bei Fuss vor den Türen des Sitzungssaales. So hatte der GD die seltene Möglichkeit, einmal richtig mit den Frauen zu reden. Hinterher haben wir gehört, dass die ganze Brigade total begeistert war von dem Genossen Biermann und dass sie mächtigen Spass mit ihm gehabt hätten.⁹

Unvergesslich für die Beteiligten blieb auch eine andere Kombinat-leitungssitzung. Joachim Abicht, der Leiter des Aussenhandelsbetriebes, schief ein, kurz bevor er mit seiner Vorlage an der Reihe war. Abicht führte ebenfalls den Titel Generaldirektor, war aber Biermann, dem «grossen Generaldirektor», unterstellt.

Das war unerhört, so etwas konnte furchtbare Folgen haben, dem GD waren solche Sachen verhasst. Er bemerkte es, sagte laut: «Hier pennt jemand!» Und alle versteinerten vor Schreck. Der Genosse Abicht wurde von dem Tumult natürlich wach und sagte dann in der ihm eigenen Art: «General, mir geht es wie Napoleon. Der hat vor seinen grossen Schlachten auch immer noch mal kurz geschlafen.» Damit war die Situation gerettet, und alle hatten ihren Spass. Das kam selten genug vor.¹⁰

Im Dezember 1980 verlieh die private City University of London dem Generaldirektor die Ehrendoktorwürde. Sogar Frau Biermann erhielt die Reisegenehmigung. «Da mussten sie ja zustimmen», sagte er. Die Engländer ahnten nicht, in welche Verlegenheit sie die Staatsicherheit brachten. Sogar noch ein zweites Mal erhielt Frau Biermann die Genehmigung, ihren Mann auf einer Westreise zu begleiten:

Da hat man sie nach Berlin bestellt und zu ihr gesagt: Pass auf, du kannst mitfahren, aber wenn du nicht wiederkommst, dann sperren wir deinen Sohn ein, und die Kinder fliegen von der Schule.¹¹

Biermann wohnte in einer der schönsten Jugendstilvillen am Philosophenweg. Er hatte zwei Chauffeure. Was ihm jedoch fehlte, war ein standesgemäßes westliches Fahrzeug. Sein Dienstwagen, ein unförmiger Tatra, gefiel ihm nicht. Erst im Mai 1982 schaffte er es, einen der wenigen schwedischen Volvos zu ergattern, die der obersten Gruppe der Nomenklatura vorbehalten waren.

Vielleicht waren es die Ehrendoktorwürde und die schönen Tage in London, die Biermann stimuliert haben, über akademische Ehren und nationales Prestige nachzudenken. Im kaiserlichen Deutschland und in der Weimarer Republik war die Wissenschaft ein «Pfeiler deutscher Weltgeltung». Durch die Vertreibung der jüdischen Gelehrten und die geistesfeindliche Politik der Nationalsozialisten hatte Deutschland seine einstige Spitzenstellung verloren. Immerhin konnte die Bundesrepublik einen der vordersten Plätze behaupten. Es gab weiterhin Nobelpreise für deutsche Forscher, wenn auch längst nicht mehr so zahlreich wie früher.

Zur Jahrhundertwende, als «Deutsch die Muttersprache der Physik» war, hatte auch Ernst Abbe zu den ernsthaften Anwärtern gehört. Nach der Stiftung des Preises und der ersten Verleihung machten sich seine Verehrer in Jena zur Aufgabe, für ihn diese Auszeichnung zu erwirken, die höchste, die einem Gelehrten zuteilwerden kann. Berechtigt, in Stockholm Vorschläge einzureichen, war Wilhelm Conrad Röntgen als Preisträger des Jahres 1901. Um die Leistungen Abbes würdigen zu können, mussten aber erst einmal alle seine einschlägigen Zeitschriftenaufsätze zusammengetragen werden. 1904 hat Siegfried Czapski, Abbes Freund und Nachfolger in der Geschäftsleitung, dessen «Abhandlungen über die Theorie des Mikroskops» als ersten Band der Gesamtausgabe publiziert. Durch

den Tod Abbes am 14. Januar 1905 (kurz vor seinem 65. Geburtstag) liess sich der schöne Gedanke dann nicht mehr verwirklichen.

Im Kombinat gab es eine Forschungskapazität von 13'000 Köpfen. 1981 stellte Biermann ernsthaft Überlegungen an, ein Institut ausschliesslich für die Grundlagenforschung zu schaffen mit dem Fernziel, einen Nobelpreis in die DDR zu holen.

Ein normales Selbstwertgefühl hatte der DDR-Bürger nicht entwickeln können. Marlies Menge, die in Ostberlin akkreditierte Zeit-Reporterin, erzählte von einer Magdeburger Pastorin, die ihre Konfirmanden fragte, ob sie stolz seien, Deutsche zu sein. «Da wollte niemand antworten. Schliesslich sagte ein Mädchen: Doch, einmal sei sie stolz gewesen, als man sie im Ausland für eine Westdeutsche gehalten habe.»

Die Repräsentanten des Regimes gierten nach internationaler Anerkennung. Die Olympischen Spiele wurden genutzt, um im internationalen Vergleich ganz nach oben zu gelangen.

Bisher hatte es nur einen einzigen Nobelpreisträger in der DDR gegeben, den technischen Physiker Gustav Hertz. Seine mit dem hohen Preis ausgezeichneten Arbeiten lagen lange zurück. Zusammen mit James Franck war er 1925 für die noch vor dem Ersten Weltkrieg unternommenen Elektronenstossversuche ausgezeichnet worden. In den zwanziger Jahren hatte Gustav Hertz die Methode der Isotopentrennung mittels Diffusion entwickelt und war deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg in die Sowjetunion gebracht worden. Nach seiner Rückkehr übernahm er nochmals in Leipzig die Leitung eines Universitätsinstitutes und lebte dann als Emeritus bis zu seinem Tode 1975 in Ostberlin.

In seinen Hoffnungen, es könnte einmal ein Zeiss-Forscher mit dem Nobelpreis ausgezeichnet werden, wurde Biermann durch das Interesse der Nobelstiftung an der Industrieforschung bestärkt. Im Jahre 1956 hatte die Stiftung ihren Physikpreis an die amerikanischen Forscher William Shockley, John Bardeen und Walter Brattain

verliehen. Alle drei waren Mitarbeiter der berühmten Bell Telephone Laboratories in Murray Hill im amerikanischen Bundesstaat New Jersey. Insgesamt 6'000 Wissenschaftler und Ingenieure arbeiteten dort für das von dem Grossunternehmen «American Telephone and Telegraph» finanzierte Forschungszentrum. Den Preis hatten die drei Industriephysiker für die Erfindung des Transistors erhalten, womit sie das Zeitalter der Mikroelektronik einleiteten.

Die Überlegungen des Jenenser Generaldirektors waren also gar nicht abwegig. Das sollte sich eineinhalb Jahrzehnte später nochmals bestätigen: 1986 und 1987, in zwei Jahren hintereinander, wurden Wissenschaftler des IBM-Forschungslaboratoriums in Rüschlikon im Kanton Zürich mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet: 1986 Gerd Binnig und Heinrich Rohrer für das Rastertunnelmikroskop, 1987 Georg Bednorz und Karl Alexander Müller für die Entwicklung von Hochtemperatur-Supraleitern.

Bei den Kombinatssitzungen, den KLS, wie sie intern hiessen, kam Biermann gelegentlich auf den Nobelpreis zu sprechen. «Wenn man der erste sein will, muss man das auch nachweisen», sagte er. Für die DDR war Carl Zeiss das «Vorzeigekombinat». Regierung und Bürger empfanden Stolz auf die historischen und aktuellen Leistungen der Jenenser. Ein Nobelpreis für Zeiss Jena wäre die Krönung gewesen. «Ein Land stellt sich nicht nur durch Sport und Kultur und Bildung dar, sondern auch durch industrielle Wahrzeichen», sagte Biermann. «Das fanden wir auch richtig.»

Die hohen Aufwendungen für die Grundlagenforschung und die höchst unsicheren Chancen auf einen Nobelpreis veranlassten Biermann aber dann doch, seine Pläne aufzugeben. Vielleicht spielte auch eine Rolle, dass Forschung auf freien Gedankenaustausch angewiesen ist. Da hätte die Staatssicherheit gewiss Schwierigkeiten gemacht.

Bis zur Mitte der siebziger Jahre hatte die Mikroelektronik in der DDR eine nur untergeordnete Rolle gespielt. Die Schwerindustrie dominierte. Der wirtschaftliche Erfolg wurde an der Zahl der produ-

zierten Tonnen gemessen. Siliziumplättchen von wenigen Millimetern Grösse hatten da keine Chance. Nur langsam setzte sich die Einsicht durch, dass überall, auch im Schwermaschinenbau, elektronische Steuerungen notwendig sind und deshalb eine eigene Mikroelektronikindustrie aufgebaut werden müsse.

Für die verzögerte Einführung der Mikroelektronik, der elektronischen Steuerungen und der Datenverarbeitung waren auch ideologische Gründe verantwortlich. Im Westen glaubte man, dass der Einsatz der Computer tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen zur Folge haben werde. Die SED war ratlos, ob dies mit dem Marxismus-Leninismus in Einklang gebracht werden konnte. Erst als für die in der DDR hergestellten Maschinen durch die fehlende bzw. unzureichende Elektronik zusätzliche Wettbewerbsnachteile entstanden, sah sich die SED zum Handeln gezwungen. Auf seiner 6. Tagung im Juni 1977 verabschiedete das Zentralkomitee einen Beschluss zur «Beschleunigung der Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik in der DDR». Kurz darauf wurde in Erfurt das Kombinat für Mikroelektronik gegründet. Bei Carl Zeiss in Jena beschäftigte man sich verstärkt mit den mikrolithografischen Geräten für die Chip-Herstellung.

Hier konnte das Kombinat VEB Carl Zeiss einen Spitzenplatz im sozialistischen Wirtschaftsgebiet erringen. Gegenüber den westlichen Industriestaaten bestand freilich ein erheblicher Rückstand. Die in Jena entwickelten und produzierten photolithografischen und Elektronenstrahl-Geräte wurden zu neunzig Prozent in die Sowjetunion geliefert. Das grosse Brudervolk besass grossen Bedarf, vor allem in der Raumfahrt und in der Militärtechnik. Wolfgang Biermann konnte seine Planzahlen für das sozialistische Wirtschaftsgebiet für mehrere Jahre absichern.

Im Gegensatz zum Kombinat in Jena beschränkten sich die Oberkochener auf dem umkämpften Gebiet der Mikroelektronik auf einen kleinen Sektor, der zu ihrer Kernkompetenz gehörte: Sie konzentrierten sich auf die Entwicklung und Produktion der Spezialobjekti-

ve für die photolithografischen Geräte. Bereits Anfang der siebziger Jahre gehörten die japanischen Firmen Olympus, Hatachi und Nikon zu den Kunden. Das Problem in Oberkochen war die nicht reproduzierbare Qualität, weshalb Zeiss nicht die gewünschten Mengen herstellen konnte. Die Japaner glaubten, die Oberkochener wollten nicht liefern.

Gegenüber dem Westen blieb der Volkseigene Betrieb technisch im Rückstand. Im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet liessen sich die mikrolithografischen Geräte aus der Jenenser Produktion auch bei reduzierten Preisen nicht absetzen. Unter dem Druck des Wettbewerbes hatten die westlichen Firmen, insbesondere die in den Vereinigten Staaten und in Japan, einen Vorsprung von etwa sieben bis acht Jahren erreicht. Daran konnte auch ein ZK-Beschluss nichts ändern. Das Wettrennen war bereits entschieden, ehe es überhaupt begonnen hatte.

Seit 1. Oktober 1982 gab es in Bonn eine neue Regierung. Mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums war Helmut Kohl Bundeskanzler geworden. Drei Wochen später kam der französische Staatspräsident zu Gesprächen nach Bonn. Wie im Jahr zuvor gegenüber Helmut Schmidt beurteilte François Mitterrand die Chancen für die Wiedervereinigung bemerkenswert positiv. Wenn es jemals wieder ein einheitliches Deutschland geben sollte, werde es bis dahin sehr lange dauern, meinte Kohl. Der französische Staatspräsident rechnete mit kürzeren Fristen. «Es werden nicht Generationen nötig sein.» Dabei dachte Mitterrand an innere Reformen in der DDR: «Cela se fera en douceur.»

Am 6. März 1983 stellte sich die neue, aus CDU/CSU und F.D.P. gebildete Regierung dem Votum des Wählers. Mit 48,8 Prozent der Stimmen für die CDU/CSU errang Helmut Kohl ein glänzendes Ergebnis. Bei den Koalitionsverhandlungen kam es zu einem wütenden Streit über die Politik gegenüber der DDR. Franz Josef Strauss vertrat eine ganz harte Linie. Als am 10. April ein westdeutscher Last-

wagenfahrer am Westberliner Grenzübergang Drewitz bei einem Verhör durch die Volkspolizei einen Herzinfarkt erlitt und starb, sprach Strauss öffentlich von Mord. «Dass ein solcher Vorgang kein Mord ist im Sinne des Strafgesetzbuches, wusste ich natürlich auch, aber ich wählte bewusst eine deutliche Formulierung.»

Etwa zwei Wochen später erfuhr Strauss, dass ihn Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski im Auftrage Honeckers aufsuchen wolle. Strauss wusste sofort, dass es dem Emissär noch um etwas ganz anderes ging. Das lockte den bayerischen Ministerpräsidenten, der die deutsch-deutsche Politik nicht ganz dem Bundeskanzler überlassen wollte. «Ich horchte auf», berichtete Strauss über die erste Begegnung am 5. Mai, «das war nicht der übliche propagandistische Ton kommunistischer Funktionäre.» Bald sprachen die Herren über den (schon lange von der DDR gewünschten) Milliardenkredit:

Ich schlug den Bogen zwischen den beiden Themen: «Ich bringe es auf einen Generalnenner – Sie können die Bürger der Bundesrepublik an der Grenze und in Ihrem Lande nicht als Bürger eines Feindstaates behandeln und die Währung der Bundesrepublik als die Währung eines Freundstaates in Anspruch nehmen wollen.»¹²

Die DDR erbrachte eine Reihe von Gegenleistungen: Die Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze verschwanden, die Grenzabfertigung wurde freundlicher, die Reiseverbindungen verbessert und die Familienzusammenführung erleichtert.

Im Juli bezog der bayerische Ministerpräsident für den von ihm eingefädeltten Milliardenkredit «Prügel», wie er sich selbst ausdrückte. Auf dem Parteitag der CSU erhielt er bei der Wiederwahl zum Parteivorsitzenden «nur» 77 Prozent der Stimmen. So rasch konnten sich die Delegierten auf die Kursänderung nicht einstellen.

Unmittelbar danach fuhr Strauss zu Honecker an den Werbellinsee. Die Herren sprachen auch über persönliche Erlebnisse. In seiner

saarländischen Heimat habe der Pfarrer während der grossen Wirtschaftskrise die kommunistische Familie Honecker mit Lebensmitteln versorgt, erzählte der Staatsratsvorsitzende, und seine an Leukämie erkrankte Schwester sei im katholischen Johannes-Stift rührend gepflegt worden. Wie wir heute wissen, hat die evangelische Kirche später auch noch an dem entmachteten Honecker Gutes getan und ihm Zuflucht gewährt.

Übrigens kam es auch zu einer Begegnung von Strauss und Biermann anlässlich eines Messebesuches in Leipzig. Biermann führte den bayerischen Ministerpräsidenten durch die Zeiss-Ausstellungshalle. Offenbar fanden die Herren Gefallen aneinander. Gegenüber Mitarbeitern soll Strauss von Biermann und sich als «zwei richtigen Bärbeissern» gesprochen haben. Jedenfalls erzählte Biermann diese Story in Jena.

Der Milliardenkredit verschaffte der DDR nur eine kurze Atempause. Die weltpolitische Lage hatte sich geändert und mit dem gesamten Ostblock geriet die DDR in neue politisch-wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ursache war das vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan angekündigte grossangelegte Forschungs- und Rüstungsprogramm, die Strategie Defense Initiative, abgekürzt SDI. Es ging um den Aufbau eines Raketen-Abwehrsystems mit Hilfe neuartiger Strahlenwaffen. Damit sollten die Vereinigten Staaten gegen Atombombenangriffe unverwundbar gemacht werden. «Besser ein Schild als ein Schwert», sagte damals der amerikanische Physiker und Präsidentenberater Edward Teller:

The genie that produced the sword of modern times can also produce the shield. If we can make the shield more effective than the sword, we shall have made the decisive step that eventually will render the sword obsolete.¹³

Die eigentliche Absicht des SDI-Programmes war, in einem neuen Rüstungswettlauf die Sowjetunion und ihre Satelliten wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Im Westen waren Politiker und Gelehrte zu-

versichtlich, dass sich die freiheitlichen Demokratien mit ihrer blühenden Wissenschaft und Technik als überlegen erweisen würden.

Die systembedingte Auseinandersetzung wird ausgetragen mit den Mitteln des Geistes, der Wissenschaft, der technischen Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Anwendung. Die Entscheidungen fallen in den Labors der Wissenschaftler, in den Sälen der Entwicklungstechniker, in den Hallen der modernen Produktion, auf den Gebieten der Elektrotechnik, der Mikroelektronik, der Gentechnik und anderen, noch gar nicht voll übersehbaren und absehbaren Forschungsfeldern der modernen Wissenschaft.¹⁴

Das sagte Franz Josef Strauss 1986, und er erwartete sogar auf längere Frist politische Veränderungen im anderen Teil Deutschlands. Im gleichen Jahr 1986 erklärte Michail Gorbatschow beim Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten in Reykjavik: «SDI wird forciert, um uns zu zermürben. Genau das ist ja die Absicht. Die UdSSR soll SDI in moralischer, wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht fürchten.»

Von der Bundesregierung wurde SDI positiv beurteilt. Deutsche Steuergelder sollten dafür jedoch nicht aufgewandt werden. Der Industrie blieb es überlassen, ob sie sich beteiligen wollte. Besonders umworben war Carl Zeiss in Oberkochen. «Zeiss hat Weltraum-Erfahrungen auf den Gebieten nahes Infrarot, sichtbares Licht, UV- und Röntgenlicht», sagte damals Vorstandssprecher Horst Skoludek: «Wenn aus diesen Bereichen ein Sensor gebraucht wird, um den Start einer Rakete auf grosse Entfernung frühzeitig zu erkennen, dann sind wir für die Amerikaner möglicherweise die richtigen Partner.»

In einem Interview mit der Zeitschrift *Bild der Wissenschaft* Anfang 1986 machte Skoludek klar, dass er keine politischen Bedenken gegen eine Beteiligung hatte: «Ich lebe in der westlichen Welt, und

ich fühle mich verpflichtet, auch etwas dafür zu tun, dass diese Welt so bleibt, wie sie heute ist.» Die wirtschaftlichen Aspekte aber sprachen dagegen. Erstens besass (und besitzt) die Firma nur eine Handvoll Spezialisten, die in der Lage sind, die benötigten asphärischen Superspiegel mit der erforderlichen Genauigkeit zu schleifen. Skoludek nannte sie die «Männer mit den goldenen Händen»:

Ähnliches wie im handwerklichen gilt auch im wissenschaftlichen Bereich. Die optische Industrie in ihrer Spitzenstellung lebt von ihren Mathematikern, die müssen die optischen Systeme optimiert berechnen. Wir haben bei uns 60 Mathematiker. Die können wir nicht plötzlich alle für SDI einsetzen.¹⁵

Zweitens lohnten sich die hohen Entwicklungskosten nur, wenn Anschlussaufträge erteilt werden und eine ganze Serie von Spitzeninstrumenten geliefert werden kann: «Aber dann ist SDI plötzlich zu Ende. Was machen wir dann? Sozialpläne oder ähnliches zahlt doch keine amerikanische Regierung.»

Um der Sowjetunion die letzte Chance zu nehmen, im Rüstungswettlauf mithalten zu können, verschärften die Vereinigten Staaten ihr Handelsembargo. Auch die Verbündeten mussten sich den Exportverboten für strategische Güter anschließen. Alles, was irgendwie mit Mikroelektronik zusammenhing, war strategisch. «Das ist ganz unverhüllter Klassenkampf», kommentierte Wolfgang Biermann.

Damit stand die DDR vor der Notwendigkeit, die für die Mikroelektronik erforderlichen Geräte, auch solche, die nur in kleiner Stückzahl gebraucht wurden, selbst zu entwickeln und zu produzieren. Als die Oberkochener nach der Wende das Hauptwerk und das Südwerk in Jena besichtigten, schrieben sie in ihrem Reisebericht:

Die Fertigungstiefe beim VEB ist insgesamt beim Mikrolithografie-Gerätebau sehr gross. Es wird alles selbst entwickelt. Wir

glauben nicht, dass dieser Aufwand über das Produkt erlösbar ist.¹⁶

In einigen besonders wichtigen Fällen musste man versuchen, sich die fehlende Hochtechnologie auf illegalen Wegen zu beschaffen. Dafür war das Imperium des Alexander Schalck-Golodkowski zuständig, die Kommerzielle Koordinierung, abgekürzt KoKo. Ursprünglich als Bereich des «Ministeriums für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel» gegründet, verlor der zuständige Minister bald jeden Einfluss. Schalck wurde direkt dem Politbüromitglied und Sekretär des ZK Günter Mittag unterstellt. Enge Beziehungen bestanden auch zum Ministerium für Staatssicherheit. Hier gab es eine eigene Arbeitsgruppe, der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Schalck bezog zwei Gehälter: das eine vom Aussenhandelsministerium, das andere vom MfS, wo er als hauptamtlicher «Offizier im besonderen Einsatz» (OibE) diente.

Im Kombinat wurde, wie Biermann berichtete, «alles aufgelistet, was wir zur Produktion brauchten und in welchen Ländern es das gab». Für die Beschaffung war dann die Kommerzielle Koordinierung zuständig. In einem internen Stasi-Bericht schrieb Oberstleutnant Teller, der Leiter der Objektdienststelle, dass auch ihm die Einzelheiten nicht bekannt seien: «Die Beschaffung erfolgt mit hohem materiellem Aufwand, vielfältigen Methoden der Verschleierung des Beschaffungsweges und insgesamt hohem Risiko.»

Da die Lieferung von Embargoprodukten an das Kombinat meist ohne Wissen des Herstellers durchgeführt wurde, gab es für diese Anlagen weder Garantie noch Unterstützung bei der Installation. Beides konnte zu kostspieligen Folgen führen. Als im März 1986 eine von KoKo gelieferte DECVAX 780* im Kombinat Carl Zeiss Jena installiert werden sollte, konnte sie nicht einwandfrei in

* Ein Computer der Digital Equipment Corporation.

Funktion gesetzt werden. Obwohl die Experten des Kombinats sie für fabrikneu hielten, schien die gelieferte Zentraleinheit nach Aussage von Oberstleutnant Teller ein sogenannter «Ausfaller» zu sein. Es gab Vermutungen, dass die Maschine von einem westlichen Geheimdienst entsprechend präpariert war.¹⁷

Auch wenn es nicht um Embargoprodukte ging, war die Zulieferung stets ein Problem, seien es Bleche, Schrauben oder Halbfertigwaren. Die Kombinatbetriebe mussten immer mehr Aufwand betreiben, um sich von dem permanenten Mangel nicht bezwingen zu lassen. «Zur Beherrschung des Mangels», erzählte die persönliche Referentin Biermanns, «wurden auch in der Kombinatleitung immer mehr Arbeitskräfte beschäftigt, immer mehr Rapporte waren notwendig, um den Stand der Planerfüllung ständig unter Kontrolle zu halten.»

1985 wurde dem Zeiss-Kombinat die gesamte Kamera-Industrie der DDR zugeordnet. Sie umfasste drei Betriebe – VEB Pentacon Dresden, VEB Feinoptisches Werk Görlitz und VEB Kamerafabrik Freital – mit insgesamt ca. 10'000 Beschäftigten. Diese Betriebe waren im wahrsten Sinne des Wortes heruntergewirtschaftet. Aber auch in gutem Zustand hätten sie schon eine Überfrachtung des Kombinats bedeutet.¹⁸

Damit aber nicht genug. Im Februar 1986 beschloss das Zentralkomitee der SED, die Dresdner Betriebe VEB Forschungszentrum Mikroelektronik, VEB Elektromat und VEB Hochvakuum dem Kombinat anzugliedern. Damit kamen abermals 10'000 neue Mitarbeiter zu Carl Zeiss. Jetzt zweifelten selbst die treuen Genossen, «ob in der Berliner Zentrale noch alles in Ordnung war».

Die sechs Betriebe, sowohl die für Kameras als auch die für Mikroelektronik, hatten weithin sichtbare Pferdefüße. Die einen wa-

ren so heruntergewirtschaftet, dass mit ihnen kein Blumentopf zu gewinnen war, und die anderen mit so anspruchsvoller Aufgabenstellung verbunden, dass guter Rat teuer war. Wie sollte das bewerkstelligt werden?¹⁹

Die Überbürdung des Kombimates mit Aufgaben bedeutete natürlich auch eine Überbürdung des Generaldirektors. Schon bisher arbeitete er 16 Stunden am Tage. Zu allem Überfluss übertrug man ihm im Januar 1986 auch noch die Leitung der «Jenaer Interessengemeinschaft zur territorialen Rationalisierung». Damit war er zusätzlich noch so etwas wie ein Landrat mit Sondervollmachten. Jena verdankt ihm die zweigleisige Strassenbahnverbindung nach Winzerla, ein grosses Kaufhaus und die Anfänge der Altstadtanierung. Für DDR-Verhältnisse waren das hochbeachtliche Leistungen.

In Jena war Biermann der unumschränkte Herrscher. «Von hier aus wollte er irgendwann in die Politik», berichtete seine persönliche Referentin: «Das liess er oft genug durchblicken.» Wahrscheinlich schwebte ihm vor, einmal die Nachfolge von Günter Mittag anzutreten und der oberste Lenker der DDR-Wirtschaft zu werden. In Berlin aber wollte ihn niemand, weil er den alten Herren viel zu tüchtig und unbequem war. Auch das war ein Grund, warum man ihm immer neue Aufgaben in Jena zuschanzte.

Selbstverständlich hielt der Generaldirektor auch die Kontakte zu den ungeliebten Brüdern in Oberkochen unter seiner Kontrolle. Gegenüber dem Klassenfeind war höchste Wachsamkeit gefordert. Das zeigte sich im Fall Zimbabwe. Solange das ursprüngliche Rhodesien von der weissen Minderheit regiert wurde, hatten die Vereinten Nationen ein Handelsembargo verhängt. 1980 kam es zum Machtwechsel. Kurze Zeit darauf erteilte Skoludek den Auftrag, in der Hauptstadt Harare die Firma «Carl Zeiss» in das Handelsregister eintragen zu lassen. Als Biermann die entsprechende Order gab, war es zu spät. Sein Emissär musste erfahren, dass «Carl Zeiss» bereits registriert war und ein zweiter Eintrag unter diesem Namen nicht möglich sei.

nicht möglich sei. 1985 wurde die Londoner Vereinbarung ergänzt. Südafrika, Namibia und Zimbabwe gehörten fortan zu den Ländern, in denen Oberkochen die Exklusivrechte am Namen Carl Zeiss zustanden.

Am 16. Mai 1987 verhandelten die Juristen* in Anwesenheit der beiden Chefs über die Benennung der Tochtergesellschaften des VEB. Darüber war bisher noch keine Einigung erzielt worden, weshalb die Oberkochener gemäss der Londoner Vereinbarung ein Schiedsverfahren eingeleitet hatten. Biermann liess sich schliesslich von den geringen Siegeschancen überzeugen.

Bei Gelegenheit dieses Besuches in Jena sprach Horst Skoludek mit Wolfgang Biermann auch über moderne Managementmethoden. Die beiden Herren pflegten einen scherzhaften Ton miteinander, und bei einer Frotzelei fragte der Gast aus Oberkochen: «Haben Sie Gerhart Hauptmann gelesen?» Skoludek ist Schlesier, und «Die Weber» hatten zur Schullektüre gehört: «Wenn Gerhart Hauptmann heute leben würde, hätte er nicht den Kaufmann Dreissiger porträtiert, sondern Sie.» Biermann nahm es als Kompliment. Skoludek bot an, für Oberkochen einfache optische Instrumente, Studienmikroskope und Spaltlampen in Jena fertigen zu lassen. Biermann ging jedoch nicht darauf ein, wahrscheinlich weil es das Prestige nicht erlaubte.

Für den nächsten Morgen verabredeten sich die Herren um sieben Uhr zum Frühstück. Biermann kam pünktlich. Es stellte sich heraus, dass er bereits zwei Bürostunden hinter sich hatte.

Mitte der achtziger Jahre fielen wieder Nationalpreise an das Kombinat. 1985 erhielten Gerd Schuchardt und fünf weitere Mitarbeiter seines Kollektivs den Preis «für die Entwicklung, Fertigung und den Einsatz eines neuartigen mikroelektronisch gesteuerten Prä-

* Neithardt von Einem und Claudia Bolsinger für Oberkochen, Dietmar Schmidt und Dr. Kästner für Jena.

zisionsgerätes», mit dem hochgenaue Kreisteilungen hergestellt und gemessen wurden. Es war der gleiche Gerd Schuchardt, dessen Berufung an die TU Dresden Biermann verhindert hatte und der nicht in das westliche Ausland reisen durfte. Ob Biermann die Auszeichnung als eine Art «Wiedergutmachung» empfunden hat, wissen wir nicht. Wahrscheinlich waren ihm solche menschlichen Regungen fremd.

Ein Jahr später wurde ein «Kollektiv» mit dem Nationalpreis i. Klasse für die Entwicklung und Produktionseinführung einer Basistechnologie für hochintegrierte mikroelektronische Speicherschaltkreise (256 k DRAM) ausgezeichnet. Dem Kollektiv gehörten Schaltkreisentwerfer, Verfahrens- und Ausrüstungsentwickler an. Vom Forschungszentrum Kombinat VEB Carl Zeiss Jena waren Professor Dr. Klaus Mütze und Dr. Knut Kaschlik beteiligt.

Biermanns Hauptsorge war und blieb die Mikroelektronik. Nach der Wende kamen Redakteure des *Neuen Deutschland* und befragten ihn. Rücksichten brauchte er nun nicht mehr zu nehmen: «Soll ich Ihnen sagen, wie Zeiss zur Mikroelektronik kam?»

Es gab eine Beratung im ZK mit Generaldirektoren ... Da sagte Mittag: «Wir stimmen doch überein, Wolfgang Biermann, dass du auch die Bauelemente machst?» Ich habe nichts darauf geantwortet, es wurde nichts beraten und nichts beschlossen, doch wir hatten sie am Hals.²⁰

Um die Bedeutung der Mikroelektronik zu unterstreichen, besuchten Erich Honecker und Günter Mittag am 21. Mai 1986 zuerst das Kombinat für Mikroelektronik in Erfurt, tags darauf Robotron in Sömmerda und am 23. Mai Carl Zeiss in Jena. Die gepflasterten Strassen in Jena befanden sich in einem derart schlechten Zustand, dass etwas geschehen musste. Kurz vor dem Staatsbesuch wurde auf den Strecken, die die Fahrzeugkolonne passieren sollte, eine dünne Asphaltdecke aufgebracht. Auf einmal gab es Farbe, und die Fassaden des



23. Mai 1986: Erich Honecker spricht auf einem «Kampfmeeting» im Kombinat Carl Zeiss Jena vor 13'000 Mitarbeitern.

Stammwerkes konnten neu gestrichen werden. Die Läden der Innenstadt füllten sich mit Südfrüchten, die es sonst nur an hohen Feiertagen gab. Da man der etwas abgehobenen Zeissianer nie sicher sein konnte, verstärkte man die Truppen der Staatssicherheit. Aus Berlin wurden linientreue Genossen herangekarrt, die an den richtigen Stellen klatschten und jubelten. «Immer wieder brandet Beifall auf», hiess es in der Lokalzeitung, «erschallen Hochrufe auf Erich Honecker und das Zentralkomitee.»

15'000 Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter aus allen Betrieben des Kombinats standen «dicht gedrängt im sonnenüberfluteten traditionsreichen Innenhof des Hauptwerkes». FDJ-Mitglieder in ihren blauen Blusen bekundeten in Sprechchören: «Ruhm und Ehre der Partei, wenn sie uns ruft, sind wir dabei.» Die künftige Entwicklung in der DDR werde Zeugnis dafür sein, sagte der Staatsratsvorsitzende in seiner Ansprache, was der reale Sozialismus für die Menschen erbringe:

Euer Kombinat mit seinen 69'000 Werktätigen in 24 Betrieben verkörpert heute ein gewaltiges Potential ... Qualität, Zuverlässigkeit und Präzision gehören bei Euch zum Alltag der Produktion. Zusammen mit kühnen Forscherleistungen, die wissenschaftliches Neuland mit hohen ökonomischen Ergebnissen erschliessen, macht dies Eure Kraft aus. Euer Kombinat verfügt über ein grosses wissenschaftliches Reservoir, eine starke eigene Basis, insbesondere in der Mikroelektronik und in der Optik.²¹

Die dünne Asphaltsschicht auf den Strassen begann schon bald abzubröckeln, die Südfrüchte verschwanden, und die Fassaden nahmen wieder das uniforme Schmutziggrau an. Als ein paar Jahre später westliche Journalisten frei in die DDR reisen konnten, konstatierten sie die «schreckliche Normalität des Verfalls». Allzuviel hatte auch Biermann dagegen nicht tun können.

Honecker hielt an der These fest, dass die DDR zu den zehn führenden Industrienationen gehöre, und forcierte den Ausbau der Mikroelektronik. In Erfurt, in Jena und in Dresden wurden – auf Kosten anderer Bereiche – Milliarden investiert, um den Rückstand der DDR aufzuholen. Doch vergebens.

Vom 7. bis 11. September 1987 kam Honecker zum Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Mit Recht betrachtete er diese Reise als Höhepunkt seines Lebens und ausserordentlichen Erfolg für die «Sache des Sozialismus».

Vor dem Bundeskanzleramt war eine Ehrenformation der Bundeswehr angetreten, und die beiden Nationalhymnen erklangen. Während Kohl und Honecker die Front abschritten, glaubten die Journalisten beim Ehrengast innere Ergriffenheit wahrzunehmen. In den Gesprächen sagte Honecker weitere Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr zu. Vom Schiessbefehl rückte er indessen nicht ab. An eine wie immer geartete Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei nicht zu denken. Die getrennte Existenz der Bundesrepublik und der DDR bilde ein grundlegendes Element des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Erich Honecker besuchte auch seine saarländische Heimat. In Wiebelskirchen, seinem Geburtsort, kam er in das Haus der Eltern und traf eine verwitwete Schwester. In der Staatskanzlei in Saarbrücken begrüßte ihn Ministerpräsident Oskar Lafontaine mit dem Ruf: «Willkommen dahemm!»

Einen besonders glanzvollen Empfang bereitete Franz Josef Strauss dem Staatsratsvorsitzenden in München. Auf dem Wege vom Flughafen in die Innenstadt gaben fünfzehn Polizisten auf Motorrädern Honecker das Ehrengleit. Nach den Gesprächen in der Staatskanzlei führte der Ministerpräsident seinen Gast durch die von François Cuvilliés ausgestalteten «Reichen Zimmer» der Residenz. Das Geschenk der bayerischen Staatsregierung stammte ebenfalls von Cuvilliés. Es handelte sich um ein Aquarell, den Plan des Baumeisters für den Wiederaufbau Dresdens nach dem Siebenjährigen Krieg. Zum offiziellen Gastgeschenk fügte der Ministerpräsident noch eine persönliche Gabe. Diese habe «fast an der Grenze einer freilich harmlosen Provokation» gelegen:

Ich schenkte Honecker, dem begeisterten Jäger, das begehrteste Fernglas, das es in der Bundesrepublik zu kaufen gibt, ein Produkt der Firma Zeiss, die ja ursprünglich aus Jena stammt. Es war die allerneueste Ausgabe des alten deutschen Marinefernglases 8 x 56.²²



11. September 1987: Staatsbesuch von Erich Honecker in München.

In der konservativen französischen Tageszeitung *Le Figaro* stellte der frühere französische Außenminister Jean François-Poncet die Frage: Kommt es zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten und zu einer Wiedervereinigung? Wie die meisten Beobachter hielt François-Poncet die Wiedervereinigung noch «für sehr lange Zeit ausgeschlossen». Unter den namhaften Politikern und Diplomaten gab es nur einen einzigen, der an eine bevorstehende Wiedervereinigung glaubte. Das war Vernon A. Walters, der spätere amerikanische Botschafter in Bonn. Auf einer Party, die Henry Kissinger zum 70. Geburtstag von Helmut Schmidt in New York gab, sagte Walters zu einer amerikanischen Journalistin: «Die Einheit Deutschlands wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.»

Doch zuvor feierten die DDR und Generaldirektor Biermann noch einen grossen Propagandaerfolg. Am 12. September 1988 überreichte Biermann in einem Festakt im Staatsratsgebäude den ersten Megabit-Chip an Honecker. Vor den laufenden Fernsehkameras er-

klärte der Staatsratsvorsitzende zum wiederholten Male die Überlegenheit des Sozialismus:

Eure Leistungen sind ein hervorragender Beitrag für den Wettlauf mit der Zeit. Sie sind ein überzeugender Beweis dafür, dass die Deutsche Demokratische Republik auch künftig ihre Position als entwickeltes Industrieland behauptet. Erneut tritt zutage, dass der Sozialismus, wie er von Marx und Engels ausgearbeitet und wissenschaftlich begründet wurde, wenn man alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens betrachtet, dem Kapitalismus überlegen ist.²³

Bei der Übergabe im Staatsratsgebäude räumte Biermann ein, dass bis zur Serienfertigung noch ein bis zwei Jahre vergehen würden. Es sei notwendig, konzentriert weitere Investitionen vorzunehmen. Parallel dazu müsse an einem qualitativ höheren Technologieniveau gearbeitet werden.



12. September 1988: Übergabe des ersten Megabit-Chips im Staatsratsgebäude in Berlin.

Nach dem Festakt trafen sich Funktionäre und Forscher noch zu einer Gesprächsrunde im kleinen Kreis. Günter Mittag lobte das Kombinat. Es zeige, «was im volkswirtschaftlichen Massstab durch die Konzentration der Mittel und durch die zentrale Leitung dieses Komplexes erreicht werden kann». Auch Felix Meier, der Minister für Elektrotechnik und Elektronik, und sein Staatssekretär Karl Nendel, ergriffen das Wort. Im laufenden Fünfjahresplan würde jedes Jahr eine neue Halbleiterfabrik in Produktion genommen.

Im Westen hatte die Massenproduktion des 1-Megabit-Speicherschaltkreises bereits im November 1985 begonnen. Der Vorsprung gegenüber der DDR betrug also weiterhin mindestens fünf Jahre. Als Eduard Schewardnadze im Juni 1989 auf dem Wege nach Bonn Honecker einen Besuch abstattete, renommierte der Staatsratsvorsitzende lügnerisch mit dem Erfolg der Zeissianer: Der 1-Megabit-Chip sei in Serienproduktion gegangen, und die Entwicklung des 4-Megabit-Chips stünde vor dem Abschluss. Die DDR befand sich in einer schweren politischen und wirtschaftlichen Krise, und das Regime musste Erfolge vorweisen.

Erst nach der Wende und dem Rücktritt Biermanns gab das Kombinat zu, dass die «hochgesteckten Ziele des Mikroelektronik-Programms» nicht erfüllt worden sind: «Die Pilotproduktion höchstintegrierter Schaltkreise war von Fehlschlägen begleitet ... Die Infrastruktur konnte weder im Kombinat noch im ganzen Land im notwendigen Umfang aufgebaut werden. Prestige- und Wunschdenken konnten die Lösungen nicht erzwingen.»

KAPITEL 17

Die Wende

Am 24. April 1989 feierten Carl Zeiss Oberkochen und die Schott Glaswerke Mainz das Jubiläum der Carl-Zeiss-Stiftung. Die Festreden in der Stuttgarter Staatsgalerie hielten der Stiftungskommissar Professor Dr. Herbert Grünewald und die beiden Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Lothar Späth und Carl Ludwig Wagner. Sie rühmten Ernst Abbe, den Gründer der Carl-Zeiss-Stiftung, die eigentlich Abbes Namen hätte tragen müssen, denn sie war geistig und materiell allein sein Werk. Einhundert Jahre zuvor, am 19. Mai 1889, hatte er in Jena seine Unterschrift unter die Stiftungsurkunde gesetzt, und zwei Tage später war mit der landesherrlichen Bestätigung die Stiftung ins Leben getreten.

Die Redner rühmten auch den Wiederaufbau der beiden Stiftungsbetriebe im Westen Deutschlands und den Wiederaufbau der Carl-Zeiss-Stiftung an ihrem neuen Rechtssitz in Heidenheim. Schritt für Schritt hätten Zeiss und Schott ihre frühere Weltgeltung zurückgewonnen und seien in vielen Bereichen der technischen Optik als Marktführer anerkannt. Als Ehrengäste begrüsst wurden zwei amerikanische Luftwaffenoffiziere und zwei Anwälte, die in der Geschichte der Firma eine wichtige Rolle gespielt hatten: die beiden Colonels Hubert Zemke und Carl E. Nelson bei der Evakuierung in den Westen, die beiden Anwälte William E. Jackson und Isaac Shapiro im amerikanischen Prozess. Shapiro war weiterhin als Berater und Anwalt für die Oberkochener tätig: «My job is to keep off trouble from Zeiss», sagte er auf die Frage zur jetzigen Aufgabe.

Ein paar Wochen später wurde das gleiche historische Ereignis noch einmal gefeiert. Im 1903 von der Carl-Zeiss-Stiftung errichteten Volkshaus sprach Generaldirektor und ZK-Mitglied Professor Dr.Dr. h.c. Wolfgang Biermann vor den Mitarbeitern des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena. Auch er würdigte Ernst Abbe und die Leistungen der Carl-Zeiss-Stiftung. Erst unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen könne das Vermächtnis ihres Gründers nach Geist und Buchstaben erfüllt werden. Er meinte aber damit nicht die Carl-Zeiss-Stiftung in Heidenheim, von der die Festredner in Stuttgart gesprochen hatten, sondern die in Jena.

Kritisiert wurden von Biermann die späteren Nachfolger Abbes, die das Stiftungsstatut «in erschreckender Weise» manipuliert hätten. Namen nannte er nicht. Gemeint waren die Vorstandsmitglieder von Zeiss (Oberkochen) und von Schott (Mainz), in erster Linie also Heinz Küppenbender und Erich Schott, die nach der Enteignung in Jena die Stiftung nach Heidenheim verlegt hatten. Nach Ansicht der Jenenser war die Verlegung rechtlich unwirksam:

Der Sitz der Stiftung wird immer Jena sein, so wie es im Stiftungsstatut verankert ist, und weil Ursprung und Zentrum des Zeiss-Kombinates Jena ist und bleibt.¹

Damit bekräftigte Biermann noch einmal die Rechtsauffassung des Volkseigenen Betriebes. Für die Oberkochener gab es (wie gesagt) nur die Stiftung in Heidenheim. Justitiar Walter David hatte von der Jenenser Stiftung immer als einer «aufgewärmten Leiche» gesprochen, und sein Nachfolger Neithardt von Einem betonte: «Was diese Sozialeinrichtung mit dem Namen ‚Carl-Zeiss-Stiftung‘ in Jena auch immer sein mag, die ehemals von Ernst Abbe in Jena begründete Stiftung ist sie jedenfalls nicht.»

In das Jahr 1989 fiel auch das vierzigjährige Jubiläum der Bundesrepublik. Am 23. Mai 1949 war das Grundgesetz in Kraft getreten.

Die grosse Rede beim Staatsakt in der Bonner Beethovenhalle hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker:

Wir stehen im Dienste der politischen Ziele, die uns die Präambel des Grundgesetzes vorgibt: Frieden, Einheit der Europäer, Einheit der Deutschen. Wie wir ihnen näherkommen, das will und kann uns die Verfassung nicht vorschreiben. Wir müssen den Einklang der Ziele und den Weg zu ihnen selbst finden?

Um die Einheit der Europäer und die Einheit der Deutschen ging es auch eine Woche später beim Besuch des amerikanischen Präsidenten George Bush in der Bundesrepublik. In seiner Rede in Mainz plädierte Bush für mehr politische Freiheit im Osten, ein Berlin ohne Mauer und ein ungeteiltes Europa. In einem Vier-Augen-Gespräch schilderte der deutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher seinem amerikanischen Kollegen James Baker die prekäre Lage in der DDR, dem «instabilsten Staat» im Ostblock:

Im Grunde ist die Führung über Gorbatschows Reformen besorgt, weil der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozess ihrer Kontrolle zunehmend entgleitet. Verweigert Honecker weitere Reformen, dann stehen ihm noch grössere Probleme ins Haus. Öffnet er den Weg zur Demokratisierung, wird seine Lage ebenfalls schwierig?

Am 12. Juni kam auch der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow in die Bundesrepublik. Er wurde von der Bevölkerung mit grosser Herzlichkeit begrüsst. In seiner Tischrede in der Bonner Redoute nannte Bundeskanzler Helmut Kohl die Teilung eine «offene Wunde» und die Berliner Mauer ein «hässliches Symbol» der künstlichen Trennung. Der sonst übliche heftige Widerspruch blieb aus. In den Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei nicht nur «eine neue Seite» aufgeschlagen, sondern «ein neues Kapitel», sagte Mi-

chail Gorbatschow. In der Umgebung des Präsidenten sprach man sogar von einem «Wendepunkt in den deutsch-sowjetischen und in den Ost-West-Beziehungen». Gegenüber seinem deutschen Kollegen Hans-Dietrich Genscher erklärte der sowjetische Aussenminister Eduard Schewardnadze: Auch die Berliner Mauer werde fallen, wenn die Zeit dafür reif sei, doch dazu sei eine gewisse Atmosphäre des Vertrauens und eine respektvolle Haltung unerlässlich.

Die Atmosphäre des Vertrauens war geschaffen. Seit Willy Brandts Kanzlerschaft bemühte sich die Bundesrepublik bewusst um ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion. Gleichzeitig vergrösserte sich die Distanz der Sowjetunion zur DDR. Das war deutlich abzulesen an der Beurteilung des Massakers von Peking. Am 4. Juni hatten die Machthaber die Studentendemonstrationen am Platz des Himmlischen Friedens mit Waffengewalt niedergeschlagen. Die sowjetische Führung bewahrte eisernes Schweigen, was Missfallen signalisierte. In Ungarn wurden die Vorgänge sogar öffentlich kritisiert. Dagegen gratulierten die Politbüromitglieder Egon Krenz und Joachim Herrmann den chinesischen Genossen zu ihrem entschlossenen Handeln. Im *Scheinwerfer*, der Betriebszeitschrift des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena, wurden die westlichen Journalisten beschuldigt, sie hätten sich «in übelster Weise hasserfüllter Hetztiraden» bedient und seien «wie ein Heuschreckenschwarm über China, seine führenden Politiker und die ehrlichen Menschen» hergefallen «mit der klar erkennbaren Absicht, ein sozialistisches Land zu verteufeln».

Die Menschen in der DDR setzten ihre Hoffnungen auf Gorbatschow. Bei der internationalen Tagung für Wissenschaftsgeschichte in Hamburg und München Ende August 1989 registrierten die Westdeutschen (unter ihnen der Verfasser des vorliegenden Buches) mit Staunen, dass viele Kollegen von drüben ganz offen das Gespräch suchten. Und dazu der Satz: «Ich bin Gorbatschow-Anhänger.»

Gorbatschow-Anhänger waren auch die Demonstranten in Leipzig am 2. Oktober. Immer wieder riefen sie in Sprechchören: «Gorbi!

Gorbi!» Die Leipziger wussten, dass Michail Gorbatschow zum Staatsjubiläum am 7. Oktober in Ostberlin erwartet wurde und erhofften sich Unterstützung.

Der Volkseigene Betrieb in Jena feierte den Gründungstag des «Arbeiter- und Bauernstaates» bereits am 3. Oktober mit einer Festveranstaltung im Volkshaus. Der Name des Kombinats «Carl Zeiss» sei «Inbegriff für Präzision und Verlässlichkeit» und stehe «als Qualitätssiegel für den Namen unseres Staates». Fast beschwörend klangen die Worte des Ersten Sekretärs der Industriekreisleitung der SED: «Der Sozialismus hat seine Bewährungsprobe bestanden.»

Dabei hatten gerade erst dreitausend DDR-Bürger, die in Prag in die Botschaft der Bundesrepublik geflüchtet waren, in Sonderzügen das Land verlassen. Unbeschreibliche Szenen hatten sich am Hauptbahnhof in Dresden abgespielt, als Massen von Jugendlichen versuchten, in die Waggons zu gelangen.

Die Krisenzeichen konnte man nicht mehr übersehen. Am 2. Oktober waren in Leipzig 20'000 Menschen zur Montagsdemonstration auf die Strasse gegangen. Die *Leipziger Volkszeitung*, das Organ der SED, berichtete von einer «ungesetzlichen Zusammenrottung grösserer Personengruppen». Den Massnahmen der Volkspolizei sei «aktiver Widerstand entgegengesetzt, Volkspolizisten angegriffen und Einsatzfahrzeuge beschädigt» worden. Wahrscheinlich deshalb fühlte sich der Parteisekretär zu besonderen Kraftsprüchen animiert: «Die grösste Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung, unsere Deutsche Demokratische Republik, geben wir niemals preis.» Noch wusste man nicht, was die nächsten Tage bringen würden. Der Redner sah trotzdem weit in die Zukunft und «mit Zuversicht und historischem Optimismus» dem 50. Jahrestag der DDR entgegen.

Auf der Festveranstaltung des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena zum Staatsjubiläum beschwor auch der Generaldirektor die «Treue zum sozialistischen Vaterland». Im 40. Jahr der DDR könne man objektiv feststellen, dass es in der Welt kein anderes Unternehmen der Feinmechanik-Optik-Elektronik in einer solchen Grössenordnung

gebe, wie es unter sozialistischen Bedingungen im Arbeiter- und Bauernstaat aufgebaut wurde. In der Entwicklung des Kombinats «spiegle sich vieles wider von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die unser Staat als ganzes zu bestehen hatte». In vielen Bewährungsproben hätte «Farbe bekannt und Stehvermögen für unseren Staat bewiesen werden» müssen.

Alle Versuche des Gegners, des gleichen wie heute, den Anstieg und Aufstieg des Zeiss-Werkes nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem historischen Stammsitz zu verhindern und den Sitz in die BRD zu verlegen, sind gescheitert.⁴

Das war die sozialistische Sicht: Ständig führten die Kapitalisten Böses im Schilde, was höchste «Klassenwachsamkeit» erforderte. Wenn die Produktion stockte oder die Qualität zu wünschen übrig liess, war der «kapitalistische Konzern» in Oberkochen schuld. Gekaufte Subjekte sabotierten ständig die sozialistische Planwirtschaft. Biermann hatte schon Recht: Im Kombinat spiegelte sich wider, was sich im Staat als Ganzem objektiv und subjektiv zutrug.

Diese letzte Aussage ist auch gültig für Carl Zeiss Oberkochen. Der Aufbau und Aufstieg war ein (nicht unbedeutender) Teil der wirtschaftlichen und politischen Gesamtentwicklung der Bundesrepublik. Ausdrücklich bekannte sich die Firma zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der Konfrontation zwischen der Bundesrepublik und der DDR entsprach die Konfrontation zwischen Carl Zeiss Oberkochen und dem Volkseigenen Betrieb in Jena. Noch stärker als den beiden deutschen Staaten ging es den beiden Unternehmen um die gemeinsame Vergangenheit, auf die man stolz sein konnte, und die daraus für die Gegenwart abzuleitenden Konsequenzen. Deshalb hat der amerikanische Rechtsanwalt Isaac Shapiro im Zusammenhang mit den juristischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Unternehmen vom «cold war in a microcosm» gesprochen.

Wie in der grossen Politik folgte der harten Konfrontation eine Phase der Koexistenz und des (halbwegs friedlichen) Wettbewerbs. Die Geschichte der beiden Unternehmen ist, um es in der Sprache der Optik auszudrücken, ein reelles, verkleinertes Abbild der deutsch-deutschen Geschichte.

Zum Staatsakt am 7. Oktober 1989 im Palast der Republik kamen Michail Gorbatschow und andere hohe Funktionäre aus den Ostblockstaaten. Erich Honecker klagte über die zügellose Verleumdungskampagne gegen die DDR, die darauf abziele, «Menschen zu verwirren und Zweifel in die Kraft und die Vorzüge des Sozialismus zu säen».

Am Vormittag hatte der Staat mit einer grossen Militärparade in der Karl-Marx-Allee seine Macht demonstriert. Für den Nachmittag war die gesamte Bevölkerung zu einem grossen Volksfest auf dem Alexanderplatz geladen. Auch die Opposition fehlte nicht. Sie hatte Fälschungen bei den Kommunalwahlen am 7. Mai nachgewiesen und veranstaltete seitdem am 7. jeden Monats um 17 Uhr eine Kundgebung auf dem Alexanderplatz.

Aus den Lautsprechern triff eine klebrige Sosse von Schlagermusik ... Doch niemand war auf der Tanzfläche, die inmitten der Budenstadt errichtet worden war. Gegen 17 Uhr steigerte sich die Nervosität. Irgendwo entstand Tumult und Gedränge. Zwei Männer in Nylonanoraks schleppten in geübtem Polizeigriff einen Jugendlichen davon ... Die Menge stob auseinander, und aus sicherer Entfernung wurde gepfiffen und «Buh» gerufen. Dann wurde ein Sprechchor laut. Neben der Weltzeituhr skandierte eine Gruppe «Freiheit ... Freiheit ... Freiheit». Einige Dutzend Hände erhoben sich zum Siegeszeichen...

Die Scheinwerfer des Fernsehteams überfluteten die Szenerie mit ihrem weissen Licht und verstärkten den Eindruck des Unwirklichen. Immer mehr Menschen scharten sich um die Weltzeituhr, immer mehr Hände erhoben sich im Takt des Sprechchores ... Das Unfassbare war Wirklichkeit geworden: eine staatsfeindliche De-

monstration mitten im Zentrum der sozialistischen Hauptstadt und noch dazu zum 40. Jahrestag der Republik.⁵

Zwanzig Minuten später setzten sich etwa dreihundert meist junge Leute in Bewegung. Volkspolizei, Stasi-Mitarbeiter in Zivil und westliche Korrespondenten begleiteten den Zug. Viele Zuschauer reihten sich ein. Schliesslich waren es etwa dreitausend Demonstranten, die an der Spree vor dem Palast der Republik ankamen. Volkspolizei, Betriebskampfgruppen und Staatssicherheit hatten Mühe, den Zugang gegen die herandrängende Menge abzuriegeln. An der Schleusenbrücke sangen die Demonstranten mit bitterer Ironie: «Happy birthday to you.» Durch die Fensterscheiben des Palastes beobachteten Egon Krenz und Günter Schabowski die Menschenansammlung. Erich Mielke liess sein Sektglas stehen und eilte an die Brücke, um sich mit eigenen Augen von der Ungeheuerlichkeit zu überzeugen.

Auch kritische Worte in der Öffentlichkeit, wie die Gorbatschows von den Zuspätgekommenen, die das Leben bestrafe, hatte es noch nie gegeben. Damit keine Zweifel blieben, informierte der sowjetische Regierungssprecher die internationale Presse. Im Palast der Republik verabschiedete sich Gorbatschow, noch bevor das festliche Abendessen überhaupt begonnen hatte.

Spät am Abend sammelten sich Demonstranten auf den Strassen um die Gethsemanekirche. Seit Tagen fanden hier Fürbittgottesdienste für die Inhaftierten statt. Mit unglaublicher Härte wurden einzelne Demonstranten von Greiftrupps aus der Menge herausgeholt und brutal zusammengeschlagen. An den Gewaltakten beteiligte sich auch die Volkspolizei.

Einen Tag später wiederholten sich die Szenen. Ein akkreditierter Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, der mit einer Gruppe Ostberliner die Vorgänge am Prenzlauer Berg beobachtete, fand sich «unversehens gejagt, eingekesselt und schliesslich auf dem Bürgersteig an eine Hauswand gestellt». Mit anderen wurde er in einen mit

laufendem Motor bereitstehenden Mannschaftswagen verladen. Das zuerst angefahrene Polizeirevier an der Marienberger Strasse war voll belegt, ebenso die Haftanstalt Rummelsburg.

Ganz weit draussen ... in der Vorstadt Marzahn findet sich noch Platz ... Im Domizil der Volkspolizei ... steht ein Spalier hartgesichtiger Uniformierter bereit, deren Gummiknüppel gefährlich am Handgelenk baumeln ... Bei der Leibesvisitation – Gesicht und erhobene Hände gegen die Wand – wird es nun auch brutal. Es wird geschlagen und getreten.⁶

Wie viele andere waren auch an der Universität Halle die Studenten der Sektion Theologie empört über die «unangemessene Weise», in der «Volkspolizei und Staatssicherheitsorgane gegen Zehntausende unserer Mitbürger vorgehen». Am 9. Oktober überreichten sie eine für den Staatsrat bestimmte Protesterklärung:

Es erschüttert uns, wenn einerseits Zehntausende unserer Mitbürger das Land verlassen, weil sie kaum Perspektiven für ihr hiesiges Leben sehen, andererseits Menschen, die sich hier mit grossem Engagement für Reformen in unserer sozialistischen Gesellschaft einsetzen, kriminalisiert werden.⁷

Auch in Leipzig trieb die Polizei am Tag des Staatsjubiläums die Menschen durch die Strassen. In der Montagsausgabe der *Leipziger Volkszeitung* hiess es, Rowdies hätten die öffentliche Ordnung gestört: «In Anrufen an die staatlichen Organe und an die Redaktion zeigten sich Bürger beunruhigt und verlangten, den Unruhestiftern entschieden zu begegnen.»

Solche Lügen waren leicht zu durchschauen. Die SED wollte sich schon im Voraus eine Rechtfertigung für hartes Durchgreifen schaffen. Die Menschen liessen sich aber nicht einschüchtern. 70'000 Demonstranten kamen an diesem 9. Oktober in die Leipziger Innen-

stadt. Einige Tausend nahmen bereits an den Fürbittgottesdiensten in den Kirchen teil. Die Pfarrer verlasen eine Botschaft von Landesbischof Johannes Hempel, der zu absoluter Gewaltlosigkeit aufrief. Andere standen wartend in den engen Strassen. Immer mehr Menschen strömten herbei. Oft hatten sich Freunde und Bekannte an bestimmten Treffpunkten verabredet.

Die Grüppchen Wartender in der Grimmaischen Strasse scheinen von den Sprechchören «Wir bleiben hier» und «Gorbi, Gorbü», die vom Nikolaikirchhof herüberhallen, zunächst kaum berührt. Vorsichtig und in der neuen Freiheit noch ungeübt stimmen erst wenige ein. Doch es dauert nicht lange, bis die Rufe wie ein Feuer, das in den engen Strassen Zug erhält, auf die Grimmaische Strasse übergreifen und sich bis zu den Wartenden auf dem Platz vor der Oper ausbreiten: «Wir sind keine Rowdies. Wir sind das Volk.»⁸

«In Leipzig wird europäische Geschichte gemacht», sagte einer der 70'000 Demonstranten zu seinen Freunden. Um seine innere Spannung abzureagieren, notierte er seine Beobachtungen auf kleinen Zetteln:

Immer weniger Leute bleiben am Strassenrand stehen. «Schliesst euch an!» erklingt es unüberhörbar vor dem Hauptbahnhof. Fahrgäste steigen aus haltenden Strassenbahnen und schliessen sich an. Das Spalier der Zuschauer wird dünner. Und als wir über den Tröndlinring in Richtung Fussgängerbrücke laufen, demonstrieren alle mit ... bis zu hundert Leute nebeneinander, ein unübersehbarer Menschenstrom, den nichts mehr aufhalten kann ... Wir spüren nicht nur den Druck, sondern auch die Befreiung, mit Zehntausenden unbehelligt auf dem Ring rufen zu können: «Wir sind das Volk!» Weit und breit ist kein Uniformierter zu sehen.⁹

Eine Woche später, am 16. Oktober, waren es schon 120'000 Menschen, die in Leipzig auf die Strasse gingen. Am 17. Oktober tagte das Politbüro. Als Erich Honecker um zehn Uhr die Sitzung eröffnete, waren von den 26 Mitgliedern 25 anwesend:

Erich Honecker hatte wie stets an der Stirnseite des Beratungstisches Platz genommen. Er eröffnete die Sitzung und schlug die Tagesordnung vor: «Gibt es noch weitere Vorschläge?» In diesem Augenblick meldete sich Willi Stoph und sagte, ohne die Stimme zu heben oder zu senken: «Ja, ich schlage vor: Erster Punkt – Ablösung von Erich Honecker und Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär.»¹⁰

Obwohl der Vorstoss ganz unerwartet kam, reagierte Honecker gefasst und sagte nur: «Ja, bitte, dann eröffne ich jetzt die Aussprache.» Egon Krenz berichtete:

Was immer Erich Honecker an fehlerhaften politischen Entscheidungen vorzuwerfen sein mag – in dieser Minute war er äusserst souverän. Was ihm offensichtlich sehr weh getan hat, war die Wortmeldung Günter Mittags in der Aussprache. Mittag hatte längst gemerkt, woher der Wind wehte und hatte sich – wie immer – mit ihm gedreht. Er sprach gleich als dritter und sagte: «Ich bin auch dafür.»¹¹

Unverzüglich wurde das Zentralkomitee mit seinen 200 Mitgliedern und Kandidaten auf den folgenden Tag zur Sitzung einberufen. In einer vorbereiteten Erklärung bat Erich Honecker gleich zu Beginn, ihn von seinen Ämtern zu entbinden. Sein Gesundheitszustand erlaube nicht mehr den Einsatz, den die Geschicke der Partei und des Volkes jetzt und in Zukunft verlangten. Auch die Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann erklärten ihren Rücktritt. Egon Krenz wurde einstimmig zum neuen Generalsekretär der Ein-

heitspartei gewählt. In seiner von Fernsehen und Rundfunk übertragenen Rede räumte er Fehler und Versäumnisse ein. Der 18. Oktober werde «eine Wende einleiten».

Unterdessen lief im Staatsfernsehen der DDR als siebenteilige Serie der Film «Die gläserne Fackel» jeweils eineinhalb Stunden zur besten Sendezeit am Sonntag ab 20 Uhr. Es ging um den Aufbau des Unternehmens in Jena. Nach dem gleichnamigen Buch von Wolfgang Held wurden 120 Jahre Firmengeschichte erzählt: vom ersten Zusammentreffen des Optikers Carl Zeiss mit dem Physiker Ernst Abbe bis zum Parteauftrag an das Kombinat, den 1-Megabit-Chip zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen die Steinhüter, eine fiktive Jenenser Familie. Im 19. Jahrhundert leben sie in ärmlichen Verhältnissen, besitzen jedoch das richtige Klassenbewusstsein und repräsentieren «den fortschrittlichsten Teil» der Belegschaft. Zuletzt ist im Arbeiter- und Bauernstaat ein Steinhüter Generaldirektor des Kombinats. Der Schauspieler, der im sechsten und siebenten Teil des Films diesen Robert Steinhüter darstellt, hatte schon zu Anfang den alten Carl Zeiss verkörpert. Auch auf diese Weise sollte die Kontinuität, auf die die DDR und das Kombinat den grössten Wert legten, augenfällig gemacht werden. «Ich spiele nicht Professor Wolfgang Biermann, sondern die Kunstfigur Dr. Robert Steinhüter», sagte der Darsteller: «Deshalb konnte nie die Absicht sein, den wirklichen 'General' zu kopieren.»

Der Film lief vom 8. Oktober bis zum 19. November und war nicht schlecht gemacht, aber die Gegenwart stellte an Spannung alle historischen Ereignisse in den Schatten. Die letzten Teile waren um einige Minuten gekürzt. Da hatte man die penetrantesten Stellen über den bösen Klassenfeind als nicht mehr ganz zeitgemäss noch kurz vor der Sendung herausgeschnitten.

Am 23. Oktober nahmen in Leipzig 300'000 Menschen an der Montagsdemonstration teil. «Wer das letzte Mal noch Angst hatte», sagte eine Leipzigerin, «ist heute dabei.» Wieder dabei war auch unser Zeitzeuge, der Schriftsteller Reiner Tetzner.

«Wie wir heute demonstrieren, werden wir morgen leben», las er auf einem Transparent. Endlich konnten die Menschen sagen, was sie bewegte. Eine Woche später sah er zum ersten Male auf dem Ring ein Transparent: «Deutschland, einig Vaterland», das Zitat aus der Nationalhymne der DDR.

In der ersten Phase der Revolution ging es den Demonstranten um einen besseren Sozialismus. Als sich jetzt immer mehr Menschen beteiligten, trat die Forderung nach freien Wahlen und nach Wiedervereinigung in den Vordergrund. Bei der ersten genehmigten Demonstration des «Neuen Forums» in Leipzig sprach ein Arbeiter von dem geheimen Wunsch fast aller nach der Einheit des Vaterlandes. Die wenigen Pfiffe wurden vom Beifall übertönt.

Seit dem 8. Oktober hatten auch in der Stadtkirche St. Michael in Jena die Fürbittandachten mit einhundert Teilnehmern begonnen. Superintendent Udo Siebert forderte die Freilassung der politischen Häftlinge. In den folgenden Tagen gingen die Andachten weiter, und



Jena, 4. November 1989: «Eine ergreifende Aufbruchstimmung».



4. November 1989: Die alte Machtelite. Am Mikrofon Peter Michel, Kreissekretär der SED, 2. Reihe von rechts Hartmut Riese, Industriekreisleiter der SED, Generaldirektor Wolfgang Biermann und Oberbürgermeister Hans Span.

die Zahl der Teilnehmer stieg. Am 26. Oktober zogen nach der Predigt 5'000 Jenenser vor das Rathaus und demonstrierten für weitere spürbare Reformen.

Am 4. November versammelten sich 40'000 Menschen auf dem «Platz der Kosmonauten». In der Menge befanden sich Gerd Schuchardt und Peter Röhlinger, die sich beide wenige Wochen später in den demokratischen Parteien engagierte. Gerd Schuchardt fühlte grosse Freude und Zuversicht. Nichts würde so bleiben, wie es war. Es konnte nur besser werden. Peter Röhlinger hatte die Sorge, wirkliche oder konstruierte Zwischenfälle könnten das Eingreifen der Staatsmacht provozieren.

Wolfgang Biermann stand mit anderen Genossen auf dem provisorisch errichteten Podium. Er war der ranghöchste Funktionär und die Angriffe der Opposition richteten sich hauptsächlich gegen ihn.

Die Umstehenden beobachteten, wie sein Gesicht gelb wurde «wie eine Zitrone». Trotzig ging er ans Mikrofon. Aber man wollte ihn nicht mehr hören. Als er nach seinem Statement bekräftigend und fast beschwörend anfügte: «Das sage ich Ihnen und stehe dazu als ZK-Mitglied und Generaldirektor von Zeiss», wurde er von vielen tausend Jenensern niedergeschrien. Niemand empfand Mitleid. Zu viele Zeissianer hatte er in den zurückliegenden 14 Jahren gedemütigt.

Ein Fernsehteam des *Westdeutschen Rundfunks* filmte Ausschnitte aus der zweieinhalbstündigen Diskussion. «Hier in Jena ist wie in allen Orten der DDR eine ergreifende Aufbruchstimmung zu spüren», erklärte einer der Journalisten: «Man kann all dem nur Erfolg wünschen.»

Die Genossen trafen sich nach der Demonstration im 11. Stock des Zeiss-Hochhauses, im Besprechungszimmer des Generaldirektors. «Man konnte einfach nicht so wortlos auseinandergehen», berichtete die persönliche Referentin:

Man konnte es nicht fassen, was da geschah. Ganz zweifellos marschierten wir geradewegs auf eine offene Revolte zu. Mir fiel ein, ich könnte Tee oder Kaffee kochen. Das war etwas Alltägliches, es wirkte auf alle beruhigend. Eine Diskussion gab es eigentlich nicht. Manche sassen nur schweigend da, und auch der GD gab keine wesentlichen Erkenntnisse von sich ... Keiner wollte formulieren, was offenbar heute alle begriffen hatten: Es ist vorbei mit unserer Macht. Ich selbst fühlte trotz allem auch ein bisschen Schadenfreude. Zu viele von den anwesenden Herren hatte ich verschiedentlich bei abstossenden Machtgebärden erlebt, selbstsicher, anmassend, ohne Toleranzbereitschaft. Nicht zuletzt traf dies für meinen Generaldirektor zu.¹²

Am Ende kam noch Oberstleutnant Karl Teller von der Objektdienststelle der Staatssicherheit. Er setzte sich neben Biermann und flüsterte ihm etwas ins Ohr.



Wolfgang Biermann: «Das sage ich Ihnen und stehe dazu als ZK-Mitglied und Generaldirektor von Zeiss.»

Zum historischen Datum wurde der 9. November. An diesem Tag begann eine Plenarsitzung des Zentralkomitees. Wie andere Redner kritisierte auch Wolfgang Biermann, dass das ZK in der Vergangenheit allen Vorschlägen des Politbüros kritiklos zugestimmt habe. Vom Kombinat Carl Zeiss seien viele Vorschläge zur Reform der Volkswirtschaft an Partei- und Staatsführung gerichtet worden. Man habe sie nicht zur Kenntnis genommen:

Mit den Leitern des Zeiss-Kombinates bin ich der Auffassung, dass jetzt unverzüglich gehandelt werden muss. Wir haben keine Zeit zu verlieren und dürfen die Initiative nicht jenen überlassen, die den Sozialismus in der DDR beseitigen wollen. Nur durch die Stärkung der Wirtschaft kann verlorenes Vertrauen schrittweise zurückgewonnen werden. Dazu bedarf es der entschiedenen, kon-

sequenten geistigen Erneuerung dieser wichtigsten Sphäre unserer Gesellschaft durch die Überwindung des weitgehend funktionsunfähigen Staatsapparates und den Aufbau einer marktorientierten Industrie mit hoher Eigenverantwortung.¹³

Als die Sitzung am Nachmittag fortgesetzt wurde, legte Egon Krenz dem Plenum die neuen Reisebestimmungen vor. Alle ZK-Mitglieder stimmten zu. Das war nun wirklich ein historischer Augenblick. Vor nichts hatte sich die SED so sehr gefürchtet wie vor ungehinderten Reisen und freien Gesprächen zwischen den Deutschen (West) und den Deutschen (Ost). Für 18 Uhr war eine internationale Pressekonferenz angesetzt. Günter Schabowski, der vom Politbüro beauftragte Sprecher, der neben Krenz sass, verabschiedete sich flüsternd und fragte, ob er bereits über die neuen Regelungen sprechen könne. «Unbedingt», antwortete Krenz, «das ist doch die Weltnachricht.»

Im Pressezentrum berichtete Schabowski über die Ergebnisse der Sitzung. Einige Minuten vor 19 Uhr, kurz vor dem Ende der Pressekonferenz, erkundigte sich ein Journalist nach dem neuen Reisegesetz. Schabowski zog einen Zettel aus der Tasche und las stockend:

Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässen und Verwandtschaftsverhältnissen) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt... Volkspolizeikreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen.¹⁴

Auf die Frage, ob diese Regelung auch Westberlin einschliesse, antwortete Schabowski: «Ja, alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD, beziehungsweise zu Berlin-West.» Es war, als hielten die DDR-Bürger einen Augenblick den Atem an. Dann begann, noch an diesem Abend, der Massenansturm nach Westberlin:

In eigenartiger Stille füllten sich Strassenbahnen, Stadtzüge und Untergrundbahnen. In einer Art Sternfahrt brachen Kolonnen von Trabbis in Richtung Sektorenübergänge auf. Bald stauten sich die Autos kilometerweit. Kurz vor Mitternacht gingen die Schlagbäume hoch ... Die Grenzposten traten wort- und ratlos zurück.¹⁵

Die Schleusen waren geöffnet. Vor den laufenden Fernsehkameras erklärte der Regierende Bürgermeister Walter Momper: «Berlin ist die glücklichste Stadt der Welt.» In Bonn unterbrach der Bundestag seine Debatte. Die Fraktionsvorsitzenden gaben kurze Erklärungen ab. Doch Worte reichten nicht. Die Abgeordneten erhoben sich und sangen die dritte Strophe des Deutschlandliedes: «Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.» Viele hatten Tränen in den Augen. Hans-Jochen Vogel, der Oppositionsführer, sagte später, die Reaktion der Abgeordneten sei wirklich eindrucksvoll gewesen: «Tief bewegt, aber ohne nationalistischen Überschwang.»

Noch am Abend flogen Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel nach Berlin. An den Sektorenübergängen spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. «Ostberliner und Westberliner umarmen sich fassungslos.»

«Ich glaube es nicht», ruft eine Frau und weint... «Was für ein Tag», jubelt jemand in der Menge, «und das wird nicht mehr aufhören.» Auch in der Westberliner Innenstadt beginnen sich die Trabbis zu stauen. Es ist ein endloser Korso. Fenster werden heruntergekurbelt. «Wo geht's denn hier zum Ku-damm?» ist die häufigste Frage ... Auf dem Kurfürstendamm bricht der Verkehr zusammen. Ganz Berlin, Ost wie West, scheint auf den Beinen zu sein. Massenverbrüderung. Man hält sich an den Händen ... Taxifahrer befördern kostenlos. In S- und U-Bahnen fragt niemand nach dem Fahrschein. Kneipiers schmeissen Lokalrunden. Blumenverkäuferinnen verteilen Rosen und Nelken. Kinobesitzer schliessen ihre Kassen und öffnen ihre Sperren. Die Innenstadt ist

überfüllt von einem Hupkonzert. Aus vielen Fenstern weht es schwarz-rot-gold.¹⁶

Auf den Zufahrtswegen nach Berlin herrschte Chaos. Die Züge waren überfüllt und auf den Autobahnen gab es kilometerlange Staus. Am Vormittag des 10. November flog Olaf Berlien, der nicht nur so hiess, sondern auch wirklich ein Berliner war und in der Stadt lebte, von Brüssel zurück an die Spree. Seine zukünftige Frau wartete auf ihn. Es ging zuerst mit der KLM nach Frankfurt und dann weiter mit der PANAM. Am Gate in Frankfurt drängte sich ein Pulk von amerikanischen Journalisten, die alle nach Berlin wollten. Ein Reporter des Nachrichtensenders CNN sprach den 27jährigen an und bot 1'500 DM für die Bordkarte. Auf das freundliche, aber bestimmte Nein erhöhte der Journalist sein Angebot auf 3'000 DM. Ein paar



10. November 1989: Die Mauer hat ihren Schrecken verloren.

Jahre später kam Olaf Berlien zu Carl Zeiss. Nun war er selbst beruflich mit dem Thema der Wiedervereinigung befasst.

Am Abend feierten 20'000 Berliner vor dem Schöneberger Rathaus. Walter Momper wiederholte seinen Satz: «Berlin ist die glücklichste Stadt der Welt», und Willy Brandt prägte das Wort: «Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.» Der Bundeskanzler und der Aussenminister hatten eigens ihren Staatsbesuch in Polen unterbrochen, um in diesem historischen Augenblick am Ort zu sein. Hans-Dietrich Genscher wusste, «dass die Ansprachen international grosse Beachtung finden würden» und wog sorgfältig seine Worte:

In diesen Stunden wird deutlich, dass vierzig Jahre der Trennung aus einer deutschen Nation nicht zwei Nationen gemacht haben. Es gibt weder eine kapitalistische noch eine sozialistische, sondern es gibt nur eine auf Freiheit und Frieden verpflichtete deutsche Nation.¹⁷

Zur Kundgebung hatten sich 35'000 bis 40'000 Menschen eingefunden. Alle Redner erhielten freundlichen Beifall. Als aber Helmut Kohl das Wort ergriff, begann ein Pfeifkonzert, und er hatte stellenweise Mühe, sich verständlich zu machen. Die Stunde des Bundeskanzlers sollte noch kommen.

Zwei Tage später telefonierte Helmut Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten. «Keine Drohung, keine Warnung», berichtete sein Mitarbeiter Horst Teltschik, «nur die Bitte, Umsicht walten zu lassen.»

Nun bin ich endgültig sicher, dass es kein gewaltsames Zurück mehr geben wird. Auch der Kanzler ist sichtlich erleichtert. Welch ein Wandel in den Beziehungen der letzten beiden Jahre! Die Spannung ist von Kohl abgefallen. Er lacht mich befreit an und sagt auf gut Pfälzisch: «De Bärn is g'schält» (die Birne ist geschält); eine seiner Lieblingswendungen für Situationen, in denen sich komplizierte Probleme in Wohlgefallen auflösen. Wir wissen

in diesem Augenblick, dass sich Gorbatschow in die innere Entwicklung der DDR nicht einmischen wird.¹⁸

Über die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen waren sich inzwischen auch die DDR-Funktionäre einig. Am 12. November kamen die Jenaer Genossen im Grossen Saal des Volkshauses zur «Parteiaktivtagung» zusammen. Sie verlief, wie es im *Scheinwerfer* hiess, «kämpferisch, offen, ehrlich, oft kontrovers, sowie kritisch und selbstkritisch». Wolfgang Biermann berichtete über die Krisensitzung des Zentralkomitees:

Die 10. Tagung war eine ZerreiSSprobe, wie ich sie bisher im ZK noch nicht erlebt habe ... Die Tagung wurde vorgestern [am 10. November] gegen 14 Uhr abgebrochen bzw. musste beendet werden, nachdem bekannt wurde, dass eine Art Notstandslage entstanden war mit grossem Ansturm Reisender auf die Grenzübergänge, Angstkäufen der Bevölkerung sowie vereinzelt entstandener, allerdings territorial begrenzter Streiks in einigen Betrieben der DDR. Genosse Modrow wurde die Aufgabe übertragen, als amtierender Ministerpräsident zu fungieren.¹⁹

Biermann informierte über die hohe Auslandsverschuldung der DDR, die Privilegien der Politbüromitglieder und die vom kommissarischen Ministerpräsidenten Hans Modrow ins Auge gefassten Reformen. Ausführlich ging er, wie schon im Zentralkomitee, auf die finanziellen Aufwendungen für die Mikroelektronik ein. Die hohen Subventionen seien gerechtfertigt gewesen. Und zum Schluss appellierte er an die Genossen, gemeinsam einen neuen Anfang zu wagen: «Es ist die letzte Chance unserer sozialistischen DDR.»

Während in Leipzig am 13. November wieder Hunderttausende auf die Strasse gingen, kam es an diesem Montag in Berlin endlich zur Generalaussprache in der Volkskammer. «Es wird ja richtig hart und ernsthaft diskutiert», staunten die Journalisten: «So etwas hat es bei uns noch nie gegeben.»



15. Januar 1990: Warnstreik in Jena.

Zum neuen Volkskammerpräsidenten wurde im zweiten Wahlgang mit 246 Stimmen der Vorsitzende der Bauernpartei, Günther Maleuda, gewählt. Manfred Gerlach von der Liberaldemokratischen Partei erhielt 233 Stimmen. Bei der Wahl des neuen Ministerpräsidenten erzielte Hans Modrow, der SED-Bezirkschef in Dresden und Hoffnungsträger der Partei, ein überwältigendes Ergebnis: Nur ein einziger Abgeordneter stimmte gegen ihn. Bereits am 17. November präsentierte Modrow das neue Kabinett und trug seine Regierungserklärung vor. Auf die in Scharen aus dem Westen angereisten Journalisten machte er einen ganz biederen Eindruck:

Während der 61-jährige seine Grundsätze anderthalb Stunden lang vom Blatt liest, im kleinen blauen Sonntagsanzug, die Arme rechts und links fast ins Rednerpult verschraubt, erinnert er auch an seinen Vorgänger in diesem Amt, Willi Stoph, in dessen früheren Jahren: solide, buchhalterisch und ganz ehrliche Haut.²⁰

Modrows Lagebeurteilung war realistisch und schonungslos. Die Grossbetriebe seien international nicht wettbewerbsfähig und müssten von Grund auf modernisiert werden. Der Bundesregierung machte er das Angebot einer «Vertragsgemeinschaft», die «weit über den Grundlagenvertrag und die bislang geschlossenen Verträge und Abkommen hinausgeht».

Der Bundeskanzler wollte die Initiative nicht aus der Hand geben. Am 23. November erörterte das «Küchenkabinett» im Kanzlerbungalow, «ob wir dem Modrow-Vorstoss die weitergehende Idee einer Konföderation entgegensetzen könnten». Horst Teltchik übernahm die Leitung einer Arbeitsgruppe. Er schlug vor, die Leitlinien plakatativ in Form von zehn Punkten zusammenzufassen. Auch Helmut Kohl beteiligte sich an der Ausformulierung, und am 28. November trug er das Zehn-Punkte-Programm im Deutschen Bundestag vor:

Wir sind ... bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heisst eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen. Das setzt aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR zwingend voraus ... Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schliesslich aussehen wird, das weiss heute niemand. Dass aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.²¹

Der Werksleiter des zu Carl Zeiss Oberkochen gehörenden Winkelwerkes in Göttingen, in dem vor allem Mikroskope produziert wurden, war mit Kunden häufig zur nur wenige Kilometer entfernten innerdeutschen Grenze gefahren. Er zeigte den Amerikanern und Japanern die bergauf und bergab verlaufenden Schneisen in der Landschaft mit den hohen Stahlzäunen. Als Franz-Ferdinand von Falkenhäusen am 12. November, einem Sonntag, wieder nach Hohengandern kam, erlebte er die Öffnung der Grenze. Seit Mitternacht hatten

DDR-Bausoldaten die unterbrochene Strasse nach Ahrensstein wieder befahrbar gemacht. Wessis und Osis drängten sich durcheinander, und alle waren wie aus dem Häuschen.

Volksfest mit Wildfremden, Umarmungen, fassungsloses Gestammel. Das am häufigsten gebrauchte Wort: «Wahnsinn.»²²

Am Tag zuvor hatte der Oberkochener Vorstandssprecher Horst Skoludek einen Anruf seiner in London lebenden Tochter erhalten. «Im Fernsehen wird der Fall der Mauer gezeigt. Wir müssen nach Berlin!» Skoludek war entschlossen, die Chancen, die sich jetzt boten, zu nutzen und die beiden aus einer Wurzel stammenden Firmen wieder zusammenzuführen. Auf seinen Vorschlag befassten sich die Vorstände von Zeiss und Schott bei einer gemeinsamen Sitzung am 17. November mit dem Thema.

Auch für die Jenenser war seit dem 9. November nichts mehr wie früher. Viele Zeissianer nutzten die neuen liberalen Reisegesetze. Zu den ersten, die in den Westen fuhren, gehörte Dr. Bernd Reinhold, der Direktor des U-Betriebes in Jena-Göschwitz. Hier war die Militärforschung des Kombines konzentriert, und die Mitarbeiter hatten sich verpflichten müssen, Westkontakte strikt zu meiden. Jetzt erklärte der Betriebsdirektor, dass derartige Verpflichtungen keine Gültigkeit mehr besäßen.

«Mit grosser Einsatzbereitschaft» und «unbürokratisch» erteilte das Betriebsschutzkommando der Volkspolizei an einem einzigen Tag 2'500 Visa für mehrmalige Ausreisen: «Dafür soll den Genossen herzlichst gedankt werden. Auf Grund der guten organisatorischen Vorbereitungen kam es zu keinen Wartezeiten.»

Solche Informationen entnahm man dem *Scheinwerfer*. Die Betriebszeitschrift des Kombines erschien einmal in der Woche und war Organ der Industriekreisleitung der SED. Noch bis Oktober 1989 hatte man hier die üblichen gehässigen Aufsätze über die Bun-

desrepublik, die westlichen Medien und ihre Hetze gegen die friedliebende DDR lesen müssen. Jetzt aber wurde *Der Scheinwerfer* zu einem Spiegel der politischen Entwicklung. Am 28. November gaben die Kommandeure der Kampfgruppen in der Betriebszeitschrift bekannt:

Wir werden einen Einsatz verweigern, wenn dieser Einsatz nicht eine breite, demokratische Legitimation besitzt und dieser gegen friedlich ihre Meinung zum Ausdruck bringende Bürger unseres Staates gerichtet ist, selbst wenn diese Meinung nicht mit der offiziell verkündeten übereinstimmt.²³

Am 28. November verlas der Schriftsteller Stefan Heym auf einer Pressekonferenz in Berlin seinen Aufruf «Für unser Land». Die DDR dürfe sich nicht durch die Bundesrepublik «vereinnahmen» lassen, denn dann käme es zu einem «Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte». Die Chance müsse genutzt werden, eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik aufzubauen. Viele bekannte Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens unterschrieben. Im ganzen Land und auch im *Scheinwerfer* entwickelte sich eine breite Diskussion. Es gab Mitarbeiter, die den Aufruf begrüßten und sich für die Unabhängigkeit der DDR aussprachen, und solche, die sich entschieden gegen eine Fortsetzung des «vierzigjährigen Experiments» wandten.

Am 1. Dezember beschloss die Volkskammer eine Verfassungsänderung und strich die Führungsrolle der SED. Zwei Tage später sprach der 75-jährige CDU-Abgeordnete Dr. Heinrich Toeplitz als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses über den Amtsmissbrauch der führenden Funktionäre und ihre Privilegienwirtschaft. Seine Rede wurde live im Staatsfernsehen übertragen.

Selbst hartgesottene Volkskammermitglieder haben zu später Stunde voller Empörung lauthals dazwischengerufen. Was da an

Einzelheiten in kurzer Zeit zusammengetragen worden ist, war auch für die SED-Fraktion nicht mehr hinnehmbar.²⁴

Die DDR-Führungsriege hatte den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verloren. Am 3. Dezember traten Politbüro und Zentralkomitee geschlossen zurück. Drei Tage später erklärte Egon Krenz auch seinen Rücktritt als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates. Gleichzeitig forderte er die Genossen auf, «in dieser Stunde höchster Gefahr» gegen die «antisozialistischen Kräfte» zusammenzustehen.

Am 5. Dezember öffneten sich die Türen der Objektdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit in der Schillerstrasse. Vier Mitarbeiter des Forschungszentrums stellten Oberstleutnant Karl Teller zur Rede. Er war bis zur Auflösung des Ministeriums hier der Amtsleiter gewesen. Einer der vier nahm Einsicht in die über ihn angelegte Kaderakte, konnte aber nur den lapidaren Satz finden: «Als Reisekader gestrichen.» Karl Teller behauptete, dass eine Akte, die «vielleicht vor zehn Jahren einmal angelegt» worden sei, «mit Sicherheit» nicht mehr existiere. Das stimmt nicht. Zwar haben Stasimitarbeiter während der Wende viele Akten verbrannt und andere durch den Reisswolf gejagt, aber der Grossteil der Bestände ist erhalten geblieben. Daher wissen wir, dass die Ermittlungsergebnisse, zum Beispiel bei den bedrohlichen «Operativen Personenkontrollen», sorgfältig archiviert worden sind. Sie liegen bei der Gauck-Behörde in Gera. Viele Schandtaten der Staatssicherheit lassen sich heute noch nachweisen.

Die Zeiten änderten sich. Die mächtigsten Männer in Berlin und in den Bezirkshauptstädten hatten ihre Ämter niedergelegt. Bei einem Gespräch der Betriebsdirektoren mit Wolfgang Biermann gab es zum ersten Mal harte Kritik am Führungsstil. Da blieb nur noch der Rücktritt. Am 8. Dezember übertrug der Generaldirektor die Verantwortung auf seinen bisherigen ersten Stellvertreter Klaus-Dieter Gattnar.

Zur Montagsdemonstration in Leipzig am 11. Dezember versammelten sich – nach einem Bericht der *Stuttgarter Zeitung* – «vielleicht ein paar Tausend weniger als in den vergangenen Wochen». Der von den Fernscheinwerfern grell beleuchtete Wald von Fahnen und Transparenten sei aber noch dichter geworden. Man könne «bestimmte Teilmengen» ausmachen:

Da sind Inseln von Plakaten und Schriftbändern, die sich «gegen Wiedervereinigung» oder «Vereinnahmung» oder «Grossdeutschland» oder gegen ein «Viertes Reich» wenden. Aber auch die vielen Tafeln mit «Deutschland, einig Vaterland» oder «Ein Deutschland» bilden feste Gruppen.²⁵

Wer nach der Einheit Deutschlands rufe, dürfe nicht als Rechtsradikaler beschimpft werden, mahnte ein Redner: «Dulden wir die Meinung, die wir selbst nicht haben.» Nach einer Umfrage plädierten 71 Prozent der DDR-Bürger für den Sozialismus und 73 Prozent für einen souveränen eigenen Staat. Lediglich 27 Prozent wollten die Wiedervereinigung. Bald aber kam es zu einem Meinungsumschwung. Dabei spielte die Reise des Bundeskanzlers nach Dresden und seine Rede vor der Ruine der Frauenkirche am 19. Dezember eine entscheidende Rolle. Er selbst sprach von seinem «Schlüsselerlebnis auf dem Weg zur staatlichen Einheit»:

Wir waren kaum gelandet, da wurde mir schlagartig bewusst: Dieses Regime ist am Ende. Die Einheit kommt! Der gesamte Flughafen, vor allem das Gebäude, war bevölkert von Tausenden von Menschen, ein Meer von schwarzrotgoldenen Fahnen wehte in der kalten Dezemberluft ... Als die Maschine ausgerollt war, ich auf der untersten Stufe der Rolltreppe stand und Modrow mich ... mit versteinerner Miene erwartete, drehte ich mich zu Rudi Seiters um und sagte: «Die Sache ist gelaufen.»

Als wir in die Stadt führen – teilweise im Schrittempo -, säumten Zehntausende die Strassen ... Sie jubelten uns zu. Ich las auf Trans-

parenten «Kohl, Kanzler der Deutschen» oder «Bundesland Sachsen grüsst den Kanzler».²⁶

Auch Horst Teltschik, der mit dem Bundeskanzler nach Dresden gekommen war, hat über den grossen Tag und die Begeisterung der Dresdner berichtet: «Sie klatschen, winken mit grossen weissen Tüchern, lachen, freuen sich; viele stehen aber auch einfach nur am Strassenrand und weinen. Freude, Hoffnung, Erwartung drücken sich in ihren Gesichtern aus, aber auch Bangigkeit, Unsicherheit, Zweifel.»

Ich empfinde Stolz und Demut zugleich, die Chance zu haben, für das Glück dieser Menschen arbeiten zu dürfen, mit verantwortlich zu sein für ihr Schicksal, was immer es an Arbeit Tag und Nacht abfordert.²⁷

An eine Rede hatte Helmut Kohl nicht gedacht. Doch nach diesem Empfang war klar: Er musste zu den Menschen sprechen. Hunderttausende erwarteten den Kanzler, als er nach den Gesprächen mit Hans Modrow und der anschliessenden Pressekonferenz am späten Nachmittag auf dem Platz vor der Frauenkirche eintraf. Er hatte seine Worte gut überlegt, denn er wusste, dass man sie in der ganzen Welt sehr kritisch analysieren würde. Der Bundeskanzler war erfüllt von der Vision, dass Deutschland eines nicht zu fernen Tages wiedervereinigt werden könnte, und diese Vision vermochte er auch bei seinen Zuhörern zu wecken:

Sie werden eine frei gewählte Regierung haben. Und dann ist der Zeitpunkt gekommen zu dem, was ich konföderative Strukturen genannt habe – das heisst, gemeinsame Regierungsausschüsse, damit wir mit möglichst viel Gemeinsamkeit in Deutschland leben können. Und auch das lassen Sie mich hier auf diesem traditionsreichen Platz sagen: Mein Ziel bleibt, wenn die historische Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation.²⁸



19. Dezember 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl spricht in Dresden vor hunderttausend Menschen.

Horst Teltschik stand mitten unter jungen Leuten. Auch beim Beifall blieben ihre Gesichter ernst. Es schien, als spürten sie den Atem der Geschichte. Der Bundeskanzler war selbst tief ergriffen, als er seine Ansprache beendete: «Gott segne unser deutsches Vaterland.»

Die von Helmut Kohl ins Auge gefasste «Konföderation» zwischen der Bundesrepublik und der DDR, aus der sich sogar die Einheit der Nation ergeben mochte, bot den beiden, den Namen «Carl Zeiss» tragenden Firmen eine «einmalige historische Chance». Es war die Chance, die in der Welt führenden Unternehmen der Branche Feinmechanik-Optik, die aus einer Wurzel stammten, «in der nächsten Zeit wieder näher zusammenzubringen»:

Neben den mannigfaltigen verwandtschaftlichen Bindungen und Kontakten unserer Mitarbeiter nach Jena haben wir von der Firmenleitung [Carl Zeiss Oberkochen] immer lose Kontakte zueinander unterhalten und in den letzten Wochen auf verschiedenen Ebenen neu geknüpft.²⁹

Vielen Oberkochenern ging es wie Horst Teltschik. Sie empfanden es als ihre historische Aufgabe, die abgebrochenen Brücken zu den Brüdern in Jena neu zu bauen. Eine Woche nach der Ernennung Gattnars zum kommissarischen Generaldirektor gratulierte Skoludek und vereinbarte einen ersten Besuch in Jena zum persönlichen Kennenlernen. Bereits drei Wochen vorher, am 9. Januar 1990, traf das Oberkochener Vorstandsmitglied Gustav Pieper im saarländischen Riegelsbach die beiden Jenenser Betriebsdirektoren Bernhard Kammerer und Dr. Bernd Reinhold. Die Zusammenarbeit mit Zeiss-West eile, betonten die beiden Herren, da «Signale» gesetzt werden müssten: «Die Mitarbeiter sind unruhig und wandern sonst eventuell in den Westen ab.»

Die Betriebsdirektoren der «Zeiss»-Betriebe haben eine Kommission gebildet, die beschlossen hat, intensive Kontakte zu Zeiss im Westen zu suchen. Die Mitarbeiter in Jena haben das gefordert. Sie verstehen sich nach wie vor als «Zeissianer», und insofern ist es völlig selbstverständlich, dass zuerst mit Zeiss im Westen gesprochen wird. Alles andere wäre auch nicht logisch und nicht durchsetzbar.³⁰

Beim Abendessen im Gästehaus der Firma Komeg sprachen die Zeissianer (Ost) ausführlich mit dem Zeissianer (West). Die Jenenser erwarteten für die Zukunft eine Mehrparteienlandschaft auch in der DDR und bei der ersten freien Volkskammerwahl 35 Prozent der Stimmen für die SED. (Tatsächlich wurden es nur 16,3 Prozent.) Beide Betriebsdirektoren gingen davon aus, «dass die DDR als selbständiger Staat im Bereich des Comecon verbleiben wird».

Am 2. Februar fuhren Vorstandssprecher Skoludek, Justitiar von Einem und Pressesprecher Berger nach Jena, um sich einen persönlichen Eindruck vom inneren Zustand des Kombinates zu verschaffen. Als erstes besuchten sie die Gräber von Carl Zeiss und Ernst Abbe und legten Kränze nieder. Dann gingen sie durch die Stadt.

Skoludek zeigte den Mitarbeitern die Häuser Tatzendpromenade 7 und St. Jakob-Strasse 23, wo er vor über vierzig Jahren als Student gewohnt hatte.

Die Stadt machte einen heruntergekommenen Eindruck. Viele Häuser waren baufällig, und überall bröckelte der Putz. Die schlimmsten Schäden waren durch Transparente verdeckt. Erst ein paar Tage zuvor hatte ein westdeutscher Journalist seine Beobachtungen beschrieben, und die Oberkochener konnten jetzt alles mit eigenen Augen sehen:

Herrlich gewesene alte Wohnhäuser stehen an der Kahlaischen Strasse, geschnitzte Holzbalkone haben sie – aber sie sind geschlossen, vernagelt, gesperrt wegen Einsturzgefahr. Der «Pudelsalon H. Maier» an der Ecke Kahlaische/Mühlenstrasse: geschlossen. Der Konsum gegenüber: geschlossen ... Abends, wenn Feuchtigkeit sich auf die Strassen senkt, überzieht den Gehweg eine glitschige Schmiere, und der Geruch verbrennender Braunkohle aus Zehntausenden von Öfen und rauchenden Aschentonnen mischt sich mit dem säuerlich-bitteren Gestank des Trabbi-Berufsverkehrs.³¹

Die Oberkochener wohnten im Gästehaus des Volkseigenen Betriebes, einer gepflegten Fabrikantenvilla aus der Vorkriegszeit. Im Osten sah man den Jenzig, den «Berg mit dem rötlich strahlenden Gipfel», wie einst Schiller gedichtet hatte, im Westen hatte man eine herrliche Aussicht auf das Saaletal und die sanft ansteigenden Hänge jenseits des Flusses. Zum Abendessen kam die gesamte Führungsrige des Kombinat: der amtierende Generaldirektor Klaus-Dieter Gattnar, sein Stellvertreter Professor Klaus Mütze, der Generaldirektor des Aussenhandelsbetriebes Rainer Hedrich und der Leiter der Rechtsabteilung Dietmar Schmidt.

In einer Tour d'horizon unterzogen die Herren die Geschäftsfelder beider Firmen einer Analyse und entdeckten etliche Chancen, wenn die Kräfte gebündelt würden. So gebe es auf dem Gebiet der Plane-

tarien nur wenige Wettbewerber, «und die beiden Zeiss-Unternehmen lieferten sich die grössten Gefechte». Ein gemeinsames Vorgehen müsse zu aussergewöhnlichen Erfolgen führen.

Wie die Jenenser mitteilten, hatte der VEB bereits bei der Regierung in Ostberlin den Antrag gestellt, die Verstaatlichung rückgän-



Horst Skoludek

gig zu machen und die Kombinatbetriebe wieder in das Eigentum der Carl-Zeiss-Stiftung Jena zurückzuführen. Nur auf diese Weise könne der VEB ein gleichstarker Verhandlungspartner der Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim sein. Die Oberkochener waren nicht

glücklich bei diesen Eröffnungen. Nach ihrer Rechtsauffassung gab es in Jena keine Carl-Zeiss-Stiftung mehr. Sie konnte also auch nicht «wiederhergestellt» werden.

Eine einheitliche Stiftung sei nur eine von mehreren Lösungsmöglichkeiten, erklärte Skoludek. Er skizzierte dann noch andere Modelle. Die Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim könne auch die Betriebe in Jena vom Staat kaufen, oder – nach Umwandlung der Betriebe in eine Aktiengesellschaft – die Aktienmehrheit erwerben. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei dies allerdings nicht möglich. Die damit verbundenen Lasten seien «wirtschaftlich nicht verkräftbar». Das Kombinat hatte insgesamt 69'000 Mitarbeiter, Carl Zeiss Oberkochen weltweit 15'000.

Am 20. und 21. Februar 1990 kam Horst Skoludek noch einmal nach Jena, diesmal in Begleitung seines Vorstandskollegen Jobst Herrmann. In seiner Tischrede konstatierte Skoludek eine «historische Verpflichtung» gegenüber den Firmengründern und der Belegschaft. Die Gemeinsamkeiten müssten herausgearbeitet und die Unterschiede bereinigt werden. Der VEB besitze gute Facharbeiter und ein gutes Wissenschaftler-Potential, sei aber «wahrscheinlich nicht wirtschaftlich». Beide Unternehmen führten den grossen Namen Zeiss und müssten «einen Weg für die mittelfristige Zusammenführung finden».

Kurze Zeit später traf Skoludek zufällig im Stuttgarter Interconti-Hotel Lothar Späth in Begleitung des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow. Der baden-württembergische Regierungschef stellte Skoludek vor:

«Das ist der Boss von Carl Zeiss.»

Modrow stutzte: «Sind Sie von Jena?»

«Nein, ich bin von Oberkochen. Zeiss gibt es auch bei uns.»

«Es gibt also zwei Zeiss?»

«Ja, aber es wird bald nur noch ein Zeiss geben.»³²

KAPITEL 18

Die Wiedervereinigung

Am 18. März 1990 fanden in der DDR die ersten freien Volkskammerwahlen statt. Viele westdeutsche Politiker kamen zur Unterstützung ihrer Parteifreunde. Der Kanzler sprach auf sechs grossen Wahlveranstaltungen. Am 20. Februar begrüsst ihn in Erfurt 130'000 Menschen mit Jubel und, wie er berichtete, «anrührenden Transparenten». Gemeint war vor allem das Plakat am Rednerpult: «Gott schütze unseren Kanzler, den Wegbereiter der deutschen Einheit.» Helmut Kohl verbreitete Optimismus:

Gemeinsam mit den Menschen in der DDR werden wir hier in kurzer Zeit ein blühendes Land schaffen.¹

Bei den sechs Grossveranstaltungen haben schliesslich eine Million DDR-Bürger den Bundeskanzler gehört und umjubelt. Vor Beginn jeder Veranstaltung liessen die Organisatoren einen Text verlesen, der die Bedeutung der Stunde betonte:

Schon einmal hat vor rund 120 Jahren ein Kanzler die Einheit Deutschlands geschafft – Otto von Bismarck. Heute ist es Helmut Kohl, der uns die Einheit bringt?

Mit Begeisterung aufgenommen in der alten Heimat wurden auch der Hallenser Hans-Dietrich Genscher und der Dresdner Wolfgang Mischnick. Am 16. Februar sprach der Aussenminister bei einer Grosskundgebung auf dem Obermarkt. Sein Blick ging zu den vier Türmen der Marktkirche und dem Roten Turm, den Wahrzeichen

Halles: «Es fiel mir schwer, mich nicht von meiner Bewegung fort-reissen zu lassen. Das war die Stunde, in der sich so viel für mich erfüllte.»

Die Sozialdemokraten brauchten sich nicht zurückgesetzt zu fühlen. Ihre Wahlveranstaltungen hatten ebenfalls gewaltigen Zulauf. Zu Willy Brandt kamen Hunderttausende. Mit Missvergnügen registrierte der Bundeskanzler, dass der Ehrenvorsitzende der SPD «wie ein alter Bischof oder Metropolit mit segnender Hand durch die DDR zieht». Hans-Jochen Vogel, der Parteivorsitzende, hielt es «schliesslich am Wahltag doch für möglich, dass wir stärkste Partei werden würden». Ibrahim Böhme, der Spitzenkandidat, hatte Vogel gebeten, «bei der Suche nach kompetenten Persönlichkeiten aus Westdeutschland für sein etwaiges Kabinett zu helfen»:

Dabei ging es ihm vor allem um das Wirtschaftsministerium. Heinz Dürr, damals AEG-Chef, den ich darauf ansprach, zeigte aus Verantwortungsgefühl und Solidarität mit den Menschen in der DDR Interesse. Wir trafen uns am Wahltag zu dritt in meinem Berliner Bürgerbüro zu einem Gespräch, an dessen Ende Dürr eine bedingte Zusage gab?

Am 18. März konnten die Bürger zum ersten Mal selbst entscheiden, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollten. Das Medieninteresse war gewaltig, und es hiess, am Wahltag seien allein nach Ostberlin zweitausend Journalisten gekommen. In Kurzinterviews nach der Stimmenabgabe verschafften sie sich Aufschluss über die politischen Präferenzen. Im Wahllokal Nr. 027 A in der Pankower Strasse sagte eine Zahnärztin, sie sei auch früher zu den sogenannten Wahlen gegangen. Das sei Pflicht gewesen: «Man ging hin, man wollte ja weiterleben hier.» Jetzt sei es ihr zum ersten Mal ein Bedürfnis. Ein kaufmännischer Angestellter wiederholte immer wieder mit strahlendem Gesicht: «Wissen Sie, was das für ein Gefühl ist, da jetzt seine Stimme abzugeben? Der Wahnsinn, der blanke Wahnsinn.»

Die hohe Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent bestätigte das starke Engagement der Bürger. Sieger wurde die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Lothar de Maizière. Sie erreichte 40,6 Prozent der Stimmen. Die SPD landete abgeschlagen mit 21,8 Prozent auf Platz 2; die in PDS umbenannte ehemalige Einheitspartei erhielt 16,3 Prozent. Der Schriftsteller Stefan Heym zeigte offen seine Enttäuschung: «Es wird keine DDR mehr geben. Sie wird nichts sein als eine Fussnote in der Weltgeschichte.»

Am 5. April trat die Volkskammer im ehemaligen «Palast der Republik» zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Eine Woche später wurde Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten gewählt. In ihrer Koalitionsvereinbarung erklärten die Regierungsparteien die Wiedervereinigung zu ihrem politischen Hauptziel.

Nach dem fulminanten Wahlerfolg der CDU besetzte sie auch das Wirtschaftsministerium. Ein paar Monate später wurde Heinz Dürr vom Bundeskanzler gebeten, als Vorstandsvorsitzender an die Spitze der Deutschen Bundesbahn zu treten. Hier ging es um eine grundlegende Strukturreform und die Wiederezusammenführung mit der Deutschen Reichsbahn.

Jeder wusste, dass die deutsche Einheit nicht ohne die Zustimmung der Grossmächte zu haben war. Schon im Oktober 1989, also noch vor Öffnung der Mauer, hatte sich Helmut Kohl die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten George Bush gesichert. Die sowjetische Führung machte sich nur widerstrebend mit dem Gedanken vertraut, dass die Wiedervereinigung sozusagen auf der Tagesordnung der Weltgeschichte stand. In diesem Zusammenhang rühmte Hans-Jochen Vogel den früheren DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow. Dessen Beitrag zum gewaltlosen Ablauf des Einigungsprozesses sollte nicht unterschätzt werden: «Er brachte Ende Januar 1990 von einem Besuch in Moskau das prinzipielle Ja Gorbatschows zur deutschen Einheit mit.» Stein des Anstosses für die Sowjetunion blieb die beabsichtigte Mitgliedschaft des wieder vereinigten



15. Juli 1990: «Durchbruch im Kaukasus». Sitzend: Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow und Helmut Kohl. Stehend in der 1. Reihe: Regierungssprecher Hans Klein, Bundesfinanzminister Theo Waigel, Raissa Gorbatschowa, Eduard Schewardnadze (von links).

Deutschlands im Nordatlantikpakt. Kategorisch verweigerte Michail Gorbatschow seine Zustimmung.

Am 15. Juli 1990 verhandelten Kohl und Dietrich Genscher in Moskau mit dem sowjetischen Präsidenten und seinem Aussenminister. Soeben war der Parteikongress der KPdSU mit der Wiederwahl Gorbatschows als Generalsekretär zu Ende gegangen.

Am ersten Gespräch zwischen Kohl und Gorbatschow nahmen auf jeder Seite nur ein Berater und ein Dolmetscher teil. Es ging um die wichtigste, noch ungelöste Frage. In seiner Dokumentation über die Wiedervereinigung berichtete Horst Teltschik: «Ganz ruhig und ernst stimmt Gorbatschow zu, dass Deutschland weiter Mitglied in der NATO bleiben kann.»

Der Durchbruch ist erreicht. Weich' eine Sensation! So klare Zusagen Gorbatschows hatten wir nicht erwartet... Für den Bundeskanzler ist dieses Gespräch ein unglaublicher Triumph. Aber er lässt sich nichts anmerken, nur einmal wirft er mir einen vielsagenden Blick zu, der seine Befriedigung erkennen lässt. Ich bin Zeuge eines historischen Moments!⁴

Noch am gleichen Tag flogen die beiden Delegationen in den Kaukasus, die Heimat Gorbatschows. Die Hubschrauber landeten am frühen Abend auf einer Bergwiese. Das Land war überwältigend schön.

Raissa Gorbatschowa geht spontan in die Wiese hinein, pflückt einige Blumen und reicht sie mit einem charmanten Lächeln Helmut Kohl ... Gorbatschow strahlt über das ganze Gesicht.⁵

Am nächsten Morgen trafen sich die beiden Delegationen noch einmal zu einem Gespräch. Nach vier Stunden waren alle Probleme gelöst. «Das grosse Ziel ist erreicht», notierte Horst Teltchik. «Nun gibt es keinen Zweifel mehr, dass Deutschland am Tag seiner Vereinigung die volle Souveränität nach innen und nach aussen zurückerhalten wird.»

Gorbatschow hat überraschenderweise zugestimmt, dass nach der Einigung Deutschlands sofort Verbände der Bundeswehr auf dem ehemaligen Territorium der DDR und in Berlin stationiert und diese nach Abzug der sowjetischen Truppen in die NATO integriert werden können. Ausserdem gilt vom Tag der Einigung an die Beistandsverpflichtung der NATO für ganz Deutschland.⁶

Kohl und Teltchik haben später vom «Durchbruch im Kaukasus» und «Wunder von Moskau» gesprochen. Inzwischen wissen wir, dass die Entscheidung in der Bündnisfrage schon sechs Wochen früher gefallen war, nämlich bei einem Gipfeltreffen zwischen dem

amerikanischen und dem sowjetischen Präsidenten am 31. Mai in Washington. Im Kabinettsaal des Weissen Hauses sassen die beiden Delegationen einander gegenüber, und es ging um die deutsche Einigung und die Mitgliedschaft in der NATO. George Bush hatte ein gutes neues Argument: Gemäss der KSZE-Schlussakte von Helsinki besässen alle Staaten das Recht, ihre Bündniszugehörigkeit selbst zu bestimmen. Dieses Recht könne man auch den Deutschen nicht vorenthalten.

To my astonishment, Gorbatschow shrugged his shoulders and said, yes, that was correct.⁷

Bei der Abschlusspressekonferenz am 3. Juni erklärte Bush, es gebe volle Übereinstimmung, dass die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands eine Angelegenheit allein der Deutschen sei. Gorbatschow widersprach nicht. «Wenn es eine Annäherung Deutschlands und Russlands nicht gegeben hätte», sagte Gorbatschow später, «dann hätte ich als sowjetischer Präsident nicht die Möglichkeit gehabt, die Wiedervereinigung zu unterstützen.»

Stefan Zweig hat von «Weltstunden» gesprochen, «die Entscheidung für Jahrzehnte und Jahrhunderte» schaffen: «Was ansonsten gemächlich nacheinander und nebeneinander abläuft, komprimiert sich in einen einzigen Augenblick, der alles bestimmt und alles entscheidet.» Jetzt war eine solche «Weltstunde» gekommen. Zwar nicht in einem «einzigen Augenblick», aber doch innerhalb weniger Monate fielen Entscheidungen, die den weiteren Verlauf der Ereignisse für lange Zeit bestimmten.

Helmut Kohl hat in Geschichte promoviert. Gegenüber Gorbatschow zitierte er Bismarck, der gesagt hatte: «Man kann nur immer darauf achten, ob man den Herrgott durch die Weltgeschichte schreiten sieht, dann zuspringen und sich an seines Mantels Zipfel klammern.» Genau das hat Kohl getan. Auch Kritiker (wie Lothar

Späth) haben ihm bestätigt, dass bei der Wiedervereinigung politisch alles richtig gemacht wurde. (In wirtschaftlicher Hinsicht war es allerdings ganz anders.)

In Jena konnte man, wie in der gesamten DDR, sozusagen täglich erleben, wie sich die Wende zur Demokratie vollzog. Seit 5. Dezember 1989 war *Der Scheinwerfer* kein Parteiorgan mehr, sondern «eine Zeitung mit Ihnen und für Sie», wie die Redaktion wissen liess. Nun endlich konnte jeder seine Meinung frei vorbringen. Einigungsgegner und -befürworter meldeten sich zu Wort. Auch in den Tageszeitungen wurde relativ offen über die dramatische Entwicklung geschrieben. Reale und wahrheitsgemässe Berichterstattung sei immer mehr zu spüren, hiess es in der *Volkswacht*.

In der ersten Ausgabe der Betriebszeitung 1990 stellte ein Mitarbeiter die süffisante Frage: «Warum sieht man jetzt so viele (ehemals sozialistische) Leiter – Abteilungsleiter, Hauptabteilungsleiter, Fachdirektoren und auch den amtierenden Generaldirektor – ohne das gewohnte Parteiabzeichen?»

Solange die SED ihrem feudal-stalinistischen Charakter den uneingeschränkten Lauf liess, trugen sie stolz und brav deren Markenzeichen. Nun, da sich diese Partei ernsthaft von dieser historischen Schwerlast zu reinigen versucht, distanzieren sich jene (nun nicht mehr sozialistischen?) Leiter.⁸

Seit Ende der fünfziger Jahre strahlte von der obersten Plattform des alten Hochhauses ein grosser roter Stern weit ins Land und kündete vom Sieg des Sozialismus. Einige Mitarbeiter fragten den Generaldirektor, «ob denn diese Symbolik noch zeitgemäss sei». Klaus-Dieter Gattnar dankte den Kollegen für ihren Hinweis und liess den 3 m x 3 m grossen Stern unverzüglich abbauen.

Das Machtmonopol der SED war gefallen, und überall entstanden demokratische Strukturen. Jetzt hofften die Zeissianer, die von der Einheitspartei 1948 erzwungene Enteignung rückgängig machen zu können. Damals hatte die Deutsche Wirtschaftskommission, der

Vorläufer der DDR-Regierung, eine «Neufassung des Statuts der Carl-Zeiss-Stiftung unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen» angekündigt. Dazu war es indessen nie gekommen. Jetzt forderten die Mitarbeiter in spontan einberufenen Betriebsversammlungen die Wiederherstellung der Stiftung nach den Grundsätzen des Statuts von Ernst Abbe.

Auf Initiative von Gerd Schuchardt bildete sich im März 1990 über die politischen Grenzen hinweg eine «Parteienkommission Rückführung Zeiss-Stiftungsbetriebe». Drei Monate später fuhren vier Sprecher nach Stuttgart, um dort Kontakt mit der Stiftungsverwaltung der Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim aufzunehmen. Alle vier waren Zeiss-Mitarbeiter: Thomas Heinemann und Michael Nickel (CDU), Gerd Schuchardt (SPD) und Karlheinz Müller (PDS). Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Helmut Engler, sprach mit den Jenensern, und sein Referent protokollierte:

Die Gesprächspartner aus Jena ... legten dar, es sei der starke Wunsch der Belegschaft, dass die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena wieder wie früher nach dem Abbeschen Statut arbeiten solle. Sie hätten deshalb auch bereits einen Antrag auf Rückgabe der VEB Carl-Zeiss- und Jenaer Glaswerke an die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena gestellt; alle seit 1948 entstandenen juristischen Verhältnisse sollten demgemäss beseitigt werden. Sie seien dabei, die Tätigkeit der künftigen thüringischen Landesregierung als Stiftungsverwaltung vorzubereiten. Es sei ihr Ziel, zu erreichen, dass sich die beiden Stiftungen in Jena und Heidenheim gegenseitig anerkennen, wobei sie allerdings als Nichtjuristen nicht alle Rechtsfragen bis ins letzte beurteilen könnten. Für die Menschen in Jena, die sich alle noch als Zeissianer sähen, bedeute die Identifikation mit der Carl-Zeiss-Stiftung und deren Wiederherstellung in Jena ein besonders hohes Gut mit starker emotionaler Bindung.⁹

Er begrüße jede Art von Kontakten zwischen Zeiss (Ost) und Zeiss (West), erklärte der Minister. Es sei sicherlich im Interesse des Stifters Abbe, wenn versucht werde, unter Vermeidung von rechtlichen Auseinandersetzungen und ohne Polemik im Interesse der Menschen «im Anschluss an die Rechtslage» tragfähige Lösungen anzustreben. Man müsse allerdings sehen, dass sich die Welt in der Vergangenheit sehr stark fortentwickelt habe. Die Stiftung in Jena sei ein Rudiment und besitze inzwischen andere Funktionen.

Am 17. Juni verabschiedete die Volkskammer mit grosser Mehrheit das «Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens». Damit wurde die Treuhandanstalt geschaffen, die an diesem schwierigen Auftrag bis Ende 1993 gearbeitet hat. An die Spitze trat Detlev Karsten Rohwedder, zuerst als Vorsitzender des Verwaltungsrates und dann als Präsident. 8*500 Staatsbetriebe wurden in Kapitalgesellschaften umgewandelt.

In Jena entstanden am 29. Juni 1990 die Carl Zeiss Jena GmbH* mit 30'000 und das Jenaer Glaswerk GmbH mit 3'000 Mitarbeitern. Gleichzeitig erteilte die Treuhander den Auftrag, zusammen mit einer Unternehmensberatung ein Sanierungskonzept zu erarbeiten.

Vor über dreissig Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, hatte sich der Genosse Peter Pries Gedanken über die Zukunft des Unternehmens gemacht. Bekanntlich kennen die Marxisten die «historisch notwendigen gesellschaftlichen Prozesse». Im *Scheinwerfer* und in der *Volksmacht*, beides Organe der Einheitspartei, hatte er prophezeit, dass Zeiss Oberkochen einmal «VEB Carl Zeiss Jena, Fertigungsstätte Oberkochen» heissen werde:

* Diese Carl Zeiss Jena GmbH hat am 10. September 1990 ihren Namen in «Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH» geändert, aus der dann ein knappes Jahr darauf die heutige «Jenoptik» (unter der Verantwortung von Lothar Späth) und die heutige «Carl Zeiss Jena GmbH» als Tochter von Carl Zeiss Oberkochen hervorgegangen sind.

Wutschnaubend und geifernd empören sich die Küppenbender und Henrichs, die David und Konsorten über das sozialistische Endziel der Arbeiterklasse in ganz Deutschland. Wir können dazu nur wiederholen, was unter stürmischem Beifall vor Kurzem auf



*Demontage der
Buchstaben VEB
am Forschungs-
hochhaus.*

einem Arbeiterforum festgestellt wurde: «Es kommt der Tag, an dem die Werkstore in Oberkochen die Aufschrift tragen -VEB Carl Zeiss Jena, Fertigungsstätte Oberkochen.»¹⁰

Jetzt aber war es doch anders gekommen. Die Betriebszeitung dokumentierte das Geschehen in Wort und Bild:

Die Demontage der Grossbuchstaben VEB liess Schaulustige zum Forschungshochhaus blicken, um sich das Ereignis von historischer Tragweite nicht entgehen zu lassen. Eine Stunde für jeden Buchstaben brauchten die Handwerker zum Entfernen ... Mit «Kopfsprung» und der harten D-Mark geht es nun in die Marktwirtschaft.¹¹

Am 1. Juli 1990 trat die «Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion» zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Kraft. Von nun an war auch in der DDR die DM das alleinige Zahlungsmittel. Löhne und Gehälter wurden 1:1 umgestellt. Das war, wie man im Grunde schon damals wusste, ein gravierender Fehler. Dadurch hatte die Industrie der DDR keine Chance, sich im vereinigten Wirtschaftsgebiet zu behaupten.

Auch der Wert des volkseigenen Vermögens wurde viel zu hoch eingeschätzt. Zu oft hatte die Staatsführung damit renommiert, die DDR sei die zehntgrösste Industrienation. «So haben wir geglaubt», berichtete Kohl, «mit dem Verkauf der einstigen volkseigenen Betriebe durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können. Ja, wir glaubten sogar, an die Bevölkerung Anteilsscheine ausgeben zu können.»

Im Nachhinein habe ich mich sehr oft gefragt, wie es zu der Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Leistungskraft der DDR kommen konnte. Es lag meines Erachtens schlicht und einfach daran, dass wir zu wenig wussten. Was wir erfuhren, waren letztendlich die Propagandalügen, die von Desinformationsspezialisten des Staatssicherheitsdienstes und der SED überaus geschickt verbreitet wurden. Alles in allem ist dem DDR-Regime eines der grössten Täuschungsmanöver aller Zeiten gelungen.¹²

Nicht täuschen liess sich die Geschäftsleitung in Oberkochen. Anfang Juli schickte die *Welt am Sonntag* eine Redakteurin, um über den «Weg von Zeiss zur Wiedervereinigung» zu berichten. Manfred Berger, der Pressechef, erzählte ihr vom Alptraum Skoludeks:

Es klingelt an seiner Tür, ein Notar steht draussen und überreicht eine Urkunde, mit der Skoludek Carl Zeiss Jena zum Geschenk gemacht wird. Am nächsten Tag muss der Vorstand zum Amtsgericht gehen und Konkurs anmelden. Carl Zeiss Oberkochen ging an der Sanierung des alten Kombinats pleite.¹³

Am 10. und 11. Juli kam auch Dieter Kurz nach Jena, um sich über den Stand der Elektronenstrahl-Lithografie Aufschluss zu verschaffen. Es war sein erster Besuch in der Saalestadt. Dr. Kurz war damals der Leiter des Produktbereiches Elektronenmikroskopie. Seit 1. Januar 2001 ist er Sprecher des Vorstands.

Auf der Autobahn verpasste er die richtige Ausfahrt und kam schliesslich auf einem Umweg über die Dörfer nach Jena. Nirgendwo ein Neubau. Er hatte das Gefühl, die Zeit sei stehengeblieben. Beeindruckt aber war er von der fachlichen Kompetenz der Jenenser Kollegen. Kurz verhandelte über die Fertigung von DSM-Objektstischen* und übergab Zeichnungen und Stücklisten zur Prüfung und Kalkulation. Die Gesprächspartner waren mit den DIN- und Zeiss-Normen auf das Beste vertraut. In der Vakuum-Technik sah Dieter Kurz die neueste westliche Technologie, «das feinste vom feinen», Geräte, die nach den amerikanischen Embargolisten nie nach Jena hätten gelangen dürfen. Was die Jenenser nicht beherrschten, war die Kunststofftechnologie und die Klebetechnik. Seinen Reisebericht unterzeichnete Dieter Kurz, wie bei Zeiss üblich, mit seinem Kürzel DKu:

Bei einer ca. 1½-stündigen Werksführung wurden mir die VEB Elektronenstrahl-Inspektionssysteme im Detail gezeigt. Die «Produktion» war auf zwei Einzelstücke begrenzt. Begründet wurde

* DSM sind Digital Scanning Microscopes (Rasterelektronenmikroskope). Dieter Kurz hatte 1981-85 bei Zeiss das erste DSM der Welt entwickelt.

dies mit mangelnden Aufträgen wegen Devisenmangel im RGW und allgemeiner Investitionssituation im Halbleitermarkt. Die mechanischen und vakuumtechnischen Baugruppen machen einen sehr soliden und präzisen, allerdings auch aufwendigen Eindruck (praktisch alles Eigenfertigung). Die verwendete Elektronik, einschliesslich der russischen Steuerrechner, repräsentierten einen ca. 15-20 Jahre alten westlichen Standard.¹⁴

Auch die Wirtschaftsanalysten gewannen Klarheit, wie es um das ehemalige Kombinat bestellt war. Die von der Jenaer Geschäftsführung beauftragten Experten der Boston Consulting nahmen sich zunächst zehn Geschäftsfelder vor, die etwa die Hälfte des Umsatzes erwirtschafteten. Am 15. August 1990 trugen die Mitarbeiter des Beratungsunternehmens in ihrer Münchener Niederlassung am Maximiliansplatz den aus Jena angereisten Geschäftsführern die ersten (noch vorläufigen) Ergebnisse vor: «Ernste Situation, aber Zukunftsperspektive.» Auf der positiven Seite verbuchten sie eine «erreichbare Wettbewerbsfähigkeit» sowie «Personal- und Fertigungsressourcen auf hohem Qualitätsniveau», auf der negativen Seite die «planwirtschaftlichen Strukturen»: «Konglomerat nicht wettbewerbsfähiger Geschäfte», «hohe verdeckte Arbeitslosigkeit» und «extreme Fertigungstiefe». Jürgen Gerlach, Boiko von Oetinger und Uwe Reinert verstanden sich auf plakative Formulierungen. Ihr Fazit fassten sie, wie in der Branche üblich, auf ein paar Folien zusammen. Das zwang zur Kürze: «Carl Zeiss Jena ist ab Frühjahr 1991 illiquide, wenn keine Sanierungsmassnahmen ergriffen werden.»

Den einzigen Ausweg sahen die Analysten in der Politik. Zu DDR-Zeiten hatte das Zeiss-Werk in Jena höchstes Ansehen besessen. Man durfte davon ausgehen, dass die politisch Verantwortlichen alles daransetzen würden, das Traditionsunternehmen nicht untergehen zu lassen. Man müsse also die Fragestellung umkehren. Nicht: Wieviel Mitarbeiter können betriebswirtschaftlich gerade noch beschäftigt werden?

Sondern: Wieviel Mitarbeiter mindestens müssen aus politischen Gründen unter allen Umständen gehalten werden?

So kamen wir bei dieser Sitzung am 15. August 1990 zu dem Ergebnis: Es muss eine fünfstellige Zahl sein. Irgendeiner sagte dann: «10'200»?⁵

Das hat Uwe Reinert berichtet, einer der Experten der Boston Consulting, der später von Lothar Späth in den Vorstand der Jenoptik und der Tridelta berufen wurde. Die Zahl 10'200 spielte eine grosse Rolle, als es wieder ein Land Thüringen gab und einen Ministerpräsidenten in Erfurt. Die Glaubwürdigkeit der neuen Regierung aus CDU und ED.R wurde daran gemessen, ob die 10'200 Arbeitsplätze tatsächlich gehalten werden konnten.

Früher hatte man bei den Westdeutschen ein erschreckendes Desinteresse an den «Brüdern und Schwestern im anderen Teil Deutschlands» registrieren müssen. Jetzt war das Land zwischen Elbe und Oder interessant geworden. Scharenweise kamen die Besucher. Darunter waren viele, die das Know-how der Jenenser nutzen wollten. Für die Firmen in der Bundesrepublik hatte der Name «Carl Zeiss» einen guten Klang. Man traute den Wissenschaftlern und Ingenieuren in Jena zu, dass sie auch unter dem SED-Regime gute Forschungs- und Entwicklungsarbeit geleistet hatten. Die Carl Zeiss Jena GmbH gründete gemeinsam mit der MAN Technologie AG und der Dr. Raymond Glocker AG Tochtergesellschaften auf den Gebieten der optischen Bildverarbeitung und der medizinischen Laser. Verhandlungen mit der Agfa-Gaevert AG, einer Bayer-Tochter, zielten auf die Nutzung des Betriebsgeländes in Gera, wo vordem Wehrtechnik produziert worden war. Wie es hiess, sollten bis zu 150 Mitarbeiter übernommen werden.

Ende Juli kamen die Betriebsräte aus Oberkochen und Göttingen nach Jena. «Es ist gut, dass wir uns selbst ein Bild machen konnten», sagte Erich Holzwarth. Auch die Zeissianer in Jena wollten die

«Brüder im Westen» kennenlernen. Im *Scheinwerfer* berichteten Mitarbeiter von ihren Besuchen in Oberkochen und sprachen halb scherzhaft mit einem aus der grossen Politik entlehnten Ausdruck von «vertrauensbildenden Massnahmen». Den Betriebsräten fielen vor allem die «gesunde Selbstsicherheit» der Oberkochener auf, der Stolz, zu Zeiss zu gehören, und «der angenehme, nicht selten humorvolle Umgangston». Horst Fiedler, Lothar Janiak und Hermann Zuber, die am 24. September mit einem Lada aus dem Fuhrpark nach Oberkochen kamen, rühmten die Sauberkeit, «der wir auf Schritt und Tritt begegnen, draussen und drinnen, einer geradezu lithografischen Sauberkeit».

Am 6. September rief die «Parteienkommission Rückführung Zeiss-Stiftungsbetriebe» zu einer Grosskundgebung am Teichgraben vor dem Hauptwerk auf. «Jena kämpft um das Erbe Ernst Abbes» war die Losung. Die Redner forderten die Übertragung der Gesellschaftsanteile an der Carl Zeiss Jena GmbH und dem Jenaer Glaswerk GmbH auf die Carl-Zeiss-Stiftung Jena. In scharfen Worten kritisierten sie die Untätigkeit der DDR-Regierung, der Volkskammer und der Treuhandanstalt. Am 11. September wurden alle nach Jena führenden Strassen blockiert. Damit unterstrichen die Zeissianer ihre Forderung, die 1948 enteigneten Betriebe an die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena zurückzugeben.

In ihrer Sitzung am 13./14. September beschloss die Volkskammer, «dass der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena zunächst mindestens 20 Prozent der von Treuhandanstalt gehaltenen Geschäftsanteile der Unternehmen Carl Zeiss Jena GmbH und Jenaer Glaswerk GmbH übertragen werden».

In Würdigung des Werkes und des Vermächnisses von Ernst Abbe und der von ihm beabsichtigten Förderung des Gemeinwohls, besonders im Raum Jena, erfahren die Carl-Zeiss-Stiftung zu Jena und die ihr gemäss Statut zustehenden Einrichtungen und Unternehmen den besonderen Schutz und die Unterstützung des Staates.¹⁶

Die Jenenser jubelten: «Die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena lebt und geht nicht mit leeren Händen in das geeinte Deutschland.»

Am 2. und 3. Oktober feierte Deutschland die Wiedervereinigung. Am 3. Oktober, so hatten es Bundestag und Volkskammer beschlossen, trat die DDR der Bundesrepublik bei. Aus ihrem Staatsgebiet wurden fünf neue Bundesländer. Hunderttausende kamen nach Berlin, um die grosse Stunde mitzuerleben. Am Abend des 2. Oktober übertrugen ARD und ZDF die Fernsehansprache des Bundeskanzlers. Er dankte den Menschen in der DDR, «die mit der Kraft ihrer Freiheitsliebe die SED-Diktatur überwandten»:

Die wirtschaftlichen Probleme, dessen bin ich gewiss, werden wir lösen können: gewiss nicht über Nacht, aber doch in einer überschaubaren Zeit.¹⁷

Die offiziellen Feiern begannen um 21 Uhr mit der Verabschiedung der DDR-Regierung. Im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt spielte das Gewandhausorchester aus der Heldenstadt Leipzig. Kurt Masur dirigierte Beethovens Neunte Symphonie mit Schillers Ode an die Freude. «Wir lassen ein System hinter uns», sagte der scheidende Ministerpräsident Lothar de Maizière, «das sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauer und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt.»

Musik und Ansprache wurden auf den «Platz der Republik» vor dem Reichstag übertragen, wo sich Hunderttausende versammelt hatten. Immer mehr Menschen strömten herbei. Journalisten sprachen schliesslich von zwei Millionen. Das Reichstagsgebäude und das Brandenburger Tor waren in helles Scheinwerferlicht getaucht. Junge Männer schwenkten schwarz-rot-goldene Fahnen. Die Menge brach in Jubel aus, als an drei Punkten der wiedervereinigten Hauptstadt ein Feuerwerk einsetzte. «Aber es war keine karnevalistische

Ausgelassenheit», betonte der *Tagesspiegel*: «In vielen Gesichtern waren Tränen der Freude zu sehen.» Viele Berliner hatten früher im *RIAS* das politische Kabarett «Günter Neumann und seine Insulaner» gehört und jetzt noch Melodie und Text im Ohr: «Der Insulaner hofft unbeirrt/dass seine Insel wieder'n schönes Festland wird.»

Bundespräsident, Bundeskanzler, Minister und Spitzenpolitiker versammelten sich auf der Freitreppe vor dem Reichstag. Willy Brandt war tief ergriffen. Kohl und Genscher dachten an die vielen Hindernisse auf dem Weg zur deutschen Einheit, die sie mit Geschick und Glück hatten beiseite räumen können.

Zehn Minuten vor Mitternacht verstummt die Musik. Sportler aus beiden Teilen Deutschlands tragen die grosse «Fahne der Einheit» zum eigens aufgestellten Mast. Sie steigt empor und entfaltet sich unter dem Jubel der Menschen. Vom Schöneberger Rathaus hört man die Freiheitsglocke. Amerikanische Bürger hatten sie zur Zeit der Blockade den tapferen Berlinern gestiftet.

Die ersehnte Stunde war gekommen. 3. Oktober null Uhr. Deutschland ist wieder eins. Der Bundespräsident tritt ans Mikrofon:

In freier Selbstbestimmung wollen wir die Einheit Deutschlands vollenden. Für unsere Aufgaben sind wir uns der Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst. Wir wollen in einem vereinigten Europa dem Frieden dienen.¹⁸

«Nichts wirkte pathetisch in diesem Moment», konstatierte der *Tagesspiegel*: «Der Bundespräsident hatte schlicht ausgesprochen, was wohl alle empfanden.» Die Bläser und der Chor stimmten das Lied der Deutschen an und Hunderttausende sangen «Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland».

Am 14. Oktober gab es in Bayern und in den neuen Bundesländern Landtagswahlen. Fast überall waren die Ergebnisse günstig für die

Konservativen. «Ich selbst war ganz massgeblich an diesem Wahlkampf beteiligt», konstatierte Helmut Kohl. In Thüringen gewann die CDU mit Josef Duchac 45,4 Prozent der Stimmen und bildete mit der ED.P. eine Koalition. Die Sozialdemokraten erreichten nur 22,8 Prozent. Ihr Spitzenkandidat Friedhelm Farthmann verzichtete noch in der Wahlnacht auf sein Mandat. Die Fraktion wählte Gerd Schuchardt zum Vorsitzenden.

Nach den vielen Versprechungen und guten Vorsätzen begann in Ostdeutschland eine Phase des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges. Bis dahin hatten die Geschäftsführer in Jena geglaubt, die Selbständigkeit behaupten und sich aus eigener Kraft sanieren zu können. Ende Oktober schlug die Stunde der Wahrheit. «Erhebliche Umsatzausfälle und ein erster Entwurf einer Eröffnungsbilanz haben gezeigt, dass bereits Feuer unter dem Dach ist», heisst es in einer Notiz. Die gemeinsam von der Geschäftsleitung in Jena und der Boston Consulting erarbeitete Analyse liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

Mit dem 1.7.1990 wird sichtbar, dass die Wettbewerbsfähigkeit mit der Währungsunion, dem Eintritt in die offene Marktwirtschaft und den damit verbundenen Änderungen der Marktbedingungen und der Erlös-/Aufwandsrelation nicht mehr gegeben ist. Die Marktbedingungen werden sich ab 1991 durch die Umstellung des Osthandels auf konvertierbare Währungen voraussichtlich verschlechtern ...

Schlagartig ist die Rüstungsproduktion beendet, was zu freien Kapazitäten und das Unternehmen erheblich belastenden Verlusten führt (Verlust im Betrieb Gera von 90-100 Millionen DM).¹⁹

Da wollten die «Brüder im Westen» nicht untätig bleiben. Gemeinsam mit der Boston Consulting Group (BCG) machte sich Carl Zeiss Oberkochen daran, ein Sanierungskonzept zu erarbeiten. Dazu wurde ein Team von Oberkochener Experten zusammengestellt, das

hauptsächlich «vor Ort» in Jena arbeitete. Die Leitung übernahm Professor Jobst Herrmann. Er rühmt noch heute das Geschick und die Loyalität seines engsten Mitarbeiters Georg Steinbichler. «Die Arbeitsgruppen Betriebswirtschaft, Materialwirtschaft, Personal und Öffentlichkeitsarbeit werden wir führend moderieren», notierte Dr. Skoludek: «Die anderen Themenbereiche moderiert BCG.» Am 30. Oktober erläuterte der Sprecher des Vorstandes den Experten die Firmenphilosophie:

- Drüben sind Zeissianer wie wir.
- In Jena gibt es ein gutes Wissenschaftlerpotential.
- In Jena gibt es gute Facharbeiter.
- Es fehlte vierzig Jahre der Konkurrenzdruck und der fordernde Markt. Wir müssen alle unsere Erfahrungen und unser Wissen helfend zur Verfügung stellen. Denken Sie immer daran, das als Partner, als Zeissianer, ohne Überheblichkeit, ohne Besserwisserie zu tun. Es gibt keine Zeissianer 1. und 2. Grades.
- Je schneller wir das akzeptieren, je schneller wir helfen, umso schneller werden wir gemeinsam den Nutzen haben.²⁰

Am 2. Dezember wurde zum vierten Mal in diesem Jahr gewählt.* Die Deutschen in West und Ost bestimmten ihr erstes gemeinsames Parlament. Jetzt kam Helmut Kohl nur zu drei Wahlveranstaltungen in den Osten. Die Euphorie war verflogen. Im März hatten 200'000 Menschen seine Rede in Chemnitz gehört, im November waren es noch 40'000. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete:

Unklar bleibt, wie sich Kohl die Bewältigung der Altlasten in der ehemaligen DDR vorstellt. Diese Altlasten stellen sich bei Weitem grösser dar, als auch Kohl noch vor Kurzem bewusst gewesen ist,

* Volkskammerwahl am 18. März, Kommunalwahl am 6. Mai, Landtagswahl am 14. Oktober, Bundestagswahl am 2. Dezember.

aber dennoch macht er sich stark für zwei Prognosen. Erstens: «Es ist ein gewaltiger Boom, der auf uns zukommt.» Zweitens: «Ich sage voraus, dass die neuen Bundesländer in drei, vier Jahren, oder vielleicht in fünf Jahren, aber bestimmt nicht später, blühende deutsche Landschaften sein werden.»²¹

Die Wahl brachte einen klaren Sieg für den Bundeskanzler und die Regierungskoalition aus CDU/CSU und F.D.P. Oskar Lafontaine, der Kanzlerkandidat der SPD, habe es nicht vermocht, seinen politischen Kurs verständlich zu machen, hiess es in der *Süddeutschen Zeitung*: «Ein Angebot, wie es mit der Einheit anders gemacht werden könnte, kam von der SPD nicht, kam von Lafontaine nicht.» Neben dem Kommentar fand man eine Karikatur. Helmut Kohl steht in Sektlaune vor dem Spiegel und sieht sich doppelt: «Der Sieges-Schampus macht das wohl. Jetzt gibt's ein Deutschland und zwei Kohl.»

Am 14. Dezember trat der von der Treuhandanstalt eingesetzte Aufsichtsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Das Unternehmen hatte inzwischen seinen Namen in «Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH» geändert. Jena und Oberkochen waren übereingekommen, das Londoner Abkommen von 1971 zu ergänzen. Danach gehörte auch das wiedervereinigte Deutschland zu den sogenannten Koexistenzländern. Es durften also beide Unternehmen den grossen Namen «Zeiss» führen, aber nur mit «unterscheidungskräftigen Merkmalen». Dazu reichte nach Meinung der Juristen der Zusatz «Jena» nicht aus. Also ging das Unternehmen in Jena vom Namen «Carl Zeiss Jena GmbH» zu «Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH» über.*

* Nochmals zur Klarstellung: Es gab also bereits vom 1. Juli bis 10. September 1990 eine «Carl Zeiss Jena GmbH», ein Unternehmen mit etwa 30'000 Mitarbeitern, von denen ein grosser Teil auf Kurzarbeit gesetzt war. Es ist nicht zu verwechseln mit der heutigen «Carl Zeiss Jena GmbH». Ihr Gründungstag war der 22. Oktober 1991 (Eintrag im Handelsregister).

Horst Skoludek und Roland Schelling trafen sich bereits am Abend vor der Aufsichtsratssitzung mit den Arbeitnehmervertretern. Der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Schelling war auf Wirtschaftsrecht spezialisiert und hatte den seinerzeitigen Stiftungskommissar Dr. Herbert Hochstetter beraten, als es um die Einführung von Unternehmensräten bei Zeiss und Schott ging und das Statut entsprechend geändert werden musste.

Die Betriebsräte in Jena erwarteten die Ablösung aller Geschäftsleiter und Werksdirektoren. Burkhard Riese, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, hatte im Forschungshochhaus eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Die Meinung über die Führungskräfte liess sich auf einen einfachen Nenner bringen: «Je höher in der Hierarchie, desto niedriger die Akzeptanz.» Erstaunt registrierte Dr. Skoludek: «Man ist mit der Entlassung von 20'000 Mitarbeitern einverstanden. Diese möchten sich aber nicht von der heutigen Leitung entlassen lassen.» Die Betriebsräte hatten gehofft, dass die Oberkochener einen neuen Vorstand stellen würden. So schnell ging es aber nicht. Zuerst mussten die Eigentumsverhältnisse geklärt werden.

Bei der Aufsichtsratssitzung im Hochhaus am Carl-Zeiss-Platz wurde Roland Schelling zum Vorsitzenden und Ralf Tänzer, der Sekretär der IG-Metall, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Geschäftsführer Klaus-Dieter Gattnar musste erklären, warum die Umsätze dramatisch zurückgingen. Hauptgrund war der Zusammenbruch der Ostmärkte. Die Geschäftsführung steuere 1991 ein Umsatzvolumen von 850 Millionen DM an und wolle nach einer Übergangszeit von ca. zwei Jahren Stabilität gewinnen. Skoludek kritisierte: Schon bisher habe die Geschäftsführung viel zu optimistische Umsatz- und Gewinnerwartungen vorgelegt. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit seien auch die jetzt genannten Zahlen «nicht zu realisieren», und es müssten «alternative Überlegungen für den worst case angestellt werden». Dann ging Gattnar zum Thema Stiftung über. Sofort wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen:

Dr. Schelling stellt klar, dass es nicht Aufgabe des Aufsichtsrates sein könne, sich mit Fragen der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena in rechtlicher und sonstiger Hinsicht zu befassen, die Verantwortung des Aufsichtsrates vielmehr konzentriert sei auf die ohnehin schwierigen und umfassenden Aufgaben bezüglich des Unternehmens Jenoptik.²²

Geschäftsführer Gattnar wurde beauftragt, seine Ausführungen zur Geschäftslage, insbesondere das Sanierungskonzept, allen Aufsichtsratsmitgliedern schriftlich zuzuleiten. Dann könne man in der nächsten Sitzung am 4. Februar 1991 sachkundig diskutieren und Entscheidungen treffen.

Die Geschäftsführer waren von der Treuhand nur vorläufig bestellt. Jetzt wurden Klaus Mütze und Bernhard Kammerer mit sofortiger Wirkung abberufen. Die Verträge der Herren Klaus-Dieter Gattnar, Rainer Hedrich und Edgar Riedel wurden verlängert, aber nur kurzfristig bis zum 30. April. Tiefgreifende Strukturreformen standen bevor, und dazu brauchte man Persönlichkeiten, die das Vertrauen der Mitarbeiter und des Aufsichtsrates besaßen.

Unter dem Eindruck der vom Expertenteam gewonnenen Erkenntnisse über die verzweifelte Lage der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH beschloss der Vorstand in Oberkochen, wenn nötig die Verantwortung für das «optische Kerngeschäft» und damit für 3'000 bis 5'000 Mitarbeiter in Jena zu übernehmen. Es sollten aber auch weiterhin Alternativen geprüft werden.

Auch Professor Fritz-Peter Schäfer, der Direktor des Max-Planck-Instituts für Biophysikalische Chemie und Mitglied des Jenaer Aufsichtsrates, hatte sich Gedanken gemacht, was aus dem ehemaligen Kombinat werden sollte: «Carl Zeiss Oberkochen kann nur einen Bruchteil des Potentials binden. Die grössere und in gewisser Weise interessantere Komplementärmenge schreitet unverändert nach einer Lösung.» Sollte Oberkochen nicht besser statt der «kleinen Fusion» die Verantwortung für die gesamte Jenoptik GmbH übernehmen?

«Es geht um eine Fragestellung von historisch-existentialer Dimension, die von uns adäquaten Einsatz erfordert.»

Die Grundfrage lautet: Ist Carl Zeiss Oberkochen willens, nicht nur das Kerngeschäft von Carl Zeiss Jena zu übernehmen, sondern darüber hinaus die grosse Aufgabe einer Ordnungsfunktion für die Region Jena und wächst ihm die Kraft zu, diese Funktion auszuführen (mit Partnern, öffentlichen und privaten). Wenn ja, dürfte die Suche nach Geld erleichtert sein ...

Wenn nein, bleibt die für Oberkochen strategische Gefahr bestehen, dass Carl Zeiss Oberkochen zwar ... Kapazitäten erworben hat, in Jena aber ein übermächtiges high-tech-Zentrum unter fremder Führung entsteht.²³

Genau so ist es bekanntlich gekommen. Einen Monat später, am 13. Januar 1991, hat Lothar Späth, der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, unter dem Eindruck einer Pressekampagne seinen Rücktritt erklärt. Nach einer kurzen Phase der Depression und Resignation hat dieser hochaktive und hochbegabte Manager eine neue Aufgabe in der Sanierung des alten Kombinats gefunden. Durch ihn ist tatsächlich, wie schon Ende 1990 in Oberkochen für möglich gehalten, in Jena ein «high-tech-Zentrum unter fremder Führung» entstanden. Vom (durch ihn) sanierten Ernst-Abbe-Hochhaus, dem einstigen Sitz der Zeiss-Geschäftsleitung, leuchtet heute das Firmenlogo der Jenoptik.

Wahrscheinlich hat die Oberkochener Geschäftsleitung damals aber doch richtig entschieden. Das zeigte sich, als unter dem Druck zurückgehender Aufträge die Zahl der Zeiss-Mitarbeiter in Oberkochen, an den anderen Standorten und insbesondere in Jena drastisch reduziert werden musste.

Zu Jahresbeginn 1991 waren noch alle Optionen offen. Bei einer Besprechung zwischen der Treuhandanstalt, der Boston Consulting Group und den Experten aus Oberkochen erklärte Klaus-Peter Wild für die Treuhandanstalt:

Nach seiner Auffassung werde der THA-Vorstand einer Sanierungslösung nicht zustimmen, wenn diese die THA mit mehr als 1,5 Milliarden DM belaste. Im Übrigen sei eine Sanierung angesichts der von uns geschilderten Ertragslage wohl nicht die richtige Lösung. Vielmehr müsse man da an einen Konkurs bzw. eine stille Liquidation denken.²⁴

Wild kam aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium. Er hatte die Sanierung der Maxhütte in der Oberpfalz bewerkstelligt und war daraufhin von Detlev Karsten Rohwedder als Vorstandsmitglied in die Treuhandanstalt berufen worden. Die Menschen in der DDR, sagte Wild, seien auf das Zeiss-Werk, den Reclam-Verlag und die Leipziger Messe besonders stolz gewesen: «Wenn Zeiss in Jena verschwinden würde, wäre das eine ungeheure Niederlage für die Treuhandanstalt.» Trotzdem erteilte er vorsorglich den Auftrag, bei dem bekann-



13. Februar 1991, Platz der Kosmonauten: Das Misstrauen wendet sich gegen Oberkochen.

ten Heidelberger Konkursanwalt Jobst Wellensiek «Kapazität für einen grösseren Fall zu reservieren».

Die nächste Aufsichtsratssitzung der Jenoptik fand am 4. Februar 1991 statt. Als Gäste nahmen Bolko von Oetinger und Uwe Reinert von der Boston Consulting teil. Sie erstatteten, wie es im Protokoll heisst, «anhand von Schaubildern eine ausführliche Präsentation zum Sanierungskonzept, zu den vorgeschlagenen Massnahmen und deren bisherige Umsetzung»:

Zusammenfassend führen die Herren von Boston Consulting aus, dass der Erhalt des Unternehmens in Jena nach westlichen Massstäben betriebswirtschaftlich nicht darstellbar sei, dass aber der hohe volkswirtschaftlich-politische Wert einer Erhaltung des Unternehmens im Vordergrund stehen müsse. Sie vertreten weiterhin die Auffassung, dass eine Fusion der Zeiss-Unternehmen in Jena und Oberkochen bei geeigneter Fokussierung in den meisten Geschäftsfeldern machbar sei, wenn auch die Wirtschaftlichkeit einer möglichen Fusion noch nicht abschliessend geprüft sei.²⁵

Es gebe keinen anderen Weg als die Zusammenführung der Unternehmen in Jena und Oberkochen, meinte auch der Aufsichtsratsvorsitzende. Mit Sorge registrierte er die «aufkeimende Unzufriedenheit in der Belegschaft», die sich «zunehmend gegen Zeiss Oberkochen zu richten» scheine.

Mir geht es darum, solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, ohne dass ich mich zum Richter darüber aufschwingen kann und will, ob auf Seiten Oberkochens und auf Seiten Jenas jeweils mit dem nötigen psychologischen Feingefühl vorgegangen wurde.²⁶

Für den 13. Februar riefen die IG-Metall und der Betriebsrat zu einer Demonstration auf. 20'000 Zeissianer und Jenaer Bürger veresam-

melten sich auf dem «Platz der Kosmonauten». Auf einem Plakat las man «Für gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Jena und Oberkochen – Gegen eine Bevormundung und Entmündigung durch Oberkochen» und auf einem anderen «Arbeitsplätze erhalten – dann eben ohne Zeiss-Oberkochen». Für die IG-Metall erklärte Ralf Tänzer: Den Arbeitnehmern von Carl Zeiss stehe das Wasser bis zum Hals,– sie hätten keine andere Wahl, «als durch lauten Protest auf ihre sich von Tag zu Tag verschlimmernde Situation aufmerksam zu machen».

Das ist die Schicksalsstunde dieser Region, das ist die Schicksalsstunde auch für Thüringen ... Alle Politiker sind in der Verpflichtung, jetzt unter Beweis zu stellen, wie ernst sie ihr politisches Mandat nehmen.²⁷

Jenoptik-Geschäftsführer Edgar Riedel erklärte es für möglich, «mit Unterstützung durch die Treuhandanstalt und unter Einbeziehung anderer Partner die Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH zu einem in der Marktwirtschaft stabilen Unternehmen zu entwickeln». Er ertete nur Pfiffe und Buhrufe. Offensichtlich hatten die Zeissianer jedes Vertrauen zur Jenaer Geschäftsführung verloren. Dem Berichtstatter der *Ostthüringer Nachrichten* erklärten Kundgebungsteilnehmer, dass «die Belegschaft der Leitung der Jenoptik kein Vertrauen mehr entgegenbringt. Es verstehe keiner, warum die Herren Gattnar und Riedel nicht endlich zurücktreten würden. Ihre Worte von der Solidarität zwischen Leitung und Mitarbeitern glaube ihnen schon längst niemand mehr.»

«Wir weigern uns, die zweifachen Verlierer der deutschen Einheit zu werden», erklärte Burkhard Riese, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, vor den 20'000 Kundgebungsteilnehmern. «Jahrzehntelang haben wir die Reparationskosten des Zweiten Weltkrieges allein tragen müssen, und nun werden wir auch noch mit der Sorge um den Arbeitsplatz konfrontiert.» Sein Hauptvorwurf richtete sich ge-

gen die Landesregierung in Erfurt. Sie scheme sich ihrer besonderen Verpflichtung als «Hüterin der Carl-Zeiss-Stiftung Jena» nicht bewusst zu sein. Ihr Versäumnis hätte es den Oberkochenern ermöglicht, den Aufsichtsrat und «nicht nur den Aufsichtsrat unseres Jenaer Zeiss-Unternehmens von der Arbeitgeberseite her zu kontrollieren»:

Oberkochen hat die Möglichkeit, den ungeliebten Konkurrenten in Jena ein für allemal auszuschalten und hier nur noch eine Fertigungsstätte zu belassen.²⁸

Krasser als Burkhard Riese sagte die Landtagsabgeordnete Dr. Christine Rudolph (SPD) in einem Zeitungsinterview: Zeiss-Oberkochen habe «keinerlei Interesse am Überleben der Jenaer Betriebe». Oberkochen könne sich doch ganz bequem einen Konkurrenten vom Halse schaffen.

Jahrzehntelang hatte die SED den «Kapitalisten im Westen» die übelsten Machenschaften unterstellt. So schnell konnten sich die Menschen vom Misstrauen nicht befreien. Es war noch keine zwei Jahre her, da hatte Generaldirektor Biermann in seiner Festrede zum 100. Geburtstag der Carl-Zeiss-Stiftung behauptet, «einflussreiche Kräfte des kapitalistischen Zeiss-Konzerns» hätten alles versucht, um die erfolgreiche Entwicklung des Zeiss-Werks in Jena zu verhindern. Jetzt reagierten die Oberkochener mit Betroffenheit. In einer Sondersitzung konstatierte der Vorstand:

Carl Zeiss (Oberkochen) hat alles in Bewegung gesetzt, um Jena zu helfen, hat ein Modell für die künftige Zusammenarbeit erstellt und muss sich nun von allen Seiten Anwürfe gefallen lassen.²⁹

Zwei Tage nach der Protestversammlung überreichten die Jenaer Betriebsräte in Erfurt den von den Teilnehmern verabschiedeten Forderungskatalog. Am 20. Februar kam Ministerpräsident Josef Duchac in Begleitung seines Wirtschaftsministers nach Jena. Dieser Dr.

Hans-Jürgen Schultz hatte Geographie studiert und war seit 1982 als Mitarbeiter im Kombinat mit Umweltfragen befasst. Duchac und Schultz verhandelten zuerst in der Firmenzentrale mit den Geschäftsführern. Dann gingen beide zu Fuss zum Volkshaus. Auf dem Carl-Zeiss-Platz wurden sie von zweitausend Demonstranten erwartet.

Das Erscheinen des kleingewachsenen thüringischen Ministerpräsidenten im Anorak ist das Signal für die 2'000 demonstrierenden Mitarbeiter ... Die lauten Buhrufe und zornigen Gesichter verdichten sich in dem engen Korridor zwischen den Demonstranten zu einer bedrohlichen Wand. «Stürzt den Lügner» und «Schäm' dich», rufen die Protestierenden dem CDU-Politiker zu.³⁰

Eine junge Frau hielt ein Plakat in die Höhe: «So nicht, Herr Duchac!» Man sah einen Stiefel, der das Firmenlogo zertritt, die Doppellinse «Carl Zeiss Jena». Auf einem anderen Transparent las man: «Wo ist jetzt Herr Kohl – waren seine Wahlreden hohl?»

Mut hatte Josef Duchac schon zu DDR-Zeiten bewiesen. Der Chemieingenieur war der SED bewusst ferngeblieben. Als Spitzenkandidat der CDU hatte er bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 mit 45,5 Prozent der Stimmen einen grossen Erfolg errungen. Jetzt schritt er unbeirrt durch die tobende Menge. Teilnehmer an der Demonstration haben seinen Weg als «im wahrsten Sinne des Wortes ein Spiessrutenlaufen» beschrieben.

Im grossen Saal des Volkshauses erwarteten die Betriebsräte und 600 aufgebrachte Zeissianer den Ministerpräsidenten. Doch bald gelang es Duchac, die Mitarbeiter auf seine Seite zu bringen. Während draussen die Demonstranten auf einem grossen Transparent 51 Prozent der Anteile am Zeiss-Werk für die Carl-Zeiss-Stiftung Jena forderten, erklärte Duchac im Volkshaus: «51 Prozent genügen nicht!»

Mit kühnem Schwung hat sich der Ministerpräsident aus dem Fenster gebeugt und das Zeiss-Jena-Programm der Thüringer Landesregierung verkündet. 100 Prozent Gesellschaftsanteile zurück in die Carl-Zeiss-Stiftung! Gleich am nächsten Tag sollte hierzu der Antrag an die Treuhandanstalt gestellt werden.³¹

Damit waren neue Schwierigkeiten vorprogrammiert. Nach Oberkochener Rechtsauffassung existierte in Jena keine Carl-Zeiss-Stiftung mehr. Die 1889 von Ernst Abbe dort gegründete Carl-Zeiss-Stiftung war nach der Enteignung durch die kommunistischen Machthaber rechtsgültig nach Heidenheim verlegt worden. Durch eine Stuttgarter Rechtsanwaltskanzlei sandten die Vorstände in Oberkochen und Mainz eine Abmahnung an die Treuhandanstalt. Die angekündigte Übertragung der Geschäftsanteile an der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH auf eine «sogenannte Carl-Zeiss-Stiftung in Jena» hätte sofortige gerichtliche Schritte zur Folge.

Anders als zu DDR-Zeiten sprachen die Kontrahenten miteinander und suchten nach einer einvernehmlichen Lösung. Die geplante «Rückübertragung» wurde vorerst zurückgestellt.

Die Positionen lagen weit auseinander. Die Juristen bei der Landesregierung in Erfurt sprachen von einer «Rückkehrpflicht» der Stiftung. Der Stifterwille verlange eine Rückverlegung des Stiftungssitzes nach Jena. Die Oberkochener entgegneten, Ernst Abbe habe in dem von ihm errichteten Stiftungsstatut festgelegt, dass eine einmal wirksam erfolgte Statutenänderung als Teil des ursprünglichen Stiftungsstatuts gelte. Heidenheim müsse also Stiftungssitz bleiben.

Am 1. April 1991 wurde Detlev Karsten Rohwedder von der RAF, der «Roten Armee Fraktion», einer fundamental-kommunistischen Terrorgruppe, ermordet. Rohwedder war Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium gewesen und hatte seit 1980 als Vorstandsvorsitzender die Hoesch-Werke in Dortmund von Grund auf saniert

und umstrukturiert. Bei der Trauerfeier nannte Richard von Weizsäcker den Präsidenten der Treuhandanstalt einen verantwortungsbewussten und starken Mann, dessen Auftrag der Einheit Deutschlands gegolten habe: «Er, der aus Thüringen stammte und im Rheinland eine zweite Heimat gefunden hatte, dachte und handelte mit einem gesamtdeutschen Verständnis.»

Am 11. April veröffentlichten die Thüringer Zeitungen eine Presseerklärung der Landesregierung. Lothar Späth war zum Berater von Ministerpräsident Josef Duchac in Zeiss-Angelegenheiten berufen worden: «Ob Späth auch Vorstandschef bei Zeiss wird, wurde in Regierungskreisen nicht ausgeschlossen, sei aber zur Zeit kein Thema.»

Späth schaltete sich unverzüglich, mit grossem Engagement und hochprofessionell in die Gespräche ein. Am 16. April verhandelte er in Stuttgart mit zwei Vertretern des Jenaer Gesamtbetriebsrates, «und die waren», wie Späth-Mitarbeiter Hartmut Reichl berichtete, «am Ende nahezu euphorisch und sind mit den besten Wünschen auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit Späth aus dem Schlossgartenhotel rausgegangen». Die Sanierung war ohne Massenentlassungen nicht zu schaffen. Dafür brauchte man die Gewerkschaft. Am 30. April traf Lothar Späth in Frankfurt Franz Steinkühler, den Vorsitzenden der IG-Metall: «Und Steinkühler sagte zu Späth, jawohl, er unterstützt diese Bemühungen.»

Die Gespräche Späths mit den Oberkochenern begannen am 22. April. Der Ministerpräsident a. D. nannte vier Gründe, «warum er diese Beratertätigkeit übernommen» habe:

Er hat als Strukturpolitiker Erfahrungen.

Er will einen Beitrag zur Wiedervereinigung leisten.

Er möchte Carl Zeiss Oberkochen helfen.

Er will dem unerfahrenen Ministerpräsidenten Duchac helfen.³²

Lothar Späth schwebte vor, in Jena eine Holding zu gründen. «In dieser ist er der Chef», heisst es in den Gesprächsnotizen von Horst

Skoludek. Diese Holding sollte drei Töchter haben: Die Carl Zeiss Jena GmbH mit 51%, die Jenaer Glaswerke GmbH mit ebenfalls 51% und die Jenoptik GmbH mit 100%. Skoludek erläuterte die «nicht diskussionsfähigen Bedingungen» der Oberkochener: «Marke und Name mit dem Bestandteil Zeiss nur bei Gesellschaften, in denen wir die Mehrheit haben.» Schliesslich übernahm Späth das Oberkochener Konzept: Für die neue Carl Zeiss Jena GmbH sollten die Oberkochener verantwortlich sein, für die Jenaer Glaswerke die Mainzer und für die Jenoptik Lothar Späth.

Jeder, der den früheren Ministerpräsidenten kannte, hat ihm die Bewältigung der schwierigsten Managementaufgaben zugetraut. «Von seiner Mentalität war er ja schon immer so etwas wie ein Sanierer», meinte Hartmut Reichl: «Er hat eine Lust, eine scheinbar ausweglose Situation zu ordnen und Auswege zu finden.» In Jena kam er diesbezüglich voll auf seine Kosten. Die Sanierung des heruntergekommenen Kombinats hat er später «die grösste Herausforderung» seines Lebens genannt.

Für ihr Konzept der Zweiteilung der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH in ein «Haus 1» mit dem optischen Kerngeschäft und ein «Haus 2» mit den übrigen Aktivitäten erhielten die Oberkochener schliesslich Unterstützung von allen Seiten. Bei der Aufsichtsratssitzung am 13. April erklärte Klaus-Dieter Gattnar, «dass sich die Jenaer Geschäftsführung klar für ein Zusammengehen mit Carl Zeiss Oberkochen positioniert hat»:

Es gibt für das Unternehmen Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH keinen anderen Weg, die Probleme in der Marktwirtschaft zu bewältigen, als über den Weg der partnerschaftlichen Zusammenführung ... Was das sogenannte Stamm- und Kerngeschäft betrifft, gibt es fast keine Differenzen in der Beurteilung dessen, welche Geschäftsbereiche hiervon erfasst werden.³³

Es folgten hektische Wochen mit intensiven zwei- und mehrseitigen Gesprächen zwischen den Beteiligten. Die Aufsichtsräte erfuhren bei der Sitzung der Jenoptik am 8. Mai, dass bei der Jenoptik noch 24'798 Personen beschäftigt waren, davon 16'257 in Kurzarbeit und von diesen wiederum 10'532 in Kurzarbeit Null. Entsprechend hoch waren die Verluste.

Allmählich zeichnete sich eine Konsenslösung ab. Zuletzt ging es noch um die Optoelektronik mit 400 und die Lithografie mit 300 Mitarbeitern. Nach den Vorstellungen der Oberkochener sollten die beiden Geschäftsfelder als Joint Ventures betrieben werden. Hier setzte sich Lothar Späth durch, der für seine Jenoptik dringend nach Aktivitäten suchte.

Am 11. Juni 1991 nachmittags um drei Uhr begann die sogenannte «Elefantenrunde», die entscheidende Sitzung bei der Treuhandanstalt im ehemaligen «Haus der Ministerien» in der Leipziger Strasse. Klaus-Peter Wild als Hausherr und Moderator hatte die Unternehmensberater von Arthur Andersen an seiner Seite. Ihm sassen sechs Parteien gegenüber. Für das Land Thüringen waren gekommen: Ministerpräsident Josef Duchac, Wirtschaftsminister Hans-Jürgen Schultz, Lothar Späth und dessen Mitarbeiter Hartmut Reichl, sowie Beamte aus dem Ministerium für Wissenschaft und Technik. Baden-Württemberg hatte Staatsrat Gerhard Goll als Vertreter des Ministerpräsidenten entsandt. Die Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH, um deren Schicksal es hauptsächlich ging, war durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Schelling und die Geschäftsführer vertreten, Carl Zeiss Oberkochen durch Horst Skoludek, Jobst Herrmann, Neithardt von Einem und Georg Steinbichler. Anwesend waren ausserdem Vertreter der Glaswerke Schott à Genossen in Mainz und der Jenaer Glaswerke GmbH.

Als ständige Mahnung wirkte die Anwesenheit von Konkursanwalt Jobst Wellensiek. Er war von der Treuhandanstalt beauftragt, die Verhandlungen zu begleiten, um im Falle eines Scheiterns bereits mit der Materie vertraut zu sein.» Schweigend und unbeweglich, fast

wie ein Buddha, verfolgte er das Ringen um die Milliarden», berichtete Hartmut Reichl. Als nach Stunden zum ersten Mal Krisenstimmung aufkam, wurde Wellensiek von Lothar Späth «provozierend als bereits eingeflogener Pleitegeier apostrophiert».

Zu Beginn der Sitzung trug Horst Skoludek das Konzept der Oberkochener vor. Die Übernahme des optischen Kerngeschäfts und damit von 2'800 Mitarbeitern fand allgemeine Zustimmung. Nach etwa vier Stunden wurde die Sitzung unterbrochen. In einem Nebenzimmer verhandelte Georg Steinbichler mit Mitarbeitern der Treuhandanstalt über den Finanzbedarf. «Wir mussten uns auf der Stelle festlegen», berichtete er, «welches Werk wir für unsere Produktion übernehmen wollten.» Jobst Herrmann entschied sich für das Südwerk an der Tatzendpromenade. Die Gebäude waren zu DDR-Zeiten errichtet worden und besaßen etliche Mängel.

Auch über das Glaswerk und über die Stiftungsproblematik kam eine Einigung zustande. Es sollte weiterhin nur eine Carl-Zeiss-Stiftung geben mit Doppelsitz in Heidenheim und Jena: «Auf die Carl-Zeiss-Stiftung findet das Recht des Landes Baden-Württemberg Anwendung; auch die Aufsicht wird vom Lande Baden-Württemberg wahrgenommen.» In Jena wird eine gemeinnützige, nicht unternehmerisch tätige Ernst-Abbe-Stiftung gegründet und auf sie die seinerzeit bei der Verstaatlichung übriggebliebenen Vermögenswerte übertragen. Dabei fühlte der Kenner Genugtuung. Eigentlich hätte schon damals im Jahre 1889 die Stiftung den Namen Ernst Abbes erhalten müssen.

Geduldig suchte Klaus-Peter Wild als Moderator nach einvernehmlichen Lösungen und hakte Punkt für Punkt ab. Trotzdem gab es noch erhebliche Differenzen. Kurz nach 23 Uhr stand Lothar Späth auf, nahm seine Unterlagen und ging zur Tür: Für ihn gäbe es hier nichts mehr zu verhandeln. Doch Skoludek und Wild beschwo- ren ihn zu bleiben:

Man dürfe die Sache jetzt – wo man sich doch schon so nahe sei – nicht platzen lassen. Doch was die Herren als «schon so nahe» be-

zeichneten, waren glatte 300 Millionen, um die die Forderungen Späths und das Angebot der Treuhand in dieser langen Nacht noch auseinanderlagen.³⁴

«Lothar Späth war taktisch absolut gut drauf», berichteten Teilnehmer. Der erfahrene Politiker wusste, dass die Sanierung des Traditionsunternehmens Carl Zeiss in Jena ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung war. Helmut Kohl hatte das grösste Interesse an einer Konsenslösung. «Nach Mitternacht zog Lothar Späth die grosse Karte»:

Dem neben ihm sitzenden Ministerpräsidenten Josef Duchac flüsterte er zu: «Nicht erschrecken, ich ruf' jetzt die grosse Krise aus», raffte erneut Unterlagen zusammen, stand auf und sagte im Gehen zum Versammlungsleiter: «Sie können sich gerne noch ein paar Stunden im Kreis drehen. Wir hören jetzt auf. Den wartenden Journalisten sage ich, dass es keinen Sinn macht, so weiter zu verhandeln.»³⁵

Wild erklärte, dass er über die 300 Millionen nicht selbst entscheiden könne. Er unterbrach die Sitzung und telefonierte mit Birgit Breuel, der neuen Präsidentin der Treuhandanstalt, die die Nachfolge des ermordeten Detlev Karsten Rohwedder angetreten hatte.

Um halb vier konnte Klaus-Peter Wild dann die Sitzung schliessen. Späth hatte eine (freilich noch an Bedingungen geknüpfte) Zusage erhalten. Als die Herren ins Foyer kamen, warteten dort einige Journalisten, Späth gab ihnen ein Interview.

Auf ihrem Wege zum Hotel sahen die vier Zeissianer die Sonne aufgehen. Sie waren todmüde und glücklich. «Zeiss wird wieder eine Familie», sagte Horst Skoludek: «Wir haben nahezu alles erreicht, was wir uns vorgenommen hatten.»

Der übernachtigte, aber bestens gelaunte Lothar Späth setzte mit seinen «fröhlich aufgekratzen Mitsreitern» die Verhandlungen fort, nämlich mit dem Nachtportier des Hotels.

Auch hier erreichte Späth, was er sich in den Kopf gesetzt hatte. Der Koch wurde geweckt und bereitete Spaghetti. Dazu gab es aus den Minibars der Hotelzimmer kleine Flaschen Bier, Wein und Sekt. «Dieser unscheinbare Teller italienischer Teigwaren war gewissermassen der Festschmaus zur Geburt», hiess es in der Jubiläumsschrift zum zehnjährigen Bestehen der Jenoptik.

Am Tag darauf, bei der nächsten Aufsichtsratssitzung der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH, wurde Lothar Späth einstimmig zum Geschäftsführer und Vorsitzenden des Vorstandes gewählt. Klaus-Dieter Gattnar legte sein Amt als Geschäftsführer mit sofortiger Wirkung nieder. Späth baute ihm eine goldene Brücke. Gattnar blieb ein Jahr Berater der Geschäftsführung «zu den Konditionen seines bisherigen Dienstvertrages».

Jetzt, nachdem die Weichen gestellt waren, schrieb Horst Skoludek ein paar Briefe an die Verhandlungspartner in Stuttgart, Erfurt und Berlin und dankte für ihr Engagement: «Die Zeit war hektisch auch im Auf und Ab. Zum Schluss zählte der Erfolg und der ist gut.» Am 25. Juni wurden die bei der «Elefantenrunde» erzielten Ergebnisse in einer «Grundsatzvereinbarung» schriftlich festgehalten:

Die Treuhandanstalt gründet eine Carl Zeiss Jena GmbH und statet diese mit Eigenkapital von DM 110 Millionen aus. Die Carl Zeiss Jena GmbH erwirbt unverzüglich, jedoch mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 1991 ... von Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH, die ihre Firma in Jenoptik GmbH ändert, ... Grund und Boden und Gebäude des Südwerkes Teil G ... zum Festpreis von insgesamt DM 115 Millionen..³⁶

Höchstens 1,5 Milliarden hatte die Treuhand für die Sanierung des Kombines ausgeben wollen. Jetzt waren es doch 2,74 Milliarden geworden, wozu noch 860 Millionen vom Lande Thüringen kamen. Von den insgesamt 3,6 Milliarden erhielt die Carl Zeiss Jena GmbH

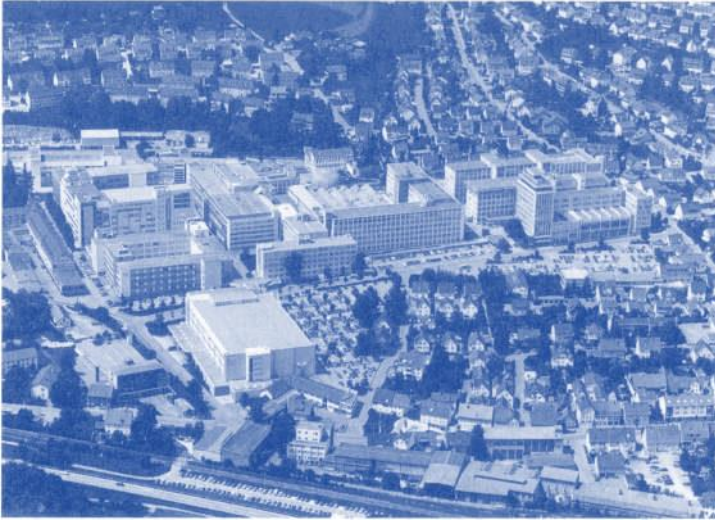
587 Millionen zur Kapitalausstattung zum Kauf der Gebäude und zur Anlauffinanzierung.

Noch viele Verhandlungen waren nötig, um die «Grundsatzvereinbarung» in den Einzelheiten zu präzisieren. Am 29. Oktober kam es in einer Frankfurter Anwaltskanzlei noch einmal zu einer zwanzigstündigen Marathonsitzung. Eine Woche später protokollierte ein



*Die Zusammenführung ist geglückt: «Es gibt nur noch ein Zeiss.»
Gründungsfeier der Carl Zeiss Jena GmbH am 26. November 1991.*

Notar die Ergebnisse. Das mit seinen Anlagen tausend Seiten umfassende Vertragswerk wurde Wort für Wort vorgelesen. Bei einzelnen Formulierungen gab es abermals Änderungsvorschläge und zähe Debatten. Um neun Uhr hatte man begonnen, um 18 Uhr konnte der Vertrag endlich unterschrieben werden.



Carl Zeiss Oberkochen

Die 45-jährige Trennung der Zeiss-Unternehmen in Oberkochen und Jena ist vorbei. Am 7. November 1991 unterzeichneten Dr. Horst Skoludek, Sprecher des Vorstandes von Carl Zeiss, Oberkochen, Georg Steinbichler, Mitglied der Geschäftsführung der Carl Zeiss Jena GmbH, und Vertreter der Treuhandanstalt sowie der beteiligten Bundesländer in Frankfurt den Vertrag für die Carl Zeiss Jena GmbH. Bereits am 22. Oktober war die Carl Zeiss Jena GmbH ins Handelsregister in Gera eingetragen worden...

Mit ca. 3'000 Mitarbeitern wird die Carl Zeiss Jena GmbH das klassische Jenaer Produktprogramm herstellen und weiterentwickeln: Medizinisch-optische und geodätische, photogrammetrische und astronomische Geräte zählen ebenso dazu wie Mikroskope, Analysengeräte, Planetarien und Feinmessgeräte.³⁷

Leider steht in der offiziellen Presseerklärung nichts von der Euphorie der beteiligten Zeissianer. Endlich hatten sie es geschafft! Die

45-jährige Dualität und Rivalität Zeiss (West) – Zeiss (Ost) war beendet. Es gab nur noch ein Zeiss.

Am 14. November folgte die entsprechende Vereinbarung für die beiden Glaswerke in Mainz und Jena. Die Schott Glaswerke übernahmen die unternehmerische Verantwortung für das Jenaer Glaswerk GmbH und 51 Prozent der Anteile. Die Schottianer hatten es leichter, weil es sich in Jena um eine in sich geschlossene abtrennbare Einheit handelte.

Im Geschäftsbericht der Carl-Zeiss-Stiftung heisst es lapidar: «Nach über 45 Jahren der Konfrontation ist die Zusammenarbeit besiegelt.»

KAPITEL 19

Blühende Landschaften

Bei der Kundgebung der CDU in Gera am 27. September 1994 hielten ein paar junge Leute Transparente in die Höhe: «Wo bleiben die blühenden Landschaften, Herr Kohl?» Vor der Bundestagswahl absolvierte der Kanzler in den neuen Bundesländern dreissig Versammlungen, und überall wurde er mit dieser Frage konfrontiert. «Vierzig Jahre Teilung sind viel tiefer gegangen, als viele geglaubt haben – auch ich.» Das war jetzt seine Antwort:

Es stimmt, ich habe mich im Blick auf die blühenden Landschaften im Zeitmass geirrt. Aber in der Hauptsache habe ich mich nicht geirrt: Wer mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer fährt und das heutige Erscheinungsbild mit dem von 1990 vergleicht, der wird nicht abstreiten können, dass wir mit dem Aufbau Ost schon weit vorangekommen sind.¹

Am 16. Oktober 1994, am Tag der Bundestagswahl, fanden auch Landtagswahlen in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland statt. Auf dem Marktplatz von Gera sprach nach Helmut Kohl der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel. Wie der Kanzler rühmte er den erfolgreichen «Aufbau Ost»:

Den Rohbau haben wir hinter uns, jetzt müssen wir uns an den Ausbau machen.²

Auch die Zeitungen befassten sich mit dem Thema. Die *Heilbronner Stimme* publizierte ein Photo der Jenaer Altstadt, auf dem das ehema-

lige Zeiss-Hauptwerk deutlich zu erkennen war. Die sieben Kräne zeigten an, dass der Rohbau längst nicht abgeschlossen, aber immerhin voll im Gange war.

Mit seiner Jenoptik betrieb Lothar Späth im grossen Stil Stadterneuerung. Die nach vierzig Jahren Sozialismus heruntergekommenen Gebäude des Kombinates wurden saniert oder abgerissen und neu errichtet. Fünf Produktionsstandorte hatte der VEB Carl Zeiss in Jena besessen. Für alle konnte eine sinnvolle neue Nutzung gefunden werden. Aus Göschwitz, dem Nordwerk I und II sowie einem Teil des Südwerkes entstanden Gewerbeparks. Der oberhalb der Tatzendpromenade gelegene andere Teil des Südwerkes mit den Gebäuden aus den siebziger Jahren bildete jetzt die Carl Zeiss Jena GmbH. Durch die hohen Bodenpreise war das in der Innenstadt gelegene Hauptwerk die wertvollste Immobilie.

Fertig umgebaut waren bereits das ehemalige Forschungshochhaus am Teichgraben, das nun als modernes Büro- und Geschäftsgelände diente, und der ehemalige «Bau 15» am Leutragraben, in dem sich Büros und das Investorzentrum befanden. Die Sanierungsarbeiten am Hochhaus, Carl-Zeiss-Strasse 1, dem früheren Sitz der Kombinatsleitung, standen kurz vor dem Abschluss. Begonnen war auch schon der Bau der Goethe-Galerie und des Hotels Esplanade. Aus einer von der *Berliner Wochenpost* in Auftrag gegebenen Analyse ging hervor, dass von allen ostdeutschen Grossstädten Jena die höchste Lebensqualität besass.

Der Bauboom in Jena zeigte jedem Besucher, dass sich im Osten «etwas tut». Anfang Oktober 1994 tagte hier der «Verein für Sozialpolitik», dem die führenden deutschen Ökonomen und Sozialwissenschaftler angehörten. Die Kenner wussten, «dass die ostdeutsche Wirtschaft noch keineswegs richtig Tritt gefasst» hatte:

So machte Späth keinen Hehl aus seiner Einschätzung, dass noch mindestens 15 Jahre nötig seien, um in Ostdeutschland eine eigenständige wettbewerbsfähige Wirtschaft auf die Beine zu stellen ...

Ernst Helmstädter, ehemals Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung, schätzte diesen Zeitbedarf sogar auf zwei bis drei Jahrzehnte, denn das in Ostdeutschland benötigte «Wettbewerbswunder» sei wesentlich schwieriger zu erreichen als das frühere westdeutsche «Wirtschaftswunder».³

Solche zutreffenden Urteile hörte man selten. Die meisten Menschen waren unsicher, wie sie die wirtschaftliche Lage einschätzen sollten. Zu den Skeptikern gehörte der Reporter der *Süddeutschen Zeitung*, der aus Thüringen berichtete: «Wo es vor vier Jahren wenigstens jede Menge hochgespannter Erwartungen gab, regiert mittlerweile oft nur mehr die Frustration.» In Jena hörte er von den Problemen bei der Carl Zeiss Jena GmbH:

Mitarbeiter der Boston Consulting Group streichen durchs Firmengelände, um Unternehmenskonzept, Produktion und Arbeitsabläufe des tief in roten Zahlen steckenden Unternehmens zu analysieren. Auch wenn das Prüfungsergebnis erst am 20. Oktober – zufällig vier Tage nach den Landtagswahlen – offengelegt werden soll, macht sich Betriebsratschef Jürgen Dömel wenig Illusionen darüber, was dabei herauskommen wird: «Die Aufgabe von Standorten und von Geschäftsfeldern, Produktionsverlagerung ins Ausland, Abbau von Arbeitsplätzen.»⁴

In Jena traf der Reporter auch einen tief deprimierten Gerd Schuchardt. Die seinerzeit bei den Verhandlungen festgeschriebenen 3'000 Arbeitsplätze seien «wenig genug» gewesen: «Ich klage die Verantwortung des Landes ein, sich jedem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen bei Zeiss Jena zu widersetzen.» Der alte Zeissianer war der Spitzenkandidat der SPD bei den Landtagswahlen. Seit Jahren griff Schuchardt die aus CDU und F.D.P. gebildete Landesregierung scharf an. Sie betreibe «Kahlschlag in der Industrie» und leiste «Beihilfe zur Entindustrialisierung Thüringens»:

Mit der Fehleinschätzung der Bundesregierung beginnend, die glaubte, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus der «Portokasse» bezahlen zu können, ist die Wirtschaftspolitik, die in Bonn und in Erfurt betrieben wurde, von Fehleinschätzungen, Fehlleistungen und Passivität gekennzeichnet.⁵

Zur Landtagswahl 1994 präsentierte sich Gerd Schuchardt als «Mann von hier», der keine Kompromisse mit dem Regime geschlossen und seinen Beruf bewusst in den objektiven Wissenschaften gesucht hatte: «Denn dort ergibt 2 mal 2 immer 4.»

Meine gelebten Jahrzehnte in der untergegangenen DDR betrachte ich nicht als verlorene Zeit. Ich habe versucht, unter den gegebenen Bedingungen ein produktives Leben zu führen und habe das Bewusstsein, Nützliches und Achtbares geleistet zu haben.⁶

Die Wahl am 16. Oktober bestätigte den Bundeskanzler und die Koalition aus CDU/CSU und F.D.P., allerdings nur mit einer knappen Mehrheit. Auch in Thüringen blieb die CDU die stärkste Partei mit 42,6 Prozent der Stimmen,– die F.D.P. fiel unter fünf Prozent und schied aus dem Landtag aus. Die SPD erreichte 29,6 Prozent.

Jetzt hätte Gerd Schuchardt Ministerpräsident werden können. Für eine Koalition von SPD und PDS gab es eine rechnerische Mehrheit von vier Mandaten. Er wollte aber mit den alten Genossen nichts zu tun haben und hatte dies auch vor der Wahl deutlich gesagt. Bernhard Vogel blieb Ministerpräsident. Schuchardt wurde sein Stellvertreter und Wissenschaftsminister.

Am 17. Oktober 1994 erschien *Der Spiegel* mit der Hiobsbotschaft: «Zeiss erneut in der Krise».

Der traditionsreiche Optik- und Elektronikkonzern Zeiss steckt drei Jahre nach der Vereinigung seiner Betriebe in Ost und West

erneut in einer existenzbedrohenden Krise. In den kommenden Monaten müssen die Manager Standorte Zusammenlegen und bis zu 2'500 Stellen streichen, sonst drohen Verluste in dreistelliger Millionenhöhe.⁷

Der Artikel wurde der Deutschen Presseagentur vorab übermittelt und am Samstag (15. Oktober) verbreitet. Folglich las man am Tag nach der Wahl nicht nur im *Spiegel*, sondern in allen Zeitungen von der «schweren Krise» bei Carl Zeiss:

Den Zeiss-Managern sei es nicht gelungen, die Betriebe in Ost- und Westdeutschland «zu einem schlagkräftigen Konzern zusammenzufügen». Nach *Spiegel*-Angaben will Zeiss in den kommenden Jahren mindestens 250 Millionen DM einsparen und bestimmte Geschäftsbereiche komplett aufgeben. Branchenkenner würden nicht ausschliessen, dass der Zeiss-Vorstandsvorsitzende Jobst Herrmann gehen müsse.⁸

Bei Zeiss hiess es nicht Vorstandsvorsitzender, sondern «Sprecher des Vorstandes». Am 25. Mai 1992 war Horst Skoludek mit Erreichen der Altersgrenze aus der Firma ausgeschieden, und seither trug Professor Jobst Herrmann die oberste Verantwortung. Er kam von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, hatte dort seinen Doktor gemacht und die *Venia legendi* für Produktionstechnik erworben, weswegen er sich selbstironisch einen «promovierten Schlosser» nannte.

1966 ging er als Produktionsleiter zur Maschinenfabrik Pittler AG in Langen bei Frankfurt, wo er drei Jahre später in den Vorstand aufrückte. Seine Vorlesungen in Aachen hat er all die Jahre über weitergeführt, auch noch, als er 1975 in den Vorstand von Carl Zeiss eintrat. In Anerkennung seiner Lehrtätigkeit wurde er von seiner Hochschule zum Professor ernannt.

Als sich Carl Zeiss nach der Wende einen Einblick in den inneren Zustand des Kombines verschaffen wollte, gründete die Firma eine

achtköpfige Arbeitsgruppe unter Herrmanns Leitung. Die Oberkochener sahen Erstaunliches. Für den «sensiblen Bereich», d.h. die Militärtechnik und die Mikroelektronik, besass das Kombinat in Teilbereichen die modernsten, aus Westeuropa, Japan und den Vereinigten Staaten stammenden Fertigungseinrichtungen. Als die Herren durch die Hallen gingen, wurde gerade ein Bestückungsautomat für elektronische Bauteile aus U.S.-Produktion installiert, um dessen Lieferung sich Oberkochen vergeblich bemüht hatte.

Insgesamt entsprachen die Fertigungstechnologien jedoch nicht dem westlichen Standard. Die Produkte waren nicht fertigungsgerecht konstruiert, nur mit erhöhten Kosten herzustellen und allein schon deshalb nicht marktgerecht. Die meistens gute mechanische und optische Qualität konnte diese gravierende Kostendifferenz und das fehlende Design nicht kompensieren. Einzelne direkt vergleichbare Produkte wie Ferngläser und Zielfernrohre benötigten bei der Herstellung einen bis zehnfachen Zeitaufwand gegenüber dem westlichen Standard. «Die Produkte und Fertigungstechnologien konnten wir beurteilen», sagt Professor Herrmann, «aber nicht die Marktchancen im Ostblock und in den vom VEB bearbeiteten lateinamerikanischen Ländern und Indien.» Diese Märkte waren von Jena zu fast jedem Preis beliefert worden, nur um an harte Devisen zu kommen.

Die entscheidende Frage war: Welchen Umsatz konnte man realistisch für den optischen Kernbereich des ehemaligen Kombinates erwarten, für den Oberkochen die Verantwortung übernahm? Experten gingen in Jena ein und aus: die Berater der Treuhand, die Berater der späteren Jenoptik, die von Zeiss beauftragten Analysten der Boston Consulting und die eigenen Mitarbeiter des weltweiten Vertriebs. Alle veranschlagten einen Jahresumsatz von knapp 500 Millionen DM. «Die vom Vorstand eingesetzte Arbeitsgruppe war skeptisch und plante aufgrund aller Aussagen der hochrangigen Experten mit

der Hälfte, also 240 Millionen.» Schliesslich stellte sich heraus, dass auch das noch viel zu optimistisch war.

Gleichzeitig verschlechterten sich die Ergebnisse in Oberkochen. «Schon lange hatten wir permanente Verluste bei den geodätischen Instrumenten, den Mikroskopen und Elektronenmikroskopen, was indessen durch andere Geschäftsbereiche (Messmaschinen, Brillengläser und Militärgeschäft) ausgeglichen werden konnte.» Unter dem Eindruck einer weltweiten Rezession schrieb aber jetzt auch Zeiss Oberkochen insgesamt rote Zahlen. «Das hat uns mit grösster Sorge erfüllt», sagt Jobst Herrmann, «und die Frage war natürlich: Wie können wir neben der Herkulesaufgabe in Jena auch in Oberkochen den turn around schaffen?» Eine Reihe von Einsparungs- und Rationalisierungsprojekten lief bereits. Sie wurden ergänzt und ausgeweitet. So kam ein Projekt in Gang mit dem Ziel, zehn Prozent Personal in der gesamten Carl Zeiss-Gruppe bis Jahresende 1994 abzubauen. Auch sollten die Teile des Geschäftsbereiches Mikroskopie, die sich in Oberkochen befanden (Management, Forschung, Marketing), nach Jena verlegt werden.

Von einer raschen Umsetzung konnte indessen keine Rede sein. Vielmehr regte sich allenthalben Widerstand, und die Geschäftsleitung musste sich Vorwürfe anhören, Oberkochen solle zugunsten Jenas «plattgemacht» werden. In einem anonymen Brief vom 2. September 1993 hiess es:

Es ist fraglich, ob die Zeiss-Stiftung mit Sitz in Heidenheim überhaupt noch eine Zukunft hat. Der Rücktransfer des Betriebes nach Jena scheint unaufhaltsam vorwärts zu gehen.⁹

Sorgen machte sich auch der Stiftungskommissar. Seit 1. Juni 1993 wurde dieses wichtige Amt von Dr. Hermann Franz wahrgenommen, einem der grossen Wirtschaftsführer des Landes. Er hatte lange dem Zentralvorstand der Siemens AG angehört, ehe er den Vorsitz des Aufsichtsrates übernahm.

Stärker als andere deutsche Grossfirmen war die Siemens AG von der Teilung des Landes betroffen gewesen. Beim ältesten und grössten deutschen Elektronunternehmen empfand man auch (ähnlich wie bei Zeiss) eine starke Mitverantwortung für die Landsleute im anderen Teil Deutschlands. Schon in den siebziger und achtziger Jahren hat der Bereich Medizintechnik Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit mit einigen Volkseigenen Betrieben geführt, was nach der Wende die Kontaktaufnahme wesentlich erleichterte.

Schon bald nach seiner Amtseinführung als Stiftungskommissar gewann Dr. Franz die Überzeugung, dass bei Carl Zeiss einschneidende und unpopuläre Konsequenzen nicht zu vermeiden sein würden. In einem Vier-Augen-Gespräch mit Dr. Franz sagte Jobst Herrmann: Wenn Dr. Franz glaube, es gebe jemanden, der für die erforderliche «Quadratur des Kreises» besser geeignet sei, wolle er nicht im Wege stehen.

Am 17. März 1994 erklärte der Stiftungskommissar vor den Führungskräften des Unternehmens:

- Treuhandmittel sind aufgebraucht
- CZ-Eigenkapital reicht nur noch für ein Jahr
- Mit Jena schreibt Stiftung Verluste
- Auch ohne Jena unbefriedigende Situation
- Sofort handeln, keine Zeit für Diskussionen
- Externe Hilfe notwendig¹⁰

Mit der «externen Hilfe» mochte die Boston Consulting Group gemeint sein. Die renommierte Unternehmensberatung hatte bei der inneren Analyse des Kombines in Jena gute Vorarbeit geleistet, und daraufhin war einer der Mitarbeiter, Dr. Uwe Reinert, von Lothar Späth in den Vorstand der Jenoptik berufen worden. Seit zwei Jahren arbeitete die BCG in Oberkochen zusammen mit den Zeiss-Führungskräften an der strategischen Planung. Jetzt sollte die Unternehmensberatung die 24 Rationalisierungsprojekte bewerten mit der Massgabe, dem Stiftungskommissar zu berichten.



20. Oktober 1994: «Aufbau Ost – Abbau West.» Demonstration der Zeissianer in Stuttgart-Vaihingen.

Unter «externer Hilfe» konnte man sich auch einen von aussen geholten neuen Vorstandssprecher denken. Diese Lesart gewann im Laufe des Jahres an Wahrscheinlichkeit, als Einzelheiten über den ins Auge gefassten Personalabbau bekannt wurden und Jobst Herrmann immer stärker in die Schusslinie geriet.

Auf der Betriebsversammlung in Oberkochen am 5. Oktober 1994 sprach Erich Holzwarth, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, zum ersten Mal öffentlich von einem unmittelbar bevorstehenden dramatischen Personalabbau. Im Namen des Vorstandes erklärte Professor Jobst Herrmann, es sei noch zu früh, konkrete Zahlen zu nennen. Weder Sprachlosigkeit noch die fehlende Verhandlungsbereitschaft seien die Gründe für das Schweigen. Das Konzept sei noch nicht fertig ausgearbeitet:

Verständnis zeigte Herrmann für die Ungewissheit und Angst in der Belegschaft. Dass vor jeder Entscheidung vermeintliche Zwischenergebnisse und kursierende Detailansichten an die Belegschaft gestreut wurden, kritisierte Herrmann ebenso wie die Tatsache, dass aus dem Zusammenhang gerissene Überlegungen zu einem Endzeitszenario für Oberkochen vermenget würden.¹¹

Die negative Berichterstattung in den Medien war für die Verantwortlichen eine schwere Belastung. Durch eine Indiskretion wurden der Presse die Höhe der Betriebsverluste bekannt. «Scheisse. Ergebniszahlen in der Zeitung», kommentierte Rainer Ramming in seinem Notizbuch: «Kreditlinien der Banken gefährdet.» Der frühere Werksleiter war jetzt Generalbevollmächtigter, Chef des Personalwesens und Mitglied des Unternehmensrates. Ramming gehörte zu den «alten Zeissianern», die sich voll mit der Firma identifizierten. Schon sein Vater, sein Schwiegervater und dessen Vater waren Zeissianer in Jena und Oberkochen.

Seit 1978 gab es bei Carl Zeiss zur Unterstützung des Stiftungskommissars den «Unternehmensrat» als Analogon zum Aufsichtsrat bei Aktiengesellschaften. Der Unternehmensrat besteht aus zwölf Mitgliedern; sechs davon werden von den Mitarbeitern gewählt. «Die sechs weiteren Mitglieder», heisst es im Stiftungsstatut, «müssen sachkundige Persönlichkeiten aus dem Wirtschafts-, Finanz- oder Rechtswesen oder auf dem Gebiet der Entwicklung, Forschung oder Technik des jeweiligen Stiftungsunternehmens sein.»

Am Vormittag des 20. Oktober tagte der Unternehmensrat im Hotel Fontana in Stuttgart-Vaihingen. Der Stiftungskommissar legte eine schonungslose Analyse vor: «Zeiss ist ein Sanierungsfall.»

Der Zwang zur Verbesserung um rund 300 Millionen DM, um wieder einen entsprechenden Gewinn auszuweisen, werde bei Nichtstun von Jahr zu Jahr grösser ... Die Übernahme von Jena ha-

be die ohnehin schon bestehenden Probleme verschärft. Die wirtschaftliche Basis und die Management-Kapazität von Oberkochen seien für die Übernahme nicht ausreichend gewesen. Man habe aus historischen Gründen jedoch nicht ablehnen können. Eine Übernahme sei auch aus Wettbewerbssicht notwendig gewesen, da damit die Möglichkeit eines vom Staat subventionierten Konkurrenten, der ebenfalls den Namen «Zeiss» geführt hätte, verhindert wurde.¹²

«Die Schuld an der schwierigen Lage von Zeiss könne keinem Einzelnen angelastet werden», erklärte der Stiftungskommissar. Alle – Vorstand, leitende Angestellte, Betriebsrat und Belegschaft – seien in gleicher Weise beteiligt gewesen. Nun müssten alle gemeinsam die Probleme lösen. Das Unternehmen sei noch zu retten. Das erfordere jedoch die Bereitschaft aller zum Mitwirken. Dann gab Dr. Franz bekannt, dass Professor Jobst Herrmann gebeten habe, ihn von seinen Aufgaben zu entbinden.

Die Unternehmensräte waren schon mit bösen Ahnungen zur Sitzung gekommen. Aber damit hatten sie doch nicht gerechnet. Alle pessimistischen Erwartungen wurden noch übertroffen: «An jedem Arbeitstag fließt eine Million DM in den Sand.» Um den Ernst der Lage zum Ausdruck zu bringen, gebrauchte der Stiftungskommissar plakative Formulierungen: «Bei Euch schlägt das Feuer aus dem Dach, und Ihr seid noch beim Ausrollen der Feuerwehrschräume.»

Eile sei geboten, hiess es auch in der Diskussion. Der Wandel müsse vor allem in den Köpfen vor sich gehen. Das gelte nicht zuletzt für das Verhältnis Oberkochen-Jena. «Niemand sitzt auf der Anklagebank», betonte noch einmal der Stiftungskommissar, «weder die Belegschaftsvertreter, noch der Vorstand.» Alle müssten zusammenstehen.

An diesem «schwarzen Donnerstag» waren die in Bopfingen wohnenden Mitarbeiter um 5.15 Uhr in den Omnibus gestiegen, um 5.30 Uhr die in Nattheim und um 6.00 Uhr die Oberkochener, um recht-



20. Oktober 1994: «Nur der Name war geblieben.» Zeissianer vor dem Hotel Fontana in Stuttgart-Vaihingen.

zeitig vor der Unternehmensratsitzung in Stuttgart-Vaihingen zu sein. Die etwa fünfhundert Mitarbeiter führten ein grosses Transparent mit sich: «Carl Zeiss – nur der Name war geblieben.» Das war der Titel der Firmengeschichte, die die Mitarbeiter anlässlich des Jahrhundertjubiläums der Carl-Zeiss-Stiftung 1989 erhalten hatten.* Gemeint war damit der Aufbau in Oberkochen aus dem Nichts, aber mit dem festen Willen, Tradition und Namen des ursprünglich in Jena gegründeten Werkes weiterzuführen. Jetzt wurde der Buchtitel polemisch umgedeutet, als habe der Vorstand das gesamte Eigenkapital verwirtschaftet. Im Sitzungssaal hörten der Stiftungskommissar und die Unternehmensräte die lauten Rufe der Zeiss-Mitarbeiter, die in das Foyer des Hotels drängten: «Jetzt geht's los!»

* Verfasser war der Autor des vorliegenden Buches.

Die Vorwürfe richteten sich in erster Linie gegen Jobst Herrmann und den gesamten Vorstand. Das entsprach dem üblichen Interessengegensatz. Viel schlimmer, politisch gesehen, war der Zorn gegen die Kollegen in Jena. Auf einem Plakat las man: «Aufbau Ost – Abbau West» und auf einem anderen: «Wir lassen uns nicht von Jena plattmachen.» In dieses Horn stiess auch der SPD-Wirtschaftsminister Dieter Spöri, der ebenfalls gekommen war und im Foyer mit den Betriebsräten und Arbeitern diskutierte:

Wenn das Werk in Jena bei einem Halbjahresumsatz von 107 Millionen DM rund 80 Millionen Verlust mache und damit für über 80 Prozent des Konzernverlustes verantwortlich sei, dürften dafür nicht die acht baden-württembergischen Standorte bluten.¹³

Die Krise bei Zeiss war ein Medienereignis ersten Ranges. «Schlimmer als die schlimmsten Befürchtungen», schrieb die *Schwäbische Post* in Aalen:

Die Dramaturgie war wie in einem Horrorfilm. Erst die vehementen Proteste der Belegschaftsdelegation, dann die Hoffnung auf Hilfe durch Wirtschaftsminister Dieter Spöri. Um 15 Uhr dann die Meldung vom Rücktritt des Sprechers des Vorstandes, Prof. Dr. Jobst Herrmann; nach 17 Uhr eine noch beschwichtigende Pressemitteilung aus dem Hause Zeiss ... und am späten Abend dann die Hiobsbotschaft von der Nachrichtenagentur Reuters: «Zeiss baut maximal 3'000 Stellen ab, davon 1'300 auf der Ostalb, schwerpunktmässig in Oberkochen und Bopfingen.»¹⁴

«Zeiss – Kampf West gegen Ost», titelte *Die Welt* am 22. Oktober 1994. Und die *Südwestpresse* in Ulm kommentierte:

Was sich bei Zeiss abspielt, ist nicht nur eine Tragödie für 3'000 Mitarbeiter ... sondern auch ein besonders trauriges Kapitel deutsch-deutscher Geschichte. Denn es ist geeignet, die Gräben

zwischen den Menschen in West und in Ost tiefer zu ziehen, Neid- und vielleicht sogar Hassgefühle zu verstärken ... Verhängnisvollerweise heizen Politiker diese Stimmung noch an. Wirtschaftsminister Dieter Spöri hat in seinem sicher gut gemeinten, aber völlig verkehrten Beruhigungsversuch der Zeiss-Belegschaft den Eindruck erweckt, als sei der vorgesehene Kahlschlag eine Folge der noch vor wenigen Jahren bejubelten Wiedervereinigung.¹⁵

Am 21. Oktober informierten Stiftungskommissar und Vorstandssprecher den Ministerpräsidenten. Die Journalisten hatten von dem Termin im Staatsministerium erfahren und stürzten sich auf Jobst Herrmann. Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern, erklärte er in einer improvisierten Pressekonferenz, müsse von 15'900 um 3'000 reduziert werden. Daran sei die Carl Zeiss Jena GmbH mit einem Abbau von 600 Stellen (von 2'050 auf 1'450) beteiligt. «Ausgerechnet Zeiss», kommentierte die *Frankfurter Allgemeine*:

Eigentlich wollte der Feinmechanik- und Optikkonzern bei der Rückkehr zu seinen Wurzeln in Jena ein Zeichen setzen für das wirtschaftliche Gelingen der Wiedervereinigung. «Wenn wir das nicht hinkriegen», so hatte Zeiss-Chef Jobst Herrmann noch vor zwei Jahren selbstbewusst gesagt, «dann schaffen es andere noch weniger.»¹⁶

In der Tat: Auch die anderen schafften es nicht. Die grossen westdeutschen Unternehmen haben sich fast alle in den neuen Bundesländern engagiert. Das verdient Anerkennung. Aber fast alle waren sie unter dem Druck der dramatisch zurückgehenden Umsätze zu Entlassungen genötigt.

In Jena und Oberkochen kam es zu Arbeitsniederlegungen und Protestversammlungen. In Oberkochen forderte der Betriebsrat vor 5'000 Mitarbeitern den Rücktritt des gesamten Vorstandes. Das Ausscheiden des Vorstandssprechers Jobst Herrmann sei nur ein Bauernopfer. «Man macht Zeiss Oberkochen in Teilen tot, um Jena



21. Oktober 1994: Im Staatsministerium Stuttgart. Stiftungskommissar Hermann Franz mit den Vorstandsmitgliedern Thomas F. Bayer, Horst-Kurt Fugert und Jobst Herrmann (von links).

am Leben zu erhalten», zitierte die *Schwäbische Zeitung* die Meinungsäußerung eines Demonstranten:

«In Oberkochen werden Bereiche, die nicht wirtschaftlich sind, rigoros beschnitten oder stillgelegt, während man denen in Jena Arbeit zuschiebt mit dem Fernziel, dass vielleicht ein Erfolg daraus wird. Es wird also deutlich mit zweierlei Mass gemessen», sagt ein 48jähriger Mitarbeiter aus der Abteilung Industrielle Messtechnik (IMT) ... «Wir sind das Bauernopfer für Jena», schimpft eine 32jährige Mitarbeiterin aus der optischen Abteilung.¹⁷

In Jena stellte sich Frank Döbert, Redakteur der *Ostthüringer Zeitung*, um die Mittagszeit des 21. Oktober vor das Betriebstor an der Tatzendpromenade: «Nur wenige Beschäftigte verlassen die Firma, denn freitags heisst es für die meisten: Kurzarbeit Null.» Vor der Wende war Döbert Mitarbeiter des Kombinati gewesen. Jetzt befragte er seine ehemaligen Kollegen:

«Es ist bedauerlich, aber was kann man als Arbeiter schon dagegen machen», meint resigniert ein Zeiss-Angestellter, der kürzlich sein 25jähriges Firmenjubiläum feierte und auch weiterhin der Firma treu bleiben würde, wenn man ihn liesse ... «Es ist schon hart in unserem Alter», sagte ein 52jähriger Zeissianer, 38 Jahre bei der Firma: «Wir sind ja mehrmals auf die Strasse gegangen, am Ende hat es nichts genützt.» Ein richtiges Zusammenwachsen von Ost und West habe es seiner Ansicht nach bei Zeiss bis heute nicht gegeben. Im Gegenteil: «Die Arbeiter sind gegeneinander ausgespielt worden.»¹⁸

Allen Zeiss-Standorten müssten Perspektiven geboten werden, forderte der Jenenser Betriebsratsvorsitzende Jürgen Dömel. «Ganz besonders schlimm» sei es, dass der Ost-West-Konflikt in die Belegschaft getragen werde. Das war das letzte, was Vorstand und Betriebsrat wollten. «Zeisswerker in West und Ost lassen sich nicht spalten», erklärte der Konzernbetriebsratsvorsitzende Erich Holzwarth. In diesem Punkte zogen Unternehmensspitze und Betriebsrat an einem Strang. Auch die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Thüringen, Erwin Teufel und Bernhard Vogel, betonten ihre volle Übereinstimmung. Die Einheit von Zeiss (Ost) und Zeiss (West) müsse erhalten bleiben. Keinesfalls dürfe ein Standort zu Lasten des anderen saniert werden.

Am 10. November konstituierte sich der zweite gesamtdeutsche Bundestag. Die Sitzung im Reichstagsgebäude eröffnete als Alters-

präsident der Schriftsteller Stefan Heym. Er sprach von der strukturellen Krise der Industriegesellschaft, der Notwendigkeit, die Umwelt zu erhalten und die Güter gerechter zu verteilen. «Er erinnert an das Gute in der DDR: die sicheren Arbeitsplätze und das gesicherte Dach über dem Kopf. Viele Abgeordnete lachen höhnisch.»

Auf Willy Brandt, der vor vier Jahren den ersten gesamtdeutschen Bundestag eröffnet hatte, beruft sich Heym ganz zu Anfang seiner Rede: «Wir stehen, meine ich, immer noch in seiner Pflicht», sagt Heym. Da klatschen nicht nur die Abgeordneten von der PDS, auch die SPD fällt – wenn auch zögernd – ein. Bei der ED.P. und bei Bündnis 90/Die Grünen klatschen viele. Geschlossen still verhält sich nur die Union. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Fraktion zum Schweigen ermahnt. So – und zum Vorbild liess Kohl die eigene Miene erstarren – sollten CDU und CSU auf Heyms Rede reagieren. Sie taten es.¹⁹

Am Tag zuvor, am 9. November 1994, fünf Jahre nach dem Fall der Mauer, hatte die Jenoptik die Einweihung des für zwanzig Millionen sanierten Hochhauses am Carl-Zeiss-Platz gefeiert. Das Gebäude war seit 1936 die Firmenzentrale des Jenaer Zeiss-Werkes gewesen. Hier sassen bis zu ihrem Abtransport durch die Amerikaner Ende Juni 1945 die Geschäftsleiter Walther Bauersfeld, Paul Henrichs, Georg Joos und Heinz Küppenbender. Danach lenkten von hier Hugo Schrade, Ernst Gallerach, Helmut Wunderlich und Wolfgang Biermann den Volkseigenen Betrieb.

Von nun an trug das Gebäude den Namen «Ernst-Abbe-Hochhaus». Es war, wie Lothar Späth sagte, «ein weiteres Denkmal für den grossen Jenaer Professor, Stiftungsbegründer und Mitinhaber der Zeiss-Werke». In seiner Festrede würdigte der Vorstandsvorsitzende der Jenoptik den grossen Physiker und edlen Menschen, der «die Früchte seiner Arbeit nicht selber geniessen wollte, sondern den im Unternehmen arbeitenden Menschen, der Wissenschaft und der

Kultur in Jena zur Verfügung stellte». In der Carl-Zeiss-Stiftung habe Ernst Abbe «seinen Geist in einem grossen Wurf fixiert».

Aufmerksam registrierte man bei Carl Zeiss, dass sich Späth vom Stiftungsgedanken distanzierte. Vorerst war die Jenoptik noch ein Staatsbetrieb. Späth strebte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft an und die Privatisierung durch den Verkauf von Aktien. Auf diese Weise liessen sich die Eigenmittel stärken. Die Jenoptik werde alles tun, erklärte Späth, um sich dem Stiftungsgedanken zu entwinden, dem sie vor vier Jahren noch Sympathie abgewonnen habe: «Entwinden von der Form, nicht aber von den Ideen. Beispiele schrecken.»

Gemeint war natürlich Carl Zeiss. Dem Jenoptik-Chef missfiel prinzipiell die Stiftungskonstruktion: «Dadurch fehlt der Druck, möglichst rentabel zu arbeiten und das Kapital optimal einzusetzen.» Nach Späths Meinung sollte das Statut geändert werden, um die Stiftungsunternehmen nach den Regeln einer Aktiengesellschaft zu führen:

Ich glaube, auch der Stiftungsgründer Ernst Abbe würde, falls er aus dem Grab treten könnte, heute sagen, man sollte aus der Stiftung eine Holding machen und sie zur Zukunftssicherung an die Börse bringen. Das wäre der richtige Weg. So könnte man Risikokapital für Innovationen beschaffen und notfalls über internationale Kapitalbeteiligungen auch strategische Allianzen schmieden. Damit würde ein modernes Industrieunternehmen geschaffen und den Mitarbeitern ihre Arbeitsplätze gesichert.²⁰

In einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* kritisierte Späth das Vorgehen von Carl Zeiss Jena. Oberkochen habe über viele Jahre hinweg die Entwicklung neuer Produkte und Technologien vernachlässigt. Erhebliche Forschungsanstrengungen seien nötig. Zeiss (West) habe viel zu wenig getan für die Integration der ostdeutschen Tochter: «Das mache ich dem Vorstand in Oberkochen zum Haupt-

vorwurf.» Zeiss Jena sei bis heute «verlängerte Werkbank» geblieben, was den Stolz der Menschen tief verletze.

Die *F.A.Z.* sprach von «in Oberkochen offensichtlich unerbetenen Ratschlägen». Zweifellos waren die Betroffenen in diesen Wochen besonders empfindlich. Von überall kam Kritik. Und der Betriebsrat konnte sich bestätigt fühlen. Am 10. November demonstrierten die Mitarbeiter erneut an allen Standorten. 2'000 waren es in Jena vor dem Werk an der Tatzendpromenade. Sie forderten den «Stopp des Arbeitsplatzabbaues», ein «zukunftsträchtiges Konzept für Jena» und die «Entlassung des Oberkochener Vorstandes».

«Am kältesten ist es kurz nach Sonnenaufgang», sagt ein altes russisches Sprichwort. Am 8. November informierte Stiftungskommissar Dr. Franz die Zeiss-Unternehmensräte, dass er den Retter gefunden habe. Am 9. November, als Späth in seiner Festrede die guten Ratschläge in Richtung Zeiss erteilte, stand es in den Zeitungen: «Peter Grassmann wird neuer Chef bei Zeiss.» Von Politik und Presse wurde die Berufung des «energischen Managers» einhellig begrüßt. «Einer, der hinlangt», titelte die *Süddeutsche Zeitung*. Das war eine doppeldeutige Anspielung auf den Weltwirtschaftsgipfel in München zwei Jahre zuvor. Mit der Formulierung konnte Grassmanns bayerische Abstammung gemeint sein, aber auch sein nicht zimperliches Vorgehen im Betrieb. Bei dem G 7-Treffen 1992 war es zu einer harten Konfrontation von Polizei und Demonstranten gekommen, was der damalige Ministerpräsident Max Streibl mit den Worten gerechtfertigt hatte: «Härteres Hinlangen ist nun mal bayrische Art.»

Der Physiker Dr. Peter Grassmann hatte bisher dem Vorstand des Siemens-Bereiches Medizintechnik angehört, und deshalb schrieb die *Schwäbische Zeitung* in Leutkirch: «Ein Mediziner soll helfen»:

Der Mediziner von Siemens, der Zeiss nun sanieren soll, wird von [Wirtschaftsminister] Spöri bereits mit Vorschusslorbeeren überschüttet. Die digitalen Bildsysteme, bei denen sich Grassmann

besonders gut auskennt, in Verbindung mit den Zeiss-Mikroskopen mögen tatsächlich neue Wachstumsfelder eröffnen. Aber hoffentlich bringt Grassmann ... auch die unternehmerischen Qualitäten mit... Es ist ohnehin fraglich, ob eine andere Gesellschaftsform für die einzelnen Stiftungsbetriebe – etwa AG oder GmbH – nicht die bessere Lösung wäre.²¹

Grassmann brachte jedenfalls zunächst einmal den Wunsch mit, die Wiedervereinigung auch wirtschaftlich zu einem Erfolg zu machen. An der Übernahme des VEB Transformatoren- und Röntgenwerkes in Dresden und des VEB Röntgenröhrenwerkes in Rudolstadt durch Siemens war er aktiv beteiligt. In Dresden hatte er als Kind bis Kriegsende gelebt. «Dass Dresden nach der Wende ein Zentrum für Mikroelektronik geworden ist», sagt er, «ist wesentlich dem frühen Engagement von Siemens zu danken.»

Der «Medizinmann», auf den sich jetzt die Hoffnungen richteten, stammte aus einer Gelehrtenfamilie. Auch er wollte schon früh die Wissenschaft, und zwar die Physik, zum Beruf machen. Auf Rat von Professor Georg Joos hat er an der Technischen Hochschule München studiert, wo die Physik mit den Ingenieurfächern in enger Verbindung steht. Später erfuhr er, dass Georg Joos Forschungsvorstand bei Carl Zeiss in Jena gewesen war und zur Gruppe der 84 von den Amerikanern nach Heidenheim gebrachten Zeiss-Spezialisten gehörte. Grassmann hat dann im Alter von 26 Jahren mit einer experimentellen Untersuchung über Plasmaphysik promoviert. Dabei hat er mit einem Hochleistungs-Rubin-Laser gearbeitet und die Drehung der Polarisationssebene von Licht gemessen. Zum 1. April 1967 erhielt er einen Vertrag bei Siemens-Reiniger in Erlangen, der ihm erlaubte, erst noch für eineinhalb Jahre am MIT in Cambridge bei Boston als Postgraduate zu arbeiten. «Für mich eine ausgesprochen wichtige Zeit», sagt Grassmann. Er erhielt eine solide Ausbildung in

den Computer-Sciences, beschäftigte sich mit Bilderkennungsverfahren und besuchte Kurse über F & E-Management.

Bei Siemens-Reiniger übernahm Grassmann bald grössere Verantwortung. 1976 wurde ihm der gesamte Geschäftsbereich Computertomographie mit Entwicklung, Produktion und Vertrieb anvertraut. Bereits zwei Jahre später stieg er zum Generalbevollmächtigten auf, eine Position, die später bei der Umorganisation in eine Vorstandsfunktion im Bereich Medizintechnik umgewandelt wurde. Hier hat er unschätzbare Erfahrungen gesammelt, die ihm jetzt die Zuversicht gaben, dass die Krise bei Zeiss überwunden werden könne. In den achtziger Jahren traten in der Medizintechnik verstärkt japanische Wettbewerber auf, und gleichzeitig liess das Wachstum auf den wichtigsten Märkten nach. Der Siemens-Bereichsvorstand entschloss sich zur Neuausrichtung, zum «reengineering», der gesamten Medizintechnik: «Wir haben unsere Ertragskraft wiedererlangt und die Ergebnisse deutlich verbessern können.»

Durch diesen Erfolg verschaffte sich Grassmann Anerkennung im Hause, und Dr. Franz, der Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens AG, merkte ihn für höhere Führungsaufgaben vor. Als es dann in Oberkochen zur krisenhaften Zuspitzung kam, bat er Grassmann, dort die oberste Verantwortung zu übernehmen. «Ich erinnere mich noch gut an das erste Telefonat am 13. September», berichtet Dr. Grassmann. An diesem Tag war die bewährte Sekretärin in Urlaub und wurde von einer jungen Dame im zweiten Lehrjahr vertreten.

Ich hatte in meinem Erlanger Büro eine wichtige Besprechung auf acht Uhr morgens angesetzt und bat, uns abzuschirmen. Doch schon Minuten später meldete sie sich über die Wechselsprechanlage: «Hier ist ein Herr Franz am Telefon. Er ist so bestimmt, dass ich nicht wage, ihn abzuweisen.» Franz schlug ein persönliches Gespräch vor, das dann am 16. September in Erlangen stattfand. Wir sprachen fast drei Stunden über Zeiss, seine Situation, seine

Finanzlage und seine Geschichte. Franz erläuterte die Unternehmenskultur, die Polarisierung zwischen Vorstand und Betriebsrat und seine Absicht als Stiftungskommissar, den Vorstand weitgehend oder ganz auszutauschen.²²

Die Herren trafen sich im hochgesicherten Erlanger Vorstandsbe-
reich, im sogenannten «Himbeerbau», dem 1947 errichteten ältesten
Gebäude, und assen dann noch gemeinsam im Direktionskasino im
14. Stock des Hochhauses. «Sie werden sich um Finanzierung und
Eigenkapital kümmern und Banken beruhigen müssen», sagte Dr.
Franz: «Nicht wie bei uns, wo das Geld einfach da ist.»

Grassmann blieb zunächst skeptisch. Zeiss war im Umsatz deut-
lich kleiner als der von ihm zuletzt verantwortete Unternehmensbe-
reich bei Siemens, und ausserdem hatte er sich schon immer kritisch
gegen Seiteneinsteiger ausgesprochen. Sie kennen weder das Unter-
nehmen, noch die Märkte, noch die Führungskräfte. Umgestimmt hat
ihn schliesslich die Versicherung des Stiftungskommissars, dass er
in jedem Fall einen Seiteneinsteiger berufen würde. Kenner gaben
übrigens Dr. Franz Recht. Unpopuläre Personalentscheidungen kön-
nen besser von einem bisher Aussenstehenden getroffen werden, der
keine persönlichen Rücksichten nehmen muss.

Am 20. September flog Grassmann zu Besprechungen nach Se-
attle. Auf den Rat von Dr. Franz hatte er sich die 1989 erschienene
Zeiss-Firmengeschichte besorgt, und auf dem langen Flug las er von
der Gründung in Oberkochen «auf der grünen Wiese» und von den
100 Millionen DM Kredit, den die Deutsche Bank im Vertrauen auf
Heinz Küppenbender gewährte. «Die Faszination beginnt», heisst es
in Grassmanns Notizbuch. Jetzt wurden ihm der «Geist des Hauses
Zeiss», von dem Dr. Franz gesprochen hatte, und die Bedeutung der
Tradition verständlich. Die Analyse der Boston Consulting Group
gab Grassmann einen guten Überblick über die wirtschaftliche Lage.
Die Situation war ernst, aber nicht hoffnungslos.

Bei dem zweiten Treffen mit Dr. Franz am 6. oder 7. Oktober gab Grassmann seine prinzipielle Zusage. Im Auftrag des Stiftungskommissars arbeitete der inzwischen pensionierte Finanzvorstand Wolfgang Adolphs in strenger Vertraulichkeit den Dienstvertrag aus. Adolphs musste an die Finanzkrise von 1974 denken. Bei Zeiss hatte es damals nur noch zwei Ertragssäulen gegeben, die Augenoptik und die Medizintechnik: «Dass die unangenehme Wahrheit voll ans Licht kam, war Voraussetzung für die Gesundung.» 1975 folgte ein Aufschwung in der gesamten Branche, und die Drei-Koordinaten-Messmaschinen boomen: «Wir haben die Krise schnell überwunden.»

Am 7. November kam Grassmann nach Oberkochen und sprach mit Professor Jobst Herrmann und den anderen Vorstandsmitgliedern*. Auch den Vorsitzenden des Betriebsrates stellte er sich vor. «Wenn ich nicht zwischen die Mühlsteine geraten will», sagte er sich, «dann ist die Einbeziehung des Betriebsrates und der IG-Metall in die Sanierung zwingend.»

Ich lud also die Betriebsräte zu mir nach Erlangen ein, um mir ein erstes Bild zu verschaffen, und beschloss, mich anschliessend beim Betriebsrat in Oberkochen vorzustellen. In der Nacht davor** war Dr. Hans Richard Weinheimer zusammen mit seinem Fahrer tödlich verunglückt, der mich zweifelsohne in den Sanierungsbemühungen sehr unterstützt hätte. Übrigens war auch Professor Jobst Herrmann sehr kooperativ. Er erläuterte mir das Unternehmen ausführlich, einschliesslich der Planungen und Schwierigkeiten. Den Betriebsräten schenkte ich klaren Wein ein, dass ein Sozialplan nicht vermeidbar und eine erhebliche Fokussierung des Geschäftes notwendig sei.²³

* Thomas E Bayer, Hans-Kurt Fugert und Hans Richard Weinheimer.

** In einer Presseerklärung der Firma vom 11. November 1994 heisst es: In der Nacht vom 10. auf 11. November kam Dr. Hans Richard Weinheimer (57) bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Mit ihm verstarb sein Fahrer Manfred Rathgeb (32). Beide befanden sich auf dem Rückweg von Jena, wo Dr. Weinheimer an einer Besprechung teilgenommen hatte.

In dieser kritischen Situation wirkte der tödliche Unfall des Physikers und Vorstandsmitgliedes Hans Richard Weinheimer als Schock und Menetekel einer bevorstehenden Katastrophe. «Sein Tod hat mich tief getroffen», sagt Peter Grassmann: «Wir waren beide stark technisch orientiert und haben uns von Anfang an verstanden.» Vor den Betriebsräten mahnte Grassmann, der Untergangsstimmung nicht nachzugeben. Alle Kraft müsse auf die Sanierung gerichtet werden.

Schon seit einigen Tagen planten Betriebsrat und Gewerkschaft eine Grossdemonstration. In fünfzig Bussen sollten die Zeiss-Mitarbeiter an einen zentralen Versammlungsort gebracht und die Öffentlichkeit über die bedrohliche Lage informiert werden. Es gelang Grassmann, den Betriebsräten diesen Plan auszureden.

Nach einigem Hin und Her schloss er eine Konsensvereinbarung mit den beiden Betriebsratsvorsitzenden Erich Holzwarth und Edwin Michler. Inhalt war die Sanierung auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes und die Zuziehung eines (von den Gewerkschaften geforderten) externen Gutachters. So hatte Grassmann schon vor seinem eigentlichen Dienstbeginn das Steuer in die Hand genommen.

Am 12. November, einem Samstag, kam es zu einem Spitzengespräch im Staatsministerium in Stuttgart zwischen den Ministerpräsidenten Erwin Teufel und Bernhard Vogel, dem Stiftungskommis-sar Hermann Franz und dem designierten Vorstandssprecher Peter Grassmann. Dr. Franz gehörte dem Innovationsbeirat des Landes Baden-Württemberg an, der für Ministerpräsident Teufel ein «Leitbild für Staat und Gesellschaft» erarbeitete, und besass dessen Vertrauen. Die beiden Ministerpräsidenten begrüßten die Entscheidung für Grassmann. Mit ihm erhalte Zeiss eine neue Chance. Wichtig sei, dass kein Führungsvakuum entstehe. Grassmann solle noch vor der für den 24. November vorgesehenen offiziellen Berufung zum Vorstandssprecher bestellt werden.

Eine Riesenaufgabe wartete auf Grassmann. Er musste das Sanierungskonzept überarbeiten und das verlorengegangene Vertrauen

zwischen den Mitarbeitern und der Geschäftsleitung wiederherstellen. «Schnellstens überwinden muss Grassmann auch den in den vergangenen Wochen sichtbar gewordenen Ost-West-Konflikt zwischen Jena und Oberkochen», ergänzte die *Börsenzeitung*.

Leider erhielten die beiden Betriebsratsvorsitzenden in ihren Gremien keine Mehrheit für die Konsensvereinbarung. In den Augen der Gewerkschaftler war die Firma Zeiss ein «Exot», denn hier gab es keine Mitbestimmung. Wahrscheinlich sah die IG-Metall jetzt die Chance, eine Änderung durchzusetzen. Mit Entschiedenheit wandte sich Grassmann gegen solche Pläne:

Er [der Konzernbetriebsrat] möchte zum Beispiel ein Vetorecht bei Investitionen, bei der Verteilung von Gewinnen, bei der Planung von Geschäftsaktivitäten und Produktionskapazitäten ... Ein solches Mitspracherecht hat es bisher in keinem deutschen Unternehmen gegeben, und dies wird es in Zukunft auch bei Zeiss nicht geben.²⁴

Es kam zu harten Auseinandersetzungen. Schliesslich änderte sich die Haltung der Gewerkschaft.

Sie erkannte, dass das neue Mitbestimmungsmodell nicht durchsetzbar war und stimmte der Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft zu. Diese sollte 300 Mitarbeiter aufnehmen. Parallel dazu wurden selbstverständlich sehr forcierte Vorruhestands- und Aufhebungsmassnahmen vereinbart.²⁵

Die Hauptsorge des neuen Vorstandssprechers galt der Carl Zeiss Jena GmbH. Üblich wäre gewesen, dass Grassmann dort den Vorsitz im Aufsichtsrat übernimmt. Er hat sich stattdessen zusätzlich zum Oberkochener Vorstandsamt auch noch zum Vorsitzenden der Jenaer Geschäftsleitung ernennen lassen. Auf diese Weise konnte er dort direkt operativ eingreifen.

Kurz vor Weihnachten erklärten Peter Grassmann und der Deutsche Gewerkschaftsbund bei einer Veranstaltung in Jena übereinstimmend: Ein «Ossi-Wessi-Konflikt», ein Ausspielen zwischen Jena und den westdeutschen Zeiss-Standorten, müsse unter allen Umständen vermieden werden.

Zum Jahresende 1994 beendete die Treuhandanstalt, die grösste Industrieholding der Welt, ihre Tätigkeit. Ihre Aufgabe, die Privatisierung von 14'000 Staatsbetrieben, war im Wesentlichen erfüllt. Eigenhändig schraubte Birgit Breuel, die Präsidentin der Treuhandanstalt, das Firmenschild am Eingang ab. Das letzte grosse Projekt war eine 16-bändige Dokumentation über die viereinhalbjährige Tätigkeit. Als Nachfolger wurde die «Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben» gegründet mit der Aufgabe, die Einhaltung der 85'000 Treuhandverträge (darunter 30'000 Privatisierungsverträge) zu überwachen. Die neuen Eigentümer hatten 206,5 Milliarden Investitionen und knapp 1,5 Millionen Arbeitsplätze zugesagt.

Bilanz zog auch die *Thüringische Landeszeitung*. 1994 werde als das erste Jahr des zaghaften Aufschwungs nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung in die Geschichte eingehen. Nach der Kabinettsbildung in Erfurt habe Thüringens Wirtschaft mit Minister Franz Schuster einen «neuen Zugführer».

Hinter den Kulissen verhandelt Schuster bereits mit dem neuen starken Mann im Zeiss-Chefsessel, Peter Grassmann. Grassmann bringt neuen Wind in die Firma. Das ist bereits zu spüren. Der frühere Siemens-Manager ist kein Vertreter der Oberkochener Vorstandsetage – das spricht für ihn. Auch in den Augen der Belegschaft... Dass es einen Beschäftigungsabbau geben wird, scheint sicher. In den Gesprächen geht es wohl nur noch um die Art und Weise. Das Optikunternehmen an der Jenaer Tatzendpromenade bleibt ein spannendes Thema – auch 1995.²⁶

Am 16. Februar sollte die nächste Aufsichtsratssitzung der Carl Zeiss Jena GmbH stattfinden. Also mussten bereits im Januar die Weichen gestellt werden. Die Berater hatten vier Modelle entwickelt, aber jedes als unwirtschaftlich verworfen. Sie empfahlen die Schliessung. «Dies konnte Zeiss natürlich nicht tun», resümiert Grassmann:

Im alten Statut stand noch Jena als Standort der Stiftung, ausserdem hatte Zeiss 587 Millionen DM für den Kauf der Gebäude und die Deckung der Anfangsverluste von der Treuhand erhalten. Einen Streit über die Namensrechte hielt ich im Falle einer Konfrontation mit dem Land Thüringen und der Jenoptik für unausweichlich. Und es gab noch höhere Gesichtspunkte. Zweifellos hatten wir so etwas wie eine historische Verpflichtung gegenüber den Gründervätern in Jena und dem Stiftungsstatut. Also musste eine Lösung gefunden werden.²⁷

Die von der Boston Consulting vorgeschlagenen Alternativen reichten von 700 bis 1'200 Mitarbeitern, einem Kapitalbedarf von 150 bis 200 Millionen und einer Sanierungszeit von drei bis vier Jahren. Grassmann entschloss sich zum beschäftigungsintensivsten Modell mit 1'450 Mitarbeitern. Diese Zahl hatte auch schon in der früheren Planung eine Rolle gespielt. Für die Sanierung der Carl Zeiss Jena GmbH stellte Oberkochen 200 Millionen DM zur Verfügung.

Die Aufsichtsratssitzung mit dem thüringischen Wirtschaftsminister Franz Schuster und Jenoptik-Chef Lothar Späth verlief spannend. Die Arbeitnehmervertreter hatten sich zur Stimmenthaltung entschlossen. Der Minister war, wie er vorsichtig andeutete, durch Kabinettsbeschluss festgelegt, mit den Arbeitnehmern zu stimmen. Damit war jede Lösung blockiert, denn Aufsichtsratsbeschlüsse bedürfen der Mehrheit der Anwesenden. Die Sitzung wurde unterbrochen, damit sich die Arbeitnehmervertreter mit ihren Gremien beraten konnten. Lothar Späth ist es zu danken, dass nach einer siebenstündi-



16. Februar 1995: Demonstration in Jena vor den übernommenen und sanierten Gebäuden an der Tatzendpromenade.

gen Marathonsitzung alle Aufsichtsräte dem Sanierungsvorschlag zustimmten.

So stand also noch einmal am 16. Februar 1995 das Schicksal von Carl Zeiss Jena auf des Messers Schneide. Ohne die Einigung in letzter Minute wäre wohl ein Konkurs unvermeidlich gewesen.

Zusammen mit der Sanierung und Neustrukturierung wurden auch die Eigentumsverhältnisse der Carl Zeiss Jena GmbH in dem schon früher vereinbarten Sinne geregelt. Oberkochen übernahm die noch von der Jenoptik gehaltenen Anteile von 49 Prozent für den symbolischen Betrag von einer Mark und wurde alleiniger Gesellschafter.

Die *Wirtschaftswoche* sprach von der «ersten Bewährungsprobe» für Peter Grassmann. Jetzt konnte er Mitarbeitern und Medien mitteilen, dass der Aufsichtsrat der Carl Zeiss Jena GmbH «das vom Zeiss-Vorstand erarbeitete Neustrukturierungskonzept einstimmig gebilligt» habe:

- Carl Zeiss Jena wird als Kernstandort der Zeiss-Gruppe weiter gestärkt.
- Carl Zeiss Jena wird Standort zukunftsreicher Geschäftsfelder ... Wesentliche Umsatzträger sind dabei die Mikroskopie, medizinische Geräte für die Augenheilkunde und die Geodäsie.
- Von Jena wird künftig ein Viertel des Weltumsatzes der Zeiss-Gruppe verantwortet.
- Jena wird ein zweiter Schwerpunkt für Forschung und Technologie im Zeiss-Konzern. Neben dem Oberkochener Forschungsbereich wird ein starker zentraler Forschungsbereich mit etwa 80 Mitarbeitern aufgebaut. Die Leitung der Zeiss-Forschung kommt nach Jena.
- Jena wird Standort der zentralen Datenverarbeitung für die beiden Firmengruppen Zeiss und Schott.²⁸

Die zweite Bewährungsprobe war der Abschluss eines Interessenausgleichs mit dem Betriebsrat. Ende des Jahres 1994 hatten die Verhandlungen noch kein Ergebnis gebracht. Am 5. Mai 1995 gelang es Peter Grassmann und Edwin Michler, dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates, eine Vereinbarung über einen Interessenausgleich, einen Sozialplan und die Bildung einer Qualifizierungsgesellschaft abzuschließen.

Noch glänzender bestand Grassmann die dritte Bewährungsprobe. Er setzte auf die Halbleiteroptik und verstärkte durch konsequente Investitionen die führende Stellung der Firma auf diesem hochwichtigen Wachstumsmarkt. Die HL-Optik wurde die Lokomotive, die die Firma wieder in Fahrt brachte.

Ein alter Wahlspruch von Carl Zeiss lautete, wie noch heute an der Fassade des (jetzt zur Jenoptik AG gehörenden) Ernst-Abbe-Hochhauses in Jena zu lesen: «Per aspera ad astra. Durch Nacht zum Licht.» Der Erfolg der Halbleiteroptik beendete die «Nacht über Zeiss» und symbolisiert die Morgenröte. Die Erfolgsstory begann mit Dieter Kurz, der 1988/90 zwei Jahre als Division Manager für Elektronenmikroskopie bei der Carl Zeiss Inc. in New York tätig war.

Als Physiker hatte er sich schon im Studium an das Englische gewöhnt, und in New York sprach er es mühelos. Als er 1994 die Leitung des Geschäftsbereiches Halbleiteroptik übernahm, hatte er keine Probleme bei den Verhandlungen mit der ASM-Lithographie in Veldhoven. Seit Anfang der neunziger Jahre gab es eine Kooperation zwischen Carl Zeiss und ASML. «Endlich jemand», sagten die Niederländer, «mit dem man sich richtig unterhalten kann.»

ASML war 1985 als Ausgründung von Philips Eindhoven entstanden. Die Firma baute die Maschinen, die sogenannten Wafer-Stepper, mit denen die Mikrochips hergestellt wurden, und besass 1993 einen Marktanteil von 14 Prozent. Gegen die etablierte japanische Konkurrenz (Olympus und Nikon) holte sich ASML die Marktführerschaft mit 41 Prozent Anteil im Jahr 2000. «Currently, more than half of the world's top 20 chip manufacturers are customers», hiess es 2001. Bei diesem Erfolg spielte Zeiss mit der Lieferung der optischen Systeme die entscheidende Rolle.

In Veldhoven sprach Willem Maris, der CEO von ASML, Dieter Kurz ins Gewissen: «Ihr bei Zeiss habt eine merkwürdige Auffassung von Industrie»:

Ihr seid wie Künstler. Der Künstler schafft ein Unikat. Darauf ist er stolz. Ihr könnt stolz sein auf Eure hervorragende Optik. Was die Industrie braucht und was wir brauchen, sind Stückzahlen. Wenn Du, Dieter Kurz, die Schranken bei Euch überwindest, können wir gemeinsam den Weltmarkt erobern. Ich mache Dich zum Mann an der Spitze von Zeiss!²⁹

Dieter Kurz erinnert sich an eine Vorstandssitzung, zu der er von Peter Grassmann eingeladen wurde. Kurz hielt eine Investition von 120 Millionen für erforderlich:

Grassmann ist ein Schnelldenker. In Nanosekunden hatte er die Chance begriffen. Er beugte sich vor, schnippte mit den Fingern,

sah mich an und fragte: «Würden Sie das Geld geben, wenn es das Ihre wäre?»³⁰

«Natürlich habe ich gezögert», berichtete Peter Grassmann: «Mein erster Besuch in Veldhoven beeindruckte mich allerdings gewaltig»:

Hier war eine junge, ehrgeizige Mannschaft, die durchaus das Zeug hatte, gegen die beiden dominanten Wettbewerber Nikon und Canon den Waferstepper-Markt für die Chip-Produktion aufzurollen. Die Optik war der technologische Schlüssel zum Erfolg. Also war Zeiss der ideale Partner. ASML versprach finanzielle Unterstützung durch Vorabzahlungen und Garantien. Und ich entschloss mich zum Handeln.³¹

Bereits im März 1995 war sich Grassmann über den Erfolg sicher: «HL beweist mit Bravour, dass Zeiss auch als Zulieferer für andere Firmen Geld verdienen kann.» Zum 1. Oktober 1996 wurden die Aktivitäten in einem eigenen Unternehmensbereich HL-Technik zusammengefasst. Die Leitung behielt der auch schon bisher verantwortliche Dr. Dieter Kurz. Der neue Unternehmensbereich nahm einen geradezu atemberaubenden Aufschwung und verschaffte Zeiss die dringend notwendige wirtschaftliche Entlastung.

Im Jahr 1996 war die Restrukturierung bei Carl Zeiss weitgehend abgeschlossen. Im Inland war die Zahl der Beschäftigten im Jahr 1995 von 12'500 auf 10'500 gesunken und 1996 nochmals auf 9'625. Dies war eine Mischung von Verkäufen und Personalabbau. «Dass dies nicht ohne schmerzliche Einschnitte über die Bühne gebracht werden konnte, war abzusehen», schrieb Peter Grassmann in der Mitarbeiterzeitung:

Die vorgesehenen Stellenstreichungen konnten wir aber deutlich verringern, weil es im Unternehmensbereich Halbleiterobjektive sehr gut läuft.³²

Mit sechs Säulen, den sechs Unternehmensbereichen*, erhielt die Firma eine klare Struktur: «Die Carl-Zeiss-Gruppe ist auf ihr Kerngeschäft fokussiert», konstatierte der Vorstandssprecher im Februar 1996. «15 Geschäftsfelder**, die keine Ertragschancen hatten oder nicht zum Kerngeschäft gehörten, sind verkauft, in Joint Ventures eingebracht oder eingestellt. Für jeden Bereich, der jetzt noch Verlust macht, gibt es einen Plan zur Gesundung.»

Weitgehend hatte man von Aufhebungsverträgen und Vorruhestandsregelungen Gebrauch machen können. In Jena waren 250 Mitarbeiter für die Qualifizierungsgesellschaft vorgesehen, eingetreten sind aber nur 166. Von diesen konnten bis 1998 rund 70 im ersten Arbeitsmarkt untergebracht werden. Auch in Oberkochen kam es im August 1995 zur Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG). Geschäftsführer wurde der Leiter des Vorstandsbereiches «Zentrale Personalplanung» Rainer Hofem, der im Jahr zuvor sein 25jähriges Firmenjubiläum gefeiert hatte.

Bereits sein Vater war Zeissianer. Er lebte hochbetagt in Aalen. Dr. Adolf Hofem hatte in Jena und Oberkochen als Leiter des Rechnungswesens und enger Mitarbeiter der kaufmännischen Geschäftsführer Paul Henrichs und Gerhard Kühn gewirkt. Seine Tagebuchaufzeichnungen geben ein lebendiges Bild von den Ereignissen, und wir haben schon in unserem ersten Buch über die Firma («Nur der Name war geblieben») und auch jetzt wieder ausgiebig daraus zitiert.

Die Geschichte mit der Oberkochener Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft nahm einen verblüffenden Verlauf. Nachdem die Finanzierung gesichert war und Rainer Hofem mit 360 Aspiranten gesprochen hatte, begann der Boom in der Halbleitertechnik. Die BQG wurde nicht mehr gebraucht.

* Markenoptik, Medizintechnik, Mikroskopie, Halbleitertechnik, Optisch-elektronische Systeme und Industrielle Messtechnik.

** Die Zahl stieg noch auf zwanzig.

KAPITEL 20

Ein weites Feld

Das grosse Thema, die Wiedervereinigung, beschäftigte auch Günter Grass, den bedeutendsten deutschen Schriftsteller der Gegenwart. 1995 erschien sein mit Spannung erwarteter neuer Roman «Ein weites Feld» mit fast 800 Seiten. «Das Wort vom Jahrhundertroman machte die Runde», hiess es im *Spiegel*, «als noch nicht einmal eines der 4'500 Vorabexemplare an Buchhändler und Kritiker verschickt war.»

Die Handlung spielt in Ostberlin und beginnt kurz nach der Wende, am 17. Dezember 1989, «als in der Dynamo-Halle die bislang führende Partei tagte, um sich mit neuem Namen zu verkleiden». Die Hauptfiguren sind zwei alte Genossen, die endlos miteinander palavern, meistens über Theodor Fontane, gelegentlich auch über die ihnen politisch unsympathische Gegenwart. «Die drüben haben uns fix und fertig gemacht. Kein Wunder!», jammert der eine, der früher als Offizier hauptamtlich für die Stasi tätig war:

Die gaben das Tempo an, wir mussten Schritt halten. Mussten wir gar nicht, dachten nur, dass wir unbedingt mussten, na, wetlaufen, Wettrüsten, bis wir ausser Puste, ausgelaugt, leergeschrappt waren. Nun ist das ganze schöne Volkseigentum für die Katz ...
Was alles die Treuhand gegrapscht hat, verscherbeln will...
Ein Schnäppchen machen nennen die das.¹

Die andere Figur ist monomanisch auf Theodor Fontane fixiert, empfindet sich als dessen alter Ego und wird deshalb von allen «Fonty»

genannt. Auch er leidet unter dem Zerfall der DDR:

Was heisst hier Unrechtsstaat! Innerhalb dieser Welt der Mängel lebten wir in einer kommoden Diktatur.²

«Niemand widersetzt sich seiner Ansicht, nirgends wird sie korrigiert», beanstandete Marcel Reich-Ranicki in seiner Besprechung. Der *Spiegel* veröffentlichte die Kritik als Titelstory in Form eines offenen Briefes:

Mein lieber Günter Grass! Ich möchte nicht mit Ihnen über Ihre politischen Ansichten, die ich, verzeihen Sie, nicht immer ganz ernst nehmen kann, hier diskutieren ... Sie wissen so gut wie ich, dass das SED-Regime Millionen Menschen unglücklich gemacht, dass es Unzähligen, darunter beispielsweise unseren Kollegen Walter Kempowski und Erich Loest, Jahre ihres Lebens geraubt hat. Sie wissen, besser als ich, dass und wie die Literatur in diesem Lande unterdrückt wurde. Sie wissen sehr wohl, dass die DDR ein schrecklicher Staat war, dass hier nichts zu beschönigen ist. Doch Ihr Roman kennt keine Wut und keine Bitterkeit, keinen Zorn und keine Empörung. Ich gebe zu, ich kann das nicht begreifen, es verschlägt mir den Atem.³

Das Titelbild des *Spiegel* zeigt den «Grosskritiker» mit einem zerfetzten Exemplar des Romans in seinen Händen. In diesem «Roman der Wiedervereinigung» irritieren den Leser wohl am meisten die abenteuerlichen politischen Thesen, von denen man nicht weiss, inwieweit der Autor selber an sie glaubt. Einer der beiden Romanhelden, der Stasi-Offizier, will uns einreden, es sei das MfS gewesen, das der Revolution von 1989 den Weg gewiesen habe:

Wir haben dafür gesorgt, dass in Leipzig und anderswo dieses kindische Gegröle «Wir sind das Volk» durch ein ausgetauchtes

Wörtchen 'ne Prise Pfeffer bekam: «Wir sind ein Volk!» Jawohl, ein einziges. So jedenfalls, mit Sprechchören, wurde Einheit diktiert.⁴

Die Wiedervereinigung war die grosse politische und wirtschaftliche Herausforderung, vor der die Deutschen am Ende des 20. Jahrhunderts standen. Die Verantwortlichen von Carl Zeiss empfanden es als ihre Pflicht, die beiden getrennten Firmen wieder zusammenzuführen. Sie hatten wirtschaftliche Schwierigkeiten erwartet, aber nicht, dass sie selbst bei der Sanierung des Stammhauses in Jena in eine Existenzkrise stürzen würden.

Neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten mussten auch komplizierte juristische Probleme bewältigt werden. Das Unternehmen in Oberkochen gehörte der Carl-Zeiss-Stiftung, die ihren Sitz von Jena nach Heidenheim verlegt hatte. In Jena bestand formal die Carl-Zeiss-Stiftung weiter. Zwei Stiftungen gleichen Namens in einem Land konnte es jedoch nicht geben.

Die thüringischen Juristen akzeptierten, dass die seinerzeitige Sitzverlegung von Jena nach Heidenheim unter Berufung auf den hypothetischen Stifterwillen rechtmässig erfolgt war. Gewiss hätte Ernst Abbe die Verlegung in den Westen gewollt, um die aktive Weiterarbeit der Stiftung zu ermöglichen. Jetzt aber seien in Thüringen die gleichen Rechtsverhältnisse hergestellt wie in der alten Bundesrepublik. Zweifellos würde Abbe jetzt die Rückverlagerung nach Jena wünschen. Schliesslich war seine Fürsorge ganz auf Jena gerichtet gewesen. Mit der Carl-Zeiss-Stiftung hatte er die Existenz der beiden Betriebe sichern, die Universität Jena unterstützen, den Arbeitern seiner Betriebe und «der arbeitenden Bevölkerung Jenas und seiner nächsten Umgebung» helfen wollen.

Neithardt von Einem, der Justitiar der Firma Carl Zeiss, hielt dieser Auffassung entgegen, «dass die rechtmässige Sitzverlegung nach § 120 des Stiftungsstatuts nunmehr unabänderlicher Stifterwille sei

und rechtlich eine Sitzverlegung daher nicht in Betracht kommen könne».*

Das Problem wurde analog zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gelöst, durch den Beitritt der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena zur Carl-Zeiss-Stiftung in Heidenheim. Dazu wurde eigens ein Staatsvertrag zwischen den Ländern Thüringen und Baden-Württemberg geschlossen. Um den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen, wurde das Statut 1996 geändert. Im § 3 heisst es nun:

Der rechtliche Sitz der Stiftung ist Heidenheim an der Brenz und Jena. Die Stiftung unterliegt dem Recht des Landes Baden-Württemberg.⁵

Die Carl-Zeiss-Stiftung in Jena hatte zuletzt noch nicht-industrielles Vermögen besessen: das Volkshaus, das Volksbad, das Planetarium, das Optische Museum, die Kinderklinik und viele von Zeiss-Mitarbeitern bewohnte Häuser. Dieses Vermögen wurde auf eine neu gegründete «Ernst-Abbe-Stiftung» übertragen. Man konnte darin einen Akt der Gerechtigkeit erblicken. Der eigentliche Wohltäter und Stifter war ja Ernst Abbe, der wegen seiner übergrossen Bescheidenheit immer den Namen Carl Zeiss vorangestellt hatte.

1996 war das Jahr der grossen Jubiläen: 50 Jahre Werk in Oberkochen, 100 Jahre Statut der Carl-Zeiss-Stiftung und 150 Jahre Firma Carl Zeiss. Am 17. November 1846 hatte der aus Weimar stammende Mechaniker Carl Zeiss Werkstätte und Ladengeschäft in Jena, Neugasse 7, eröffnet.

Die Jubiläumsveranstaltungen begannen am 17. November 1996 mit einer grossen und gutbesuchten Diskussionsrunde im historischen Schloss Kromsdorf bei Weimar auf Einladung der *Thüringischen Landeszeitung*. Das Podium war besetzt mit Peter Grassmann

* § 120 lautet: «Jede Abänderung des Statuts der Carl-Zeiss-Stiftung, welche seitens der Stiftungsverwaltung ordnungsgemäss ... eingeführt ist..., hat ... ihrem Inhalt nach als Teil des ursprünglichen, vom Stifter selbst errichteten Statuts zu gelten.»

für Carl Zeiss, Lothar Späth für die Jenoptik, Jürgen Ast und Martin Hübner als «Macher» des neuen MDR-Films «Die Zeiss-Story» und Chefredakteur Hans Hoffmeister als Moderator. Es ging um das Thema, das alle umtrieb: «Quo vadis, Germany – quo vadis, Zeiss?»

Ihr grosses Gründungsjubiläum feierten die Zeissianer am 19. November unter dem Motto: «Carl Zeiss – 150 Jahre Innovation in Optik». Die grossherzogliche «Konzession zur Fertigung und zum Verkauf mechanischer und optischer Instrumente, sowie zur Errichtung eines Ateliers für Mechanik in Jena» datiert vom 19. November 1846.* Der Aufstieg begann, als der geniale Physiker Ernst Abbe als Mitarbeiter und später auch Miteigentümer die Wissenschaft konsequent in den Dienst der technischen Optik stellte. 1889 gründete Abbe die Carl-Zeiss-Stiftung und erreichte, dass sie die Alleineigentümerin der Firma Carl Zeiss und des 1884 gegründeten Glaswerkes Schott & Genossen wurde. 1896 schuf er das Stiftungsstatut, das den Mitarbeitern bei Statutenänderungen einklagbare Rechte gegen die Firmenleitung verlieh.

Es gibt wohl keine deutsche Firma mit einer aufregenderen Geschichte. Im 20. Jahrhundert setzte sich zunächst der Aufschwung fort. Von 1919 bis 1924 erfand und baute Walther Bauersfeld das Projektionsplanetarium, das bald als «Wunder von Jena» seinen Siegeszug um die Welt antrat. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und kurz vor dem hundertjährigen Jubiläum traten dann Ereignisse ein, die die Existenz der Firma ernsthaft in Gefahr brachten. Im Juni 1945 kam die Evakuierung der 84 Spitzenkräfte, und im Sommer 1946 folgte (im Einvernehmen mit den in Jena zurückgebliebenen Kollegen) der Aufbau des neuen Werkes in Oberkochen. Mit der Enteignung der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena 1948 und der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 begannen auch die Auseinander-

* Der Firmengründer hatte also offenbar gewusst, dass die Genehmigung unmittelbar bevorstand und sein Geschäft bereits am 17. November eröffnet.

setzungen zwischen den Firmen in Jena und Oberkochen, die beide den Namen «Carl Zeiss» führten. Und schon 1954 sagte Theodor Heuss: «In wenigen Werken von Weltsichtbarkeit ist so das deutsche Schicksal markiert wie in diesem Zeiss-Werk.»

Jetzt, im 150. Jahr seit der Gründung, waren Zeiss und Deutschland wiedervereinigt, und die Firma wünschte sich den «Kanzler der deutschen Einheit» als Festredner. Helmut Kohl wollte nur dann nach Jena kommen und damit dem Jubiläum Publicity geben, wenn die Firma – sechs Jahre nach der Wiedervereinigung und zwei Jahre nach der Krise – wieder wirtschaftliche Erfolge aufweisen konnte. Der Kanzler hatte den Wählern in den neuen Bundesländern versprochen, nach der Wiedervereinigung werde es «vielen besser und keinem schlechter gehen». Daran wurde er jetzt gemessen. Von unbewältigten Problemen im Osten wollte er nichts hören.

«Für das am 30. September zu Ende gehende Geschäftsjahr hatten wir eine schwarze Null angepeilt», sagt Peter Grassmann. «Bis zuletzt haben wir gebangt. Aber dann konnten wir dem Bundeskanzler mitteilen, dass die Sanierung geglückt ist.»

Der Festakt fand im grossen Saal des Volkshauses statt, dort, wo Wolfgang Biermann 14 Jahre lang seine monatlichen «Rechenschaftslegungen» durchgeführt hatte. Stiftungskommissar Dr. Hermann Franz sprach von der Wiedervereinigung bei Carl Zeiss und ihren Problemen: «Aber mit Stolz merke ich an, dass wir bei Zeiss in einer unvergleichlichen Weise füreinander eingestanden sind.» Er sei sicher, «dass wir aus Zeiss wieder ein blühendes Unternehmen machen werden, das seinem Ruf als Technologieführer gerecht wird».

Bevor der Bundeskanzler auf Carl Zeiss zu sprechen kam, lobte er die Jenaer Philharmonie. Hier sei ein Orchester zu erleben, «das keinen Dienst nach Vorschrift tut»:

War solch Lob nicht die ideale Ouvertüre für Kohls warme Worte zum Thema Zeiss, zum Standort Deutschland? Zum unbändigen Optimismus des Kanzlers?⁶

Das Beispiel Zeiss zeige, so Helmut Kohl, dass wir in Deutschland immer noch die Kraft haben, «Probleme zu lösen, wenn wir es gemeinsam wollen». Die Fähigkeit von Zeiss und Abbe, wissenschaftliche Ergebnisse schnell in marktfähige Produkte umzusetzen, sei noch heute das Erfolgsgeheimnis: «Die beiden haben vorgemacht, was wir heute wieder tun müssen.» Die Zeiss-Tugenden wie Leistungswille, Mut und Kreativität seien keineswegs überholt.

Kohl würdigte das vor 100 Jahren vorgelegte Zeiss-Statut, das den Mitarbeitern soziale Leistungen sicherte wie eine betriebliche Altersversorgung und Lohn- und Gehaltsnachzahlungen bei gutem Geschäftsgang. Deutschland brauche Unternehmer, die schwarze Zahlen schreiben, aber nicht nur die Gewinnmaximierung, sondern auch die soziale Verantwortung für die Menschen im Blick haben:



Die 150-Jahr-Feier in Jena. Stiftungskommissar Hermann Franz, Bundeskanzler Helmut Kohl, Vorstandssprecher Peter Grassmann und Ministerpräsident Bernhard Vogel (von links).

Die Ahnherren der Zeiss-Werke und ihre Nachfolger haben dies früher als andere erkannt. So ist bei Zeiss der Achtstundentag bereits im Jahre 1900 eingeführt worden, nachdem die Mitarbeiter in einer Abstimmung zugesagt hatten, dasselbe zu leisten wie vorher in neun Stunden. In der Sprache von heute würden wir sagen: Dies ist gelebte Sozialpartnerschaft.⁷

Als Kanzler des wiedervereinigten Deutschlands würdigte Kohl die Leistungen der Zeissianer in Ost und West, den Wiederaufbau in Jena nach der Demontage und den Neuaufbau auf der grünen Wiese in Oberkochen: «Mit Ideenreichtum, Wagemut und Leistungsbereitschaft haben sie [die Zeissianer] ihr Unternehmen erfolgreich auch durch schwierige Zeiten gesteuert.»

In beiden Teilen Deutschlands haben die Zeissianer unter schwierigsten Bedingungen den Neuaufbau geschafft. Jeder packte da-



Hermann Franz, Helmut Kohl und Peter Grassmann (von links).

mals mit an, jeder übernahm jede auf ihn zukommende Arbeit. Mit diesem «Zeiss-Geist» haben sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine gute Zukunft gesichert.⁸



Der Bundeskanzler bei seiner Festrede.

Dem Kanzler war bewusst, dass Carl Zeiss in besonderem Masse das deutsche Schicksal teilte. Sozusagen am eigenen Leibe hatte das Unternehmen die Spaltung, Konfrontation, Koexistenz und Wiedervereinigung erlebt: «Das Haus Carl Zeiss, das sowohl in Oberkochen

als auch in Jena steht, ist ein Abbild der Probleme, aber auch der Chancen der deutschen Einheit.»

Ende April 1997 fuhr der Bundeskanzler mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation nach Asien. Ihr gehörte auch der Zeiss-Vorstandssprecher an. «Es galt, die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland als zweitgrösster Exportnation der Welt aufzuzeigen», sagte Peter Grassmann der Mitarbeiterzeitschrift *Zeiss im Bild*. Auf der strapaziösen Reise hat er aus erster Hand die Chancen, aber auch die Probleme der dortigen Märkte kennengelernt:

Ich meine, dass wir unsere Präsenz vor allem in der Region Südostasien verstärken müssen, denn dort gibt es Wachstumspotentiale für uns ... Wir werden innerhalb der nächsten Monate eine Rezeptfertigung für Brillengläser in dieser Region aufbauen, die rund 50 Mitarbeiter beschäftigen wird. Australien ist aufgrund der Grösse des Marktes und der zentralen Lage ein heisser Favorit.⁹

Demokratie ist Macht auf Zeit. Im Jahre 1998 wollte es Helmut Kohl noch einmal wissen. In einem Fernsehinterview meldete er seinen Anspruch an, für weitere vier Jahre im Amt zu bleiben. Gleichzeitig erklärte er, er wünsche, dass Wolfgang Schäuble einmal Bundeskanzler werde. Daraufhin spotteten die politischen Gegner: «Der ewige Kanzler installiert den ewigen Kronprinzen.»

Bei den Sozialdemokraten entschied sich die Frage der Kanzlerkandidatur durch den fulminanten Wahlerfolg des niedersächsischen Ministerpräsidenten bei der Landtagswahl am 1. März 1998. Am Tag darauf wurde Gerhard Schröder vom Präsidium und Vorstand der SPD offiziell nominiert.

Am Wahlkampf beteiligte sich auch Günter Grass. Er hatte schon bei früheren Wahlen mit sogenannten «SPD-Wählerinitiativen» sozialdemokratische Kandidaten unterstützt, vor allem Willy Brandt,

mit dem er sich auch persönlich eng verbunden fühlte, fetzt kam er nach Weimar, Jena und Erfurt, um sich für Gerhard Schröder und eine rot-grüne Koalition einzusetzen. Am 3. September hielt er seine Wahlrede in Jena im Hotel Esplanade vor 900 Zuhörern:

Grass empfahl sehr direkt, mit Rot-Grün endlich den lange fälligen Politikwechsel in Deutschland herbeizuführen. Er warf der [alten] Bundesregierung schwere Fehler beim Einigungsprozess zum Nachteil der ostdeutschen Bevölkerung vor.¹⁰

Der Kanzlerkandidat kam nur ein einziges Mal nach Thüringen. Am 5. September sprach Gerhard Schröder in der Erfurter Messehalle vor 4'000 Menschen. Bei einem Regierungswechsel werde er den Aufbau Ost zur Chefsache machen. Es müsse verhindert werden, dass sich die Schere zwischen Ost und West weiter öffne.

Das mit Abstand wichtigste Wahlkampfthema war die Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. 42 Prozent der Wähler sahen bei der SPD die grössere Kompetenz.

Die Bundestagswahl am 27. September 1998 führte tatsächlich zum vielbesprochenen «Politikwechsel». Die SPD wurde zum zweiten Mal stärkste Fraktion im Bundestag und errang 40,9 Prozent der Stimmen und 298 Mandate (von 669). Die Grünen kamen auf 6,7 Prozent und 47 Mandate. Nach 16 Jahren ging die Ära Kohl zu Ende.

Am 10. November 1998 trug Bundeskanzler Gerhard Schröder die Regierungserklärung der neuen Koalition vor:

Die Bundesregierung ist sich völlig im Klaren darüber, dass sie ihre Wahl wesentlich der Erwartung verdankt, die Arbeitslosigkeit wirksam zurückdrängen zu können. Genau dieser Herausforderung werden wir uns stellen ... Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Masse wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.¹¹

Später konkretisierte Schröder, er wolle die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland bis zur Bundestagswahl 2002 auf «deutlich unter 3,5 Millionen» senken. Schon damals rieten Kenner dem Bundeskanzler, «nicht weiterhin die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zur Messlatte von Erfolg oder Misserfolg seiner Regierung zu machen»:

Hat er vergessen, dass sein Vorgänger die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 halbieren wollte? Das Beispiel müsste ihn warnen, und er sollte wissen, dass der Staat heute gar nicht mehr die Möglichkeit hat, Entscheidendes auf diesem Gebiet zu tun. Er kann Geld für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, Umschulungen, Lohnzuschüsse ausgeben. Aber er kann von sich aus keinen einzigen kreativen, aus sich heraus tragfähigen, profitablen Arbeitsplatz schaffen.¹²

Wie bereits vor der Wahl angekündigt, legte sich die rot-grüne Koalition auf einen Ausstieg aus der Kernenergie fest. Für den Transrapid Hamburg-Berlin sollte es über die bereits bewilligten 6,1 Milliarden DM hinaus keine weiteren Bundesmittel geben, was, wie man wusste, das Aus für das Projekt bedeutete. Im aussenpolitischen Teil der Regierungserklärung bekannte sich Gerhard Schröder zur deutsch-französischen Freundschaft als «Fundament unserer Europapolitik». Mit Entschlossenheit werde die Bundesrepublik «die Chance der EU-Osterweiterung» nutzen.

Die neue Bundesregierung begann ihre Arbeit noch in Bonn. Seit dem 23. August 1999 regierte Kanzler Schröder in Berlin. «Es knirscht an allen Ecken und Enden», berichteten die Korrespondenten: «Pannen und Provisorien behindern die Arbeit.» Das werde noch eine ganze Weile andauern. Im Bundeskanzleramt in Bonn beobachtete eine Journalistin den Umzug: «Die Regale sind leergeäumt, die Wände fleckig, in den Ecken sammelt sich Staub. Auf dem Parkett stehen zwei Dutzend volle Umzugskartons.»

Von diesem Zimmer aus wurden zwei Jahrzehnte lang die Geschichte des Landes gelenkt, hier hat sich Helmut Schmidt den Kopf über die RAF zerbrochen, hier hat Helmut Kohl von blühenden Landschaften im Osten geträumt. Jetzt ist das Kanzlerbüro einfach nur ein Raum, der möglichst schnell leergeräumt werden soll. Ein ganz normaler Umzug. Die Couchgarnitur ist in Folie verpackt, der Teppich eingerollt.¹³

Die entscheidende Abstimmung im Deutschen Bundestag über den Regierungssitz hatte noch zur grossen Zeit von Helmut Kohl stattgefunden, am 20. Juni 1991. In der CDU/CSU und in der SPD gab es eine leichte Mehrheit für Bonn. Die Entscheidung führten die F.D.P.-Abgeordneten herbei, die mit grosser Mehrheit für Berlin stimmten.

Auch die Befürworter Bonns hatten achtbare Argumente: Die Westbindung Deutschlands könne durch den Regierungssitz in einer linksrheinischen Stadt sinnfällig zum Ausdruck gebracht werden; die Stadt Bonn stehe symbolisch für den Aufbau einer stabilen Demokratie nach 1945 und für den Verzicht auf alle Grossmachtsambitionen, während Berlin durch die Erinnerung an das kaiserliche Deutschland und das Dritte Reich belastet sei.

Hans-Jochen Vogel trat als ehemaliger Regierender Bürgermeister und Berliner Abgeordneter selbstverständlich für Berlin ein. Sein Hauptargument war «das des Vertrauens, der Glaubwürdigkeit und der Verlässlichkeit»:

Jahrzehntelang sei Berlin für den Fall der deutschen Einheit die Rückkehr von Parlament und Regierung versprochen worden ... Es dürfe doch wohl nicht wahr sein, dass ein Versprechen deshalb als gegenstandslos angesehen werde, weil die Bedingung, unter der es stand, nämlich die deutsche Einigung, eingetreten sei.¹⁴

Ebenso Gewicht hatte das Argument, das wiedervereinigte Deutschland dürfe nicht nur eine unveränderte Fortsetzung der alten Bundes-

republik sein. Auch die Bürger der DDR müssen ein Stück Tradition wiederfinden. Und nicht zu vergessen die Berliner. Hatte nicht deren Freiheitswille entscheidend dazu beigetragen, dass sich der Westen gegen den übermächtigen Druck aus dem Osten behaupten konnte?

«Nachdem wir nun unsere Einheit und die Freiheit wiedergewonnen haben, selbst über den Sitz unserer Hauptstadt zu entscheiden», sagte Außenminister Genscher, «möchte ich nicht von dem abweichen, was ich in der Vergangenheit gedacht, gewünscht, gewollt und versprochen habe»:

Als Außenminister habe ich mich für Berlin als deutsche Hauptstadt eingesetzt. Ich habe es meinen Gesprächspartnern im Ausland gesagt. Ich habe sie gebeten, als Zeichen ihrer Verbundenheit nach Berlin zu kommen. Ich habe um jeden Zentimeter gerungen, um mehr Bundespräsenz in Berlin zu ermöglichen. Jetzt ist die ganze Bundespräsenz möglich. Dafür möchte ich im Deutschen Bundestag stimmen.¹⁵

Auch Helmut Kohl plädierte für Berlin. Ausdrücklich sprach er nicht als Kanzler, sondern als Abgeordneter. Berlin sei immer «Brennpunkt deutscher Teilung und Sehnsucht deutscher Einheit» gewesen. Ohne die Stadt wäre die deutsche Einheit nicht möglich geworden. Später einmal werde in einem vereinten Europa die Stadt an der Spree eine geopolitisch zentrale und keine Randlage einnehmen.

Die Mehrheit für Berlin fiel mit 337: 320 sehr knapp aus, aber wie die alten Hasen im Parlament sagten: Mehrheit ist Mehrheit.

Von erheblicher Bedeutung für das Ergebnis dürfte das imponierende Auftreten einiger Politiker gewesen sein. Hier ist allen voran Wolfgang Schäuble, der Baumeister der Einigung, zu nennen. Sein leises und starkes Votum hatte alle Mitglieder des Bundesta-

ges berührt und wird manche umgestimmt haben. Willy Brandt hielt eine offene, punktuell wohl auch fragwürdige Rede, die aber den unbedingten Einsatz für ein Ziel verriet. Wolfgang Thierse blieb als Sprecher der neuen Bundesländer ohne Widerpart. Hans-Jochen Vogel brachte das ganze Gewicht einer Partei in die Debatte, die ihr Bonner Hauptquartier nicht zufällig Baracke nennt. Bundeskanzler Kohl fand das richtige Mass zwischen Standpunktfestigkeit und Zurückhaltung. Ihnen und ihren parlamentarischen Mitstreitern gelang an diesem Tage ein gutes Ergebnis, das ihrer grossen Vorgänger im Deutschen Bundestag würdig war.¹⁶

Die ersten Kabinettsitzungen nach dem Umzug fanden noch im provisorischen Kanzleramt statt, im ehemaligen Staatsratsgebäude am Schlossplatz. Das grosse Fest zum Einstand feierten die Berliner am 12. September 1999 auf den Strassen zwischen dem Brandenburger Tor und Unter den Linden.

Die Deutsche Presseagentur meldete, dieser denkwürdige Sonntag habe mit einem Kanzlerfrühstück begonnen, mit dem sich Gerhard Schröder bei 800 Möbelpackern und Arbeitern für ihre Hilfe beim Umzug bedankte. Es fiel jedoch auf, dass ungewöhnlich viele der Möbelpacker und Arbeiter mit Anzug und Krawatte unter dem weissen Zeltdach sassen, das im Hof des provisorischen Kanzleramtes aufgebaut war. Lag vermutlich daran, dass die Hälfte der 800 Einlasskarten in den Ministerien verteilt worden waren.¹⁷

Gute zwei Wochen später, am 30. September 1999, gab die Schwedische Akademie in Stockholm die Verleihung des diesjährigen Literaturnobelpreises an Günter Grass bekannt. Er habe «in munter schwarzen Fabeln das vergessene Gesicht der Geschichte» gezeichnet. «Ein schöner Schlenker der Fortuna», gratulierte Kollege Peter Rühmkorf, «dass diese Verleihung gerade jetzt gegen die versammelte Augurenschar der Rezensenten erfolgt.»

Der Bundeskanzler erhielt die Nachricht während seines Staatsbesuches in Prag. Wie die Presseagentur AP berichtete, hat Schröder mit dem Ausruf reagiert: «Ach, das ist ja toll.» Dem tschechischen Ministerpräsidenten versicherte der Bundeskanzler, Deutschland werde sich für einen möglichst raschen Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union einsetzen. In seinem Telegramm an Günter Grass schrieb Gerhard Schröder:

Ministerpräsident Zeman und ich haben spontan einen Toast auf Dich ausgebracht. Ich denke, einen Mann mit Deinen Verdiensten um die Aussöhnung mit den Völkern Ost- und Mitteleuropas wird die Geste meines Gastgebers freuen. Mit der Verleihung des Nobelpreises findet die internationale Anerkennung, die Du als bedeutendster zeitgenössischer deutscher Schriftsteller schon heute genießt, einen grossartigen Ausdruck.¹⁸

Vom 7. bis 10. Dezember 1999 kamen die Laureaten des Jahres 1999 zur Entgegennahme der hohen Auszeichnung nach Stockholm.* Die Naturwissenschaftler und Mediziner hatten ihre preisgekrönten Arbeiten zumeist in den Vereinigten Staaten ausgeführt. Zu ihnen gehörte der gebürtige Ägypter Ahmed K. Zewail und der aus Schlesien stammende Günter Blobel.

Die Zeissianer kannten den am California Institute of Technology in Pasadena wirkenden Chemiker Zewail. Ein paar Jahre zuvor, am 24. Februar 1992, hatte ihm der damalige Vorstandssprecher Horst Skoludek im Planetarium Stuttgart den Carl-Zeiss-Forschungspreis verliehen.** Sein Spezialgebiet war die Untersuchung chemischer Reaktionen in ihrem räumlichen und zeitlichen Ablauf mit Hilfe ultraschneller Laser.

* Der Friedenspreis wurde der Tradition entsprechend in Oslo verliehen. Er ging an die «Ärzte ohne Grenzen».

** Das Ereignis wiederholte sich zwei Jahre später. Mit dem Nobelpreis für Physik 2001 wurde Eric A. Cornell, University of Colorado, ausgezeichnet, der 1996 den Carl-Zeiss-Forschungspreis erhalten hatte.

Besondere Sympathien in Deutschland erwarb sich der an der Rockefeller Universität in New York wirkende Günter Blobel, der Preisträger für Medizin, der seine Schulzeit in Freiberg in Sachsen verbracht hatte. Nach dem Abitur 1954 wurde ihm, weil sein Vater als Tierarzt zur «kapitalistischen Klasse» gehörte, die Zulassung zum Studium verweigert. Deshalb ging er in die Bundesrepublik und nach Abschluss der Ausbildung weiter nach Nordamerika. Er stiftete das Preisgeld für die Restaurierung Dresdens, insbesondere für den Wiederaufbau der Frauenkirche und den Bau einer neuen Synagoge:

Die Wiederherstellung vieler Baudenkmäler in Dresden ist eine der aufregendsten Konsequenzen der Wiedervereinigung und der Befreiung vom Kommunismus. Ein Kindheitstraum wird wahr ... Mit der Stiftung will ich meinen sächsischen Landsleuten meine Dankbarkeit ausdrücken. Wir kamen als Flüchtlinge aus Schlesien, und sie haben uns mit offenen Armen aufgenommen.¹⁹

Auch Peter Grassmann las über die Preisverleihungen in Stockholm. Eindruck machten ihm Günter Blobel und sein Engagement für Dresden. Er hat den Nobelpreisträger ein knappes Jahr später in Jena kennengelernt, als beide anlässlich des 3. Weltkongresses für Zell- und Molekularbiologie an einer Podiumsdiskussion in der Friedrich-Schiller-Universität teilnahmen. Wie Blobel hatte Grassmann in der Nacht des 13./14. Februar 1945 als Kind die beiden verheerenden Bombenangriffe auf Dresden miterlebt. Blobel sah den Feuersturm aus etwa dreissig Kilometern Entfernung; Grassmann wohnte mit seinen Eltern und der älteren Schwester im Dresdner Stadtteil «Weisser Hirschen». Der Luftschutzkeller erbebt unter den Bombeneinschlägen, und sein Vater sagte: «Jetzt sind wir dran.» Einen ganzen Tag sah der Fünfjährige die Kuppel der Frauenkirche brennen, bis sie am nächsten Vormittag einstürzte.

Am 11. Dezember 1999 war Grassmann aus Japan zurückgekommen, wo er an einer Board-Sitzung der japanischen Verkaufsorganisation teilgenommen hatte. Mitglied im Board war Norio Ohga, der Chairman und Chief Executive Officer der Sony Corporation, eine schon fast legendäre Kultfigur. Ihm sind wichtige technische Entwicklungen in der Unterhaltungselektronik, wie die Compact Disc (1982), die Mini Disc (1992) und die Super Audio CD (1999), zu danken. Ohga hatte an der Berliner Hochschule für Musik (heute Universität der Künste) Gesang und Dirigieren studiert und 1957 die Schlussprüfungen abgelegt. Sein alter Professor konnte sich über die steile Karriere nicht recht freuen: «Er hätte weiter singen sollen. Sein Bariton war wunderbar.»

Die Liebe zur deutschen Sprache und Kultur hat Ohga behalten. Als er am 2. Oktober 1990 die Übertragung der Wiedervereinigungsfeier hörte, kamen ihm die Tränen. Die Entscheidung des Weltunternehmens, den europäischen Hauptsitz in Berlin am Potsdamer Platz zu errichten, geht auf ihn zurück. Sony hat 1,5 Milliarden DM investiert. Die Glaskuppel über dem Sony-Center ist zum Wahrzeichen des neuen Berlin geworden.

Zur Einweihung am 14. Juni 2000 spielte das Berliner Sinfonieorchester Beethovens Neunte und Norio Ohga dirigierte. «Er ist kein musizierender Manager», schrieb die *Süddeutsche Zeitung*, «sondern ein Musiker, den die Wirren des Lebens vorübergehend ins Büro verschlagen haben.»

Die guten Beziehungen zwischen Sony und Zeiss führten zu einer geschäftlichen Zusammenarbeit. Seit 1997 setzt Sony bei Camcordern und Digitalkameras im oberen Preissegment Carl-Zeiss-Objektive ein. «Auf diesen hochwertigen Produkten steht nicht nur der Name Sony», sagt Dieter Kurz mit Stolz und Genugtuung, «sondern auch der unsere. Der Prestigegegewinn ist beträchtlich.»

Sozusagen «seit Urzeiten» pflegte Zeiss die Beziehungen zu Japan. 1879 lieferte die Firma die ersten zehn Mikroskope. Bereits 1911 wurde eine eigene Verkaufsgesellschaft in Japan gegründet.

Nach der Enteignung der Carl Zeiss Tokyo Ltd. 1945 baute der damalige Geschäftsleiter Dr. Gerhard Kühn die japanische Niederlassung 1960 neu auf. Leiter war zunächst Hanns Maaz und dann Heinz Schmidt. Jetzt wirkt der Kanadier Larry Hansen als Executive Vice President und erzielte mit seinen über 200 Mitarbeitern mehr als 400 Millionen DM Umsatz.

Eine enge Zusammenarbeit gab es auch mit dem japanischen Kamerahersteller Kyocera. Die Firma bringt ein umfangreiches Programm von innovativen Kameras mit Objektiven von Carl Zeiss unter dem Namen «Contax» auf den Markt. In einer Festschrift zum zwanzigjährigen Jubiläum der Zusammenarbeit* unter dem Titel «Only Zeiss» informierte Kyocera den japanischen Leser über die Qualitätsarbeit von Zeiss, die Geschichte der Contax und Heinz Kuppenbender.

Die Wochenenden verbrachte Grassmann, wenn es sich einrichten liess, mit der Familie in seinem kultivierten Haus in Herrsching am Ammersee. Von seinem Arbeitszimmer im obersten Stock hat er einen herrlichen Blick auf den See und die Berge. An der grossen Glas-türe zur Veranda steht ein wunderschönes Zeiss-Fernrohr aus Jena, ein hochauflösender Refraktor Modell AS 100/1000. Leider hatte er selbst die Anweisung geben müssen, die Produktion von Amateur-Teleskopen einzustellen.

Als er jetzt in der Zeitung über die neuen Nobelpreise las, dachte er an seinen Vater. Wolfgang Grassmann war der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Leder- und Eiweissforschung in Dresden und dann des entsprechenden Max-Planck-Instituts in München gewesen, und seine Arbeiten über die Trennung und Analyse von Eiweissstoffen und deren Abbauprodukte mit Hilfe der Elektrophorese hätten ihm durchaus den Nobelpreis einbringen können. Seinem Sohn sagte er, dass durch die Auszeichnung des schwedischen Che-

* Die Zusammenarbeit begann 1974 mit Yashica. Ein Jahr später wurde Yashica von Kyocera übernommen.

mikers Arne Tiselius im Jahre 1948 über die Beweglichkeit von Eiweissmolekülen dieses Gebiet auf einige Zeit für eine weitere Verleihung blockiert sei.

In der deutschen Berichterstattung über die Nobelpreise 1999 stand Günter Grass im Mittelpunkt. Immer wieder staunen musste man über seine politische Naivität. Seine Vorstellungen von der wirtschaftlichen Seite der Wiedervereinigung waren völlig weltfremd. Ernsthaft glaubte er, den grossen westdeutschen Unternehmen sei es nur darum gegangen, in den neuen Bundesländern ein «Schnäppchen» zu machen. Dabei hatte Carl Zeiss acht Jahre kämpfen und alle Kräfte mobilisieren müssen, um an der Sanierung der Carl Zeiss Jena GmbH nicht zugrundezugehen.

Nach fünf Jahren im Amt des Vorstandssprechers feierte Dr. Peter Grassmann seinen 60. Geburtstag mit einem Empfang im Bürgersaal der Stadt Oberkochen am 21. November 1999. «Ich fühle mich keineswegs wie 60, eher wie 40 oder 50», sagte er den etwa einhundert Gratulanten. Der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Dr. Walter Döring verlieh Grassmann die Wirtschaftsmedaille des Landes. Der Vorstandssprecher werde nicht wegen seines runden Geburtstages, sondern wegen seiner herausragenden Verdienste für die Wirtschaft des Landes ausgezeichnet. Nach seinem Eintritt bei Zeiss habe er die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht enttäuscht.

«Was haben Sie anders gemacht als Ihre Vorgänger?», fragte die Mitarbeiterzeitung den Vorstandssprecher. «Was hat letztlich den Erfolg gebracht?»

Vor allem die konsequente Orientierung auf die Geschäfte mit Wachstumspotential. In diesen Geschäften wurden erhebliche Marktanteile gewonnen, und sie wurden zu einer auch global gesehen massgeblichen Grösse geführt. Die Halbleiteroptik hat ihren Marktanteil auf 41 Prozent gesteigert, in der industriellen Messtechnik sind es rund 27 Prozent. Bei ophthalmologischen Geräten

sind wir ebenso die Nummer 1 wie bei chirurgischen Mikroskopen und Laser Scan Mikroskopen. Bei der Brille haben wir zumindest in Mitteleuropa eine starke Stellung.²⁰

Schon als Bereichsvorstand bei Siemens hatte Peter Grassmann viel von Jack Welch gelernt, dem CEO von General Electric, den Insider «the World's Greatest Business Leader» nannten. Einer von dessen Grundsätzen war, nur bei einer starken Marktposition in ein Geschäft zu investieren: «Either you are number 1 or 2, or fix, sell or close.»

Konzentration auf Kerngeschäfte beinhaltet, dass man sich von schwächeren Gebieten trennt. Wir haben das gemacht, was andere Unternehmen auch machen und damit Erfolg haben: Portfolio management. Die Carl-Zeiss-Gruppe hat sich von zwanzig ertragschwachen Geschäften mit einem Umsatzvolumen von 400 Millionen Mark getrennt, und dennoch hat sich der Umsatz seit 1995 [bis Ende 2000] nahezu verdoppelt.²¹

Zum 1. Juli 1995 brachte die Firma die seit der Wende im Umfang auf unter die Hälfte geschrumpfte Militäroptik in ein Joint Venture mit der Daimler-Benz Aerospace AG (Dasa) ein, das den Namen Zeiss-Eltro-Optronik GmbH erhielt, abgekürzt ZEO. Ein weiteres Joint Venture ist die gemeinsam mit Leica gebildete LEO Electron Microscopy Ltd. mit Sitz in Cambridge (England), auf die die Entwicklung und Fertigung von elektronenoptischen Raster- und Transmissionsmikroskopen übertragen wurde.*

Gegen diese und andere Ausgliederungen wandten sich eine Reihe von Firmenmitarbeitern. Die Rationalisierungsmassnahmen, glaubten sie, verstiesse gegen den § 37 des Stiftungsstatuts, durch den eine Veräusserung von Stiftungsbetrieben untersagt wird. Der Paragraph lautet:

* Inzwischen gehören die LEO GmbH und die ZEO wieder ganz zur Carl Zeiss-Gruppe.

Nach Sinn und Zweck der Stiftung ist unbedingt ausgeschlossen, dass sie ihrer Besitztitel auf die gegenwärtigen Stiftungsbetriebe ... durch Verkauf oder Abtretung, oder der Last eigener Verwaltung derselben durch Verpachtung, Aufnahme neuer Sozien oder dergleichen jemals ganz oder teilweise sich entledigen dürfte.²²

Das von Ernst Abbe ausgearbeitete und 1896 in Kraft getretene Stiftungsstatut gibt den Mitarbeitern der Stiftungsbetriebe das Recht, gegen Statutenänderungen zu klagen. Von diesem Recht machten am 29. November 1995 insgesamt 31 Mitarbeiter oder, wie es juristisch heisst, «Destinatäre der Carl-Zeiss-Stiftung», Gebrauch. Sie reichten beim Landgericht Ellwangen Klage gegen die Stiftung ein.

Nun war aber gar keine Statutenänderung erfolgt. Die Kläger, d.h. die 31 Mitarbeiter, machten geltend, die tatsächlich durchgeführten und noch weiter geplanten Ausgründungen bedeuteten faktisch eine Änderung des Statuts. Das Landgericht kam zu dem Ergebnis, dass die Ausgliederungen tatsächlich gegen §37 des Statuts verstossen. Die Kläger seien aber nicht legitimiert, daraus Anfechtungsrechte abzuleiten. Auch bestehe insoweit kein Rechtsschutzbedürfnis. Die Berufungsinstanz, das Oberlandesgericht Stuttgart, hat anders geurteilt. Die Ausgliederungen verstossen nicht gegen den § 37 des Stiftungsstatuts:

Diese Bestimmung ist nicht eng dahin auszulegen, dass jede Änderung von Zuschnitt und Umfang der Stiftungsbetriebe ausgeschlossen ist. Zu berücksichtigen ist vielmehr, dass der Stifter selbst eine Weiterentwicklung der geschäftlichen Tätigkeit der Stiftung nicht ausgeschlossen hat.²³

Das Oberlandesgericht Stuttgart bezog sich auf die von Ernst Abbe dem Statut beigegebenen «Motive und Erläuterungen». Diese sollten Anhaltspunkte für eine in Zukunft «etwa nötig werdende Interpretation» liefern. Abbe habe «in der fortschreitenden Verbreiterung der

Grundlagen der hiesigen Unternehmungen durch Ausdehnung ihres Arbeitsfeldes das wichtigste Mittel zur Erhöhung ihrer wirtschaftlichen Stabilität» gesehen und eine solche Verbreiterung selbst planmässig verfolgt.

In der mündlichen Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Stuttgart haben die Richter der Firma Carl Zeiss den Rat gegeben, durch eine Neufassung des § 37 für Klarstellung zu sorgen. Das Urteil vom 28. Oktober 1998 fiel zugunsten der Carl-Zeiss-Stiftung aus. Arbeitnehmer hätten nur über den Unternehmensrat (§11 des Statuts) die Möglichkeit, auf wirtschaftlich relevante Entscheidungen der Geschäftsleitung einzuwirken.

Der Bundesgerichtshof hat die Revision der klagenden Mitarbeiter nicht zur Entscheidung angenommen. Damit ist das Urteil des OLG Stuttgart rechtskräftig geworden.

Seit 1. Januar 1999 besaßen Carl Zeiss Oberkochen und die Schottglas Mainz einen neuen Stiftungskommissar, den erfahrenen Unternehmer Dr. Heinz Dürr. Als die berühmte AEG, die von Emil Rathenau gegründete Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Ende der siebziger Jahre in eine Existenzkrise geriet, berief ihn der Aufsichtsrat an die Spitze des Grossunternehmens. Für seine eigene, vom Grossvater gegründete und heute als Lieferant für die Automobilindustrie tätige Firma setzte er eine externe Geschäftsführung ein und begnügte sich mit dem Vorsitz des Aufsichtsrates.

Von Anfang 1991 an wirkte Heinz Dürr als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn*; zum 1. September 1991 wurde er auch noch Vorstands vorsitzender der Deutschen Reichsbahn. Fortan war im Kabinett, im Bundestag und im Bundesrat die Bahnreform permanentes Thema. Dürr gelang es, nach den erforderlichen Grundgesetzänderungen und -ergänzungen auch die Gesetze über die Zusam-

* In der Nachfolge von Reiner Gohlke, der das Amt des Präsidenten der Treuhandanstalt übernahm.

menführung von Bundesbahn und Reichsbahn und die Gründung der Deutschen Bahn AG durchzubringen. «Unschätzbar in der neuen Situation war», schrieb der angesehene Bonner Professor Hans-Peter Schwarz, «dass ihn die Politiker fast als einen der Ihren betrachteten, andererseits aber doch als Unternehmer respektierten, mit Fähigkeiten, die ihnen abgingen»:

Die Journalisten ... sahen in ihm eine seltene Verbindung von Talenten: erfolgreicher Chef des eigenen Familienunternehmens, erfahrener Sanierer und erfahrener Manager in den Spitzen der Grosskonzerne, ausgeprägt politischer Unternehmer mit erheblichem Vertrauensbonus bei allen Parteien, ein geschickter, auch kompromissfähiger Verhandler, zudem ein hoch talentierter Kommunikator, dem es stets gelungen war, dank Direktheit, Witz und Unterhaltungstalent eine gute Presse zu bekommen.²⁴

In den vierzig Jahren der Trennung hatten sich die Verkehrsverbindungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in geradezu skandalösem Masse verschlechtert. Für die 286 km lange Eisenbahnstrecke von Hamburg nach Berlin, wo in den zwanziger Jahren der «Fliegende Hamburger» Geschwindigkeitsrekorde eingefahren hatte, brauchte man 1989 vier Stunden.

Schon dem alten Goethe war die Bedeutung der guten Verkehrsverbindungen für die Einheit des Vaterlandes bewusst, und Thomas Mann zitierte den berühmten Ausspruch des Dichterstürzen (wie schon erwähnt) in seiner Rede vor den Hamburger Studenten wenige Tage vor dem Volksaufstand in der DDR. «Mir ist nicht bange», hatte Goethe 1828 gesagt, «dass Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das Ihrige tun.»

Im April 1991 verabschiedete das Bundeskabinett ein Programm zum Ausbau der innerdeutschen Verkehrswege. Neun der insgesamt 17 «Verkehrsprojekte Deutsche Einheit» betrafen den Ausbau der

Eisenbahnverbindungen, sieben die Autostrassen und ein Projekt die Wasserwege. Als erstes Verkehrsprojekt wurde am 28. Mai 1994 die 170 Kilometer lange Eisenbahnverbindung von Eichenberg (bei Göttingen) nach Halle fertiggestellt, als zweites Projekt ein Jahr später die Strecke von Bebra nach Erfurt. Nach sechs Jahren Bauzeit und Aufwendungen von 5,1 Milliarden DM konnte am 15. September 1998 und damit noch vor der Bundestagswahl auch die 264 Kilometer lange Neu- und Ausbaustrecke Berlin-Hannover eingeweiht werden. Die Fahrzeit verkürzte sich um eine ganze Stunde auf eine Stunde 47 Minuten.

Nach sechseinhalb Jahren als «erster Eisenbahner Deutschlands» übernahm Heinz Dürr noch bis Anfang 1999 den Vorsitz im Aufsichtsrat. Wie bei der Deutschen Bahn AG sieht er als Stiftungskommissar seine Hauptaufgabe bei Zeiss und Schott – ausser der durch das Statut vorgeschriebenen Überwachungsfunktion und Beratung – in einer Modernisierung des Statuts. «Immer ging es in meinem Berufsleben», sagt er, «um Aufbau, Umbau, Sanierung, Restrukturierung von Unternehmen.» Bereits Ernst Abbe hatte vorausgesehen, dass in späterer Zeit einmal die rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen ganz andere sein könnten als zu seiner Zeit. Dann sollte es möglich sein, das Stiftungsstatut entsprechend abzuändern, um Nachteile für die Betriebe abzuwenden. «Damit meinte Abbe ja nichts anderes», sagt Heinz Dürr, «als dass das Unternehmen zukunftssicher gemacht werden soll, ganz besonders im Interesse der Zeiss-Mitarbeiter.»

In einem Vortrag an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im April 2001 hat der Stiftungskommissar erläutert, wie er sich die «Neuordnung der Carl-Zeiss-Stiftung» vorstellt. Nicht angetastet werden dürfe der «Geist Abbes». Im §56 des Stiftungsstatuts hatte der grosse Philanthrop geschrieben: «Bei Anstellung der Angestellten und Arbeiter ... muss jederzeit ohne Ansehen der Abstammung, des Bekenntnisses und der Parteistellung verfahren werden.» Entsprechend soll es im neuen Stiftungsstatut heissen:

In den Stiftungsunternehmen und den mit ihnen verbundenen Unternehmen darf niemand wegen seiner Rasse, seines Geschlechts, seines Glaubens oder seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden. Massgeblich für Anstellung und Beförderung sind ausschliesslich die Fähigkeiten, die Leistungen und das Verhalten der Mitarbeiter.²⁵

Um eine grössere Flexibilität des wirtschaftlichen Handelns zu ermöglichen, sollen die bisherigen Stiftungsbetriebe ihre Rechtsform ändern können. Notwendig erscheinen der Stiftungsverwaltung und dem Stiftungskommissar die «Überführung von Carl Zeiss und Schott Glas jeweils in eine Aktiengesellschaft»:

Eigentümerin ist die Carl-Zeiss-Stiftung. Ihr Name wird nicht verändert. Ein Grundsatz muss dabei ehern gelten: Die Carl-Zeiss-Stiftung als Eigentümer der beiden Unternehmen muss immer die Mehrheit behalten.²⁶

Auch den Haftungsverbund zwischen Zeiss und Schott wollen Stiftungsverwaltung und der Stiftungskommissar aufheben. Dieser Verbund hatte in der Nachkriegszeit zweimal eine wichtige Rolle gespielt, in der Kamerakrise 1971 und Existenzkrise 1994. Die Mithaftung der Schott Glaswerke für die Verluste von Carl Zeiss war für die Oberkochener eine grosse tatsächliche und psychologische Hilfe.

Die Stiftungsreform ist keine leichte Aufgabe, weil alle Eventualitäten, die in absehbarer Zeit auftreten könnten, bedacht werden müssen. Die Reform erfordert Augenmass und Geduld. Sie ist mittelfristig das wichtigste Ziel.

Und was ist das wichtigste Nahziel? Sich für den erwarteten und erhofften Aufschwung in der Chip-Industrie zu «positionieren», d.h. die geeigneten technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Gründung einer eigenen Aktiengesellschaft für Halbleiteroptik unter dem Dach von Carl Zeiss und mit

einer Minderheitsbeteiligung von ASML sei für das Schicksal der Firma von «vitaler Bedeutung». Das hatte der Unternehmensrat schon auf seiner Sitzung am 21. November 2000 ausdrücklich festgestellt:

Der Vorstand wird aufgefordert, die Vorbereitungen des Projektes zügig voranzutreiben ... Wichtig ist, dass die Belegschaft so schnell wie möglich eingebunden und von der Notwendigkeit des Projektes überzeugt wird.²⁷

Im Protokoll dieser Sitzung findet sich unter Tagesordnungspunkt «Verschiedenes» die schlichte Bemerkung: «Der Stiftungskommissar würdigt die Verdienste von Dr. Grassmann und dankt ihm für seine erfolgreiche Arbeit bei Carl Zeiss.» Nach sechs Jahren schied der Vorstandssprecher zum Jahresende 2000 aus dem aktiven Dienst. Sein Nachfolger wurde Dr. Dieter Kurz. Auch das unterstreicht die Bedeutung der HL-Optik für die Firma.

Am 27. November gab Grassmann seine letzte Pressekonferenz. Die Anstrengungen der letzten sechs Jahre hatten sich gelohnt. Er trat mit der Kernaussage vor die Journalisten: «Carl Zeiss – fit für das 21. Jahrhundert»:

Erfolg in Restrukturierung und Wiedervereinigung: Carl Zeiss beendet Geschäftsjahr 1999/2000 mit bestem Ergebnis der Nachkriegsperiode.²⁸

Bei der Verabschiedung überreichte Dieter Kurz ein Album, das Grassmanns Jahre an der Spitze von Carl Zeiss dokumentiert. Darin war auch Ernst Abbes Überzeugung zitiert: «Wir gehören uns alle nicht selbst.» Damit war gemeint, dass wir auf dieser Welt nicht nur an uns selbst denken dürfen, sondern dass wir eine höhere Verpflichtung für die menschliche Gemeinschaft besitzen. Für den Mann an der Spitze von Carl Zeiss – und damit indirekten Nachfolger von



4. Februar 1999: Besuch des neuen Stiftungskommissars Heinz Dürr mit Peter Grassmann in Jena. Links Lothar Späth.

Ernst Abbe – bedeutet das konkret die beständige Sorge um die Mitarbeiter, ihre Angehörigen und die Menschen der Region.

Dabei gilt immer das besondere Augenmerk dem Standort Jena. Vom Schicksal waren die Zeissianer dort unvergleichlich viel härter getroffen als ihre Kollegen im Westen, was leider auch noch für die Jahre unmittelbar nach der Wende zutrifft. Mit aus diesem Grunde hatte Peter Grassmann den Vorsitz der Jenaer Geschäftsführung übernommen. Seit Mai 1998 wirkt in dieser Funktion Dr. Franz-Ferdinand von Falkenhausen, der frühere Werksleiter des Winkelwerkes in Göttingen. Er ist Generalbevollmächtigter des Stiftungsunternehmens und leitet auch den Unternehmensbereich Optisch-Elektronische Systeme.

Falkenhausens Geschäftsführerkollege in Jena ist Dr. Manfred Fritsch, der an der Technischen Hochschule Ilmenau Hochfrequenztechnik studiert und 1970 dort promoviert hat. Fritsch ging zu Zeiss nach Jena. Vor der Wende war er in der Produktentwicklung im Be-



*Verabschiedung des Vorstandssprechers Dr. Peter Grassmann durch
Stiftungskommissar Dr. Heinz Dürr.*

reich Medizintechnik tätig. Nach der Gründung der Carl Zeiss Jena GmbH 1991 baute er den Produktbereich Optische Medizintechnik auf und war Beauftragter des Oberkochener Vorstandes für die Restrukturierungsmassnahmen.

Alle Aktivitäten der Carl Zeiss Jena GmbH werden vollstufig geführt. Das heisst: Es sind für den betreffenden Bereich alle Geschäftsfunktionen (Entwicklung, Produktion, Marketing und Vertrieb) vorhanden, und auch die weltweite Verantwortung liegt in Jena.

Im Geschäftsjahr 1999/2000 war die Carl Zeiss Jena GmbH mit 43 Prozent Umsatzwachstum weit überproportional am Wachstum der gesamten Carl Zeiss-Gruppe (21 Prozent) beteiligt. Auch im folgenden Jahr 2000/2001 lag das Wachstum (wenn auch nur noch leicht) über dem der Gruppe. Die Mitarbeiterzahl in Jena betrug zum 1. April 2002 insgesamt 1'603, mit Auszubildenden 1'684.

Übrigens hat der Stadtrat von Jena die Bemühungen anerkannt und in einer freundschaftlichen Geste die Tatzendpromenade, die am Firmengelände vorbeiführt, in Carl-Zeiss-Promenade umbenannt. Die Adresse der Carl Zeiss Jena GmbH lautet seit 1. Januar 2000, comme il faut: Carl-Zeiss-Promenade 10.

KAPITEL 21

Fit für das 21. Jahrhundert

Aus dem Kombinat in Jena waren die Carl Zeiss Jena GmbH und die Jenoptik AG hervorgegangen, erstere unter der Verantwortung der Oberkochener, die Jenoptik unter der von Lothar Späth. In der Umwandlung der Jenoptik in einen modernen Technologiekonzern habe er eine phantastische und alle Kräfte beanspruchende Aufgabe gefunden, erklärte Späth. Nie wieder werde er in die «grosse Politik» zurückgehen.

Professor Jobst Herrmann, der Carl Zeiss-Vorstandssprecher 1992-94, kannte den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten und war überzeugt, dass dieser hochbegabte und hochaktive Manager und Macher noch einmal in Berlin oder Brüssel gebraucht werden würde. Schliesslich wetteten die Herren um zehn Flaschen Rotwein. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Jenoptik AG im Juni 2001 bekräftigte Späth seinen Vorsatz, und der Einsatz wurde verdoppelt. Die zwanzig Flaschen wird er zahlen müssen.

Seit der Wende hatten bei den Bundestagswahlen die wirtschaftlichen Probleme, insbesondere der «Aufschwung Ost» und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die entscheidende Rolle gespielt. Das wird bei den Wahlen am 22. September 2002 nicht anders sein. Deshalb hat Edmund Stoiber, der bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Lothar Späth in sein Kompetenzteam und Schattenkabinett aufgenommen. Im Falle eines Wahlsieges soll Späth das um die Arbeitsmarktpolitik erweiterte Wirtschaftsministerium übernehmen und dem lahrenden «Aufschwung Ost» neue Dynamik verleihen. Zweifellos haben sich durch die Berufung Späths die Chancen des Herausforderers erhöht.

Nach einer Umfrage sehen 56 Prozent der Deutschen die grössere Kompetenz bei Lothar Späth, nur neun Prozent beim amtierenden Bundeswirtschaftsminister Werner Müller.

Helmut Kohl hatte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Wiedervereinigung weit unterschätzt. Die Produktivität, die ein wettbewerbsfähiges Unternehmen besitzen muss, besteht aus einem komplexen Netzwerk von Kenntnissen über Produktentwicklung, Fertigung und Vermarktung. Es wächst Jahre und Jahrzehnte zwischen Menschen, die zusammenarbeiten. Nimmt man (wie in Jena geschehen) aus einem Betrieb mit 30'000 Mitarbeitern mit einem Schlag 3'000 heraus, so wird dieses Netzwerk zerrissen; es muss erst mühsam wieder aufgebaut werden. Kohls Voraussage, «dass die neuen Bundesländer in drei, vier, oder vielleicht in fünf Jahren, aber bestimmt nicht später, blühende deutsche Landschaften sein werden», konnte nicht in Erfüllung gehen.

Wie schon gesagt: Acht Jahre haben die Oberkochener für die Sanierung des Kombines in Jena gebraucht, genauer für die Sanierung des optischen Kernbereiches, für den sie die Verantwortung übernommen hatten.

Die Existenzkrise, in die sie bei der Sanierung gerieten, hat den Sinn der Zeissianer für Wirtschaftlichkeit geschärft. Früher war Carl Zeiss Oberkochen, wie die Mitarbeiter sagten, eine «Optik-Universität mit angeschlossener Fertigung». Die Zeissianer sahen ihre Aufgabe in der Herstellung hochwertiger Produkte. Wenn es irgendwo einen Verlustbringer gab wie die Mikroskopie, hat sie das nicht weiter erschüttert. Das Problem, meinten sie, werde sich schon irgendwie lösen.

«Heute verdienen alle Unternehmensbereiche Geld», sagt Vorstandssprecher Dieter Kurz: «Und wenn es einmal ein Bereich nicht tut, sorgen wir dafür, dass sich das rasch ändert.» Mit berechtigtem Stolz konnte er am 22. November 2001 vor der Presse berichten, dass die Zeiss-Unternehmensgruppe «nach dem Erfolg des vergangenen Jahres in den entscheidenden Kennzahlen eine weitere Leistungssteigerung» erzielt habe. Das Geschäftsjahr 2000/2001 habe das sehr

gute Vorjahr noch übertroffen und sei das bisher «erfolgreichste in der Firmengeschichte». Und das trotz der weltweiten Rezession! Der Umsatz wuchs (portfoliobereinigt) um n Prozent auf 2'056 Millionen Euro, das Ergebnis nach Steuern um 108 Prozent auf 110 Millionen Euro. 1'440 Mitarbeiter wurden neu eingestellt, womit die Zahl der Zeissianer weltweit auf 14'220 wuchs (7'518 Angestellte, 6'195 Gewerbliche Mitarbeiter und 507 Auszubildende).

Zum 1. Oktober 2001 wurde die rechtlich selbständige «Carl Zeiss Semiconductor Manufacturing Technologies AG» (abgekürzt SMT AG) gegründet und die Aktivitäten des bisherigen Unternehmensbereiches Halbleitertechnik auf die neue Aktiengesellschaft übertragen. Hauptprodukt der SMT AG ist der optische Teil der sogenannten Waferstepper, die zur Herstellung der Chips dienen. Carl Zeiss liefert an ASML, und die Niederländer liefern dann die kompletten Waferstepper an die Chip-Produzenten wie AMD (Dresden), Samsung (Korea) und TSMC (Taiwan). Im Geschäftsjahr 1993/94, als Dr. Kurz die Geschäftsbereichsleitung übernahm, hatte der Umsatz der HL-Optik 40 Millionen betragen, im folgenden Jahr 80 Millionen*. 2000/2001 waren es 920 Millionen DM.

Mit den Umsätzen stieg der Platzbedarf. Carl Zeiss entschloss sich zu einem Neubau. Die heiss diskutierte Frage des Standortes wurde zugunsten von Oberkochen entschieden. Im Zusammenwirken von Landesregierung, Regierungspräsidium, Landkreis und Stadt entstand das neue Gewerbegebiet Oberkochen Süd. Knapp zwei Kilometer südlich des Firmengeländes errichtete Carl Zeiss auf der grünen Wiese für 250 Millionen DM «die weltweit modernste Fabrik für Optiksysteme zur Chipherstellung». Zur Zeit arbeiten dort etwa 150 Mitarbeiter. Diese Zahl wird rasch anwachsen, wenn der erwartete Aufwärtszyklus bei der Chip-Produktion einsetzt. Zur Einweihung der neuen Fabrik am 7. Dezember 2001 kamen auch Ministerpräsident Erwin Teufel und Wissenschaftsminister Professor Dr. Peter

* Das Ergebnis stieg von 2 auf 17 Millionen.

Frankenberg. Erwin Teufel versicherte, «dass die weitere Stärkung des Photonik-Valley im Raum Oberkochen und Aalen ein Schwerpunkt unserer Politik bleibt».

Die technische Entwicklung geht rasant weiter zu immer kleineren Strukturen, d.h. kleineren Wellenlängen. Vor zehn Jahren arbeitete die Firma mit Licht der Wellenlänge 436 Nanometer, an der Grenze des Sichtbaren.

Die EUV-Lithografie (extremes Ultraviolett) steht als kommende Technologie für die Chip-Produktion in den Startlöchern. Sie arbeitet mit weichen Röntgenstrahlen. Bis zum Jahr 2010 wollen wir die Strukturen nochmals um den Faktor vier verkleinern.¹

Charakteristisch für die Chip-Industrie ist (neben der schnellen technischen Entwicklung) die rasche Aufeinanderfolge von Aufschwung und Abschwung. Seit über einem Jahr befinden wir uns in einer Abschwungphase. Zeiss-Vorstandssprecher Dr. Dieter Kurz blickt dennoch mit grossem Optimismus in die Zukunft:

Unser Innovationsvorsprung macht den Bereich weniger anfällig für den branchenweiten Rückgang. Kunden wollen aus Wettbewerbsgründen nicht darauf verzichten, in neuen Technologiegenerationen zu investieren, die wir vor unseren Wettbewerbern zur Verfügung stellen können. Durch diese Leistungsfähigkeit konnte unser Partner ASML weitere wichtige Kunden hinzugewinnen. Prognosen gehen von einer Erholung des Marktes erst im Jahr 2003 aus. Unsere Ausgangsposition für den nächsten Aufschwung ist gut.²

Als die Firma in der Nachkriegszeit stark expandierte und auf dem Werksgelände zahlreiche neue Gebäude entstanden, schrieb der damalige Justitiar Walter David in der Mitarbeiterzeitschrift einen Auf-

satz: «Das Recht baut mit in Oberkochen.» Er meinte damit die Absicherung der Namens- und Warenzeichenrechte gegenüber den Ansprüchen des Volkseigenen Betriebes. Auch jetzt spielt bei der Ver selbstständigung der SMT AG und den anderen Ausgründungen «das Recht» eine entscheidende Rolle. Die Firma Carl Zeiss ist ein Stiftungsunternehmen und an das Statut gebunden.

Statutenänderungen waren jahrzehntelang tabu. Die Prozesse mit dem Volkseigenen Betrieb in Jena hatte Oberkochen vor den westlichen Gerichten in erster Linie mit dem Argument gewonnen, dass die Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim im Gegensatz zur Stiftung in Jena das Statut wortgetreu anwendet. Eine Statutenänderung hätte ein Risiko für die anhängigen Prozesse mit sich gebracht. *

Diese Zeiten waren glücklicherweise vorbei. Der § 37 wurde geändert. Die neue Fassung erlaubte ausdrücklich die Überführung von Betrieben oder wesentlichen Betriebsteilen eines Stiftungsunternehmens in andere Rechtsformen, was allerdings an Bedingungen geknüpft ist (Abwendung von Gefahren, Zustimmung aller Stiftungsorgane). Bekanntgegeben wurde diese Änderung des Stiftungsstatuts am 31. Juli 2000, und die Stiftungsdestinatäre hatten nun gemäss Statut die Möglichkeit, innerhalb eines Jahres dagegen zu klagen. Tatsächlich waren achtzig Mitarbeiter der Auffassung, dass diese Statutenänderung dem Stifterwillen widerspricht. Sie reichten am 30. Juli 2001, zum letztmöglichen Termin, beim Landgericht Ellwangen Klage ein.

Das Urteil wurde am 17. Mai 2002 verkündet. Die Klage sei zulässig, aber nicht begründet. Ernst Abbe habe mit seinem Statut von 1896 die Rechtsform der Stiftungsunternehmen nicht festgeschrieben; eine Umwandlung in eine AG oder GmbH sei also nicht ausgeschlossen. Der entscheidende Gesichtspunkt für den Stifter sei die

* Siehe Neithardt von Einem: Rechtliche Probleme einer Unternehmensträgerstiftung am Beispiel der Carl-Zeiss-Stiftung. In: Die unternehmensverbundene Stiftung (= Forum Deutscher Stiftungen. Band 10). Berlin 2001, S. 29-41. Hier S. 36



Am 7. Dezember 2001 in der neuen Fabrik für Lithografieoptik in Oberkochen: Vorstandssprecher Dr. Dieter Kurz, Ministerpräsident Erwin Teufel und Dr. Hermann Gerlinger, der Vorstandsvorsitzende der SMT AG (von links).

Existenzsicherung der Firmen Carl Zeiss und Glaswerke Schott gewesen. In den über einhundert Jahren hätten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Es könne also geboten sein, auf dem Markt als Aktiengesellschaft zu agieren.

Stiftungsunternehmen und Stiftung waren durch Neithardt von Einem vertreten, der sich sehr zufrieden äusserte. Die Richter hätten klar erkannt, dass eine Umwandlung der Rechtsform weder den Buchstaben des Statuts noch dem Willen des Stifters widerspreche. Die Kläger, d.h. die achtzig Zeiss-Mitarbeiter, kündigten Berufung zum Oberlandesgericht Stuttgart an.

Neithardt von Einem war 1978 als Justitiar und Nachfolger von Walter David zu Zeiss gekommen. Während David den Standpunkt der Firma gegenüber dem Volkseigenen Betrieb mit Härte vertreten

hatte, wahrte Neithardt von Einem die Interessen auf geschmeidigere Weise. Auch bei der Restrukturierung des gesamten Zeiss-Komplexes nach der Wende spielte sein Rat eine ganz wichtige Rolle. 1999 hat er die Leitung der Rechtsabteilung abgegeben und widmet sich nun der Reform des Stiftungs- und Pensionsstatuts.

Inzwischen haben die Stiftungsverwaltung, der Stiftungskommissar und die beiden Stiftungsunternehmen Carl Zeiss Oberkochen und Glaswerke Schott Mainz eine grundlegende und umfassende Modernisierung des Statuts in Angriff genommen. Dazu wurden vier hochkarätig besetzte Arbeitskreise gebildet. Die betreffenden Zeissianer und Schottianer sind immer wieder tief beeindruckt von der Leistung des Physikers Ernst Abbe. Fünf Jahre seines Lebens hat er der Ausarbeitung des Stiftungsstatuts gewidmet. Heute geht es darum, den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, aber doch den Geist und die Prinzipien Abbes soweit wie möglich zu erhalten.

Im Frühjahr 2002 sitzen wir im 10. Stock des Hochhauses an der Carl-Zeiss-Strasse in Oberkochen dem Vorstandssprecher gegenüber. Der Blick geht durch die grossen Fenster, und im Süden erkennt man mitten im Grünen die neue Fabrik. Der Konjunkturaufschwung lässt immer noch auf sich warten. Trotzdem ist Dieter Kurz optimistisch, was das laufende Geschäftsjahr betrifft. Er rechnet mit dem gleich guten Ergebnis wie im Vorjahr, «mit dem gleich hervorragenden Ergebnis», müsste man eigentlich sagen. Und er setzt noch ein «mindestens» hinzu. Die Firma ist auf vier Wachstumsmärkten* tätig, die sich unterschiedlich stark entwickeln. Deswegen gibt es immer Unternehmensbereiche mit überproportionalem Erfolg.

Dieter Kurz ist seit 1. Januar 1999 Mitglied und seit 1. Januar 2001 Sprecher des Vorstandes. In Tübingen, wo er am 4. Februar 1948 ge-

* Semiconductor and Optoelectronic Technology; Life Sciences and Health Care; Eye Care; Industrial Solutions (Industrielle Messtechnik).

boren wurde, hat er Physik studiert und bei den Päpsten der Elektronenphysik Gottfried Möllenstedt und Rumold Speidel mit der selten vergebenen Note summa cum laude («mit höchstem Lob») promoviert. Das Physikstudium hält Kurz (wie der Verfasser des vorliegenden Buches) für eine hervorragende Geistesschulung. «Man lernt, sich in komplexe Aufgaben hmeinzudenken», sagt der Vorstandssprecher.

Das Tübinger «Institut für Angewandte Physik» war auf Optik, Elektronenoptik, Dünne Schichten, Lithografie und Bildwandler spezialisiert, und entsprechend befasste sich Kurz in seiner Diplom- und seiner Doktorarbeit mit Elektronenstrahltechnologie. «Die guten Leute schicken wir in die Industrie», sagte Professor Möllenstedt und empfahl seinen Schüler nach Oberkochen, wo dieser am 1. August 1979 als Projektleiter anfang. Kurz befasste sich zunächst mit der Neuentwicklung eines Feldemissionsstrahlers und dann eines digitalen Rasterelektronenmikroskops. Das DSM 950 wurde 1985 vorgestellt und mit grossem Erfolg in Europa eingeführt. Schon zwei Jahre zuvor hatte Kurz ein neuartiges Transmissionselektronenmikroskop mit Energiefilter entwickelt, das EM 902, das mit dem Innovationspreis R&D 100 Award ausgezeichnet wurde.

Ebenfalls 1985 baute Kurz ein neues Geschäftsfeld für die lichtoptische Inspektion von Halbleiterstrukturen (wafer inspection) auf. Diese Aktivitäten sind heute bei der MEG GmbH konzentriert, einem Tochterunternehmen der SMT AG. Dann folgte die (schon erwähnte) Tätigkeit in New York bei der Carl Zeiss Inc. mit der Geschäfts-, Vertriebs- und Serviceverantwortung für Elektronenmikroskopie auf dem wichtigsten und anspruchvollsten Markt der Welt (USA und Kanada). Zum 1. März 1994 übernahm Kurz die Geschäftsbereichsleitung für die HL-Optik und war damit an der entscheidenden Schaltstelle, als es um Sein oder Nichtsein ging. Im Jahr des grossen Firmenjubiläums, zum 1. Oktober 1996, wurde die Halbleitertechnik entsprechend ihrer gestiegenen Bedeutung in einen

eigenen Unternehmensbereich umgewandelt. Kurz behielt die Leitung. Im Geschäftsjahr 1997/98 überstieg der Umsatz die halbe Milliarde DM.

Alle, die Dieter Kurz kennen, rühmen seine «soziale Kompetenz». In der arbeitsteiligen Gesellschaft zählt vor allem das eingespielte und motivierte Team. «Ich danke meiner ganzen Mannschaft für die phantastische Leistung», sagte er in der Mitarbeiterzeitschrift: «Die Halbleitertechnik von Zeiss steht nun am Markt gut da, aber wir müssen uns flexibel professionell auf den zu erwartenden Umsatzrückgang einstellen.» Gemeint war die grosse Asienkrise 1998/99, die zu starken Einbrüchen in der Halbleiterindustrie führte. Unbeirrt hat die Firma die Technologie weiterentwickelt.

Als erster Mann von Zeiss ist Dieter Kurz mit Aufgaben überhäuft. Was macht ihm von seinen vielen Pflichten am meisten Freude? «Die Reisen und Begegnungen», sagt Kurz. Wenn er die Zeiss-Vertriebsorganisationen im Ausland besucht oder wichtige Zeiss-Kunden wie das neue VW-Werk in Schanghai, sieht und hört er viel Neues. Schon die ganz andere Perspektive sei ungeheuer anregend. Er spricht mit den Mitarbeitern vor Ort und glaubt, ein «Abstandsgesetz» feststellen zu können. Je weiter entfernt von der Zentrale ein Zeissianer tätig sei, desto stärker sei die Bindung. «Der Servicetechniker in Schanghai ist glücklich, für die weltberühmte Firma arbeiten zu dürfen und lässt nichts auf Zeiss kommen.»

Zur Zeit der Kamerakrise 1971 hatten die Wirtschaftsjournalisten das «Altenregiment» und «Greisenasyl» bei Carl Zeiss scharf kritisiert. Diesen Vorwurf konnte man jetzt nicht mehr erheben. Ein junges Team steht an der Spitze der Firma.

Finanzvorstand Dr. Olaf Berlien hat bei Zeiss knapp drei Jahre den Unternehmensbereich «Industrielle Messtechnik» geleitet, bis er mit 36 Jahren in den Vorstand kam*. Als Westberliner ist er «mit der

* Dr. Berlien ist zum 31. März 2002 bei Carl Zeiss ausgeschieden. Er wirkt jetzt als Vorstandsmitglied bei ThyssenKrupp in Düsseldorf.



Der Vorstand: Dr. Norbert Gorny, Dr. Dieter Kurz, Dr. Michael Kaschke und Dr. Olaf Berlien (von links). Dr. Berlien ist zum 31. März 2002 ausgeschieden.

Mauer aufgewachsen». Seine Mutter stammte aus Brandenburg, und die Familie war jährlich zwei Mal auf Verwandtenbesuch. «Die DDR war wirtschaftlich am Ende», sagt Berlien. Er wundert sich, dass in Oberkochen nur ein einziger Spion enttarnt worden ist: «Es muss noch mehr gegeben haben. Die waren doch wild auf unsere Technologie.» Strassen, Eisenbahn und Telefon in der DDR hätten sich in einem katastrophalen Zustand befunden. «Heute besitzen die neuen Bundesländer eine hervorragende Infrastruktur, eine bessere als Westdeutschland.» Nach acht Jahren Sanierung sei Jena jetzt «nachhaltig profitabel». Wenn man die in eine Aktiengesellschaft ausgegliederte HL-Optik abziehe, seien es 34 Prozent des Gesamtumsatzes, die dort getätigt werden. «Der Zeiss-Konzern hat über 200 Millionen in Jena investiert, hauptsächlich für den Umbau der Gebäude an der Tatzendpromenade und den Aufbau moderner Fertigungsstrassen.» Rechnet man die Förderung durch Bund und Land

hinzu, sind über 400 Millionen DM Investitionsmittel an die Carl Zeiss Jena GmbH geflossen.*

Dr. Norbert Gorny, Mitglied des Vorstandes seit Anfang 2001 und verantwortlich für Mikroskopie, Technologie und Prozessentwicklung, ist sogar noch ein Jahr jünger als sein Kollege Berlien. Schon als Schüler des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums in seiner Geburtsstadt Schweinfurt erlebte Gorny sehr bewusst die deutsche Zweistaatlichkeit. Mit amerikanischen Verwandten ist die Familie oft zu der nur etwa 50 Kilometer entfernten innerdeutschen Grenze mit den monströsen Sperranlagen gefahren, die sich zwischen Thüringen und Bayern durch das Land zogen. Er studierte Biologie an deutschen und ausländischen Universitäten. Seine erste «intensive Begegnung mit Zeiss» ergab sich, wie er sagt, «durch die Arbeit am Photomikroskop Axiophot 1».

Nach der Promotion wurde Gorny Berater bei McKinsey & Company Inc. in Stuttgart und kam als Projektleiter der renommierten Beratungsfirma zu Carl Zeiss. Im August 1998 trat er zu Zeiss über und erhielt die Leitung des Geschäftsbereiches Lichtmikroskopie, ein Jahr später zusätzlich die Leitung des Unternehmensbereiches Mikroskopie. Zeiss-Mikroskope waren es, die zu den Zeiten Abbes den Ruhm der Firma begründeten; die letzten 28 Jahre aber hatte die Traditionsabteilung nur Verluste gebracht. Gorny gelang der «turn around». Die Lichtmikroskopie wurde in Göttingen konzentriert, die Laser-Scan-Mikroskopie in Jena. Auch der neu gegründete Geschäftsbereich Molekulare Medizin befindet sich in Jena. Viele Spezialisten mussten umziehen. «Jetzt arbeiten altgediente und neue Mitarbeiter aus Göttingen, Jena und Oberkochen eng und kollegial zusammen.» Unter ihnen seien übrigens viele Biologen.

Warum spielen in der Mikroskopentwicklung die Biologen eine so grosse Rolle? «Das Anwendungswissen ist entscheidend für den technischen Fortschritt», sagt Gorny. Bei Zeiss habe es schon immer

* Nicht mitgezählt sind die Treuhandmittel von 587 Millionen.

Biologen gegeben. Ein Beispiel ist Kurt Michel, der 1934 bei Carl Zeiss eingetreten ist und zu den 84 Experten gehörte, die von den Amerikanern nach Heidenheim gebracht wurden. «Unser Labor in Göttingen», berichtet Gorny, «haben wir das Kurt-Michel-Entwicklungszentrum für Lichtmikroskopie genannt.»

In den alten Zeiten hatte die Firma bewusst die Beziehungen zu den berühmten Mikroskopikern gepflegt, zum Beispiel zum Botaniker Matthias Schleiden und dem Bakteriologen Robert Koch. Wir fragen Dr. Gorny nach seinen Kontakten zur Community. Sie könnten nicht besser sein: «Am 27. März wird das neue Max-Planck-Institut für Zellbiologie in Dresden mit den Koryphäen aus aller Welt eingeweiht. Ich bin dabei und freue mich schon auf die Gespräche.»

Die Verantwortung für die Markenoptik, Medizintechnik und Qualitätssicherung trägt Gornys Kollege Dr. Michael Kaschke. Er ist 1957 im thüringischen Greiz geboren und in Dresden aufgewachsen. Studiert und promoviert hat er in Jena über «nichtlineare Optik», d.h. Laserphysik. Die Physikausbildung in Jena beurteilt er als «hervorragend». Man habe teilweise improvisieren müssen und dabei auch gelernt, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Nach zwei Assistentenjahren bei Professor Bernd Wilhelmi kam er 1988 an das Zentralinstitut für Optik der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Die Kooperationsvereinbarung der DDR-Akademie mit der Max-Planck-Gesellschaft ermöglichte ihm noch vor der Wende einen Gastaufenthalt bei Professor Fritz-Peter Schäfer in Göttingen am MPI für Biophysikalische Chemie. Einige Monate nach dem Fall der Mauer ging er als «Invited Visiting Scientist» an das IBM-J. D. Watson-Research Center in Yorktown Heights im Staate New York. «Im März 1990 holte ich mir beim Landratsamt in Göttingen meinen Reisepass.» Schwierigkeiten mit der Sprache gab es keine. Neben dem Physikstudium hatte er in Jena Vorlesungen in Anglistik und Amerikanistik gehört.

Im Februar 1992 kam Michael Kaschke zu Carl Zeiss nach Oberkochen und übernahm zum 1. Oktober 1994 die Leitung eines Labors für Operationsmikroskopie, wo er sich «als Entwickler ausleben» konnte. Nach einem berufsbegleitenden Zusatzstudium der Betriebswirtschaft an der Graduate School of Business Administration in Zürich erhielt er die Verantwortung für den Geschäftsbereich Geodäsie. Dieser wurde in Jena konzentriert, und dabei kam ihm zugute, dass er sich «in die Jenenser hineindenken» konnte. Die 70 Mitarbeiter in Oberkochen erhielten Aufgaben in anderen Bereichen; nur drei oder vier wollten mit nach Jena.

1998 wurde Kaschke Geschäftsbereichsleiter für Chirurgische Geräte in Oberkochen; ein Jahr darauf erhielt er zusätzlich die Gesamtverantwortung für den Unternehmensbereich Medizintechnik. Das schloss den Aufsichtsratsvorsitz bei der Tochtergesellschaft Humphrey Instruments in San Leandro (Kalifornien) mit ein. Zum 1. Oktober 2000 erhielt er die Berufung zum Mitglied des Vorstandes, was ihm fast etwas zu schnell ging: «Noch einige Jahre näher an Forschung und Entwicklung, verbunden mit der direkten Geschäftsverantwortung, hätten mir durchaus Freude gemacht.»

Heute ist eines der wichtigsten von ihm verfolgten Projekte die Fusion der Sparte Ophthalmologie mit der am Neuen Markt in Frankfurt notierten Asclepion-Meditec AG, einer Ausgründung der Jenoptik AG. Mit etwa 880 Mitarbeitern und einem Umsatz von ca. 233 Millionen Euro könnte die Carl Zeiss Méditée AG, eine börsennotierte Gesellschaft am Neuen Markt in Frankfurt, deren Aktienmehrheit sich in den Händen von Carl Zeiss befindet, eines der führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Augenheilkunde werden.

Alle 14 Tage treffen sich die Vorstandsmitglieder zur Sitzung. Rechtzeitig drei bis vier Tage vorher erhalten die Herren die Unterlagen. Bei mehr als der Hälfte der Tagesordnungspunkte sind Entscheidungen fällig. Dazu werden dann Experten aus den entsprechenden Abteilungen gebeten. Die Moderation hat Dr. Kurz. «Wir

diskutieren mit Engagement.» Da kann es dann auch einmal vorkommen, dass die Mitarbeiter vor die Tür gehen müssen. Ziel ist immer die Konsenslösung. Im Unterschied zu den Kabinettsitzungen bei Ludwig Erhard* kommt es fast immer zur Einigung. «Ich kann mir etwas anderes gar nicht vorstellen», sagt Kurz: «Der Vorstand kann doch die Verantwortung nur tragen, wenn alle hinter der Entscheidung stehen.»

Welche Aufgaben hat sich der Vorstand für die nächsten Jahre vorgenommen? Dr. Kurz nennt drei Punkte:

- die vorhandenen Geschäftsfelder in eine stabile Aufwärtsentwicklung bringen;
- das Statut modernisieren und damit die Grundlage für weiteres Wachstum schaffen;
- konsequent auf Innovationen setzen.³

Zum ersten Punkt meint Dieter Kurz (genau wie sein Vorstandskollege Gorny), dass es mit der Herstellung von technisch brillanten Geräten nicht getan sei. Die Firma müsse stärker auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen. Der Kunde wolle nicht ein Gerät kaufen, sondern seine Probleme gelöst haben. Man müsse also fragen: Welche Aufgaben stellen sich heute in der Mikrobiologie? In der Gentechnik? In der Materialwissenschaft? «Zusammen mit den Forschern müssen wir Lösungen entwickeln.»

Was das Statut betrifft, hat Dr. Kurz schon als Geschäftsbereichsleiter HL-Optik, also bereits seit den Zeiten von Jobst Herrmann, die Notwendigkeit gesehen, flexiblere Strukturen zu schaffen. Die bisher vorliegenden Gerichtsentscheidungen geben ihm die Zuversicht, dass die Firma mit der Reform des Stiftungsstatuts auf dem richtigen Wege ist.

Bleibt noch der dritte Punkt, die Innovationen. «Wir haben Ideen», sagt Dieter Kurz. Zu ihrer Entwicklung braucht es Kapital, viel Kapital. Auch deshalb freut er sich, dass Carl Zeiss in der Carl Zeiss

* Siehe S. 265

Méditée AG seine erste börsennotierte Tochtergesellschaft hat. Die Gesellschaft kann sich, wenn nötig, durch Plazierung von Aktien Kapital beschaffen. Dieses Kapital wird es ermöglichen, die Ideen zu entwickeln und zur Grundlage neuer Aktivitäten zu machen. Carl Zeiss hat den Ehrgeiz, «ab 2003 alle drei Jahre mindestens zwei neue



*Vorstandssprecher
Dr. Dieter Kurz*

Geschäftsfelder aufzubauen». Die Firma will das «innovativste Unternehmen» der Branche werden.

Seit Ernst Abbe hat uns die Wissenschaft erstaunliche Erkenntnisse über Mikrokosmos und Makrokosmos gebracht. Unser Weltbild und unser Denken sind von Grund auf verwandelt. Die technischen Anwendungen der Erkenntnisse haben den Menschen und die menschliche Gesellschaft noch stärker geprägt.

Wir leben in einer Epoche von Wissenschaft und Technik. Um die Bedeutung der Wissenschaft für das 20. Jahrhundert auszudrücken, hat das *Time Magazine* am 31. Dezember 1999 Albert Einstein zur Person of the Century proklamiert und dem grossen Physiker und Weltweisen die Titelgeschichte gewidmet.

Was wird die Zukunft bringen? Gewiss wird unser aller Leben weiterhin von Wissenschaft und Technik bestimmt sein, sehr wahrscheinlich in noch stärkerem Masse als bisher. Im Vordergrund werden wohl die Molekularbiologie und die Gentechnik stehen. Eine bedeutende Entwicklung werden auch die Informationstechnik mit optischen Speichern und Displays und die Kommunikationstechnik mit der optischen Datenübertragung nehmen. Anerkannte amerikanische und deutsche Forscher haben in zwei hochrangig besetzten Studienkreisen die potentiellen optischen Technologien für das 21. Jahrhundert analysiert und ihre Entwicklung abgeschätzt. Von ihnen werden die Aussichten ausserordentlich positiv bewertet.

Das alles eröffnet grosse Chancen für Carl Zeiss. Vorstandssprecher Dieter Kurz spricht vom 21. Jahrhundert als dem «Jahrhundert des Lichtes» oder vom «Jahrhundert des Photons»:

Die Beherrschung der Photonen – also der «Lichtteilchen» – verschafft Carl Zeiss eine ausgezeichnete Ausgangsposition für die kommenden Jahre. Optik ist eine der entscheidenden Schlüsseltechnologien für viele schnellwachsende und attraktive Märkte. Dies ist für Zeiss gleichermassen eine Herausforderung und eine Verpflichtung. Unsere Zukunftsausrichtung bedeutet daher mehr Wachstum, mehr Internationalisierung und den Ausbau unserer Spitzenstellung. Der Name Zeiss wird auch in Zukunft in hellem Licht leuchten.⁴

Nachwort und Dank

Dieses Buch ist keine Publikation der Firma Carl Zeiss, auch nicht die eines Mitarbeiters, sondern die Darstellung eines Historikers der Wissenschaft und der Technik. Die Verantwortung für den Inhalt liegt allein beim Autor.

Seit fast zwanzig Jahren gehört die Geschichte des Stiftungsunternehmens in Oberkochen und seines Jenaer Pendantes zu meinen bevorzugten Themen, wodurch ich viele Mitarbeiter kennen und schätzen gelernt habe. Die vielen Gespräche und Interviews sind meine wichtigste Quelle. Schriftliche Zeugnisse finden sich im Betriebsarchiv in Jena und im Archiv der Rechtsabteilung in Oberkochen, bei der Gauck-Behörde in Gera und beim Bundesarchiv in Koblenz. Sehr nützlich waren auch die Zeitungen, die oft sehr detailliert über die Ereignisse berichtet haben. Das gilt auch für die Mitarbeiterzeitschriften in Jena (*Der Scheinwerfer*, *Prisma*) und in Oberkochen (*Zeiss-Werkzeitschrift*, *Unter uns*, *Carl Zeiss im Bild*).

Am Ende der langen Arbeit ist es mir ein Anliegen, allen, die geholfen haben, für ihre Auskünfte, aber auch für anderweitige Unterstützung zu danken. Zu nennen sind aus dem staatlichen Bereich Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Dr. Gerd Schuchardt M. d. L., Senator a. D. Dr. Joist Grolle, Rolf Hergenhan (Gauck-Behörde Gera), Margit Hartleb (Universitätsarchiv Jena) und Dr. Günther Bradler (Landtagsarchiv Stuttgart), die Stiftungskommissare Dr. Heinz Dürr und Dr. Hermann Franz, die Vorstandssprecher Dr. Peter Grassmann, Prof. Dr. Jobst Herrmann, Dr. Dieter Kurz und Dr. Horst Skoludek, die Vorstandsmitglieder Dr. Olaf Berlien, Dr. Nobert Gorny und Dr. Michael Kaschke und die Generalbevollmächtigten Dr. Franz-Ferdinand von Falkenhausen und Prof. Rainer Ramming sowie Justitiar Neithardt von Einem.

Besonders befasst mit dem Projekt waren die heutigen und früheren Chefs der Öffentlichkeitsarbeit und Marketing Services in Oberkochen und Jena: Marc Cyrus Vogel, Lothar Janiak, Manfred Berger, Dr. Uwe Braemer und Hans Dölle sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rita Brenner, Claudia Hartmann, Herbert Meyer, Oswin Schnobl, Andreas Schwab, Markus Taglieber und Gudrun Vogel. Wertvolle Hilfe gewährte auch die Abteilung Technische Information in Oberkochen, namentlich Dr. Dieter Broksch, Dr. Hans Joachim Hinkelmann und Renate König. Ohne das Betriebsarchiv in Jena (Dr. Wolfgang Wimmer) und das Archiv der Rechtsabteilung in Oberkochen (Claudia Bolsinger) hätte die Arbeit nicht geschrieben werden können. Sehr nützlich waren auch die Zeitungsausschnittsammlungen der Jenoptik AG und des Landtags von Baden-Württemberg, die ich benutzen durfte.

Viele Zeiss-Mitarbeiter und Ehemalige haben Informationen gegeben und mir zunächst unbekannt Sachverhalte und Zusammenhänge erläutert. Ich nenne mit Dank von den Aktiven Gunter Böker, Wilfried Lang, Ernst Rasch, Wolfgang Spitzner und Georg Wagner, von den Ehemaligen Ursula Braun, Dr. Walter David, Dr. Hans-Dieter Gattnar, Rainer Hofern, Erich Holzwarth, Heinz Martin, Prof. Dr. Karlheinz Müller, Prof. Dr. Klaus Mütze, Katharina Schreiner, Dr. Karl-Heinz Simon und Dr. Raimund Torge. Schliesslich bleibt noch der Dank an Familienangehörige von Zeissianern, insbesondere an Dr. Hans J. Birkenbeil, Lambert Grolle, Margret Schönle, geb. Kuppenbender, Prof. Dr. Rolf Schrade und Dr. Roland Wönne. Auch in dieser Rolle hat mir Rainer Hofern ausserordentlich geholfen, indem er mir die mehrbändigen Lebenserinnerungen seines Vaters Dr. Adolf Hofern als Dauerleihgabe viele Jahre überlassen hat. Für Informationen über die Firma ASML danke ich meinem rotarischen Freund Dr. Gert Lorenz, einem früheren Vorstandsmitglied von Philips Eindhoven.

Mein Dank gilt schliesslich noch für substantielle Zuarbeit folgen-

den Doktoranden und Mitarbeitern des Lehrstuhles für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik, die teilweise verwandte Themen behandelt haben: Jörg Baldenhofer, Christel Dauster, Karsten Gaulke, Andrea Himmelsbach, Dr. Otto Bernd Kirchner, Dr. Reinhard Neunhöffer, Dr. Joachim Peterke, Andrea Ritter, Dr. Hermann Schweickert, Dr. Reinhard Smettan, David Seyffer, Klaus Wendel, Dr. Peter R. Wetzel sowie last not least meiner bewährten Sekretärin Frau Friedl Fischer für die Mühe mit der Textverarbeitung.

Die Zusammenarbeit mit dem Piper Verlag München war wie stets sehr angenehm, wobei ich stellvertretend für alle anderen nur Dr. Klaus Stadler und Ulrich Wank erwähne.

A.H.

Anmerkungen

KAPITEL 1 Zeitenwende

- 1 Thomas Mann: Deutsche Hörer! In: Gesammelte Werke. Bd. XI. Frankfurt 1974, S. 112f
- 2 Albert Speer: Erinnerungen. Frankfurt-Berlin-Wien 1969, S. 467
- 3 Alfred Kantorowicz: Deutsches Tagebuch. Band I. München 1964, S.53
- 4 Aussage von Hugo Schrader im amerikanischen Prozess, 5. Mai 1964. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 5 Aussage von Heinz Küppenbender im amerikanischen Prozess, 6. Mai 1965. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung. – Nach anderen Berichten handelte es sich um einen Sergeanten.
- 6 Ebd.
- 7 Adolf Hofern: Lebenserinnerungen. Unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript. Bd. IB. S. 231
- 8 Henry Simon: Third Reichs Diaries. An eyewitness account of the Hitler years. Union N.J. 1989, S. 132
- 9 Combined Intelligence Objectives Subcommittee (Hrsg.): Report on the firm of Carl Zeiss, Jena. London 1945, S. 91
- 10 Heinz Küppenbender (Anm. 5)
- 11 Combined Intelligence Objectives Subcommittee (Anm. 9), S. 92
- 12 Memorandum betr. Errichtung einer Zweigfertigungsstelle des Zeisswerkes. 9. Juni 1945, Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung

KAPITEL 2 We take the brain

- 1 Carl E. Nelson: Diary. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 2 Aussage von Heinz Küppenbender im amerikanischen Prozess, 6. Mai 1965. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 3 Carl E. Nelson: Diary (Anm. 1)
- 4 Protokoll vom 19. Juni 1945. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 5 Harry S. Truman: Memoiren. Band I. Das Jahr der Entscheidungen (1945). Stuttgart 1955, S. 316
- 6 George F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten. Stuttgart 1968, S.263

- 7 Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg. Sechster Band/Zweites Buch. Der eiserne Vorhang. Bern 1954, S. 325
- 8 Brief von Henry Gulbrandsen an Friedrich Schomerus, 18. April 1946. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 9 Brief von Friedrich Schomerus an Henry Gulbrandsen, 24. Mai 1946. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 10 Zeiss-Versammlung in der Harmonie am 1. Juni 1946. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung

KAPITEL 3 100 Jahre Zeiss

- 1 Programmentwurf für die Jubelfeiern und Veranstaltungen anlässlich des 100jährigen Bestehens der Firma Carl Zeiss Jena vom 17. Oktober 1946. Gezeichnet Wipo/Bdr/Krg.BACZ 1423
- 2 Friedrich Schomerus: Rede zum 100. Jubiläum. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung. Das Zitat findet sich in: Schillers sämtliche Werke in zwölf Bänden. Erster Band. Stuttgart und Tübingen 1853, S. 222
- 3 Friedrich Schomerus: Geschichte des Jenaer Zeisswerkes 1846-1946. Stuttgart 1952, S.143
- 4 Brief von Hans Harting an Adolf Steinle, 27. Mai 1946. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 5 Brief von Friedrich Schomerus an Paul Henrichs, 20. Februar 1946
- 6 Dokumentation. Oberbürgermeister in Jena 1945/46. Aus den Erinnerungen von Dr. Heinrich Troeger. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Jg. 25, 1977, S. 889-930
- 7 Brief von Friedrich Schomerus an Clemens Münster, 12. November 1946. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 8 Deportation, Demontage, Wiederaufbau. Ein schmerzhaftes Kapitel unserer Firmengeschichte. In: Der Glasmacher. Sonderausgabe Oktober 1996, S. 8. Bericht der Zeitzeugin Margarete Rötger
- 9 Karl Kujath: Wiederaufbau der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945-1951. Erinnerungen. Privatdruck Bad Breisig 1951, S. 125
- 10 Brief von Hans Harting an Friedrich Zucker, 3. Januar 1947. Universitätsarchiv Jena. Bestand BB Nr. 173
- 11 Tagebuch von Otto Marquardt, 19. November 1946. BACZ 27200
- 12 Rede von Friedrich Schomerus. Nachlass Küppenbender. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 13 Brief von Helene Schomerus an Käthe Treplin, 15./19. November 1946. Nachlass Schomerus im Besitz von Joist Grolle
- 14 Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 15 Ansprache des Herrn Dr. Günther anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Firma Carl Zeiss Jena, gehalten in Oberkochen am 15. November 1946. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung

- 16 Reisebericht vom 16.1.1947, gezeichnet Adam. BACZ 24474
- 17 Lew Kopelew: Tröste meine Trauer. Autobiographie 1947-1954.
Göttingen 1996, S. 9
- 18 Ebd. S. 212
- 19 Ebd. S. 213

KAPITEL 4 «Grundstürzende Ereignisse»

- 1 Lebenserinnerungen von Adolf Hofem. Unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript. Bd. IC, S. 252
- 2 Ebd. Fritz Fröbel sollte für die NKWD arbeiten
- 3 Ebd. S. 261
- 4 Theodor Eschenburg: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. I. Jahre der Besatzung. 1945-1949. Stuttgart und Wiesbaden 1983, S. 278
- 5 Friedrich Schomerus: Stiftungsbetriebe als zukünftige Unternehmensform nach dem Vorbild der Carl-Zeiss-Stiftung? Vortrag in der Aula der Frankfurter Universität am 25. Juni 1947. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 6 Lebenserinnerungen (Anm. 1), S. 273
- 7 Betriebsversammlung der Betriebe Carl Zeiss und Schott & Gen., Jena, am 5. Dezember 1947 im Volkshaus. BACZ 02808. Hier S.nf.
- 8 Der Telegraph, 7. März 1945
- 9 Reader's Digest, Oktober 1951
- 10 Brief der Geschäftsleitungen von Carl Zeiss (Oberkochen) und Schott (Landshut) an den Kultminister des Landes Württemberg-Baden, 30. Juli 1948. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 11 Niederschrift über die Besprechung in Stiftungssachen mit Oberlandesgerichtspräsident Dr. Barth am 30.8.1948 von 14 bis 18 Uhr in Oberkochen. Gezeichnet Dad/Kt. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 12 Reisebericht von Oberlandesgerichtspräsident Dr. Arno Barth, 18. September 1948
- 13 Niederschrift (Anm. 11)
- 14 Reisebericht (Anm. 12)

KAPITEL 5 **Zwei deutsche Staaten**

- 1 Betriebsnachricht: Da machen wir nicht mit! BACZ Nr. 8456
- 2 Brief von Friedrich Schomerus an seine Schwester Ida Schomerus, 31. Mai 1949
- 3 Brief von Hans Lehmann an die Geschäftsleitung der Firma Optik Carl Zeiss

- VEB Jena, 28. Januar 1949 (geschrieben in Frankfurt am Main). Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 4 Ebd.
 - 5 Henry Steele Commager: Documents of American History. New York 1973, S. 100
 - 6 Hans Joachim Lieber: Hans Leisegang zum 60. Geburtstag. Berlin-Zehlendorf 1950, S. 9
 - 7 Erklärung des Ministeriums für Volksbildung. Weimar, 29. Oktober 1948. Universitätsarchiv Jena. Zu Sammlung Z, Nr. 123/1
 - 8 Ernst Schmutzer (Hrsg.): Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beiträge zur Tagung «Unrecht und Aufarbeitung» am 19. und 20.6.1992. Leipzig 1994. Hier S. 58. – In ihren Lebenserinnerungen hat Marie Torhorst behauptet, Leisegang habe sich «in unverschämten Drohungen und Beschimpfungen» ergangen.
 - 9 Prof. Leisegang, Personalakten. Universitätsarchiv Jena. Bestand D, Nr. 3201
 - 10 Michael Beleites: Altlast Wismut. Frankfurt am Main 1992, S. 41
 - 11 Süddeutsche Zeitung, 30. Juli 1949, S. 6
 - 12 Thomas Mann: Ansprache im Goethejahr 1949. In: Gesammelte Werke. Bd. XI. Frankfurt 1960, S. 484
 - 13 Ebd. S. 488
 - 14 Thomas Mann: Reisebericht. In: Ebd., S. 506
 - 15 Hermann Pünder: Von Preussen nach Europa. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1968, S. 409
 - 16 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-195 3. Stuttgart 1965, S. 234
 - 17 Niederschrift der Abmachungen zwischen den Alliierten Hohen Kommissaren und dem Deutschen Bundeskanzler. Auf dem Petersberg, am 22. November 1949. In: Bundesanzeiger, Jg. 1, 1949, Nr. 28, S. 1
 - 18 Konrad Adenauer: Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Herausgegeben von Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1975, S. 174
 - 19 Konrad Adenauer: Erinnerungen (Anm. 16), S. 290
 - 20 Ebd.
 - 21 Frankfurter Allgemeine. Zeitung für Deutschland, 21. Dezember 1949, S. 1
 - 22 Ernst Deuerlein (Hrsg.): DDR 1945-1970. Geschichte und Bestandsaufnahme. München 1966, S. 103
 - 23 Victor Sandmann und Wilhelm Schacht: Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Jenaer Zeisswerk. Datiert 10. April 1953. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
 - 24 Der Morgen, Berlin, 10. Oktober 1950
 - 25 Brief von Paul Henrichs (Oberkochen) an Victor Sandmann (Jena), 2. Januar 1950. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
 - 26 Rolf Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934-1974. Hamburg 1981, S. 177
 - 27 Ebd. S. 174 f. Der Dialog ist leicht gekürzt wiedergegeben.

- 18 Niederschrift von Wilhelm Schacht vom 22. Juli 1951. Betr.: Fortführung der Carl Zeiss-Stiftung in Jena. BACZ 08363
29 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1953-1955. Stuttgart 1966, S. 68
30 Rolf Lahr (Anm. 26), S. 190

KAPITEL 6 Westorientierung

- 1 Felix von Eckardt: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen. Düsseldorf und Wien 1967, S. 212
- 2 Ebd. S. 219
- 3 Armin Mitter und Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 31
- 4 Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Jenaer Zeisswerk. Memorandum von Victor Sandmann und Wilhelm Schacht. Datiert Mainz, 10. April 1953. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 5 Bericht über die Vorbereitung der Diskussion über den Betriebskollektivvertrag im Zeisswerk Jena. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Bestand Walter Ulbricht. VEB Carl Zeiss Jena. Bestandssignatur NY 4182, Aktenband 1021
- 6 Ergebnisse einer ersten Unterhaltung mit Herrn Herbert Gewinner, Ko 1, und seiner Frau Margot, geb. Liebermann, Opto Aalen. Aufzeichnung von Walter David. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 7 Zitiert nach Erich Sobeslavsky und Nikolaus Joachim Lehmann: Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946-1968. Dresden 1996, S. 24
- 8 Abt. Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen. Bericht über die Situation im VEB Zeiss-Jena. Berlin, 19. Januar 1953. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Bestand Walter Ulbricht. Vertrauliche Verschlussache. Tgb.-Nr. 44/53
- 9 Karl Schirdewan: Bericht an das Sekretariat des Zentralkomitees der SED über die Lage im VEB Zeiss-Jena, 18. Februar 1953. Vertrauliche Verschlussache. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Tgb.-Nr. 48/53
- 10 Ebd.
- 11 Brief von Roland Wönne an den Autor, 26. August 1998
- 12 Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse |Anm. 4)
- 13 Thomas Mann: Ansprache vor Hamburger Studenten. Gesammelte Werke X, S. 399-402
- 14 Stefan Heym: 5 Tage im Juni. Roman. Frankfurt am Main 1977, S. 152
- 15 Deutschlandfunk (Hrsg.): Der Arbeiteraufstand. Zeitzeugen und Zeitdokumente zum 17. Juni 1953. Köln 1984, S. 14

- 16 Ebd.
- 17 Ebd. S. 15
- 18 Ebd. S. 15 f.
- 19 Schwerpunktbefragung des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, datiert 29. Juni 1953. Bundesarchiv Koblenz B 285254
- 20 Ebd.
- 21 Deutschlandfunk (Anm. 15), S. 17
- 22 Schwerpunktbefragung (Anm. 19)
- 23 Fritz Ortlepp: Zeiss-Chronik. Unveröffentlicht. S. 832. Privatbesitz von Prof. Rolf Schrade
- 24 Mitter/Wolle (Anm. 3), S. 133
- 25 Der Generalstaatsanwalt der DDR: Anklageschrift vom 23. September 1953
- 26 Urteil des Bezirksgerichtes Gera. Erster Strafsenat. Gsch.-Nr. 1 Ks 389/53-1-1758/53

KAPITEL 7

Das Wirtschaftswunder

- 1 Kurt Georg Kiesinger: Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958. Stuttgart 1989, S.45-8
- 2 Ebd. S.46ff.
- 3 Grosse deutsche Siege. In: Die Zeit. 8. Juli 1954
- 4 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. März 1954
- 5 Erinnerungen von Walter David. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 6 Schrade, Hugo. AOP 172/59. Bd. III. Gesamteinschätzung der augenblicklichen Situation im VEB Zeiss, datiert 8. November 1955. Gauck-Behörde Gera
- 7 Adolf Hofern: Lebenserinnerungen. Private Aufzeichnungen. Bd. IC, S.470
- 8 Ebd. S. 378
- 9 Zeiss-Werkzeitschrift. Zeitschrift für Zeiss-Freunde. Jg. 2, 1954, S. 66
- 10 Joachim Peterke: Der Londoner Zeiss-Prozess. Vorgeschichte und Dilemma eines deutsch-deutschen Rechtsstreites in Grossbritannien (1955-1971). Stuttgarter Phil. Diss. 2002, S. 106
- 11 Überblick über den gegenwärtigen Stand unserer Ost-West-Auseinandersetzungen. Aufzeichnung von Walter David für die Geschäftsleitung. 22. November 1954. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 12 Rundschreiben des VEB Carl Zeiss Jena vom 3. November 1954
- 13 Überblick (Anm. 11), S. 5

KAPITEL 8 Das Jahr 1955

- 1 Augenzeugenbericht. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 2 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1953–1955. Stuttgart 1966, S. 402
- 3 Thomas Mann: Versuch über Schiller. Zum 150. Todestag des Dichters – seinem Andenken in Liebe gewidmet. In: Gesammelte Werke. Bd. IX. Frankfurt 1960, S. 950
- 4 Süddeutsche Zeitung, 9. Mai 1955, S. 3
- 5 Thomas Mann: Tagebücher 1953–1955. Herausgegeben von Inge Jens. Frankfurt 1995, S. 759
- 6 Ebd. S. 765
- 7 Ebd. S. 878
- 8 Erika Mann: Das letzte Jahr. Bericht über meinen Vater. In: Erika Mann: Mein Vater, der Zauberer. Reinbek 1999, S. 430
- 9 Konrad Adenauer (Anm. 2), S. 432
- 10 Ebd. S. 432 f.
- 11 Felix von Eckardt: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen. Düsseldorf und Wien 1967, S. 369
- 12 Ebd. S. 375
- 13 Ebd. S. 392
- 14 Ebd. S. 393
- 15 Joachim Peckert: Zeitwende zum Frieden. Ostpolitik miterlebt und mitgestaltet. Herford 1990, S. 64
- 16 Felix von Eckardt (Anm. 11), S. 395
- 17 Konrad Adenauer (Anm. 2), S. 545
- 18 Gewonnene Eindrücke anlässlich meiner Reise in die DDR vom 1. bis 14. April 1955. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 19 Ebd.

KAPITEL 9 Die Zeiss-Treuen

- 1 Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Ministerium des Innern. Staatssekretariat für Staatssicherheit. BV Gera. KD Jena. Überprüfungsvorgang Nr. 22/58. Schrade, Hugo. Bd. III. BStU Paginierung S. 30. Bericht von Major Kämmer, Leiter der OD Zeiss
- 2 Ebd. S. 48
- 3 Ebd.
- 4 Überprüfungsvorgang Nr. 22/58, S. 66. Bericht über die vom 12. 3. bis 16. 3. 1957 zur KD Jena durchgeführten Dienstreise
- 5 Ebd. S. 99
- 6 SED-Bezirksleitung Gera. Brief an Walter Ulbricht, 18. Februar 1958.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Bestand Walter Ulbricht

- 7 Gl «Zahn»: Bericht über eine Aussprache mit dem Kollegen Kroll... (6. Januar 1959). Gauck-Behörde Gera
- 8 Walther Bauersfeld: Ernst Abbe 1840-1905. In: Die grossen Deutschen. Bd. III. Nachdruck Frankfurt 1983, S. 562
- 9 Arbeitsentschliessung der V. Kreisdelegiertenkonferenz am 10./11. Mai 1958. Zitiert nach Paul Gerhard Esche: Die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse im Zeiss-Werk Jena und die Neuformierung des Zeiss-Konzerns in Westdeutschland (1945-1959/60). Jenaer Phil. Diss. 1962, S. 6
- 10 Zentralkomitee der SED, Abt. Propaganda/Agitation und Bezirksleitung Gera, Abt. Propaganda/Agitation (Hrsg.): Mit klarer Sicht. Das Ende der Zeiss-Legende. Druckort Pössneck 1958, S. 6
- 11 Überprüfungsvorgang Nr. 22/58, Schrade, Hugo. Bd. I., S. 92 f.
- 12 Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 13 Oberlandesgericht Stuttgart, 1. Zivilsenat. Urteil vom 29. Oktober 1958. Aktenzeichen 1 U 41/58. Hier S. 21
- 14 Bundesgerichtshof Karlsruhe. Urteil vom 6. Februar 1959. Aktenzeichen I ZR 50/57 und I ZR 150/57

KAPITEL 10

Die Mauer

- 1 Bericht einer Brigade der Kreisleitung der SED Jena-Stadt zur Überprüfung von Westabgängen im VEB Carl Zeiss Jena. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Betriebsparteiorganisation VEB Carl Zeiss Jena. Bestandssignatur DY 30/IV 215
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Schrade, Hugo. AOP 172/59. Bd. III. Gesamteinschätzung der augenblicklichen Situation im VEB Zeiss, datiert 8. November 1955
- 5 Lage in der DDR 1956. Erstellt vom MfS.
- 6 Rolf Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934-1974. Hamburg 1981, S. 297
- 7 Neues Deutschland, 21. August 1959
- 8 Hildegard Baumgart (Hrsg.): Briefe aus einem anderen Land. Briefe aus der DDR. Hamburg 1971, S. 260f.
- 9 Siegfried Schmidt et al. (Hrsg.): Alma mater Jenensis. Geschichte der Universität Jena. Weimar 1983, S. 377
- 10 Betriebsschutzamt Jena: Einschätzung der Feindtätigkeit im VEB Zeiss Jena. 16. Januar 1963
- 11 Wolfgang Mischnick: Von Dresden nach Bonn und zurück. Erfahrungen und Erinnerungen aus 5 Jahrzehnten politischer Verantwortung in Deutschland.

- Schriftenreihe der Kester-Haeusler-Stiftung. Fürstfeldbruck 1996, S. 13
- 12 Brief von Friedrich Schomerus an Ernst Lemmer, 12. April 1961
- 13 Urkunde des Notars Dr. Georg Staege in Berlin-Lichterfelde. Verhandelt ... am 25. Juli 1960
- 14 Gl «Zahn»
- 15 Günter de Bruyn: Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin. Frankfurt 1992, S. 3751.
- 16 Aufzeichnung von Walter David. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 17 Gabriele Müller: Der Handstreich der Zonen-Machthaber: In: Süddeutsche Zeitung, 14./15. August 1961, S. 3
- 18 Jürgen Rühle und Gunter Holzweissig: 13. August 1961. Die Mauer von Berlin. Köln 1981, S. 71
- 19 Heinrich Kronzucker: Abschiedsszenen am Interzonenzug. In: Süddeutsche Zeitung, 17. August 1961, S. 3
- 20 Willy Brandt: Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik. Hamburg 1971, S. 65 (Rede vor dem Bundestag am 18. August 1961)
- 21 Prawda, 30. Dezember 1961, S. 3E
- 22 Süddeutsche Zeitung, 21. August 1962, S. 4
- 23 Süddeutsche Zeitung, 23. März 2001, S. 4. – Heinz Kessler erhielt siebeneinhalb, Egon Krenz sechseinhalb und Fritz Strelitz fünfeinhalb Jahre Gefängnis
- 24 Willy Brandt: Erinnerungen. Frankfurt am Main 1989, S. 68f.
- 25 Süddeutsche Zeitung, 27. Juni 1963, S. 1
- 26 Ildegard Baumgart (Anm. 8), S. 261 f.

KAPITEL 11

Der englische und der amerikanische Prozess

- 1 Walter David: Vermerk über ein Ferngespräch mit einem Sprecher der Bundesregierung. 10. März 1964. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 2 Welt am Sonntag, 15. März 1964
- 3 Aktennotiz von Walter David, 20. Juli 1965. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 4 Jürgen Rühle und Gunter Holzweissig: 13. August 1961. Die Mauer in Berlin. Köln 1981, S. 112
- 5 Bericht einer Brigade der Kreisleitung der SED Jena-Stadt zur Überprüfung von Ursachen von Westabgängen im VEB Carl Zeiss Jena.
- 6 Aktennotiz von Walter David, 20. Juli 1965. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 7 House of Lords: Carl-Zeiss-Stiftung gegen Rayner & Keeler Limited. 18. Mai 1966. Deutsche Übersetzung des Urteils. Hier S. 10. Ebd.

- 8 Brief von Frederick Alexander Mann an Ernst Steindorff, 10. August 1966. Ebd.
- 9 Walter David: Niederschrift über Besprechungen in Bonn am 10./11. Juni 1966. Ebd.
- 10 Entwurf eines Briefes an Bundesaussenminister Dr. Gerhard Schröder. 22. Juni 1966. Ebd.
- 11 Rolf Lahr: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1954-1974. Hamburg 1971, S. 452
- 12 Ebd. S. 453
- 13 Golo Mann: Zwölf Versuche. Frankfurt am Main 1973, S. 136
- 14 Willy Brandt: Erinnerungen. Frankfurt am Main 1989, S. 168
- 15 Frederick A. Mann: Deutschlands Rechtslage. In: Juristenzeitung, Heft 19/1967, S. 585-591; Heft 20/1967, S. 617-625
- 16 Brief von Joachim Peterke an den Verfasser, 2. Oktober 2001. Aktenbestand Peterke im Archiv der Rechtsabteilung Carl Zeiss Oberkochen
- 17 Cross-Examination von Heinz Küppenbender am 14. September 1967. United States District Court of New York. 62 Civ. 850. Stenographer's Minutes. Vol. 4, S. 478. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 18 Joachim Peterke: Der Londoner Zeiss-Prozess. Stuttgarter Phil. Diss. 2002, S. 153
- 19 Willy Brandt (Anm. 14), S. 171

KAPITEL 12

Die Londoner Vereinbarung

- 1 Bundeskanzler Brandt: Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132/1969
- 2 Süddeutsche Zeitung, 20. März 1970, S. 3
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Süddeutsche Zeitung, 22. Mai 1970, S. 3
- 6 Arnulf Baring: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Stuttgart 1982, S. 290
- 7 Joachim Peckert: Zeitwende zum Frieden. Ostpolitik miterlebt und mitgestaltet. Herford 1990, S. 188
- 8 Willy Brandt: Erinnerungen. Frankfurt 1989, S. 214
- 9 Ebd. S. 230f.
- 10 Brief von Frederick Mann an Walter David, 25. Januar 1971. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 11 Joachim Peterke: Der Londoner Zeiss-Prozess. Stuttgarter Phil. Diss. 2002, S. 189
- 12 Verhandlung mit dem VEB Carl Zeiss Jena in Jena am 16. Mai 1987. Proto-

- koll von Claudia Bolsinger. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Rechtsabteilung
- 13 Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft. München 1998, S. 210
- 14 Ebd. S. 209

KAPITEL 13

Heinz Küppenbender und die Olympischen Spiele 1972

- 1 Adolf Hofem: Lebenserinnerungen. Unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript. Bd. III, S. 539
- 2 Ebd. S. 540
- 3 Interview von Armin Hermann und Reinhard Smettan mit Frau Margret Schönle und Horst Skoludek, 19. Oktober 2001
- 4 Ebd.
- 5 Mein Gott, warum hast Du uns nicht verlassen. In: Capital. Heft 10/1971, S. 39-42. Hier S. 39
- 6 Ebd.
- 7 Interview (Anm. 3)
- 8 Hans-Jochen Vogel: Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre. München 1972, S. 96
- 9 Süddeutsche Zeitung, 12. September 1972, S. 3
- 10 Süddeutsche Zeitung, 11. September 1972, S. 3
- 11 Hans-Jochen Vogel: Nachrichten. Meine Bonner und Berliner Jahre. München 1996, S. 22

KAPITEL 14

Koexistenz

- 1 Les Prix Nobel en 1971. Stockholm 1972, S. 287
- 2 Günther Nollau: Das Amt. 50 Jahre Zeuge der Geschichte. München 1978, S. 255
- 3 Betrifft Verfassungsschutz 1976, S. 132f.
- 4 Kreisdienststelle Jena. Auftrag für GM «Sonne». Jena, 6. August 1956. Gauck-Behörde Gera
- 5 Ministerium für Staatssicherheit. Objektdienststelle Zeiss: Bearbeitungskonzeption zur Aufklärung und Bearbeitung der politischoperativen Schwerpunkte von Opton Oberkochen. Datiert 15. April 1974
- 6 Bezirksverwaltung Gera. OD Kombinat Carl Zeiss Jena: Erst-Einschätzung. Datiert 29. April 1972
- 7 Horst Krüger: Ostwest-Passagen. München 1980, S. 109
- 8 Ludwig A. Rehlinger: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten. Frankfurt und Berlin 1993, S. 133

- 9 Ebd. S. 146
- 10 Gauck-Behörde Gera. BV Gera. Abt. XVIII. ZMA 3185. Sicherungsvorgang Horizont
- 11 Walter David: Die Reise nach Hause. Unveröffentlichtes Manuskript vom 28. Juni 1977, Privatbesitz
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Ministerium für Staatssicherheit. BV Gera, OD Zeiss Jena. Informationsbedarf zum B-Auftrag. Dr. David, 9. Juni 1977
- 15 Walter David (Anm. 11)
- 16 Aktivitäten des Konzerns Opton Oberkochen gegen den VEB Carl Zeiss Jena. Aufzeichnung des MfS. Streng geheim! Berlin, 25. Juli 1975
- 17 Ludwig A. Rehlinger (Anm. 8), S. 56

KAPITEL 15

Die Staatssicherheit

- 1 BStU Görlich, Bd. 1, S. 88f. Zitiert nach Reinhard Neunhöffer: Jenaer Lasertechnik zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Staatssicherheit. Stuttgarter Phil. Diss. 2001, S. 139
- 2 BStU Görlich, Bd. 16, S. 130. Zitiert nach Reinhard Neunhöffer (Anm. 1)
- 3 Bericht über die durchgeführte Werbung. Datiert Berlin, 15.11.1971. HA XVIII/812. MfS XI/859/71. IM «Hubertus». Akte I, BStU Paginierung S. 29
- 4 MfS/XI/784/70. IM «Klaus-Peter». Bd. I, 1. BStU Paginierung S. 193
- 5 Reiner Kunze: Die wunderbaren Jahre. Frankfurt am Main 1978, S. 49. – Auch Kunze wurde von der Stasi überwacht.
- 6 Strafgesetzbuch der DDR. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 1986, S. 6
- 7 MfS. IM «Klaus-Peter». Bd. I, 2. BStU Paginierung S. 146
- 8 Treffbericht vom 10. Juli 1986
- 9 Notizen und dokumentarische Fragmente zur Entwicklung der Carl-Zeiss-Stiftung und ihrer Warenzeichensituation im Prozess mit dem westdeutschen Pseudounternehmen Heidenheim. Gutachten für das MfS, Objektdienststelle Zeiss. Verfasser: IMV H. Straube. Datiert 15. April 1976
- 10 Abschlussbericht zum Operativ-Vorgang «Techniker». Reg.-Nr. X/31/73 vom 9. April 1976. Objektdienststelle Zeiss
- 11 Ebd. S. 5
- 12 Katharina Schreiner: Das Zeiss-Kombinat (1975-1989). Ein fragmentarisches Zeitzeugnis. Jena 1999, S.103
- 13 Sicherungsvorgang «Horizont». Gauck-Behörde Gera. Archivsignatur ZMA 3185. Abt. XVIII. Bericht vom 9. April 1974

- 14 Ebd.
- 15 BStU, XV, 784/70, Bd. II, 2, S. 14
- 16 Die Zeit, 18. Dezember 1981, S. 2
- 17 IM «Erich Ehm». Gauck-Behörde Gera
- 18 BStU, MfS XV/1890/77/II, Bd. II, S. no. Zitiert nach der Zulassungsarbeit von Otto Bernd Kirchner am Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik der Universität Stuttgart (Dezember 1998)
- 19 MfS. Objektdienststelle Zeiss. WS 0050-192/89

KAPITEL 16

Die Ära Biermann

- 1 Theo Pirker, M. Rainer Lepsius et al.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen. Opladen 1995, S. 220f. (Hier Gespräch mit Wolfgang Biermann auf S. 213-235)
- 2 Katharina Schreiner: Das Zeiss-Kombinat (1975-1989). Ein fragmentarisches Zeitzeugnis. Jena 1999, S. 27f.
- 3 Ebd. S. 39
- 4 Ebd. S. 28
- 5 Ebd. S. 30f.
- 6 Theo Pirker, M. Rainer Lepsius et al. (Anm. 1), S. 232
- 7 Katharina Schreiner (Anm. 2), S. 34
- 8 Ebd. S. 101
- 9 Ebd. S. 99 f.
- 10 Ebd. S. 57
- 11 Theo Pirker, M. Rainer Lepsius et al. (Anm. 1), S. 233
- 12 Franz Josef Strauss: Die Erinnerungen. Hamburg 1989, S. 471 f.
- 13 Edward Teller: Better a Shield than a Sword. New York 1987, S. 22
- 14 Franz Josef Strauss: Die geopolitische Herausforderung des Westens. In: Politische Studien. Zeitschrift für Politik und Zeitgeschehen. H. 238, 1986, S. 389
- 15 «Wir liefern nicht von der Stange, sondern schneiden nur nach Mass.» Interview von Wolfram Huncke und Wolfram Knapp mit Horst Skoludek. In: Bild der Wissenschaft. H. 5, 1986, S. 82-90
- 16 Protokoll Besuch Jena am 9./10. Juli 1990. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 17 Otto Bernd Kirchner: Wafer-Stepper und Megabit-Chip. Die Rolle des Kombinats Carl-Zeiss-Jena in der Mikroelektronik der DDR. Stuttgarter Phil. Diss. Stuttgart 2000, S. 195
- 18 Katharina Schreiner (Anm. 2), S. 84
- 19 Ebd. S. 85
- 20 Neues Deutschland, 7. Mai 1990, S. 6
- 21 Volkswacht, 24. Mai 1986, S. 3

- 22 Franz Josef Strauss (Anm. 12), S. 492
23 Neues Deutschland, 13. September 1988, S. 1

KAPITEL 17 Die Wende

- 1 100 Jahre Carl-Zeiss-Stiftung Jena 1889-1989. Jena 1989, S. 38
- 2 Stuttgarter Zeitung, 26. Mai 1989, S. 6
- 3 Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. München 1997, S. 624
- 4 Der Scheinwerfer, 10. Oktober 1989, S. 5
- 5 Armin Mitter und Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 486
- 6 Süddeutsche Zeitung, 10. Oktober 1989, S. 3
- 7 Gunnar Berg und Hans-Hermann Hartwig (Hrsg.): Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Opladen 1994, S. 150
- 8 Reiner Tetzner: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten. Oktober 1989 bis 1. Mai 1990. Frankfurt 1990, S. 17
- 9 Ebd. S. 18
- 10 Egon Krenz: Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen. Wien 1990, S. 144
- 11 Ebd. S. 144f.
- 12 Katharina Schreiner: Das Zeiss-Kombinat (1975-1989). Ein fragmentarisches Zeitzeugnis. Jena 1999, S. 123 f.
- 13 Der Scheinwerfer, 21. November 1989, S. 5
- 14 Egon Krenz (Anm. 10), S. 180
- 15 Süddeutsche Zeitung, 11./12. November 1989, S. 3
- 16 Ebd.
- 17 Hans-Dietrich Genscher (Anm. 3), S. 659
- 18 Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991, S. 28f.
- 19 Gauck-Behörde Gera. BStV, MfS XV/1890/77/II, Bd. 2, S. 136f. (IM «Michael»)
- 20 Stuttgarter Zeitung, 4. Dezember 1989, S. 3
- 21 Helmut Kohl: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989 bis 1991. Bd. 1. Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1992, S. 316f.
- 22 Göttinger Tageblatt, 13. November 1989
- 23 Der Scheinwerfer, 28. November 1989, S. 2
- 24 Stuttgarter Zeitung, 4. Dezember 1989, S. 3
- 25 Stuttgarter Zeitung, 13. Dezember 1989, S. 3
- 26 Helmut Kohl: «Ich wollte Deutschlands Einheit.» Berlin 1996, S. 213 f.
- 27 Horst Teltschik (Anm. 18), S. 87
- 28 Helmut Kohl (Anm. 26), S. 220

- 29 Brief von Horst Skoludek an Lothar Späth, 20. Dezember 1989. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 30 Gesprächsnotiz von Gustav Pieper. Inoffizielles Treffen in Riegelsberg (Komeg) am 9.1.1990. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 31 Axel Hacke: Die erschreckende Normalität des Verfalls. In: Süddeutsche Zeitung, 24. Januar 1990, S. 3
- 32 Persönliche Mitteilung von Dr. Horst Skoludek, 21. Mai 2001

KAPITEL 18

Die Wiedervereinigung

- 1 Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991, S. I54
- 2 Hans-Ulrich Kempfski: Stunden, die nicht wiederkommen. Warum sich der Bonner Kanzler mit Otto von Bismarck vergleichen lässt und wie ihn dabei im Massenrausch Hunderttausende umjubeln. In: Süddeutsche Zeitung, 12. März 1990, S. 3
- 3 Hans-Jochen Vogel: Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre. München 1996, S. 322
- 4 Horst Teltschik (Anm. 1), S. 324
- 5 Ebd. S. 329f.
- 6 Ebd. S. 338
- 7 George Bush and Brent Scowcroft. A World Transformed. New York 1998, S. 282. – Auf die Bedeutung des Gipfeltreffens in Washington hat mein Kollege Andreas Rödder hingewiesen.
- 8 Der Scheinwerfer, 9. Januar 1990, S. 2
- 9 Protokoll von Dr. Walter Häcker für die Stiftungsverwaltung der Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim vom 18. Juni 1990
- 10 Peter Pries: Das Ende der Zeiss-Legende. In: Volkswacht, 26. Juni 1958, S. 1-2. Hier S. 2
- 11 Der Scheinwerfer, 10. Juli 1990, S. 2
- 12 Helmut Kohl: «Ich wollte Deutschlands Einheit.» Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. Berlin 1996, S. 386f.
- 13 Welt am Sonntag, 8. Juli 1990, S. 26
- 14 Reisebericht 10. und 11. Juli 1990 bei VEB Jena. MI-PB-ELO/Dku/Hnz
- 15 Interview des Verfassers mit Dr. Uwe Reinert, 2. Mai 1997
- 16 Der Scheinwerfer, 2. Oktober 1990, S. 1
- 17 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr. 118 vom 5. Oktober 1990
- 18 Ebd.
- 19 Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH: Grundlinie des Sanierungskonzeptes. 20. Oktober 1990, S. 1
- 20 Handschriftliche Notiz von Dr. Horst Skoludek. Datiert 30. Oktober 1990. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung

- 21 Süddeutsche Zeitung, 30. November 1990, S. 3
- 22 Protokoll über die Sitzung des Aufsichtsrates der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH am 14. Dezember 1990. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 23 Memorandum an die Geschäftsleitung in Oberkochen vom 14. Dezember 1990. Verfasst von Fritz-Peter Schäfer. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 24 Notiz von Georg Steinbichler über ein Gespräch mit Klaus-Peter Wild am 22. Dezember 1990. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 25 Protokoll über die Sitzung des Aufsichtsrates der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH am 4. Februar 1991. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 26 Brief von Roland Schelling (Stuttgart) an Klaus-Dieter Gattnar (Jena), 21. Februar 1990. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 27 «5 vor 12» – Demonstration auf dem Platz der Kosmonauten in Jena am 13. Februar 1991. Abschrift eines Tonbandmitschnittes. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 28 Ebd.
- 29 Protokoll der Sondersitzung des Vorstandes am 22. Februar 1991
- 30 Der Tagesspiegel, 22. Februar 1991
- 31 Prisma. Informationen für Mitarbeiter der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH. Heft 3/91, S. 4
- 32 Besprechung mit Herrn Späth, Dr. Schelling und Sko am 22. April 1991 im Restaurant Solitude. Handakten Dr. Skoludek. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 33 Protokoll über die Sitzung des Aufsichtsrates der Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH am 13. April 1991 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 34 Hartmut Reichl: Um fünf war alles gegessen. In: Das unmögliche Unternehmen. Jenoptik 1991-2000. Momentaufnahmen aus den ersten zehn Jahren. Jena 2001, S.40f.
- 35 Ebd.
- 36 Grundsatz Vereinbarung ... Datiert Berlin, 25. Juni 1991. Handakten Dr. Skoludek. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv der Geschäftsleitung
- 37 Carl Zeiss. Presseinformation Nr. 97. November 1991. Carl Zeiss Oberkochen. Archiv des Optischen Museums

KAPITEL 19 Blühende Landschaften

- 1 Helmut Kohl: «Ich wollte Deutschlands Einheit.» Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. Berlin 1996, S. 387
- 2 Süddeutsche Zeitung, 5. Oktober 1994, S. 3
- 3 Süddeutsche Zeitung, 7. Oktober 1994, S. 4

- 4 Süddeutsche Zeitung, 5. Oktober 1994, S. 3
- 5 SPD-Informationen aus dem Thüringer Landtag. Nr. 3/1992, S. 1
- 6 Gerd Schuchardt. Einer von uns. Broschüre zur Landtagswahl 1994. Herausgegeben vom SPD-Landesverband Thüringen
- 7 Der Spiegel, 17. Oktober 1994
- 8 Stuttgarter Zeitung, 17. Oktober 1994, S. 13
- 9 Pressearchiv Carl Zeiss Oberkochen
- 10 Zitiert nach «Streiflichter 1995-2000. Festschrift für Peter Grassmann.» Unikat im Besitz von Dr. Grassmann
- 11 Zeiss im Bild. Zeitschrift für die Werksangehörigen von Carl Zeiss. Oktober 1994, S. 5
- 12 Protokoll der Unternehmensratssitzung vom 20. Oktober 1994. Zitiert mit Genehmigung des alten und des neuen Stiftungskommissars
- 13 Münsterländische Tageszeitung, 21. Oktober 1994
- 14 Schwäbische Post, 21. Oktober 1994
- 15 Südwest-Presse Ulm, 22. Oktober 1994, S. 2
- 16 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 1994
- 17 Schwäbische Zeitung, 26. Oktober 1994
- 18 Ostthüringer Zeitung, 22. Oktober 1994 (Seite Thüringen)
- 19 Ostthüringer Zeitung, 11. November 1994 (Seite Berichte & Hintergrund)
- 20 Frankfurter Rundschau, 3. November 1994, S. 16
- 21 Schwäbische Zeitung, 9. November 1994
- 22 Interview des Verfassers mit Peter Grassmann, 1. November 2001
- 23 Ebd.
- 24 Zeiss im Bild. Sonderausgabe vom 20. März 1995
- 25 Interview (Anm. 22)
- 26 Thüringische Landeszeitung, 31. Dezember 1994, Seite Wirtschaft
- 27 Interview (Anm. 22)
- 28 Zum Aushang. Mitteilung an die Mitarbeiter der Carl Zeiss Jena GmbH. Pressearchiv Carl Zeiss Oberkochen
- 29 Interview mit Dieter Kurz, 21. Januar 2002. Die Mitteilungen des Vorstandssprechers sind frei interpretiert.
- 30 Ebd.
- 31 Interview (Anm. 22)
- 32 Zeiss im Bild. Informationen für die Belegschaft der Carl-Zeiss-Gruppe. Heft 1/96, S. 10

KAPITEL 20

Ein weites Feld

- 1 Günter Grass: Ein weites Feld. Roman. Göttingen 1995, S. 517
- 2 Ebd. S. 324f.
- 3 Und es muss gesagt werden. Ein Brief von Marcel Reich-Ranicki an Günter

- Grass zu dessen Roman «Ein weites Feld». In: Der Spiegel, 21. August 1995, S. 162-169. Hier S. 169
- 4 Günter Grass (Anm. 1), S. 140
 - 5 Statut der Carl-Zeiss-Stiftung. § 3
 - 6 Thüringische Landeszeitung, 20. November 1996
 - 7 Innovationen – Weg in eine gute Zukunft. Rede des Bundeskanzlers in Jena. Bulletin der Bundesregierung vom 11. Dezember 1996
 - 8 Ebd.
 - 9 Zeiss im Bild. Informationen für die Belegschaft der Carl-Zeiss-Gruppe. Ausgabe 5/97, S. 18 – Die Rezeptfertigung wurde in Korea aufgebaut.
 - 10 Günter Grass plädiert für eine rot-grüne Koalition. In: Ostthüringer Zeitung, 5. September 1998
 - 11 Regierungserklärung vom 20. November 1998. Bulletin der Bundesregierung Nr. 484/98
 - 12 Arnulf Baring: Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stuttgart 1999, S. 315
 - 13 Süddeutsche Zeitung, 23. August 1999, S. 7
 - 14 Hans-Jochen Vogel: Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre. München 1996, S. 380
 - 15 Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. München 1997, S. 888
 - 16 Süddeutsche Zeitung, 21. Juni 1991, S. 4
 - 17 Süddeutsche Zeitung, 13. September 1999
 - 18 Süddeutsche Zeitung, 1. Oktober 1999, S. 17
 - 19 Les Prix Nobel. The Nobel Prizes. 1999. Stockholm 2000, S. 205
 - 20 Zeiss im Bild. Informationen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Carl Zeiss Gruppe. Dezember 2000, S. 8
 - 21 Ebd. S. 8f.
 - 22 Statut der Carl-Zeiss-Stiftung. § 37
 - 23 Oberlandesgericht Stuttgart, 9. Zivilsenat. Urteil verkündet am 28. Oktober 1998. Geschäftsnummer 9 U 187/97
 - 24 Hans-Peter Schwarz: Wiedervereinigung und Bahnreform 1989-1994. In: Lothar Gall und Manfred Pohl (Hrsg.): Die Eisenbahn in Deutschland. München 1999. S.377-418. Hier S. 397
 - 25 Heinz Dürr: Neuordnung der Carl-Zeiss-Stiftung. In: Die unternehmensverbundene Stiftung (= Forum Deutscher Stiftungen. Bd. 10). Berlin 2001, S. 15-28. Hier S. 24
 - 26 Ebd. S. 23
 - 27 Niederschrift über die Sitzung des Unternehmensrates des Stiftungsunternehmens Carl Zeiss am 21. November 2000 in Stuttgart, S. 8
 - 28 Herbstpressekonferenz, 27. November 2000 in Frankfurt. Foliensatz. Carl Zeiss Oberkochen. Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

KAPITEL 21
Fit für das 21. Jahrhundert

- 1 Dr. Hermann Gerlinger: Wir haben ein phantastisches Team an Mitarbeitern.
In: Halbleiteroptik. Report zur Eröffnung des Carl Zeiss Lithografieoptik-
Werkes, S. VII
- 2 Interview mit Dieter Kurz am 28. Mai 2002
- 3 Ebd.
- 4 Ebd. – Die erwähnten «hochrangig besetzten Studienkreise» haben die fol-
genden beiden Studien publiziert: 1. National Research Council (Hrsg.):
Harnessing Light. Optical Science and Engineering for the 21st Century.
Washington D.C. 1998. 2. Deutsche Agenda. Optische Technologien für das
21. Jahrhundert. Lenkungskreis Optische Technologien. Düsseldorf 2000. –
Zeiss-Mitarbeiter Dr. Augustin Siegel ist Sprecher des vom Bundesministe-
rium für Bildung und Forschung geförderten Lenkungskreises.

Personenregister

- Abbe, Elise geb. Snell 63, 75
Abbe, Ernst 20f., 25, 47, 53, 63, 67,
73ff., 77, 95, 102, 179f., 183, 185,
212, 214f., 219, 227, 237, 271f.,
363f., 366, 387f., 398, 416, 429,
435, 449, 453, 475, 493ff., 512,
515, 517, 525, 527, 531, 535
Abicht, Joachim 365
Abs, Hermann J. 122, 173, 227, 295
Acheson, Dean 249
Adenauer, Konrad 65, 126-130, 140-
143, 186, 193-203, 227f., 249f.,
264, 276
Adolphs, Wolfgang 481
Ahlers, Conrad 278
Anschütz-Kaempfe, Hermann 188
Arnold, John 282ff.
Arnold, Karl 130
Ast, Jürgen 495
Attlee, Clement 47, 112
Axen, Hermann 143

Bachmann, Bernd 346
Bahr, Egon 309f.
Baker, James 389
Bardeen, John 367
Barlach, Ernst 349
Barth, Arno 39, 93, 101-104, 342
Barzel, Rainer 309
Bäuerle, Thomas 101
Bauersfeld, Walther 25, 34, 38f.,
43ff., 82, 87, 100f., 103, 179, 181,
214, 234, 239, 475, 495
Bayer, Thomas F. 473, 481
Becher, Johannes R. 132, 134, 190
Beck, Hans 319
Bednorz, Georg 368
Behnisch, Günther 304

Beil, Gerhard 363
Berger, Manfred 416, 431
Beria, Lawrentij 154
Berlien, Olaf 405, 529f.
Bernard, Karl 221
Bevin, Ernest 98
Biermann, Rosemarie 365
Biermann, Wolfgang 209, 291,
339f., 334, 347, 352, 355-369,
372, 374f., 377ff., 391f., 398,
400ff., 407, 412, 447, 475, 496
Bihlmaier, Oskar 51-56, 70, 142,
177f.
Binnig, Gerd 368
Birkenbeil, Otto in, 148ff., 164, 166,
209f.
Bismarck, Otto Fürst von 421, 426
Bittner, Horst 281
Blankenhorn, Herbert 128, 194
Blobel, Günter 506 f.
Blume, Paul 148
Boegehold, Hans 134
Böhme, Ibrahim 422
Böker, Gunther 313 ff., 317
Böll, Heinrich 252
Bolsinger, Claudia 378
Born, Max 187
Bosch, Gustav 179
Bosch, Robert 179
Brandt, Willy 15, 235, 240, 243,
247-250, 266, 270, 275-282, 306,
308-313, 349, 404, 406, 422, 437,
475, 500, 505
Brattain, Walter 367
Braun, Ursula 293
Braune, Hans 148f., 153
Brayer, Irving 31 ff.
Brentano, Heinrich von 195, 197,
200, 233
Breschnew, Leonid 289f., 359

- Breuel, Birgit 454, 484
 Bruyn, Günter de 236
 Buchterkirchen, Hermann 125
 Buchwald, Eberhard 113
 Bulganin, Nikolai 196f., 199-202
 Burckhardt, Jacob 293
 Bush, George 389, 423, 426
 Büttner, Kurt 289
- Calsow, Georg 81, 87
 Carlyle, Thomas 12
 Carstens, Karl 266
 Castro, Fidel 286
 Chruschtschow, Nikita 195-199,
 234f., 242
 Churchill, Winston 32, 47 ff., 66,
 112, 143
 Clay, Lucius D. 98, 243
 Cohn-Bendit, Daniel 302
 Conant, James B. 141
 Corghi, Benito 328
 Cornell, Erich A. 506
 Cross, Arthur Geoffrey 256 ff.
 Cuvilliers, François 382
 Cyrankiewicz, Josef 281
 Czapski, Siegfried 47, 63, 366
- Dannberg, Wolf 319
 Daume, Willi 304
 David, Walter 82, 95, ioif., 164f.,
 175f., 181-184, 218, 234, 255,
 257f., 261 ff., 272, 283f., 288, 291,
 319, 324-329, 333, 342, 388, 430,
 524, 526
 Deckel, Hans 295
 Dehler, Thomas 130
 Dertinger, Georg 134
 Diener, Alfred 162
 Döbert, Frank 344, 474
 Dobrowolski (sowj. General) 55, 71
 Dömel, Jürgen 461, 474
 Döring, Walter 510
 Dorn, Helmut 364
 Duchac, Josef 438, 447 f., 452, 454
- Dulles, John Foster 141
 Dürr, Heinz 422f., 513-516, 519
- Eckermann, Johann Peter 154
 Eckhardt, Felix von 141f., 194f.,
 197 ff.
 Eggerath, Werner 115
 Ehard, Hans 84
 Einem, Neithardt von 378, 388, 416,
 452, 493, 525 ff.
 Einstein, Albert 11, 46, 170, 187f.
 Eisenhower, Dwight D. 141f., 235
 Eisfeld, Else 164
 Eisler, Hanns 132, 134
 Engler, Helmut 428 f.
 Erhard, Ludwig 122, 126, 130, 227,
 229, 264f., 534
- Falkenhausen, Franz-Ferdinand von
 409, 518
 Farthmann, Friedhelm 438
 Fechter, Peter 246 ff.
 Fiedler, Horst 435
 Fischer, Walter 147f., 209 f., 218
 Fontane, Theodor 491
 Förster, Paul 166
 Franck, James 367
 François-Poncet, André 128
 François-Poncet, Jean 383
 Frankenberg, Peter 524
 Franz, Hermann 465 f., 469, 473,
 477, 479-482, 496 ff.
 Friedrich II., König von Preussen 12
 Fritsch, Manfred 518
 Fritsche, Hans 68
 Fröbel, Fritz 82
 Fugert, Hans-Kurt 473, 481
- Gallerach, Ernst 475
 Gattnar, Klaus-Dieter 416 f., 427,
 441 f., 451, 455
 Gaulle, Charles de 249, 252
 Gehlen, Reinhard 206

Geiler, Karl 104
Genscher, Hans-Dietrich 134, 308,
389f., 406, 421, 424, 437, 504
Gerlach, Jürgen 433
Gerlach, Manfred 408
Gerlinger, Hermann 526
Gerstenmaier, Eugen 251
Gewinner, Herbert 145f., 236f.
Gewinner, Margot 236f.
Glatzel, Erhard 319
Goddard, George W. 32, 51, 99, 121
Goebbels, Joseph 12
Goethe, Johann Wolfgang von 154
Gohlke, Reiner 513
Goll, Gerhard 452
Gorbatschow, Michail 373,
389ff., 393f-, 407, 423-426
Gorbatschowa, Raissa 424f.
Göring, Hermann 240
Görlich, Paul 148, 153, 333ff., 343
Gorny, Norbert 530f.
Gossler, Fritz 87, 121
Gottwald, Dieter 223-226
Grass, Günter 491 f., 500f., 505f.,
510
Grassmann, Peter 477-490, 495, 500,
507-511, 517ff.
Grassmann, Wolfgang 509
Grewe, Wilhelm 194
Grolle, Joist 120, 165
Gromyko, Andrej 280f.
Gross, Werner 327
Grotewohl, Otto 66f., 73, 95,
132 ff.
Grünewald, Herbert 387
Guillaume, Christel 313
Guillaume, Günter 311ff.
Gulbrandsen, Henry 57f.
Günther, Norbert 76f., 83, 227

Hallstein, Walter 201
Hämel, Josef 185, 231

Hansen, Larry 509
Harting, Hans 63, 65, 73, 93
Hauptmann, Gerhart 378
Hauser, Walter 166, 209f.
Hedrich, Rainer 417, 442
Heimpel, Hermann 214
Heinemann, Gustav 130
Heinemann, Thomas 428
Heisenberg, Werner 122, 169
Held, Wolfgang 398
Helmstädter, Ernst 461
Hempel, Johannes 396
Henrichs, Paul 17, 25, 34, 37ff., 45,
50f., 59, 75f., 82, 87, 100f., 110,
122, 135, 178, 181, 234, 430, 475,
490
Herrmann, Joachim 390, 397
Herrmann, Jobst 419, 452f., 463-469,
481, 521, 534
Hertz, Gustav 367
Heuss, Theodor 20, 67, 128, 138f.,
178ff., 184, 189f., 202, 214, 233,
496
Heym, Stefan 155, 411, 423, 474f.
Himmler, Heinrich 13
Hirsch, Richard 101
Hitler, Adolf 12, 14f., 19, 24, 46, 68,
170f., 198
Hochstetter, Herbert 441
Hofern, Adolf 13, 21f., 53, 81-84, 88-
91, 96f., 121, 152, 177f., 242,
295 f., 490
Hofern, Erdmuthé 90, 92
Hofern, Jutta 83, 88 ff.
Hofern, Rainer 90, 92, 490
Hoffmann, Wilhelm 188, 190
Hoffmann von Fallersleben, August
Heinrich 139
Hoffmeister, Hans 495
Holzwarth, Erich 434, 467, 474, 482
Honecker, Erich 143, 289 f., 311,
322, 349ff., 360, 371 f., 379-385,
389, 393, 397
Hoth, Hermann 19

Hübner, Martin 495
Hund, Friedrich 63, 115

Ibrahim, Jussuf 75
Infeld, Leopold 187

Jackson, Robert 268
Jackson, William E. 268, 387
Jahr, Herbert 166
Janiak, Lothar 362, 435
John, Otto 171, 191
Johnson, Lyndon 243
Joos, Georg 25, 34f., 39f., 51, 475, 478

Kämmer (Stasi-Major) 207
Kammerer, Bernhard 416, 442
Kammerzell, Alfred 166
Kantorowicz, Alfred 15, 226
Kaschke, Michael 530, 532f.
Kaschlik, Knut 379
Kastner, Hermann 120
Kempski, Hans Ulrich 276f.
Kennan, George F. 48
Kennedy, John F. 248-251
Kerr, Michael 284
Kessler, Heinz 248
Kessler, Siegfried 238f., 270
Kiesinger, Kurt Georg 169f., 195, 266, 273, 298, 299
Kinder, Walter 43 f.
Kissinger, Henry 383
Klein, Hans 424
Klemm, August 70, 134
Kloppfleisch, Erich 315 ff.
Knickerbocker, Hubert R. 203
Koch, Robert 532
Kogon, Eugen 125
Kohl, Helmut 370, 382, 389, 406, 409, 413ff., 421, 423-426, 431, 436-440, 448, 454, 459, 462, 475, 496-501, 503ff., 522
Kohl, Michael 309f.
Kolesnitschenko (sowj. General) 111
Konjew, Iwan Stepanowitsch 98

Kopelew, Lew 78 f.
Kortum, Herbert 56
Kotthaus, August 34, 87
Kreisky, Bruno 252
Krenz, Egon 247, 390, 394, 397, 403, 412
Krüger, Horst 321
Kuhlenkampf, Helmuth 44
Kühn, Gerhard 15 2, 297, 490, 509
Kunz, Theodor 104
Kunze, Reiner 337
Küppenbender, Heinz 16-21, 24-28, 32-43, 50f., 59, 76f., 82f., 87f., 100f., 110, 120, 122f., 174, 177f., 181, 211, 227, 234, 239, 269ff., 283f., 291, 293-303, 306, 388, 430, 475, 509
Küppenbender, Karin 302
Kurz, Dieter 243, 303, 432, 487ff., 508, 517, 522ff., 526-530, 533-536

Lafontaine, Oskar 382, 440
Lahr, Horst 242
Lahr, Rolf 136ff., 140, 228, 242, 264, 290
Lang, Walter 319
Lang, Wilfried 323
Lange, Richard 113
Laue, Max von 187
Lehmann, Hans 110ff.
Leisegang, Hans 113-116
Lemke, Rudolf 113
Lemmer, Ernst 233 f.
Leonhardt, Paul 150
Leuze, Eduard 298f.
Ley, Robert 12
Littmann, Gert 67
Löbe, Paul 180
Loewe, Lothar 261
Löwe, Fritz 63, 75, 93
Lübke, Heinrich 251, 273, 296
Lübke, Wilhelmine 296

Maaz, Hanns ui, 509
 Maizière, Lothar de 423, 436
 Malenkow, Georgi 142
 Maleuda, Günther 408
 Mann, Frederick Alexander 261f.,
 266, 272, 284, 291
 Mann, Golo 265
 Mann, Thomas 5, 11, 123 ff., 154,
 188-192
 Mansfield, Walter R. 270f.
 Maris, Willem 488
 Marquardt, Otto 73, 75, 94
 Martin, Heinz 67, 126, 251, 313
 Masur, Kurt 436
 McCloy, John 268
 Megarry, Robert 284f.
 Meier, Felix 209, 385
 Meir, Golda 308
 Mende, Erich 233
 Menge, Marlies 367
 Merkle, Hans L. 302
 Meyer, Sigmund 37, 99
 Michel, Kurt 532
 Michel, Peter 400
 Michelberger (Stasi-Oberstleutnant)
 210
 Michler, Edwin 482, 487
 Mielke, Erich 143, 311, 348, 394
 Mikojan, Anastas 228 f.
 Mischnick, Wolfgang 232f., 421
 Mittag, Günter 209, 355, 361,
 363, 375, 377, 379, 325, 397
 Mitterrand, François 349, 370
 Modrow, Hans 407 f., 413 f., 419,
 423
 Möhrle, Josef 303
 Möllenstedt, Gottfried 528
 Molotow, Wjatscheslaw 198, 200
 Momper, Walter 404, 406
 Montgomery, Bernard 98
 Morgenthau, Henry 45 f.
 Müller, Gebhard 179
 Müller, Karl 203
 Müller, Karl Alexander 368
 Müller, Karlheinz 428
 Müller, Lothar 362f.
 Müller, Rudolf 343 ff.
 Müller, Werner 522
 Münster, Clemens 68
 Mütze, Klaus 352, 363, 379, 417,
 442
 Nagib, Ali Mohammed 175f.
 Nasser, Gamal Abd el- 175 f.
 Naumann, Friedrich 67
 Nelson, Carl E. 35f., 387
 Nendel, Karl 385
 Neuffer, Felix 166
 Neumann, Günter 437
 Nickel, Michael 428
 Niess, Hans 325
 Nordwig, Wolfgang 303
 Norkus, Eckhardt 163
 Nuschke, Otto 134

 Oetinger, Bolko von 433, 445
 Ohga, Norio 508
 Ollenhauer, Erich 193, 203
 Onassis, Aristoteles 172
 Opitz, Ernst 55
 Oppenheimer, J. Robert 11
 Ortlepp, Fritz 212f.

 Papen, Franz von 68
 Pardow, Hans 164
 Patton, George S. 13
 Paul, Rudolf 70, 85
 Pchalik, Gerhard 341 f.
 Peckert, Joachim 196, 198, 200f.,
 275, 280f.
 Pieck, Wilhelm 73, 132, 134, 240
 Pieper, Gustav 416
 Pistor, Hermann 34, 63
 Pries, Peter 429
 Prokofieff, Sergei 199
 Pulz, Artur 56
 Pünder, Hermann 126

 Ramb, Rudolf 81
 Ramming, Rainer 468
 Rasch, Ernst 237ff.

- Rathgeb, Manfred 481
 Rau, Heinrich 156
 Rau, Käthe 208 ff.
 Reagan, Ronald 372
 Rehlinger, Ludwig A. 322, 330
 Reich-Ranicki, Marcel 492
 Reichl, Hartmut 450ff.
 Reichrath, Christine 341
 Reichrath, Rudolf 255, 288f., 319,
 316f., 340-343
 Reifenberg, Benno 214
 Reinert, Uwe 433f., 445, 466
 Reinhold, Bernd 410, 416
 Reng, Georg 258, 260
 Reuleaux, Franz 299
 Reuter, Ernst 97
 Reutter, Hermann 138
 Riedel, Edgar 442, 446
 Riese, Burkhard 441, 446f.
 Riese, Hartmut 400
 Robertson, Brian 130
 Röhlinger, Peter 400
 Röhrdanz (SED-Genosse) 148, 153
 Rohrer, Heinrich 368
 Rohwedder, Detlev Karsten 429,
 444, 449, 454
 Rompe, Robert 104
 Röntgen, Wilhelm Conrad 366
 Roos, Wolfgang 43, 45
 Roosevelt, Franklin Delano 11 f., 23
 Rötger, Helmut 69
 Rötger, Margarete 70
 Rother, Wolfgang 339
 Rudolf, Christine 447
 Rühmkorf, Peter 505
 Rupf, Hugo 298

 Sandmann, Victor 38f., 57f., 64,
 82f., 85, 89, 120f., 135, 144,
 149f., 152ff., 177
 Sauckel, Fritz 20, 27, 53, 181f., 268
 Schabowski, Günter 394, 403
 Schacht, Hjalmar 51, 68
 Schacht, Wilhelm 139, 149f., 288
 Schäfer, Fritz-Peter 442, 532
 Schalck-Golodkowski, Alexander
 371/ 375
 Schäuble, Wolfgang 500, 504
 Scheel, Walter 280
 Schelling, Roland 441 f., 452
 Schewardnadze, Eduard 385, 390
 Schiller, Friedrich 188ff.
 Schirdewan, Karl 148
 Schlange-Schöningen, Hans 119
 Schleiden, Matthias 532
 Schmid, Carlo 195 f.
 Schmidt, Dietmar 378, 417
 Schmidt, Heinz 509
 Schmidt, Helmut 306, 313, 349, 351,
 370, 383, 503
 Schneider, Franz 269, 325
 Schomerus, Friedrich 38-41, 55,
 57ff., 62-75, 86f., 93, 107ff., 162,
 165, 233f.
 Schomerus, Helene 71, 75
 Schönte, Margret, geb. Küppenben-
 der 298, 302f.
 Schott, Erich 39, 101, 123, 388
 Schrade, Erna 20
 Schrade, Hugo 16-19, 27f., 38f., 51f.,
 55, 64, 70, 81, 94f., 108, 134, 147,
 159, 176f., 185, 204f., 207-214,
 218, 259, 341ff., 475
 Schrade, Rolf 20
 Schreiner, Katharina 358f., 364
 Schröder, Gerhard (dt. Aussenminis-
 ter) 263
 Schröder, Gerhard (dt. Bundeskanz-
 ler) 500-502, 505 f.
 Schröder, Rudolf Alexander 138
 Schrödinger, Erwin 46, 187
 Schuchardt, Gerd 313, 362, 378f.,
 400, 438, 461 f.
 Schultz, Hans-Jürgen 448, 452
 Schulz, Ernst 225
 Schumacher, Kurt 130
 Schumann, Konrad 244
 Schuster, Franz 484f.

Schwarz, Hans-Peter 143, 514
 Seiters, Rudolf 413
 Selbmann, Fritz 108, 156
 Shapiro, Isaac 268f., 387, 392
 Shapiro, Konstantin 268
 Shockley, William 367
 Siebert, Udo 399
 Simon, Henry 22 ff.
 Simpfendorfer, Wilhelm 179
 Skoludek, Horst 112ff., 117ff., 242,
 270, 297, 300f., 317, 320, 346,
 373f., 378, 410, 416-419, 431f.,
 439, 441, 451-457, 463, 506
 Sokolowski, Wassili Danilowitsch 97
 Solschenizyn, Alexander 55, 79
 Spaak, Paul-Henri 169
 Spaatz, Carl A. 99
 Span, Hans 400
 Späth, Lothar 220, 387, 419, 434,
 443, 450-455, 460, 466, 475 f.,
 485, 495, 518, 521f.
 Speer, Albert 12, 19, 26f., 51, 68, 268
 Speidel, Rumold 528
 Spitzner, Wolfgang 315
 Spöri, Dieter 471, 477
 Stalin, Josef 23, 32, 47 ff., 133, 142,
 196
 Steinbichler, Georg 439, 452 f., 457
 Steindorff, Ernst 325
 Steinkühler, Franz 450
 Stern, Carola 313
 Stimson, Henry L. 13, 49
 Stoiber, Edmund 521
 Stone (am. Colonel) 37
 Stoph, Willi 276-280, 397, 408
 Storz, Gerhard 221
 Straubel, Rudolf 34
 Strauss, Franz Josef 370ff., 382f.
 Streibl, Max 477
 Strelitz, Fritz 248
 Stroux, Johannes 134
 Tänzer, Ralf 441, 446
 Teller, Edward 372
 Teller, Karl 360, 375f., 401, 412
 Teltschik, Horst 406, 409, 414 ff.,
 424 f.
 Tetzner, Reiner 398
 Teufel, Erwin 474, 482, 523f., 526
 Thierse, Wolfgang 505
 Tiseliuss, Arne 510
 Tito, Josip 349
 Toeplitz, Heinrich 411
 Torhorst, Marie 92, 114ff., 125
 Traut, Walter 87, 91, 121
 Troeger, Heinrich 51, 66f., 70
 Trostmann, Horst 54f.
 Truman, Harry S. 13, 32, 46 f., 49
 Tschemodenoff (sowj. Germanist) 115
 Tulpanow, Sergei Iwanowitsch 119
 Übelacker, Hans 319
 Ulanowa, Galina 199
 Ulbricht, Walter 70f., 77, 84, 132,
 134E, 143f., 199, 213, 229, 232,
 240ff., 244f., 289f., 355
 Unrein, Grete 51, 55
 Upmann, Friedrich 87
 Vogel, Bernhard 45 9, 462, 474, 482,
 497
 Vogel, Hans-Jochen 304 ff., 404,
 422f., 503, 505
 Vogel, Karl Heinz 346
 Vogel, Wolfgang 322
 Voith, Hanns 45
 Wagner, Carl Ludwig 387
 Wagner, Georg 330
 Wagner, Otto 23
 Waigel, Theo 424
 Walters, Vernon A. 383
 Wandersieb, Ernst 75
 Wehner, Herbert 313

Weinheimer, Hans Richard 314, 481f.
 Weizsäcker, Richard von 389, 437, 450
 Wellensiek, Jobst 445, 452f.
 Wells, Herbert George 252
 Welsh, Jack 511
 Wiesenthal, Simon 88
 Wild, Klaus-Peter 443f., 452ff.
 Wilhelmi, Bernd 348, 532
 Wolf, Markus 311
 Wollweber, Ernst 205 ff.
 Wönne, Friedrich 61, 148 ff., 152, 166, 237
 Wönne, Gisela 150, 152
 Wönne, Hartmut 152
 Wönne, Roland 150, 152
 Wötzel, Gunter 226
 Wunderlich, Helmut 205, 256, 475
 Zeiss, Carl 20, 61 f., 74, 183, 220, 227, 363, 398, 416, 494f.
 Zeman, Milos 506
 Zemke, Hubert 29, 31-38, 98ff., 387
 Zewail, Ahmed K. 506
 Ziller, Gerhart 146
 Zuber, Hermann 435
 Zucker, Friedrich 73
 Zweig, Stefan 426

Abbildungsnachweis

Autor und Verlag danken den folgenden Institutionen und Privatpersonen, die Abbildungen zur Verfügung gestellt und deren Abdruck genehmigt haben:

Carl Zeiss Jena [Lothar Janiak und Dr. Wolfgang Wimmer): S. 29, 72, 93, 132, 135, 177, 211, 380, 384, 430, 486. Die Bildrechte an den Photos auf den Seiten 380 und 384 liegen beim Bundesarchiv Koblenz.

Carl Zeiss Oberkochen (Dr. Dieter Broksch und Oswin Schnobl): S. 58, 89, 180, 215, 235, 270, 273, 286, 296, 298, 418, 456, 457, 467, 497, 498, 499, 518, 519, 526, 530, 535

Deutsche Presse-Agentur: S.47, 97, 127, 190, 200, 202, 244, 246, 250, 278, 305, 312, 340, 351, 383, 405, 415, 424

Bernd Schmidt, Weimar: S. 14, 18

Prof. Dr. Rolf Schrade, Mahlow: S. 259

Schwäbische Post, Aalen (Winfried Hofele): S. 470, 473

Stadtarchiv Jena: S. 158, 162

Stadtmuseum Jena: S. 399, 400, 402, 408, 444